

BEATE KOSMALA  
CLAUDIA SCHOPPMANN  
(Hrsg.)

## Überleben im Untergrund

Reihe

**Solidarität und Hilfe**

Rettungsversuche für Juden vor der Verfolgung und Vernichtung  
unter nationalsozialistischer Herrschaft

Herausgegeben im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung  
von Wolfgang Benz

Band 5

Beate Kosmala · Claudia Schoppmann (Hrsg.)

# Überleben im Untergrund

Hilfe für Juden in Deutschland

1941–1945

METROPOL

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

**Überleben im Untergrund** : Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945 /

Beate Kosmala ; Claudia Schoppmann (Hrsg.). – Berlin : Metropol, 2002

(Reihe Solidarität und Hilfe ; Bd. 5)

ISBN 3-932482-86-7

Gefördert von der

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung

© 2002 Metropol Verlag

Kurfürstenstr. 135

D-10785 Berlin

[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Primus Solvero, Berlin

# Inhalt

WOLFGANG BENZ

|  |   |
|--|---|
| Solidarität mit Juden während der NS-Zeit<br>Eine Einführung ..... | 9 |
|--|---|

BEATE KOSMALA · CLAUDIA SCHOPPMANN

|  |    |
|--|----|
| Überleben im Untergrund<br>Zwischenbilanz eines Forschungsprojekts ..... | 17 |
|--|----|

KARL-HEINZ REUBAND

|  |    |
|--|----|
| Zwischen Ignoranz, Wissen und Nicht-glauben-Wollen<br>Gerüchte über den Holocaust und ihre<br>Diffusionsbedingungen in der deutschen Bevölkerung ..... | 33 |
|--|----|

DAVID BANKIER

|   |    |
|---|----|
| Was wußten die Deutschen vom Holocaust? ..... | 63 |
|---|----|

INGE MARSZOLEK

|  |    |
|--|----|
| Denunziation im Dritten Reich<br>Kommunikationsformen und Verhaltensweisen ..... | 89 |
|--|----|

CLAUDIA SCHOPPMANN

|   |     |
|---|-----|
| Rettung von Juden:<br>ein kaum beachteter Widerstand von Frauen ..... | 109 |
|---|-----|

URSULA BÜTTNER

|  |     |
|--|-----|
| Die anderen Christen<br>Ihr Einsatz für verfolgte Juden und „Nichtarier“ im<br>nationalsozialistischen Deutschland ..... | 127 |
|--|-----|

KURT SCHILDE

Grenzüberschreitende Flucht und  
Fluchthilfe (1941–1945):  
Ereignisse, Interessen und Motive ..... 151

MONICA KINGREEN

Verfolgung und Rettung in Frankfurt am Main  
und der Rhein-Main-Region ..... 167

ANGELA BORGSTEDT

„Bruderring“ und „Lucknerkreis“:  
Rettung im deutschen Südwesten ..... 191

BEATE KOSMALA

Mißglückte Hilfe und ihre Folgen:  
Die Ahndung der „Judenbegünstigung“ durch  
NS-Verfolgungsbehörden ..... 205

CHRISTOPH HAMANN

„Er besaß den Eifer eines wahren Gläubigen.“  
August Sapandowski (1882–1945), ein Retter von Juden in Berlin ..... 223

ISABEL ENZENBACH

Zur Problematik des Begriffes „Retter“ ..... 241

JOHANNES TUCHEL

Widerstand von Juden im  
nationalsozialistischen Deutschland  
Rahmenbedingungen und weiterführende Fragen ..... 257

BEATE MEYER

Das unausweichliche Dilemma:  
Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland,  
die Deportationen und die untergetauchten Juden ..... 273

GUNNAR S. PAULSSON

Hilfe für Juden und jüdische Selbsthilfe  
in Warschau (1940–1945) ..... 297

PETER STEINKAMP

Wehrmachtangehörige als Retter von Juden ..... 309

DENNIS RIFFEL

„Unbesungene Helden“:  
Der Umgang mit „Rettung“ im Nachkriegsdeutschland ..... 317

EMIL WALTER-BUSCH

Entstehungszusammenhang und Ergebnisse von  
Manfred Wolfsons Retterstudie (1945–1975) ..... 335

REVITAL LUDEWIG-KEDMI

Moraldilemmata von Rettern von Juden  
Sozialpsychologische Interpretation und pädagogische Umsetzung ..... 363

CHRISTOPH HAMANN

„Uropa war ein Guter.“  
Retten und Überleben im Nationalsozialismus  
als Thema des Geschichtsunterrichts ..... 381

Personenregister ..... 395

Bildnachweis ..... 403

Die Autorinnen und Autoren ..... 405







*Berthold Beitz, 1943*

---

WOLFGANG BENZ

## Solidarität mit Juden während der NS-Zeit

Eine Einführung

Oskar Schindler, der listige Fabrikant, dem es in Krakau gelang, tausend Juden vor dem Holocaust zu retten, wurde nach Spielbergs Film zur Ikone.<sup>1</sup> Mit *Schindlers Liste* wurde nicht nur eine Retterfigur populär, in der sich die Züge des guten Menschen mit weniger edlen Charaktereigenschaften mischen. Auch die Tatsache, daß es möglich war, Angehörige der verfolgten Minderheit vor dem Schicksal des Völkermords zu bewahren, wurde erst mit dem Film

1 Christoph Weiss (Hrsg.), „Der gute Deutsche“. Dokumente zur Diskussion um Steven Spielbergs „Schindlers Liste“ in Deutschland, St. Ingbert 1995.

allmählich einem breiteren Publikum bewußt. Die Kenntnis hatte sich lange Zeit auf Aktionen einiger prominenter Helferinnen und Helfer beschränkt, und unter den Geretteten haben auch nur wenige öffentliche Aufmerksamkeit gefunden wie der Fernsehunterhalter Hans Rosenthal<sup>2</sup> oder die Publizistin Inge Deutschkron.<sup>3</sup>

Die Aktivitäten des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg sind, auch wegen seines eigenen Schicksals, legendär. Er hatte in Verbindung mit anderen diplomatischen Vertretungen Ende 1944 in Budapest „geschützte Häuser“ organisiert, Schutzpässe ausgestellt und alles Mögliche zur Rettung der Juden im Budapester Ghetto unternommen. Im Januar 1945 nahmen die Sowjets den jungen Attaché in Gefangenschaft; danach gibt es kaum noch eine Spur von ihm. Das machte ihn zum geheimnisvollen und tragischen Helden.<sup>4</sup> Berühmt sind auch die Rettungsaktionen des jungen Managers Berthold Beitz, der im Juli 1941 im ostgalizischen Borysław den Arbeitseinsatz der Karpathen-Öl AG leitete und diese Funktion dazu benutzte, um Hunderten von jüdischen Menschen das Leben zu retten.<sup>5</sup>

Tausende von Juden hat auch ein italienischer Geschäftsmann gerettet, der sich, wie Schindler, zum guten Zweck aller möglichen Mittel, nicht zuletzt der Hochstapelei, bediente. Wie Schindler starb er vergessen und von finanziellen Sorgen heimgesucht: Giorgio Perlasca hatte sich im Herbst 1944 der spanischen Gesandtschaft in Budapest als Organisator von Rettungsmaßnahmen für sephardische Juden spanischer Herkunft angeboten und war schließlich in die Rolle des spanischen Geschäftsträgers geschlüpft, als dieser vor der heranrückenden Roten Armee das Weite suchte. Mehr als fünftausend Juden hat Perlasca durch Amtsanmaßung und Hochstapelei unter dem Schutz der spanischen Mission retten können. Während er in der Nachkriegszeit in Italien in Not geriet, und zwar wegen Regreßforderungen infolge seiner Hilfsdienste in Budapest, schmückte sich das offizielle Spanien mit seinen Verdiensten. Perlasca wurde als Betrüger abgestempelt, und der echte Charge d'Affaires, der damals aus Budapest geflohen und inzwischen spanischer Botschafter beim

2 Hans Rosenthal, *Zwei Leben in Deutschland*, Bergisch Gladbach 1980.

3 Inge Deutschkron, *Ich trug den gelben Stern*, Köln 1978.

4 Bernt Schiller, *Raoul Wallenberg. Das Ende einer Legende*, Berlin 1993.

5 Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996.

Vatikan geworden war, ließ sich Anfang der 80er Jahre von Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ dekorieren. Die späten Ehrungen, die schließlich auch Perlasca noch erreichten, haben seine Not nicht gelindert.<sup>6</sup>

Ziemlich unbekannt blieb auch der eidgenössische Vizekonsul Carl Lutz, der als Leiter der Abteilung Fremde Interessen der Schweizer Gesandtschaft in Budapest zwischen 1942 und 1945 Zehntausenden ungarischer Juden Schutzbriefe ausgestellt und ihnen damit das Leben gerettet hat. Seine Vorgesetzten in Bern haben ihm dieses Bemühen nicht gedankt, ihn vielmehr im Avancement zurückgesetzt, und nach gründlicher Untersuchung rügte ihn im Jahre 1949 das Eidgenössische Politische Departement, weil er bei der Rettung von Juden seine Kompetenzen überschritten und das dienstliche Reglement übergangen hatte.<sup>7</sup>

Viel ärger noch erging es einem anderen Schweizer Bürger, der im Dienst der Menschlichkeit seine amtlichen Pflichten verletzte. Der St. Galler Kantonspolizeikommandant Paul Grüninger setzte sein Mitleid mit den jüdischen Flüchtlingen aus Österreich und Deutschland höher als die Anweisung, diese Menschen am Betreten eidgenössischen Bodens zu hindern. Durch falsche Datierung der Einreisestempel ermöglichte er etwa dreieinhalbtausend jüdischen Flüchtlingen die illegale Einreise und den Aufenthalt in der Schweiz. Im Januar 1939 wurde, vom deutschen Gesandten angezettelt, ein Verfahren gegen ihn eröffnet. 1940 zu einer Geldstrafe verurteilt, verlor er Anstellung und Pensionsanspruch, und die von engstirniger Justiz und kleinlichen Behörden vollzogenen Sanktionen dauerten über den Tod Grüningers hinaus an. Erst Ende 1995 wurde er auf Druck eines zu seiner Rehabilitierung gegründeten Vereins („Gerechtigkeit für Paul Grüninger“) vom Bezirksgericht in St. Gallen posthum gewürdigt und vom Makel des ungetreuen und pflichtvergessenen Beamten befreit.<sup>8</sup>

Neben den individuellen Helfern haben auch Organisationen Solidarität mit den nach den Maximen der NS-Ideologie Verfolgten geübt. Teilweise wurden sie nur zu diesem Zweck geschaffen, und einige haben sich vorübergehend die Rettung von Juden zur Aufgabe gemacht. Das American Friends Service

6 Enrico Deaglio, Die Banalität des Guten. Die Geschichte des Hochstaplers Giorgio Perlasca, der 5200 Juden das Leben rettete, Frankfurt a. M. 1993.

7 Theo Tschuy, Carl Lutz und die Juden von Budapest, Zürich 1995.

8 Stefan Keller, Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe, Zürich 1993.

Committee (Hilfskomitee der Quäker) leistete schon ab Ende 1938 effektive Hilfe für jüdische Flüchtlinge, organisierte Kindertransporte aus Deutschland und ermöglichte dadurch vielen die Flucht vor rassistischer Verfolgung. Das Jewish Labor Committee (New York) bemühte sich mit großem Erfolg, Juden aus dem deutschen Herrschaftsbereich zu helfen. Es ging dabei um die Beschaffung von Pässen und Visa, Ausreisegenehmigungen und Gewährung von Transit, insbesondere über die französische Grenze und weiter durch Spanien und Portugal nach Übersee.

Amerikanische Bürger gründeten im Sommer 1940 das Emergency Rescue Committee, als dessen Repräsentant Varian Fry in Marseille Schiffspassagen und Reisepapiere organisierte. Die prominenten Flüchtlinge – Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler, unter ihnen Lion Feuchtwanger, Franz Werfel, Marc Chagall – versah er, wenn nötig, auch noch mit Bargeld.<sup>9</sup> Im gleichen Hotel knüpfte der amerikanische Journalist Frank Bohn im Auftrag der Gewerkschaftsbewegung (American Joint Labor Committee) die Fäden eines Rettungsnetzes für Angehörige der europäischen Arbeiterbewegung. Nutznießer der Aktivitäten von Varian Fry und Frank Bohn waren bekannte Persönlichkeiten, die als Emigranten schon lange auf der Flucht vor Hitlerdeutschland waren.

In einem Projekt, das unter dem Titel „Solidarität und Hilfe“ seit Anfang der 90er Jahre im Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin durchgeführt wird, geht es weniger um prominente Helfer und Gerettete. Ziel ist vielmehr, Einblick zu vermitteln in die Interaktion von „gewöhnlichen“ Nichtjuden und Juden, die im günstigsten Fall Hilfe und Rettung bedeutete – ein in der Holocaustforschung noch wenig beachteter Aspekt. So wenig irgend etwas an der historischen Tatsache des Völkermords mit sechs Millionen jüdischen Opfern geschönt oder verharmlost werden kann, so wenig ist die Perspektive, die nur Opfer und Täter kennt, befriedigend. Dem differenzierenden Blick zeigt sich eine historische Realität, die allerdings mit den Begriffen Solidarität und Hilfe nur unzulänglich umschrieben werden kann.

Es gab viele Formen von Hilfe für bedrohte und verfolgte Jüdinnen und Juden, und nach Zeitpunkt und Region unterschieden sie sich beträchtlich. Hilfe zur Flucht ins Ausland gehörte mit zu den frühesten Möglichkeiten, sich solidarisch mit ihnen zu zeigen. Je länger die nationalsozialistische Herrschaft

9 Varian Fry, Auslieferung auf Verlangen. Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940/41, hrsg. v. Wolfgang D. Elfe/Jan Hans, Frankfurt a. M. 1995.

dauerte – zumal in den besetzten Territorien –, um so mehr wurde etwa die Bereitstellung falscher Papiere, die Nichtpreisgabe von Wissen um die jüdische Identität oder gar das Verbergen von Juden zur gefährlichen Widerstandshaltung. Trotz aller Hilfe blieben die Verfolgten beim Überlebenskampf aber weitgehend auf sich allein gestellt.

Die Ergebnisse dieses Projektes werden in der Schriftenreihe *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit* veröffentlicht. Drei Bände mit Regionalstudien, Überblicksdarstellungen zum Leben verfolgter Juden in der Illegalität, über die Rettung einzelner im Versteck und unter falscher Identität, über Untergrundaktivitäten, im Partisanenkrieg und Widerstand sind bereits erschienen.<sup>10</sup> Beschrieben sind darin die Möglichkeiten und Grenzen der Rettung in so unterschiedlichen Regionen wie Polen, der Ukraine, Weißrußland, Rumänien, Lettland, Litauen, Estland und Ungarn oder Griechenland, Albanien, Österreich, Luxemburg, Böhmen und Mähren. Auch die Situation in den neutralen Ländern Schweiz, Spanien und Portugal ist geschildert, ebenso liegen Regionalstudien zu Norwegen, Dänemark, den Niederlanden und Frankreich vor. Weitere Bände mit Beiträgen über Belgien, die Slowakei, Rußland, Italien, Bulgarien, Kroatien, Serbien werden noch publiziert. Zeitgleich mit dieser Publikation erscheint ein Band über die Rettung von etwa einhundert Kindern und Jugendlichen in der oberitalienischen Stadt Nonantola<sup>11</sup>, ein Band mit exemplarischen biographischen und autobiographischen Texten über Helfer und Überlebende wurde letzthin publiziert.<sup>12</sup>

Auch auf dem Territorium des Deutschen Reiches sind Juden gerettet worden, vor allem in Berlin, wo die meisten von ihnen schließlich lebten, aber auch in anderen Orten. Solidarität mit den Verfolgten war eine Form des Widerstands deutscher Bürger gegen das NS-Regime.

10 *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*; die Bde. 1–3, hrsg. v. Wolfgang Benz/Juliane Wetzel, sind 1996–1998 in Berlin erschienen: Regionalstudien 1 (Polen, Rumänien, Griechenland, Luxemburg, Norwegen, Schweiz), 2 (Ukraine, Frankreich, Böhmen und Mähren, Österreich, Lettland, Litauen, Estland), 3 (Dänemark, Niederlande, Spanien, Portugal, Ungarn, Albanien, Weißrußland).

11 Klaus Voigt, *Villa Emma. Jüdische Kinder auf der Flucht 1940–1945. Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Bd. 6, Berlin 2002.

12 Wolfgang Benz/Mona Körte (Hrsg.), *Rettung im Holocaust, Bedingungen und Erfahrungen des Überlebens. Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Bd. 4, Berlin 2001.

Breiteres öffentliches Interesse haben diese Menschen in der Bundesrepublik Deutschland aber erst spät gefunden. In Berlin war im Frühjahr 2001 eine Veranstaltung der Erinnerung an untergetauchte Juden und ihre Helfer gewidmet. Der Bundespräsident machte durch seine Anwesenheit bei einer Lesung Inge Deutschkrons nicht nur deutlich, welchen Stellenwert dieser Aspekt der Geschichte nationalsozialistischer Judenverfolgung im kollektiven Gedächtnis beanspruchen darf, Johannes Rau hat auch die Einführungsrede gehalten und darin die Retter gewürdigt:

„Die Frauen und Männer, die Inge Deutschkron und anderen Verfolgten geholfen haben, haben das getan, um andere Menschen zu retten. Sie haben das aus ganz unterschiedlichen Gründen getan. Manche haben aus weltanschaulicher, aus religiöser Überzeugung gehandelt. Manche haben gehandelt, um vor sich selbst bestehen zu können. Wieder andere haben ganz spontan aus der Situation heraus geholfen wie die Berlinerin, die einer ihr unbekanntem schwangeren Jüdin, die sie auf der Straße traf, anbot, sie bei sich aufzunehmen. Diese Frauen und Männer haben sich heldenhaft verhalten. Die meisten von ihnen haben auch später kein Aufhebens um ihr Verhalten gemacht. Sie waren ‚stille Helden‘. Das ist sympathisch. Wir aber sollten ihnen die Aufmerksamkeit schenken und den Respekt zollen, den sie verdienen; denn wir haben ja allen Grund, auf diese Frauen und Männer stolz zu sein.“

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ hat sich bereits Mitte der 90er Jahre öffentlich für die „stillen Helden“ engagiert und die systematische Suche nach ihnen angeregt. Daraus entstand mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung und der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung ein Forschungsprojekt am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Seit 1997 wird eine Datenbank „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ aufgebaut, in der Informationen über untergetauchte Jüdinnen und Juden, ihre Helfer und deren Rettungsbemühungen gesammelt und analysiert werden.<sup>13</sup> In der Anfangsphase wurden zwei Ziele formuliert: Die Datenbank soll einen statistischen Überblick über die Hilfeleistungen im Deutschen

<sup>13</sup> Beate Kosmala, Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945. Ein Forschungsprojekt am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1998, München 1999, S. 36–44; Marie-Luise Kreuter, Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland. Ein Dokumentationsprojekt am

Reich (in den Grenzen von 1937) ermöglichen, und sie muß möglichst viele einzelne Fälle der Rettung jüdischer Verfolgter in der NS-Zeit ausführlich und präzise dokumentieren. Bei der Konstruktion der Datenbank wurde daher sowohl auf die Erhebung statistisch abfragbarer Daten Wert gelegt als auch auf Textfelder mit narrativer Darstellung der Rettungsbemühungen.<sup>14</sup> Ein wichtiger und bereits mehrmals genutzter Nebenzweck ist die Möglichkeit, Informationen für Ehrungsvorschläge abzurufen.

Mehr als 2300 Datensätze von Personen, die innerhalb Deutschlands lebensrettende Hilfe geleistet haben, sind bislang erfaßt, und diese Zahl wird sich noch vergrößern. Im Frühjahr 2002 endete die zweite Projektphase, die wieder von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und zusätzlich vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gefördert wird (darüber hinaus leistet die Technische Universität aus Etatmitteln Beiträge). Das Projekt hat in der wissenschaftlichen Welt ebenso Resonanz gefunden wie zunehmend in den Medien.

Auf die Datenbank gestützt, soll eine „Sozialgeschichte solidarischen Handelns“ erarbeitet werden. Selbstverständlich werden dabei auch die aus unterschiedlichen Gründen gescheiterten Rettungsversuche mit einbezogen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Helferinnen und Helfer den Verfolgten völlig uneigennützig und nur aus edlen Beweggründen Obdach, Nahrung und Schutz boten. Oft wurden materielle oder Arbeitsleistungen verlangt. Dies traf zuweilen auch auf christlich motivierte Hilfe zu, wie es etwa Lilly Neumark erlebte, die im Frühjahr 1943 in den Untergrund gegangen war und mit Hilfe der Bekennenden Kirche überlebte. Ihr Weg führte durch viele Pfarrhäuser, in denen sie in der Regel jeweils für ein paar Wochen Unterschlupf fand. Im Spreewald, der ersten Station, machte eine fanatisch religiöse Pfarrfrau der Jüdin das Leben durch reichlich Arbeit und Bekehrungsversuche schwer, und der nächste Aufenthalt war kaum besser: „Die Pfarrfrau im Weserbergland, auch Lehrerin von Beruf, eine unendlich tüchtige Hausfrau mit einer Hausfrauenneurose, spannte mich tüchtig ein. Ich mußte von mor-

Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), S. 445–449.

14 Vgl. Dennis Riffel, Datenbanken in der Geschichtswissenschaft. Das Projekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), H. 5, S. 436–446.

gens um 7 Uhr bis abends um 11 Uhr ununterbrochen arbeiten, teils im Haus, teils in der Küche und im Garten. Morgens erhielt ich weiter eine Andachtsstunde, denn an sie war der Auftrag weitergegangen, mich zu bekehren. Für Regen-, Sonn- und Feiertage schickten die Schwiegereltern und eine Schwägerin mit 10 Kindern ihre gesamten Flickkörbe und Wollvorräte. Sonntags, wo nach außen hin nicht in Erscheinung treten durfte, daß im Pfarrhaus gearbeitet wurde, mußte ich von morgens bis abends stopfen und stricken. Eine freie Stunde für mich hatte ich in den 9 Wochen meines Aufenthalts im Weserbergland nicht kennen gelernt.“<sup>15</sup>

15 Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 670 f.



Willkommen in der Datenbank zum  
Projekt "Rettung von Juden"

|                         |                             |
|-------------------------|-----------------------------|
| Datensatz Helfer        | Datensatz Verfolgte         |
| Bearbeiter eingeben     | Widerstandsgruppen eingeben |
| Literatur eingeben      | Ehrungen eingeben           |
| Institutionen eingeben  | NS-Organisationen eingeben  |
| Städte/Orte eingeben    | Fotos bearbeiten            |
| UH-Akten bearbeiten     | Yad Vashem-Akten bearbeiten |
| Aufbaulisten bearbeiten |                             |

*Datenbankmaske des Projekts*

*„Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“*

BEATE KOSMALA · CLAUDIA SCHOPPMANN

## Überleben im Untergrund

### Zwischenbilanz eines Forschungsprojekts

In Deutschland konnten Menschen jüdischer Herkunft spätestens ab Oktober 1941 ihrer Vernichtung nur noch entkommen, wenn sie den Entschluß faßten, sich dem Deportationsbefehl zu widersetzen. Da eine Auswanderung von diesem Zeitpunkt an verboten und auch auf illegale Weise nahezu unmöglich war, blieb als Ausweg nur eine Flucht in den Untergrund – mit höchst ungewissem Ausgang. Gelingen konnte dieses riskante Unterfangen in den meisten Fällen nur mit Hilfe von Menschen, die bereit waren, die Verfolgten unter Gefährdung der eigenen Person mit Lebensmitteln zu versorgen, bei der Beschaffung falscher Papiere zu helfen, Fluchthilfe zu leisten oder einen Unterschlupf

zur Verfügung zu stellen. Wer waren diese Helferinnen und Helfer, unter welchen Bedingungen handelten sie und was waren – soweit sich das überhaupt feststellen läßt – ihre Motive? Wie viele solcher Menschen gab es in Deutschland? Und unter welchen lebensbedrohlichen Umständen lebten die untergetauchten Jüdinnen und Juden? Wie viele von ihnen konnten in Deutschland überleben? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die internationale Konferenz „Retten und Überleben in Deutschland 1933–1945“, zu der im Mai 2001 die Werner Reimers Stiftung nach Bad Homburg eingeladen hatte – die zweite Tagung des am Zentrum für Antisemitismusforschung angesiedelten Forschungsprojekts „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“.<sup>1</sup> Im folgenden werden das Forschungsprojekt und die in diesem Band publizierten Beiträge kurz vorgestellt.

## Forschungsstand

Lange Zeit gab es weder in der Bundesrepublik noch in der DDR ein breites öffentliches und wissenschaftliches Interesse an der Erforschung der Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland. Zwar erschienen bereits seit den 50er Jahren (auto)biographische Berichte, meist von Überlebenden, sowie romanhafte Darstellungen.<sup>2</sup> Seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre entstanden etliche Studien, die sich mit dem Schicksal der Juden auf lokaler und regionaler Ebene beschäftigten und in denen das Überleben im Untergrund eines von verschiedenen Verfolgungsschicksalen darstellt. Nicht zuletzt trug auch die Erschließung mündlicher Quellen durch die Oral History dazu bei, Überlebensgeschichten zu sichern.<sup>3</sup> Neue-

1 Im Mai 1998 führte das Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) die Wissenschaftliche Konferenz „Die Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland. Ein Dokumentationsprojekt“ durch. Siehe den Konferenzbericht von Marie-Luise Kreuter in: Newsletter 14 (1998), hrsg. v. ZfA.

2 Vgl. die Bibliographie von Angela Borgstedt, Jüdischer Widerstand – „Judenhelfer“. Ein Literaturbericht, in: Michael Kißener (Hrsg.), Widerstand gegen die Judenverfolgung, Konstanz 1996, S. 285–341.

3 In die 80er Jahre fällt auch der Vorläufer dieses Forschungsprojekts. Damals arbeitete am ZfA eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen, die Interviews mit „Rettern“

ren Datums sind dagegen solche Untersuchungen, die sich schwerpunktmäßig mit „Rettung“ beschäftigen.<sup>4</sup>

Gemeinsam ist diesen Quellen bzw. Veröffentlichungen, daß sie einzelne Fälle von Hilfe beschreiben oder Rettungsaktionen von Gruppen rekonstruieren und die Alltagsprobleme darstellen, mit denen Helfer wie Verfolgte zu kämpfen hatten.

Im Unterschied hierzu sind vor allem in den USA Arbeiten entstanden, die anhand verschiedener Samples aus autobiographischen Berichten und Interviews mit soziologischen und sozialpsychologischen Kategorien versuchen, generalisierende Aussagen über die „Retter“ und ihr Verhalten bzw. ihre Motivation zu treffen.<sup>5</sup> Am bekanntesten ist die Studie von Samuel und Pearl Oliner geworden, die ihre Aussagen nach Auswertung von standardisierten Fragebögen bzw. Interviews und nach Vergleich mit einer Kontrollgruppe trafen. Über die Erfassung von Persönlichkeitsmerkmalen, von denen sie annahmen, daß sie „Retter“ von Nicht-Rettern unterschieden, konstruierten sie Rettertypen, bei denen die „altruistische Persönlichkeit“ im Vordergrund stand.

Solche Studien haben allerdings nur begrenzte Aussagekraft. Sofern sie sich ausschließlich auf das Verhalten von Menschen stützen, die als „Gerechte unter den Völkern“ in Yad Vashem geehrt wurden, entsteht nicht nur im Hinblick auf die Motivation ein einseitiges Bild, denn Yad Vashem, aber auch andere Ehrungsinitiativen haben strenge Kriterien. So werden Menschen, die zwar den Verfolgten halfen, aber keineswegs nur „edle“ Ziele verfolgten oder uneigennützig handelten, nicht geehrt, also etwa professionelle Schmuggler. Gleichwohl konnte auch ihre Hilfe lebensrettend sein.

durchführte, unveröffentlichte Lebensberichte und Zeugnisse aus persönlichem Besitz sammelte und erste Forschungsergebnisse am Beispiel Berlins präsentierte.

- 4 Vgl. etwa Günther B. Ginzler (Hrsg.), *Mut zur Menschlichkeit. Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit*, Köln 1993; ders./Hans-Joachim Henke/Stefan Kerschgens/Winfried Kranz (Hrsg.), „... das durfte keiner wissen!“ *Hilfe für Verfolgte im Rheinland von 1933 bis 1945. Gespräche, Dokumente, Texte*, Köln 1995; Kießener (Hrsg.), *Widerstand gegen die Judenverfolgung*.
- 5 Samuel P. Oliner/Pearl M. Oliner, *The Altruistic Personality. Rescuers of Jews in Nazi Europe*, New York 1988; Eva Fogelman, „Wir waren keine Helden“. *Lebensretter im Angesicht des Holocaust. Motive, Geschichten, Hintergründe*, Frankfurt a. M./New York 1995.

Manche dieser Studien vergleichen darüber hinaus unterschiedslos „Retter“ aus allen europäischen Ländern, die im NS-Machtbereich lagen, miteinander, ohne die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu berücksichtigen.

Ogleich also inzwischen eine Reihe von Veröffentlichungen vorliegt, in denen das Überleben von Juden in Deutschland durch Hilfe thematisiert wird, fehlt es bislang an einer systematischen überregionalen (und nicht vorwiegend auf biographischen Quellen beruhenden) Darstellung. Dies mag auch daran liegen, daß erst in den letzten Jahren entsprechende Hilfeleistungen als Widerstand wahrgenommen und (an)erkannt wurden. Lange Zeit war in der Bundesrepublik Deutschland ein Widerstandsbegriff gebräuchlich, der nur direkten Protest oder Aktionen gelten ließ, die auf die Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes gerichtet waren. Darüber hinaus bezeichnete ein großer Teil derjenigen, die heute als „Retter“ gelten, ihr Handeln selbst nicht als Widerstand, sondern als selbstverständliches Verhalten. Tatsache ist, daß sie unter hohem persönlichen Risiko Menschen zu schützen suchten, die aus rassistischen Gründen verfolgt wurden. Sie widersetzten sich damit den Normen des NS-Staates, was dieser als Angriff auf die „Volksgemeinschaft“ wertete und hart bestrafte. Die Rettung der Verfolgten wurde für die Helfer angesichts der drohenden Deportationen in die Vernichtungslager zu einer dringlichen und bedeutenden Widerstandstätigkeit. In Anbetracht der faktischen Aussichtslosigkeit, Hitler zu stürzen, war für viele die Hilfe für Juden eine der wenigen Möglichkeiten, ihre Haltung gegen das Regime zum Ausdruck zu bringen.

## Die Datenbank

### „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“

Ziel des Forschungsprojektes „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ ist es, wissenschaftlich fundierte Einblicke in eine schwer faßbare Seite des Holocaust – die Interaktion von nichtjüdischen und jüdischen Deutschen – zu vermitteln, die im günstigsten Fall Hilfe für das Überleben der Verfolgten bedeutete. Die statistische Erfassung und beschreibende Dokumentation durch eine differenziert strukturierte Datenbank schafft die dafür

notwendige empirische Basis. Ein Rettungsversuch wird in viele einzeln abfragbare Informationen zerlegt, die eine detaillierte Rekonstruktion des Vorgangs ermöglichen. Für jeden Helfer und jede untergetauchte Person wird ein eigener Datensatz angelegt, der möglichst viele Angaben zu den Beteiligten festhält. Soweit es sich um eindeutige Fakten – z. B. biographische Angaben – handelt, erfolgt die Dateneingabe über ein Schema vorgegebener Begriffe bzw. Auswahlfelder. Bei der Auswertung anderer Informationen, die sich auf komplexere, interpretationsbedürftige und wertende Sachverhalte beziehen, greifen wir auf die narrative Darstellung zurück. Dafür gibt es in jedem Datensatz ein Textfeld, das eine zusammenhängende Beschreibung von Verlauf, Besonderheiten und Ergebnis einer Rettungsaktion enthält. Diese Segmentierung einer Rettungs- oder Überlebensgeschichte in Daten bereitet nicht nur Schwierigkeiten, weil die Wirklichkeit komplex ist, sondern auch, weil das sehr heterogene Quellenmaterial – darunter NS-Akten, Zeitzeugenberichte, Memoiren und Ehrungsunterlagen – eindeutige Zuordnungen und Klassifizierungen oft nicht zuläßt. Der Idealfall, daß ein einziger Datensatz über 200 Einzelinformationen enthält, ist nach bisherigen Erfahrungen eher die Ausnahme als die Regel. Häufig sind die verfügbaren Informationen bruchstückhaft, und in vielen Fällen werden sie es bleiben.

Insgesamt wurden bis jetzt mehr als 2500 Namen von Frauen und Männern erfaßt, die nachweislich und in erheblichem Ausmaß, wenn auch in unterschiedlicher Weise, an der Rettung verfolgter Juden beteiligt waren. Es zeichnet sich, wie in einigen Beiträgen ausgeführt wird, zum einen die Tendenz ab, daß etwa zwei Drittel von ihnen Frauen waren. Zum anderen fand ein Großteil der bisher erfaßten Rettungsfälle in Berlin und der näheren Umgebung statt – aus zweierlei Gründen: In der Metropole war die größte jüdische Gemeinde angesiedelt, und nach Berlin zogen viele Juden aus anderen Städten und vom Land in der Hoffnung, in der Anonymität der Großstadt vor Repressionen besser geschützt zu sein. So lebten 1941 etwa 40 % der jüdischen Bevölkerung in Berlin.<sup>6</sup> Nicht zuletzt wegen des im Rahmen der Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ entstandenen umfangreichen Aktenbestands konnten besonders viele Berliner Rettungsfälle rekonstruiert werden.

6 Vgl. den Beitrag von Claudia Schoppmann in diesem Band, Abschnitt „Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung“.

## Handlungsspielräume und -alternativen

Wichtiges Anliegen unseres Projektes ist es, nicht nur nach der weltanschaulich oder religiös beeinflussten Motivation, sondern auch nach der konkreten Entscheidungssituation sowie den Handlungsspielräumen derjenigen zu fragen, die unter den Bedingungen von NS-Diktatur und Krieg den Entschluß faßten, verfolgten Jüdinnen und Juden im „Altreich“ zu helfen. Fragen nach handlungsrelevanten Motivationen lassen sich nur auf fundierter Grundlage ansatzweise beantworten, wie wir aus der Täterforschung wissen.

Zwar hat ein Teil der Helfer, die keine Zweifel an der politischen Entwicklung des NS-Regimes hegten und auch die Anzeichen für das Schicksal der Juden zu deuten wußten, selbst die Initiative zur rettenden Unterstützung ergriffen, indem sie etwa an jüdische Freunde appellierten, sich nicht deportieren zu lassen, und ihnen Hilfestellungen für ein Leben im Untergrund zugesagt. Doch wurden viele, wie schon jetzt deutlich ist, nicht deshalb zu „Rettern“, weil sie wegen ausgeprägter altruistischer Neigungen dafür prädestiniert schienen, sondern weil sie sich in einer ganz bestimmten Situation direkt mit der Frage konfrontiert sahen, ob sie einen verfolgten Menschen unterstützen würden. Natürlich kamen dafür in erster Linie Personen in Betracht, von denen zumindest anzunehmen war, daß sie die anti-jüdische Politik der Nationalsozialisten nicht guthießen; doch finden sich auch ehemals überzeugte NSDAP-Mitglieder, die sich erst zu einem sehr späten Zeitpunkt von der verbrecherischen Entwicklung abwandten, in den Reihen der Helfer. Die Angst um die eigene Person und die Familie spielte bei der Entscheidung zwar eine wichtige Rolle; die berechtigte Furcht vor der Gestapo konnte aber oft überwunden werden. Dadurch entstanden Handlungsmöglichkeiten, die vorher gar nicht absehbar waren, und häufig bildeten sich im Verlauf eines Rettungsversuchs Netzwerke von Mithelfern, was vorher nicht denkbar schien. Es zeichnet sich auch ab, daß für jede untergetauchte Person bis zu zehn, bisweilen auch erheblich mehr, nichtjüdische Helfer aktiv wurden, um das Überleben im Untergrund zu ermöglichen. Hinzu kamen oft zahlreiche Mitwisser, die zwar nicht selbst den Mut oder die Gelegenheit zur Hilfe hatten, die aber die Rettungsaktion deckten, indem sie schwiegen. Auf diese Weise konnte auch bewußtes Schweigen und Wegsehen hilfreich sein.

Für viele Deutsche spielte das Wissen um das Schicksal der Deportierten „im Osten“ eine Rolle für ihren Entschluß zum Handeln, und auch für viele zur Deportation bestimmte Jüdinnen und Juden, für die die Ahnung des Kommenden allmählich zur Gewißheit wurde, gaben die immer mehr um sich greifenden Gerüchte von Massenmorden nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges meist den Ausschlag für die folgenschwere Entscheidung zum Untertauchen. Sie fragten bei ihren nichtjüdischen Freunden und Bekannten, zuweilen auch bei gänzlich Unbekannten an, ob sie ihnen bei dem Versuch, im Untergrund zu überleben, Hilfe leisten könnten.

Mehr als die Hälfte derjenigen, die in Deutschland den Entschluß faßten, „illegal“ zu leben, taten dies in Berlin, und zwar verstärkt seit Ende des Jahres 1942 und dann Ende Februar 1943 im Zuge der reichsweiten Razzia auf alle noch in Deutschland lebenden Juden, die überwiegend in der Rüstungsindustrie Zwangsarbeit leisteten und nicht durch eine „Mischehe“ vor der Deportation geschützt waren.

### Zu den Beiträgen

*Wolfgang Benz*, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, weist in seiner Einführung auf die zunehmend emotionalisierte Wahrnehmung der „stillen Helden“ in der Öffentlichkeit hin. Die statistische Erfassung und beschreibende Dokumentation einer möglichst großen Zahl von Rettungsversuchen solle der Forschung Grundlagen einer „Sozialgeschichte solidarischen Handelns“ bieten. Dazu gehöre jedoch, neben den uneigennützig gewährten Hilfeleistungen auch die Grauzone bezahlter Hilfe bis hin zur eindeutigen Ausnutzung der Not der Verfolgten zur persönlichen Bereicherung der Helfenden zu berücksichtigen.

Mit der Frage, inwieweit seit 1941 Gerüchte und Kenntnisse vom Holocaust in Deutschland verbreitet waren und als Antrieb für Hilfeleistungen für Juden in Frage kamen, beschäftigt sich der Beitrag von *Karl-Heinz Reuband*. Anhand der Ergebnisse zweier repräsentativer Befragungen von 1999 und 2000 kommt Reuband zu der Auffassung, daß vor dem Ende des Krieges nur etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung rudimentäre Kenntnisse über den Massenmord hatte. Die Informationen seien zwar in einem relativ hohen Maße für

wahr gehalten und verbreitet worden, insgesamt habe aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung erkannt, daß die Juden nach der Deportation ermordet würden. Wenn Menschen halfen, sei dies aus dem Bewußtsein einer besonderen, jedoch nicht genau vorstellbaren Bedrohung erfolgt.

In diesem Zusammenhang wurde ein Beitrag von *David Bankier* in diesen Band aufgenommen, der zwar keine quantifizierbaren Ergebnisse vorweist, aber eindrucksvoll belegt, wie beispielsweise Berichte von Soldaten über systematisches Töten in Deutschland im Umlauf waren. Er kommt zu der Auffassung, daß explizites Wissen über die Massenverbrechen bei den Deutschen relativ weit verbreitet gewesen sei, zumal entsprechende Informationen einen hohen Sensationswert hatten. Doch sei die Vernichtung der Juden für viele Deutsche offenbar kein Thema gewesen, das besondere Besorgnis auslöste.

Vor dem Hintergrund der Verbreitung von Informationen über Massentötungen im Osten erscheinen die häufigen Anzeigen bei der Gestapo – als Reaktion auf die staatlichen Denunziationsangebote und entsprechende Medienkampagnen, die der Herrschaftsstabilisierung und der Formierung der „Volksgemeinschaft“ dienten – um so frappierender, wie *Inge Marszolek* ausführt. Denunziationen boten für den einzelnen die Möglichkeit, individuelle Ordnungsvorstellungen mit den rassistischen Vorgaben zu verknüpfen und somit selbst an Herrschaft zu partizipieren. Denunziatorisches Handeln habe sich mit der Vefolgspraxis verschränkt und könne als Einübung in die Vernichtungspraxis des Krieges interpretiert werden.

Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, daß ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Frauen an Hilfeleistungen beteiligt war, beschäftigt sich *Claudia Schoppmann* mit der Rettung als einem kaum beachteten Widerstand von Frauen. Zu fragen sei, inwieweit die gesellschaftlich bedingten Geschlechterrollen Hilfeleistungen und Rettungsversuche beeinflussten. Mit ihrer Fürsorge für Verfolgte hätten Frauen zwar einerseits den gesellschaftlichen Zuschreibungen entsprochen, andererseits seien ihre Handlungen wegen des hohen Risikos und der besonderen Anforderungen aber ungewöhnlich gewesen, „Retterinnen“ insofern durchaus „aus der Rolle gefallen“. Frauen seien an diesem „humanitären Widerstand“ u. a. auch deshalb so relativ zahlreich beteiligt gewesen, da sie sich die aus dem vorherrschenden Frauenbild und den entsprechenden Rollenzuschreibungen resultierenden Handlungsspielräume zunutze gemacht hätten.



*Ursula Büttner* referiert über weltanschaulich-religiöse Bindungen als Motiv von Hilfe und Solidarität. Eine eindeutige Aussage über die Bedeutung religiöser Motive könne angesichts widersprüchlicher Forschungsergebnisse bisher nicht gemacht werden. Bei den christlich motivierten „Rettern“ könnten aber verschiedene Gruppen unterschieden werden: Personen, die Juden von Berufs oder Amts wegen halfen; solche, die sich den Juden aus theologischer Überzeugung verbunden fühlten; andere, die aus Opposition zum Regime handelten; wieder andere, die in engen persönlichen Verbindungen zu jüdischen Verfolgten standen; evangelische und katholische Christen sowie Quäker, die sich in Hilfsnetzen organisierten; schließlich Helfer, die sich nur vage auf christliche Werte bezogen.

*Kurt Schilde* berichtet am Beispiel der Schweiz über grenzüberschreitende Fluchthilfe, die als die risikoreichste Hilfsform zugunsten verfolgter Juden gewertet werden könne, aber nur schwer typologisierend zu erfassen sei. Wenn es auch Fälle gab, in denen der Grenzübertritt ohne fremde Mithilfe gelang, waren die meisten Verfolgten doch auf Hilfsnetze wie jenes um die von Berlin aus agierenden Luise Meier und Josef Höfler oder aber auf kommerzielle Fluchthilfe angewiesen. Als Motiv der Fluchthelfer komme neben Idealismus und materiellen Interessen auch Abenteuerlust in Frage. Bei der noch ausstehenden umfassenden Erforschung der Fluchthilfe sei vor allem die Regionalforschung in den deutschen Grenzregionen gefragt.

Wie der Beitrag von *Monica Kingreen* zur Situation in Frankfurt am Main und Hessen zeigt, spielen Regionalstudien auch zu dieser Thematik eine wichtige Rolle, da sich erst auf diese Weise der Verfolgungsprozeß in seiner gesamten Komplexität und Dynamik erschließt. Als Erklärung für die in Frankfurt in Relation zu Berlin zahlenmäßig weit geringeren Hilfs- und Rettungsaktivitäten reichten Hinweise auf Mentalitätsunterschiede nicht aus. Vielmehr dürften die wichtigsten Ursachen in strukturellen Unterschieden liegen, vor allem in der rapiden Durchführung der Deportation der Frankfurter Juden, die bereits Ende September 1942 – nur elf Monate nach Beginn der reichsweiten Transporte – zum Abschluß gekommen war.

*Angela Borgstedt* konzentriert ihre Darstellung der Rettung in Südwestdeutschland auf zwei christliche Hilfsnetze, die zahlreichen von Deportation bedrohten Juden aus anderen Teilen Deutschlands Unterkunft gaben bzw. zur Flucht in die Schweiz verhalfen: die in Württemberg agierende pro-

testantische „Brüderhilfe“ und den vor allem in Baden tätigen katholischen Kreis um Gertrud Luckner. Daß die geschilderten Hilfeleistungen kaum mehr einheimischen Verfolgten zugute kommen konnten, hing mit dem Umstand zusammen, daß die Badener Juden auf Betreiben des Gauleiters Wagner größtenteils bereits im Dezember 1940 deportiert worden waren und auch in Württemberg die zweite und letzte Deportation bereits im August 1942 stattgefunden hatte.

Mit der bisher kaum erforschten Frage der Ahndung aufgedeckter Rettungsversuche befaßt sich der Beitrag von *Beate Kosmala*. Zwar existierte zu keinem Zeitpunkt ein Gesetz, das Hilfeleistungen ausdrücklich verbot, jedoch wurden viele angeklagte „Retter“ aufgrund vorgeschobener Delikte wie etwa „Rundfunkverbrechen“ zu mehrjährigen Strafen verurteilt. Spätestens mit dem Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom Oktober 1941, der Kontakte von „Deutschblütigen“ mit Juden kriminalisierte, wurde „Judenbegünstigung“ mit einer mindestens dreimonatigen Einweisung in ein KZ bedroht, die in einigen Fällen tödlich endete. Wenn es auch zu anderen Widerstandsaktivitäten gekommen war, wurde die Hilfe für Juden eher nachrangig behandelt. Auffällig ist, daß Männer für Hilfeleistungen in der Regel erheblich härter bestraft wurden als Frauen. Insgesamt scheine es dem Kalkül der Verfolgungsbehörden entsprochen zu haben, Hilfeleistungen für Juden als schändliches und „abnormes“ Verhalten zu brandmarken und hart, aber nicht allzu spektakulär zu bestrafen. Insgesamt erscheint die Härte der Ahndung willkürlich und von Zufällen abhängig, und die Helfer, deren Angst vor der Gestapo begründet war, konnten ihr Risiko kaum abschätzen.

Eine eindrucksvolle Geschichte gelungener und mißglückter Rettungsversuche stellt *Christoph Hamann* am Beispiel von August Sapandowski dar, der in besonders unerschrockener Weise zahlreichen Verfolgten in Berlin, darunter auch Menschen, die er nie zuvor gesehen hatte, Unterkunft gewährte oder auf andere Weise half. Die Darstellung macht auch deutlich, wie das Leben der 14jährigen Tochter Sapandowskis, die bei der Versorgung der Verfolgten einen entscheidenden Beitrag leistete, vom Handeln ihres Vaters bestimmt wurde. Trotz einer vorübergehenden Verhaftung durch die Gestapo nahm er erneut Menschen in seiner Wohnung auf, bis er 1944 entdeckt und ins KZ eingeliefert wurde. August Sapandowski gehört zu denjenigen, die ihren Mut zur Rettung mit dem Leben bezahlten. Er verstarb im April 1945 in Bergen-Belsen.

Der Beitrag von *Isabel Enzenbach* zielt darauf ab, den Blick für die Vielschichtigkeit von Rettungsbemühungen und die Sensibilität für die verwendeten Begriffe zu schärfen, da das in der Bezeichnung „Retter“ implizierte Bild von Menschen, die als einzelne, aus eigenem Antrieb und ohne Gegenleistung initiativ wurden, oft nicht der komplexen Wirklichkeit entspricht. Es wird deutlich, daß für die Erforschung des Überlebens im Untergrund Quellen, die sich in erster Linie auf die nichtjüdischen Hilfeleistenden beziehen, wie z. B. Ehrungsakten, der Ergänzung bedürfen. Ein zusammenhängendes Bild ergibt sich erst aus der Berücksichtigung beider Perspektiven bzw. der Auswertung unterschiedlicher Quellen.

Um die verschiedenen Verhaltensmuster jüdischer Aktion und Reaktion, die von Widerstand über Rettung und Selbsthilfe bis zu Kollaboration reichten, geht es in zwei weiteren Beiträgen. *Johannes Tuchel* bezieht sich in seinem Beitrag auf einige generelle Gesichtspunkte zum Widerstand von Juden in Deutschland, die alles andere als eine homogene Bevölkerungsgruppe darstellten. Diesbezüglich werden drei Formen unterschieden: 1. Selbstbehauptung und Solidarität, wie sie etwa im Kulturbund und der Jüdischen Winterhilfe zum Ausdruck kamen, 2. Mitwirkung von etwa 3000 Personen in verschiedenen Widerstandsgruppen und 3. Aufbau eigener Widerstandsgruppen. Diese unterlagen einem besonderen Verfolgungsdruck, d. h. das persönliche Risiko der Beteiligten war wesentlich höher als in nichtjüdischen Widerstandsgruppen. Daraus konnte sich ein stärkeres jüdisches, oder auch andersartiges, etwa sozialistisches Selbstverständnis entwickeln. Der Autor verweist auf die Mehrdimensionalität des Widerstandes von Juden; Erkenntnisgewinn werde hier vor allem durch Differenzierung und Betrachtung des Einzelfalles erzielt.

Mit der schwierigen Frage des Dilemmas, in das die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland geriet, als sie sich zur Kooperation mit den nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden entschloß und an Erfassung, Konzentration und der als „Umsiedlung“ deklarierten Deportation mitwirkte, befaßt sich der Beitrag von *Beate Meyer*. Das Kalkül der Reichsvereinigung habe auf der grundsätzlichen Fehleinschätzung basiert, daß die vermeintlich rationalen Regimeziele mit dem Bestand der eigenen Organisation und dem Überlebensinteresse der Mitglieder vereinbar seien. Vor dem Hintergrund des „imaginierten Abkommens“ mit den Machthabern mußte jeder individuelle Versuch, später auch der eigener Mitarbeiter, sich der Verschleppung zu entziehen,

unerwünscht erscheinen. Mit ihrer zunehmend auf Zwang beruhenden Kooperation reichten die Repräsentanten ihr moralisches Dilemma an die untergeordneten Mitarbeiter weiter, etwa an die unter Gestapo-Befehl stehenden „Abholer“, welche die „Beschlüsse“ in die Tat umsetzen mußten.

Die Gelegenheit zu einer vergleichenden Perspektive bietet der Beitrag von *Gunnar Steve Paulsson* über Rettung und Selbsthilfe polnischer Juden in Warschau, der sich vor allem auf Akten jüdischer Selbsthilfeorganisationen stützt. Wie bislang kaum bekannt, lebten in Warschau zeitweise etwa 25 000 versteckte Juden außerhalb des Ghettos, von denen allerdings nur ein kleiner Teil überlebte. Den Kern bildeten etwa 2000 meist akkulturierte Juden, die ihre Angehörigen im Ghetto unterstützten. Als mit Beginn der Deportationen im Juli 1942 zahlreiche Ghettoinsassen auf die „arische Seite“ flüchteten, bildeten die Untergetauchten zusammen mit ihren polnischen Helfern eine bis zu 100 000 Menschen (etwa 10 % der Warschauer Bevölkerung) umfassende „secret city“. Spontan entstandene Hilfsnetze verknüpften sich zu einem komplexen Netzwerk, bei dem die Unterstützung durch polnische und jüdische Untergrundorganisationen eine eher untergeordnete Rolle spielte. In wenigen Fällen waren auch Deutsche an Hilfsaktionen beteiligt.

*Peter Steinkamp* stellt in seinem Beitrag die Forschung über „Retter in Uniform“ im Rahmen des Freiburger „Arbeitskreises Historische Friedensforschung“ um die Militärhistoriker Wolfram Wette und Detlev Bald vor. Es geht um Wehrmichtsangehörige, die sich mit konkreten Handlungen für Verfolgte, vor allem für Juden, eingesetzt haben. Aus einem Kreis von eintausend in Frage kommenden Personen wurden zehn Offiziere und Unteroffiziere ausgewählt, deren Handeln in einem biographischen und narrativen Ansatz dargestellt wird. Über weltanschauliche Prägungen und Motivationen der „Retter“ ließen sich dennoch kaum belegbare Aussagen machen. Einen Erklärungsansatz bietet der von Wette geprägte Begriff der „eingekleideten Zivilisten“, die nicht ausschließlich im Heeres- bzw. Wehrmachtmilieu sozialisiert wurden und die ihr Denken und Handeln weniger stark in die bedingungslose Logik von Befehl und Gehorsam stellten. Zu den „Rettern in Uniform“ gehörten auch Personen, die selbst zu den Diskriminierten des NS zählten, sowie eine Gruppe unangepaßter „Abenteuernaturen“.

Mit der Frage, wie in der frühen Bundesrepublik mit denjenigen umgegangen wurde, die Hilfe und Solidarität zugunsten verfolgter Juden geleistet

hatten, beschäftigt sich der Beitrag von *Dennis Riffel*. Zu einer in Deutschland einzigartigen Ehrung von Westberliner Retterinnen und Rettern kam es Ende der fünfziger Jahre auf Initiative des Innensenators Joachim Lipschitz. 738 Personen wurden bis 1963 als „Unbesungene Helden“ geehrt, nach einer Formulierung von Kurt Grossmann, der dem Thema ein vielbeachtetes Buch gewidmet hatte. Die Gründe dafür, daß „Retter“ bis dahin – und vielfach auch darüber hinaus – öffentlich kaum wahrgenommen wurden und es meist selbst vorzogen zu schweigen, seien vor allem in der Befindlichkeit der Mehrheitsgesellschaft zu suchen: Die Konfrontation mit der eigenen Rolle während des Dritten Reiches war nicht erwünscht.

Zwei weitere Beiträge beziehen sich auf ein frühes Forschungsprojekt über deutsche Retter, das bereits in den 60er Jahren von dem amerikanischen Politologen Manfred Wolfson, der vor dem Zweiten Weltkrieg in Berlin selbst als Jude verfolgt worden war und in die USA entkommen konnte, durchgeführt wurde. Wolfsons Nachlaß gelangte an die Universität St. Gallen, wo er in einem eigenen Projekt bearbeitet wird. *Emil Walter-Busch*, der in seinem Beitrag Wolfsons biographischen Hintergrund beschreibt und seinen Ansatz analysiert, verweist auf Wolfsons Annahme einer moralisch-politischen Wertebasis, die er zunächst im Handeln der „Retter“ vermutete. Seine Überlegungen zu einer „antiautoritären Persönlichkeit“ fanden Anklang u. a. am Frankfurter Institut für Sozialforschung, an dem Wolfson von 1965 bis 1967 tätig war. Aus etwa 500 Zuschriften, die er auf verschiedene Zeitungsanzeigen hin erhielt, wählte Wolfson 74 in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik ansässige Personen zur Befragung aus.

*Revital Ludewig-Kedmi* geht es vor allem um die Möglichkeiten einer pädagogischen Umsetzung von Wolfsons Studie, wobei sie feststellen mußte, daß sich seine Annahme, die „Retter“ müßten eine nicht-autoritäre Erziehung genossen und positive Vorbilder gehabt haben, als unhaltbar herausstellte. Die Befragten erwiesen sich in ihrer Wertorientierung als heterogene Gruppe. Nach ihrer Auffassung befanden sich die „Retter“ in einem klassischen Moraldilemma, da ihr Handeln sich an zwei miteinander unvereinbaren Werten, dem Schutz der Verfolgten und ihrem eigenen Überlebenswillen bzw. dem Schutz der eigenen Familie, orientieren mußte. Die Auseinandersetzung mit diesem Dilemma erscheint besonders geeignet, jungen Menschen ein differenziertes Bild von den Handlungsoptionen einzelner im Nationalsozialismus zu vermitteln.

Ein weiteres Konzept der Einbeziehung von „Retten und Überleben“ in den schulischen Unterricht stellt *Christoph Hamann* vor, dessen Ausgangspunkt die u. a. in einer Mehrgenerationenstudie der Universität Hannover belegte Feststellung ist, daß aufgrund der fortgesetzten „kumulativen Heroisierung“ (Harald Welzer) der Vorfahren die eigene Familie bereits im Vorfeld des Geschichtsunterrichts als Opfer des Nationalsozialismus gesehen wird, wobei auch Erzählungen von Rettungen eine Rolle spielten. Angesichts der Paradoxien, die sich aus schulischer Aufklärung über die NS-Zeit und fortbestehenden „emotionalen Gewißheiten“ des Familiengedächtnisses ergeben, erscheine es sinnvoll, Jugendliche mit tatsächlichen Geschichten von Retten und Überleben zu konfrontieren: Anders als Berichte über anonyme Opfer der Massenvernichtung seien sie „erzählbar“ und verwiesen auf konkrete, z. T. begehbbare Orte. Vorteilhaft sei außerdem, daß sie handelnde Individuen anstatt unpersönlicher Kollektive in den Mittelpunkt rückten, die Empathie ermöglichen und geeignet seien, zur Wertorientierung beizutragen.

Diesem Band, der überwiegend die Beiträge zur wissenschaftlichen Konferenz „Retten und Überleben in Deutschland 1933–1945“ vom Mai 2001 in Bad Homburg vorstellt, werden nach Abschluß des Forschungsprojekts „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ weitere Publikationen folgen, die eine wissenschaftliche Auswertung der in der Datenbank dokumentierten Rettungsversuche sowie die Einordnung dieses Phänomens, das vielen nur als „Fußnote des Holocaust“ gilt, in einen breiteren Rahmen der NS- und Holocaustforschung leisten werden.

An dieser Stelle möchten die Herausgeberinnen den Kommentatoren der Konferenz, David Bankier (Yad Vashem/Universität Jerusalem), Andreas Gotzmann (Universität Erfurt), Jürgen Matthäus (United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C.) und Karl-Heinz Reuband, die entscheidende Impulse für Schwerpunkte und methodische Fragen der künftigen Publikationen gaben, ihren herzlichen Dank aussprechen.<sup>7</sup>

7 Die Kommentare waren für die Konferenz nicht schriftlich abgefaßt worden, so daß wir davon absahen, sie in diesem Band zu publizieren. Im Konferenzbericht werden sie ausführlich wiedergegeben. Vgl. Frank Görlich, Retten und Überleben in Deutschland 1933–1945. Datenerhebung und historische Forschung. Konferenz in Bad Homburg vom 28.–30. Mai 2001, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 49 (2001), H. 7, S. 626–630.

Nicht zuletzt haben wir der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung für die finanzielle Unterstützung der Konferenz sowie der Werner Reimers Stiftung in Bad Homburg für die Gastfreundschaft bei der Durchführung zu danken.







*17. Mai 1945: Deutsche werden gezwungen, den Leichnam eines von 800 ermordeten Gefangenen in der Nähe von Namerling anzusehen.*

KARL-HEINZ REUBAND

## Zwischen Ignoranz, Wissen und Nicht-glauben-Wollen

Gerüchte über den Holocaust und ihre Diffusionsbedingungen  
in der deutschen Bevölkerung

Was die Deutschen vom Massenmord an den Juden vor Ende des Krieges – wie bruchstückhaft auch immer – erfuhren, ist Gegenstand vielfältiger Spekulationen und unterschiedlicher Urteile sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in der historischen Profession. Manche meinen, fast niemand hätte etwas gewußt. Andere behaupten, fast jeder hätte Kenntnis gehabt oder etwas wissen müssen. Und fast jeder glaubt, durch entsprechende Belege in seinem Urteil abgesichert zu sein. In der Tat liegen zahlreiche Einzelbeispiele vor, die sowohl die eine als

auch die andere Position zu stützen scheinen. So gibt es respektable und glaubwürdige Persönlichkeiten, die sagen, sie hätten erst nach dem Krieg etwas vom Massenmord an den Juden erfahren.<sup>1</sup> Und gleichzeitig gibt es Personen, für die sich nachweisen läßt, daß sie zu Beginn der 40er Jahre aus vielfältigen Quellen Informationen über Deportationen und Vernichtung erlangten. Die Tatsache, daß sie innerhalb kurzer Zeit aus mehreren Quellen Kenntnis erhielten, könnte ein Zeichen für weit verbreitetes Wissen innerhalb der Bevölkerung sein.<sup>2</sup>

Nun sind Einzelfälle immer problematisch. Erst wenn man sie systematisch miteinander in Beziehung setzt und auch widersprüchlich erscheinende Befunde in der Analyse berücksichtigt, kann man zu allgemeineren Aussagen gelangen. Versuche einer systematischen Auswertung sind bislang jedoch selten.<sup>3</sup>

- 1 Siehe z. B. Karl Jaspers, der in der NS-Zeit aus seiner Universität entlassen wurde und mit einer Jüdin verheiratet war. Er schreibt, er habe von „dieser Planmäßigkeit und diesem Umfang des Verbrechens nichts gewußt [...] Ich selbst habe das Ausmaß planmäßigen Vergasens erst nach 1945 erfahren“. In dem Interview mit ihm bekundet der *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein, daß dies auch für ihn gelte. Vgl. Karl Jaspers, *Die Schuldfrage. Für Völkermord gibt es keine Verjährung*, München 1979, S. 88, 114.
- 2 Siehe in diesem Zusammenhang z. B. Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1942–1945*, Berlin 1995, S. 47, 131.
- 3 Am umfassendsten (aber leider zu wenig rezipiert) ist nach wie vor die Analyse von David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995 (das Kap. 6 aus diesem Buch wurde im vorliegenden Band nachgedruckt). Eine weitere Analyse – mit anderen Folgerungen – findet sich bei Hans Mommsen, *Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt?*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938*, Frankfurt a. M. 1988, S. 176–200. Siehe ebenfalls zu dem Themenkomplex: Hans-Heinrich Wilhelm, *Wie geheim war die „Endlösung“?*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, Stuttgart 1980, S. 131–148; Michael Marrus, *The Holocaust in History*, Hannover 1987, S. 157 ff.; Hans Mommsen, *The Reaction of the German Population to the Anti-Jewish Persecution and the Holocaust*, in: Peter Hayes (Hrsg.), *Lessons and Legacies. The Meaning of the Holocaust in a Changing World*, Evanston 1991, S. 141–154; Volker Ulrich, „Wir haben nichts gewußt“ – ein deutsches Trauma, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* (1991), S. 11–46; John Weiss, *Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich*, Berlin 1998, S. 453 ff. Neuere Studien, in denen – lokalspezifisch – auf diese Frage eingegangen wird: Bogdan Musial, *Deutsche Zivilverwaltung und Juden-*

Sie haben im wesentlichen drei Zugangsarten gewählt: zum einen über die Arbeit mit autobiographischen Materialien (wie z. B. Tagebücher, Briefe, Zeugnisaussagen vor Gericht). Zum anderen über eine Analyse ausländischer Informationsquellen (wie die deutschsprachigen Sendungen der BBC oder Flugblätter der Alliierten), die den Deutschen prinzipiell zugänglich waren und die diesbezügliche Informationen enthielten. Die Berichte des Sicherheitsdienstes der SS (SD), die über die Stimmungslage der Bevölkerung gewisse Auskünfte geben, wurden ebenfalls herangezogen, haben aber nur eine relativ marginale Rolle gespielt – das Thema „Judenvernichtung“ kommt dort kaum vor. Vermutet wird, daß der SD die Informationen über die Diskussion in der Bevölkerung über diese Fragen bewußt unterdrückt hat.<sup>4</sup> Eine alternative Deutung wäre, daß man sich mit diesbezüglichen Äußerungen in der Öffentlichkeit besonders stark zurückhielt.

Wo auf autobiographisches Material zurückgegriffen wurde, hat man in der Regel das Ausmaß an Übereinstimmung zwischen den Quellen und deren logische Konsistenz zum Maßstab des Urteils erhoben. Ein besonderer Stellenwert wurde dabei Personen in Schlüsselpositionen eingeräumt, also in Positionen, die sich durch spezifische kommunikative Einbindungen auszeichnen und deshalb Rückschlüsse auf andere soziale Kontexte erlauben. So hat etwa David Bankier am Beispiel von Ausländern in Deutschland darauf hingewiesen, daß diese recht früh Kenntnisse über die „Endlösung“ besaßen. Wenn aber schon diejenigen, die von den informellen Kommunikationszusammenhängen teilweise ausgeschlossen waren, Informationen darüber hatten, dann müßte – so Bankiers Folgerung – dieses Wissen auch bei der deutschen Bevölkerung weit verbreitet gewesen sein.<sup>5</sup>

Mit der gleichen Logik – nur mit Bezug auf einen anderen Personenkreis und mit anderen Folgerungen – hat Hans Mommsen argumentiert. Demzufolge haben viele Personen in zentralen Positionen des NS-Machtapparats nach

verfolgung im Generalgouvernement, Wiesbaden 1999, S. 323 ff.; Sybille Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Oberschlesien, München 2000, S. 306 ff.; Bernd C. Wagner, Gerüchte, Wissen, Verdrängung: Die IG Auschwitz und das Vernichtungslager Birkenau, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd C. Wagner (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 231–248.

4 Bankier, *Meinung*, S. 139, 142 (bzw. S. 64 u. 68 im vorliegenden Band).

5 Ebenda, S. 148, 152 (bzw. S. 75 u. 81 im vorliegenden Band).

eigenen Angaben nichts vom Massenmord gewußt. Die Tatsache, daß sie Unkenntnis bekunden, mag man teilweise als bloße Rechtfertigung ansehen – besonders wenn sie sich vor Gericht oder in anderer Weise verteidigen mußten.<sup>6</sup> Doch den Fakt, daß selbst Beteiligte am Attentatsversuch des 20. Juli 1944 – deren Oppositionshaltung zum Regime, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, unzweifelhaft ist – erst relativ spät vom Genozid erfuhren, könnte man ebenfalls als Hinweis auf eingeschränkte Kenntnisse selbst in zentralen Positionen werten.<sup>7</sup>

Die Ergebnisse der systematischen Analysen fallen zum Teil recht unterschiedlich aus. Je nach Quellen und Wertung der Befunde werden mal eher einer Minderheit oder einer Mehrheit der Bevölkerung Kenntnisse unterstellt. Die Forschungslage scheint also verwirrend und mehr durch Widersprüche als durch Übereinstimmungen gekennzeichnet. Doch die Frage ist, ob es sich tatsächlich um Widersprüche handelt oder ob sich nicht vielmehr in diesen Befunden eine eigene Art von Realität abbildet: eine Realität, derzufolge Kenntnisse und Unkenntnis *nebeneinander*, in jeweils verschiedenen Gruppen, bestehen.

## Kommunikation und soziale Beziehungen in Gesellschaften

Gesellschaften sind nicht – wie allzu oft und teilweise auch in der Literatur zur hier diskutierten Frage implizit unterstellt wird – ein in sich homogenes Gebilde, dessen Mitglieder alle kommunikativ eng verbunden sind. Gesellschaften

6 Siehe dazu z. B. Wagner, Gerüchte.

7 Vgl. Hans Mommsen, *Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstands*, München 2000, S. 391, 395 f.; ders., *Hannah Arendt und der Prozeß gegen Adolf Eichmann*, in: *Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, 10. Auflage, München/Zürich 2000, S. 16. Auch bei Gestapobeamten konnte man 1942 offenbar nicht durchgängig entsprechende Kenntnisse erwarten. Jaspers berichtet von einem Gestapobeamten, der nach dem Selbstmord einer Jüdin ergriffen äußerte: „Das haben wir doch nicht gewollt.“ Vgl. Jaspers, *Schuld*, S. 114. Wie sehr man sich selbst in der Nähe von Lagern über die Realitäten täuschen konnte (oder täuschen wollte), wie entsprechende Hinweise umgedeutet wurden und wie zeitverzögert manche Personen erst etwas erfuhren, zeigt sich am Beispiel der Ehefrauen von KZ-Mannschaften: Gudrun Schwarz, *Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der „SS-Sippengemeinschaft“*, 2. Auflage, Berlin 2001, S. 112 ff.

zerfallen vielmehr in einzelne Gruppierungen, die sich durch ähnliche soziale Lagen und Orientierungen auszeichnen. In diesen verdichten sich die Interaktionsbeziehungen und die Kommunikation. Und je geringer der Kontakt zwischen den einzelnen Gruppen ist, desto weniger Diffusion von Information findet zwischen ihnen statt und desto eher werden sich gruppenspezifische Wahrnehmungen der Realität herausbilden.<sup>8</sup> So mag es durchaus denkbar sein, daß sich in manchen Einheiten der Wehrmacht aufgrund der engen internen Kommunikation Informationen über den Massenmord schnell ausbreiteten, in anderen nicht. In beiden Fällen könnten sich konsensuell geprägte Selbstverständlichkeiten der Realitätsdeutung herausgebildet haben – mit der Folge, daß in der jeweiligen Gruppe entweder fast alle den Gerüchten vom Massenmord glaubten oder fast alle ihnen nicht glaubten. Aus dieser Sicht können unterschiedliche „Inseln“ des Wissens bzw. des Nichtwissens in derselben Gesellschaft bestehen. Was für eine Gruppe typisch ist, muß nicht für andere Gruppen und ebenfalls nicht für die Allgemeinheit typisch sein.

Informationsflüsse zwischen Gruppen finden überproportional über „schwache“ soziale Beziehungen statt, d. h. über Beziehungen, die in der Kontakthäufigkeit selten und in der emotionalen Bindung schwach sind.<sup>9</sup> Derartige Beziehungen funktionieren wie Brücken, die soziale und geographische Unterschiede überwinden. Genau diese Arten von Verbindungen aber werden in totalitären Systemen, in denen politisch nonkonforme Äußerungen zu Sanktionen führen können, der Tendenz nach unterdrückt: Gegenüber Fremden und Personen, die man nicht genau kennt, hält man sich in der Preisgabe von Informationen und Bewertungen, die systemkritisch ausgelegt werden können, zurück. Dies bedeutet makrosoziologisch gesehen eine Verlangsamung des Diffusionsprozesses in einer Gesellschaft, nicht aber zwangsläufig auch eine totale Abschottung. Denn es wird fast immer Leute geben, die Informationen in expliziter oder in einer bloß angedeuteten Form weitergeben. Selbst aus den Kreisen, denen man strengste Strafen androhte – z. B. dem

8 Vgl. dazu allgemein z. B. Edward O. Lauman, *Bonds of Pluralism. The Form and Substance of Urban Social Networks*, New York 1973; Michael Schenk, *Soziale Netzwerke und Kommunikation*, Tübingen 1984.

9 Siehe Mark Granovetter, *The Strength of Weak Ties: A Network Theory Revisited*, in: Peter C. Marsden/Nan Lin (Hrsg.), *Social Structure and Network Analysis*, Beverly Hills 1982, S. 105–130. Siehe z. B. Wagner, *Gerüchte*, S. 240.

Kreis derer, die in den Massenmord verwickelt waren –, wurden Informationen bekannt. Besonders in geselligen Situationen, in denen zuviel Alkohol getrunken wurde, entfielen oft die Hemmungen, und die Zurückhaltung wurde aufgegeben.<sup>10</sup>

Innerhalb einer Gruppe ist die Struktur der sozialen Beziehung für den Diffusionsprozeß mitentscheidend. Je mehr die Mitglieder dieser Gruppe untereinander verbunden sind – je enger verwoben die Netzwerkstruktur ist –, desto schneller wird die Ausbreitung der Information erfolgen. Und je größer das Vertrauen und die Bindung zueinander, desto eher werden auch Informationen wiedergegeben, die in Konflikt mit den Anforderungen des politischen Systems stehen. Innerhalb der Gruppe werden diejenigen am schnellsten etwas erfahren, die sozial am stärksten eingebunden sind. Was umgekehrt bedeutet: wer über vielfältige Quellen etwas vom Massenmord erfährt, ist womöglich nicht typisch für die Gesamtheit der Bevölkerung. Er zählt vielmehr zu denen, die über überproportional viele Kontakte verfügen.

Soziale Kontakte sind nicht gleichmäßig in der Gesellschaft verteilt. Je höher die Schichtzugehörigkeit ist, desto mehr Kontakte bestehen – allein aufgrund der beruflich vermittelten Gelegenheitsstrukturen – im Alltag.<sup>11</sup> Inwieweit dies auch für Kriegszeiten gilt, ist ungeklärt. Die Bedingungen des alltäglichen Kontaktes haben sich im Krieg, zumal bei Männern an der Front, völlig verändert. Wie sehr dies auch für die „Heimatfront“ zutrifft, ist ungewiß. Gleichwohl: Geht man davon aus, daß bestehende Kontakte aus der Vorkriegszeit der Tendenz nach beibehalten werden, so dürften die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der Folgezeit – wenn auch vermutlich in reduzierter Weise – weiter wirken.

Konzipiert man Gesellschaft als ein soziales Gebilde mit Netzwerkstruktur und sozialen und kommunikativen Verdichtungen und geht man weiter davon aus, daß Diffusionsprozesse in den einzelnen Gruppen unterschiedlich schnell verlaufen, so wird deutlich, daß man sowohl Personengruppen, bei denen das Wissen um den Massenmord eine Tatsache darstellt, finden kann, als auch Personen, bei denen dies nicht der Fall ist. Die geographische Nähe zum Mordgeschehen dürfte dabei zweifellos die Diffusion entsprechender Informationen

<sup>10</sup> Siehe z. B. Wagner, Gerüchte, S. 240.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu Karl-Heinz Reuband, *Differentielle Assoziation und soziale Schichtung*, Diss. phil., Hamburg 1974.

begünstigen – freilich nur dann, wenn geographische Nähe mit sozial-kommunikativer Nähe einhergeht. Wie sich die Verhältnisse in der Gesellschaft als Ganzes darstellen – ob es sich um eine Mehrheit oder eine Minderheit mit Kenntnissen über den Massenmord handelt –, kann nur ermessen werden, wenn man die einzelnen Befunde nicht isoliert, sondern in ihrer Gesamtheit betrachtet. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, aber es ist nicht unlösbar. Je mehr unterschiedliche Datenquellen herangezogen und auf ihre Konsistenz und logische Stimmigkeit geprüft werden, desto besser.

### Umfragen als Mittel zur Rekonstruktion vergangener Erfahrungen

Im folgenden soll ein anderer Weg eingeschlagen werden als der bisher in der Forschung gewählte. Statt auf Einzeldokumente zu rekurrieren, die erst in ihrer Gesamtheit Aussagen erlauben, greife ich auf repräsentative Umfragen in der Allgemeinbevölkerung zurück.<sup>12</sup> Umfragen haben den Vorteil, *quantifizierbare* Informationen zu liefern und Zusammenhänge abzubilden, und zwar auch auf der Ebene von Subgruppen – wie etwa unterschiedlichen Bildungsgruppen oder Generationen. Sie haben sich in der Vergangenheit auch bei der Erfassung tabuisierten, z. B. delinquenten, Verhaltens bewährt.<sup>13</sup> Gleichwohl sind sie – wie andere Datenquellen (auch in der Geschichtswissenschaft) – nicht ohne Probleme. Diese liegen bei Retrospektivfragen in der Rückerinnerung, ferner in Problemen des Frageverständnisses usw. Die methodischen Schwierigkeiten kann man in gewissem Maße durch geeignete Strategien redu-

12 Umfragen, die Informationen zur Frage der Informiertheit über die Massenvernichtung enthalten und die in größerem Maße vorliegen als angenommen, sind bisher von der historischen Forschung nicht oder allenfalls marginal zur Kenntnis genommen worden. Gefördert von Massenmedien oder durch das Umfrageinstitut selbst, haben sie in der Regel lediglich zu Pressepublikationen oder zu internen Berichten geführt – kaum aber zu Veröffentlichungen im akademischen Kontext. Aus diesem Grund (aber nicht nur deswegen) ist ihre Rezeption weitgehend unterblieben.

13 Vgl. Erwin K. Scheuch, *Das Interview*, in: René König (Hrsg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 2, Stuttgart 1973, S. 66–190; Charles F. Turner/Elizabeth Martin (Hrsg.), *Surveying Subjective Phenomena*, 2 Bde., New York 1984; speziell zur Delinquenz: Karl-Heinz Reuband, *Soziale Determinanten des Drogengebrauchs*, Wiesbaden 1975, S. 51 ff.

zieren, aber nicht völlig ausschalten. Was bedeutet: diese Probleme müssen bei der jeweiligen Analyse mitbedacht werden, wenn man die Daten angemessen einordnen will. Verzerrungen bezüglich der Auswertung oder der Abschätzung von Meßfehlergrößen können in gewissem Umfang kontrolliert werden.

In der Kombination von quantitativen Umfragen, qualitativen biographischen Interviews und historischen Dokumenten – mithin in der *Kombination* historischer und sozialwissenschaftlicher Vorgehensweisen und Quellen – scheint uns ein sinnvoller Weg zu liegen, die Vergangenheit aus den objektiven Rahmenbedingungen und der subjektiven Definition der Akteure zu rekonstruieren. Der Rekurs auf Umfragebefunde stellt darüber hinaus einen Zugang zu einer mehr subjektzentrierten Perspektive dar, wie sie in der neueren Geschichtswissenschaft in zunehmendem Maße gefordert wird.

Wie an anderer Stelle näher beschrieben wurde,<sup>14</sup> gab es seit 1961 in der Bundesrepublik mindestens fünf repräsentative Bevölkerungsumfragen, in denen nach der Kenntnis des Massenmords an Juden vor Ende des Krieges gefragt wurde. Sie stützten sich entweder auf *face-to-face* oder – neuerdings – auf telefonische Befragungen, die jeweils auf der Basis von Stichproben durchgeführt wurden, welche den methodischen Anforderungen entsprechen. Die Ergebnisse sind trotz unterschiedlicher Akzentuierungen in den Frageformulierungen und der Erhebungsmethodologie bemerkenswert ähnlich: Rund ein Drittel der Personen, die 1945 14 Jahre und älter waren, gaben an, bereits vor Ende des Krieges etwas vom Massenmord an der jüdischen Bevölkerung erfahren zu haben. Nicht allen diesen Personen jedoch, so zeigte sich bei näherer Prüfung, konnte man tatsächlich eine gewisse Kenntnis zuschreiben. Einige verwechselten offensichtlich die Zeit nach Ende des Krieges mit der Zeit davor, manche faßten die Begrifflichkeiten weiter und subsumierten die Ermordung einzelner Juden vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust unter die Kategorie der Judenvernichtung. Aus dieser Perspektive ist der Anteil derer, denen man aufgrund der verwendeten Frageformulierung eine Kenntnis unterstellen kann, geringer anzusetzen, als es die ursprünglichen Zahlen aussagen.

14 Karl-Heinz Reuband, Gerüchte und Kenntnisse vom Holocaust in der deutschen Gesellschaft. Eine Bestandsaufnahme auf der Basis von Bevölkerungsumfragen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9 (2000), S. 196–233.



## Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Im folgenden geht es um die Frage der Kenntnis und der Vermittlung von Informationen (bzw. Gerüchten) zum Holocaust in der deutschen Bevölkerung. Auf der Basis von Umfragen soll geprüft werden, aus welchen Quellen die Befragten etwas über die Judenvernichtung erfuhren, und wie sie das Gehörte weitervermittelten. Grundlage sind zwei von uns durchgeführte Umfragen aus den Jahren 1999 und 2000: Die eine fand bundesweit statt, die andere in Berlin. Berlin erscheint aus zweierlei Gründen von besonderem Interesse: weil sich dort das Zentrum des NS-Systems befand und weil dort seit Ende der 30er Jahre der größte Teil der verbliebenen deutschen Jüdinnen und Juden konzentriert war. Wenn es in Deutschland eine Stadt gab, in der sie in größerem Umfang versteckt wurden und im Untergrund lebten, dann in Berlin.

Die Erhebungen basieren auf Random-Stichproben: die telefonische auf der Basis zufällig generierter Nummern, die postalische auf der Grundlage einer Stichprobe aus dem Einwohnermelderegister der Stadt. Im letzteren Fall wurde eine geschichtete Auswahl – mit gleich starker Besetzung von Männern und Frauen – gewählt. Indem wir einer systematischen Stichprobenziehung – in Form einer Random-Stichprobe – den Vorzug gaben, gingen wir einen Weg, der in der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung Standard ist, aber unter den Historikern, die Oral History-Interviews durchführen, bislang unüblich ist. Sie nehmen in der Regel eine mehr oder minder willkürliche – und daher verzerrte – Auswahl vor, die stärker durch zufällige Gelegenheiten und leichten Zugang bestimmt ist als durch eine systematische Suche, bei der die Mitglieder der Grundgesamtheit eine fest kalkulierbare Chance haben, in die Untersuchung einbezogen zu werden. Die bundesweite Umfrage wurde im Kontext eines Projektes zur Gesundheitssituation alter Menschen telefonisch durchgeführt. Im Rahmen eines mehrstufigen Auswahlverfahrens, dessen Ausgangsbasis zufällig generierte Telefonnummern waren, wurden Personen ab 60 Jahren lokalisiert und befragt. Denjenigen, die 1931 und früher geboren wurden – insgesamt 360 Personen –, wurden am Ende des Interviews mehrere Fragen zur Kenntnis des Holocaust und zur Informationsvermittlung gestellt.<sup>15</sup> Die Ber-

<sup>15</sup> Die Umfrage wurde vom CATI-Telefonlabor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Universität Düsseldorf aus durchgeführt. Die Infrastruktur für das Telefonlabor wurde vom Ministerium für Schule, Weiterbildung und Wissenschaft des Landes

liner Umfrage mit insgesamt 923 Befragten, die ich ergänzend heranziehe, wurde postalisch durchgeführt und umfaßt Personen, die 1928 und früher geboren wurden. Sie enthält primär Fragen zur Lebensqualität alter Menschen sowie zum Nationalsozialismus. Ein Teil dieser Personen wurde später auch im Rahmen von qualitativen Oral History-Interviews nachbefragt.<sup>16</sup>

Postalische Befragungen unterliegen seltener als *face-to-face* oder telefonische Befragungen dem Problem sozial erwünschter Antworten. Sie haben darüber hinaus den Vorteil, daß diejenigen, die zu Hause den Fragebogen ausfüllen, sich für die Beantwortung Zeit nehmen können. Besonders bei Fragen, die sich auf Vergangenes beziehen, ist dies von Vorteil. Denn je mehr Zeit man sich nimmt, desto eher wird man sich an die Vergangenheit erinnern. Durchgeführt wurde die Befragung – in Anlehnung an Empfehlungen von Don Dillman – mit bis zu drei Mahnaktionen.<sup>17</sup>

NRW finanziert. Die Bearbeiter des Gesundheitsprojektes, in dem unsere Fragen zur NS-Zeit plaziert wurden, waren Prof. Kurt Lüschen, Dr. Olaf zu dem Knesebeck und Volker Hüfken. In der Telefonbefragung wurden die Telefonnummern per Zufall ausgewählt und dann ermittelt, ob jemand im Alter von 60 Jahren an aufwärts im Haushalt lebt. Ein derartiges Vorgehen dürfte im Vergleich zur direkten Kontaktierung alter Menschen das Gefühl von Anonymität begünstigt haben, gleichwohl bleibt eine direkte Interaktion zum Interviewer bestehen. Zum methodischen Vorgehen der Altenbefragung siehe Olaf zu dem Knesebeck/Volker Hüfken/Peter Däbbert, Stichprobenrealisierung bei einer bundesweiten Befragung alter Menschen, in: ZUMA Nachrichten 48 (2001), S. 67–84.

<sup>16</sup> Die Berliner Untersuchung reiht sich in ein größeres Projekt zum Thema Nationalsozialismus ein, in dem standardisierte Befragungen mit qualitativen Interviews verbunden werden. Neben Berlin wurden entsprechende Studien in Köln, Krefeld und Dresden durchgeführt; darüber hinaus wurden ehemals aus Deutschland stammende jüdische Emigranten und Holocaust-Überlebende befragt. Das Projekt wird gemeinsam mit Prof. Eric Johnson (Central Michigan University, Dept. of History) durchgeführt, eine Buchpublikation ist in Vorbereitung.

<sup>17</sup> Siehe Edith De Leeuw, *Data Quality in Mail, Telephone and Face-to-face Surveys*, Amsterdam 1992; Karl-Heinz Reuband, *Telefonische und postalische Befragungen in Ostdeutschland. Auswirkungen auf das Antwortverhalten*, in: Volker Hüfken (Hrsg.), *Methoden in Telefonumfragen*, Wiesbaden 2000, S. 201–223. Zum methodischen Vorgehen (in Anlehnung an Don Dillman) bei postalischen Befragungen und den Erfahrungen in Deutschland siehe Karl-Heinz Reuband, *Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53 (2001), S. 307–333.

Gemeinsam ist beiden Studien, daß die NS-Thematik nicht im Mittelpunkt stand und statt dessen Fragen in den Vordergrund gestellt wurden, die von allgemeinem Interesse sind. Dies dürfte eine selektive Teilnahme an der Befragung verhindert haben. Gemeinsam ist den Studien weiterhin, daß die Fragen zum Nationalsozialismus erst am Ende des Interviews, d. h. erst nach den weniger sensitiven Themen, plaziert waren. Eine derartige Vorgehensweise erhöht das Vertrauen in das Interview bzw. den Interviewer. Die Teilnahmequoten in beiden Erhebungen können als überdurchschnittlich gelten. Sowohl in der telefonischen als auch der postalischen Befragung liegen sie bei rund 50 % – was für Umfragen in Großstädten, und hier vor allem bei Umfragen unter Alten, einen besonders hohen Wert darstellt.

Für die im Telefoninterview verwandten Fragen wurde die Formulierung entlehnt, die vom Institut für Demoskopie Allensbach entwickelt und seit 1961 bundesweit am häufigsten eingesetzt wurde: „Wann haben Sie selbst zum allerersten Mal etwas von der Massenvernichtung der Juden gehört? Ich meine nicht Einzelheiten, sondern daß es überhaupt vorkam. War das vor oder nach Kriegsende?“ Diese Formulierung wurde übernommen, um die Befragungsserie fortzuschreiben und gleichzeitig die Qualität der Angaben durch Nachfragen, die in unserer Studie neu eingebracht wurden, vertiefend abschätzen zu können. In der postalischen Befragung lautete die Frage in abgewandelter Form: „Wann haben Sie zum ersten Mal vor Ende des Krieges etwas von den Massenerschießungen von Juden gehört oder erfahren?“ Und im Anschluß daran: „Und wann haben Sie vor Ende des Krieges etwas von Massenmord an Juden im KZ gehört oder erfahren?“

## Verbreitung von Kenntnissen

### *Ergebnisse der bundesweiten Befragung*

In der bundesweiten, telefonisch durchgeführten Umfrage gaben 28 % auf die oben genannte Frage hin an, vor Ende des Krieges von der Judenvernichtung erfahren zu haben. Verglichen mit den Vorgängerstudien auf bundesweiter Ebene liegen diese Zahlen auf etwa gleichem Niveau (*Tabellen* s. S. 57 ff.). Daß sie um einige wenige Prozentpunkte niedriger sind, muß nicht als nennenswerte Abweichung oder als Ausdruck minderer Qualität

gedeutet werden. In dem Befund spiegelt sich vielmehr ein allgemeiner Trend wider, und dieser ist rückläufig: So muß sich die Zahl der Personen mit Kenntnis immer weiter verringern, weil die Gruppe der Älteren – die am ehesten noch etwas erfahren haben dürfte – verstirbt und diejenigen übrig bleiben, die zur Zeit des Kriegsendes (zu) jung waren. Deshalb ist eher die Übereinstimmung unserer Befunde mit denen der früheren Umfragen charakteristisch als die Divergenz.

Fragt man weiter danach, wann zum ersten Mal etwas vom Massenmord erfahren wurde, gaben von denen, die dies im Interview eingestanden hatten, rund 62 % an, dies sei zwischen 1939 und 1945 gewesen. 18 % nannten ein Datum vor 1939, und 20 % konnten sich nicht an einen genauen Zeitpunkt erinnern. Es ist nicht auszuschließen, daß die Personen, welche eine Zeit vor 1939 angeben, Morde in KZ oder in anderen Verfolgungszusammenhängen meinten. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sie später tatsächlich vom Massenmord in den eroberten Gebieten erfuhren – sie den Beginn mithin nur etwas früher ansetzten, weil sie bereits in den damaligen Geschehnissen eine Systematik des Tötens zu erkennen glaubten.<sup>18</sup>

Gleichwohl: Die Befunde zur zeitlichen Periodisierung des Geschehens mahnen zur Vorsicht bei der Interpretation. Dieser Eindruck wird weiter bekräftigt, wenn man Angaben aus Nachfragen heranzieht. Fragt man nämlich nach der Art der Informationen, die man erhielt („Und was haben Sie vor Kriegsende erfahren: ging es um Massenerschießungen von Juden? Oder ging es um den Massenmord von Juden in Konzentrationslagern in Polen und anderen Gebieten?“), wird von etwas mehr als der Hälfte der Personen, welche die Frage bejahten, die Antwortkategorie „Massenmord im KZ“ oder „Massenerschießungen“ gewählt. Andere Befragte sind allgemeiner in ihren Beschreibungen. Sie sprechen von Deportationen, Arbeitslagern etc. In manchen Fällen mag es sich dabei um vage Informationen gehandelt haben, die aus einem anderen Kontext stammten und unserem heutigen Verständnis des Holocaust als Genozid nicht entsprechen. Je nachdem, wie restriktiv man in der Zuordnung verfährt – ob man die bloße Kenntnis der Judenvernichtung als Maßstab wählt oder die Inhalte und zeitliche Periodisierung mitberücksichtigt –, variiert der

<sup>18</sup> Zu den Befunden aus früheren Studien, in denen sich ebenfalls das Phänomen der Vordatierung findet, siehe Reuband, Gerüchte, S. 210 ff.

Anteil von Personen in der BRD, denen man eine gewisse Informiertheit zuschreiben kann, zwischen 11 % und 28 % (vgl. *Tabelle 2*).

In der Berliner Befragung wurden die Kenntnisse etwas anders ermittelt als in der vorher beschriebenen Bevölkerungsumfrage, und zwar wurde getrennt nach „Massenerschießungen von Juden“ und nach dem „Massenmord von Juden im KZ“ gefragt. Kombiniert man beide Angaben, erhält man unter Ein-schluß derer, die bei beiden Fragen den Zeitpunkt der Kenntnis vor Kriegsende nicht mehr zu erinnern vermochten, einen Wert von 26 % aller Befragten. Dieser Wert stimmt ziemlich genau mit dem Befund überein, den wir in der telefo-nischen Befragung auf bundesweiter Ebene ermittelt haben.

Es ist jedoch auch bei dieser Untersuchung ratsam, beim Kreis der Befragten zu differenzieren. Einige von ihnen gaben ein Datum zwischen 1934 und 1938 als Zeitpunkt erster Information an. Andere meinten, sie wüßten es nicht genau – sie könnten also prinzipiell auch die Zeitperioden verwechselt haben (ähnlich wie diejenigen, die 1938 und früher nannten). Einige gaben auch an, zuerst in der Gefangenschaft etwas erfahren zu haben. Legt man ein strengeres Kriterium an, nimmt also allein den (annähernd) korrekt spezifizierten Zeit-raum 1939 bis 1945 zum Maßstab und diejenigen, die nicht die Kriegsgefangan-schaft als erste Informationsquelle nennen, erhält man einen Wert von 15 %. Unter Einbeziehung derer, welche „Weiß nicht“ angeben, kommt man auf 20 %. Über weitere Differenzierungsmöglichkeiten nach der Art der Informationen – analog unserer bundesweiten Telefonumfrage – verfügen wir hier allerdings nicht. Dies könnte die Werte für „Kenntnisse“ noch weiter reduzieren.

Untergliedert man die Daten nach dem Alter bzw. der Generationszugehörigkeit, so wird in beiden Studien deutlich, daß die Jüngeren (die zum Teil zum Zeitpunkt des Kriegsendes noch nicht in der Armee waren oder noch zur Schule gingen) erwartungsgemäß seltener Kenntnisse angeben, und die Älteren eher von sich sagen, sie hätten vor Kriegsende vom Massenmord erfahren. An dem Tatbestand, daß eine Minderheit Kenntnisse vor Kriegsende hatte, ändert dies allerdings auch bei den älteren Generationen nichts. Weiterhin zeigt sich: differenziert man nach dem Geschlecht, ergeben sich keine grundlegenden Unter-schiede zwischen Männern und Frauen. In dieser Hinsicht stimmen unsere Daten mit den Auswertungen von früheren Studien überein.<sup>19</sup>

19 Vgl. ebenda, S. 233 (Anm. 219).

Inwiefern sich unter denjenigen, die „Keine Kenntnis“ angaben, Personen mit entsprechender Kenntnis verbergen, muß an dieser Stelle offen bleiben. Neben der Verdrängung derartiger Ereignisse sind insbesondere Probleme der Kodierung von Erinnerung potentiell von Bedeutung. So ist denkbar, daß manche der Befragten bestimmte Ereignisse unter anderen Begrifflichkeiten gespeichert haben. Gleichwohl: Unter Berücksichtigung anderer Befunde aus der Umfrageforschung, insbesondere auch von Aussagen zu indirekten Fragen, halten wir es für wahrscheinlich, daß eine Minderheit und nicht eine Mehrheit über Kenntnisse verfügte.<sup>20</sup>

In den mündlichen, qualitativ strukturierten Interviews, die wir mit einem Teil der Berliner Befragten nach Abschluß der postalischen Erhebung durchführten,<sup>21</sup> zeigt sich in detaillierterer Weise, wie sehr Informiertheit und Nichtinformiertheit in der Bevölkerung nebeneinander bestanden, welche Zwischenformen von Ignoranz, Halbwissen und Wissen existierten und wie sich gelegentlich Gerüchte zu einem konkreteren Eindruck verdichteten.

Wer nichts vom Massenmord erfahren hatte, war keineswegs – wie sich zeigte – stets ignorant bezüglich der Verfolgung und dem Terror des NS-Systems. Und er zählte auch nicht notwendigerweise zu denjenigen, denen man eine besondere Sympathie für das Regime oder Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden unterstellen kann. Auch Personen, die dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden oder persönliche Verbindungen zu Opfern des NS-Systems hatten, gehörten dazu. Ein systematischer Massenmord lag auch für sie außerhalb des Vorstellungsvermögens.

20 Vgl. ebenda, S. 220. Im Rahmen unserer Städtestudien (vgl. Anm. 16) wurden in den qualitativen Nachinterviews Fragen zum Wissen auch an Personen gestellt, welche in der postalischen Befragung eine Kenntnis verneint hatten. Eine vertiefende Auswertung dieser Befunde steht noch aus, aber auf der Basis bisheriger Analysen spricht nichts dafür, daß sich das Gesamtbild grundlegend ändern wird.

21 Die Interviews in Berlin wurde von einem Mitarbeiter durchgeführt, der als Sozialwissenschaftler mit den Verfahren der Befragung vertraut war. Bei der Auswahl der Befragten orientierten wir uns an Antworten aus der standardisierten postalischen Befragung, die für uns von besonderem Interesse waren. Ein analoges Vorgehen einer standardisierten Befragung mit qualitativen Interviews wurde auch in unseren anderen Erhebungen gewählt. Die Auswertung dieser Interviews ist noch nicht abgeschlossen, die Ergebnisse werden in die geplante Buchpublikation eingehen (vgl. Anm. 16).

Von den KZ in der Nähe – wie Oranienburg – hatte man gehört, berichtet z. B. einer der Befragten. Aber was mit den Juden dort passierte, habe man nicht gewußt. Es habe geheißt, sie kämen in ein Arbeitslager. „Und daß die vergast werden und so, daran hat doch keiner gedacht. Das hat keiner gedacht.“ Von einigen wurde geäußert, man hätte über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung nicht viel gesprochen. „Als die Juden aus Berlin weg waren, sprach kein Mensch mehr über die Juden“, meinte einer. Und ein anderer sagte aus, über die Deportationen habe man nicht viel geredet. „Ich glaube, es gab doch eine ganze Menge Leute, die Angst hatten. Die nicht darüber sprechen wollten.“

Gleichwohl verbreiteten sich Informationen über Massenmord, vermutlich oftmals im Kontext von Berichten über das allgemeine Kriegsgeschehen. „Die haben schon erzählt von Tötungen, von Gräben, die ausgehoben wurden, um tote Juden reinzutun usw., ganze Dörfer wurden vernichtet.“ Auch vom Massenmord in Vernichtungslagern erfuhr ein Teil der Befragten etwas – wenn auch häufig nur in diffuser Form. Erst im Lauf der Zeit verdichtete sich bei einigen der Eindruck, es gebe einen systematischen Massenmord. So berichtete eine der Befragten, sie hätte durch ihren Mann von den Transporten nach Auschwitz gehört. Soldaten hätten ihm erzählt, daß sie Juden in den Zügen dorthin begleitet hätten und daß anschließend die Waggons leer zurückgefahren seien. „Daß die vergast wurden, das kam später so. Daß sie aber irgendwie zu Tode kamen da, das kam dann so langsam mal durchgesickert. Aber Genaues hat man ja auch nicht gehört.“ Ein anderer Befragter gab an, daß es zwar viele Gerüchte gegeben habe, aber ohne konkrete Beweise sei man nicht so sehr davon berührt worden: „Denn erzählen kann man vieles.“ Erst als seine Frau, die selbst Jüdin war, „abgeholt“ wurde, wurde ihm die tödliche Bedrohung bewußt: „Da kam dann durch, die Juden werden teilweise vergast.“

Auch die verfolgten Jüdinnen und Juden, die bereits unmittelbar von der Deportation bedroht waren, schwankten aufgrund ihrer weitgehenden Isolierung zwischen Nicht-Wissen, Wissen und Nicht-glauben-Wollen. Eine unserer Befragten, die damals in Stuttgart lebte, schilderte in ihren schriftlich verfaßten Erinnerungen,<sup>22</sup> daß sie zu einem jüdischen Anwalt, der als Mittler zwischen

22 Die Befragte stellte uns im Rahmen des Interviews die Kopie eines Manuskripts aus dem Jahr 1995 zur Verfügung, das für „meine Kinder und alle Enkel und Urenkel meiner Mutter“ gedacht war, wie es auf dem Deckblatt heißt. Aus diesem Text stammen die zitierten Sätze. Die anderen Zitate stammen aus Interviews mit den anderen Befragten.

der jüdischen Gemeinde und der Gestapo fungierte, gegangen sei, um ihre Mutter, die zuvor nach Auschwitz deportiert worden war, wieder freizubekommen. Daraufhin sagte der Anwalt „unverblümt“: „Ein Gesuch können Sie einreichen, aber Ihre Mutter sehen Sie nicht wieder, Auschwitz ist ein Vernichtungslager.“ Selbst als ein paar Monate später aus Auschwitz die Todesnachricht („verstorben in Auschwitz an Sepsis und Pflégmone“) kam, hielt die Befragte diese Todesursache noch für möglich. „Später habe ich dann erfahren, daß es eine der Todesnachrichten war, die an jenem Tage gerade ausgegeben wurde. Was Auschwitz bedeutet und wie unsere Mutter umgekommen ist, erfuhren wir erst nach 1945.“

## Diffusion von Gerüchten und Informationen

### *Informationsquellen*

In den bisherigen bundesweiten Umfragen, in denen nach der Kenntnis des Genozids gefragt wurde, hat man sich mit der bloßen Erfassung dieses Tatbestandes begnügt. Weitergehende Fragen wurden nicht gestellt, allenfalls wollte man noch wissen, aus welchen Quellen man etwas erfahren habe. Unsere Fragestellung ist dagegen weiter gefaßt: Uns interessiert, (1) aus welchen Quellen die Informationen (bzw. Gerüchte)<sup>23</sup> stammen, (2) ob man den Informationen glaubte und (3) ob man sie weitervermittelte. Wir beziehen uns zu diesem Zweck in erster Linie auf unsere bundesweite Erhebung, die entsprechende Fragen enthielt. Den Kreis der Personen mit Kenntnis fassen wir dabei in den meisten Analysen extensiv und klammern – von der Kenntnisnahme im Gefangenenlager abgesehen – niemanden aus der Gruppe derer aus, die angaben,

23 Wir verwenden den Begriff der Information im Sinne von Realitätsdefinitionen (ungeachtet deren Realitätscharakter). Man könnte ebensogut von Gerüchten sprechen. Entscheidend ist an dieser Stelle allein, daß es sich um die Aussage handelt, Juden würden massenhaft ermordet. Die Bandbreite reicht von detailgetreuer Wiedergabe von Geschehnissen bis zu massiven Verzerrungen des realen Geschehens. Beispiele für diese Mischung von realitätsgetreuen und verzerrten Gerüchten über den Massenmord finden sich u. a. bei Bernward Dörner, *Justiz und Judenmord. Zur Unterdrückung von Äußerungen über den Genozid an den europäischen Juden durch die deutsche Justiz*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 4 (1995), S. 226–253.



vor Ende des Krieges etwas vom Massenmord an Juden erfahren zu haben.<sup>24</sup> Wo es zur Absicherung der Ergebnisse ratsam erscheint, werden zusätzlich die Befunde für den Kreis derer dokumentiert, die sich in der Konkretisierung ihrer Kenntnisnahme durch präzisere Bezüge zum Genozid auszeichnen.

Sowohl in der bundesweiten als auch der Berliner Studie wurde die Frage gestellt, in welcher Weise bzw. aus welchen Quellen man als erstes über den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung etwas erfahren habe. Mehrfachnennungen waren möglich und wurden teilweise auch gewählt. So mag mancher zunächst etwas von Freunden und Kollegen erfahren haben und später von ausländischen Sendern und vice versa.<sup>25</sup> Wie man *Tabelle 3* entnehmen kann, ähneln sich die Informationsquellen in der bundesweiten und der Berliner Befragung. Die Unterschiede sind in der Regel gering – mit wenigen Ausnahmen (wie „Sonstige“ und „Selbst erlebt/gesehen“).

Unter den genannten Informationsquellen erweisen sich Familienangehörige sowie Freunde, Kollegen und Nachbarn als am wichtigsten. Daß es in erster Linie die Familienangehörigen sind und nicht die Freunde, Kollegen oder Nachbarn – obwohl dieser Kreis zahlenmäßig größer ist –,<sup>26</sup> verweist auf die Bedeutsamkeit des Vertrauens bei der Verbreitung von regimekritischen Informationen. Personen, mit denen man in verwandtschaftlichen Beziehungen steht, werden häufiger geneigt sein, Informationen, die eine potentielle Gefährdung darstellen, nicht an andere weiterzugeben, als Menschen in weniger engen Beziehungen. Denn wo immer Personen, die sich zur Judenvernichtung äußerten, in das Blickfeld der Polizei und Justiz gerieten, schritten die Behörden ein und drohten Strafen nach dem Heimtückegesetz oder dem Gesetz gegen Wehrkraftzersetzung an.

Obwohl man gerade in diesem sensiblen Bereich besonders harte Strafen erwarten würde, fielen diese freilich nicht durchgängig hart aus, wie empirische Studien belegen. Mitunter waren die Strafen milde oder entfielen sogar – das

24 Würden wir uns nur auf den „härteren“ Kern (Hören von Massenmord in der Zeit zwischen 1939 bis 1945) beziehen, so würden – wie weitere Analysen belegen – bei sinkender Befragtenzahl die grundlegenden Beziehungen bestehen bleiben. Angesichts dessen bevorzugen wir die extensivere Fassung.

25 Insgesamt ist die Zahl der Doppelnennungen freilich – mit einem Durchschnittswert von 1,2 Meldungen – in der bundesweiten Fassung niedrig.

26 Vgl. Reuband, *Assoziation*, S. 154 ff.

Regime, so scheint es, versuchte spektakuläre Prozesse, in denen Judenverfolgung und -vernichtung thematisiert werden konnte, zu vermeiden.<sup>27</sup> Es sind insgesamt eher taktische Motive, die hier zur Geltung kommen.<sup>28</sup> Gleichwohl: Für den einzelnen wurde diese Zurückhaltung der Justiz nicht unbedingt sichtbar. Entscheidender dürfte gewesen sein, daß ihm Sanktionierung drohte. Unter diesen Umständen beschränkt man sich in der Kommunikation eher auf vertrauenswürdige Personen. In dieser Hinsicht verhielt sich der einzelne nicht anders als Menschen heutzutage, die von den wahrgenommenen gesellschaftlichen Normen abweichen und Polizeiintervention zu meiden trachten.<sup>29</sup>

Ausländischen Sendern oder Flugblättern kommt in der Verbreitung von Kenntnissen über den Genozid kein herausragender Stellenwert zu. Dies ist weniger erstaunlich, als man zunächst meinen mag. Zwar berichtete die BBC eine Zeitlang in größerem Umfang über die Massenmorde an Juden<sup>30</sup> – aber nicht jeder Deutsche hörte den Sender zu dieser Zeit. Wenig überraschend ist auch die geringe Bedeutung der Flugblätter der Alliierten, denn sie zeichneten sich durch eine bemerkenswert hohe Zurückhaltung in der Berichterstattung über den Genozid aus. Wenn von Massenmorden die Rede war, dann in bezug auf Einwohner Polens oder Rußlands, und auch dies nur mehr oder minder vage. Daß es sich dabei um Juden gehandelt haben muß, erschließt sich erst aus dem Rückblick.<sup>31</sup>

Was schließlich den in der bundesweiten Umfrage relativ hohen Wert für die Angabe „Selbst erlebt“ angeht, ist er nicht zwangsläufig mit der Zeugenschaft oder Teilnahme an derartigen Vorgängen gleichzusetzen. Manche, die diese Frage bejahen, mögen nicht die Ermordung selbst, sondern deren Folgen gesehen haben – z. B. die Leichen von KZ-Häftlingen, die nach der Evakuierung der KZ im Frühjahr 1945 auf „Todesmärschen“ am Wegesrand erschossen worden waren.

27 Die hier festgestellte Unberechenbarkeit der Reaktionen der Verfolgungsbehörden trifft auch auf die Ahndung von „Judenbegünstigung“ zu. Vgl. den Beitrag von Beate Kosmala in diesem Band.

28 Dazu eingehender Dörner, Justiz.

29 Siehe z. B. Howard Becker, Außenseiter, Frankfurt a. M. 1993 (dort speziell die Kapitel über den Marihuanagebrauch).

30 Siehe Bankier, Meinung, S. 154 (S. 83 im vorliegenden Band); Eric Johnson, Nazi Terror, New York 1999.

31 Vgl. Reuband, Gerüchte, S. 198 ff.

Manche hatten wohl auch einen anderen zeitlichen Bezugsrahmen bei der Beantwortung vor Augen. So sind unter ihnen überproportional Personen vertreten, die nach eigenen Angaben vor 1939 von der „Judenvernichtung“ erfahren haben. Unter ihnen dürften sich einige befinden, die einzelne Ereignisse im Zuge der Judenverfolgung in dieser Zeit bereits mit dem Genozid gleichsetzten.

### *Glaubwürdigkeit der Information*

Nun muß die Aufnahme von Informationen oder von Gerüchten über den Mord an Jüdinnen und Juden nicht notwendigerweise die Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen bestimmt haben. Entscheidend dafür ist, ob man ihnen glaubte oder nicht.<sup>32</sup> Je weniger eindeutig und je unwahrscheinlicher die Informationen klangen und je ungenauer und fragwürdiger die Quelle war, desto seltener dürfte man dem Gehörten oder Gelesenen vertraut haben. In vielen Fällen wird es sich ohnehin nicht um Wissen aus „erster Hand“ gehandelt haben, sondern um Gerüchte, die über mehrere Personen weitervermittelt wurden und dabei einem Transformationsprozeß unterlagen. Nicht selten hatten sie auch spektakuläre, unwahrscheinliche Ereignisse zum Gegenstand. Manche der Gerüchte über den Massenmord vermischten Realitäten mit phantastisch anmutenden (und real auch nicht existierenden) Methoden der Ermordung.<sup>33</sup>

Je nachdem, von welcher Erfahrungsbasis und welchen Einstellungen gegenüber dem Regime der einzelne ausging, dürften die aufgenommenen Infor-

32 So meint z. B. Wolfgang Benz, daß die alle bisherige Erfahrung und Vorstellungskraft übertreffende Unglaublichkeit der Nachrichten über die Ermordung der Juden eine womöglich noch größere Barriere für deren Verbreitung dargestellt hätte als die amtlich verordnete Geheimhaltung. Vgl. Wolfgang Benz, Reaktionen auf die Verfolgung der Juden und der Holocaust in Deutschland vor und nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1–2, 1992, S. 26; zur Frage des Glaubens und der Verbreitung der Informationen siehe auch die Mutmaßungen von Mommsen, Arendt, S. 16; zu den Versuchen, Informationen des Auslands als Greuelpropaganda abzutun und ihnen die Glaubwürdigkeit zu nehmen, siehe Marlis Steinert, Hitlerkrieg und die Deutschen, Düsseldorf/Wien 1970, S. 101 f.

33 Vgl. Dörner, Justiz, S. 232 ff.

mationen unterschiedlich bewertet worden sein. Wer dem NS-Regime negativ gegenüberstand, mag die Informationen als glaubwürdiger empfunden haben als jemand, der eine positive Position einnahm. Und entsprechend mag er anderen Deutungen des Geschehens ein größeres Gewicht gegeben haben.<sup>34</sup> Wer selbst oder im Bekanntenkreis erlebt hatte, wie das Regime mit seinen Gegnern umging, mag sie für glaubwürdiger gehalten haben. Und schließlich dürfte es auch von Bedeutung gewesen sein, wie man die bisherige Rhetorik und die Handlungen des Regimes einstufte. Wer etwa den Begriff des „Ausrottens“ mit physischer Vernichtung gleichsetzte, wird Informationen über den Massenmord eher für glaubwürdig gehalten haben als jemand, der in ihm eine bloße rhetorische Floskel sah.

Gefragt, ob sie den Informationen geglaubt hätten, antworten rund die Hälfte der Befragten, dies träfe zu. Rund 30 % glaubten es nur teilweise oder zögerten zunächst. Und nur ein Fünftel schenkte ihnen keinen Glauben. Ihnen waren die Meldungen wohl zu vage, stimmten zu wenig mit ihren Vorstellungen von der Realität überein oder schienen auch mit Primärerfahrungen zu kollidieren. Diejenigen, die hingegen den Informationen glaubten, mögen dies aus unterschiedlichen Gründen getan haben: Am wahrscheinlichsten ist, daß die Meldungen mit ihren Vorstellungen vom Regime übereinstimmten. Verlautbarungen verschiedener NS-Instanzen über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung mögen ebenso eine Bedeutung gehabt haben wie Erfahrungen mit der Judenverfolgung.

Doch weitaus gewichtiger war vermutlich, daß die Informationen in der Regel über Familienangehörige, Freunde oder Bekannte vermittelt wurden: Diese genießen ein besonders hohes Vertrauen und gelten als zuverlässig. Allerdings ist damit nicht gesagt, daß von diesen Personen Informationen aus

34 So gab es z. B. in Auschwitz 1942 eine Typhus- und Fleckfieberepidemie, die zu erhöhten Todeszahlen führte. Wer sich und andere täuschen wollte, konnte in dieser Epidemie eine Erklärung für die hohe Zahl an Verbrennungen in den Krematorien sehen. Der Geruch verbrannten Fleisches wurde von manchen Außenstehenden anscheinend auch als Fabrikgeruch gedeutet. Vgl. Schwarz, Frau, S. 157, 165. Doch wer eingebunden war in die lokalen sozialen Netzwerke und am gesellschaftlichen Leben teilhatte, dem konnte kaum entgehen, daß Juden massenhaft vergast wurden. Zur Offenheit der Diskussionen in Auschwitz und Umgebung vgl. auch Musial, Zivilverwaltung, S. 325 ff.

„erster Hand“ vermittelt wurden. Anzunehmen ist, daß auch von ihnen vielfach lediglich Gerüchte weitergegeben wurden, wobei deren Detailliertheit und Umfang erheblich variiert haben mag.

Vergleicht man die entsprechenden Angaben für zuerkannte Glaubwürdigkeit mit denen jener Befragten, die angeben, erst nach 1945 zum ersten Mal vom Massenmord gehört zu haben (*Tabelle 4*), wird deutlich, daß sich die beiden Gruppen bemerkenswerterweise kaum unterscheiden. Diejenigen, die angaben, erst nach Kriegsende etwas erfahren zu haben, erhielten die Informationen wohl nur teilweise von heimkehrenden Soldaten, weitaus häufiger aber aus den Medien und Aufklärungsaktionen der Alliierten. Angesichts der gezeigten Bilder und Dokumente<sup>35</sup> könnte man meinen, daß sie eine hohe Glaubwürdigkeit besaßen. Doch dürfte einer derartigen Rezeption entgegenstehen, daß die Bilder nicht unbedingt mit den eigenen Vorstellungen von der Realität konform gingen. Manche der damaligen Zeitgenossen und -genossinnen dürften die Bilder und Meldungen als Propaganda abgetan haben.

Differenziert man die Befragten nach sozialen Merkmalen, wird deutlich, daß das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Meldungen nicht bei allen Personen gleich stark ausgeprägt war. Männer glaubten den Informationen etwas häufiger als Frauen, und die Älteren häufiger als die Jüngeren. Bei den Männern mag die Tatsache von Bedeutung gewesen sein, daß sie stärker in soziale Netzwerke eingebunden waren, die bis in die in Osteuropa eingesetzten Einheiten von Wehrmacht und SS reichten. Hinzukommen mag, daß sie politisch interessierter waren und entsprechend mehr Informationen aufnahmen. Im Fall des Merkmals Alter ist zu beachten, daß sich die Jüngeren der Befragten um 1945 zum Teil noch in Schule oder Berufsausbildung befanden, so daß ihnen bestimmte Erfahrungen der Älteren fehlten. Zudem waren sie dem NS-System ideologisch stärker verbunden. Nachrichten, die mit ihrem Glaubenssystem nicht kompatibel waren, dürften sie abgewehrt haben.

Letztere Erklärung ist möglicherweise auch für die Tatsache verantwortlich, daß Personen mit geringerem Bildungsniveau häufiger als diejenigen mit einem höheren den Nachrichten glaubten. Umfragen aus der Zeit unmittel-

35 Dazu gehören sowohl Plakate, in denen der Schrecken von Bergen-Belsen dargestellt wurde, als auch Filme wie *Knochenmühlen*.

bar vor und nach Ende des Krieges deuten darauf hin, daß – besonders bei den Jüngeren – die besser Ausgebildeten dem NS-System loyaler gegenüberstanden.<sup>36</sup> Die Tatsache, daß sie politisch informierter und ihre sozialen Netzwerke umfassender als in unteren Bildungsgruppen waren, wirkte sich offenbar nicht in hinreichendem Maße aus, um einen gegenläufigen Effekt zu bewirken. Überdies stellt sich die Frage, wie sehr Widersprüchlichkeiten im Umgang des NS-Regimes mit Juden dazu beitrugen, die Systematik des Genozids zu verschleiern, und ob gerade Personen mit vielen Kontakten eher der Widersprüchlichkeit gewahr wurden.

Denkbar wäre es, daß Personen mit hoher Einbindung in soziale Netzwerke sowohl Informationen über den Massenmord erhielten als auch solche über die Heranziehung von Juden zur Zwangsarbeit – mit der Folge, daß sie – weil dies besser in das Selbstbild paßte – den Informationen über die Zwangsarbeit mehr Glauben schenkten und die Intentionalität und Systematik des Mordes an Juden verkannten und nicht als Teil der „Endlösung“ begriffen.<sup>37</sup>

### *Weitervermittlung der Information*

Für die Verbreitung einer Information oder eines Gerüchts in einer Gesellschaft ist nicht nur entscheidend, wie sie aufgenommen, sondern auch, wie sie weitervermittelt werden. Prinzipiell war die Weitergabe von Gerüchten, die Negatives über das NS-Regime beinhalteten, strafwürdig. Entsprechend dem Heimtückegesetz und dem Gesetz gegen Wehrkraftzersetzung konnte dies bestraft werden. Und Beispiele dafür, daß dies auch geschah, gibt es genug.<sup>38</sup> Doch wenn entsprechende Vorsichtsmaßnahmen gewählt wurden,

36 Siehe hierzu Helen Peak, *Observations on the Characteristics and Distribution of German Nazis*, in: *Psychological Monographs* 6 (1945), S. 37 ff. sowie eigene Befunde einer noch unveröffentlichten Sekundäranalyse neuerer Umfragedaten; speziell zur Verteilung des Antisemitismus vgl. auch Werner Bergmann/Rainer Erb, *Wie antisemitisch sind die Deutschen? Meinungsumfragen 1945–1994*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München 1995, S. 47–63.

37 Zu den z. T. widersprüchlich erscheinenden Handlungen des Regimes vgl. u. a. Wolfgang Benz, *Der Holocaust*, 3. Auflage, München 1997; David Engel, *The Holocaust. The Third Reich and the Jews*, Harlow 2000, S. 26 ff.

38 Siehe z. B. Bernward Dörner, *Heimtücke. Das Gesetz als Waffe*, Paderborn 1998.

konnte normalerweise die Gefahr einer Entdeckung und Sanktionierung minimiert werden. Dies war z. B. dann der Fall, wenn man sich auf Gleichgesinnte bezog. So läßt sich etwa im Fall des Hörens verbotener ausländischer Sender zeigen, daß sich die Kommunikation in erster Linie zwischen den Personen vollzog, die sich dem Verbot widersetzen.<sup>39</sup> Die Sanktionsdrohung ist jedoch nicht der einzige Faktor, der Einfluß nimmt. Ebenso bedeutend – wenn nicht gar bedeutender – könnte die Glaubwürdigkeit der Meldung sein. Je weniger glaubwürdig sie ist, desto seltener dürfte sie weitergegeben worden sein.

Wie man *Tabelle 5* entnehmen kann, hat die Mehrheit der Befragten, die etwas vom Massenmord hörten, ihrer Erinnerung zufolge diese Information nicht an andere Personen weitervermittelt. Lediglich 39 % geben an, sie hätten dies getan; der größere Teil (52 %) tat es nicht. Der Rest wußte sich nicht mehr zu erinnern. Ein Grund dafür, warum die Meldungen nicht in größerem Maße diffundierten, mag – wie auch bei der Informationsaufnahme – der Tatsache geschuldet sein, daß die Vermittlung im Familienkreis stattfand. Ein anderer Grund mag in einer allgemeinen Zurückhaltung bei der Weitergabe von nicht-systemkonformen Informationen liegen. Und ein dritter schließlich könnte – wie häufiger vermutet – die fehlende Glaubwürdigkeit vieler Meldungen sein.

In der Tat hat fehlende Glaubwürdigkeit den postulierten Effekt auf die Weitergabe, aber er ist nicht besonders stark. Wer der Meldung glaubte, teilte sie fast genauso häufig anderen Personen mit wie jemand, der ihr keinen Glauben schenkte, wie man *Tabelle 5* entnehmen kann. Offenbar hatten selbst Informationen, denen nicht geglaubt wurde, eine gewisse Diffusionschance – vermutlich vor allem dann, wenn sie besonders spektakulär erschienen. Weiterhin zeigt sich (hier in der Tabelle nicht ausgewiesen): Männer tendieren etwas eher als Frauen dazu, das Gehörte weiterzuerzählen, und Ältere tendenziell eher als Jüngere. Außerdem geben Personen mit Hauptschulbildung und mit Fachhochschulreife/Abitur die Informationen am ehesten weiter, während die mittlere Bildungsstufe sich eher zurückhaltend verhält.

39 Vgl. Karl-Heinz Reuband, „Schwarzhören“ im Dritten Reich. Verbreitung, Erscheinungsformen und Kommunikationsmuster beim Umgang mit verbotenen Sendern, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 374–398.

## Schlußbemerkung

Die Ergebnisse der Umfragen, die auf bundesweiter Ebene und für Berlin herangezogen wurden, deuten in Übereinstimmung mit anderen Umfragebefunden darauf hin, daß offenbar eine Minderheit der Deutschen vor Ende des Krieges etwas vom Massenmord an der jüdischen Bevölkerung erfuhr. Meist dürfte es sich dabei um Informationen gehandelt haben, die die Systematik des Genozids nur bedingt erkennen ließen. Wie klein auch die Zahl der Personen mit gewisser Kenntnis relativ gesehen sein mag – absolut gesehen geht sie in die Millionen.<sup>40</sup> Daß ein nennenswerter Teil derjenigen, die auf die entsprechende Frage „Keine Kenntnis“ angaben, doch Informationen hatte, sie nur aus ihrem Bewußtsein verdrängte, ist prinzipiell zwar denkbar, erscheint aber aufgrund der verschiedenen Indizien unwahrscheinlich.

Informationen über die Verschleppung der Juden in Konzentrationslager oder ihre Ermordung stießen zum Zeitpunkt der Kenntnisnahme zwar offenbar bei einem Teil der Menschen auf Unglauben. Alles in allem scheint jedoch die Zahl derer, die ihnen glaubte, relativ hoch – wenn sie auch nicht notwendigerweise ein auf die „Endlösung“ hin ausgerichtetes Unternehmen erkannten. Ein Grund dafür mag sein, daß entsprechende Hinweise über Freunde, Bekannte oder sonstige vertrauenswürdige Personen vermittelt wurden. Ein anderer mag darin liegen, daß sich dies in das Bild einfügte, das das Regime über das „Judenproblem“ und dessen „Lösung“ vermittelt hatte. Ob die erhaltenen Informationen als glaubwürdig eingestuft wurden oder nicht, hat – anders als erwartet – nur eine schwache Bedeutung für die Weitervermittlung an andere Personen gehabt. Es scheint, als wurden auch Gerüchte, die als unwahrscheinlich wahrgenommen wurden, in gewissem Umfang an andere

40 In unserem Zusammenhang ist weiterhin der Vergleich der komplett anonymen postalischen Befragung in Berlin mit der partiell anonymen (mit Nummer auf dem Fragebogen, aber ohne Interviewer) bedeutsam. Er belegt, daß es bei der hier interessierenden Frage keine Unterschiede gibt. Der Befund, demzufolge nur eine Minderheit Informationen über den Holocaust – über Massenerschießungen oder Morde im KZ – hatte, deckt sich, wie zuvor erwähnt, mit einer Reihe anderer, eher indirekter Indikatoren, wie z. B. die Reaktion auf Aufklärung über NS-Verbrechen in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende, oder auch Angaben, in denen die Befragten um eine Schätzung der Verbreitung des Wissens gebeten wurden. Vgl. Reuband, Gerüchte, S. 220 ff.



Personen weitervermittelt. Je spektakulärer der Fall erschien, desto eher ist dies wohl geschehen.

Die Tatsache, daß offenbar nur ein kleiner Anteil der Befragten Kenntnisse – wenn auch lediglich rudimentäre – über die Vernichtung der Juden besaß, bedeutet, daß wohl auch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung damals überhaupt eine Notwendigkeit sah, die Verfolgten vor ihrem sicheren Tod zu retten.

Wenn es zu Hilfeleistungen wie dem Verschaffen von Verstecken und der Versorgung mit Lebensmitteln etc. im Untergrund kam, dann – so meine Vermutung – in vielen Fällen wohl eher aus dem diffusen als aus dem spezifischen Bewußtsein heraus, daß die Menschen, denen man half, in besonderem Maße einer (wenn auch im einzelnen nicht genau vorstellbaren) Bedrohung ausgesetzt waren, die Mord als Möglichkeit miteinschloß. Welche Vorstellungen das Handeln der Helferinnen und Helfer bestimmten, kann indes nur durch eine eingehende Rekonstruktion des damaligen Geschehens annähernd geklärt werden.

**Tabelle 1:** Zeitpunkt erster Informationen über den Massenmord an Juden nach Jahr der Befragung (in %)

|                              | (1)    | (2)    | (3)    | (4)    | (5)    | (6)    |
|------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
|                              | 1961   | 1988   | 1991   | 1995   | 1996   | 2000   |
|                              | 30+ J. | 60+ J. | 60+ J. | 64+ J. | 65+ J. | 69+ J. |
| Vor Ende des Krieges         | 32     | 34     | 40     | 35     | 32     | 28     |
| Nach Ende des Krieges        | 58     | 51     | 48     | 57     | 65     | 66     |
| Weiß nicht /<br>Keine Angabe | 10     | 15     | 12     | 8      | 3      | 7      |
|                              | 100    | 100    | 100    | 100    | 100    | 100    |
| (N =)                        | (1418) | (565)  | (585)  | (196)  | (258)  | (360)  |

Die untere Altersgrenze der Befragten ist jeweils unterhalb des Jahres der Befragung aufgeführt.

*Erhebungsinstitut, Art der Befragung und Quelle:* (1) Institut für Demoskopie, face-to-face Befragung, Westdeutschland, Juni 1961, Elisabeth

Noelle/Erich Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, Allensbach/Bonn 1965, S. 229; (2) Institut für Demoskopie, face-to-face Befragung, Westdeutschland, Dezember 1988, Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1984–1992, München 1993, S. 383; (3) Institut für Demoskopie, face-to-face Befragung, West- und Ostdeutschland, Februar/März 1991, IfD Umfrage 3206 (unveröffentlichte Tabellen); (4) FORSA, telefonische Befragung, West- und Ostdeutschland, Mai 1995, eigene Berechnungen auf der Basis des ungewichteten Datensatzes; (5) Forschungsgruppe Wahlen, telefonische Befragung, West- und Ostdeutschland, Juni 1996, Forschungsgruppe Wahlen, Was die Deutschen wußten. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Unveröffentlichter Tabellenband, Mannheim 1996, S. 5 (eigene Berechnungen); (6) eigene Umfrage, telefonische Befragung, West- und Ostdeutschland, April–Juni 2000.

*Frageformulierungen:* (1–3, 6): „Können Sie sich erinnern: Wann haben Sie zum allerersten Mal etwas von der Massenvernichtung der Juden gehört? Ich meine nicht Einzelheiten, sondern ganz allgemein, daß es überhaupt vorkam.“ Als Antwortkategorien standen zur Verfügung: (1–3) „Zum ersten Mal zwischen 1933 und 1939“ bzw. „Bis 1939 vor dem Krieg“, „Zwischen 1940 bis vor 1945“ bzw. „1940 bis 1944 während des Krieges“, „1945“ bzw. „1945, unmittelbare Nachkriegszeit“, „Nach 1945“. Für die vorliegende Tabelle wurden alle Werte für „Vor 1945“ zusammengefaßt. In der Erhebung standen als Antwortkategorien zur Verfügung (6) Vor/nach dem Krieg, (4) „Wann haben Sie von den Verbrechen der Nazis erfahren?“ Antwortkategorie: „Erst nach dem Krieg“, „Noch während der Nazi-Zeit“. (5) „Nun noch zu einem anderen Thema, dem Schicksal der Juden im Nationalsozialismus. Wie war das bei Ihnen persönlich? Haben Sie selbst damals etwas von der Verschleppung der Juden mitbekommen, haben Sie damals von anderen etwas darüber gehört oder haben Sie erst nach dem Krieg davon erfahren? Und wie war das mit den Massenerschießungen von Juden beim Überfall auf die Sowjetunion? Und wie war das mit der Vernichtung der Juden in den Konzentrationslagern?“ Antwortkategorien: „Selbst mitbekommen“, „Danach davon gehört“, „Später erst erfahren“. (Hier: bei Massenerschießungen und/oder Vernichtung in KZ „Selbst mitbekommen“ und „Davon gehört“ zusammengefaßt.)

**Tabelle 2:** Art der Kenntnisse vom Massenmord vor Kriegsende (in %)

|  | %    | Kumulativ % |
|--|------|-------------|
| Massenmord, 1939–1945                                  | 8    | 8           |
| Massenmord, ohne Datumsangabe                          | 3    | 11          |
| KZ, Deportation etc. allg., 1939-1945                  | 4    | 15          |
| Massenmord, Datum vor 1939                             | 6    | 21          |
| Bejahung allgemein ohne Datum,<br>sonstige Kombination | 5    | 26          |
| In Gefangenschaft erfahren                             | 1    | 28          |
| Nach Kriegsende  | 66   |             |
| Weiß nicht   | 4    |             |
| Keine Angabe   | 3    |             |
|  | 100  | 100         |
| (N =)  | (99) | (237)       |

*Basis:* bundesweite Telefonumfrage

*Frageformulierungen, die zur Konstruktion der Antwortmuster herangezogen wurden:* „Wann haben Sie zum allerersten Mal etwas von der Massenvernichtung der Juden gehört? Ich meine nicht Einzelheiten, sondern daß es überhaupt vorkam? War das vor oder nach Kriegsende?“ – „Wissen Sie noch, in welchem Jahr das war?“ – „Und was haben Sie vor Kriegsende erfahren: ging es um Massenerschießungen von Juden? Oder ging es um den Massenmord von Juden in Konzentrationslagern in Polen und anderen Gebieten?“

**Tabelle 3:** Quelle der Information über Massenmord vor Ende des Krieges (Mehrfachnennungen in %)

|   | BRD  |      | Berlin |
|---|------|------|--------|
|   | (1)  | (2)  | (3)    |
| Ausländische Sender                     | 7    | 12   | 15     |
| Flugblätter                             | 6    | 6    | 6      |
| Familienangehörige                      | 21   | 24   | 26     |
| Freunde, Kollegen, Nachbarn             | 26   | 18   | 19     |
| In der Armee von Kameraden/Vorgesetzten | 11   | 12   | 17     |
| Selbst erlebt/gesehen                   | 13   | 10   | 3      |
| Sonstiges                               | 18   | 16   | 4      |
| Weiß nicht mehr                         | 13   | 14   | 16     |
| (N =)                                   | (94) | (38) | (161)  |

*Basis:* Personen, die vor Kriegsende vom Massenmord erfuhren und zu diesem Zeitpunkt nicht in Gefangenschaft waren. Die Daten für die Bundesrepublik sind unter Zugrundelegung einer Gleichverteilung der Geschlechter gemittelt. (1) Alle Befragten, die Kenntnis der Vernichtung vor Ende des Krieges angeben, (2) Subgruppe der Befragten, aus Gruppe (1), die Massenmord in KZ/ Massenerschießungen mit Zeitpunkt 1939–1945 oder ohne genauen Zeitpunkt angaben, (3) Befragte, die den Zeitpunkt der ersten Kenntnis von Informationen über Massenmord auf die Zeit 1939–45 datieren oder den genauen Zeitpunkt nicht erinnern. (1–2) bundesweite Telefonumfrage, (3) postalische Befragung.

*Frageformulierung:* (1–2) „Von wem haben Sie das erste Mal darüber etwas erfahren?“; (3) „Wie/von wem haben Sie das erste Mal vor Ende des Krieges von Massenerschießungen bzw. Massenmord an Juden etwas gehört oder erfahren?“ [Antwortkategorien wie oben aufgeführt]

**Tabelle 4:** Glauben an Berichte über Massenmord nach Zeitpunkt der Information (in %)

|                     | Vor Kriegsende | Nach Kriegsende | Insgesamt * |
|---------------------|----------------|-----------------|-------------|
| Geglaubt            | 54             | 49              | 47          |
| Teilweise geglaubt  | 7              | 9               | 8           |
| Erst nicht geglaubt | 13             | 14              | 13          |
| Nicht geglaubt      | 16             | 25              | 21          |
| Weiß nicht          | 8              | 3               | 8           |
| Keine Angabe        | 2              | 1               | 4           |
|                     | 100            | 100             | 100         |
| (N =)               | (99)           | (237)           | (360)       |

\* Einschließlich „Keine Angabe/Weiß nicht“ zum Zeitpunkt erster Information

*Basis:* Bundesweite Telefonumfrage

*Frageformulierung:* „Haben Sie, als Sie das erste Mal davon hörten, dies geglaubt oder nicht geglaubt?“

**Tabelle 5:** Weitererzählen nach Glauben an Information (in %) – Personen, die vor Kriegsende vom Massenmord hörten

|                      | Geglaubt | Teils-teils | Nicht geglaubt | Insgesamt |
|----------------------|----------|-------------|----------------|-----------|
| Weiter erzählt       | 42       | 40          | 31             | 39        |
| Nicht weiter erzählt | 47       | 55          | 63             | 52        |
| Weiß nicht           | 9        | 5           | 6              | 8         |
| Keine Angabe         | 2        | —           | —              | 1         |
|                      | 100      | 100         | 100            | 100       |
| (N =)                | (53)     | (20)        | (16)           | (89)      |

*Basis:* Bundesweite Telefonumfrage; Befragte, die vor Kriegsende vom Massenmord erfuhren

*Frageformulierung:* „Wissen Sie zufälligerweise noch, ob Sie das, was Sie über die Judenvernichtung hörten oder erlebten, anderen Menschen weitererzählt haben? Oder haben Sie es damals niemandem weitererzählt?“. *Frage zu Glauben an Information* siehe Tabelle 3, hier zusammengefaßt: „Teilweise nicht geglaubt“ und „Erst nicht geglaubt“ in „Teils-teils“.



*Amateuraufnahme eines Teilnehmers bei Exekutionen in der Sowjetunion.  
Die Bilder wurden deutschen Kriegsgefangenen abgenommen.*

DAVID BANKIER

## Was wußten die Deutschen vom Holocaust?\*

Ziel dieses Beitrags ist es, die vieldiskutierte Frage nach der Kenntnis der Deutschen von der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zu untersuchen. Was wußte die deutsche Öffentlichkeit über den Holocaust? In welchem Umfang war sie sich der Massenerschießungen im Osten, der Vergasung und der Vernichtungsstätten bewußt?

\* Dieser Text erschien zuerst in: David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995, S. 139–158 (Kap. 6: Kenntnis von der Judenvernichtung). Übersetzung: Jürgen Spiegel (die Übersetzung wurde von den Herausgeberinnen, von denen auch die neue Textüberschrift stammt, überarbeitet). Wir danken dem Berlin Verlag für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Die wichtigsten Quellen, die von den Forschern zu diesem Thema herangezogen wurden, sind die *Meldungen aus dem Reich*. Diese vertraulichen periodischen Übersichten über die öffentliche Stimmung wurden von den deutschen Sicherheitsdiensten, besonders dem Sicherheitsdienst (SD) der SS, zusammengestellt.<sup>1</sup> Die Kenntnis der deutschen Öffentlichkeit auf der Basis dieser Berichte bestimmen zu wollen, birgt jedoch Schwierigkeiten. Wenn man einmal die geringe Zahl von erhaltenen Berichten der Gendarmerie oder der örtlichen SD-Dienststellen mit den relevanten reichsweiten Zusammenfassungen vergleicht, dann wird deutlich, daß gewisse Informationen der lokalen Stellen bewußt ausgelassen oder unterdrückt wurden, während die Verfasser der reichsweiten Berichte andere Aspekte besonders hervorhoben. Dies belegt die Tendenz der Berichte und zeigt, wie der Prozeß der Informationszusammenstellung in vielfältiger Weise von der Sicht und den Voreingenommenheiten der Berichterstatter abhängig war. Verzerrungen und Auslassungen schlichen sich ein, wenn der Berichterstatter Einzelheiten, die für sein Thema peripher waren, nicht beachtete. Wir können darüber hinaus sehen, wie örtliche Ereignisse durch Verallgemeinerungen und Übertreibungen im Sinne der Weltanschauung der Nationalsozialisten und ihrer Beurteilung der öffentlichen Stimmung zurechtgestutzt wurden.

Einige Themen wurden in den reichsweiten Berichten entweder teilweise oder ganz ausgelassen, wahrscheinlich weil die Redakteure diesbezügliche Instruktionen erhalten hatten. So geben diese Berichte beispielsweise keinen Hinweis auf die massive Opposition zum „Euthanasie“-Programm. Dieselben Probleme tauchen bei der Untersuchung der Judenfrage auf. Auswahl oder Betonung gingen einerseits auf subjektive Faktoren zurück, nämlich die persönlichen Ansichten des Berichterstatters, andererseits ebenso auf objektive Bedingungen, nämlich die Notwendigkeit, zusammenzufassen und zu verallgemeinern. Außerdem lassen sich die Schlußfolgerungen in den SD-Zusammenfassungen nicht aus anderen Informationsquellen aus derselben oder aus einer anderen Gegend und der gleichen Zeit verifizieren. Wegen dieser Schwierigkeiten ist ein Vergleich mit anderen Aufzeichnungen, wie

1 Zur vollständigen Ausgabe der SD-Berichte siehe: Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich*, Herrsching 1984. Alle folgenden Zitate entstammen dieser Ausgabe. Über diese Quellen siehe die dortige Einleitung.



z. B. Tagebüchern, Augenzeugenberichten und Berichten der ausländischen Geheimdienste unumgänglich.<sup>2</sup>

Eine in der Bevölkerung allgemein verbreitete Meinung, die aber auch von vielen Forschern vertreten wird, ist, daß zu jener Zeit allgemein sehr wenig über die Vernichtung bekannt war und nur unbegründete Gerüchte über das Schicksal der Juden im Umlauf waren.<sup>3</sup> Diese Behauptung beruht hauptsächlich auf verschiedenen Zeugnissen. Eines davon ist ein Brief, den Helmuth von Moltke, einer der Führer des Anschlags vom 20. Juli 1944, im März 1943 geschrieben hat, worin er feststellt, daß das deutsche Volk nichts von der Tötung Hunderttausender von Juden durch die Nationalsozialisten wisse. In seinen Worten: „Sie haben immer noch die Vorstellung, daß die Juden nur ausgegrenzt worden sind und nun im Osten in ähnlicher Weise wie vorher in Deutschland weiterlebten.“<sup>4</sup> Von Moltkes Behauptung wird durch Memoiren einiger jüdischer Überlebender, die nach dem Krieg verfaßt wurden, bestätigt. Z. B. sagte Hans Rosenthal, er habe nichts über die Vernichtungslager ge-

- 2 Für dieses Thema sind folgende Studien relevant: Marlis Steinert, *Hitler's War and the Germans*, Ohio 1977, S. 132–147; Lawrence D. Stokes, *The German People and the Destruction of the European Jews*, in: *Central European History* 6 (1973), S. 167–191; Walter Laqueur, *The Terrible Secret*, London 1980, S. 17–32; Otto Kulka, „Public opinion“ in Nazi Germany and the „Jewish Question“, in: *The Jerusalem Quarterly* 26 (1983), S. 34–45; Sarah Gordon, *Hitler, Germans and the Jewish Question*, Princeton/NJ 1984; Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983; ders., *German Popular Opinion and the „Jewish Question“, 1933–1943: some Further Reflections*, in: Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland*, Tübingen 1986, S. 365–386; Hans Mommsen, *Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt?*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1988, S. 176–200; Hans Mommsen/Dieter Obst, *Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden*, in: Hans Mommsen/Susanne Willems (Hrsg.), *Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte*, Düsseldorf 1989, S. 374–427.
- 3 Nur zwei Beispiele seien zitiert: Herbert Schultheis, *Juden in Mainfranken 1933–1945*, Bad Neustadt a. d. Saale 1980, S. 623 ff.; Hermann G. Adler, *Der verwaltete Mensch*, Tübingen 1974, S. 466 f. Siehe auch: Steinert, *Hitler's War*, S. 145 f.; Stokes, *The German People*, S. 168–172.
- 4 Michael Balfour/Julian Frisby, *Helmuth von Moltke. A Leader against Hitler*, London 1972, S. 218.

wußt.<sup>5</sup> Ein anderer Überlebender, Bruno Weil, der eine Schlüsselposition in der Jüdischen Gemeinde innehatte und deshalb besseren Zugang zu Informationen gehabt haben mag, gibt an, daß er sich erst gegen Ende des Krieges, als er in Theresienstadt inhaftiert war, bewußt geworden sei, wohin die Transporte gingen.<sup>6</sup> Sogar Leo Baeck, das Oberhaupt des deutschen Judentums, von dem wir annehmen dürfen, daß er mehr über die deportierten Juden gewußt hat, beharrte nach dem Krieg darauf, daß er erst in Theresienstadt über die Vergasungen in Auschwitz Kenntnis erlangt habe.<sup>7</sup>

Während sich die Exaktheit der Aussagen Rosenthals und Weils schwer beweisen oder widerlegen lassen, können wir wenigstens im Fall von Leo Baeck zeigen, wie fragwürdig Nachkriegsaussagen für die Rekonstruktion der historischen Wirklichkeit sind. Vielleicht hat er tatsächlich über Auschwitz nicht Bescheid gewußt, was aber mit den Deportierten passierte, kann ihm kein Geheimnis gewesen sein. Baeck erinnert sich, daß er von einer Nichtjüdin, die ihren Mann im Sommer 1941 freiwillig bei der Deportation nach Polen begleitete, zum ersten Mal eine Andeutung erhalten hat, was im Osten vor sich gehe. Wir wissen auch, daß Jacob Jacobson, ein hochrangiger Vertreter der Jüdischen Gemeinde, ihn persönlich einem deutschen Offizier vorgestellt hat, der ihn über die Massaker informieren wollte. So ist es also trotz Baecks Beteuerungen schwer zu glauben, daß er über die Ermordungen erst später erfahren habe.<sup>8</sup> Hierbei handelt es sich nur um ein weiteres Beispiel dafür, wie irreführend Erinnerung sein kann. Wir stoßen möglicherweise auf ein typisches Beispiel dafür, wie sich Erinnerungen aus selektivem Gedächtnis und Nachkriegswertmaßstäben und -wissen gebildet haben. Deshalb muß man mit diesen Quellen vorsichtig umgehen. Wir können uns nicht auf sie verlassen, wenn sie nicht durch anderweitige Belege bestätigt werden. Es ist durchaus möglich, daß sich Baeck, wie viele andere, der Existenz spezieller Vernichtungsstätten

5 Hans Rosenthal, *Zwei Leben in Deutschland*, Bergisch Gladbach 1980, S. 54.

6 Bruno Weil, *Durch drei Kontinente*, Buenos Aires 1948, S. 67.

7 Eric H. Boehm, *We Survived: the Stories of Fourteen of the Hidden and Hunted of Nazi Germany, as Told to Eric H. Boehm*, New Haven/Conn. 1949, S. 293; Vgl. Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 479.

8 Siehe die Erinnerungen von Jacob Jacobson, *Leo Baeck Institute (LBI)*, ME 560, S. 14; vgl. Julie Braun-Vogelstein, *Was niemals stirbt. Gestalten und Erinnerungen*, Stuttgart 1966, S. 406.

nicht bewußt war. So wußte z. B. die Journalistin Lili Hahn, wie sie in ihr Tagebuch im Mai 1943 eingetragen hat, über Auschwitz nicht mehr, als daß Birkenau die Eisenbahnstation für dieses Konzentrationslager war.<sup>9</sup> Es ist auch wahr, daß oft ein psychologischer Abwehr- und Verdrängungsmechanismus den Empfänger schrecklicher Nachrichten beeinflußt haben mag. Dies scheint bei Ursula von Kardorff, die ein Mitglied der Untergrundbewegung gegen die Nationalsozialisten war, der Fall gewesen zu sein. Nachdem sie ins Tagebuch eingetragen hatte, daß ein Mädchen ihre jüdische Mutter aus Liebe vergiftet hat, um ihr die Deportation zu ersparen, fügte sie hinzu: „Wenn man nur wüßte, was mit den abtransportierten Juden geschieht?“<sup>10</sup> Sie schrieb das, obwohl ihr sechs Monate vorher jemand, der aus dem Osten gekommen war, gesagt hatte, daß Juden vor offenen Massengräbern erschossen werden.<sup>11</sup>

Dennoch ist aufgrund der riesigen Zahl an Zeugenaussagen, die Deutsche wie auch Juden während und nach dem Krieg gemacht haben, wie auch aus Tagebüchern von Zeitgenossen, der Schluß zu ziehen, daß weite Kreise der deutschen Bevölkerung, darunter Juden wie Nichtjuden, entweder gewußt oder geahnt haben, was in Polen und in Rußland geschah. Einige Aussagen sollen diese Behauptung illustrieren. Ein Überlebender berichtet, daß er im Dezember 1942 zwar nichts über die Vergasungen gewußt hat, aber vermutete, daß die deportierten Juden der Tod erwarte.<sup>12</sup> Eine Frau, die im Jüdischen Krankenhaus in Berlin arbeitete, sagte aus, daß über den „jüdischen Mundfunk“ Gerüchte über die Lager durchsickerten, und daß zwei oder drei Tage vor einem angekündigten Abtransport die Selbstmordrate jedesmal stark anstieg.<sup>13</sup> Diese Aussage wird durch den Bericht des früheren Repräsentanten der Amerikanischen Handelskammer in Frankfurt, Edwin van D’Elden, der dort bis Mai 1942 tätig war, bestätigt und illustriert. Er bemerkte, daß nach der Rückkehr von Soldaten aus Polen, die über Massenerschießungen berichteten, Dutzende von Juden, die im Mai 1942 ihre Deportationsbefehle bekommen

9 Lili Hahn, ... bis alles in Scherben fällt. Tagebuchblätter 1933–1945, Köln 1979, Eintrag v. 8. 5. 1943.

10 Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942–1945, München 1962, Eintrag v. 13. 1. 1944.

11 Ebenda, Eintrag v. 15. 8. 1943.

12 Boehm, We Survived, S. 123.

13 Yad Vashem Archives (YVA), 02/29.

hatten, Selbstmord begingen.<sup>14</sup> Ein anderer deutscher Jude, der im Untergrund überlebte, hat versichert, daß er aus Besuchen in Theatern und Bars und aus Gesprächen mit Zivilisten, die nicht wußten, daß er Jude war, über die Massenerschießungen gehört und sich darauf zum Untertauchen entschlossen habe.<sup>15</sup> Dasselbe erfahren wir von einer sozialistischen Jüdin, der vor 1943 Gerüchte über das Schicksal der Transporte zu Ohren gekommen sind.<sup>16</sup> Auch wenn diese Erinnerungen als historische Angaben unzuverlässig zu sein scheinen, so muß doch hinzugefügt werden, daß auch in zeitgenössischen Briefen und Tagebüchern Geschichten über Evakuierte, die im Osten erschossen wurden, vorkommen. Ludwig Haydn schreibt in seinem Tagebuch, daß Wiener Juden offen darüber redeten, daß die Deportation entweder Verhungern bedeutete oder vor einem Grab, das man selbst ausgehoben hatte, erschossen zu werden.<sup>17</sup> Solche düsteren Aussichten erwähnt auch Hermann Samter, ein Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Berlin, bereits im Januar 1942 in einem Brief.<sup>18</sup>

Die Tatsache, daß die SD-Berichte wenig über das Schicksal der deportierten Juden berichten, kann den falschen Eindruck erwecken, daß der Bevölkerung nicht bekannt war, was mit ihnen passierte. Die spärlichen Angaben hierüber in den SD-Berichten besagen aber mitnichten, daß nur wenig oder nichts davon in Deutschland bekannt war. Wenn wir dieser irreführenden Argumentation im Falle der „Euthanasie“-Morde folgen würden, dann müßten wir fälschlicherweise annehmen, daß wegen der spärlichen Erwähnung in den SD-Berichten nur sehr wenige etwas über die Morde an Geisteskranken gewußt haben. Marlis Steinert weist überzeugend nach, daß die SD-Überblicke absichtlich Informationen über Diskussionen in der Bevölkerung über diese Frage bewußt unterdrückten. Gerüchte über diese Tötungen tauchten fast nur in örtlichen Partei- und Justizberichten auf. Das diesbezügliche Schweigen in den SD-Berichten steht in scharfem Kontrast zu den massiven und schlüssigen Beweisen, die zeigen, wie breit darüber diskutiert wurde und wie genau die Informationen waren, die die Bevölkerung erreichten. Im Herbst 1941 redete

14 Aufbau v. 27. 7. 1942.

15 YVA, 02/33.

16 YVA, 02/38.

17 Ludwig Haydn, Meter immer nur Meter. Das Tagebuch eines Daheimgebliebenen, Wien 1946, Eintrag v. 29. 6. 1942.

18 Brief von Hermann Samter vom 26. 1. 1942, YVA, 02/30.

man davon, daß 70 000–80 000 Menschen in „Euthanasie“-Anstalten ermordet worden seien.<sup>19</sup>

Ähnliche Bemerkungen sind in zeitgenössischen Zeugnissen und Tagebüchern gewöhnlicher deutscher Bürger zu finden. Lisa de Boor notiert z. B. in ihrem Tagebuch, daß die Leute über das „Euthanasie“-Programm reden, demzufolge „bis zum Herbst laut Erlaß des Führers 80 000 Geisteskranke eingäschert werden sollen“.<sup>20</sup> Noch nachdem das Programm offiziell im August 1941 eingestellt worden war, hat die Bevölkerung die Ausrottung der Juden mit der der Geisteskranken verbunden. So wurde berichtet, daß in Leipzig 1943 der folgende Spruch die Runde machte: „Nach den Juden die Kranken und die Hilflosen.“<sup>21</sup>

Nachdem wir diese methodischen Gesichtspunkte geklärt haben, wollen wir nun zu unserem Hauptthema zurückkehren und eingehend die Frage untersuchen, wieviel und was über den Vernichtungsprozeß bekannt war.

Nur sehr wenige reichsweite SD-Zusammenfassungen berichten über die Informationen, die in der deutschen Bevölkerung über den Mord an den Juden zirkulierten. Wir können aber aus den örtlichen Berichten, bevor sie in Berlin zusammengefaßt wurden, mit großer Präzision bestimmen, was die deutsche Bevölkerung wirklich wußte. Eine Durchsicht dieses Materials bestätigt, daß die Leute vom Beginn der Kampfhandlungen an über die Niedermetzlung der zivilen polnischen und jüdischen Bevölkerung gehört haben. So wird bereits im November 1939 in einem Parteibericht aus dem nordwestlichen Westfalen erwähnt, daß sich Soldaten in der Eisenbahn offen über die Greuelthaten der SS in

19 Steinert, *Hitler's War*, S. 83. Zu Kenntnissen über die Euthanasie siehe den Bericht eines Flüchtlings aus Württemberg, Britische Botschaft in Washington ans Foreign Office, 6. 10. 1941, Public Record Office, London (PRO), FO 371/26508, Berichte der Berner Gesandtschaft ans Foreign Office, 10. 12. 1940, PRO, FO 371/26 510 und 371/26 513. Siehe auch Berthold Rosenthals Angaben in LBI. Ein seltenes Beispiel für die Reaktionen auf die Euthanasietötungen findet sich in den SD-Überblicken. Der Berichterstatter zitiert einen Kommentar zum berühmten Film *Ich klage an*: „Das geschieht also in den Hospitälern, wo sie jetzt die Tollen alle kaputt machen.“ Boberach (Hrsg.), *Meldungen*, 15. 1. 1942.

20 Lisa de Boor, *Tagebuchblätter aus den Jahren 1935–1945*, München 1963, Eintrag v. 25. 6. 1941.

21 Press Reading Bureau (PRB), Stockholm, an Political Intelligence Department (PID), London, 12. 11. 1943, PRO, FO 371/34439.

Polen unterhalten haben. Ihnen zufolge wurden Juden in Gräben gestoßen und mit Handgranaten getötet. Einige begingen Selbstmord, um nicht den Totenkampf in den Händen der SS erleben zu müssen.<sup>22</sup> Solche Informationen tauchen Ende April 1940 wieder auf, als eine örtliche SD-Dienststelle darüber berichtet, wie Soldaten im Heimaturlaub über Massentötungen an Juden und Polen gesprochen haben.<sup>23</sup> Angesichts solcher sensationeller Enthüllungen verwundert es nicht, wenn sich die Bevölkerung durchaus für die Vorgänge in Polen interessiert hat. Wir verstehen daher auch, warum die Leute in Weimar, Dresden, Breslau und Kiel mehr über die Lösung der Judenfrage wissen wollten.<sup>24</sup>

Mit Beginn des Unternehmens Barbarossa zirkulierten wieder detailliertere und schreckliche Berichte. Soldaten auf Urlaub erzählten häufig von weitverbreitetem Hunger und vom Sterben der sowjetischen Bevölkerung. Sie machten aus dem Mord an russischen Kriegsgefangenen und aus dem Schicksal, das die deportierten Juden im Osten erwartete, kein Geheimnis.<sup>25</sup> In scharfem Kontrast zu dem irreführenden Schweigen in den reichsweiten SD-Meldungen ist die Genauigkeit der Informationen in den lokalen Berichten manchmal höchst instruktiv. So berichtet etwa ein Informant aus der Stadt Steiger, daß er gehört habe, wie die Leute dort über die Erschießung von Juden, die sich vorher ihr eigenes Grab geschaufelt hatten, und über die Nervenzusammenbrüche einiger Exekutoren, diskutierten.<sup>26</sup> Ein anderer örtlicher SD-Bericht bezieht sich auf öffentliche Spekulationen über die Aktivitäten des höchst geheimen Sonderkommandos 1005. Wie wir wissen, wurde diese Einheit im Juni 1942 unter dem Kommando des SS-Oberst Paul Blobel aufgestellt, um die Spuren der SS-Mordkommandos zu beseitigen und die Leichen der in den „Aktionen“ in den östlichen Gebieten Ermordeten zu verbrennen. Ein Berichterstatter des SD aus Bayern vermeldet:

„Einem Gerücht aus Münnerstadt zufolge hätten die Feindmächte über das Rote Kreuz an den Führer die Frage gestellt, wo die früher im Reich ansässigen

22 Stimmungsbericht, Gauleitung West-Nord, 21. 12. 1939, Staatsarchiv Münster (StAMü), Hauptleitung Nr. 21.

23 Stokes, *The German People*, S. 179.

24 Boberach (Hrsg.), *Meldungen*, 26. 8. 1940.

25 Amtsbürgermeister Sorgentreich, Gauleitung West-Nord, 8. 8. 1941, StAMü, Hauptleitung Nr. 11; Gauleitung West-Nord, Nov. 1941, ebenda.

26 Stokes, *The German People*, S. 188 f.; Gordon, *Hitler*, S. 180 f.

Juden verblieben seien. Der Führer habe daraufhin die Juden wieder ausgraben und verbrennen lassen, damit bei einem weiteren Rückzug im Osten den Sowjets kein Propagandamaterial wie das bei Katyn usw. in die Hände fallen würde.“<sup>27</sup>

Diese verbreitete Erörterung des Mordens wurde in unzweideutigen Ausdrücken in einem Parteibericht vom 9. Oktober 1942 treffend zusammengefaßt:

„Im Zuge der Arbeiten an der Endlösung der Judenfrage werden neuerdings innerhalb der Bevölkerung in verschiedenen Teilen des Reichsgebiets Erörterungen über ‚sehr scharfe Maßnahmen‘ gegen die Juden besonders in den Ostgebieten angestellt. Die Feststellungen ergaben, daß solche Ausführungen – meist in entstellter und übertriebener Form – von Urlaubern der verschiedenen im Osten eingesetzten Verbände weitergegeben werden, die selbst Gelegenheit hatten, solche Maßnahmen zu beobachten.“<sup>28</sup>

Als Deutschland die ersten Rückschläge im Krieg hinzunehmen hatte, scheint das Gerede über Massenmorde weiter zugenommen zu haben. Da man jetzt dem bitteren Ende entgegensah, begannen die Leute sich vor Vergeltungsakten zu fürchten. Dies traf besonders dann zu, wenn die ängstliche Bevölkerung, nachdem sie vom Schicksal ihrer Angehörigen an der russischen Front gehört hatte, nach einem seelischen Trost suchte. Von manchen Geistlichen wurde als Antwort auf solche Besorgnisse gepredigt, daß Gott mit der Katastrophe von Stalingrad die Deutschen für ihre Behandlung der Russen, Juden und Polen habe strafen wollen.<sup>29</sup> Auch durch die NS-Propaganda wurden Diskussionen über die Tötungen provoziert, bspw. im Frühjahr und Sommer 1943, als Intellektuelle, Kirchenleute und andere Goebbels wegen seiner Propaganda über die Massaker an polnischen Offizieren bei Katyn und Winniza der Heuchelei bezichtigten. Man sagte, Hunderttausende von Serben, Polen, Russen und Juden seien von den Deutschen nicht besser behandelt worden. Es gibt Berichte, wonach Bauern über Massengräber von Polen und Juden gesagt haben sollen: „Wir haben unsere Feinde ja auch nicht besser behandelt, besonders die Juden, die unbarmherzig vernichtet worden sind.“ Nachdem die Nachrichten über

27 SD Bad Neustadt, 15. 10. 1943, Staatsarchiv Würzburg (StAW), SD 14.

28 Vertrauliche Informationen der Parteikanzlei, 9. 10. 1942, abgedruckt in: Heinz Huber/Artur Müller (Hrsg.), Das Dritte Reich. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten, Bd. 11, München 1964, S. 110.

29 Donald Wall, The Reports of the Sicherheitsdienst on the Church and Religious Affairs in Germany 1939–1944, in: Church History 40 (1971), S. 449.

die Gräber bei Katyn verbreitet worden waren, äußerten manche ihre Besorgnis darüber, daß der Feind die Gräber der von deutschen Soldaten systematisch ermordeten Juden finden könnte.<sup>30</sup> Einige Leute versicherten, daß dies nach ihrem Verständnis zu den Regeln des totalen Kriegs gehöre, den Goebbels proklamiert hatte. In dieser Art von Krieg flogen britische und amerikanische Bomber verheerende Vernichtungsangriffe auf deutsche Städte, und die Deutschen setzten ihre Vernichtungskampagne gegen die Juden fort.<sup>31</sup>

Normalerweise beschäftigt man sich nicht allzu lange mit aufwühlenden Dingen. Da die Deutschen bestrebt waren, um jeden Preis ein „normales Leben“ aufrechtzuerhalten, scheint die Vernichtungspolitik eine Art Tabuthema gewesen zu sein, das nur in familiären Kreisen oder unter engen Freunden besprochen wurde. Das jüdische Thema tauchte aber in der öffentlichen Diskussion auf, sobald es Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung hatte oder wenn letztere auf gewisse politische Ereignisse reagierte. Diese Auswirkungen spürte man besonders nach Stalingrad, als die Furcht vor einer Niederlage aufkam oder als die Propaganda über Katyn dazu animierte, sich kritisch über andere Morde im Osten zu äußern.

Die nächste Frage ist: Gab es eine genaue Kenntnis dessen, was als Holocaust bekannt geworden ist? Mit anderen Worten: Hat die Bevölkerung die Tötung von Juden als individuelle Mordtaten, als „normale“ Brutalität des Krieges gegen die Zivilbevölkerung angesehen, oder hat sie es als etwas, was darüber hinaus ging, als ein gewissermaßen neues Phänomen monströsen Ausmaßes empfunden? Da die SD-Berichte hierauf keine befriedigende Antwort geben, müssen wir uns anderen Quellen zuwenden, die ebenfalls Auskunft darüber geben, welche Informationen in der deutschen Bevölkerung im Umlauf waren; sie sind bisher zu diesem Thema von der Forschung nicht herangezogen worden.

Material des britischen Geheimdienstes gibt Aufschluß darüber, wie die deutsche Öffentlichkeit den Krieg gegen Rußland empfand. Bei der Auswertung von Briefen der deutschen Zivilbevölkerung an ihre Verwandten und Freunde im Ausland erhielten die britischen Zensoren folgendes Bild: Einer-

30 Boberach (Hrsg.), *Meldungen*, 19. 4. 1943, 26. 7. 1943; SD Würzburg, Außenstelle Bad Brückenau, 16. 4. 1943, StAW, SD 12; SD Hauptaußenstelle Würzburg, 7. 4. 1943, StAW, SD 37; Stokes, *The German People*, S. 186 f.; Steinert, *Hitler's War*, S. 143; Kershaw, *Popular Opinion*, S. 365.

31 SD Außenstelle Bad Brückenau, 22. 4. 1943, StAW, SD 12.



seits herrschten Angst und Kummer wegen der Verluste an der Front, gepaart mit Kriegsmüdigkeit und Niedergedrücktheit; andererseits waren viele der festen Überzeugung, daß der Krieg gegen die Sowjetunion ein Kreuzzug zum Wohle der Menschheit sei. Die Deutschen waren der Auffassung, sie führten einen historischen Befreiungskrieg, und in diesem Zusammenhang war der Begriff „Vernichtung des Feindes“ mehr als nur eine Metapher.<sup>32</sup> Daß dies die Auffassung über die wahre Natur und die weitreichenden Implikationen des russischen Feldzugs war, wird auch aus anderen Quellen ersichtlich. Sehr erhellend ist eine britische diplomatische Depesche, die die Aufzeichnung einer Unterhaltung mit dem schwedischen Bankier Jacob Wallenberg enthält. Er kehrte 1941 aus Berlin zurück, wo er hauptsächlich Geschäftsleute und Beamte der Wirtschaftsabteilung getroffen hatte. Wenn man die Aufzeichnungen liest, ist man über die Kaltblütigkeit erschreckt, mit der die Deutschen über *Millionen* von Menschen, die umkommen würden, redeten. Wallenberg bemerkte, daß „in Deutschland viel über Hungertod in Rußland infolge der ‚Politik der verbrannten Erde‘ geredet wurde; man schätzte, daß zwischen zehn und zwanzig *Millionen* Russen während des Winters an Hunger sterben. *Zwei-einhalb Millionen* würden in Leningrad verhungern.“ In diesem Zusammenhang fügte er beiläufig hinzu: „Viele Deutsche waren abgestoßen von der Art, wie die Juden aus den deutschen Städten in die Ghettos in Polen deportiert wurden. Viele baten mich, bei der schwedischen Regierung ein Wort für einige ihrer Angehörigen für Visas einzulegen, da sie ansonsten in Polen einem schleichenden Tod ausgesetzt wären.“<sup>33</sup>

Wenn man das SD-Material und die vertraulichen Berichte der Alliierten über die Verhältnisse in Deutschland gleichermaßen berücksichtigt, dann scheint es, als ob die deutsche Bevölkerung den Sinn und die Bedeutung des beispiellosen Krieges gegen die Sowjetunion verstanden hat. Somit trafen die Nachrichten über die Massaker an Juden nicht auf ein geistiges und emotionales Vakuum. Die Deutschen wußten genau, daß das, was in Rußland geschah, kein gewöhnlicher Krieg war; dieses Wissen kam in Alltagsgesprächen zum Ausdruck. Sie waren sich der schrecklichen Konsequenzen dieses Feldzuges

32 Postal and Telegraph Censorship Report on Germany, 13. 9. 1941, PRO, FO 371/26512.

33 Memorandum des Foreign Office an PID, Nov. 1941, PRO, FO 371/26 515; Hervorhebung D. B.

bewußt und begriffen, daß er das Leben von Millionen von Menschen kostete, die auf verschiedenste Weise umkamen. Wir können daher die Hypothese aufstellen, daß sie psychologisch vorbereitet waren, Nachrichten über die Vernichtung von Juden zu begreifen. Allerdings hatte die Kenntnis von den unzähligen Greuelthaten an Polen und Russen einen psychologischen Bezugsrahmen geschaffen, dem die Bevölkerung nun das Wissen um die spezifische Vernichtung der Juden zuordnete. Die Mordtaten der Einsatzgruppen wurden daher nicht unbedingt als gesonderte Aktionen wahrgenommen, sondern ebenfalls in diesem Zusammenhang gesehen.

Die deutsche Bevölkerung ahnte, was dieser Krieg alles einbegriff. Viele brauchten sich allerdings nicht auszumalen, was vor sich ging, da sie die Greuelthaten mit eigenen Augen gesehen hatten. Einwohner des Dorfes Wohlau kamen gegen Ende 1942 und Anfang 1943 ans Ufer der Weichsel und sahen zu, wie Hunderte von Menschen entkleidet und getötet wurden. Deutsche Soldaten und Zivilisten redeten über die Gaswagen, die im Lager von Semlin in Jugoslawien zur Vernichtung der Juden eingesetzt wurden.<sup>34</sup> Auch im Innern Deutschlands war es kein Geheimnis, daß im Osten mehr als nur die „gewöhnlichen“ Kriegsverbrechen begangen wurden. Die berühmte Widerstandsgruppe der Geschwister Scholl war sich dessen bewußt. In ihrem Manifest schrieben sie, daß seit der Niederlage Polens 300 000 Juden auf höchst brutale Weise getötet worden seien: „[...] in dem fürchterlichsten Verbrechen an der Würde des Menschen, einem Verbrechen, dem sich kein ähnliches in der ganzen Menschengeschichte an die Seite stellen kann“.<sup>35</sup> In gleicher Weise reagierte ein anderer Gegner der Nationalsozialisten, Paul Freiherr von Schönaich, der in sein Tagebuch eintrug, daß Juden zu Hunderttausenden ermordet wurden. Auch er betrachtete dies als „die größte Kulturschande aller Zeiten“ und fügte hinzu: „Wenn es wirklich eine göttliche Gerechtigkeit gibt, so muß darauf ein Strafgericht folgen.“ Er hoffte, es noch zu seinen Lebzeiten zu erleben.<sup>36</sup>

34 Bezeugt vom SS-Rottenführer Pery Broad, in: Gerhard Schoenberner (Hrsg.), *Wir haben es gesehen: Augenzeugenberichte über Terror und Judenverfolgung im Dritten Reich*, Hamburg 1962, S. 277; Christopher R. Browning, *Fateful Months. Essays on the Emergence of the Final Solution*, New York 1985, S. 82 f.

35 Zweites Manifest, Inge Scholl, *Die Weiße Rose*, Frankfurt a. M. 1952, S. 91 ff.

36 Paul Freiherr von Schönaich, *Mein Finale: mit dem geheimen Tagebuch 1933–1945*, Flensburg/Hamburg 1947, Eintrag v. 29. 11. 1943.

Es erübrigt sich, hier auf die Feststellungen von Historikern wie Wilhelm, Krausnick, Streit und Förster hinsichtlich der massiven Verwicklung der Wehrmacht bei der Vernichtung einzugehen. Die einfachen Soldaten, die in der Nähe von Vernichtungslagern ihren Dienst taten, wußten gewiß, was sich an diesen Orten abspielte. Als französische Kriegsgefangene im Lager Rawa Ruska nahe Belzec die Wachmannschaft nach dem Ziel der mit Juden vollgestopften Züge fragten, erhielten sie die unzweideutige Antwort: „In den Himmel“.<sup>37</sup> Die Hauptquellen der Informationen über den Vernichtungsprozeß waren offensichtlich die Rückkehrer von der Front, die ihren Bekannten darüber berichteten. Ludwig Haydn erfuhr über die Massenerschießungen durch einen Freund, einem Major in der Wehrmacht, der von einem SS-Mann eingeladen worden war, beim „Taubenschießen“ dabei zu sein. Dies war ein Euphemismus für den Mord an den Juden.<sup>38</sup> Die Informationen über Tötungen waren so weit verbreitet, daß sogar Ausländer über die Greuelthaten der Mordtrupps Bescheid wußten. Einer von ihnen war Edwin van D’Elden. „Er erfuhr aus unstrittigen Quellen, daß von fünf Konvois, die Frankfurt vor seiner Abreise verlassen hatten, nur einer in Lodz ankam und drei ihr Ziel nie erreichten. Die Juden dieser drei Konvois mußten in Polen den Zug verlassen, mußten sich entkleiden und wurden dann alle von Erschießungskommandos der Nazis umgebracht, die ihre Opfer mit Maschinengewehren niedermähten. Er erfuhr darüber von Freunden, die diese Information von Soldaten erhalten hatten, die an den Exekutionen in Polen teilgenommen hatten und dann nach Frankfurt auf Urlaub zurückgekehrt waren.“<sup>39</sup>

Wenn Ausländern derlei Information zugänglich war, dann ist anzunehmen, daß die gewöhnliche deutsche Bevölkerung sie ebenfalls besaß. Karl Dürkefäden wußte als einfacher Bürger bereits im August 1941 über die Greuelthaten an den Russen. Sein Schwager hatte in einem Brief lediglich angemerkt, daß es keine Juden in Kiew mehr gebe.<sup>40</sup> Als der Schwager im Oktober 1942 auf

37 C. Lavabre, *Ceux de l’an 40*, Rodez 1981, S. 290.

38 Haydn, *Meter immer nur Meter*, Eintrag v. 19. 12. 1942 und v. 30. 7. 1942, wo der Mord an 100 000 Juden in Polen erwähnt wird.

39 Britische Botschaft in Washington ans Foreign Office, 24. 7. 1942, PRO, FO 371/30 400.

40 Herbert Obenaus/Sibylle Obenaus (Hrsg.), „Schreiben wie es wirklich war!“ Aufzeichnungen aus den Jahren 1933–1945, Hannover 1985, S. 103 ff.; Kershaw, *German Popular Opinion*, S. 379.

Urlaub kam, fügte er mündlich hinzu, was ausgelassen worden war: daß nämlich die Juden in Kiew alle umgebracht worden seien.<sup>41</sup> Er hatte von einem Soldaten, der aus Wilna kam, über die Tötung durch Gas gehört. Aus derselben Quelle stammte auch die Information über Vergasungen von Juden aus Frankreich. Erneut notierte Dürkefälden im Sommer 1942 Berichte von Soldaten über das Schicksal der Juden in Rußland; die Nachrichten der BBC über die Tötungen bestätigten deren Erzählungen.<sup>42</sup> Ludwig Haydn reagierte in gleicher Weise: „Was die Massenmorde an Juden betrifft, so bestätigt die Rundfunkmeldung nur, was man hier ohnehin weiß.“<sup>43</sup>

Die Soldaten gaben ihre Kenntnis nicht nur bei Urlauben wieder. Sie erwähnten die Massaker trotz der Zensur und des Terrors auch in ihren Briefen. Auf diese Weise erfuhren Deutsche von den Kriegserlebnissen, aber auch vom Schicksal der Opfer der von den Nationalsozialisten besetzten Gebiete und von der Vernichtung.<sup>44</sup>

Nach Haydns Ansicht waren die Reaktionen der Soldaten auf die Mordaktionen unterschiedlich: Sie reichten von völliger Ungläubigkeit bis hin zur Zustimmung.<sup>45</sup> In den Briefen wurden sie von einigen verurteilt, von anderen gutgeheißen. Manche machten nur zynische Bemerkungen wie: „Die Juden werden niemandem mehr schaden.“ Andere dagegen erwähnten die Erschießungen Zehntausender von Juden ausdrücklich.<sup>46</sup>

Es ist daher nicht überraschend, daß kurz nach dem Beginn der Massaker viele in Deutschland darüber wußten und ihren Freunden davon erzählten. Natürlich war die Kenntnis bei Personen, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung leichter an Informationen kamen, größer und genauer. Das Tagebuch von Ulrich von Hassell illustriert das sehr genau. Seit dem Oktober 1939 erhielt er Nachrichten über die Greuelthaten der SS in Polen. Diese Informationen wur-

41 Obenaus/Obenaus (Hrsg.), „Schreiben wie es wirklich war!“; S. 112.

42 Ebenda, S. 113 ff.

43 Haydn, Meter immer nur Meter, Eintrag v. 29. 6. 1942.

44 Ortwin Buchbender/Reinholf Sterz (Hrsg.), Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945, München 1982, S. 13 f.

45 Haydn, Meter immer nur Meter, Eintrag v. 24. 12. 1942.

46 Einige dieser Briefe sind abgedruckt in: Buchbender/Sterz (Hrsg.), Das andere Gesicht, S. 168–173; Hans Dollinger (Hrsg.), Kain, wo ist dein Bruder? München 1983, S. 35; Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmuth Stieff, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1954), S. 302.

den durch ein Memorandum bestätigt, das ihm Generaloberst Ludwig Beck vorlas, der selbiges von dritter Seite erhalten hatte. Desgleichen war Hassell über die Aktionen der Einsatzgruppen in der Sowjetunion durch Hans von Dohnanyi und General Georg Thomas informiert worden, und Johann Popitz berichtete, was er von Erich Gritzbach, Görings Adjutant, gehört hatte. Im Mai 1943 schließlich war seine Reaktion auf die Propaganda über Katyn ähnlich wie die oben erwähnte: Er erinnerte daran, daß 100 000 Juden in Gaskammern umgebracht worden waren.<sup>47</sup> Zugang zu ähnlichen Kanälen scheint die achtenswerte Margarete Sommer gehabt zu haben, die Informationen über die Morde sammelte. Sie konnte dadurch bereits drei Monate nach dem Massaker der Juden in Kowno Kardinal Bertram darüber unterrichten.<sup>48</sup>

Neben den deutschen Soldaten, die in ihrem Urlaub oder in Briefen offen über die Vernichtung sprachen, gab es als weitere Quelle die ausländischen Zwangsarbeiter, die in verschiedenen deutschen Lagern und Unternehmen im Osten gearbeitet hatten. Viele, die die Ermordungen beobachtet oder davon gehört hatten, brachten diese Informationen mit, wenn sie zur Zwangsarbeit in Deutschland eingesetzt wurden. Wir sollten die Möglichkeit nicht ausschließen, daß sie den Deutschen, denen sie vertrauten und die wissen wollten, was die SS im Osten tat, ihre Erfahrungen anvertrauten. Wenn ihnen die Flucht gelang, konnten ihre Berichte die alliierten Geheimdienste erreichen, wie die folgenden zwei Beispiele zeigen.

Im Juli 1942 begann die SS, unterstützt von der Wehrmacht und der Ukrainischen Miliz, mit der systematischen Liquidierung der jüdischen Gemeinden in Ostgalizien, darunter Jezierno, Trembowla und Tarnopol. Von den jungen Juden wurden einige zur Arbeit eingezogen, die anderen wurden zusammen mit den älteren Männern, den Frauen und Kindern auf ihre letzte Fahrt nach Belzec geschickt. Zu dieser Zeit wurden französische Kriegsgefangene dazu

47 Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Frankfurt a. M. 1962. Siehe die Eintragungen v. 19. 10. 1939, 17. 2. 1940, 8. 10. 1940, 4. 10. 1941, 1. und 30. 11. 1941, 14. 2. 1942, 1. 8. 1942, 26. 11. 1942 und 15. 5. 1943. Siehe auch: Friedrich P. Reck Malleczewen, Tagebuch eines Verzweifelten. Zeugnis einer inneren Emigration, Frankfurt a. M. 1971, Eintrag v. 30. 10. 1942. Darin berichtet ein von der Ostfront zurückgekehrter Soldat dem Autor in Einzelheiten über die Erschießungen und Einäscherung von 30 000 Juden.

48 Frank M. Buscher/Michael Phayer, German Catholic Bishops and the Holocaust, 1940–1952, in: German Studies Review 11 (1988), S. 465.

eingesetzt, den jüdischen Friedhof von Trembowla niederzureißen und mit den Grabsteinen Straßen zu pflastern. Dieses Lager wurde einige Monate später geschlossen und die Insassen nach Deutschland geschickt.<sup>49</sup> Einer von ihnen, der in Tarnopol die Massenmorde an den Juden beobachtet hatte, berichtete einem deutschen Gewerkschaftsmitglied darüber.<sup>50</sup> Zwei andere konnten fliehen; sie verließen Stettin mit einem finnischen Frachter und gelangten am 4. Februar 1943 nach Malmö. Bei der Schilderung ihrer Beobachtungen in der polnischen Provinz Lublin sagten sie aus, daß im August 1942 französische Gefangene, die in Jezierno und Trembowla arbeiteten, einen Zug mit Viehwagen beobachtet hatten, der nach Tarnopol unterwegs war: „Die Deutschen hatten in jeden Wagen 200 alte Männer, Frauen und Kinder gestopft, obwohl dort höchstens 50– 60 Personen reinpaßten. Einige Tage später kamen die Wagen leer zurück. Die Wände und Türen waren eingeschlagen, viele Juden hatten während der Fahrt zu fliehen versucht. Später zurückkommende Juden erzählten, daß alle 10 000 in Tarnopol in einem Massaker umgekommen seien und daß Juden sie begraben mußten. Einige berichteten über Massenhinrichtungen durch Strom.“<sup>51</sup>

In unserem zweiten Beispiel waren Belgier aus Rawa Ruska Augenzeugen der Massentötungen, über die sie später berichteten. Das Straflager Rawa Ruska befand sich 18 km entfernt von Belzec; seine Insassen waren Franzosen und Belgier, die im April 1942 hergekommen waren. Da fast alle Transporte von außerhalb Polens, aus Westpolen und Galizien in Rawa Ruska halten mußten, konnten die Kriegsgefangenen Hunderte von Waggons sehen, die mit

49 M. Brustin Berenstein, *The Process of Exterminating Jewish Communities in the So-called Distrikt Galizien*, in: *Bletter far Geschichte* 6, Nr. 3 (Juli–Sept. 1953), S. 132 ff. (in Jiddisch). Detaillierte Angaben über die Vorgänge macht das *Memorial Book of Jezierna* (Haifa 1971, in Hebräisch); *Memorial Book for the Jewish Communities of Trembowla, Strusow, Janow and Vicinity* (Benei Berak, o. J., in Hebräisch); *Encyclopaedia of the Jewish Diaspora*. Serie Polen, Bd. Tarnopol, Jerusalem/Tel Aviv 1955, S. 404 (in Hebräisch).

50 PRB Stockholm an PID London, 3. 12. 1943, PRO, FO 371/34 440.

51 PRB Stockholm an PID London, 24. 2. 1943, PRO, FO 371/34 427. Wo der Ursprung für die Geschichten über die Tötung durch elektrischen Strom liegt, ist unbekannt. Joshua Wohlfuss erwähnt in seinem Tagebuch sogar, daß im April 1942 Gerüchte über die Hinrichtung durch elektrischen Strom von Alten und Kindern in Belzec kursierten. Siehe: *Memorial Book Rawa Ruska*, Tel Aviv 1973, S. 238 (in Hebräisch). Diese Gerüchte kursierten auch im Westen. Siehe: *Nazi Execution Mill Reported in Poland*, *New York Times*, 14. 2. 1944, S. 7.

Juden vollgestopft nach Belzec fuhren und leer zurückkamen. Die Leichen derer, die während der Fahrt gestorben oder die bei einem Fluchtversuch erschossen worden waren, wurden auf die Gleise geworfen.<sup>52</sup> Die beiden belgischen Kriegsgefangenen, die Ende April 1943 aus Deutschland geflüchtet waren und eine Woche später in Schweden ankamen, berichteten, was sie in Rawa Ruska und in Stettin gesehen hatten. Der britische Agent, der mit ihnen sprach, übermittelte folgendes: „Am meisten betroffen waren sie von der Vernichtung der Juden. Beide hatten sie Greuelthaten beobachtet. Einer der Belgier hatte gesehen, wie Wagen mit Juden vollgestopft in einen Wald fuhren und wenige Stunden später leer zurückkehrten. Leichen jüdischer Kinder und Frauen lagen in Gräben und entlang der Eisenbahn. Sie fügten hinzu, daß sich die Deutschen rühmten, sie hätten Gaskammern konstruiert, in denen die Juden systematisch getötet und dann begraben würden.“<sup>53</sup>

Wir wollen nun untersuchen, was in Deutschland über die eigentlichen Vernichtungsstätten und über den Einsatz von Gas zur Tötung bekannt war. Kershaw erwähnt in seiner Studie über Bayern zwei Fälle, in denen Leute zu Haftstrafen verurteilt wurden, weil sie offen über die Vergasung von Juden gesprochen und Hitler verunglimpft hatten. Da in den SD-Berichten nichts über Äußerungen der Bevölkerung zur Vergasung zu finden ist, schloß er daraus, daß es zwar Gerüchte gegeben haben mag, die Vergasung aber weitgehend unbekannt geblieben sei.<sup>54</sup> Klugerweise bemerkte er, daß diese besonderen Fälle auch nur die Spitze eines Eisberges sein könnten, für den die dokumentarischen Beweise fehlen. Ähnlich gibt Stokes zu, daß einige Berichte über die Vernichtungsstätten nach Deutschland gelangten, argumentiert aber, daß die Gerüchte darüber möglicherweise nicht geglaubt wurden. So war also nach seiner Meinung die Einrichtung der Vernichtungslager allgemein unbekannt.<sup>55</sup>

52 Über die französischen Kriegsgefangenen in Rawa Ruska siehe: Pierre Gascar, *Histoire de la captivité des Français en Allemagne (1939–1945)*, Saint Amand 1967, S. 229–242; Lavabre, *Ceux de l’an 40*, S. 290, erwähnt auch, daß Leichname von Juden auf die Schienen geworfen wurden. Die deutschen Behörden waren darüber sichtlich beunruhigt, wie aus einem Appell Martin Luthers vom Auswärtigen Amt an Heinrich Müller im RSHA hervorgeht. Siehe: Shmuel Spector, *Operation 1005. Effacing the Murder of Millions*, in: *Yahadut Zemanenu* 4 (1987), S. 208 (in Hebräisch).

53 PRB Stockholm an PID London, 18. 5. 1943, PRO, FO 371/34 430.

54 Kershaw, *Popular Opinion*, S. 366 f.

55 Stokes, *The German People*, S. 185 f.

Wir erkennen hier erneut, wie die Kenntnis von dem, was an Informationen in Deutschland die Runde machte, auf der Basis der SD-Zusammenfassungen kaum zu beurteilen ist. Im besonderen erweisen sie sich als unbrauchbar, um einzuschätzen, inwieweit die Verwendung von Giftgas bekannt war. Diesen Mangel können wir nur durch Hinzuziehung weiterer Dokumente ausgleichen. Dabei erkennen wir, daß bereits während der Gerüchte über das „Euthanasie“-Programm, gegen Ende 1941, über die Vergasung von Feinden des deutschen Reiches geredet wurde. Dies kommt z. B. in dem Bericht eines amerikanischen Zeitungskorrespondenten ans Licht, der aus Deutschland zurückgerufen wurde, nachdem die USA in den Krieg eingetreten waren. Er hatte davon erfahren, daß Juden und Hunderte russischer Gefangener entweder erschossen oder vergast worden waren, und fügte hinzu: „Als in Polen in einem Lager Typhus ausgebrochen war, wurde es durchsucht, und russische Gefangene wurden in Gruppen wie Vieh in Räume getrieben und dort unter dem falschen Vorwand, man wolle sie und ihre Sachen entlausen, vergast.“<sup>56</sup>

In den Unterlagen, die der Britische Nachrichtendienst in Basel und Genf über die „Euthanasie“ zusammengestellt hat, befindet sich auch die Aussage eines Zugbegleiters, demzufolge Züge mit verwundeten Soldaten in einen Tunnel gefahren und die Soldaten dort vergast worden seien.<sup>57</sup> Diese Geschichte von einem Gastunnel scheint sich rasch verbreitet zu haben, denn sie wird mehrfach von Leuten erwähnt, die keine Verbindung zu derartigen hatten. So wurde die in Hessen lebende Lili Hahn im November 1941 darüber unterrichtet, daß die letzten beiden Transporte mit Frankfurter Juden in einem Tunnel nahe Minsk vergast wurden.<sup>58</sup> Desgleichen hörte Ludwig Haydn gegen Ende 1942 in Wien Gerüchte über die Ermordung von Juden im Osten, die sich entkleiden mußten und dann in Züge verfrachtet wurden, in denen durch die Dampfrohre Gas eingeleitet worden sei. Diese Beispiele zeigen, daß trotz der deutlich verzerrten Einzelheiten Gerüchte über Vergasungen weiter verbreitet waren, als es die SD-Berichte nahe legen.<sup>59</sup> Es läßt sich aufgrund des vorhandenen Materials sogar die Behauptung wagen, daß etwa seit 1943 über den Einsatz von Gas zum Töten ziemlich breit diskutiert wurde, auch wenn Unge-

56 PRO, FO 371/30400.

57 Britische Gesandtschaft Bern ans Foreign Office, 17. 9. 1941, PRO, FO 371/26 513.

58 Hahn, ... bis alles in Scherben fällt, Eintrag v. 30. 11. 1941.

59 Haydn, Meter immer nur Meter, Eintrag v. 19. 12. 1942.



nauigkeiten und Verzerrungen zu falschen Annahmen über die Ausführung der Morde führten. Sogar Ausländer wie der spanische Berater Fermin Lopez Robertz, der im März 1943 in Berlin war, hatten von einem Gastunnel gehört. Nach seinem Bericht bestand „*allgemein* die Annahme, daß wenn Juden aus Berlin mit unbekanntem Ziel deportiert wurden, sie zu einem gewissen Tunnel außerhalb der Stadt gebracht wurden, wo sie vergast worden seien“.<sup>60</sup> Einen ähnlichen Bericht übermittelte der Bolivianer Salazar Soriano, der in Frankfurt Ingenieurwesen studiert hatte, nach seinem Fortgang Anfang März 1943 den Briten in einem Interview in Lissabon. Er gab an, daß die Juden allgemein nicht beliebt waren, von den meisten aber ihre harte Behandlung abgelehnt wurde. Wie er mitteilte, waren im Juni 1942 4000 Juden in der Nacht aus Frankfurt in einem geschlossenen und versiegelten Güterzug weggefahren worden. Dann war Gas in die Waggonen geleitet worden; die Überlebenden habe man mit Maschinengewehren erschossen.<sup>61</sup>

Wenn also die Ausländer vom Gebrauch von Giftgas gehört hatten, müssen wir annehmen, daß am Ort lebende Deutsche auch davon wußten. Ein Mitglied des Berliner Philharmonischen Orchesters gab auf Befragen in Lissabon allgemeine Einzelheiten über die Verfolgung der Juden an. Obwohl der Vernichtungsprozeß in weiter Ferne von ihm stattfand, war seine Antwort doch sehr genau: „Deportationen nach Polen und Rußland waren ein Todesurteil, weil die Juden dort vergast wurden.“<sup>62</sup> Ruth Andreas-Friedrich notierte am 22. Dezember 1942, welche gespenstischen Gerüchte über die Evakuierten zirkulierten: Die Juden graben sich ihre eigenen Gräber und müssen sich entkleiden, bevor sie erschossen werden, oder sie sterben Hungers oder durch Vergasungen. Sie verweist noch einmal am 10. August 1943 auf den Gebrauch von Gas bei der Tötung von Juden.<sup>63</sup> Daß darüber geredet wurde, die Deportierten würden am Stadtrand von Berlin oder Frankfurt vergast, zeigt deutlich, wie nebulös und verzerrt die Information der Leute war. Es enthüllt aber auch, daß Gerüchte über Vergasungen kursierten, egal wie der einzelne sich das in seiner Vorstellung ausmalte.

60 Britische Botschaft in Madrid ans Foreign Office, 12. 4. 1943, PRO, FO 371/34 429; Hervorhebung D. B.

61 Lissaboner Gesandtschaft an PID London, 1. 4. 1943, PRO, FO 371/34 429.

62 Lissaboner Gesandtschaft an PID London, 16. 6. 1943, PRO, FO 371/34 431.

63 Ruth Andreas-Friedrich, *Schauplatz Berlin. Ein deutsches Tagebuch*, München 1962.

Was bei der allgemeinen Bevölkerung über das Vorhandensein spezifischer Vergasungszentren bekannt war, ist viel schwerer nachweisbar, weil es sehr wenige Quellen gibt, die hierauf hinweisen. Die Lager waren trotz aller Vorichtsmaßnahmen dennoch nicht hermetisch abgeschlossen, so daß einige Informationen nach Deutschland durchsickerten. Die in der Nähe von Auschwitz Lebenden wußten offensichtlich, daß es sich um ein Vernichtungslager handelte. Dies ist zu erfahren aus einem Bericht der Gauleitung Oberschlesiens vom Mai 1943 an die Parteikanzlei. Auf die Propaganda über die Massenmorde der Sowjets an polnischen Offizieren in Katyn reagierten die Leute etwa so, daß sie sie gleichsetzten mit den Morden in Auschwitz.<sup>64</sup> Nach dem Zeugnis des SS-Rottenführers Pery Broad waren die deutschen und polnischen Zivilisten, die gegen Ende 1942 vier Krematorien gebaut hatten, nicht die einzigen, die über die Vernichtungslager wußten. Im Januar 1944 verschickten SS-Offiziere Fotos, auf denen der Bau von Krematorien und Öfen mit Leichen abgebildet waren. Das Eisenbahnpersonal, viele zivile Angestellte bei Baugesellschaften und Frauen, die im Telefon- und Telegrafendienst arbeiteten, bekamen sie zu sehen. Wie Broad bei seinen Dienstreisen nach Deutschland feststellte, kursierten in den Großstädten seit Ende 1943 Gerüchte über Vergasungen in den Konzentrationslagern. Wenn Züge durch Auschwitz fuhrten, standen die Leute darin auf, um besser hinaussehen zu können. Von Zivilisten und der Polizei konnte man die Bemerkung hören: „In Auschwitz wird hübsch gebraten.“<sup>65</sup> Wer nach Fakten suchte, konnte sie, wenn auch nur vage und verzerrt, finden. So erwähnt Adam von Trotts im März 1943 den Bau eines großen Konzentrationslagers in Oberschlesien für 40 000–50 000 Insassen, von denen 3000–4000 pro Monat getötet werden sollten.<sup>66</sup>

Nachrichten über die Vernichtungslager gelangten über verschiedene Kanäle an die Öffentlichkeit in Deutschland. Obwohl die „Endlösung“ ein streng gehütetes Geheimnis bleiben sollte, haben Leute, die daran beteiligt waren oder darüber wußten, Mitteilungen ausgeplaudert. Wie wir von den belgischen Kriegsgefangenen, die nach Schweden geflüchtet waren, wissen,

64 Parteikanzlei, 8. 5. 1943, Bundesarchiv Berlin (BAB), NS 6/409.

65 Bezeugt vom SS-Rottenführer Pery Broad, in: Schoenberger, Wir haben es gesehen, S. 277. Vgl. Laqueur, The Terrible Secret, S. 19 ff.

66 Henrik Lindgren, Adam von Trotts Reisen nach Schweden 1942–1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970), S. 286.

gab es einige Männer, die mit der Liquidation der Juden angegeben haben. Auch Ruth Andreas-Friedrich erwähnt einen SD-Mann, der in einem Vorortzug großspurig erklärte, in Auschwitz würden wöchentlich 2000 Juden ermordet.<sup>67</sup> Diese Art von Information, wie auch über die Massenerschießungen, ließen Wehrmachtsangehörige in zwanglosen Unterhaltungen verlauten. Lili Hahn vermerkte in ihrem Tagebuch ein Gespräch, in dem ein Wehrmachtsoffizier über die Todeslager sprach.<sup>68</sup> Diejenigen, die sich noch unsicher waren bei dem, was sie über die unvorstellbaren Todesfabriken gehört hatten, konnten ihre Eindrücke bestätigt bekommen, wenn sie die Rundfunksendungen der Alliierten hörten.

Die alliierten Rundfunksendungen sollten als Informationsquelle über die Vernichtung weder unberücksichtigt gelassen noch auch unterschätzt werden. Aus verschiedenen Quellen, wozu die SD-Berichte gehören, wissen wir, daß sie vielerorts gehört wurden und daß darüber diskutiert wurde.<sup>69</sup> Ein deutscher Journalist aus Berlin gab bei einem Aufenthalt in Schweden an, daß die BBC eine große Hörerschaft habe und daß die Leute eine Menge von dem, was vor sich ging, wußten.<sup>70</sup> Untergrundkreise, wie z. B. die Hamburger Gruppe „Kampf dem Faschismus“ sorgten für die Verbreitung des Inhalts dieser Rundfunksendungen, um die Bevölkerung zu beeinflussen.<sup>71</sup> Alliierte Sender verbreiteten äußerst genaue Informationen über das Schicksal der Juden. In Rundfunksendungen in deutscher Sprache berichteten sie 1943 über die Deportation französischer Juden nach Polen und über den Aufstand im Warschauer Ghetto. Sie gaben an, daß zwischen zwei und drei Millionen Juden in Polen umgebracht worden seien. Am 16. Juli 1944 sendeten die Alliierten im Rundfunk den dringenden Appell des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes an den Schweizerischen Bundesrat und das Internationale Rote Kreuz, alles zu tun, um die in Ungarn noch lebenden Juden zu retten.

Von der BBC wurde Ende 1942 eine massive Rundfunkkampagne über die Vernichtung der Juden gesendet. Sie brachte Informationen über die beispiel-

67 Andreas-Friedrich, Schauplatz Berlin, Eintrag v. 4. 2. 1944.

68 Hahn, ... bis alles in Scherben fällt, Eintrag v. 1. 3. 1944.

69 Siehe z. B.: Boberach (Hrsg.) Meldungen, 3. 9. 1942.

70 PRB Stockholm an PID London, 27. 3. 1943, PRO, FO 371/34 429.

71 Ursel Hochmuth, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt/M. 1969, S. 453.

losen Morde und die zahllosen Selbstmorde von Juden, die nicht in den Osten abtransportiert werden wollten; sie zitierte den Aufruf des Erzbischofs von York zu einem Kreuzzug zur Rettung der Juden. Eine ganze Woche hindurch, ab dem 16. Dezember 1942, brachte die BBC mehrmals am Tage die offiziellen Stellungnahmen des „Interalliierten Informationskomitees“ über die Vernichtung der Juden und die Erklärungen des Polnischen Nationalrats in London. Sie wurden von der in deutscher Sprache sendenden russischen Station in Kujbyschew übernommen.<sup>72</sup>

Es ist kaum vorstellbar, daß diese Meldungen keinen Einfluß auf die Zuhörer hatten. Auch andere werden wie Karl Dürkefälden und Ludwig Haydn reagiert haben, weil in diesen Nachrichten lediglich das bestätigt wurde, was beide aus anderen Quellen wußten.<sup>73</sup> Käte Cohn, die im Februar 1942 aus Berlin in die Schweiz floh, berichtete, wie eine Gruppe von ungefähr sechzig Juden, die sich jeden Tag vor der Fabrik trafen, in der sie beschäftigt waren, von einigen Arbeiterinnen über das Wesentliche der BBC-Sendungen vom Vorabend unterrichtet wurden.<sup>74</sup> Ein anderer entschloß sich unterzutauchen, als ihm Leute, die BBC hörten, über das Schicksal der deportierten Juden berichteten.<sup>75</sup>

Vom alliierten Rundfunk sind auch Informationen über Vergasungsmethoden mitgeteilt worden. Mit äußerster Genauigkeit wurde die tragische Geschichte der tschechischen Juden, die im Dezember 1943 nach Auschwitz geschickt und dort am 7. März 1944 vergast wurden, erzählt. Es gab ähnliche Sendungen aus der Sowjetunion über Massenvergasungen in Auschwitz. Der Präsident der Britischen Eisenbahnergewerkschaft appellierte an seinen ungarischen Kollegen, ungarische Juden vor der Ermordung zu retten. Die Amerikaner berichteten ihrerseits, daß seit April 1942 vier Millionen Juden in zwei Lagern in Schlesien in Gaskammern oder durch Erhängen oder tödliche Injek-

72 Funkabhörberichte, 11. 5. 1944, BAB, R 58/795; 17. 7. 1944, BAB, R 58/800. Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Erkundungsdienst, 12., 18. und 22. 12. 1942, BAB, R 55/1357. Vgl. Lochner, *The Goebbels Diaries*, Eintragungen v. 13. und 18. 12. 1942. Bereits zu Beginn des Jahres 1940 verbreitete die BBC, daß 40 000 Juden an Hunger, eisiger Kälte und anderen Leiden gestorben seien. Siehe die Sendung v. 8. 2. 1940, RSHA, VI B Dienst, Funkbeobachtung des Ref. VI A 6, Bericht Nr. 60, 9. 2. 1942, Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), DC 15.24.

73 Obenaus/Obenaus (Hrsg.), *Schreiben wie es wirklich war*, S. 126.

74 PRO, FO 371/32681.

75 YVA, 02/145.

tionen ermordet worden seien. Sie sendeten auch die Meldung Anthony Edens, daß ungarische Juden nach Polen deportiert und dort vergast würden, ebenso die Appelle des Papstes und des Königs von Schweden, die ungarischen Juden vor der Ermordung zu retten.<sup>76</sup>

Diese Information wurde auch durch Flugblätter, die von den alliierten Flugzeugen über Deutschland abgeworfen wurden, verbreitet. Auf einigen standen Angaben über die Vernichtungspolitik; darin wurde die Bevölkerung vor zukünftigen Folgen dieser Greuelthaten gewarnt. Wie wir aus den SD-Berichten und anderen Quellen wissen, sind die Flugblätter der Alliierten von der Bevölkerung auch gelesen und diskutiert worden. Zwischen Januar und März 1943 wurden von der Royal Air Force Flugblätter über die Ermordung von Polen unter deutscher Besatzung verteilt und darin gewarnt, daß alle daran Beteiligten zur Verantwortung gezogen würden. Ausdrücklich wurde die Vernichtung von Polen und Juden auf anderen Flugblättern, die im Februar und März 1943 abgeworfen wurden, erwähnt. Das Flugblatt „Die andere Seite“, das von der RAF zwischen Dezember 1943 und März 1944 abgeworfen wurde, enthielt einen Artikel von Thomas Mann und das Manifest der Geschwister Scholl, in dem die Massenerschießung von Juden erwähnt wird. Zwischen dem 15. und dem 19. April warf die US Air Force über Schweinfurt, Oranienburg, Wittenberg, Kassel und Eschwege neun Millionen Flugblätter mit einer Warnung Präsident Roosevelts an die Deutschen ab. Darin lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Greuelthaten der Nationalsozialisten und der Japaner an der Zivilbevölkerung und bezog sich besonders auf die massive und systematische Ermordung der europäischen Juden als eines der abscheulichsten Verbrechen in der Geschichte, und er sagte voraus, daß ein ähnliches Schicksal die Juden vom Balkan und aus Ungarn erwarte. Auf verschiedenen Flugblättern wurden genaue Angaben über Vernichtungslager gemacht. „Das Sternenbanner“, das am 27. August 1944 über Deutschland abgeworfen wurde, enthielt Informationen über Majdanek. In dem Flugblatt „Die Luftpost“, von dem zwischen dem 15. und 24. September 1944 über Kiel und Dortmund eine dreiviertel Millionen abgeworfen wurden, beschrieb der britische Kriegskorrespondent Paul Winterton, der an der russischen Front gewesen war, in

76 Funkabhörorichte, 16. 6. 1944, BAB, R 58/795; 3. 7. 1944, BAB, R 58/800; 18. 7. 1944, BAB, R 55/522; 9. 7. 1944, BAB, R 58/800.

Einzelheiten die Gaskammern und Krematorien, in denen täglich 2000 Juden ermordet worden waren.<sup>77</sup>

Wie reagierte man auf diese Enthüllungen? Vermutlich haben diese Informationen einen komplexen psychologischen Prozeß der Verleugnung und Unterdrückung bei den Hörern oder Lesern ausgelöst. Ein typisches Beispiel dafür ist Ursula von Kardorff, die ungläubig reagierte, als sie im Dezember 1944 im *Journal de Genève* in einem Bericht der beiden slowakischen Juden Vrba und Wetzler, die aus Auschwitz geflüchtet waren, darüber las, daß dort die Juden vergast werden. Obwohl sie selbst zuvor auf das schreckliche Schicksal der Juden hingewiesen hatte, war ihr Kommentar: „Muß ich diesem entsetzlichen Bericht glauben? Er übersteigt die schlimmsten Ahnungen. Das kann einfach nicht möglich sein. So viehisch können selbst die brutalsten Fanatiker nicht sein.“<sup>78</sup> Auch Manfred Fackenheim berichtete, daß er vor seiner Deportation im Mai 1943 über die BBC gehört hatte, daß die Juden in Auschwitz vergast werden, aber annahm, es sei nichts als eine deutschlandfeindliche Propaganda.<sup>79</sup> Die Informationen waren durchaus nicht spärlich, aber einige Leute konnten oder wollten sie nicht annehmen. Ohne Zweifel standen denjenigen, die mehr darüber wissen wollten, die Möglichkeiten dazu zur Verfügung. Die anderen, die es nicht glaubten oder nicht glauben konnten, reagierten deshalb so, weil sie es nicht glauben wollten. Auf eine kurze Formel gebracht: Sie wußten genug, um zu wissen, daß es besser ist, wenn man nicht noch mehr weiß.

Ich muß zugeben, daß das Material, auf dem dieser Beitrag basiert, nicht quantifizierbar und von subjektiven Eindrücken geprägt ist, und deshalb definitive Schlüsse nicht möglich sind. Dennoch können einige vorsichtige Schlußfolgerungen gezogen werden. In Deutschland zirkulierten viele Informationen über die Vernichtung der Juden. Wir müssen jedoch sorgfältig zwischen den verschiedenen Abstufungen des Wissens unterscheiden. Soldaten, die Augenzeugen gewesen waren, machten in Gesprächen und in Briefen klare Angaben

77 Siehe die Flugblätter „Die Ausrottungszone am Bug“, „Christen Deutschlands“, „Warnung“, die zwischen dem 11. 2. und 9. 3. 1943 über Deutschland abgeworfen wurden. Abgedruckt bei: Klaus Kirchner, Flugblattpropaganda im 2. Weltkrieg, Erlangen 1977, Faksimiles G 94, USG 39, USG 50, G 30.

78 Kardorff, Berliner Aufzeichnungen, Eintrag v. 27. 12. 1944.

79 Manfred Fackenhaims Erinnerungen, LBI.

über die Vorgänge im Osten. Diejenigen, die solche Kenntnisse entweder aus ihrer Arbeit in der Bürokratie erlangten, oder weil sie im Untergrund arbeiteten und solche Informationen bewußt suchten, hatten Mühe, sich zu vergegenwärtigen, was das bedeutete. Was sie sich vorzustellen hatten, war präzedenzlos. Sie waren deshalb nicht immer in der Lage, sich einen Begriff von der monströsen Dimension dieses Verbrechens zu machen. Obwohl von Hunderttausenden von Opfern die Rede war, oder diese Taten als das schlimmste Verbrechen in der Geschichte und ohne Parallele bezeichnet wurden, scheint es, daß selbst sie dieses unglaubliche Ausmaß nicht fassen konnten und nicht faßten. So ist also das, was als der *Holocaust* bekannt wurde, selbst für Gegner der Nationalsozialisten, die bewußt nach Informationen suchten, eine unfaßbare und daher nicht zu glaubende Wirklichkeit gewesen.

Die große Mehrheit jedoch hat Gerüchte gehört; je öfter eine Nachricht von Person zu Person weitergegeben wurde, um so ungenauer wurde sie. Weil eingehende Beschreibungen, wie die Morde ausgeführt wurden, fehlten, versuchten die Leute, sich selbst ein Bild davon zu machen – dies erklärt die Geschichten von Vergasungstunneln und Massenhinrichtungen durch elektrischen Strom. Der Historiker Hans Mommsen hat recht, wenn er sagt, wir sollten nicht danach fragen, wer etwas wußte, sondern danach, wer dies glauben wollte.<sup>80</sup> Die Deutschen, denen die Schwere des von ihrer Nation verübten Verbrechens bewußt war, schwankten zwischen Schuldgefühlen und einem Drang, Verantwortung zu leugnen. Soldaten konnten nicht verdrängen, was sie an der Ostfront gesehen hatten: Selbst wenn dies ins Unterbewußtsein verbannt worden war, sickerte es immer wieder ins Bewußtsein ein. Diejenigen Deutschen, die nur auf Umwegen Informationen erhalten hatten, konnten sie unterdrücken.

80 Mommsen, Was haben die Deutschen gewußt, S. 199 f.





| Am <u>11. März</u> 19 <u>43</u> |   |                           |                               |
|---------------------------------|---|---------------------------|-------------------------------|
| Nr.                             | Bezeichnung der Angelegenheit                   | Was ist darauf veranlaßt? | Wann und durch wen abgegeben? |
| <u>209</u>                      | Jüdinnen ohne Stern.                            |                           |                               |
|                                 | Au 10. 3. 43, gegen 16 <sup>15</sup> Uhr, wurde | Schrift an Kap            | 11. 3. 43                     |
|                                 | das Revier fernmündlich benachrichtigt,         | gefertigte sind           | W.                            |
|                                 | das in der Wohnung der Frau v.                  | abgegeben.                |                               |
|                                 | Berlin-Schöneberg, Landbüterstr. 25, die        | Reiter.                   |                               |
|                                 | Jüdinnen Toni Sara Langzoner, 2.1.19            |                           |                               |
|                                 | in Berlin geboren, Bismarckstr.                 |                           |                               |
|                                 | Babelsberger Str. 52, 7. März wohnhaft, mit     |                           |                               |
|                                 | ihren Töchtern Jeanette Sara Langzoner          |                           |                               |
|                                 | 24. 11. 30 in Berlin geboren, sich aufhalten    |                           |                               |
|                                 | (Mutter war Frau F.). Beide Jüdinnen            |                           |                               |
|                                 | wurden dem Revier zugeführt und                 |                           |                               |
|                                 | gegen 18 <sup>00</sup> Uhr in das Judenlager    |                           |                               |
|                                 | Große Hamburger Str. 26 eingeliefert.           |                           |                               |

Diese in das Polizeitätigkeitsbuch von Berlin-Schöneberg am 10. März 1943 eingetragene Denunziation endete vermutlich tödlich – beide Jüdinnen wurden zwei Tage später nach Auschwitz deportiert, wo sie als „verschollen“ gelten.

INGE MARSZOLEK

## Denunziation im Dritten Reich

### Kommunikationsformen und Verhaltensweisen

Im Jahre 1757 wandte sich die Ehefrau des Remisenkutschers Nicolas Bienfait an den französischen König mit der Klage, daß Besagter „ein sehr lasterhafter Mensch ist, der sie fast totschißt und alles verkauft, er hat schon seine beiden ersten Frauen unter die Erde gebracht; der ersten hat er das Kind im Leib getötet, die zweite ist an den Folgen seiner Mißhandlungen gestorben, nachdem er ihr Eigentum verkauft und das Geld durchgebracht hatte, und noch am Tag vor ihrem Tod wollte er sie erwürgen. Das Herz der dritten will er gebraten essen, abgesehen von mehreren anderen Morden, die er

begangen hat: Monseigneur, ich werfe mich Ihro Gnaden zu Füßen, um Ihr Erbarmen zu erleben. Ich erhoffe mir von Ihrer Güte, daß Sie mir Gerechtigkeit widerfahren lassen [...].“<sup>1</sup>

Im Jahre 1939 ging Frau H. zur Gestapo in Düsseldorf, um ihren Mann anzuzeigen: „Diese Anzeige betrifft meinen Ehemann. Ich bin gezwungen, diesen Schritt zu tun, denn es gibt keinen anderen Weg. Ich bin seit 1926 mit meinem Mann verheiratet [...]. Er trank immer viel und tut es noch [...]. Bevor ich ihn kennen gelernt habe, hat er mit einer Hure zusammengelebt. Für ihn sind alle Frauen Huren und Schlampen und ich bin es auch. Ich habe gerade gehört, daß er eine Geschlechtskrankheit hatte, er hat es mir nie selber erzählt [...], ich habe ihn auch schon beim Gesundheitsamt gemeldet [...]. Am 12. Mai hat er mich wieder geschlagen und am 6. Juni hat er mich halb totgeschlagen. Er sprang auf mich wie ein wildes Tier und schlug mich immer wieder, bis ich blau wurde. Und am 17. September 1933 hat er mich sogar mit einem Eimer geschlagen und mein Bein gebrochen [...]. Und nun zum wichtigsten Punkt: Er ist ein Linker, ich kann es nicht mehr aushalten. Immer wieder verflucht er die Regierung [...]. Er wollte mich umbringen. Er sagte, daß Hitler und Göring Verbrecher seien, die Regierung bald verschwinden würde, die Roten kommen würden und alle aufhängen würden.“<sup>2</sup>

Warum präsentiere ich diese beiden Anzeigen von Frauen, gemacht in einem zeitlichen Abstand von fast 200 Jahren? Um es vorwegzunehmen: nicht, weil ich es für sinnvoll und analytisch fruchtbar halte, Denunziation als anthropologische Konstante menschlichen Verhaltens zu beschreiben. Aber ein Vergleich beider Anzeigen schärft unseren Blick für das Potential, das die Denunziation für die Herrschenden wie für diejenigen, die es nutzen, bietet.

- 1 Zit. nach Arlette Farge/Michel Foucault, *Familiäre Konflikte: Die ‚Lettres de cachet‘*, Frankfurt a. M. 1989, S. 279. Dieser Beitrag basiert auf den Erkenntnissen des von der Volkswagen Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Denunziation in Deutschland 1933–1955“. Ich danke Olaf Stieglitz, Stefanie Abke, Claudia Bade und Christoph Thonfeld für Diskussionen, Anregungen und Material. Eigene Quellenstudien konnte ich im Rahmen eines fellowship am International Institute for Holocaust Research/Yad Vashem in Jerusalem machen. Den Kolleginnen und Kollegen am Institut danke ich für Unterstützung und Diskussionen.
- 2 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW/58–13944, zit. nach Vandana Yoshi, *A Gender Study on the Modes of Behaviour in National Socialism: A Case Study of Denunciators*, unveröff. Diss. phil., S. 6.

Die Ähnlichkeiten beider Anzeigen sind frappierend: In beiden Fällen sind es Frauen, die versuchen, sich auf dem Wege der Denunziation mit Hilfe der Obrigkeiten ihrer gewalttätigen Männer zu entledigen.

Die Obrigkeit: Im Fall der Mme. Bienfait ist es der König Frankreichs, der versuchte, die Pariser Polizei, die sich gerade als moderne Organisationsform etablierte, zu stärken, indem er ihr durch das Institut der *lettres de cachet* ermöglichte, an der Rechtsprechung vorbei einzugreifen. Damit verlieh er der Polizei königliche Privilegien und sich selber die Aura des guten Königs und obersten Familienvaters. Die Folge: eine Flut von Denunziationen, die eine Flut von *lettres de cachet* nach sich zog.

Im Fall von Frau H. ist es die Gestapo, die als verlängerter Arm des „Führers“ zur Appellinstanz auch für Ehekonflikte wurde. Dabei war die Gestapo, aus der Perspektive der Denunziantin, sowohl „ordentliche“ Polizei wie allmächtige Verfolgerinstanz: Die Gestapo konnte an dem Rechtswesen vorbei eingreifen, Menschen in Schutzhaft nehmen und in Lager einweisen.

Die Frauen: In beiden Fällen handelte es sich offenbar um einfache Frauen. Mme. Bienfait mußte zu einem Schreiber gehen, und ihre Anzeige ist eingebettet in ritualisierte Redewendungen, in denen man damals an die Obrigkeit appellierte. Sie verfügte also über das soziale Wissen, wie man eine solche Anzeige schreiben mußte, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Zugleich brachen ihre aufgestaute Wut und ihr Zorn aus ihr heraus: Der Schreiber konnte das nicht glätten. Und nicht alles wußte sie aus eigener Anschauung. Die eigentliche Anschuldigung ist eine Mischung aus Gerüchten und eigenen Erfahrungen (nämlich ihre eigenen Leiden und die der vorhergehenden Ehefrauen), und merkwürdigerweise läßt uns der Schreiber im unklaren, ob die Ehefrau den Satz, daß Bienfait ihr Herz essen werde, selbst gehört hatte oder ob es ihr erzählt wurde.

Auch Frau H. erstattete ihre Anzeige nicht schriftlich, im Unterschied zu Mme. Bienfait ging sie aber selber zur Obrigkeit, in diesem Fall zur Gestapo, die ihre Aussage verschriftlichte. Um Erfolg zu haben, mußte sie über noch größeres soziales Wissen als Mme. Bienfait verfügen. Die Klage allein, daß ihr Mann sie schlage, wäre bei der Gestapo wirkungslos geblieben. Man hätte sie weggeschickt. Also beschuldigte sie zum Schluß ihren Mann, nachdem sie dem Gestapobeamten ihr persönliches Leid ausführlich geschildert hatte, daß er links eingestellt sei und regimefeindliche Äußerungen gemacht habe. Aber selbst

diese Aussagen vermengte sie immer wieder mit ihrem Zorn und ihrem Leid. Frau H. mischte ebenfalls Gerüchte mit ihrer eigenen Erfahrung – z. B. in der Beschuldigung, daß ihr Mann früher eine Geschlechtskrankheit gehabt hätte.

Beide Frauen wandten sich an die Obrigkeit in der Hoffnung, daß diese eingreifen und die Ordnung in ihrem privaten Leben wiederherstellen würde: Denunziation ist eine Waffe im Geschlechterkampf, manchmal die letzte, wie Frau H. es formulierte. Indem die Frauen das Private, ihr Eheleben, ihre Erniedrigung und Ohnmacht öffentlich machen, es den staatlichen Repräsentanten mitteilen, wird das Unbedeutende und damit die eigene Person bedeutend. Ein Beispiel hierfür ist auch Helene Schwärzel, deren vorrangiges Motiv für die Denunziation von Carl Goerdeler war, den anderen zu zeigen, daß sie diesen bedeutenden Mann kannte.<sup>3</sup>

Allerdings war der Gegenstand der Anzeige gar nicht so „geheim“: Bevor der Weg zu den staatlichen Instanzen gewählt wurde, redete man über das Verhalten des jeweiligen Ehemannes. In den zitierten Fällen wurde die eigene Erfahrung mit einem Gerücht verquickt, über beides wurde mit den Nachbarinnen, Freundinnen gesprochen und z. T. waren bereits andere Instanzen bemüht worden, wie von Frau H. das Gesundheitsamt aufgrund der Geschlechtskrankheit des Mannes, oder, so ist zu vermuten, der Pfarrer und der Schreiber im Fall von Mme. Bienfait. Die halböffentlichen sozialen Räume, in denen die Frauen sich bewegten, sind durchzogen von einem Netz von Kommunikation, von Einverständnis und Konflikten, in denen Ordnungswünsche und -vorstellungen konkurrieren und ausgehandelt werden.<sup>4</sup> Das Denunziationsangebot des Staates wird in der Regel erst genutzt, wenn zum einen die Ordnung so eher, leichter oder überhaupt wiederherstellbar scheint, zum anderen werden in diesen Kommunikationsprozessen die Ordnungsentwürfe durch Übereinstimmung ausgehandelt und verstärkt.

Die Motive beider Frauen lagen jenseits von Politik und Ideologie: Gerade deswegen habe ich diese Denunziationen vorgestellt, verweisen sie doch auf einen irritierenden Befund. Sie entziehen sich nämlich teilweise der im täglichen

3 Inge Marßolek, *Die Denunziantin. Die Geschichte der Helene Schwärzel 1945–1947*, Bremen 1993.

4 Vgl. Peter Becker, *Vigilanten als polizeiliche Informationsquellen im 19. Jahrhundert*, in: Achim Landwehr/Friso Ross (Hrsg.), *Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens*, Tübingen 2000, S. 117–140.

Sprachgebrauch negativen Konnotation von Denunziation. Die Frauen sind listig, sie nutzen das Angebot des Staates, sie schaffen sich einen Raum, in dem man ihnen zuhört, und sie wehren sich gegen ihre gewalttätigen Männer. Damit verweisen diese Fälle auf die Ambivalenzen von Denunziation, und vielleicht, so meine These, erklären sie partiell, warum Denunziationsangebote nicht nur Instrumente der Herrschaftssicherung, sondern alltägliche Laborfelder für die Aneignung von Herrschaftspraxen sind. Damit kann der Fokus auf Denunziation als Echolot dienen, um die Frage der Akzeptanz von Herrschaft aus der Perspektive von unten auszuleuchten.

Ich werde mich im folgenden nunmehr auf Denunziationen, die sich gegen Juden und Jüdinnen und gegen Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen richteten, beschränken, also auf Fälle, die vom nationalsozialistisch geprägten alltäglichen Rassismus konturiert sind.

### Denunziation als Herrschaftsinstrument

Zunächst möchte ich in aller Kürze die durch den Nationalsozialismus geschaffenen Rahmenbedingungen für Denunziation skizzieren. Die Formierung der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ hatte viele Facetten: Hierzu gehören die Kampagnen gegen die jüdische Bevölkerung, wie die Boykottbewegung vom 1. April 1933, die antijüdischen Maßnahmen sowie Propagandakampagnen wie die gegen politische Gegner und gegen die „Meckerer und Miesmacher“, die immer wieder neu aufgelegt wurden. Hierin wurden zum einen die Grenzlinien gegenüber denjenigen, die nicht zur „Volksgemeinschaft“ zählten, deutlich gemacht, und zugleich sollten die „Volksgenossen“ und „Volksgenosinnen“ zur aktiven Mithilfe an den Ausgrenzungsmaßnahmen und zur generellen „Aufmerksamkeit“<sup>5</sup> herangezogen werden. Eine Möglichkeit, Loyalität zu zeigen, war die Anzeige dieser „Volksschädlinge“. Das Regime stellte so ein Reservoir an Begründungen bereit, auf das auch all die-

5 Während der nationalsozialistische Topos in diesem Kontext „politische Aufmerksamkeit“ ist, wurden die Bürger und Bürgerinnen in der DDR zur „Wachsamkeit“ im Alltag aufgefordert. Christoph Thonfeld wird in seiner Dissertation (2001) zur Denunziation in Thüringen 1933 bis 1950 diese unterschiedlichen Anforderungen an gewünschtes Wahrnehmungsverhalten analysieren.

jenigen zurückgreifen konnten, die hofften, private alltägliche Konflikte mit Hilfe des Staates zu lösen, wie das Beispiel von Frau H. zeigt. Diese Schleuse zu öffnen, d. h. die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zu verstärken, war und ist für diktatorische Regime immer zugleich mit dem Risiko verbunden, daß die dadurch initiierte Anzeigeflut, gemessen an den Inhalten, für die verfolgenden Instanzen kontraproduktiv wurde.<sup>6</sup> Allerdings, so ein Ergebnis des Bremer Projektes, waren die Steuerungs- und Kontrollinstrumente des nationalsozialistischen Regimes durchaus effizient, so daß dieser Fall im Dritten Reich zu keinem Zeitpunkt eintrat. Das Spannungsfeld zwischen Anzeige, ziviler Wachsamkeit, politischer Aufmerksamkeit und Denunziation, der immer ein pejorativer Beigeschmack anhaftet(e), ist auszuloten und verweist auf die Notwendigkeit der historischen Kontextualisierung.

Aus der Perspektive des nationalsozialistischen Regimes war die Formierung der „Volksgemeinschaft“ und damit die Durchdringung der Gesellschaft mit der rassistischen Ideologie nur möglich durch die Partizipation der „Volksgenossen“ und „Volksgenossinnen“. Um diese zu erreichen, entwickelte das Regime eine Palette von Strategien – von Inszenierungen der „Volksgemeinschaft“ bis zum Terror, von Handlungsangeboten und Begünstigungen bis zu Drohungen und Strafen: Denunziation war eine der Möglichkeiten, an der NS-Herrschaft zu partizipieren.<sup>7</sup>

6 Vgl. Hinrich Rüping, Denunziation und Strafjustiz im Führerstaat, in: Günter Jerouschek/Inge Marßolek/Hedwig Röckelein (Hrsg.), Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte, Tübingen 1997, S. 127–145. Es ist hier nicht der Ort, die verschiedenen Maßnahmen des NS-Regimes, Denunziationen einzudämmen, die aus der ideologischen Perspektive als verdammenswert angesehen wurden und auch strafrechtlich relevant waren, und zugleich sog. berechnete Anzeigen zu befördern, zu diskutieren. So verschärfte die Nationalsozialisten die Strafe bei falscher Anschuldigung, ein Gesetz, das bis heute gültig ist

7 Im Kontext eines Paradigmenwechsels in bezug auf Herrschaft geriet denn auch Denunziation als historisches Phänomen in den Blick der Sozialgeschichte: Herrschaft als soziale Praxis führte zu einem neuen Verständnis vom Funktionieren auch des NS-Regimes und zu einer Ausdifferenzierung der Täterprofile. Allerdings führte die Entdeckung von Denunziation als „Transmissionsriemen zwischen Herrschaft und Gesellschaft“ z. T. zu einer Überbewertung von Denunziationsverhalten im Sinne der Anzeige bei den staatlichen Autoritäten oder deren Repräsentanten. Nicht alle „Volksgenossen“ wurden zu Denunzianten im Sinne der Definition von Robert Gellately und Sheila Fitzpatrick, die Denunziation als „spontane Kommunikation zwischen Indivi-

## Denunziation als kommunikatives Handeln

Aus der Perspektive des NS-Regimes, dessen Ziel die Formierung der „Volksgemeinschaft“ zur Verfolgung seiner rassistischen und imperialistischen Ziele war, boten sich verschiedene Optionen bezüglich der Inszenierungsformen und -inhalte. Dabei verlief die Radikalisierung der rassistischen Politik nicht gleichförmig parallel zu einer radikalisierten antisemitischen Kampagnenpolitik. Es scheint eher so, als öffnete das Regime Schleusen, um zu testen, wie weit die „Volksgenossen“ und „Volksgenossinnen“ bereit waren mitzugehen. Hierbei bediente es sich z. T. der Medien, die so ihre angestammte Rolle als Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Regime in besonderer Weise unter Beweis stellten. So wurden sowohl die Kampagnen gegen „Meckerer und Miesmacher“ 1933 wie die antijüdischen Ausschreitungen 1935 medial begleitet, wobei die Presse selber denunzierte, etwa durch Karikaturen oder durch namentliche Nennung von Personen, und zugleich selber Adressat von Denunziationen war: Insbesondere der *Stürmer* war in seinen Regionalausgaben voll von solchen Briefen wie von denunziatorischen Artikeln.<sup>8</sup> Aber auch die lokalen Zeitungen

duen und Staat (bzw. anderen Autoritäten z. B. der Kirche)“ definierten, „die Anklagen gegenüber anderen Bürgern oder Funktionsträger enthielten mit dem Ziel, daß diese bestraft würden“. Siehe Sheila Fitzpatrick/Robert Gellately, Introduction to the Practices of Denunciation in Modern European History, in: Themenheft Denunziation des Journal of Modern History 68 (1996), S. 747–767. Andere Historiker wie Gerhard Paul und Klaus Michael Mallmann vertraten die Auffassung, daß der Fokus Denunziation den Mythos der Allmacht der Gestapo aufzeige. Auch diese These ist längst revidiert, nicht zuletzt durch die Autoren selber: Auch wenn 80–90 % der Ermittlungen der Gestapo aufgrund von Anzeigen bzw. Denunziationen in die Wege geleitet wurden, gelang es der Gestapo doch, nach außen ein Bild von Allwissenheit und Allmächtigkeit aufrechtzuerhalten, was zu ihrem Erfolg als verfolgende Behörde entscheidend beitrug. Trotzdem war es, wie Bernward Dörner betont, eher eine Minderheit, die denunzierte, berücksichtigt man die massenhaften Delikte wie defätistische Äußerungen oder Rundfunkverbrechen während des Krieges. Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991; Bernward Dörner, Heimtücke. Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933–1945, Paderborn 1998.

8 Fred Hahn, Lieber Stürmer: Leserbriefe an das NS-Kampfbblatt 1924 bis 1945, Stuttgart 1978. Es ist erstaunlich, daß es bisher noch keine Gesamtanalyse des *Stürmers* gibt, zumal dessen regionale Ausgaben einige signifikante Unterschiede aufweisen.

waren involviert. Hierdurch wurde auch ein Vokabular zur Verfügung gestellt, das genutzt werden konnte und wurde. Gleichzeitig wurde in vielfältiger Weise in und durch die Medien die „heitere“ Seite der „Volksgemeinschaft“ präsentiert – im Krieg zunehmend als „Solidargemeinschaft“ zwischen Front und Heimat. Juden kamen in den Unterhaltungsprogrammen so gut wie nicht vor. Ihr Ausschluß aus der Medienöffentlichkeit wurde im Krieg besiegelt, als der jüdischen Bevölkerung im September 1939 der Besitz von Radios verboten wurde. Damit waren die wenigen noch in Deutschland verbliebenen Juden auch von der Möglichkeit, sich über den Kriegsverlauf zu informieren, ausgeschlossen.

Während also auf der einen Seite – insbesondere wenn es um die Einübung in rassistische Ausgrenzungspraktiken ging – die „Aufmerksamkeit der Volksgenossen“ eingefordert wurde, wurde auf der anderen Seite die Verbreitung von staatsfeindlichen Gerüchten geahndet. Die „Volksgenossen“ waren gefordert, ständig ihr soziales Wissen zu überprüfen. Das Regime lieferte immer wieder neue Definitionen dessen, was als Anzeigehalt erwünscht war. Das aber war Teil des Aushandlungsprozesses innerhalb der Gesellschaft, zwischen den Adressaten von Denunziation und den Denunzianten. In dem Maße, in dem die Ordnungsentwürfe nationalsozialistisch konturiert waren, konnten die rassistischen Ausgrenzungsstrategien eigene, tradierte Ordnungsvorstellungen überformen, verändern und handlungsanleitend werden. Aus der Sicht der Denunzianten und Denunziantinnen bedeutete das häufig, daß sie – wenn sie den nationalsozialistischen Staat mit Hilfe ihrer Anzeige aufforderten, die Ordnung in ihrem sozialen Umfeld herzustellen – mittelbar und unmittelbar die nationalsozialistische Ordnung billigten. Dies galt auch, wenn ihre Motive eher privater Natur waren. Jeder, der im Dritten Reich denunzierte, akzeptierte die spezifischen Gesetze oder Erlasse, die die Bestrafung des Denunzierten ermöglichten. Deutlich wird das besonders im Krieg: Jeder, der einen Juden denunzierte, der den „Judenstern“ in der Öffentlichkeit nicht trug, wußte darum, daß dieser deportiert werden würde, und ahnte zumindest, daß das dessen Tod bedeutete. Jeder, der einen Zwangsarbeiter aus Polen oder der Sowjetunion des sexuellen Verhältnisses mit einer deutschen Frau bezichtigte, nahm die Hinrichtung desselben als Folge bewußt oder unbewußt in Kauf. D.h., auch wenn das vordringliche Motiv etwa Eifersucht, Mißgunst etc. war, so diente die Denunziation der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen rassistischen Ordnung und stand im Einklang mit ihr.



Der kommunikative Aspekt von Denunziation bedeutete ferner, daß in dem Verhandeln über dieselbe die hegemonialen Herrschaftsdiskurse in die lebensweltlichen Diskurse immer neu einfließen konnten und die nationalsozialistische Öffentlichkeit mit den informellen Räumen vernetzt wurde.

Diese Handlungsoption wurde quer durch alle Schichten, von jung und alt, Frauen und Männern genutzt, wenn auch in unterschiedlicher Weise.<sup>9</sup> Offenbar waren Angehörige höherer Schichten weniger bereit, sich an staatliche Stellen zu wenden, waren aber bei der Denunziation in der Öffentlichkeit oder gegenüber den Medien durchaus präsent. Offen ist weiter, ob Frauen oder Männer häufiger denunzierten. Die Erweiterung der phänomenologischen Beschreibung dessen, was Denunziation im Dritten Reich sein kann, dürfte auch hier zu einem neuen Bild führen. Es ist zu fragen, ob Frauen eher die Gelegenheit nutzten, selbst einen Brief an eine Zeitung zu schreiben, oder ob sie eher versuchten, ihre Männer zu diesem Brief zu überreden. Wenig wissen wir bis jetzt auch über die Blockwarte: Es ist zu vermuten, daß Frauen häufiger den Weg zum Blockwart, zur NS-Frauenorganisation, zur NSV etc. fanden, als daß sie zur Gestapo gingen, um dort selber eine Anzeige zu formulieren.<sup>10</sup> Oft waren die antisemitischen oder rassistischen Motive unterlegt von Neid, Habgier etc. Man kann vermuten, daß Frauen sich gerade in den Räumen, in denen sie sich vornehmlich bewegten, nämlich in den Mietshäusern, in den Nachbarschaften, in den Läden, am Arbeitsplatz, als „Wachhunde“ des Regimes begriffen und so halfen, Juden und Jüdinnen auszugrenzen.

„Rassenschande“ war stets ein Delikt, das die Aufmerksamkeit der Presse fand, insbesondere des *Stürmers*, der von pornographischen Schilderungen des „triebhaften Juden“ voll war. Oft verknüpfte der Denunziant oder die Denunziantin mehrere Motive, so im Fall eines jüdischen Frontkämpfers, der mit einer Nachbarin der Denunziantin ein Verhältnis hatte. Diese zeigte ihn 1940 an, weil er ein Spion sei. Obwohl auch Eifersucht u.ä. als Motiv durchaus eine Rolle

9 Bernward Dörner, NS-Herrschaft und Denunziation. Anmerkungen zu Defiziten in der Denunziationsforschung, in: *Historical Social Research*, Sonderband Denunziation im 20. Jahrhundert: Zwischen Komparatistik und Interdisziplinarität, hrsg. v. Inge Marszolek/Olaf Stieglitz, Köln 2001.

10 Detlef Schmiechen-Ackermann, Der „Blockwart“. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000), S. 575–602.

spielen konnte, wurde der Mann zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Lokalzeitung *Jenaer Nachrichten* veröffentlichte einen höchst antisemitischen verleumderischen Artikel über den Lebenswandel des Angeklagten.<sup>11</sup> Ähnliches gilt auch für sexuelle Beziehungen zwischen „arischen“ Deutschen und Zwangsarbeitern. Hier fürchtete das Regime auch um die Kampfkraft der deutschen Soldatenehemänner, wenn diese erfuhren, daß ihre Frauen ihnen untreu wurden.<sup>12</sup> Wurde etwa ein Zwangsarbeiter aus Polen denunziert, weil er ein Verhältnis mit einer deutschen Frau hatte, so wurde dieser Mann hingerichtet, nicht selten zur Abschreckung öffentlich oder aber unter erzwungenem Zusehen anderer Zwangsarbeiter. Die Frau hingegen riskierte Haft und Konzentrationslager, häufig wurde sie auch kahlgeschoren und mußte Spießrutenlaufen.<sup>13</sup> Die Öffentlichkeit der Bestrafungen bedeutet auch, daß die Denunzianten darum wußten, es ist billiger in Kauf zu nehmen und sich z. T. daran beteiligten.

Insbesondere im Krieg verbanden sich Gerüchte und Denunziation engstens miteinander. Diese Verbindung war doppelbödig. Zum einen hat bereits 1970 Franz Dröge in seiner Studie über den „zerredeten Widerstand“ gezeigt, daß Gerüchte ein Gegengewicht zu einer gleichgeschalteten Medienwelt darstellen.<sup>14</sup> Besonders im Krieg zirkulierten informelle Informationen, gewonnen aus Feldpostbriefen etc., milieübergreifend. Offenbar stieg die Verbreitung der Gerüchte über den Kriegsverlauf proportional zur Verschärfung der Sanktionen gegen ihre Verbreitung, insbesondere des Abhörens der „Feindsender“. Zugleich aber diente die Verbreitung von Gerüchten auch der Meinungsbildung und dem Aushandeln von konkurrierenden Ordnungsvorstellungen in sozialen Gruppen und Räumen. Das gilt in besonderem Maße natürlich für ländliche Gebiete. So konnten Gerüchte über abweichendes Verhalten von Frauen, die verbotene Liebesbeziehungen mit Kriegsgefangenen oder

11 Staatsarchiv Weimar, AG Apolda 38/1.

12 Birthe Kundrus, *Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1995, S. 245 ff.

13 Norddeutsches Staatsarchiv Stade, Rep. 171 a Nr. 768. Franz Dröge, *Der zerredete Widerstand. Zur Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg*, Düsseldorf 1970.

14 Die Rolle des Dorfpolizisten als traditionellen Vertreter von Obrigkeit, der Teil der dörflichen Öffentlichkeit ist, ist bisher viel zu wenig berücksichtigt worden. Dabei verweist diese Figur paradigmatisch auf die enge Verzahnung von Herrschaft und Gesellschaft. Diesen Hinweis verdanke ich Stefanie Abke.

Zwangsarbeitern hatten, sowohl die Verständigung über den christlichen Moralkodex wie über die nationalsozialistische Rassenpolitik bedeuten. Gerade bei dem oben erwähnten Delikt des verbotenen Geschlechtsverkehrs war letztlich das Gerücht entscheidend: Schließlich war wohl kaum ein Denunziant Zeuge des Aktes selber. Aber da es hier um die Durchsetzung der Rassenpolitik ging, reichte in der Regel die Berufung aufs Hörensagen, um polizeiliches Eingreifen zu initiieren.

Oftmals bedurfte es nicht einmal einer Anzeige, damit diese Gerüchte den Funktionsträgern, sei es dem Dorfpolizisten<sup>15</sup> oder dem Blockwart, entweder zufällig oder absichtlich zu Ohren kamen. Auch das verweist darauf, wie verwoben die nationalsozialistisch konturierten Räume mit den kommunikativen Alltagsroutinen war. Auch hierzu ein Beispiel: In Papenburg im Emsland hatte sich ein junger jüdischer Viehhändler offenbar in eine verheiratete nichtjüdische Frau verliebt. Er schenkte ihr Blumen, versuchte sie in Abwesenheit des Ehemannes in ihrer Wohnung zu treffen. Die SA lauerte ihm auf, hängte ihm ein großes Schild um den Hals: „Deutsche! Kauft vom Juden. Wir versuchen inzwischen, so wie ich, Talmud-Jude Siegmund, eure Frauen zu schänden.“ Der junge Mann wurde gezwungen, eine große Trommel zu schlagen und so durch die Stadt zu laufen.<sup>16</sup> In dem Bericht der Polizei wurde das Vorgehen der SA ausdrücklich gebilligt und darauf hingewiesen, daß auch die „früheren Schandtaten“ des Viehhändlers der Bevölkerung und dadurch der SA bekannt gewesen seien – ein deutlicher Hinweis darauf, daß Gerüchte und Denunziation eine Spirale in Gang gesetzt hatten, die zur Aktion der SA führte, die sich wiederum aus dem symbolischen Repertoire mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Pogrome bediente. Zugleich verweist dieses Beispiel auf neue Konfigurationen von öffentlichen und informellen Räumen: Die Aktion der SA zielte auf Veröffentlichung des Privaten, nämlich der unerwiderten Liebe des jungen Mannes,

15 Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück, Dep. 76 b Nr. 837, Polizeibericht an den Landrat Aschendorf-Hümmling vom 3. 8. 1935.

16 Die Zahl der Studien, die sich mit Habermas' Konzept von Öffentlichkeit auseinandersetzen, ist unübersehbar. Ich verweise auf Craig Calhoun (Hrsg.), *Habermas and the Public Sphere*, Boston 1992, und in meinem Kontext auf Hoke Hermes, *Gender and Media Studies: No Woman, no Cry*, in: John Corner/Philip Schlesinger/Roger Silverstone, *International Media Research. A Critical Survey*, London/New York 1997, S. 65–95.

um die hegemoniale Rassenpolitik und Ordnung durchzusetzen. Beteiligt daran waren neben denen, die die Gerüchte verbreitet und denunziert hatten, die SA-Männer und die Papenburger, die zuschauten, das Schauspiel genossen oder wegschauten. Die Polizei duldete nicht nur diesen Übergriff, sondern billigte ihn sogar. Über das Schicksal des jungen Mannes ist nichts bekannt.

### Die Verflüssigung von öffentlichen und informellen Räumen

Allein die ständige Bedrohung, denunziert zu werden, führte zu einer dramatischen Veränderung der Situation für Juden und Jüdinnen wie für politische und andere Gegner des Regimes. Sie bedeutete für die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen und die Kriegsgefangenen eine zusätzliche Beschränkung ihrer ohnehin eingegrenzten Bewegungsmöglichkeiten. Für die „Volksgenossen“ und „Volksgenossen“ war sie Handlungsoption und Bedrohung zugleich. Die Figur des Denunzianten verzahnte die Kommunikationsräume. Denunzianten waren Teil der informellen Öffentlichkeiten im Nationalsozialismus. Sie stellten eine Bedrohung für diejenigen dar, die sich in diesen Teilöffentlichkeiten bewegten, und vernetzten selbige mit den hegemonialen Herrschaftsräumen. Zugleich aber konnte im Vollzug von Alltagsroutinen eine Kommunikationsspirale in Gang gesetzt werden, auf deren Höhepunkt erst jemand zum Denunzianten wurde. Der Denunziant ist also nicht nur derjenige, der – aus der Sicht der Herrschenden – das Geheime, das hinter verschlossenen Türen besprochen wird, in das Licht einer als politisch konstruierten Öffentlichkeit zerrt, wie es die berühmte Zeichnung von Paul A. Weber nahe legt. In der Regel steht vor dem Akt der Denunziation das Reden darüber, und zwar in eben den lebensweltlichen Kommunikationsräumen, in denen sich der Denunziant und nicht selten auch sein Opfer bewegen. Denunzieren ist als Option eingewoben in kommunikative Alltagsroutinen, die, wenn sie genutzt wird, die Konstrukte der Räume selber verändert, indem sie die Opfer aus diesen Räumen ausgrenzt.

Zugleich ist das Konstrukt von Öffentlichkeit im Sinne von Habermas<sup>17</sup> immer auch mit dem Konstrukt eines Massensubjekts zu denken. Im Engli-

<sup>17</sup> Harold Mah, *Phantasies of the Public Sphere: Rethinking the Habermas of Historians*, in: *The Journal of Modern History* 72 (2000), S. 153–182.

schen wird dies durch die Doppelbedeutung von *public* (Öffentlichkeit und Publikum) deutlich. Dieses Massensubjekt konstituierte sich, so Mah, als „rationales Subjekt“ immer neu und besetzte die Öffentlichkeit im Namen von Rationalität, was aber zugleich immer die Ausschließung anderer Publica bedeutete.<sup>18</sup> Für den Nationalsozialismus heißt das, daß die imaginierten und inszenierten Öffentlichkeiten einen Referenzrahmen boten, innerhalb dessen ein Massensubjekt in Aktion treten konnte, das dazu tendierte, alle anderen zu unterwerfen. Das oben zitierte Beispiel aus Papenburg illustriert diese These. Denunziation könnte dann als ein Moment in der sich notwendigerweise immer neu zu konstituierenden Repräsentation des nationalsozialistischen Massensubjektes beschrieben werden. Während die Denunziation selber, jedenfalls aus der Sicht des Denunzianten, ein eher geheimer, vertraulicher Akt ist, nämlich die Mitteilung an den Repräsentanten des Staates, war sie vorher bereits Teil eines Kommunikationsprozesses, in dessen Verlauf sich ein Kollektiv qua Übereinstimmung konstituiert. Die Folge war, wie im Papenburger Fall, in der Regel die öffentliche Verfolgung des Denunzierten, die die sozialen Räume neu verzahnte und für öffentliche Aktivitäten unter Partizipation verschiedener Gruppen Raum schuf. Für den Denunzianten bot die Kommunikation, deren Teil und Katalysator er war, die Möglichkeit, eben aktiver Teil der Konstituierung des Massensubjektes zu sein.

In Weiterführung der Habermasschen Konzeption von Öffentlichkeit wurde – zum einen in der Gender-Forschung, zum anderen in der sog. Alltagsgeschichtsschreibung zum Nationalsozialismus – die Vorstellung einer totalen Usurpation der Öffentlichkeit durch das NS-Regime revidiert zugunsten einer Konstruktion von verschiedenen Teilöffentlichkeiten, die sich neu konturierten, in unterschiedlicher Weise von der NS-Ideologie durchdrungen waren oder gar als Nischen sich ihrem Zugriff entzogen und/oder toleriert wurden. Die Behauptung, daß diese Räume, die sich auch durch Gerüchte, insbesondere im Krieg, z. T. jenseits von Milieus und sozialer Zugehörigkeit formierten, Residuen von Regimekritik waren oder zumindest sich durch Distanz zum Regime auszeichneten, ist zu korrigieren. Man muß sich diese Entwicklung als eine sehr dynamische vorstellen. So konnte auf der einen Seite der scheinbare

18 Heide Gerstenberger, *Acquiescence?*, in: David Bankier (Hrsg.), *Probing the Depths of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews, 1933–1941*, New York/Jerusalem 2000, S. 19–35.

Rückzug ins Private nichtjüdische Deutsche dahingehend bestärken, weiter wegzusehen, nicht zu protestieren – eben weil sie ihre alltäglichen Routinen weitgehend ungestört oder nur partiell gestört aufrechterhalten konnten.<sup>19</sup> Es konnte sie auch darin bestärken, an den rassistischen Ausgrenzungsstrategien teilzuhaben, indem sie sich von ihren jüdischen Nachbarn zurückzogen, oder aber sich ihrer gar durch Denunziation entledigten. Wegsehen, Schweigen, Hinnahme sind Verhaltenspotentiale zur Stabilisierung moderner Herrschaftsausübung, die nicht länger der aktiven Akzeptanz aller bedarf.

Für jüdische Familien war die Veränderung des öffentlichen Raumes dramatisch: Allein als „jüdisch“ in der Öffentlichkeit erkannt zu werden, ging einher mit einem allmählich oder dramatisch verlaufenden Prozeß von Willkür, Verunsicherung und Gewalttätigkeit. Die Möglichkeit, daß jederzeit ein Pasant mit dem Finger auf ein jüdisches Kind zeigen konnte, beschnitt dessen Bewegungsfreiheit drastisch. Thea Feliks, die 1933 als Siebenjährige in Köln lebte, berichtet, wie sie es lernte, Paraden und Aufmärsche zu vermeiden: Wenn sie nicht den Hitler-Gruß erwiderte, fiel sie auf und wurde „bestraft“. Wenn sie ihn erwiderte und als Jüdin erkannt wurde, wurde sie ebenfalls bestraft: „It was a catch 22 situation – no matter what you did, you were going to get it.“<sup>20</sup> So entwickelte sie das *avoidance*-Syndrom, doch alles konnte sie nicht vermeiden, und spätestens auf dem Nachhauseweg, in der Toreinfahrt, versuchte jemand sie zu erschrecken, nur weil sie Jüdin war.

Auch Marion Kaplan nennt viele Beispiele, wie die jüdischen Kinder plötzlich von den Nachbarskindern verprügelt wurden oder wie der tägliche Weg zur jüdischen Schule zum Spießrutenlaufen wurde.<sup>21</sup> Aber auch Straßenbahnfahren oder Essen in einem Restaurant konnte für Juden heikle, z. T. gefährliche Situationen schaffen. Kaplan berichtet, wie „Arier“ Juden quälten, indem sie sie öffentlich als jüdisch denunzierten. Viele glaubten zudem, daß Juden tatsächlich so aussahen wie die in den antisemitischen Karikaturen zeigten. Das produzierte häufig Mißverständnisse, indem „Arier“ fälschlicherweise als „jüdisch“ charakterisiert wurden.<sup>22</sup> Mit der Vielzahl der antijüdischen

19 Yad Vashem Archives (YVA), Thea Feliks Eden 033 c/3639, S. 4.

20 Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany.* New York/Oxford 1998.

21 Ebenda, S. 34 ff.

22 YVA, 02/493, Anonymous: *The Position of „Non-Aryans“ in Germany, 1935*, S. 5.

Maßnahmen des Regimes erhöhte sich zwangsläufig die Gefahr für Juden, erkannt und denunziert zu werden. So wurden z. B. in Berlin jüdische Frauen und Kinder in den Strandbädern aus dem Wasser geholt.<sup>23</sup> Die Veröffentlichung der Namen von jüdischen Ladenbesitzern, aber auch derjenigen, die weiter in diesen Läden kauften, zerstörte nicht nur die ökonomische Basis der jüdischen Geschäftsinhaber, sondern trug mit dazu bei, daß für Juden Öffentlichkeit das Andere war, das, woraus sie vertrieben wurden. Schilder mit Aufschriften wie *judenrein* oder *Juden raus* verfestigten die Grenzen zwischen den verbotenen öffentlichen Räumen und den wenigen Nischen, die immer mehr schrumpften. Während des Krieges konnte das Anprangern von Juden, die nicht den Stern trugen, die Deportation bedeuten. Insbesondere die kleine Gruppe der „Illegalen“ und ihre Helfer waren tagtäglich in tödlicher Gefahr, denunziert zu werden. Die Akten, die in Yad Vashem für die Ehrung von Nichtjuden als „Righteous among the Nations“ zusammengetragen werden, enthalten explizit oder als verborgenes Narrativ diese Denunziationsgeschichten.

Die Medien als Teil der Öffentlichkeit verschränkten nicht nur die Rassenpolitik mit der Gesellschaft, indem sie definierten, gegen wen die Wachsamkeit sich richten sollte: Sie waren selber Adressaten von Denunziation, veröffentlichten Denunziationen und wurden zu Denunziationsagenturen. So meldete beispielsweise eine Lehrersfrau in einem kleinen Ort in der Nähe von Düsseldorf, wer bei dem jüdischen Metzger nebenan kaufte, der Lokalzeitung, die diese Namen am anderen Tag publizierte.<sup>24</sup> Die Veröffentlichung der Namen jüdischer Geschäftsinhaber, etwa im *Stürmer*, wobei der *Stürmer*-Kasten quasi zum Pranger wurde, führte offenbar in den ländlichen Regionen nicht selten dazu, daß die betreffenden Geschäfte verwüstet und die Genannten von SA, SS oder Hitlerjugend überfallen und geschlagen wurden.

Adressaten denunziatorischer Anzeigen waren neben Polizei und Gestapo auch die Repräsentanten der Partei – Blockwarte wurden offenbar zu regelrechten „Denunziationsberatern“ –, aber auch Vertreter von staatlichen Institutionen wie Schulleiter, Fürsorgebeamtinnen etc.

In der Regel waren es die Nachbarn, die denunzierten. Manchmal begnügte sich der Denunziant nicht mit einer einmaligen Anzeige, sondern blieb solange hartnäckig, bis er sein Ziel, etwa die Vertreibung einer jüdischen Familie aus der

23 YVA, 02-23, Rabbi D. Eschelbacher.

24 YVA, 02-50, Rabbi Steckelbacher.

Nachbarschaft, erreicht hatte. Da war z. B. der Fall der Familie des Rabbi Steckelbacher aus Bad Dürkheim, einer Kleinstadt in der Pfalz. Am Anfang stand eine beiläufige Frage in einem begrenzten halböffentlichen Raum. Frau Steckelbacher besuchte regelmäßig eine „Lesegesellschaft“, an der auch die Nachbarin, die Ehefrau eines Zahnarztes, teilnahm. Diese Frau stellte an einem Abend, einige Monate nach der „Machtergreifung“, die Frage, ob Jüdinnen an dieser Gesellschaft teilnehmen dürften. Einige Wochen später informierte der Zahnarzt die Gestapo, daß der Rabbi abfällige Bemerkungen über Hitler gemacht habe. Der Generalstaatsanwalt hielt die Anzeige zurück, da sie einer Überprüfung nicht standhielt. Ende 1934 zeigte der Zahnarzt die Familie erneut bei der Gestapo an: Frau Steckelbacher habe ihrem zehnjährigen Sohn befohlen, die Nazifahne einzuholen und mit den Füßen darauf zu treten. Die Gestapo drohte den Steckelbachers mit einer Anzeige wegen Hochverrat. Als schließlich der Zahnarzt eine Notbehandlung bei Steckelbachers Tochter, die sich bei einem Unfall die Nase gebrochen hatte, mit der Bemerkung verweigerte, daß ein jüdisches Mädchen doch mit einer krummen Nase herumlaufen könne, verließ die Familie zunächst Bad Dürkheim und schließlich Deutschland.<sup>25</sup>

Mein letzter Fall steht gewissermaßen spiegelbildlich zu den beiden Anfangsgeschichten: Es geht um Denunziation in der Ehe. Dieses Mal ist der Denunziant der Ehemann, das Opfer seine jüdische Ehefrau, mit der er nach den NS-Gesetzen in sogenannter Mischehe lebte. Die Ehe war bereits vor 1933 nicht glücklich gewesen; während des Krieges zog die Schwester des Ehemannes, die ausgebombt war, in die Wohnung mit ein. Von da an spitzte sich die Situation zu. Die Schwester verfaßte einen denunziatorischen Brief, in dem sie die „Jüdin“ regimefeindlicher Äußerungen bezichtigte. Der Ehemann und seine Schwester übergaben der Gestapo persönlich diesen Brief: Die Frau wurde verhaftet und 1944 nach Auschwitz deportiert.<sup>26</sup> In diesem Fall hätte der

25 Adelheid L. Rüter-Ehlermann/Christiaan Frederic Rüter (Hrsg.), *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966*, 22 Bde., Amsterdam 1968–1981, Bd. 2, S. 491–496.

26 Vgl. Michael Wildt, *Violence against Jews in Germany 1933–1939*, in: Bankier (Hrsg.), *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 181–209. Beim jetzigen Stand der Forschung ist zu vermuten, daß diese Gewalttaten gegenüber Juden in sehr viel größeren Umfang stattfanden als bisher angenommen. Darauf weisen die Akten des „Centralvereins der Juden in Deutschland“ hin.



Ehemann sich auch scheiden lassen können, er hätte seine Frau nicht denunzieren müssen. Aber offenbar war hier zum einen die Schwester die treibende Kraft, zum anderen konnte durch diesen Brief die von beiden gewünschte Ordnung, nämlich der jüdischen Frau den Raum in der ehelichen Wohnung zu nehmen, schneller hergestellt werden. Die Gestapo und die Parteistellen erkannten sehr wohl, daß es sich um einen innerfamiliären Konflikt handelte – da die Lösung des Konfliktes jedoch zugleich die rassistische Ordnung herstellte, intervenierten sie im Sinne des Geschwisterpaares. Zugleich markiert dieser Fall die Einebnung geschlechterspezifischer Differenzen aufgrund der Dominanz der rassistischen Politik: Während sich nichtjüdische Ehefrauen in der Regel ihrer nichtjüdischen Ehemänner kaum durch eine Scheidung meinten entledigen zu können, konnten sich nichtjüdische Ehepartner, Frauen wie Männer, eben ohne weiteres mit Hilfe und Unterstützung der staatlichen Stellen von ihren jüdischen Ehepartnern scheiden lassen.

### Schlußbemerkungen

Denunziationsforschung ist in mancher Hinsicht irritierend: Nicht nur, daß die Forscherin stets Gefahr läuft, sich in der Unzahl von Fällen zu verlieren – sie ist auch irritierend, weil jeder Versuch einer Definition dessen, was Denunziation ist, stets von der notwendigen Kontextualisierung und Historisierung in Frage gestellt wird. Zugleich aber – und das zeigt ein Vergleich der Geschichte der Frau H. mit der des Ehemanns, der seine jüdische Frau verrät, deutlich – werden die eigenen wie die kollektiven Wert- und Moralvorstellungen direkt und unmittelbar tangiert.

Für den Nationalsozialismus fördert der Fokus Denunziation Erkenntnisse darüber zutage, wie die lebensweltlichen Kommunikationsstrukturen und Handlungsoptionen mit den hegemonialen, rassistischen verwoben wurden. Gerade weil ein Denunziationsangebot der Obrigkeit – darauf verweist die Geschichte der Mme. Bienfait aus dem Jahre 1757 – eine Handlungsoption zur Lösung von privaten Konflikten, die scheinbar jenseits der „großen Politik“ ihren Ursprung haben, darstellt, pflanzt sie sich nahezu beiläufig in die alltägliche Kommunikation und Routine ein. Sie bietet, aus der Perspektive von unten, die Möglichkeit, individuelle Ordnungsentwürfe mit den hegemonialen zu

verknüpfen. Scheinbar wird „Recht“ geschaffen, auch wenn diese Art Recht jenseits von Rechtsstaatlichkeit ist.

Die Vorstellung, daß die Alltagsroutinen sich sozusagen in den privaten Nischen vollzogen und wenig von den Zumutungen und Angeboten des nationalsozialistischen Regimes tangiert wurden, ist ebenso zu revidieren, wie diejenige, daß Verhaltensweisen wie Hinnahme und Wegsehen ausschließlich mit Schweigen verbunden waren. Über die Ausgrenzung von Juden aus den öffentlichen Räumen wurde kommuniziert: Auch wenn nur wenige mit dem Finger auf Juden zeigten, nur wenige an den gewalttätigen Aktionen beteiligt waren – das wurde in der Regel der HJ und den SA-Männern überlassen –,<sup>27</sup> so wurde darüber doch in den Nachbarschaften, auf den Dörfern, in öffentlichen Räumen wie Gaststätten oder Straßenbahnen geredet. Geschwiegen wurde allenfalls über die Gewalt, die oft dem öffentlichen „An-den-Pranger-Stellen“ folgte.

Reduziert man, wie in der bisherigen Forschung, Denunziation auf die Anzeige gegenüber staatlichen Institutionen und klammert auch die Anzeigen aus den Parteigliederungen etc. aus, so perpetuiert man – aus der Sicht des Bremer Projektes – nicht nur die Trennung von Gesellschaft und Herrschaft, sondern läßt auch wichtige Schnittstellen und Scharniere außer acht. Denunziation als kommunikatives Handeln zu begreifen, heißt auch, die Verflüssigung zwischen öffentlichen und informellen Räumen in den Blick zu nehmen. Hierbei spielten die Medien eine nicht zu unterschätzende Rolle. Es ist zweifellos das Verdienst der Studie von Robert Gellately, die Bedeutung der Medien zu betonen, indem er auf der Basis seiner Auswertung von Zeitungsberichten über Polizeiaktionen und das Lagersystem die Akzeptanz der Deutschen des Nationalsozialismus analysiert.<sup>28</sup> Der Fokus Denunziation bietet die Möglichkeit, die Rezeptions- und Aneignungsweisen noch genauer zu beschreiben. Die Medien definierten, wer nicht zur „Volksgemeinschaft“ zählte. Sie fungierten als Denunziationsagenturen, in dem sie direkt oder indirekt dazu aufforderten, selber denunzierten und sich als Adressat anboten. Nicht zuletzt dadurch trugen sie zu neuen Konfigurationen zwischen öffentlichen, informellen und intimen Räumen bei, was letztlich bedeutete, daß für Juden kein Raum mehr in Deutschland

27 Robert Gellately, *Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany*, Oxford 2001. Allerdings ist es methodisch fragwürdig, den Inhalt der Zeitungsmeldungen und die Lesarten als deckungsgleich anzunehmen.

28 Dröge, *Der zerredete Widerstand*, S. 73.

war. Bereits Franz Dröge hatte darauf hingewiesen, daß die Verbreitung von Gerüchten in Zirkulationsräumen geschehe, die von emotioneller Zugehörigkeit geprägt seien.<sup>29</sup> Christian Schneider verweist aus psychoanalytischer Sicht darauf, daß die Herstellung von Homogenität ein Kollektivideal sei, das „narzistische Gratifikation“ verspreche und mit Emotionen aufgeladen sei.<sup>30</sup> Ebenso wie aus den Anzeigen von Mme. Bienfait und Frau H. die Wut und der Haß sprechen, so springt uns dieser Haß gegen Juden aus den Denunziationen und den oftmals gewaltsamen Aktionen, die ihnen folgten, heute ins Auge.

Es spricht einiges dafür, in den Handlungsangeboten, zu denen Denunziation zählt, Einübungen in die Vernichtungspraxis des Krieges zu sehen, an der eine große Zahl von „gewöhnlichen“ Deutschen offenbar ohne Skrupel beteiligt war. Denunziatorisches Handeln verschränkte die Kommunikation mit der Verfolgungspraxis: Es schenkte dem Denunzianten Macht und ließ ihn teilhaben an der Faszination des Terrors, eines Terrors, dessen Logik die physische Vernichtung der Juden und Jüdinnen in sich barg.

29 Christian Schneider, Identität und Identitätswandel der Deutschen nach 1945, in: Wilfried Loth/Bernd A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./New York 1998, S. 247–258.





*Marie und Heinrich List und zwei ihrer Kinder, 1920*

CLAUDIA SCHOPPMANN

## Rettung von Juden: ein kaum beachteter Widerstand von Frauen

„Das war doch selbstverständlich“,<sup>1</sup> bemerkte Susanne Witte vor einigen Jahren auf die Frage, warum sie Ende 1942 die jüdische Mutter einer Freundin, die selbst schon deportiert worden war, bei sich aufnahm und dadurch vor der unmittelbar drohenden Deportation bewahrte, was die damals 62jährige mit Sicherheit nicht überlebt hätte. Susanne Witte, eine katholische Fürsorgerin,

1 So die Überschrift eines Artikels von Philipp Gessler anlässlich der Ehrung von Susanne Witte als „Gerechte unter den Völkern“ durch Yad Vashem (tageszeitung, 13./14. 2. 1999). – Der vorliegende Beitrag basiert auf Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.

erklärte ihre spontane Hilfsbereitschaft für die ehemalige Kammersängerin jedoch nicht nur mit persönlicher Sympathie, christlichem Pflichtgefühl und dem Bewußtsein sozialer Verantwortung. Als wichtige Voraussetzung für ihre Hilfe nannte sie vielmehr die Tatsache, daß sie als alleinstehende Frau auf niemanden habe Rücksicht nehmen müssen und so das Risiko, das ihr bei Entdeckung drohte, allein einging: „Wer Angehörige hatte, Geschwister oder alte Eltern oder gar Kinder, konnte das ja nicht tun, das war unmöglich. Man konnte das wirklich nur, wenn man ganz allein war, ohne – ohne jemanden zu gefährden. Oder man mußte sich des anderen so sicher sein.“<sup>2</sup>

Wir wissen leider nur zu genau, daß Susanne Wittes Verhalten in der NS-Zeit keine Selbstverständlichkeit war, denn sonst hätten wesentlich mehr Verfolgte überleben können. Oder wollte sie mit dieser Bemerkung ihren über zwei Jahre währenden und mit hohem persönlichen Risiko verbundenen Einsatz bescheiden herunterspielen? Es mag im übrigen durchaus sein, daß sie anders gehandelt hätte, wenn sie damit nicht nur sich selbst, sondern auch Angehörige gefährdet hätte. Wie dem auch sei: Tatsache ist, daß auch unter den Bedingungen der NS-Diktatur und des Krieges einige Tausend nichtjüdische Deutsche Zivilcourage zeigten – trotz der Angst um ihre Familien. Für die Hilfe leistenden Frauen und Mütter gilt dies wohl in besonderem Maß, da vor allem sie es waren, die die Verantwortung für ihre Angehörigen trugen (zumal bei kriegsbedingter Abwesenheit der Männer).

Im folgenden möchte ich weniger die Verdienste einzelner Frauen herausstellen oder gar „Heldinnen“-Verehrung<sup>3</sup> betreiben. Vielmehr werde ich der Frage nachgehen, in welchem Umfang Frauen an der Rettung von Jüdinnen und Juden beteiligt waren und inwieweit die Geschlechtszugehörigkeit,<sup>4</sup> d. h. vor allem die gesellschaftlich-kulturell bedingten Geschlechterrollen, Hilfeleistungen beeinflussten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Frauen natürlich

2 Brigitte Oleschinski, „... daß das Menschen waren, nicht Steine“. Hilfsnetze katholischer Frauen für verfolgte Juden im Dritten Reich, in: Zeitgeschichte 17 (1989/90), S. 395–416, hier: S. 409.

3 In Anlehnung an Begriffe wie „Unbesungene Helden“ (z. B. Kurt R. Grossmann, Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen, Berlin 1957) oder „Stille Helden“ (z. B. Inge Deutschkron, Sie blieben im Schatten. Ein Denkmal für „stille Helden“, Berlin 1996).

4 Häufig wird dies mit dem englischen Begriff *gender* umschrieben, der das soziale Geschlecht bezeichnet, im Gegensatz zu *sex* (biologisches Geschlecht).

keine homogene Gruppe waren und bei Rettungsversuchen eine ganze Reihe von Faktoren (wie z. B. Alter, materielle Ressourcen) eine Rolle spielte.

Doch auch für die als Juden Verfolgten habe es, so Raul Hilberg in seiner Untersuchung über *Täter, Opfer, Zuschauer*, geschlechtsspezifisch „unterschiedliche Belastungen und Erschütterungen“ gegeben – eine Feststellung, die zunächst überraschen mag, denn Zyklon B, so formulierte es die Theresienstadt-Überlebende Ruth Bondy, „machte keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen; derselbe Tod raffte alle dahin“.<sup>5</sup> Was den letzten Ort der „Endlösung“ angeht, hat Ruth Bondy sicher recht. Doch auf dem Weg dorthin gab es Ereignisse, so Hilberg, „die Männer speziell als Männer, Frauen speziell als Frauen betrafen“.<sup>6</sup> Wie sich dies auf die Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung seit Beginn der vierziger Jahre auswirkte, möchte ich kurz skizzieren.

### Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung

Von den in Deutschland lebenden Juden hatte sich mehr als die Hälfte – schätzungsweise zwischen 270 000–300 000 Personen – trotz bürokratischer Hindernisse durch die NS-Behörden und trotz der Einreisebeschränkungen durch die meisten europäischen Länder nach 1933 ins Ausland retten können. Vor allem viele Kinder und Jugendliche waren von ihren Eltern weggeschickt worden, so daß 80% von ihnen dem Naziterror entkamen.<sup>7</sup> Die 164 000 Menschen, die – unabhängig von ihrem Selbstverständnis und Glaubensbekenntnis – aufgrund

- 5 Ruth Bondy, *Frauen in Theresienstadt und im Familienlager in Auschwitz-Birkenau*, in: Barbara Distel (Hrsg.), *Frauen im Holocaust*, Gerlingen 2001, S. 117–139, hier: S. 117. Zu ihrem eigenen Erstaunen stellte Ruth Bondy schließlich fest, daß sich das Überleben in Theresienstadt für Männer und Frauen durchaus unterschiedlich gestaltete: So bestand z. B. die traditionelle Arbeits- und Rollenteilung im Ghetto fort, was geringere Überlebenschancen für weibliche Häftlinge bedeutete.
- 6 Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer*, Frankfurt a. M. 1997, S. 145. Vgl. auch meinen Artikel: *Im Untergrund. Jüdische Frauen in Deutschland (1941–1945)*, in: Distel (Hrsg.), *Frauen im Holocaust*, S. 189–217.
- 7 Marion Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, New York/Oxford 1998, S. 118. Demzufolge lebten im Juli 1941 noch etwa 25 000 Kinder und Jugendliche im „Altreich“.

der Nürnberger Gesetze zu Juden erklärt worden waren und die vor Beginn der Deportationen im Herbst 1941 noch in Deutschland lebten, waren infolge der nationalsozialistischen Repressionen eine isolierte, verarmte und überalterte Gruppe. Daß sich darunter 32 000 mehr Frauen als Männer befanden,<sup>8</sup> hatte verschiedene Ursachen: Zum einen entsprachen (insbesondere ältere) Frauen am wenigsten den restriktiven Einwanderungsgesetzen, und sie wollten oder konnten häufig ihre Eltern oder andere Angehörige nicht allein zurücklassen. Zum andern fuhr nicht selten der Ehemann oder Partner voraus, wenn eine gemeinsame Ausreise nicht in Frage kam, um seine Partnerin oder Kinder dann nachzuholen, was nach Kriegsbeginn aber kaum noch möglich war.<sup>9</sup> Die Ausweitung des Krieges auf die Sowjetunion und der politische Wille der Naziführung setzten dieser Form der Rettung mit dem am 23. Oktober 1941 verfügten Auswanderungsverbot ein Ende. Dieser Zeitpunkt war nicht zufällig, sondern bewußt gewählt: Wenige Tage vorher hatte das Regime mit der reichsweiten Deportation der jüdischen Minderheit an zunächst unbekannte Orte „im Osten“ begonnen. Vor allem ältere Menschen und darunter überdurchschnittlich viele Frauen wurden deportiert:<sup>10</sup> So befanden sich in Berlin unter den 56 088 Deportierten 32 808 Frauen (und Mädchen), also 4764 mehr als Männer.<sup>11</sup>

Deutschland war damit spätestens ab Herbst 1941 für alle, die ihre einstige Heimat nicht rechtzeitig verlassen können, zur tödlichen Falle geworden, aus der es kaum einen Ausweg gab. Einer davon war die Flucht in den Untergrund – ein Entschluß auf unbestimmte Dauer, der meist nicht von langer Hand vorbereitet wurde und zudem eine in jeder Hinsicht schwierige Entscheidung darstellte, bedeutete dies doch, die letzten Reste einer geregelten Existenz zu verlieren.<sup>12</sup> Viele Jüdinnen und Juden tauchten erst unter, als An-

8 Ebenda, S. 189.

9 Das war bei vielen der nach dem Pogrom 1938 ins KZ verschleppten Männern der Fall, die nur unter der Bedingung einer sofortigen Auswanderung entlassen wurden.

10 Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. v. Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung/FU Berlin, Berlin 1995, S. 1407 ff. Die Abb. 1 (Geburtsjahrgänge der Deportierten) und Abb. 2 (Alter und Geschlecht der Deportierten) zeigen dies deutlich.

11 Ich danke Rita Meyhöfer, die an der Erstellung des Gedenkbuchs beteiligt war, für diese Auskunft (23. 4. 2001).

12 Erst Anfang 1943, als sich die Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad abzeichnete, war ein Sieg der Alliierten und damit ein Ende der Naziherrschaft überhaupt vorstellbar.



gehörige bereits deportiert worden waren und ihre eigene Verschleppung un-mittelbar bevorstand, die in den ersten Monaten noch schriftlich angekündigt wurde, während ab Ende 1942 die Verhaftungen unangekündigt und bspw. auf der Straße erfolgten. Zunächst waren die tödlichen Folgen der Deportation nicht bekannt – und auch kaum vorstellbar. Erst im Lauf des Jahres 1942 verbreiteten sich in Deutschland entsprechende Gerüchte über die Massenerschießungen bzw. die Konzentrations- und Vernichtungslager.<sup>13</sup> Nichtsdestotrotz ahnten wohl die meisten, daß die Verschleppung Schlimmes bedeuten würde. Die Vorstellung eines Massenmordes erschien jedoch so ungeheuerlich, daß selbst diejenigen, die etwa durch Abhören eines ausländischen Senders<sup>14</sup> – was im übrigen streng verboten war – von den wahren Vorgängen erfahren hatten, sich sträubten, dies zu glauben.

Letztes Signal zum Untertauchen war in vielen Fällen die Großrazzia Ende Februar 1943, die als „Fabrikaktion“ bekannt wurde. Damals sollten alle noch im Reichsgebiet lebenden Juden deportiert werden, darunter Tausende von Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen in Rüstungsbetrieben, die bis dahin wegen ihrer Kriegswichtigkeit den dort Beschäftigten noch einen gewissen Schutz boten. So wurden am 27. Februar 1943 alle Juden, die unter keine der von den Nazis ersonnenen Ausnahmekategorien fielen, aus den Fabriken heraus, aber auch von zu Hause und auf der Straße verhaftet und wenige Tage später deportiert.

Entgegen der Anordnung zur „Fabrikaktion“ wurden in Berlin auch etwa 1500 in „Mischehe“ lebende Juden und „Mischlinge“ in zwei Gebäuden der Jüdischen Gemeinde in der Großen Hamburger und der Rosenstraße inhaftiert. Gegen die befürchtete Deportation ihrer Angehörigen protestierten dort tagelang Hunderte von Menschen, vor allem nichtjüdische Frauen. Die Freilassung der Verhafteten nach einigen Tagen war jedoch vermutlich nicht – wie häufig behauptet wird<sup>15</sup> – das Ergebnis dieses beispiellosen öffentlichen Pro-

13 Vgl. den Beitrag von Karl-Heinz Reuband in diesem Band.

14 Eine gezielte Informationsbeschaffung war insbesondere für die jüdische Bevölkerung, die seit September 1939 bspw. keine Radios mehr besitzen durfte, nicht möglich. Auch war offiziell stets von „Umsiedlung“, „Abwanderung“ oder „Evakuierung“ die Rede, was die wahren Absichten verschleierte.

15 Siehe etwa Nathan Stoltzfus, *Widerstand des Herzens: Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße 1943*, München 1999; *The Holocaust Chronicle*, hrsg. v. Louis Weber, Lincolnwood/Ill. 2000, S. 431 f.

testes; vielmehr sollten aus dem Kreis der Internierten die letzten „ungeschützten“ Mitarbeiter jüdischer Institutionen ersetzt werden.<sup>16</sup> Nichtsdestotrotz irritierte der Protest die Machthaber, wovon u. a. Goebbels' Tagebucheinträge zeugen.<sup>17</sup>

Die genaue Zahl derjenigen, die sich als „U-Boote“, wie sich die in der Illegalität Lebenden oft selbst nannten, dem Zugriff der Gestapo zu entziehen versuchten, wird sich wohl kaum noch exakt ermitteln lassen. Zwischen 1941 und Kriegsende tauchten schätzungsweise 10 000 bis 15 000 Menschen in Deutschland unter, davon mehr als 5000<sup>18</sup> in Berlin. Nur etwa einem Drittel derjenigen, die zeitweise illegal lebten, gelang es, auf diese Weise zu überleben.<sup>19</sup>

Insgesamt hatten Frauen wohl eine etwas größere Chance als Männer, im Untergrund zu überleben – vorausgesetzt, sie waren kinderlos bzw. hatten keine Kinder bei sich. Schwangere und Frauen mit (kleinen) Kindern waren dagegen gefährdeter als einzelne Frauen und Männer, denn sie fielen mehr auf, und es war auch schwieriger, für zwei oder mehrere Personen ein Quartier zu finden. Kinderlose Frauen dagegen konnten sich zumindest in der Öffentlichkeit unauffälliger bewegen und leichter eine Arbeit finden als Männer, etwa als Haushaltshilfe.<sup>20</sup> Sie waren dadurch nicht nur (finanziell) unabhängiger von der Hilfe von Nichtjuden, sondern durch die Arbeit auch besser getarnt. Männer waren dagegen stärker von Kontrollen bedroht, da jeder Mann im „wehr-

16 Siehe Wolf Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 315 f.

17 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II, Bd. 7, München 1993, S. 487 (Eintrag vom 6. 3. 1943).

18 In 3500 Fällen ließen sich in den Quellen entsprechende Hinweise finden. Siehe *Gedenkbuch Berlins*, S. 1407.

19 Nur für Berlin liegen relativ genaue Zahlen vor: laut Mitgliederverzeichnis der Jüdischen Gemeinde zu Berlin von 1947 (Kopie im ZfA) hatten 1379 Personen zeitweise in der Illegalität gelebt (829 Frauen, 550 Männer). Vermutlich ist diese Zahl in Wirklichkeit höher, da ein bestimmter Anteil der Überlebenden zum Zeitpunkt der Erhebung (1947) schon nicht mehr dort wohnte oder sie sich als ehemalige christliche „Nichtarier“ nicht der Jüdischen Gemeinde zugehörig fühlten.

20 Vgl. etwa die Tagebuchaufzeichnungen von Cécilie Lewisohn, einer 60jährigen Pianistin, die im Untergrund als Haushaltshilfe zu überleben versuchte, in: „Ich fürchte die Menschen mehr als die Bomben“. Aus den Tagebüchern von drei Berliner Frauen 1938–1946, hrsg. v. Angela Martin/Claudia Schoppmann, Berlin 1996, S. 67–96.

fähigen“ Alter verdächtigt wurde, ein Deserteur zu sein, was sich im Zuge des „Volkssturms“, der alle „waffenfähigen“ Männer von 16 bis 60 betraf, noch verschlimmerte. Jüdische Männer mußten deshalb versuchen, sich so wenig wie möglich in der Öffentlichkeit zu zeigen und mußten über Papiere verfügen, die einer eingehenden Inspektion standhielten. Und wenn sie bei einer Kontrolle Verdacht erregten, so waren sie durch ihre Beschneidung leicht zu überführen. Jüdische Männer stellten daher für diejenigen, die sie unterstützten, eine größere Gefahr dar. Aber auch andere Faktoren spielten eine Rolle, z. B. das vermeintlich „jüdische“ und dadurch eher Verdacht erregende Aussehen.

Fast jede(r) Überlebende war auf die Hilfe mehrerer Personen angewiesen, je nachdem, wie lange das Leben im Untergrund dauerte. Die Anzahl der Helfenden läßt sich aufgrund der stark variierenden Angaben bisher auf mehrere Tausend bzw. Zehntausend schätzen. Wir wissen von Überlebenden, die bis zu 50, 60 Helferinnen und Helfer hatten.<sup>21</sup> Daß andererseits eine ganze Familie in nur einem Versteck überlebte, wie dies bei der Berliner Familie Foß der Fall war, ist eine sehr seltene Ausnahme. Im November 1942 nahm die kaufmännische Angestellte Helene von Schell die unmittelbar von der Deportation bedrohte Familie bei sich auf – nicht zuletzt deshalb, weil sie sich einst in den Vater, Hans Foß, verliebt hatte. Dies und das Lauern auf jede Gefahr machte das Leben für beide Seiten zur spannungsreichen Belastungs- und Bewährungsprobe. Dennoch bot die alleinstehende Frau dem Ehepaar Foß und ihren zwei Söhnen in ihrer kleinen Wohnung in Berlin-Moabit – Tür an Tür mit dem Blockwart – bis Kriegsende einen Platz zum Überleben.<sup>22</sup>

Angesichts von Millionen Deutschen, die das Regime billigten oder zumindest nicht gegen die Judenverfolgung einschritten, ist die Zahl der „Retterinnen“ und „Retter“ gering, aber nicht so gering, wie bisher vermutet. Allerdings liegt es auf der Hand, daß sich etliche Rettungsaktionen nicht mehr rekonstruieren lassen, weil die Beteiligten den Krieg nicht überlebten oder inzwischen verstorben und mit ihren Erfahrungen nie an die Öffentlichkeit gegangen sind.

21 Siehe etwa Max Krakauer, *Lichter im Dunkeln. Flucht und Rettung eines jüdischen Ehepaares im Dritten Reich*, Stuttgart 1994 (Reprint v. 1947); Peter Schneider, „Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen ...“ *Wie ein jüdischer Musiker die Nazi-Jahre überlebte*, Berlin 2001.

22 Kurt Schilde, *Versteckt in Tiergarten. Auf der Flucht vor den Nachbarn*, Berlin 1995, S. 34–59.

## Rettungsaktionen von Frauen

Aus der Fülle der uns vorliegenden Informationen möchte ich nun drei Rettungsbemühungen skizzieren, an denen Frauen maßgeblich beteiligt waren, um anschließend der Frage nachzugehen, welche (nicht nur zahlenmäßige) Rolle Frauen bei dieser Hilfe spielten.

Vorab sei darauf hingewiesen, daß alle, die in der NS-Zeit jüdischen Verfolgten halfen, ein Risiko eingingen, das im Lauf der Jahre merklich größer wurde. Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden waren bekanntlich seit langem verpönt. Mit dem Gestapoerlaß vom 24. Oktober 1941<sup>23</sup> waren sie zur strafbaren Handlung geworden. Da das Strafgesetzbuch kein Delikt wie „Judenbegünstigung“ kannte, war die Ahndung Sache der Gestapo. Deren Vorgehen war de facto allerdings – wie so oft – nicht einheitlich, und die Inschutzhaftnahme – als härteste Form der Repression – scheint nur in relativ wenigen Fällen verhängt worden zu sein. Gerade die mißglückten Versuche zeigen, welchen Risiken und Gefahren sich die Helfer aussetzten.<sup>24</sup> Für die Jüdinnen und Juden dagegen, die seit Juli 1943 ausschließlich der Polizeigewalt unterstanden, bedeutete die Entdeckung stets die Verschleppung in die Konzentrations- und Vernichtungslager.

### Marie List

Marie List lebte mit ihrem Mann Heinrich und einer Tochter in dem 300-Seelen-Dorf Ernsbach im Odenwald, wo sie einen Bauernhof bewirtschafteten.<sup>25</sup> Eines Tages im November 1941 – ihr Mann war gerade nicht zu Hause – stand plötzlich der 36jährige Ferdinand Strauß, ein Jude aus der nahegelegenen hessischen Kleinstadt Michelstadt, vor ihrer Tür und bat um Einlaß. Ferdinand

23 Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat, Karlsruhe 1981, S. 353.

24 Zur Ahndung von Hilfeleistungen vgl. den Beitrag von Beate Kosmala in diesem Band.

25 Zum Folgenden siehe Yad Vashem, Department „Righteous Among the Nations“, ger 5525. Das Ehepaar List wurde 1993 postum als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt – auf Initiative der Michelstädter Lehrer Franz Bürkle, Werner König und Hans Winter, die zusammen mit einer Schülergruppe den Fall recherchiert hatten. Vgl. auch: Jörg Feuck, Gerechte unter den Völkern. Eine posthume Ehrung, in: Frankfurter Rundschau, 27. 5. 1993, S. 31; Thomas Lange, „L'chajim“. Die Geschich-

Strauß' bereits verstorbener Vater hatte ein Textilgeschäft in Michelstadt besessen, wo die Bauersleute früher regelmäßig eingekauft hatten. Dies hatte zu freundschaftlichen Beziehungen mit der jüdischen Familie geführt.

Wie andere Juden aus hessischen Dörfern und Kleinstädten war auch Ferdinand Strauß nach dem Novemberpogrom 1938 zu einem Onkel nach Frankfurt am Main geflohen, wo er sich in der Anonymität der Großstadt vorerst etwas sicherer wähnte. Nach dem Beginn der Deportationen in Frankfurt kehrte er 1941 – nach dem Tod des Onkels auf sich allein gestellt – heimlich in den Odenwald zurück und wandte sich hilfesuchend an die Lists. Marie List zögerte nicht, ihn aufzunehmen, und überzeugte nach seiner Rückkehr auch ihren Mann davon. So blieb Strauß vorläufig bei den Bauern, auf deren Hof auch ein polnischer Zwangsarbeiter lebte. Nach einigen Monaten, im März 1942, flog die Sache jedoch auf, denn der polnische Arbeiter, der sich mit List offenbar schon öfters gestritten hatte, erwähnte einem andern Landwirt gegenüber die Anwesenheit eines schwarzhhaarigen Fremden bei den Lists. Mißtrauisch geworden, machte dieser Bauer Meldung beim Bürgermeister, welcher sich seinerseits an den Gendarmerieposten im benachbarten Erbach wandte. Nach mehreren Verhören – Ferdinand Strauß war inzwischen geflohen<sup>26</sup> – gestanden die Lists schließlich. Auf die Frage des Polizisten, warum er den Juden aufgenommen habe, antwortete der damals 60jährige schlicht: „Weil wir uns schon seit Kindheit gut kennen und er jetzt alleine steht.“ Aus staatsfeindlichem Interesse habe er jedoch nicht gehandelt: „Nur weil wir uns sehr gut kannten und früher in guten Geschäftsverbindungen gestanden haben, packte mich das Mitleid und [ich] beherbergte ihn.“<sup>27</sup>

Nachdem die Ortpolizei die Gestapo Darmstadt informiert hatte, ließ diese den männlichen Haushaltsvorstand, Heinrich List, im April 1942 in Schutzhaft nehmen. Nach drei Monaten im Gestapogefängnis in Darmstadt wurde er im Juli 1942 ins KZ Dachau verbracht und verstarb dort im Oktober 1942.

te der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Reinheim 1997, S. 290 f. (dort allerdings falsche Jahresangaben; auch wird Langes Behauptung von Lists „langer NSDAP-Mitgliedschaft“ durch die Vernehmungsprotokolle widerlegt).

26 Strauß flüchtete zunächst zu Bekannten seines Vaters ins Neckartal. Später soll er in die Schweiz und nach Nordamerika gelangt sein. 1983 starb er auf Jamaika.

27 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Erbach Q83, Vernehmungsprotokoll des Gendarmerieposten Erbach (freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Thomas Lange).

Marie List wurde hingegen lediglich streng verwarnt, obwohl sie nach Aussagen von Nachbarn „das Sagen“ in der Ehe hatte<sup>28</sup> und mindestens ebenso an der Hilfe beteiligt war wie ihr Mann. Offiziell wurde dieses Vorgehen der Gestapo „im Hinblick auf die derzeitigen Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft“<sup>29</sup> begründet. In Anbetracht der schwierigen Ernährungslage schien es wohl nicht opportun, einen Bauernhof brach liegen zu lassen. Oder spielten bei dieser Entscheidung noch andere, geschlechtsspezifische Erwägungen eine Rolle? Darauf scheinen Beate Kosmalas Ausführungen hinzudeuten, wonach die gegen Frauen bzw. verheiratete Frauen sowie Mütter verhängten Strafen meist weniger hart ausfielen als die gegen Männer.<sup>30</sup>

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen scheint die Mehrzahl der Rettungsbemühungen in Deutschland von Einzelpersonen wie Susanne Witte oder Marie List geleistet worden zu sein, die ganz auf sich allein gestellt handelten oder lediglich von Angehörigen unterstützt wurden. Die meisten agierten also isoliert und ohne Kontakte zu Widerstandskreisen, auf deren Unterstützung sie hätten bauen können. Diese Isolation der Helferinnen und Helfer in Deutschland war insgesamt sehr viel größer als in einigen anderen Ländern unter NS-Besatzung, wo man eher damit rechnen konnte, von gleichgesinnten Patrioten unterstützt zu werden oder wenigstens Widerhall und Ermutigung zu finden, weil die Opposition ja immer gegen eine Besetzung, gegen Unterdrückung von außen gerichtet war und somit auch nationalen Interessen diene.

### Hedwig Porschütz

In etlichen Fällen konnten wir jedoch auch Helfernetzwerke rekonstruieren. Wie etwa am Beispiel der Fluchthelferin Luise Meier<sup>31</sup> zu sehen ist, entstanden im Lauf der Zeit kleine Gruppen oder Netzwerke, mit dem Ziel, womöglich

28 Ebenda, Schreiben v. 23. 3. 1942 an die Gestapo Darmstadt. Nach den Ermittlungen des Gendarmerieposten Erbach hatte Heinrich List „innerhalb seines Haushaltes nicht viel zu sagen“, vielmehr habe seine Ehefrau „mehr oder weniger die Oberhand“ gehabt.

29 Ebenda, Staatspolizeistelle Darmstadt, 8. 4. 1942.

30 Vgl. den Beitrag von Beate Kosmala in diesem Band.

31 Vgl. den Beitrag von Kurt Schilde in diesem Band.

mehr als ein Menschenleben zu retten. Hierzu gehört auch der Kreis um Otto Weidt, der in seiner Berliner Besenbinderwerkstatt jüdische Blinde und Taubstumme beschäftigte und sie – u. a. durch Bestechung der Gestapo – zeitweise zu schützen vermochte. Während Weidt selbst inzwischen recht bekannt ist – nicht zuletzt durch die Ausstellung „Blindes Vertrauen“,<sup>32</sup> die sich seit zwei Jahren am authentischen Ort befindet –, wissen doch die wenigsten, daß Weidt verschiedene Helferinnen und Helfer hatte. Unterstützt wurde er u. a. von Inge Held,<sup>33</sup> der Frau eines jüdischen Arztes, der durch die „Mischehe“ geschützt war und einige von Weidts Schützlingen medizinisch behandelte. Inge Held „arisierte“ etwa untergetauchte Jüdinnen, indem sie ihnen nach einem Bombenangriff falsche Papiere als vermeintlich Ausgebombte besorgte. Zum Kreis um Weidt gehörte auch die 40jährige Hedwig Porschütz,<sup>34</sup> deren Mann als Offizier an der Front war und die zeitweise für Weidt als Sekretärin arbeitete. In ihrer kleinen Wohnung am Alexanderplatz, vis-à-vis des Polizeipräsidiums, versteckte sie monatelang vier jüdische Frauen.<sup>35</sup> Als dies wegen der Verhaftung einer im selben Haus untergetauchten Jüdin zu gefährlich wurde, organisierte Hedwig Porschütz Ausweichquartiere und besorgte auch falsche Papiere (u. a. für Inge Deutschkron).

Außerdem gelang es Hedwig Porschütz, für viele Untergetauchte die so dringend benötigten Lebensmittel und -marken zu beschaffen, indem sie gezielt Männerbekanntschaften schloß. Bei dem mutigen Versuch, einem Verhafteten etwas ins Sammellager in der Großen Hamburger Straße zu bringen, wurde die Gestapo auf sie aufmerksam. Inzwischen hatte Hedwig Porschütz die „U-Boote“ aus Sicherheitsgründen bereits anderweitig untergebracht, so daß bei einer Hausdurchsuchung nur die gehorteten Lebensmittel gefunden

32 Siehe die Ausstellungsbroschüre *Blindes Vertrauen. Versteckt am Hackeschen Markt 1941–1943* (Redaktion: Ariane Kwasigroch), Berlin 1999, und die aktuellen Informationen im Internet ([www.blindes-vertrauen.de](http://www.blindes-vertrauen.de)).

33 Die Angaben zu Inge Held beruhen auf einem von Annette Leo geführten Interview von ca. 1983, dessen Protokoll sie mir freundlicherweise zur Verfügung stellte.

34 Akte „Unbesungene Helden“ 245 (im folgenden: UH); Deutschkron, Sie blieben im Schatten, S. 121–123.

35 Dies waren die blinde Marianne Bernstein, die für Weidt Heimarbeit gemacht hatte, und ihre Zwillingsschwester Anneliese sowie Grete Seelig und ihre Nichte Lucie Ballhorn. Letztere wurde eines Tages geschnappt und später in Auschwitz ermordet; die anderen konnten überleben.

wurden. Wegen „Kriegswirtschaftsverbrechen“ wurde sie im September 1944 zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie bis Kriegsende in einem Arbeitslager im Riesengebirge verbüßte, ohne bei den Verhören einen ihrer Schützlinge verraten zu haben.

### Helene Jacobs u. a.

Im Gegensatz zu der Gruppe um Otto Weidt waren andere Helfernetzwerke in kirchliche Zusammenhänge eingebunden. So nutzte etwa Gertrud Luckner<sup>36</sup> die Spielräume aus, welche die Caritas bzw. die katholische Kirche als legale Institution boten, und baute ein weitverzweigtes Netz der „Hilfe von Mensch zu Mensch“ auf. Dies ist um so bemerkenswerter, als die großen Kirchen offiziell in beschämender Weise zur Judenverfolgung schwiegen. Dabei hatte der öffentliche Protest der beiden Konfessionen gegen die „Euthanasie“, d. h. gegen die Ermordung geisteskranker und behinderter Menschen, gezeigt, daß Hitler vor entschiedenem Widerstand durchaus zurückwich.

Als ein Beispiel für Hilfe aus dem Umfeld der Bekennenden Kirche – die im übrigen nicht wie die katholische Kirche durch das Konkordat von 1933 geschützt war – möchte ich abschließend die sogenannte Kaufmann-Gruppe nennen, der auch zahlreiche „nichtarische“ Christen angehörten. Die entscheidenden Impulse zur Hilfe für verfolgte Juden gingen von einer Arbeitsgemeinschaft aus, die sich mit der Theologie Karl Barths beschäftigte und von Pastor Gollwitzer von der Bekennenden Kirche in Berlin-Dahlem initiiert worden war. Schon 1940, als in Stettin die ersten Juden deportiert wurden, bildete sich eine Gruppe von Frauen, die Pakete mit Lebensmitteln und Kleidung nach Polen schickte. Maßgeblich daran beteiligt war Helene Jacobs<sup>37</sup> (1906–1993),

36 Siehe Hans-Josef Wollasch, „Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg“. Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942–1944, Konstanz 1999; Angela Borgstedt, „... zu dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen“. Der Einsatz von Hermann Maas und Gertrud Luckner für verfolgte Juden, in: Michael Kißener (Hrsg.), Widerstand gegen die Judenverfolgung, Konstanz 1996, S. 227–259.

37 Zum Folgenden siehe Helene Jacobs, ... als wenn nichts geschehen wäre, in: Durchkreuzter Haß. Vom Abenteuer des Friedens. Berichte und Selbstdarstellungen, hrsg.



eine damals 34jährige alleinstehende Frau, die 1934 in die Bekennende Kirche eingetreten und die vor dem Krieg lange Jahre bei einem jüdischen Patentanwalt tätig gewesen war, dem sie 1939 zur Emigration verhalf. In der Arbeitsgemeinschaft lernte sie 1940 den Juristen Dr. Franz Kaufmann kennen. 1936 hatte der evangelische Christ aufgrund jüdischer Abstammung seine Stellung als Oberregierungsrat verloren. Angesichts der Deportationen bat er die Arbeitsgemeinschaft im Herbst 1941, Juden zu verstecken. Nur wenige Mitglieder – neben Helene Jacobs waren dies vor allem Hildegard Schaefer, Hildegard Jacoby, Gertrud Staewen und Melanie Steinmetz – waren bereit, das Risiko einzugehen. Die aus dem bürgerlich-protestantischen Milieu stammenden Helferinnen mußten Kontakte zur Unterwelt aufnehmen und mit illegalen Mitteln arbeiten, um die Untergetauchten mit den nötigen Ausweisen und Lebensmitteln versorgen zu können. Der Kreis, der zur Hilfe bereit war, vergrößerte sich, und es kam zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden der Bekennenden Kirche. Helene Jacobs' Wohnung in Wilmersdorf wurde zur Kontaktstelle der Rettungsarbeit. Dort versteckte sie u. a. acht Monate lang den jüdischen Graphiker Cioma Schönhaus, der die Fälscherarbeit für die Gruppe leistete und steckbrieflich gesucht wurde. Etwa 200 Menschen konnten auf diese Weise mit falschen Papieren versorgt werden. Doch aufgrund einer Denunziation wurde Helene Jacobs am 17. August 1943 verhaftet, und zwei Tage später Franz Kaufmann. Da dieser sein Notizbuch mit diversen Namen und Adressen bei sich hatte, wurden 50 Personen verhaftet.

Alle festgenommenen Juden wurden ins KZ deportiert, die Nichtjuden und „Mischlinge“ kamen in Untersuchungshaft. Im Januar 1944 fand vor dem Sondergericht Berlin der Prozeß gegen Helene Jacobs und zehn weitere „arische“ und „halbarische“ Personen statt. Da das Ausmaß der Rettungsbemühungen von Jacobs nicht bekannt geworden war, wurde sie lediglich wegen Übermittlung von Lebensmittelkarten und versuchter Urkundenfälschung angeklagt und zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Charakteristisch ist die Begründung des Gerichts: „Die Angeklagte Jacobs ist ebenso wie die Angeklagte Steinmetz ein Opfer der Ausnutzung ihres auf religiöser Grundlage

v. Rudolf Weckerling, Berlin 1961, S. 61–68; Gerda Szepansky, *Frauen leisten Widerstand 1933–1945. Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten*, Frankfurt a. M. 1985, S. 57–90; Dossier Jacobs, ZfA.

füßenden Mitleids durch Kaufmann sowie der der Rassenfrage verständnislos gegenüberstehenden Einstellung der Bekenntniskirche geworden.“<sup>38</sup>

Indem man Jacobs (und Melanie Steinmetz) rein emotionale Beweggründe unterstellte und sie gemäß der NS-Ideologie zum willigen Werkzeug eines (obendrein „jüdischen“) Verführers machte, wurde ihr eigenständiges, mutiges Handeln bagatellisiert und entpolitisiert.

Melanie Steinmetz und Hildegard Jacoby wurden mit anderthalb Jahren Zuchthaus bestraft; letztere starb am Tag ihrer vorzeitigen Entlassung an den Haftfolgen im Juni 1944. Auch Hildegard Schaefer wurde in diesem Zusammenhang verhaftet und wegen „Judenbegünstigung“ ins KZ Ravensbrück verschleppt; dort erlebte sie die Befreiung. Für Franz Kaufmann, die Zentralfigur des Netzwerkes, wurde „Sonderbehandlung“ angeordnet: Er wurde am 17. Februar 1944 in Sachsenhausen erschossen.

### Hilfe und Rettung – eine „weibliche“ Widerstandsform?

Diese Beispiele mögen genügen, um die vielfältige Beteiligung von Frauen an unterschiedlichen Rettungsaktionen zu skizzieren. Betrachtet man nun die bisher in unserer Datenbank verfügbaren Informationen, so fällt auf, daß knapp zwei Drittel der „Retter“ Frauen waren. Ein Teil (gut 10 %) dieser Frauen war zur Zeit der Rettung alleinstehend, andere lebten – oft auch mit Kindern – auf sich gestellt, weil der Ehemann an der Front war. Die Entscheidung, sich auf das Wagnis der Rettung einzulassen, trafen sie also eigenständig. (Darüber hinaus ging die Hilfeleistung mancher „Retter“ auf die Initiative ihrer Ehefrauen zurück.) Wenn man bedenkt, daß ein großer Teil der männlichen Bevölkerung seit Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen war, erscheint die Tatsache, daß viele der Helfenden Frauen waren, zunächst nicht allzu erstaunlich. Andererseits mußte die Abwesenheit von Männern ja nicht zwangsläufig dazu führen, daß Frauen den als Juden Verfolgten beistanden.

Eine weitere Erklärung für den hohen Frauenanteil sieht die Historikerin Christl Wickert darin, daß die Hilfe mit einem Versteck, mit Verpflegung und

38 Urteilschrift der Hauptverhandlung gegen Dr. Franz Kaufmann u. a. v. 10./11. 1. 1944, Bl. 126 RS f. (Kopie im ZfA).

Betreuung „typische Handlungen familiärer Fürsorge“ seien. „Frauen spielten auch hier ihre Rolle im gewohnten Rahmen“, lautet Wickerts Fazit, auch wenn sie eingesteht, daß die Helferinnen dies „nicht ohne Gefahr für sich selbst“ taten.<sup>39</sup>

Ob als Hausfrau oder – doppelt belastet – als Berufstätige: Frauen hatten in der Tat zwangsläufig mehr Routine in der Organisation des Alltags, d. h. im Beschaffen von Nahrung, Kleidung, Heizmaterial etc. Und aufgrund der Rollenverteilung waren sie z. B. für Lebensmittelüberbringung auch geeigneter als Männer, da dies bei ihnen unverdächtiger war. Allerdings wurde die Bewältigung dieser Aufgaben aufgrund von Rationierungen und immer knapper werdenden Ressourcen stets schwieriger. Beim Besorgen zusätzlicher Lebensmittel – Illegale hatten ja keine Lebensmittelkarten – oder falscher Papiere mußten Frauen also häufig zu Mitteln und Methoden greifen, die, wenn nicht regelrecht kriminell, so doch zumindest ungewohnt waren. Sie mußten etwa auf dem Schwarzmarkt handeln und hohe Preise dafür zahlen, und auch mit anderen Aktionen fielen sie „aus der Rolle“. Wie etwa das Beispiel der Fluchthelferin Luise Meier zeigt, waren Frauen durchaus an Aktionen beteiligt, die besonders riskant waren und großes „logistisches“ Geschick erforderten.<sup>40</sup> Mit der Hilfe für Verfolgte entsprachen Frauen also zwar einerseits der gesellschaftlichen Zuschreibung als beschützend und fürsorglich; angesichts der Risiken, die sie dabei eingingen, und da sie die ihnen Anvertrauten oft kaum kannten, ging die Hilfe weit über das Gewohnte hinaus.

Widerständiges Verhalten in all seinen Facetten kann wohl nur dann angemessen gewürdigt werden, wenn man den sozialen Kontext dieser Frauen und Männer berücksichtigt (was auch am Widerstand von als Juden Verfolgten be-

39 Christl Wickert, Frauen zwischen Dissens und Widerstand, in: Wolfgang Benz/Walter Pehle (Hrsg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt a. M. 1994, S. 141–156, hier: S. 152.

40 Insgesamt sind zwar nur relativ wenige Fälle von Fluchthilfe dokumentiert – in unserer Datenbank sind es derzeit ca. 50 –, doch fällt dabei auf, daß an diesen Aktionen etwa gleich viele Frauen wie Männer beteiligt waren. Vgl. die Erinnerungen von Maria Gräfin von Maltzan, Schlage die Trommel und fürchte dich nicht, Berlin/Frankfurt a. M. 1986. In Zusammenarbeit mit der Schwedischen Kirche in Berlin konnte sie insgesamt 62 Menschen zum Überleben verhelfen, indem sie sie versteckte oder illegal über die Grenze brachte.

sonders evident wird<sup>41</sup>). Die Zuweisung von Frauen zur häuslichen, halböffentlichen Sphäre bewirkte etwa, daß ihr Anteil am „aktiven politischen“ Widerstand (im engeren Sinn) unter 10 % lag, was Stichproben aus den Gestapoakten von Düsseldorf und Essen ergaben, die Christl Wickert durchführte.<sup>42</sup>

Darüber hinaus wurde von Frauen geleisteter Widerstand im nachhinein nicht selten übersehen – dann etwa, wenn die Umstände der Hilfe oder die Wahl ihrer Mittel nicht dem traditionellen Frauenbild entsprachen. So wurde z.B. die Anerkennung von Hedwig Porschütz im Rahmen der Berliner Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ von der zuständigen Behörde 1959 abgelehnt. Als ehemalige Prostituierte habe die Mitarbeiterin von Otto Weidt „ein derartig niedriges sittliches und moralisches Niveau“<sup>43</sup> gezeigt, daß man eine Ehrung für ausgeschlossen halte – dies ungeachtet der Tatsache, daß die von ihr „angeschafften“ Lebensmittel, Papiere etc. den Verfolgten zugute kamen und sie darüber hinaus vier Jüdinnen drei bzw. sechs Monate lang bei sich beherbergt hatte.<sup>44</sup> Bei der Ablehnung berief man sich im übrigen nicht etwa auf Aussagen der Überlebenden, sondern stützte sich einzig und allein auf die NS-Prozeßakte, in der Porschütz als Prostituierte bezeichnet worden war. Obwohl sie zweimal gegen ihre Ablehnung protestierte, revidierte die Behörde ihre Entscheidung nicht.

### Ganz „gewöhnliche“ Deutsche

„Makellose“ Helden waren die „Retter“ im übrigen alle nicht. Sie hatten wie jeder Mensch Fehler und Schwächen und waren meist ganz „gewöhnliche“ Frauen und Männer, die sich in einer konkreten Situation, als sie etwa die Mißhandlung von Juden beobachtet hatten, zu helfen entschlossen; sie

41 Vgl. den Beitrag von Johannes Tuchel in diesem Band sowie Arnold Paucker, Deutsche Juden im Widerstand 1933–1945. Tatsachen und Probleme, Berlin 1999.

42 Wickert, Frauen zwischen Dissens und Widerstand, S. 155; dies. (Hrsg.), Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995 (dies ist eine der wenigen Publikationen zum Thema Widerstand von Frauen in NS-Deutschland).

43 UH 245, o. Pag. (Vermerk v. 12. 2. 1959).

44 Deutschkron, Sie blieben im Schatten, S. 157. Deutschkron ist eine der wenigen, die auf die Hilfe von Prostituierten hinweist.

entsprachen also nicht von vornherein dem Idealtypus einer altruistischen, d. h. selbstlosen Persönlichkeit. Sie kamen aus allen sozialen Schichten und Milieus und halfen aus den unterschiedlichsten Gründen, sei es aufgrund religiöser Überzeugung oder aus politischen Motiven, vor allem aber aus Mitmenschlichkeit. Nicht alle taten dies im übrigen uneigennützig; manche waren auf finanzielle Unterstützung angewiesen, weil sie die Kosten allein nicht aufbringen konnten. Und gelegentlich gibt es auch Hinweise darauf, daß die Notlage und die in jedem Fall bestehende Abhängigkeit der Verfolgten unverblümt ausgenutzt wurde, indem die „Retter“ für ihre Hilfe Gegenleistungen forderten.<sup>45</sup> Auch sexuelle, wovon in erster Linie jüdische Frauen betroffen waren. Eine der wenigen Aussagen zu diesem besonders tabuisierten Thema stammt von Ilse Stillmann, einer jüdischen Kommunistin, die seit Ende Februar 1943 im Berliner Untergrund zu überleben versuchte: „Ich hatte ja Erfahrungen gemacht: Frauen wollten billige Dienstmädchen, und Männer wollten mit einem schlafen.“<sup>46</sup>

Viele der Helferinnen und Helfer empfanden ihr Handeln wie die eingangs zitierte Susanne Witte als selbstverständlich, als ihre menschliche Pflicht. Sie definierten es – der herrschenden Auffassung folgend – nicht als Widerstand, d. h. als unmittelbaren Beitrag zum Sturz des Regimes. Angesichts der Judenvernichtung wurde die Rettung von Menschen aber zur dringlichsten und bedeutendsten Widerstandstätigkeit. Deshalb sollte man aus heutiger Sicht den mutigen Einsatz dieser Frauen und Männer durchaus als widerständiges Verhalten begreifen. Diese Einschätzung trägt auch einem seit den 70er Jahren veränderten Widerstandsbegriff Rechnung, der nicht mehr, wie lange in der Bundesrepublik üblich, nur militärische Aktionen gelten läßt, die auf die Beseitigung des Regimes gerichtet waren. In Anbetracht der Unmöglichkeit, Hitler zu stürzen, war für viele die Hilfe für Juden die einzige Chance, ihre Antinazi-Haltung zum Ausdruck zu bringen. Oder, wie es Leo Baeck, der letzte Präsident der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, formulierte: „Den

45 Über Konflikte erfährt man nur selten etwas; möglicherweise verschwiegen die Überlebenden nach dem Krieg solche Informationen, um nicht ihren „Rettern“ gegenüber als undankbar zu gelten.

46 Wolfgang Herzberg, *Überleben heißt erinnern. Lebensgeschichten deutscher Juden, Berlin/Weimar 1990*, S. 193. Hinweise auch bei Kaplan, *Between Dignity and Despair*, S. 261, Anm. 15.

Juden zu helfen, war manchmal die einzige Art, auf die ein Deutscher den Nazis gegenüber seine Opposition auszudrücken vermochte.“<sup>47</sup>

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß Frauen an diesem „humanitären“ Widerstand<sup>48</sup> in hohem Maß beteiligt waren – nicht weil sie per se hilfsbereitere, „bessere“ Menschen waren, sondern weil sie sich u. a. das vorherrschende Frauenbild, das ihnen Widerstand nicht zutraute, zunutze machten und ihre spezifischen Handlungsspielräume (also z. B. ihre größere Unauffälligkeit) für Verfolgte nutzten. Trotz der besonderen Verantwortung für ihre Familien übernahmen sie das Risiko zur Hilfe und widerlegten so die nachträgliche Schutzbehauptung vieler, daß ein Zuwiderhandeln gegen die mörderische Politik des Regimes nicht möglich gewesen sei.

47 Zit. nach Juliane Wetzel, Hilfe und Solidarität, in: Benz/Pehle (Hrsg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, S. 228–231, hier: S. 228.

48 Ingrid Strobl, Die Angst kam erst danach. Jüdische Frauen im Widerstand 1939–1945, Frankfurt a. M. 1998, S. 13. Auch wenn die Autorin – unter Berufung auf Renée Poznanski – in diesem Kontext über den Widerstand jüdischer Frauen schreibt, ist der Begriff des „humanitären“ Widerstands auch auf nichtjüdische Frauen (und Männer) anwendbar, die versuchten, das Überleben der von der Vernichtung Bedrohten zu ermöglichen. Strobl weist übrigens zu Recht auf die interessante Parallele hin, daß sowohl Frauen als auch Juden eine Beteiligung am „aktiven“ Widerstand gegen die deutsche Besatzung und die „Endlösung“ lange abgesprochen wurde. Während den ermordeten Juden nachträglich vorgeworfen wurde, sie seien „wie die Lämmer zur Schlachtbank“ gegangen, galt für Frauen das Diktum, sie hätten lediglich „passiven“ Widerstand geleistet.



*Margarete Sommer, 1950er Jahre*

---

URSULA BÜTTNER

## Die anderen Christen

Ihr Einsatz für verfolgte Juden und „Nichtarier“  
im nationalsozialistischen Deutschland

Von den 70 „Rettern“, die Manfred Wolfson in seine Untersuchung einbezieht, waren 58 % christlicher Konfession: 33 % Protestanten, 22 % Katholiken und 3 % Angehörige kleiner christlicher Gemeinschaften.<sup>1</sup> Eva Fogelman, die für ihre sozialpsychologische Analyse mehr als 300 Interviews mit „Rettern und

1 Manfred Wolfson, Der Widerstand gegen Hitler. Soziologische Skizze über Retter (Rescuers) von Juden in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15 (1971), 10. 4. 1971, S. 32–39, bes. S. 37; ders., Zum Widerstand gegen Hitler. Umriss eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden, in: Tradition und Neubeginn, Köln 1975, S. 391–407, bes. S. 399.

Retterinnen“ in Europa führte, ordnet 32 % den „moralisch motivierten“ zu; davon hält sie 14 % für „weltanschaulich-moralisch“, 12 % für „religiös“ und 6 % für „emotional“ motiviert.<sup>2</sup> Vor diesem Hintergrund erscheint die Gruppe der Christen in Wolfsons Sample als groß. Er selbst findet es „bemerkenswert, daß bei der Mehrzahl der hier untersuchten Widerstandshandlungen das Diktat des religiösen Gewissens doch eine Rolle spielte, wenn auch die Zahl der Retter mit humanistischen Standorten ebenfalls gewichtig war“.<sup>3</sup> Angesichts der Zugehörigkeit von 94 % der Deutschen zur evangelischen und katholischen Kirche (1939) mögen die von Wolfson ermittelten 55 % jedoch als eher klein erscheinen. Damit ist wiederum schwer vereinbar, daß sich von den 59 von Ute Klingemann und Jürgen Falter befragten deutschen „Rettern“ eine weit über dem Durchschnitt liegende Zahl als „sehr religiös“ bezeichnete.<sup>4</sup> Auch der Sicherheitsdienst der SS (SD) sah in religiöser Bindung ein Hindernis bei dem Versuch, versteckte Juden ausgeliefert zu bekommen: 1943 war er über den möglichen Aufenthalt von Juden in Kirchzarten unterrichtet worden; da der „Gewährsmann“ den Bürgermeister und die Gendarmerie als „konfes-

2 Eva Fogelman, „Wir waren keine Helden“: Lebensretter im Angesicht des Holocaust. Motive, Geschichten, Hintergründe, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 177 (engl.: *Conscience and Courage*, 1994). Fogelman ist Leiterin der 1986 auf Anregung von Rabbiner Harold Schulweis gegründeten „Jewish Foundation for Christian Rescuers“. – Eine niedere Quote von „Judenrettern“ mit religiösen Motiven fanden auch Samuel and Pearl Oliner bei ihrem Sample von 150 Befragten in Deutschland und von deutschen Truppen besetzten Ländern Europas: 15 % bezeichneten sich selbst als religiös, 25 % wurden von den Geretteten so beschrieben. Religiosität als solche halten Oliners für keine ausreichende Erklärung, da diesbezügliche Fragen bei „Rettern“ und „Nichtrettern“ zu gleichen Ergebnissen führten. Nur wenn Religion als ethische Forderung begriffen wurde, wirkte sie als ein starkes Motiv. Samuel and Pearl Oliner, *Rescuer of Jews During the Holocaust: Justice, Care and Religion*, in: Yehuda Bauer u. a. (Hrsg.), *Jews and Christians During and After the Holocaust* (= *Remembering for the Future*, Bd. 1), Oxford 1989, S. 506–516.

3 Wolfson, *Widerstand gegen Hitler*, S. 405.

4 Ute Klingemann/Jürgen W. Falter, *Hilfe für Juden während des Holocaust. Sozialpsychologische Merkmale der nichtjüdischen Helfer und Charakteristika der Situation*, in: Günther B. Ginzel (Hrsg.), *Mut zur Menschlichkeit. Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit*, Köln 1993, S. 124. Die Bedeutung religiöser Motive betont auch Paldiel, seine Beispiele betreffen aber nichtdeutsche „Retter“: Mordecai Paldiel, *Es gab auch Gerechte. Retter und Rettung jüdischen Lebens im deutschbesetzten Europa 1939–1945*, Konstanz 1999, S. 97 f.



sionell äußerst gebunden“ beschrieb, ließ der SS-Offizier den Gedanken fallen, von ihnen Genaueres zu erfahren.<sup>5</sup> Die Hinweise auf die Relevanz religiöser Motive bei der Rettung von Juden widersprechen sich und machen eine eindeutige Aussage bisher unmöglich.

Das liegt vor allem daran, daß es zwar eine Anzahl verdienstvoller Sammlungen von Einzelfällen, interessante Erinnerungsberichte, sozialstatistische und sozialpsychologische Aufbereitungen<sup>6</sup> des Materials, aber keine systematische historische Forschung über christlich motivierte „Judenretter“ gibt. Ich sehe dafür einen moralischen und einen wissenschaftlichen Grund: 1. Da die Kirchen in ihrem Hirtenamt gegenüber den Verfolgten und in ihrem Wächteramt gegenüber den Verfolgern versagten, konnte eine Untersuchung über die, die anders dachten und handelten, als Apologie erscheinen. Erst mußten die Versäumnisse der Kirchen angesichts der Judenverfolgung aufgearbeitet werden, um eine solche Mißdeutung zu verhindern. 2. Das Ziel der Geschichtsschreibung ist es im allgemeinen, die vorherrschenden Entwicklungen, die generellen Trends in Staat und Gesellschaft darzustellen. Die Menschen, die Juden halfen, sie vielleicht sogar unter Lebensgefahr zu retten versuchten, sind seltene Ausnahmen, Einzelfälle, die sich jeder Generalisierung und, wie ich fürchte, auch jeder Typisierung entziehen. Angesichts dieser Forschungslage kann ich in meinem Beitrag nicht mehr versuchen, als anhand der verstreuten Hinweise in Arbeiten mit anderer Thematik und Zielsetzung einige Fragen, Hypothesen und Aufgaben zu skizzieren.

Retter und Retterinnen von Juden und durch die NS-Gesetzgebung zu „Juden“ erklärten Menschen waren in ihren Kirchen Ausnahmen. Ein – notge-

5 Hans-Josef Wollasch, „Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg“: Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942–1944, Konstanz 1999, S. 149.

6 Neben den in Anm. 1, 2 und 4 genannten Untersuchungen insbesondere: Samuel P. Oliner/Pearl M. Oliner, *The Altruistic Personality. Rescuers of Jews in Nazi Europe*, New York 1988; als neuester Beitrag Samuel P. Oliner, *Heroic Altruism: Heroic and Moral Behaviour in a Variety of Settings*, in: John K. Roth/Elisabeth Maxwell (Hrsg.), *Remembering for the Future. The Holocaust in an Age of Genocide*, Bd. 2: *Ethics and Religion*, Houndmills/New York 2001, S. 319–333 (dort weitere Literatur). Um eine sozialpsychologische Kategorisierung bemüht sich auch: Douglas K. Huneke, *Glimpses of Light in a Vast Darkness: A Study of the Moral and Spiritual Development of Nazi Era Rescuers*, in: Bauer (Hrsg.), *Jews and Christians*, S. 486–493.

drungen sehr verkürzter – Überblick über das Verhalten der Kirchen zur nationalsozialistischen Judenpolitik soll das zeigen: In der evangelischen Kirche<sup>7</sup> mit ihren 28 Landeskirchen waren die Verhältnisse außerordentlich kompliziert. Außer in den drei großen lutherischen Kirchen: Bayern, Hannover und Württemberg gewannen die Deutschen Christen mit massiver Hilfe der NSDAP bei den Kirchenwahlen im Juli 1933 die Mehrheit in den Leitungsgremien. Gegen die theologischen und kirchenpolitischen Zumutungen der Deutschen Christen formierte sich die Bekennende Kirche als *innerkirchliche* Opposition mit eigener Leitungsstruktur. Auch in den „zerstörten“, deutschchristlich beherrschten Landeskirchen gab es Gemeinden, deren Pastoren und Vorstände geschlossen oder teilweise zur Bekennenden Kirche hielten. Beide kirchlichen Richtungen waren außerdem in zwei mehr oder weniger radikale Flügel gespalten. Die Deutschen Christen erstrebten die „rassereine“, deutschvölkische Kirche. Sie wollten die „Juden“, d. h. ihre Mitchristen jüdischer Herkunft, aus der evangelischen Kirche ausschließen und in eine besondere „judenchristliche“ Kirche verbannen. Auf die antijüdischen Gesetze und Maßnahmen des Staates reagierten sie mit entsprechenden kirchlichen Anordnungen, so im Herbst 1933 mit der Einführung des „Arierparagraphen“ für kirchliche Bedienstete, Anfang 1939 – nach der Pogromnacht – mit dem Verbot von Amtshandlungen an „Juden“, im Dezember 1941 – nach der Einführung des „Judensterns“ und dem Beginn der Deportationen – mit dem Kirchenausschluß der Gebrandmarkten. Die Bekennende Kirche lehnte die Benachteiligung der aus dem Judentum stammenden Christen in der Kirche als häretisch ab. Aber sie wehrte sich nur gegen ihre Diskriminierung im Bereich der Kirche: Gegen die Entrechtung der Juden in Staat und Gesellschaft aufzutreten, glaubte sie sich nicht berufen. Nur einmal, 1936, verurteilte die Leitung der Bekennenden Kirche in einer Denkschrift die Vergötzung von „Blut, Volkstum, Rasse und Ehre“ sowie den staatlich verordneten Judenhaß. Sonst traten immer nur einzelne Pastoren und Laien für die

7 Ursula Büttner, „Die Judenfrage wird zur Christenfrage.“ Die deutsche evangelische Kirche und die Judenverfolgung im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 581–596; Wolfgang Gerlach, Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1987; Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977; Martin Greschat, Die Haltung der deutschen evangelischen Kirchen zur Verfolgung der Juden im Dritten Reich, in: Ursula Büttner, (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 273–292.

jüdische Bevölkerung ein. Erst als der Massenmord weit fortgeschritten war, mahnten 1943 Bekenntnissynoden und einzelne Kirchenführer der „Mitte“, das Lebensrecht der Juden zu achten. Eine zentrale Hilfsstelle für die aus russischen Gründen verfolgte evangelischen Christen errichtete die Bekennende Kirche erst im Frühsommer 1938: das „Büro Heinrich Grüber“ in Berlin mit Nebenstellen in 24 deutschen Orten. (Darüber wird noch näher berichtet.) Es konnte zwei Jahre lang mit staatlicher Duldung wirken.

Die Verhältnisse in der katholischen Kirche waren sehr viel übersichtlicher.<sup>8</sup> Nur für wenige der bedeutenden Bischöfe liegen bisher allerdings Einzelstudien vor, die Unterschiede in ihrer Haltung zu den Verfolgten erkennen lassen. Wie in der evangelischen Kirche war auch in der katholischen neben den alten religiösen Vorurteilen gegen die Juden der moderne politische und soziokulturelle Antisemitismus verbreitet. Der rassistischen Begründung der Judenfeindschaft allerdings widersetzten sich die Bischöfe. Ein Streit um die Einführung des „Arierparagraphen“ in der Kirche blieb den Katholiken deshalb erspart. Daß die von Juden abstammenden Kirchenmitglieder Anspruch auf Hilfe hatten, wurde offenbar nicht in Frage gestellt, auch wenn es Gefühle der Fremdheit gab. Schon 1933/34 nahmen sich die Caritas und der St. Raphaelsverein, der seit 1871 katholische Auswanderer betreute, dieser besonderen Aufgabe an. Gegen die Ursache der Not, die Judenverfolgung, erhob der deutsche Episkopat jedoch öffentlich genauso wenig die Stimme wie evangelische Kirchenführer. Auch er überließ den Protest gegen den antijüdischen Terror einzelnen mutigen Pfarrern wie dem Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg und rief erst im Sommer 1943 in einem Hirtenbrief das Tötungsverbot ins Gedächtnis.

Auch die Freikirchen in Deutschland gaben die Juden preis, um sich mit dem Nationalsozialismus zu arrangieren.<sup>9</sup> Nur die kleine pazifistische Ge-

8 Klaus Gotto/Konrad Repgen (Hrsg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, Mainz 3 1990; Heinz Hürten, *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn 1992; Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*; Bernd Nellessen, *Die schweigende Kirche. Katholiken und Judenverfolgung*, in: Büttner, *Die Deutschen und die Judenverfolgung*, S. 259–271.

9 Über antisemitische Vorurteile, eine verbreitete theologisch und sozio-kulturell begründete Distanz zum Judentum und frühe Bemühungen, die wenigen aus dem Judentum stammenden Kirchenmitglieder auszugrenzen, berichten: Karl Zehrer, *Evangelische Freikirchen und das „Dritte Reich“*, Göttingen 1986; Andrea Strübind, *Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im „Dritten Reich“*, Neukirchen-Vluyn 1991, S. 257–268.

meinschaft der Quäker, die in der NS-Zeit nie mehr als 200 deutsche Mitglieder zählte, stand den Verfolgten von Anfang an unbeirrt bei.<sup>10</sup> Sie fragte dabei nicht nach der Konfession, sondern nur nach der Dringlichkeit der Hilfe.

Die Retter und Retterinnen von Juden waren Ausnahmen, Einzelfälle, die der Historiker, wie Wolfgang Benz erklärt hat, „redlicherweise“ durch die Erzählung der einzelnen Geschichten auch als solche behandeln sollte.<sup>11</sup> Da Wissenschaft aber zur Ordnung, Kategorisierung drängt, will ich doch versuchen, einige Gruppen zu bilden. Dabei beschränke ich mich nicht wie Yad Vashem und Wolfson auf Rettungstaten, die ein großes persönliches Risiko bedeuteten, hauptsächlich: Fluchthilfe, Verstecken, Beschaffung falscher Papiere und Versorgung im Untergrund,<sup>12</sup> sondern beziehe weniger riskante Hilfen mit ein, da die Übergänge fließend waren und Zeichen der Solidarität Überlebensmut geben konnten. Der Nachteil einer solchen systematischen Betrachtungsweise ist allerdings, daß von den einzelnen evangelischen und katholischen Helferinnen und Helfern, die in Erinnerungen und Zeitzeugenberichten auftauchen,<sup>13</sup> viele zwangsläufig unsichtbar bleiben müssen.

#### 1. Christen, die Juden (im Sinne der „Nürnberger Gesetze“) von Berufs oder Amts wegen halfen und ihre Unterstützung nach dem Verbot dieser Tätigkeit fortsetzten.

Auf eine verhältnismäßig gut ausgebaute Hilfsorganisation konnten die Katholiken jüdischer Herkunft zurückgreifen.<sup>14</sup> Seit 1871 unterstützte der St. Rapha-

<sup>10</sup> Hans A. Schmitt, *Quakers and Nazis. Inner Light in Outer Darkness*, Columbia/London 1997.

<sup>11</sup> Wolfgang Benz, *Juden im Untergrund. Vom Überleben in den Jahren 1943 bis 1945*, in: Ginzler, *Mut zur Menschlichkeit*, S. 7–18, bes. S. 7.

<sup>12</sup> Paldiel, *Es gab auch Gerechte*, S. 13; Moshe Bejski, *The „Righteous among the Nations“ and their Part in the Rescue of Jews*, in: Michael R. Marrus (Hrsg.), *Public Opinion and Relation to the Jews in Nazi Europe*, Westport/London 1989, S. 453; Wolfson, *Widerstand gegen Hitler*, S. 34.

<sup>13</sup> Z. B. bei: Günther B. Ginzler (Hrsg.), „... das durfte keiner wissen!“ *Hilfe für Verfolgte im Rheinland von 1933 bis 1945. Gespräche – Dokumente – Texte*, Köln 1995.

<sup>14</sup> Lutz-Eugen Reutter, *Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich*, Hamburg/Recklinghausen 1971.

elsverein katholische Auswanderer. Neben der Zentrale in Hamburg und Zweigstellen in Bremen und Freiburg unterhielt er 70 Beratungsstellen in Deutschland und den Grenzgebieten. Er war als gemeinnützig anerkannt und erhielt, auch in der NS-Zeit, staatliche Zuschüsse. Sein Präsident war seit 1921 Bischof Wilhelm Berning von Osnabrück, der enge Beziehungen zum Vatikan unterhielt und sie in der NS-Zeit zugunsten der katholischen Flüchtlinge aus Deutschland nutzte. Zum Generalsekretär wurde 1931 Pater Max Joseph Größer ernannt. 1933 trat er selbst an die Spitze eines „Sonderhilfswerks“ des Vereins für die „nichtarischen“ katholischen Auswanderer, weil leitende Kollegen sich aus Furcht vor Nachteilen für ihre übrige Arbeit der weiteren Betreuung der „Juden“ widersetzt hatten. Mit aller Kraft suchte er bis zu seinem plötzlichen Tod im März 1940 Emigrationsmöglichkeiten für diese verfolgten Katholiken zu finden. Mehr als 10 000 Menschen verhalf der St. Raphaelsverein von 1934 bis 1939 zur Auswanderung; die meisten flohen vor rassistischer Verfolgung. Als der Staat 1941 von der Vertreibung zur Deportation der Jüdinnen und Juden übergang, wurde der Verein am 25. Juni verboten.

Für die in Deutschland bleibenden „nichtarischen“ Katholiken war seit April 1934 das Caritas-Notwerk in Berlin zuständig. Die Gründung ging auf einen Beschluß der Deutschen Bischofskonferenz vom 30. August 1933 zurück, ein Hilfswerk für verfolgte Katholiken zu errichten. Schirmherr war Bischof Nikolaus Bares, Geschäftsführer Dr. Heinrich Krone, ehemals Reichstagsabgeordneter des Zentrums und Vorstandsmitglied des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus. Um die staatliche Förderung und Anerkennung nicht zu verlieren, gab die Caritas die „Nichtarier“-Betreuung im Frühjahr 1938 offiziell auf. Als Ersatz entstand Ende August eine unmittelbar der Kirche unterstehende und daher durch das Konkordat von 1933 besser geschützte Einrichtung: das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin, geleitet zuerst von Propst Lichtenberg und nach seiner Verhaftung am 23. Oktober 1941 von Bischof Konrad Graf Preysing selbst. Die Geschäftsführung lag in wechselnden Händen, in der schwersten Zeit seit dem Sommer 1941 in denen von Dr. Margarete Sommer.<sup>15</sup> Das Hilfswerk konnte, dank des bischöflichen Schutzes, als einziges bis zum

<sup>15</sup> Wolfgang Knauff, Einsatz für verfolgte Juden 1938–1945. Das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin, in: Stimmen der Zeit 206 (1988), S. 591–603; ders., Unter Einsatz des Lebens. Das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin für katholische „Nichtarier“ 1938–1945, Berlin 1988; Michael Phayer/Margarete Som-

Ende des Krieges seine Arbeit fortsetzen. Im ersten Jahr stand die Auswanderungshilfe stark im Vordergrund, später war es, teilweise im Rahmen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, für die fürsorgliche Betreuung, den Schulunterricht und die seelsorgerliche Begleitung der „judenchristlichen“ Katholiken zuständig.<sup>16</sup> Die sechs hauptamtlichen und zehn ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit Ausnahme der Leiterin alle selbst „nichtarisch“, erlebten das Elend in den letzten Stunden vor der Deportation. So kam es, daß sie Schützlingen, die untertauchten, mit Adressen, Lebensmitteln und Geld weiterhalfen, sie z. B. als Pflegerinnen zu katholischen Patienten vermittelten. Margarete Sommer faßte die vielen Hinweise auf die Ermordung der Verschleppten 1942 in zwei geheimen Denkschriften für den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, und den Vatikan zusammen. Mit Erfolg drängte sie die Bischöfe, sich schützend vor die „Mischehen“ zu stellen. Anfang März 1943 gelang es ihr, Bertram zu einem entschiedenen Einspruch gegen die Verhaftung von „Mischehe“-Juden bei der Berliner „Fabrikaktion“ zu bewegen. Diese Intervention des sonst so überaus vorsichtigen Kardinals trug mindestens ebenso dazu bei, daß die Machthaber zurückwichen, wie die heute viel beachteten und in ihrer Wirkung vielleicht überschätzten De-

mer, *Berlin Catholics and Germany's Jews 1939–1945*, in: Bauer (Hrsg.), *Jews and Christians*, S. 112–120; ders., *The Catholic Resistance Circle in Berlin and German Bishops during the Holocaust*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 7 (1993), S. 216–229; Brigitte Oleschinski, „... daß das Menschen waren, nicht Steine“. Hilfsnetze katholischer Frauen für verfolgte Juden im Dritten Reich, in: *Zeitgeschichte* 17 (1990), S. 395–416; Antonia Leugers, *Widerstand oder pastorale Fürsorge katholischer Frauen im Dritten Reich? Das Beispiel Dr. Margarete Sommer (1893–1965)*, in: Irmtraud Götz von Olenhusen u. a., *Frauen unter dem Patriarchat der Kirche. Katholikinnen und Protestantinnen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1995, S. 161–188; Ursula Pruß, *Margarete Sommer (1893–1965)*, in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem Deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 8, Mainz 1997, S. 95–106; Heinrich Herzberg, *Dienst am Höheren Gesetz. Dr. Margarete Sommer und das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“*, Berlin 2000.

<sup>16</sup> Das Hilfswerk beschränkte sich nicht auf „nichtarische“ Katholiken, sondern trat immer und nach dem Verbot der anderen Hilfsorganisationen noch verstärkt auch für die übrigen „Nichtarier“ ein. Nach einer statistischen Übersicht von Margarete Sommer waren die Betreuten 1939/40 etwa zur Hälfte nichtchristliche Juden: Phayer, *Margarete Sommer*, S. 114.

monstrationen der Angehörigen in der Rosenstraße.<sup>17</sup> Margarete Sommers Forderung nach einem *öffentlichen* Protest des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gegen die Vernichtung der Juden war dagegen vergeblich.

Ähnlich wie Margarete Sommer kam auch Gertrud Luckner durch ihre ursprünglich legale Berufsarbeit dazu, katholischen „Nichtariern“ und Juden am Ende illegal zu helfen.<sup>18</sup> Die in England geborene und zeitweise aufgewachsene promovierte Volkswirtin war seit dem 1. Dezember 1938 bei der deutschen Caritas-Zentrale in Freiburg angestellt und dort u. a. mit der Betreuung der „nicht-arisches“ Katholiken beauftragt. Als Mitglied der deutschen Quäker-Vereinigung und des Friedensbundes Deutscher Katholiken hatte sie Kontakte nach England, in die Schweiz und ins Elsaß, die sie seit 1933 nutzte, um befreundeten Juden zur Emigration zu verhelfen. Als Juden im Dezember 1938 vom „kleinen Grenzverkehr“ mit der Schweiz ausgeschlossen wurden, brachte sie einige über die „grüne Grenze“ in Sicherheit. Nach dem Beginn der Deportationen reiste sie unermüdlich in Deutschland umher, um Geld für Notleidende und Deportierte zu überbringen, Informationen zu sammeln und weiterzugeben und Ausschau nach illegalen Quartieren und Fluchtwegen zu halten. Das Netz von Gertrud Luckners Helfern erstreckte sich über das ganze Reich bis nach Wien; getragen wurde es hauptsächlich von Mitarbeitern/innen der Caritas und des Berliner Bischöflichen Hilfswerks sowie ihnen nahestehenden Ordensleuten. Mehrere Menschen verdankten ihm ihr Entkommen. Gertrud Luckners rastlose Reisen endeten am 24. März 1943 mit ihrer Verhaftung.

Vorsichtiger ging die bischöfliche Beauftragte für die katholischen „Nicht-ariern“ in Oberschlesien, Gabriele Gräfin Magnis, zu Werke.<sup>19</sup> Aber auch sie

17 Vgl. Nathan Stoltzfus, *Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße 1943*, München 1999.

18 Thomas Schnabel, Gertrud Luckner. Mitarbeiterin der Caritas in Freiburg, in: Michael Bosch/Wolfgang Niess (Hrsg.), *Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945*, Stuttgart u. a. 1984, S. 117–128; Angela Borgstedt, „... zu dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen“. Der Einsatz von Hermann Maas und Gertrud Luckner für verfolgte Juden, in: Michael Kießner (Hrsg.), *Widerstand gegen die Judenverfolgung*, Konstanz 1996, S. 227–259 (dort auf S. 227 f. auch weitere Literaturangaben); Wollasch, „Betrifft: Nachrichtenzentrale“.

19 Jana Leichsenring, Gabriele Gräfin Magnis, Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams für die Betreuung der katholischen „Nicht-ariern“ Oberschlesiens. Auftrag – Grenzüberschreitung – Widerstand?, Stuttgart 2000.

brachte schließlich ein jüdisches Kleinkind, das die versteckt lebenden Eltern nicht bei sich behalten konnten, selbst nach Wien, wo es von einer Vertrauensperson als angebliches Findelkind an einer Klosterpforte abgelegt wurde und bei den Schwestern den Krieg überlebte.

In diese Kategorie von Helfern gehören ferner die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einiger konfessioneller – katholischer wie evangelischer – Heime und Krankenhäuser, die sich durch die Politik des Staates nicht hindern ließen, weiter für die ihnen anvertrauten Menschen zu sorgen, wie es ihnen ihr Berufsethos und ihr Glaube geboten. Zwei Beispiele seien hier genannt: Der Chefarzt eines katholischen Hospitals in Gelsenkirchen, Dr. Rudolf Bertram, verweigerte 1944 der Gestapo sieben Monate lang die Auslieferung von 17 bombenverletzten jüdischen Zwangsarbeiterinnen, bis durch die Besetzung der Stadt die Gefahr für sie gebannt war. Einige Frauen ließ er unmittelbar vor dem Zugriff der Häscher in seinem Krankenhaus verschwinden und behauptete, sie seien geflohen.<sup>20</sup> Im evangelischen „Godesheim“, einem großen Waisenhaus bei Bonn, konnten mehrere „nichtarische“ Jugendliche relativ unbehelligt heranwachsen und ihre Berufsausbildung beginnen, weil der Leiter, Ernst Horn, mit allen Mitteln und mit Erfolg ihre wahre Abstammung verschleierte.<sup>21</sup>

Auf evangelischer Seite bemühte sich das „Büro Heinrich Grüber“ in ähnlicher Weise wie die katholischen Stellen um die „nichtarischen“ Kirchenmitglieder.<sup>22</sup> Es wurde jedoch erst im Frühsommer 1938 auf Betreiben einiger führender Pastoren der Bekennenden Kirche errichtet, genoß nie eine vergleichbare Unterstützung kirchenleitender Instanzen und war nicht staatlich anerkannt, sondern nur, solange die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung forciert werden sollte, als nützlich geduldet. Grüber teilte die in seiner Kirche verbreiteten Vorurteile gegen Juden. Wegen seines Organisationstalents, seiner guten Verbindungen nach Holland und zur Ökumene und seines starken persönlichen Engagements für die Notleidenden war er für seine Aufgabe trotzdem der richtige Mann. Neben der Zentrale in Berlin entstanden

20 Herbert Straeten, *Andere Deutsche unter Hitler. Zeitberichte über Retter vor dem Holocaust*, Mainz 1997, S. 55–61.

21 Sigrid Lekebusch, *Not und Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland 1933–1945. Darstellung und Dokumentation*, Köln 1996, S. 152–160.

22 Hartmut Ludwig, „So gehe hin und tue desgleichen!“ Zur Geschichte des „Büros Pfarrer Grüber“ 1938–1940, in: Jörg Hildebrandt (Hrsg.), *Bevollmächtigt zum*



Außenstellen in 24 Orten, deren Vertrauensleute ebenso aufopfernd für die „Nichtarier“ arbeiteten, darunter die Quäkerin Margarete Lachmund in Anklam, Pfarrer Hermann Maas in Heidelberg und Vikarin Katharina Staritz in Breslau. Sie mußte im KZ Ravensbrück dafür büßen, daß sie im Rahmen der ihr aufgetragenen Fürsorge für die evangelischen „Nichtarier“ die Gemeinden in einem Rundschreiben um liebevollen Umgang mit den „Sternträgern“ gebeten hatte.<sup>23</sup> 1700 bis 2000 Verfolgten konnte das „Büro Grüber“ den Weg ins Ausland bahnen, im übrigen durch Beratung, kleine finanzielle Zuwendungen, Stellenvermittlung, eine „Familienschule“ für betroffene Kinder und Seelsorge helfen. Am 19. Dezember 1940 wurde Grüber wegen „Überschreitung seiner Kompetenzen“, so die offizielle Begründung, verhaftet und ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Nach der Verhaftung auch seines Vertreters Werner Sylten am 23. Februar 1941 wurde das Büro aufgelöst. Von den überwiegend „nicht-arischen“ Mitarbeitern konnten noch einige ins Ausland entkommen, andere fielen dem Judenmord zum Opfer; Sylten wurde in Dachau umgebracht. Freunde des „Büros Grüber“ setzten die Arbeit illegal fort, in Berlin: Franz Kaufmann, Bolette Burckhardt, Helene Jacobs, Gertrud Staewen, Agnes und Ruth Wendland sowie die Pastoren Theodor Burckhardt, Wilhelm Jannasch,

Brückenbau. Heinrich Grüber: Judenfreund und Trümmerpropst. Erinnerungen, Predigten, Berichte, Briefe, Leipzig 1991, S. 11-40; Heinrich Grüber, An der Stechbahn. Erlebnisse und Berichte aus dem Büro Grüber in den Jahren der Verfolgung. Eine Niederschrift aus dem Jahr 1951, in: Hildebrandt (Hrsg.), Bevollmächtigt zum Brückenbau, S. 41-75; Hartmut Ludwig, Zur Geschichte des „Büros Pfarrer Grüber“, in: Günter Wirth (Hrsg.), Beiträge zur Berliner Kirchengeschichte, Berlin 1987, S. 305-326; Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 2/2, Stuttgart 1992, S. 258-276; Bd. 3/1, Stuttgart 1995, S. 93-107, 121-133, 155-159, 226-252; Bd. 3/2, Stuttgart 1995, S. 294-330. Zu den regionalen Hilfsstellen: Hartmut Ludwig, Als Zivilcourage selten war. Die evangelische Hilfsstelle „Büro Pfarrer Grüber“, ihre Mitarbeiter und Helfer im Rheinland 1938 bis 1940, in: Ginzler, Mut zur Menschlichkeit, S. 29-54; Helmut Baier, Kirche in Not. Die bayerische Landeskirche im Zweiten Weltkrieg, Neustadt a. d. Aisch 1979, S. 227-230; Gerhard Schäfer, Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945. Eine Dokumentation, Stuttgart 1968, S. 149.

23 Hannelore Erhart/Ilse Meseberg-Haubold/Dietgard Meyer, Katharina Staritz 1903-1953. Dokumentation, Bd. 1: 1903-1942. Mit einem Exkurs: Elisabeth Schmitz, Neukirchen-Vluyn 1999, S. 273-385 (mit interessanten Dokumenten auch zur Arbeit des Büros Grüber in Berlin und Hamburg).

Karl-Anton Keßler und Eitel-Friedrich von Rabenau, in Heidelberg ein Kreis um Hermann Maas mit Marie Baum, Marie Clauss, Hans Huber, Marianne Weber und den Quäkern Eva und Carl Hermann. Auch Katharina Staritz hat möglicherweise bei der Unterbringung von Flüchtlingen in schlesischen Pfarrhäusern mitgewirkt.<sup>24</sup>

## 2. Christen, die sich Menschen jüdischer Herkunft aus theologischer Überzeugung verbunden fühlten und deshalb für sie eintraten.

Mit Hermann Maas ist ein Mann genannt worden, den nicht an erster Stelle Mitleid mit der Not der „nichtarischen“ Glaubensgeschwister zur Hilfe drängte, sondern der sich als Christ und Theologe dem Judentum tief verbunden und zum Schutz *aller* Juden aufgerufen fühlte.<sup>25</sup> Der badische Pfarrerssohn war von Kindheit an mit Juden befreundet gewesen. Kirchlich und politisch war er liberal eingestellt, stark an sozialen Fragen und der Friedensarbeit der jungen ökumenischen Bewegung interessiert. Seit der – ursprünglich zufälligen – Teilnahme am Baseler Zionistenkongreß von 1903 empfand er sich als „christlichen Zionisten“ im Sinne Martin Bubers, mit dem ihn bald eine lebenslange Freundschaft verband. In einem Arbeitspapier für einen Studienausschuß der Bekennenden Kirche mit dem Titel: „Das Volk und die Völker“ betonte er 1936 die unverbrüchliche Treue Gottes zu seinem Volk Israel und die Schutzverpflichtung, die sich daraus für die Kirche ergebe – in einer Zeit, da die Lehre von der Ablösung des Alten Bundes durch den Neuen mit den Christen noch unhinterfragt in Geltung war, eine ganz ungewöhnliche Position. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ brachte er an der Tür seines Pfarrhauses eine Mesusah an zum Zeichen, daß es auch weiterhin für Juden offen stehe. Maas nutzte seine ökumenischen Verbindungen, um 1935 einen Protest

<sup>24</sup> Ebenda, S. 327 f.

<sup>25</sup> Werner Keller (Bearb.), Redet mit Jerusalem freundlich. Zeugnisse von und über Hermann Maas, Karlsruhe 1986; Eckhart Marggraf, Hermann Maas. Evangelischer Pfarrer und „stadtbekannter Judenfreund“, in: Bosch/Niess (Hrsg.), Widerstand im Südwesten, S. 71–82; Röhm/Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 2/1, S. 127–135; Borgstedt, „... zu dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen“, S. 227–259.

des „Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“ gegen die Judenverfolgung in Deutschland und 1936 den Aufbau eines „Internationalen Christlichen Hilfskomitees für deutsche Flüchtlinge“ zu erreichen. Auch an der Vorarbeit für das „Büro Grüber“ war er maßgeblich beteiligt. Unermüdlich versuchte er, über seine Beziehungen zu führenden Kirchenleuten in Genf, Zürich, London und Paris Auswanderungsmöglichkeiten zu erschließen. Die Deportation der Badener Juden nach Gurs am 22. Oktober 1940 machte diese Bemühungen zunichte. Nun blieb Maas und seinen Helfern nur noch, einige wenige durch fingierte Darmerkrankungen vor dem Abtransport zu bewahren, den Deportierten durch Briefe und Päckchen das Leben ein wenig zu erleichtern und einigen „Untergetauchten“ beizustehen. Einer disziplinarischen Amtsenthebung entging der 66jährige „Judenfreund“ 1943 dadurch, daß er sich freiwillig in den Ruhestand versetzen ließ. 1944 mußte er noch Zwangsarbeit bei der Organisation Todt in Frankreich leisten.

Dietrich Bonhoeffer begann 1933 mit dem Kampf gegen den „Arierparagraphen“ in der Kirche. Die Entrechtung der Christen jüdischer Herkunft in Kirche, Staat und Gesellschaft erlebte er an seinem Schwager Gerhard Leibholz und an seinem Freund Franz Hildebrandt aus nächster Nähe. Diese Erfahrungen und neue theologische Einsichten brachten ihn bald dazu, die traditionelle Distanz zum Judentum zu überwinden und den Einsatz der Kirche für *alle* verfolgten Juden zu fordern.<sup>26</sup> Als Auslandspastor in London (Oktober 1933 bis April 1935) machte er die Hilfe für deutsche Emigranten zu seiner zentralen Aufgabe. Die Verbrechen an den Juden wurden für ihn schließlich zu einem wichtigen Motiv, sich dem aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus anzuschließen. Die Zusammenarbeit mit den Hitlergegnern in der Abwehr ermöglichte Bonhoeffer nicht nur, auf Auslandsreisen mit Kirchenvertretern Informationen über die Judenverfolgung auszutauschen, sondern auch, die Grüber-Mitarbeiterin Charlotte Friedenthal und zwölf weitere Verfolgte im September 1942 durch die von seinem Schwager Hans von Dohnanyi organisierte Fluchthilfeaktion „U 7“ in die Schweiz zu bringen.<sup>27</sup>

26 Christine-Ruth Müller, Dietrich Bonhoeffers Kampf gegen die nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung der Juden, München 1990.

27 Winfried Meyer, Unternehmen Sieben. Eine Rettungsaktion für vom Holocaust Bedrohte aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1993.

Auch Hermann Diem gelangte als Hauptverfasser des sog. „Münchener Laienbriefes“ von Ostern 1943 aufgrund einer gründlichen *theologischen* Argumentation zu der Forderung, die Kirche müsse durch ihre Bischöfe *öffentlich* gegen den Judenmord Zeugnis ablegen.<sup>28</sup> Er selbst und die von ihm gegründete „Kirchlich-theologische Sozietät“ hatten an dem „Netz“ württembergischer Pastoren zur Rettung von Juden einen wesentlichen Anteil.<sup>29</sup> Welche Rolle ihre besondere Theologie bei diesem Engagement spielte, muß noch näher untersucht werden.

### 3. Christen, die von der Kirche öffentlichen Protest und ethisches Handeln zum Schutz der Verfolgten verlangten und ihre Forderung im persönlichen Leben zu verwirklichen suchten.

Besonders zu Beginn der Judenverfolgung erhielten Repräsentanten der noch nicht gleichgeschalteten evangelischen Kirche relativ oft Schreiben von Gläubigen, die ihrer Empörung Ausdruck gaben und – vergeblich – eine deutliche Verurteilung des Unrechts verlangten. Inwieweit diese Menschen, darunter auch in der Öffentlichkeit bekannte Protestantinnen und Protestanten, später ihr persönliches Handeln durch diese Erfahrung bestimmen ließen, bedarf noch näherer Klärung. Zu denen, die die evangelische Kirche von Beginn an drängten, den verfolgten Jüdinnen und Juden beizustehen, gehörte der Gründer und Leiter der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost, Friedrich Siegmund-Schultze: ein liberaler Theologe, Honorarprofessor an der Berliner Universität und durch die von ihm herausgegebene Zeitschrift *Die Eiche* der profilierteste deutsche Ökumeniker. Der christliche Sozialist und Pazifist wurde schon Ende Juni 1933 von einem Trupp der preußischen SA-Hilfspolizei verhaftet und von dem Berliner Gestapo-Chef unter der Anschuldigung,

28 Abgedruckt in: Hermann Diem, *Sine vi – sed verbo*. Aufsätze, Vorträge, Voten, München 1965, S. 108–111.

29 Hermann Diem schildert die Bemühungen, Unterkünfte und Fluchtwege für Juden zu finden, in seinen Erinnerungen: *Ja oder nein. 50 Jahre Theologie in Kirche und Staat*, Stuttgart/Berlin 1972, S. 131–134. Vgl. auch den Beitrag von Angela Borgstedt in diesem Band.

man wisse von seinem Engagement für 92 jüdische Familien, zur Emigration in die Schweiz genötigt. Von dort aus war er an vielen Hilfsversuchen der ökumenischen Bewegung beteiligt. Siegmund-Schultze ließ sich von dem Gedanken leiten, daß angesichts der staatlichen Judenpolitik eine Tat der Nächstenliebe gefordert sei; eine theologische Reflexion über die Stellung der Juden in der christlichen Gesellschaft oder über das Verhältnis von Kirche und Judentum ist in seinen Briefen und Aufzeichnungen nicht zu finden.<sup>30</sup>

Zwei weitere Beispiele möchte ich noch nennen: Pastor Hermann Umfried, wie sein Vater Otto Umfried in der Friedensbewegung und der ökumenischen Bewegung engagiert, seit dem Studium bei Leonhard Ragaz in Zürich den Juden theologisch und menschlich eng verbunden, tadelte im März 1933 in seiner Sonntagspredigt den Überfall einer SA-Horde auf jüdische Gottesdienstbesucher am vorangegangenen Sabbat. Von seinen Vorgesetzten in Stuttgart erfuhr er keine Unterstützung, sondern Kritik, weil er zu politisch gepredigt habe. (Genauso erging es Julius von Jan, Pfarrer im württembergischen Oberlenningen, 1938 nach seiner mutigen Predigt gegen die Pogromnacht.) Umfried vermochte der anhaltenden Hetze der NSDAP gegen ihn nicht standzuhalten und nahm sich im Januar 1934 das Leben.<sup>31</sup>

Elisabeth Schmitz<sup>32</sup> hielt dagegen durch: Die Gymnasiallehrerin für Geschichte, Religion und Deutsch, die bei Friedrich Meinecke promoviert hatte, war Mitglied der „Deutschen Vereinigung für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“, seit dem Sommer 1933 Gemeindevorsteherin an der Berliner Gedächtniskirche und seit 1934 Mitglied der Bekennenden

30 Stefan Grotefeld, Friedrich Siegmund-Schultze. Ein deutscher Ökumeniker und christlicher Pazifist, Gütersloh 1995, bes. S. 101. Das entscheidende Verhör, bei dem Rudolf Diels besonders die Judenhilfe hervorhob, wurde von Siegmund-Schultze selbst nach dem Krieg so geschildert (Abdruck dieser Notiz zu seinen Erinnerungen ebenda, S. 125 f.). Alle entsprechenden Darstellungen in der Literatur beruhen letztlich auf diesem Zeugnis: Armin Boyens, Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939. Darstellung und Dokumentation, München 1969, S. 45; Hermann Maas, Friedrich Siegmund-Schultze, in: Günter Gloede (Hrsg.), Ökumenische Profile. Brückenbauer der einen Kirche, Bd. 1, Stuttgart 1961.

31 Röhms/Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, 1933–1935, Stuttgart 1990, S. 123–140.

32 Dietgard Meyer, Elisabeth Schmitz, in: Erhart/Meseberg-Haubold/ Meyer, Katharina Staritz, S. 189–269.

Kirche. In zahlreichen Schreiben versuchte sie seit 1933, führende Persönlichkeiten der Kirchenopposition zur Verteidigung der Juden aufzurütteln. Zu diesem Zweck verfaßte sie 1935, vor dem Erlaß der „Nürnberger Gesetze“, eine große Denkschrift mit erschütternd genauen Einzelheiten über die Not der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und eindeutigen Aussagen über die Schuld ihrer Kirche. Als Quelle dienten ihr neben der *Frankfurter Zeitung* Schweizer Blätter, die *Times* und die *CV-Zeitung*. Da diese wichtige Arbeit (auch von mir) bisher fälschlich Marga Meusel zugeschrieben wurde, möchte ich Elisabeth Schmitz durch etwas längere Zitate aus ihrer Denkschrift und aus Briefen die verdiente Ehre erweisen: Im Februar 1934 klagte sie gegenüber Karl Barth, daß „von der Philosophie u[nd] Universität, überhaupt der gesamten Wissenschaft an [...] bis hin zur Frauenbewegung alles, aber auch alles restlos vor diesem Staat einfach umgefallen ist. Und soweit ich in eine oder mehrere dieser Kategorien hineingehöre, schäme ich mich dessen gründlich.“<sup>33</sup> Zum Kirchenkampf meinte sie kurz vorher kritisch: „Er beruhigt auch die Gewissen – man kämpft ja gegen den Arierparagraphen (aber beileibe nur in der Kirche!) – u[nd] macht die Menschen blind der Tatsache gegenüber, daß ebenso dringliche Aufgaben, ja die allerdringlichste vergessen wird. Wo hätte man ein Trostwort der Kirche an ihre verfolgten Glieder gehört, geschweige denn ein mitfühlendes Gedenken an die Verfolgten – von *Christen* verfolgten – überhaupt? Was die Kirche am nötigsten braucht, ist weder ein neues Bekenntnis, noch die Verfassung, noch theologische Auseinandersetzungen über Volk u[nd] Rasse, sondern ganz einfache, schlichte, selbstverständliche christliche Liebe.“<sup>34</sup> (Diese Äußerung gegenüber dem Spiritus rector der Barmer Synode, das sei am Rande erwähnt, wirft ein neues Licht auf die Konferenz, die wenige Monate später, Ende Mai 1934, um das rechte Bekenntnis rang, ein Wort zur Judenverfolgung aber versäumte. Daß Barth um die Dringlichkeit des Problems noch nicht genügend wußte, kann als Erklärung nicht mehr gelten.) 1935 beendete Elisabeth Schmitz ihre Denkschrift mit einer radikalen, verzweifelten Abrechnung mit ihrer Kirche: „Warum tut die Kirche nichts? Warum läßt sie das namenlose Unrecht geschehen? Wie kann sie immer wieder freudige Bekenntnisse zum nationalso-

33 12. 2. 1934, zit. nach Dietgard Meyer, ebenda, S. 200 f.

34 1. 1. 1934, zit. nach ebenda, S. 202.

zialistischen Staat ablegen, die doch politische Bekenntnisse sind und sich gegen das Leben eines Teiles ihrer eigenen Glieder richten? [...] Menschlich geredet bleibt die Schuld, daß alles dies geschehen konnte vor den Augen der Christen, für alle Zeiten und vor allen Völkern und nicht zuletzt vor den eigenen künftigen Generationen auf den Christen Deutschlands liegen. Denn noch sind fast alle Glieder des Volkes getauft, und noch trägt die Kirche Verantwortung für Volk und Staat [...]. Daß es aber in der Bek[ennenden] Kirche Menschen geben kann, die zu glauben wagen, sie seien berechtigt oder gar aufgerufen, dem Judentum in dem heutigen historischen Geschehen und dem von uns verschuldeten Leiden Gericht und Gnade Gottes zu verkündigen, ist eine Tatsache, angesichts derer uns eine kalte Angst ergreift. Seit wann hat der Übeltäter das Recht, seine Übeltat als den Willen Gottes auszugeben? Seit wann ist es etwas anderes als Gotteslästerung zu behaupten, es sei der Wille Gottes, daß wir Unrecht tun?“<sup>35</sup> Doch das war erst der Anfang. Nach dem Novemberpogrom von 1938 sah Elisabeth Schmitz die physische Vernichtung der Juden voraus.<sup>36</sup> In diesem Staat wollte sie nicht mehr als Lehrerin wirken und bat, erst 45jährig, um vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Schon 1933 hatte sie eine jüdische Freundin, die Ärztin Dr. Martha Kassel, in ihre Wohnung aufgenommen, weil sie nach dem Entzug der Kasenzulassung in Not geraten war. 1937 wurde sie deshalb bei der NSDAP und der Schulbehörde angeschwärzt. Trotz dieser Erfahrung gewährte sie der ihr kaum bekannten Jüdin Liselotte Pereles 1943 mehrmals für Wochen Unterschlupf und half ihr nach der Zerbombung der Wohnung oft mit Geld und Lebensmittelmarken weiter. Auch anderen Illegalen stand sie nach dem Zeugnis dieser Frau in gleicher Weise bei.

35 Ebenda, S. 245 f.

36 „Wir haben die Vernichtung des Eigentums erlebt, zu diesem Zweck hatte man im Sommer die Geschäfte bezeichnet. Geht man dazu über, die Menschen zu bezeichnen, so liegt ein Schluß nahe, den ich nicht weiter präzisieren möchte. Und niemand wird behaupten wollen, daß diese Befehle nicht ebenso prompt, ebenso gewissenlos und stur, ebenso böse und sadistisch ausgeführt würden wie die jetzigen. Darf die Kirche das zulassen?“ Zit. nach: Röhm/Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/1, S. 68.

#### 4. Christen, die Juden und „Judenchristen“ aufgrund familiärer oder enger freundschaftlicher Verbindung retteten.

Hier sind an erster Stelle die christlich-jüdischen „Mischfamilien“ zu nennen.<sup>37</sup> Die „arischen“ Ehegatten nahmen schwere Verfolgung im Bewußtsein auf sich, daß eine Trennung für den jüdischen Partner Deportation und Tod bedeuten würde. Als das NS-Regime 1944 dazu überging, auch die in „privilegierter Mischehe“ lebenden Juden zur Zwangsarbeit bei der Organisation Todt heranzuziehen und im Februar 1945 mit ihrer Deportation nach Theresienstadt begann, entzogen sich verhältnismäßig viele von ihnen, indem sie untertauchten oder durch falsche ärztliche Atteste die Rückstellung vom Transport erreichten. Das bedeutete, daß zumindest in dieser späten Phase der NS-Diktatur jeweils eine Anzahl von Menschen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis bereit war, das Risiko ihrer Unterstützung einzugehen. Schon vorher hatten neben dem Ehegatten und erwachsenen Kindern nichtjüdische Verwandte oft Hilfe geleistet, am auffälligsten bei dem Protest gegen die Deportation von „Mischehe“-Juden Ende Februar/Anfang März 1943 in der Berliner Rosenstraße.<sup>38</sup> (Es kam freilich auch zum Abbruch von Beziehungen zu den verfolgten Familien und Scheidungsforderungen von seiten naher „arischer“ Verwandten; das Ausmaß des einen oder anderen Verhaltens läßt sich bisher nicht einschätzen.) „Mischfamilien“ waren anscheinend – wie sich mit großer Vorsicht aufgrund wiederkehrender Hinweise in den Quellen vermuten läßt – häufiger als andere bereit, Juden durch die Gewährung von Arbeitsmöglichkeiten oder später von zeitweiliger Unterkunft weiterzuhelfen. Sie kannten die reale und psychische Not der Familien, die Gefahr für die jüdischen Mitglieder

37 Hierüber habe ich an anderer Stelle ausführlich berichtet: Ursula Büttner, Bollwerk Familie. Die Rettung der Juden in „Mischehen“; in: Ginzler, Mut zur Menschlichkeit, S. 59–72. Was es bedeutete, an der „Mischehe“ festzuhalten, wird u. a. in den Tagebüchern von Victor Klemperer in beklemmender Weise sichtbar: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher, hrsg. v. Walter Nowojski u. Mitarb. v. Hadwig Klemperer, Bd. 1: 1933–1941, Bd. 2: 1942–1945, 2. Auflage Berlin 1995. Das gleiche Bild vermitteln die Briefe Robert Brendels aus den Jahren der Verfolgung: Ursula Büttner, Die Not der Juden teilen. Christlich – jüdische Familien im Dritten Reich. Beispiel und Zeugnis des Schriftstellers Robert Brendel, Hamburg 1988.

38 Stoltzfus, Widerstand des Herzens. Die Darstellung enthält manche Fehler aufgrund von Irrtümern der befragten Zeitzeugen.



aus eigener Erfahrung, weshalb Solidarität offenbar näher lag. Die Motivation, trotz großer Bedrängnis an der Ehe mit einem Juden oder einer Jüdin festzuhalten, war meistens zunächst im persönlichen Bereich zu suchen; sie konnte aber, besonders bei Katholiken, durch weltanschaulich-religiöse Bindungen verstärkt werden.

Wie der Beistand der Familien taucht in den Erinnerungen der Überlebenden auch die entscheidende Hilfe naher Freunde immer wieder auf, die für untergetauchte Juden oft die erste Anlaufstelle waren.

## 5. „Hilfsnetze“ von evangelischen und katholischen Christen

Es handelt sich hierbei nicht um konspirative Organisationen, weshalb ich den Begriff „Netzwerk“ vermeide. Die „Hilfsnetze“ entstanden vielmehr dadurch, daß sich einzelne, die sich zur Aufnahme oder illegalen Versorgung von Juden entschlossen hatten, an vertrauenswürdige Bekannte wandten und sie um Unterstützung ihrer Bemühungen baten. Nachdem die Hilfsbereitschaft der Beteiligten einmal erprobt war, wurden oft weitere Illegale an sie vermittelt. In den Quellen werden mehrere solche Netze sichtbar: Im katholischen Bereich waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas-Zentrale in Freiburg mit und ohne Zusammenhang zur Tätigkeit von Gertrud Luckner an der Überlebenshilfe für „nichtarische“ Glaubensgeschwister und Juden beteiligt. Männer- und Frauenklöster in der Umgebung Freiburgs boten Verfolgten Unterschlupf. Auch im Rheinland und in anderen katholischen Regionen Deutschlands gab es derartige Netze, geknüpft oft von Priestern und Ordensleuten.

Im evangelischen Bereich entstanden entsprechende Netze aus Pastorenfamilien der Bekennenden Kirche. Von Berlin wurden untergetauchte Juden und „Judenchristen“ gerne an abgelegene Pfarreien in Pommern verwiesen. Der Direktor der Lobethaler Anstalten bei Berlin, Pastor Paul Braune, brachte einige evangelische „Volljuden“ mit einer falschen Identität bei sich unter. Auch in Ostpreußen,<sup>39</sup> Schlesien, im Rhein-

39 Einem solchen Netz, dem u. a. die Pastoren Symanowski in Königsberg, Hitzer in Rehdorf und Froese in Peterswalde, aber auch engagierte Laien angehörten, verdankten Rosa Karmeinsky-Wexseler und ihre kleine Tochter ihre Rettung, während ihr getrennt von ihr in der Illegalität lebender Mann unmittelbar vor der Besetzung

land<sup>40</sup> und in Württemberg<sup>41</sup> bildeten sich Helfernetze der Bekennenden Kirche, die Illegale für kurze Zeit aufnahmen und an die nächste Station weiterleiteten. Die Tradition der Klöster und Pfarrhäuser, hilfsbedürftige Fremde aufzunehmen, erleichterte es, angebliche Bombenopfer oder erschöpfte Städter vorübergehend zu beherbergen. Für die am Ende beabsichtigte Fluchthilfe war es außerdem von Vorteil, daß in Württemberg das Pfarrland einiger Beteiligter unmittelbar an die Schweiz grenzte. Die Erfahrungen der Flüchtlinge in den Klöstern und Pfarrhäusern waren sehr unterschiedlich: Sie reichten von liebevoller Rücksicht und Anteilnahme (Otto und Gertrud Mörike)<sup>42</sup> bis zu Bekehrungsversuchen und zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.<sup>43</sup> Sympathie für Juden oder das Judentum war demnach wahrscheinlich selten das Motiv für die Hilfe; häufiger waren Mitleid, Entsetzen über den staatlich betriebenen Massenmord und ein Gefühl der Verantwortung für das Leben des bedrohten Menschen ausschlaggebend, den Gott einem zugeführt hatte. Zumindest reichte der Gruppenzusammenhalt der Katholiken bzw. der protestantischen innerkirchlichen Opposition, um den Amtsbruder, der eine/n Verfolgte/n schickte, nicht der Gestapo auszuliefern.

## 6. Das Hilfsnetz der Quäker

Immer wieder tauchen in Berichten über Rettungen von Juden in Deutschland die Quäker auf.<sup>44</sup> Schon 1931 hatten sie in einem Entschuldigungsbrief an die jüdische Gemeinde Berlins ihre Bestürzung über die antisemitischen Aus-

Königsbergs von einer Nachbarin an die SS verraten und erschossen wurde: Maria von Borries, Euer Name lebt. Zur Geschichte der Juden in der Region Bersenbrück, Bramsche 1997, S. 338–343.

40 Lekebusch, Not und Verfolgung, S. 149–162, 192.

41 Vgl. den Beitrag von Angela Borgstedt in diesem Band.

42 Straeten, Andere Deutsche, S. 41–48; Max Krakauer, Lichter im Dunkel. Flucht und Rettung eines jüdischen Ehepaares im Dritten Reich, Stuttgart 1980, neu hrsg. v. Otto Mörike, Stuttgart 1994.

43 Beispiele bei Benz, Juden im Untergrund, S. 14 ff.

44 Schmitt, Quakers and Nazis, S. 21, 42–74, 103–121, 125, 186–188; Achim von Borries, Stille Helfer. 350. Jahre Quäker (= Mitteilungen des Deutschen Historischen Museums, Jg. 6, H. 15), Berlin 1995/96, bes. S. 18–24.

schreitungen am (jüdischen) Neujahrstag auf dem Kurfürstendamm zum Ausdruck gebracht und 190 katholische und evangelische Kirchenführer in Briefen – vergeblich – aufgefordert, öffentlich gegen die Gewalt zu protestieren. Am 1. April 1933 exponierten sich Quäker in verschiedenen Städten, darunter in der antisemitischen Hochburg Nürnberg, gegen den Boykott jüdischer Geschäfte. In Berlin und Nürnberg luden sie in der Folgezeit Juden in ihre Wohnungen und zu ihren Versammlungen ein. Durch die Gründung einer Jugendgruppe für die Ausgestoßenen zeigten die Berliner Quäker 1935, wie genau sie die Auswirkungen der Verfolgung in den verschiedenen Stadien erkannten. Die Quäker setzten sich in besonderer Weise für KZ-Häftlinge ein. Seit 1937 verstärkten sie ihre Bemühungen, Juden zur Auswanderung zu verhelfen. Gemeinsam mit englischen und amerikanischen „Freunden“ baute die kleine Glaubensgemeinschaft in Berlin eine eigene Hilfsstelle auf, die sich nach der Gründung des Bischöflichen Hilfswerks und des „Büros Grüber“ vor allem der Rasseverfolgten annahm, die weder einer jüdischen Gemeinde noch einer Kirche angehörten. Bis Kriegsbeginn konnten die Quäker mindestens 1135 Verfolgte ins Ausland bringen, 27 weitere noch danach.

Inzwischen nahm die Beratung und finanzielle Unterstützung der Zurückgebliebenen die Hilfsstelle stark in Anspruch. Nach dem Auswanderungsverbot und dem Beginn der Deportationen im Herbst 1941 waren die wenigen deutschen Quäker in ungewöhnlichem Ausmaß an den Versuchen zur Rettung von Juden beteiligt. Fast alle Quäker in der Hauptstadt trugen auf die eine oder andere Weise zum Überleben versteckter Jüdinnen und Juden bei. Elisabeth Abegg, Gerhard und Olga Halle – sie leitete seit dem Sommer 1941 im Auftrag der amerikanischen „Freunde“ das Berliner Quäker-Büro – sowie Gerhard Schwersensky nahmen mehrere Illegale bei sich auf. In Mannheim waren Eva und Carl Hermann mit einem eigenen Freundeskreis und in enger Verbindung zu Gertrud Luckner an diesen Bemühungen beteiligt. 1943 gewährten sie einem jüdischen Ehepaar für mehrere Wochen bei sich Unterschlupf und leiteten es dann an Freunde weiter, konnten es aber am Ende nicht retten. Im April 1943 wurden die Hermanns im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Gertrud Luckner verhaftet und im Juli von einem Sondergericht zu acht (Carl) bzw. drei (Eva) Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>45</sup> Neben diesen seltenen illegalen

45 Angela Borgstedt, Eva und Dr. Carl Hermann. Zwei Mannheimer Quäker und ihre Hilfe für Verfolgte des NS-Regimes, in: *Badische Heimat* 1999, H. 1, S. 183–189. Die

Rettungsversuchen war die legale Hilfe für die Verfolgten sehr wichtig: Durch regelmäßige Karten und Päckchen nach Gurs, Theresienstadt, Lodz (Litzmannstadt), Piaski usw. versuchten Quäker, Verbindung zu den Deportierten zu halten, wie für die Hermanns, Margarete Lachmund,<sup>46</sup> Lydia Neubrand, Rudolf und Annemarie Cohen bezeugt ist. Auch Gertrud Luckner unterstützte diese Arbeit der Quäker.

7. Eine Gruppe von Helfern – vielleicht die größte – orientierte sich bei ihrem Handeln allgemein und vage an christlichen Werten, oft ohne diese Voraussetzung ihres Handelns besonders zu betonen.

Die religiöse Motivation ist bei diesen Rettern schwer greifbar. Sie tritt z. B. bei Erwin Dold nur in der schlichten Begründung zutage: „Meine Eltern haben mich im katholischen Glauben erzogen und in der Überzeugung, daß man anderen helfen muß.“<sup>47</sup> Dold war nach schwerer Kriegsverwundung in eine Leitungsposition im KZ-Außenlager Dautmergen geraten und hatte dort das Menschenmögliche getan, um das Los der Häftlinge zu verbessern. Auch Josef Meyer, der mit seiner Familie in Zloczow (Generalgouvernement Polen) große Risiken einging, um Lebensmittel und Medikamente für Juden zu beschaffen und einer Anzahl von ihnen später das Überleben im Versteck zu ermöglichen, wußte als Grund nur anzugeben, er sei ein gläubiger Ka-

Verhaftung war eine Folge der Hilfe für illegal lebende Juden; die Verurteilung erfolgte aber wegen des Abhörens von Auslandssendern und der Verbreitung „zersetzender“ Nachrichten.

46 Schreiben an Margarete Lachmund in: Else Rosenfeld/Gertrud Luckner (Hrsg.), Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940–1943, München 1968, S. 99–163. Zu M. Lachmunds Biographie und Wirken vgl. Achim von Borries, „Treue Hilfe“. Die Quäkerin Margarethe Lachmund (1896–1985), in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 1999, H. 1, S. 67–72; Host R. Sassin, Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942, Hamburg 1993, S. 167–170, 380 f.

47 Thomas Seiterich-Kreuzkamp, Der Fall Erwin Dold, in: Kießner, Widerstand gegen die Judenverfolgung, S. 274.

tholik.<sup>48</sup> Zum Teil empfanden sich diese Retter nicht einmal als besonders gläubig oder stark kirchlich gebunden. Von den von Samuel und Pearl Oliner befragten „Judenrettern“ bezeichneten sich selbst nur 15 % als religiös, während die Geretteten bei 25 % von ihnen religiöse Bindungen für ein wichtiges Handlungsmotiv hielten.<sup>49</sup> Über Hans von Dohnanyi hieß es 1938 in einer politischen Beurteilung: Er habe sich gegen die Rassenpolitik des Nationalsozialismus geäußert, „weil sie mit der christlichen Auffassung der evangelischen Kirche im Widerspruch stehe“.<sup>50</sup> Er und andere Vertreter des bürgerlichen Widerstands hielten ihre religiösen Bedenken aber für so wenig erwähnenswert, daß sie in den Quellen selten auftauchen und Familienangehörige sie unbeachtlich fanden.

### Schlußbemerkung

Um die Bedeutung religiöser Bindungen bei der Überlebenshilfe für Juden und rassistisch verfolgte Christen einzuschätzen, ist noch viel Forschung nötig. Z. B. fällt auf, daß die evangelischen Theologen, die sich bei dieser Aufgabe engagierten, häufig zu der kleinen Schar derer gehörten, die sich schon zur Zeit der Weimarer Republik für die entstehende ökumenische Bewegung eingesetzt hatten: Bonhoeffer, Maas, Siegmund-Schultze, Paul Braune, Grüber, Hermann Umfried und Elisabeth Schmitz sind hier zu nennen. Gertrud Luckner hatte enge Beziehungen zu England und zu den Quäkern. Waren diese Christen und Christinnen nicht nur für andere Konfessionen, sondern auch Religionen offener? Zweifellos verbesserten die Auslandskontakte, solange es vorrangig um Auswanderung ging, die Chancen zu helfen. Lag deshalb auch der Entschluß näher, helfend einzuspringen? Mit ihrem Einsatz für Juden stellten sich die christlichen Retter und Retterinnen nicht nur gegen die Mehrheit in Staat und Gesellschaft, sondern auch in ihren Kirchen. Sie kamen einer Gruppe zu Hilfe,

48 Alexander Bronowski, Es waren so wenige. Retter im Holocaust, Stuttgart 1991, S. 123–147, bes. S. 125.

49 Vgl. Anm. 2.

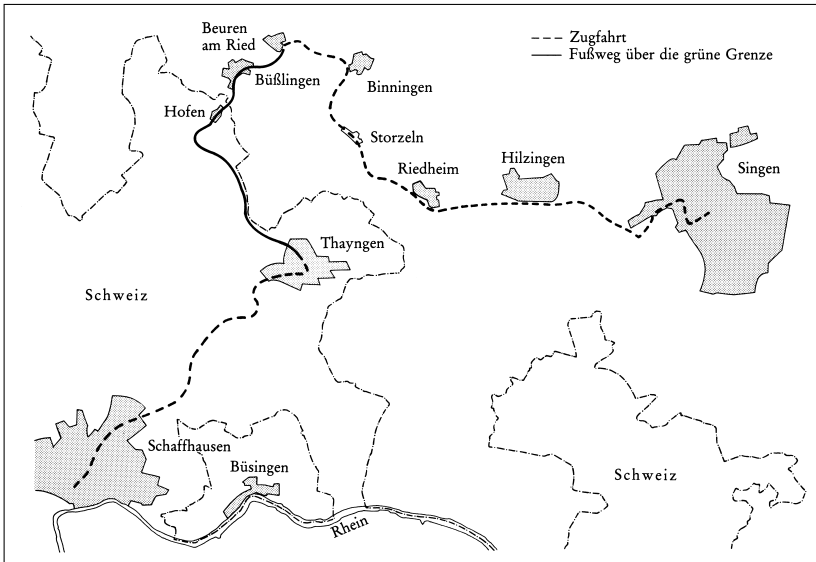
50 Gutachten des Fachschaftsgruppenleiters Friedrich über Hans von Dohnanyi vom 30. 4. 1937, Akten der Parteikanzlei der NSDAP, Institut für Zeitgeschichte, Mikrofilm-Edition 1983, Bd. 1, Nr. 101 184 83, zit. nach Müller, Bonhoeffers Kampf, S. 331.

die von alters her als Gegenpol der eigenen Gemeinschaft gegolten hatte. Woher bezogen sie diese geistige Unabhängigkeit?<sup>51</sup>

Eine starke religiöse Überzeugung oder auch nur die vage Orientierung an christlichen Grundwerten war für eine Anzahl von Deutschen, die den verfolgten Juden unter eigener Gefahr zu Hilfe kamen, ein wichtiger Grund für ihre Entscheidung. Aber warum ließen sie sich zu rettendem Handeln bewegen, die meisten nicht weniger gläubigen Christen und Christinnen dagegen nicht? Wie verhielt sich die religiöse Motivation zu anderen Handlungsantrieben? Gab es Unterschiede zwischen den Konfessionen, zwischen theologischen Richtungen oder spezifischen Glaubenstraditionen? Fragen über Fragen, die zeigen, wieviel Forschung noch nötig ist, um am Ende durch die Verbindung von sozialstatistischen Erhebungen mit individualisierenden Untersuchungen auf breiter Basis zu genaueren Antworten zu gelangen. *Ein* klares Ergebnis zeichnet sich jedoch bereits ab: Wie die meisten Retter und Retterinnen suchten auch die Christen und Christinnen unter ihnen nicht gezielt nach der Möglichkeit, Menschen der Vernichtungsmaschinerie zu entreißen, sondern sie waren da, als Juden oder deren Helfer sie um Unterstützung baten.<sup>52</sup>

51 Pearl M. Oliner betont: „Social scientists generally agree that ingroup altruism is far more common than outgroup altruism.“ Pearl M. Oliner, *Very Religious and Irreligious Rescuers. An Exploration of Cultural Styles*, in: Roth/Maxwell, *Remembering for the Future*, Bd. 2, S. 309–318, hier: S. 309.

52 Das betont auch: Mordecai Paldiel: *The Face of the Other: Reflections on the Motivations of Gentile Rescuers of Jews*, in: Roth/Maxwell, *Remembering for the Future*, Bd. 2, S. 334–346.



*Fluchtweg von Jizchak Schwersenz, 1944*

KURT SCHILDE

## Grenzüberschreitende Flucht und Fluchthilfe (1941–1945): Ereignisse, Interessen und Motive

Den Schwerpunkt meiner Ausführungen werde ich auf die Flucht(versuche) und Fluchthilfe nach dem Beginn der Massendeportationen und dem Auswanderungsverbot für die jüdische Bevölkerung 1941 sowie auf das Handeln und die Motive der „grenzüberschreitenden“ Helferinnen und Helfer legen. Dabei wird, nach einer Definition der „Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg“<sup>1</sup> von 1999, unter Fluchthilfe die verbotene Hil-

1 Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hrsg.), Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, Bern 1999, S. 115. Die Kom-

feileistung für Flüchtlinge verstanden. Sie weist viele Facetten auf und ist nur schwer typologisierend zu erfassen.

Eine systematische Untersuchung der Hilfe für jüdische Flüchtlinge, die aus dem nationalsozialistischen Deutschland ins rettende Ausland fliehen konnten oder dies versuchten, liegt bisher nicht vor. Aber dank regionalgeschichtlicher Studien sind zumindest einige Fluchtwege gen Westen – nach Belgien – sowie gen Süden – in die Schweiz – relativ gut dokumentiert.

*Wege durch das Niemandsland* hat Stefan Kirschgens seine Studie über die Hilfe für Flüchtlinge im deutsch-belgisch-niederländischen Grenzgebiet genannt.<sup>2</sup> Sie entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Unbesungene Helden“ in Nordrhein-Westfalen<sup>3</sup> und wurde 1998 veröffentlicht. Im wesentlichen beruht sie auf der Auswertung von Intensivinterviews.

Ich möchte mich im folgenden auf die Ereignisse an der deutsch-schweizerischen Grenze beschränken, zu denen ich im Rahmen meiner Mitarbeit am Zentrum für Antisemitismusforschung Archivalien im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern und im Archiv für Zeitgeschichte in Zürich einsehen konnte.

mission wird nach ihrem Präsidenten, Jean-François Bergier, auch Bergier-Kommission genannt (siehe auch die Informationen im Internet unter [www.uek.ch](http://www.uek.ch)). Vgl. Jacques Picard, *Die Schweiz. Hilfe, Selbsthilfe und Solidarität entlang der Grenze*, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Bd. 1: Polen, Rumänien, Griechenland, Luxemburg, Norwegen, Schweiz, Berlin 1996, S. 233–270; Jacques Picard, *Die Schweiz und die Juden 1933–1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik*, 3. Aufl., Zürich 1997. Für Hilfe bei den Recherchen ist zu danken: Lukrezia Seiler; Dr. Franco Battel; Daniel Gerson, Archiv für Zeitgeschichte (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich); Schweizerisches Bundesarchiv Bern; Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Dr. Regula Ludi); Dr. Beate Kosmala, Dennis Riffel und Dr. Claudia Schoppmann, Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA).

- 2 Stefan Kirschgens, *Wege durch das Niemandsland. Dokumentation und Analyse der Hilfe für Flüchtlinge im deutsch-belgisch-niederländischen Grenzland in den Jahren 1933 bis 1945*, Köln 1998.
- 3 Vgl. außerdem Günther B. Ginzel (Hrsg.), *Mut zur Menschlichkeit. Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit*, Köln 1993; ders./Hans-Joachim Henke/Stefan Kirschgens/Winfried Kranz (Hrsg.), „... das durfte keiner wissen!“ *Hilfe für Verfolgte im Rheinland von 1933 bis 1945. Gespräche, Dokumente, Texte*, Köln 1995.



Aufgrund der spezifischen Bedingungen läßt sich Fluchthilfe nur punktuell dokumentieren, denn Kenntnisse sind nur zu erhalten,

- a) wenn die Flüchtlinge oder Fluchthelfer bzw. -helferinnen auf frischer Tat ertappt und polizeilich vernommen wurden.
- b) Ebenso haben sich Ereignisse in Akten niedergeschlagen, wenn eine Denunziation vorlag.
- c) Nicht zu vergessen sind veröffentlichte Erinnerungen und Dokumentationen sowie
- d) Interviews und Aussagen von Geretteten, die aus Archiven wie etwa der Wiener Library oder Yad Vashem stammen und – ebenso wie die Unterlagen zur Berliner Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ – im Forschungsprojekt des Zentrums für Antisemitismusforschung vorliegen und für diesen Beitrag benutzt wurden.

In seiner 2000 in Zürich veröffentlichten Studie „*Wo es hell ist, dort ist die Schweiz*“ stellt der Schweizer Historiker Franco Battel Fluchthilfemühnungen am Beispiel des Kantons Schaffhausen dar.<sup>4</sup> Seine Informationen stammen – neben Gesprächen mit Flüchtlingen, Grenzwächtern, Helferinnen und Helfern sowie Zeitzeugen und Zeitzeuginnen beiderseits der Grenze – in der Hauptsache aus Archiven: Flüchtlingsakten und -dossiers aus dem Bundesarchiv in Bern sowie Unterlagen der Grenzbehörden.

In der Schaffhausener Region gibt es eine relativ lange grüne Grenze zu Deutschland, so daß aufgrund dieser Topographie recht gute Fluchtmöglichkeiten bestanden. Dies gilt auch für die Bodensee-Region, wo der Grenzverlauf bei Singen und das rechtsrheinische Baseler Gebiet eine Flucht in die Schweiz begünstigten. Allerdings barg hier die unregelmäßig verlaufende Grenze auch besondere Gefahren für Flüchtlinge, die alleine den Weg suchten. Sie konnten leicht wieder auf deutsches Gebiet gelangen. Nur Ortskundige konnten ihnen zuverlässig die Schlupflöcher zeigen.

Nach dem Beginn der Massendeportationen gelangten über verschiedene Fluchthilfekontakte zwischen 150 bis 200 Personen nach Schaffhausen, darunter zahlreiche Juden und Jüdinnen aus Berlin. Viele der Geflohenen unterlagen allerdings der Willkür des schweizerischen Grenzpersonals: Je nachdem, auf welchen Grenzwächter oder Landjäger die Flüchtlinge zuerst stießen, wur-

4 Franco Battel, „Wo es hell ist, dort ist die Schweiz“. Flüchtlinge und Fluchthilfe an der Schaffhauser Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus, Zürich 2000.

den sie aufgenommen oder zurückgewiesen. Einige konnten sich der Ausweisung widersetzen, indem sie sich wehrten oder mit Selbstmord drohten.

Bevor ich auf verschiedene Formen der Fluchthilfe, Interessenkonflikte und Motivationen eingehe, möchte ich kurz die historischen Rahmenbedingungen skizzieren. Seit dem Frühjahr 1933 bis zum Kriegsende 1945 versuchten politisch und rassistisch Verfolgte sowie entwichene Kriegsgefangene, Zwangsarbeitsflüchtlinge, Kriegsdienstverweigerer oder Deserteure in die Schweiz zu gelangen. Insgesamt waren es etwas mehr als 50 000 Personen. Sie kamen aus Italien und Frankreich, aber auch aus Polen oder der Sowjetunion.

Aus Deutschland stammten jedoch relativ wenige. Von den 2 592 in der Zeit des Zweiten Weltkrieges aufgenommenen zivilen Flüchtlingen deutscher Nationalität waren 1404 jüdischer Religionszugehörigkeit bzw. jüdischer Herkunft.<sup>5</sup>

Nach Kriegsbeginn war eine Auswanderung aus Deutschland kaum noch möglich. Das im Oktober 1941 erlassene Ausreiseverbot für die jüdische Bevölkerung ließ die meisten Emigrationspläne endgültig scheitern. Nach der Besetzung aller an Deutschland angrenzenden Länder reduzierten sich die Fluchtmöglichkeiten einerseits immer mehr auf die Schweiz. Zugleich verschlechterten sich die Chancen, dorthin zu gelangen, insbesondere nach der Schließung der Schweizer Grenze am 13. August 1942. In der Praxis wurde diese Restriktion zwar unterschiedlich streng gehandhabt, aber erst am 12. Juli 1944 wieder aufgehoben.<sup>6</sup> So waren die Flüchtlinge zunehmend auf die Hilfe Dritter – insbesondere aus den Grenzregionen – angewiesen.

## Formen der Fluchthilfe

Bevor ich auf die Hilfe von Nichtjuden bei der grenzüberschreitenden Flucht eingehe, ist daran zu erinnern, daß es auch in *Eigeninitiative* gelang, in die Schweiz zu fliehen.

5 Vgl. Guido Koller, Entscheidungen über Leben und Tod. Die behördliche Praxis in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen 22, Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945, Bern 1996, S. 87 ff.

6 Vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hrsg.), Die Schweiz, S. 144, 154.

Wenn es um jüdische Selbsthilfe geht, sind die Rettungsbemühungen der Weltzentrale des Hechaluz zumindest zu erwähnen. Die Fluchthilfe dieser zionistischen Weltorganisation ist allerdings – soweit mir bekannt – noch nicht systematisch erforscht.<sup>7</sup> Gut dokumentiert ist dagegen die Flucht von Edith Dietz, einer damals 21-jährigen Kindergärtnerin. In ihrem autobiographischen Bericht beschreibt sie, wie sie und ihre zwei Jahre jüngere Schwester Ilka erleben mußten, daß aus ihrem Umkreis immer mehr Menschen deportiert wurden. Um sich der drohenden Gefahr zu entziehen, erkundigten sie sich nach Fluchtmöglichkeiten in die Schweiz. Eine Bekannte gab ihnen den Rat, an einer schmalen Stelle durch den Rhein zu schwimmen: „Sie sind doch beide gute Schwimmerinnen.“<sup>8</sup> Diese Idee mußte jedoch fallen gelassen werden, nachdem sie erfahren hatten, daß die Grenze stark bewacht würde. Schließlich entschlossen sich die beiden Schwestern, es auf eigene Faust zu versuchen, und verließen im August 1942 Berlin. Zunächst fuhren beide mit der Bahn nach Freiburg, dann nach Waldshut und schließlich weiter nach Tiengen. Die Schwestern suchten einen Weg über die „grüne Grenze“ und erfuhren von einem Fußweg, der nicht am Zoll vorbei führte. Sie fanden einen Schleichweg durch einen Wald und gelangten in abenteuerlicher Weise auf schweizerisches Gebiet. „Es war kaum zu fassen“, schrieb Edith Dietz. „Vor acht Tagen hatten wir Berlin aufs Geratewohl verlassen. [...] Und jetzt, eine Woche später, befanden wir uns in Freiheit und in Sicherheit.“<sup>9</sup>

In einem anderen Fall sorgte Frieda Kristeller – die Nichtjüdin war mit dem 1941 in Dachau ermordeten jüdischen Kaufmann Josef Kristeller verheiratet gewesen – für die Rettung ihrer beiden Söhne Rudi und Werner. Nachdem beide im Januar 1943 durch die Gestapo verhaftet worden waren, gelang es ihr, sie wieder frei zu bekommen. Einer erneuten Vorladung kamen die Brüder nicht mehr nach. „Dies war die Veranlassung für mich“, so berichtete sie, „mit meinen beiden Söhnen in die Illegalität zu gehen. Ich bereitete unsere Flucht nach

7 Vgl. Christine Zahn, Schaltstelle des jüdischen Widerstandes. Die Rettungsaktionen der Hechaluz-Weltzentrale. Gespräch mit Nathan Schwalb-Dror (Wien, 13./14. Februar 1993), in: Wilfried Löhken/Werner Vathke (Hrsg.), Juden im Widerstand, Berlin 1993, S. 178–185.

8 Edith Dietz, Den Nazis entronnen. Die Flucht eines jüdischen Mädchens in die Schweiz. Autobiographischer Bericht 1933–1942, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1994, S. 106.

9 Ebenda, S. 137.

der Schweiz vor, besorgte Papiere, und es gelang meinem Sohn Rudi, im April 1944 nach der Schweiz zu entkommen.“<sup>10</sup> Später wurde der in Berlin gebliebene Sohn Werner erneut verhaftet und sie selbst im Februar 1945 bei dem Versuch, ihrem Sohn Lebensmittel zu übermitteln, festgenommen. Sie konnte entkommen und überlebte im Untergrund.

Ebenfalls erfolgreich verlief die Flucht von drei Brüdern aus Süddeutschland, die von katholisch-jüdischen Eltern abstammten. Im Winter 1943 begannen sie mit den Fluchtvorbereitungen und entschieden sich, es per Bahn zu versuchen. Zwischen Weil und Grenzach fuhr ein Zug – in der Regel mit verschlossenen Türen – eine Strecke über Schweizer Gebiet. Einer der Brüder sprang mit den Stiefeln voraus durchs Abteilstfenster, ein anderer durch das zerbrochene Fenster hinterher. Der Dritte schließlich konnte vom Trittbrett springen, da eine Tür diesmal unverschlossen war. Alle drei verletzten sich, waren aber in Freiheit.<sup>11</sup>

Der jüdische Dorfarzt Nathan Wolf aus Wangen bei Konstanz war mit einer christlichen Frau verheiratet. Beim Novemberpogrom 1938 wurde der hochdekorierte Kriegsveteran blutig geschlagen und zusammen mit anderen Wangener Juden ins KZ Dachau verschleppt. Als nach seiner Freilassung eine erneute Verhaftung drohte, floh er in das schweizerische Stein am Rhein. Ab 1942 verhalf er jüdischen Flüchtlingen über die Grenze, beinahe ausnahmslos Jüdinnen und Juden aus Berlin.<sup>12</sup> Zu ihnen gehörte Ruth Cohn, die am 26. Februar 1943 bei Stein in die Schweiz gelangte.<sup>13</sup> Sie war vorher von der Familie des Musikers Heiner Wollheim in Kattenhorn am Untersee beherbergt worden. Wollheim half ihr und anderen über die nahe Grenze, u. a. dem aus Wangen stammenden jüdischen Chemiker Martin Picard aus Berlin.<sup>14</sup>

Als Wollheim am 22. April 1943 zwei weiteren Juden den Weg über die Grenze zeigen wollte, gelang es der deutschen Polizei, ihn und die beiden

10 Akte „Unbesungene Helden“ 190, Bl. 6.

11 Vgl. Lukrezia Seiler/Jean-Claude Wacker, „Fast täglich kamen Flüchtlinge.“ Riehen und Bettingen – zwei Schweizer Grenzdörfer in der Kriegszeit. Erinnerungen an die Jahre 1933 bis 1948, Riehen 1996, S. 159–165.

12 Battel, „Wo es hell ist ...“, S. 200–203, hier: S. 201.

13 Vgl. das Schreiben der Polizeibehörde Stein an die Eidgenössische Fremdenpolizei vom 9. 8. 1943, Schweizerisches Bundesarchiv, Bern (BAR), 4260 (C), Nr. 1974/ 34–Nr. 44/10; BAR, E 4264 (–) 1985/196, Bd.-Nr. 08789.

14 Vgl. BAR, E 4264 (–) 1985/196, Bd.-Nr. 03 016, Dossier Picard.

Flüchtlinge zu fassen. Die bei ihm durchgeführte Hausdurchsuchung brachte die Verbindung zu Nathan Wolf zutage. Wollheim wurde ins KZ Dachau verschleppt, wo er bis Kriegsende bleiben mußte.

Die meisten Flüchtlinge waren in der Regel auf fremde Hilfe angewiesen, wenn sie in die Schweiz fliehen wollten. Auch die Fluchthilfe wurde – ebenso wie andere Rettungsaktionen – sowohl von Einzelpersonen als auch von Netzwerken geleistet.

Eines der *Netzwerke* entstand um den Kunstmaler und Galeristen Franz Heckendorf (1888–1962) in Berlin. Er hatte viele jüdische Bekannte, denen er immer wieder riet, Deutschland zu verlassen. Von seinem Sohn Günter<sup>15</sup> wissen wir, daß Franz Heckendorf ein Antiquitäten- und Teppichgeschäft in der Passauer Straße betrieb, zusammen mit einem Teilhaber, dem Dekorateur Nikolaus Josef Lebens.

Hier traf sich ein Kreis künstlerisch Interessierter. Unter den Freunden und Bekannten von Heckendorf befanden sich viele als Juden Verfolgte, die zu ihm kamen, um zu reden, aber auch, um Hilfe bei der Flucht zu bekommen. Es wurden falsche Kennkarten hergestellt und Fluchtwege ausgearbeitet. Vater und Sohn hatten sich vorher im Grenzgebiet von Schaffhausen – als Spaziergänger getarnt – umgesehen. Das Netzwerk bestand neben Heckendorf und Lebens aus Otto Altenburger, der aus dem südbadischen Grenzdorf Altenburg stammte, und dem Wirt der Altenburger Bahnhofsgaststätte, Wilhelm Martin. Der Gastwirt fand heraus, wann die Situation günstig war und die in Ställen versteckten Flüchtlinge über die Grenze gelangen konnten. Die ersten Flüchtlinge waren Kurt und Hilda Schüler aus Berlin.<sup>16</sup> Schätzungsweise 20 bis 80 Personen folgten ihnen.

15 Günter Heckendorf hat zunächst der Bibliothek der Jüdischen Gemeinde zu Berlin ein Dossier über das Wirken seines Vaters zukommen lassen, das mir Arcady Fried im Mai 1998 freundlicherweise überließ. Parallel dazu wandte sich im Januar 1999 Kaj Schüler – dessen Großeltern vom Heckendorf-Netzwerk in die Schweiz gebracht wurden – an das ZfA. Die folgenden Informationen entstammen dem dort angelegten Dossier. Das von Günter Heckendorf in Abschrift übergebene Urteil des Sondergerichts Freiburg/Br. hat das Aktenzeichen So KLs 125/43 So AK 284/43. Darüber hinaus hat Günter Heckendorf dankenswerterweise weitere biographische Informationen zur Verfügung gestellt.

16 Vgl. BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd.-Nr. 03 326, 4260 (C)–Nr. 1974/34-44/10 sowie Archiv für Zeitgeschichte, Archiv des Verbandes Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen, Personendossier Kurt und Hilda Schüler.

Alfred Cassierer, einer der Geretteten, gibt Auskunft über die gezahlten Beträge. Er berichtete 1957, daß von ihm zuerst 12 000,- RM verlangt wurden, um in die Schweiz gebracht zu werden.<sup>17</sup> Man einigte sich auf die Hälfte des genannten Betrages. Der Führer, der ihnen den Weg in die Schweiz wies, erhielt weitere 1000,- RM.

Im Februar 1943 flog dieser Kreis jedoch auf, nachdem Heckendorf einem Juden namens Israel Bab, den er während einer Eisenbahnfahrt kennengelernt hatte, auf dessen Frage nach einer illegalen Ausreisemöglichkeit entsprechende Hinweise gab. Günter Heckendorf vermutet, daß seinem Vater eine Falle gestellt wurde. Vom Sondergericht Freiburg wurden alle vier Männer zu hohen Zuchthaus- und Geldstrafen verurteilt. Heckendorf erhielt eine Strafe von zehn Jahren Zuchthaus, Altenburger und Lebens mußten jeweils sechs und Martin acht Jahre hinter Gittern. Die Geldstrafe betrug in den ersten drei Fällen je 10 000 und im vierten Fall 12 000 RM. Heckendorf wurde 1945 aus dem Konzentrationslager Mauthausen befreit.<sup>18</sup>

Ein weiteres Netzwerk ging ebenfalls von Berlin aus: „Die Fluchthilfe um Luise Meier und Josef Höfler läßt sich“; so Franco Battel, „als ein kompliziertes Netz von Kontakten und Verbindungen verstehen, das teilweise zufällig, teilweise sehr zielgerichtet entstand.“<sup>19</sup> Dieses Hilfsnetz ist gut dokumentiert, denn es liegt neben amtlichen Quellen eine Reihe von Veröffentlichungen vor, darunter von Elsbeth Behrend-Rosenfeld, Jizchak Schwersenz sowie Herbert und Lotte Strauss.<sup>20</sup> Es gibt sogar einen Bericht aus dem Jahr 1955 von Luise Meier selbst.<sup>21</sup>

17 In: Dossier Heckendorf, ZfA.

18 Ebenda. Unter welchen Umständen Heckendorf vom Zuchthaus ins KZ kam, ist leider nicht bekannt. Vgl. Battel, „Wo es hell ist ...“; S. 197–199.

19 Ebenda, S. 204.

20 Rahel Elsbeth Behrend (-Rosenfeld), *Verfemt und verfolgt. Erlebnisse eine Jüdin in Nazi-Deutschland 1933 bis 1944*, Zürich 1945; Else R. Behrend-Rosenfeld, *Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944*, Köln/Frankfurt a. M. 1949 (3. Aufl. 1979); dies., *The Four Lives of Elsbeth Rosenfeld, as Told by Her to the BBC*, London 1965; Jizchak Schwersenz, *Die versteckte Gruppe. Ein jüdischer Lehrer erinnert sich an Deutschland*, Berlin 1988; Herbert A. Strauss, *Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943*, Frankfurt a. M. 1997; Lotte Strauss, *Über den grünen Hügel. Erinnerungen an Deutschland*, Berlin 1997.

21 Bericht von Luise Meier, Wiener Library, P III 4, Nr. 193.

Die in Berlin-Grunewald lebende Witwe kannte die Gegend um Singen am Hohentwiel (Baden) in der Nähe der Schweizer Grenze von früheren Reisen her. Sie hatte um die Osterzeit 1943 zufällig den Maschinenbauer Höfler kennengelernt, als sie Lotte Strauss in die Schweiz bringen wollte. Mit Höfler vereinbarte sie, jüdische Flüchtlinge zu schicken, die über bzw. an die Grenze geleitet werden sollten. Luise Meier gibt an, daß sie Kontakt mit einem Delegierten des Roten Kreuzes aus Genf hatte, der ihr teilweise die Reisekostenauslagen erstattete.

Meier und Höfler bereiteten den Fluchtweg in die Schweiz vor, und Höfler und häufig ein Begleiter führten etwa 30 jüdische Flüchtlinge zu sicheren Übergängen.<sup>22</sup> Im Bericht von Luise Meier heißt es: „Ich habe achtundzwanzig Menschen zur Flucht über die Schweizer Grenze verholphen. Geld oder Schmuck als Gegenleistung für meine Hilfe nahm ich niemals an. Meine Ausgaben für Reisen und anderes in Zusammenhang mit meiner Tätigkeit wurde von denen gedeckt, denen ich habe helfen können. Sie alle verfügten über genügend finanzielle Mittel.“<sup>23</sup>

Eine besondere Sicht auf den Fluchthelfer – es muß sich um Josef Höfler gehandelt haben – gibt ein Bericht von Herta Mamelok wider. Die Eheleute Mamelok hatten sich ihrer Deportation entzogen und bereits sieben Wochen im Berliner Untergrund gelebt, als sie von der „besten Freundin“ Luise Meier ein Telegramm erhielten, sofort nach Lindau an den Bodensee zu fahren. Dort wurde Herta Mamelok und am Tag darauf auch ihr Mann von Frau Meier abgeholt. Am 2. Dezember 1943 erhielten sie – wie Frau Mamelok schreibt – „von einer uns völlig fremden Mittelsperson genaue Anweisungen und Direktive unseres Verhaltens“. Als sie am nächsten Tag zu dem vereinbarten Treffpunkt kam, sprach sie „flüsternd ein furchtbares Individuum von Mann an“ und brachte zunächst ihren Mann an die Grenze. Dann kam der „Räuberhauptmann“ zurück und holte sie ab. Anschließend führte der Fluchthelfer beide Mamloks zum alten Rhein hinunter und zeigte ihnen den Weg durchs Wasser. Nach fünf Minuten waren sie am anderen Ufer und gelangten in die Schweiz.<sup>24</sup>

22 Vgl. Battel, „Wo es hell ist ...“, S. 204–215.

23 Bericht Meier, Bl. 16.

24 Vgl. Herta Mamelok, Unsere Flucht aus Berlin. Wiener Library, P III d. Nr. 399; Yad Vashem Archives, 02/176.

Die Fluchthilfe funktionierte bis zum Frühjahr 1944, als Luise Meier einer ihr nicht näher bekannten Frau Brandt und einem 14jährigen Mädchen über die Grenze verhelfen wollte. Die beiden fanden den Weg nicht, kehrten nach Singen zurück und fielen der Polizei auf. Bald darauf wurden Luise Meier, Josef Höfler und weitere Personen verhaftet. Zuerst sollte der Prozeß in Singen, dann beim Sondergericht in Freiburg und schließlich vor dem Volksgerichtshof in Berlin stattfinden. Dazu kam es nicht mehr, und so wurde Luise Meier am 21. April 1945 aus dem Gefängnis in Stockau in der Nähe des Bodensees befreit.<sup>25</sup>

### Gescheiterte Fluchtversuche

Neben den bisher bereits erwähnten mißlungenen Fluchtversuchen<sup>26</sup> gibt es auch Hinweise darauf, daß Selbstmorde an der Grenze keine Seltenheit waren, wie folgender Fall zeigt: Am 25. November 1942 kamen Othmar und Margarete Pollok aus Berlin in Singen an. Die Stadtarchivarin Reinhild Kappes hat den Entschluß der beiden Verfolgten überliefert, beim Mißlingen der Flucht

25 Ein von dem Regionalhistoriker Hans-Dieter Arntz umfassend rekonstruiertes kommerzielles Fluchthilfeunternehmen agierte ebenfalls von Berlin aus. Da es sich auf die deutsch-belgische Grenzregion bezieht, auf die ich im Rahmen dieses Beitrags nicht näher eingehe, will ich auf dieses bemerkenswerte, bisher zu wenig beachtete Beispiel nur kurz hinweisen. – Nach den Akten eines vor dem Landgericht Aachen 1942/43 durchgeführten Prozesses gegen sieben Fluchthelfer bzw. -helferinnen – darunter drei jüdische Leute – brachte die aus etwa 15 bis 20 Personen bestehende Gruppe gegen hohe Bezahlung Verfolgte aus Berlin über Aachen und Eupen nach Brüssel und Antwerpen, bis sie im September 1942 aufflog. Vgl. Hans-Dieter Arntz, *Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet: Kreisgebiet Schleiden, Euskirchen, Monschau, Aachen und Eupen/Malmedy, Euskirchen 1990*, S. 663–678. Die Prozeßunterlagen (Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Rep. 89/204-207) sind derzeit ins Schloß Kalkum ausgelagert. Vgl. Kirschgens, *Wege*, S. 178–180.

26 Hierzu gehört auch die mißlungene Flucht des jungen Ehepaares Kurt und Irmgard Wohlmuth, die von Schweizer Grenzbeamten an die deutsche Seite übergeben und später in Berlin erschossen wurden. Vgl. Marta Mierendorff, *Von der Schweiz ausgeliefert, in Deutschland erschossen. Fam. Wohlmuth und Salomon, Deutschmeisterstr. 1*, in: Thea Koberstein/Norbert Stein, *Juden in Lichtenberg mit den früheren Ortsteilen in Friedrichshain, Hellersdorf und Marzahn*, hrsg. v. Kulturbund e. V., Berlin 1995, S. 166–168.



aus dem Leben zu scheiden: „Beide nahmen noch im Bahnhofsgebäude eine hohe Dosis Schlafmittel ein. Frau Pollok verstarb im Bahnhofsgebäude, ihr Mann wenig später nach seiner Verbringung ins Städtische Krankenhaus.“<sup>27</sup>

Ebenso scheiterten die beiden folgenden Fluchtversuche: Ende 1943 erfuhr die seit mehreren Monaten „illegal“ lebende Mutter von Eva Schmalenbach von einer Möglichkeit, in die Schweiz zu fliehen. Sie informierte ihre Tochter und traf sich mit ihr zunächst in Stuttgart. Eva Schmalenbach berichtet: „Von dort fuhren wir zur Schweizer Grenze, aber unser Fluchtversuch mißlang, wir wurden von den Grenzbeamten verhaftet, und von da führte der Weg meiner Mutter über eine Reihe von Umwegen nach Auschwitz, wo sie im Mai 1944 verstorben sein soll.“ Die Zeitzeugin konnte aus dem Gefängnis fliehen, wurde aber erneut inhaftiert und erlebte das Ende des Nationalsozialismus im Konzentrationslager Ravensbrück.<sup>28</sup>

### Zustandekommen der Fluchthilfe

Häufig ist leider nicht bekannt, wie der Kontakt zwischen Verfolgten und Helfer bzw. Helferin zustande kam. Beim folgenden Fall läßt es sich jedoch anhand von Unterlagen der Geheimen Staatspolizei Düsseldorf rekonstruieren.<sup>29</sup>

Wilhelm Brocke, ein in Mönchengladbach lebender alleinstehender Witwer, wurde im Sommer 1942 von seiner Bekannten Therese Koch angesprochen, ob er Kontakte nach Holland habe. Frau Koch erkundigte sich im Namen von Frau Osser, in deren Damenatelier sie als Direktrice beschäftigt gewesen war, und deren Mann. Wilhelm Brocke weihte seine erwachsene Tochter Annemarie ein, und beide nahmen mit dem Holländer Henrikus Wiyhers Kontakt auf, der den Brockes manchmal Lebensmittel aus Holland mitgebracht hatte.

Herr Wiyhers fuhr mit den Ossers im Zug bis an die Grenze. Die 1000,- RM für seine Dienste ließ er bei Annemarie Brocke in Mönchengladbach zurück,

27 Reinhild Kappes, ... und in Singen gab es keine Juden? Eine Dokumentation, hrsg. v. Kulturamt der Stadt Singen (Hohentwiel), Sigmaringen 1991, S. 87.

28 Die Informationen stammen von Yad Vashem bzw. der Israelischen Botschaft und wurden dem ZfA vom Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ zur Verfügung gestellt.

29 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 58/17402.

um sie sich einige Tage später abzuholen. Wiyhers kam jedoch nicht zurück, da er beim illegalen Grenzübertritt verhaftet und ins Gefängnis Krefeld eingeliefert worden war. Wilhelm Brocke fuhr nach Köln, um dem Vater bzw. Schwiegervater der Ossers die 1000.– RM zurückzugeben. Brocke behielt 100.– RM für seine Vermittlungsdienste. Seine Tochter hatte vorher schon einmal 100.– RM für ihre Bemühungen bekommen.

Kurz darauf wurde Wilhelm Brocke festgenommen. Die Gestapo vermutete bei ihm Geldgier als „Tatmotiv“, da sein Geschäft in großen Schwierigkeiten steckte und er selbst verarmt war. Brocke betonte aber unter Hinweis darauf, wie wenig Geld er für die Vermittlung erhalten habe, daß er aus „rein menschlichen Gefühlen“ gehandelt habe. Die Tochter Annemarie Brocke wurde von der Gestapo ebenfalls verhört, jedoch nicht festgenommen. Sie lieferte die 100 RM Vermittlungsgeld bei der Gestapo ab. Wilhelm Brocke wurde mit Anordnung vom 5. November 1942 als Schutzhäftling ins KZ Sachsenhausen überführt. Er starb dort am 7. April 1943 um 7 Uhr „an doppelseitiger Lungenentzündung“. Der Verbleib des Ehepaares Osser ist unklar.

### Gefahren, Interessenkonflikte und Konsequenzen

Die größte Gefahr bestand in der naturgemäßen Unerfahrenheit der Flüchtlinge und der Fluchthelfer. Selten gab es Ansätze konspirativen Verhaltens, vielmehr kam es öfter zu großen Unvorsichtigkeiten, wie Battel bemerkt: „Die Flüchtlinge, die oft schon alles verloren hatten, wollten die wenigen verbleibenden Gegenstände, die für sie hohen Erinnerungswert hatten, auf keinen Fall zurücklassen. Sie nahmen diese – manchmal auch entgegen der Abmachungen – mit auf die Flucht. Für die Fluchthelfer aber war jedes Gepäckstück primär eine Gefahrenquelle, denn wer sich mit Reisekoffern in unmittelbarer Grenznähe aufhielt, fiel auf und machte sich verdächtig.“<sup>30</sup> Ähnlich äußerte sich Luise Meier über die Flucht von Ernst Schwerin und einem Freund, die sie in Singen abholen und nach Gottmadingen zu Höfler bringen wollte: „Ich war entsetzt über das Riesengepäck.“<sup>31</sup>

30 Battel, „Wo es hell ist ...“, S. 218.

31 Bericht Meier, Bl. 6.

Aber auch Denunziationen stellten eine große Bedrohung dar, wie das Beispiel von Marie Louise Hensel zeigt. Bei einem Ferienaufenthalt am Bodensee erkundigte sie sich nach einem Fluchtweg für die jüdische Familie Reis. Frau Hensel hatte von dritter Seite von dem Problem der Verfolgten, denen sie persönlich nie begegnet war, erfahren und beschlossen, ihnen zu helfen. Sie zog die Inhaberin eines dicht an der Grenze gelegenen Gasthauses ins Vertrauen und bat die Frau um Hilfe, einen Weg in die Schweiz zu finden. Die Gastwirtin verrät Marie Louise Hensel jedoch an die Grenzwächter, und wenig später wurde sie von der Gestapo Konstanz verhaftet. Da sie keinen Ausweg mehr für sich sah, beging sie am 27. August 1942 im Gefängnis Selbstmord.<sup>32</sup> Ungeklärt ist, ob die Familie Reis tatsächlich in die Schweiz gelangen konnte.

Oft sind auch Abmachungen nicht eingehalten worden, indem mehr Flüchtlinge als vereinbart erschienen oder nicht zur verabredeten Zeit am entsprechenden Ort eintrafen. Eine besonders dramatische Geschichte ereignete sich 1942.<sup>33</sup> Der seit 1938 in der Schweiz lebende Flüchtling Heinz Hammerschlag versuchte, seine jüdische Mutter Paula Hammerschlag aus Berlin zu retten. Als er den lange vorbereiteten Plan im Mai 1942 in die Tat umsetzen wollte, warteten in Hohenems neben Paula Hammerschlag noch vier weitere ältere Frauen – von denen zwei gehbehindert waren – auf die Passeure aus der Schweiz. Die beiden jungen Fluchthelfer Hermann Kühnis und Jakob Spirig versteckten zunächst die beiden gebrechlichen Frauen und zogen mit den drei anderen los. Als sie die rettende Schweizer Grenze fast erreicht hatten, gingen plötzlich von allen Seiten Scheinwerfer an und es fielen Schüsse. Nur einer Frau gelang es, sich in Sicherheit zu bringen, die anderen – auch die beiden Zurückgebliebenen – fielen den deutschen Grenzpolizisten in die Hände und kamen in das Gefängnis von Feldkirch. Hier nahm sich Paula Hammerschlag das Leben. Die Fluchthelfer wurden in der Schweiz zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilt.<sup>34</sup>

Tragische Folgen hatte auch die Flucht des Ehepaares Bernhard und Eugenia Einzig, die von Luise Meier zusammen mit Elisabeth Goldschmidt in die Schweiz geleitet werden sollten. Die Einzigs und Meier/Goldschmidt fuhren in getrennten Abteilen nach Singen, als Frau Meier zu ihrem Entsetzen – den

32 Yad Vashem, Department „Righteous Among the Nations“, ger 763.

33 Vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hrsg.), *Die Schweiz*, S. 118 f.

34 Vgl. ebenda, S. 119.

ohnehin „auffallend jüdisch aussehenden“ – Herr Einzig laut redend und lebhaft gestikulierend in der Abteiltür stehen sah. Sie winkte ihm, sich ruhig zu verhalten. Aber die Warnung kam offenbar zu spät, denn kaum war sie in ihr Abteil zurückgekehrt, kam Frau Einzig schreckensbleich hereingestürzt und teilte mit, daß ihrem Mann die – gefälschten – Ausweispapiere weggenommen und er selbst festgenommen worden sei. Bernhard Einzig wurde 1943 in Theresienstadt ermordet. Eugenia Einzig gab später Luise Meier die Schuld am Tode ihres Mannes. Sie selbst gelangte in die Schweiz und zog 1947 zu ihren Kindern nach Großbritannien.<sup>35</sup>

Die Interessenkonflikte lagen in der Natur der Fluchthilfe: Während sich die Flüchtlinge meist auf das Gelingen ihrer eigenen Flucht konzentrierten, mußten sich die Helferinnen und Helfer darüber hinaus absichern. „Während die Flüchtlinge“, wie Battel feststellt, „in der Regel bis unmittelbar zum Übertritt von der Ortskenntnis des Helfers profitieren wollten, tendierten die Helfer dazu, sich schon früh von den Flüchtlingen zu verabschieden und lediglich die Fluchtrichtung anzugeben.“<sup>36</sup> Josef Höfler geleitete z. B. Herbert Strauss und Ernst Ludwig Ehrlich nicht direkt bis an die Grenze, sondern gab ihnen lediglich den einzuschlagenden Weg an.<sup>37</sup>

Nach den von mir eingesehenen Unterlagen scheint es nicht so selten gewesen zu sein, daß die aus Deutschland Geflohenen den Schweizer Grenzbehörden die Namen ihrer Helfer und Helferinnen nannten und sie dadurch gefährdeten. Vermutlich vertrauten die Verhörten – naiverweise? – darauf, daß ihre Informationen nicht in deutsche Hände gerieten.

Die fehlgeschlagenen Versuche endeten für die jüdischen Flüchtlinge mit der Deportation in ein Konzentrationslager, was nur die wenigsten überlebten. Wie die genannten Beispiele zeigen, erhielten die entdeckten Fluchthelfer Freiheits- und Geldstrafen, und nicht selten wurden sie auch in ein Konzentrationslager eingewiesen. Die Fluchthilfe stellt damit wohl eine der risikoreichsten Formen von Rettungsbemühungen dar.

35 Vgl. Bericht Meier, Bl. 9; BAR, 4260 (C)-Nr. 1974/34-44/10, Dossier II 401 – Einzig-Weißhauss, Eugenia; Archiv für Zeitgeschichte, Archiv des Verbandes Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen, Dossier Einzig, Eugenia (Genia).

36 Battel, „Wo es hell ist ...“, S. 296.

37 Vgl. Strauss, Über dem Abgrund, S. 293; Ernst Ludwig Ehrlich, in: Battel, „Wo es hell ist ...“, S. 338.

## Motivationen für die Fluchthilfe

Basierend auf den im Forschungsprojekt dokumentierten Fluchthilfefällen möchte ich – bei aller Vorsicht – einige Thesen zu den Motivationen der Fluchthelfer und –helferinnen aufstellen:

Die Gründe zum Helfen scheinen sich bei ihnen nicht wesentlich von denen der anderen Retter und Retterinnen zu unterscheiden. Zu den vielschichtigen Motivationen der Fluchthelfer und -helferinnen gehören politische, religiöse und humanitäre Ideale ebenso wie Abenteuerlust. Es gab Menschen mit moralischen Beweggründen und solche, die eher aus Opposition gegen das nationalsozialistische Regime handelten. Auch Geld spielte eine Rolle, die aber nicht überschätzt werden sollte. Zwar gelangte das Sondergericht Freiburg im Prozeß gegen Heckendorf und seine Helfer zu der Einschätzung, daß der Geldgewinn Motiv des Handels war, und die Angeklagten haben wohl gut daran getan, dem nicht zu widersprechen. Wenn sie humanitäre oder politische Gründe angegeben hätten, wäre möglicherweise eine höhere Strafe die Folge gewesen. Es ist aber zu betonen, daß sich nicht immer eine klare Grenze zwischen Schmuggel, Gelderwerb und Widerstand ziehen läßt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die grenzüberschreitende Fluchthilfe viele Menschenleben retten konnte. Aber das Risiko des Scheiterns war groß.

Die Entgeltung der Fluchthelfer hatte wahrscheinlich häufig zur Folge, daß die Flüchtlinge nach dem gelungenen Grenzübertritt wenig Anlaß zum Dank sahen. So kam es, daß beide Seiten nur ungern über ihre Erlebnisse gesprochen haben. Aber die historische Forschung findet reichhaltiges Material zur Auswertung vor, wie die im Forschungsprojekt erfaßten Informationen und auch die Dissertationen von Battel und Kirschgens gezeigt haben. Es wird wohl noch eine Weile dauern, bis die Fluchthilfe umfassend – also auch die nach Dänemark und Schweden führende – erforscht ist. Hier ist in erster Linie die Regionalforschung der Landstriche an den Grenzen Deutschlands gefragt.





*Irene Block, 1942*

---

MONICA KINGREEN

## Verfolgung und Rettung in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region

Sieht man sich die bisher verfügbaren Informationen in der Datenbank des Projektes „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Zentrums für Antisemitismusforschung im Hinblick auf die Verteilung in den deutschen Großstädten an, so entsteht der Eindruck, daß nicht nur im Vergleich zu Berlin, sondern auch zu München oder der Region Köln/Düsseldorf in Frankfurt am Main auffallend wenige Jüdinnen und Juden gerettet worden sind. Wie läßt sich dies erklären?

Manfred Wolfson,<sup>1</sup> der sich in den sechziger Jahren intensiv mit Rettern in Deutschland befaßt hat, versuchte sich die „umfangreiche Rettungstätig-

1 Siehe dazu die Beiträge von Emil Walter-Busch und Revital Ludewig-Kedmi in diesem Band.

keit in Berlin“ durch den „Kosmopolitismus“ der Stadt zu erklären, da die Berliner seiner Meinung nach im Gegensatz etwa zu den Hessen „keinen homogenen Volksstamm“ darstellten, und er führte „berlinische Urbanität, Toleranz“, den „besonderen Esprit“ der Stadt und den „besonderen Charakter der Berliner“ als Erklärung für dieses Phänomen an.<sup>2</sup> Auch Leo Baeck hatte nach dem Krieg festgestellt, daß die jüdische Bevölkerung sowohl in Berlin als auch in Hamburg besser als in anderen Städten Deutschlands behandelt worden sei.<sup>3</sup>

Jenseits dieser Betrachtung von Mentalitätsunterschieden sollen im folgenden einige grundlegende Strukturen bezüglich der Verfolgung und vor allem der gewaltsamen Verschleppung der jüdischen Bevölkerung in der Region Frankfurt am Main aufgezeigt werden, um eine Vorstellung von den Verhältnissen zu vermitteln, unter denen Hilfe und Rettung von jüdischen Menschen stattfand oder auch scheiterte. Nach einem Blick auf die Konstruktion von Rettungslegenden sowie den Umgang mit „Geretteten“ und „Rettern“ in der Frankfurter Region wird abschließend versucht, die schwierige Frage zu beantworten, warum in der Mainmetropole nur wenig über Rettungen von Juden bekannt geworden ist.

## Die Besonderheit der Stadt

Frankfurt galt als „Stadt der Juden und der Demokraten“ und hatte den Ruf, besonders liberal, kulturell und wissenschaftlich aufgeschlossen und weltoffen zu sein. Die überwiegend protestantische Großstadt verdankte vor allem ihrem jüdischen Bevölkerungsteil Prosperität und kulturelles Niveau. Juden und Nichtjuden lebten in vielfältigen Bezügen zusammen; die soziale Zugehörigkeit und nicht die konfessionelle war relevant. Trotz dieser Integration hatte es bei den Frankfurter Juden die Tendenz gegeben, in der Nähe der Glaubensgenossen zu wohnen, oft in derselben Straße, oder bei jüdischen Selbständigen

2 Manfred Wolfson, Zum Widerstand gegen Hitler: Umriss eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln/Berlin/Bonn/München 1975, S. 391–407, hier: S. 397 f., S. 406.

3 Ebenda, S. 394 f.



zu arbeiten.<sup>4</sup> 1933 hatte Frankfurt mit 26 000 Menschen einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 4,7 % und war damit die Großstadt im Deutschen Reich mit dem größten prozentualen Anteil von Juden an der Gesamtbevölkerung. Die Frankfurter Jüdische Gemeinde war die zweitgrößte im Land. Vergleicht man dies mit Berlin, so war dort die absolute Zahl zwar sechsmal so hoch, doch relativ gesehen genau ein Prozent niedriger: Bezogen auf das Reich lebten in Berlin 32,1 % aller Juden, in Frankfurt dagegen 5,2 %.<sup>5</sup>

In den Dörfern und Städten Hessen-Nassaus und Hessens war das Landjudentum seit Jahrhunderten fest verwurzelt. Bei den Ländern lag der Anteil der jüdischen Bevölkerung 1933 in Hessen-Nassau mit 1,82 % an zweiter Stelle, für Hessen-Darmstadt mit 1,25 % an vierter Stelle und damit weit über dem Reichsdurchschnitt.<sup>6</sup>

### Die Situation nach 1933

Diese Besonderheit Frankfurts kommt im Aufruf der Jüdischen Gemeinde vom 31. März 1933, am Vorabend des antijüdischen Boykotts, mit den selbstbewußten Worten zum Ausdruck: „Wenn keine Stimme sich für uns erhebt, so mögen die Steine dieser Stadt für uns zeugen, die ihren Aufschwung zu einem guten Teil jüdischer Leistung verdankt, in der so viele Einrichtungen vom Gemeinsinn der Juden kündigen, in der aber auch das Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern stets besonders eng gewesen ist.“<sup>7</sup> Erklärtes Ziel der Nationalsozialisten, die Frankfurt als „Jerusalem am fränkischen Jordan“ bezeichneten, war, daß aus dieser „Stadt der ‚Frankfurter Zeitung‘ und Maier Amschel Rothschilds wieder die deutsche Stadt“ wird.<sup>8</sup>

4 Rachel Heuberger/Helga Krohn, Hinaus aus dem Ghetto ... Juden in Frankfurt am Main 1800–1950, Frankfurt a. M. 1988, S. 93.

5 Alle Zahlen entnommen aus: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451,5, Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933, H. 5, Die Glaubensjuden im Deutschen Reich, Berlin 1936.

6 Ebenda.

7 Aufruf des Vorstandes der Israelitischen Gemeinde vom 30. 3. 1933, in: Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1963, S. 17.

8 Schreiben des Oberbürgermeisters Krebs vom 13. 4. 1933, in: ebenda, S. 79 f.

In einem Ende 1934 im *Manchester Guardian* erschienenen Artikel über die Situation der Juden in Frankfurt berichtet der Korrespondent unter anderem, daß diese Stadt im Vergleich etwa zu Köln oder Nürnberg als „Paradies“ gelte. Außer an Tagen der NS-Paraden verlaufe das Leben in den für Frankfurt typischen ruhigen Bahnen. Die Menschen hätten sich inzwischen an die Unterscheidung zwischen „Arier“ und „Nichtarier“, zwischen anerkannten Bürgern und nur tolerierten gewöhnt. Andererseits spricht er von dem Gefühl einer neuen Kameradschaft in einer beinahe grotesk heterogenen Gesellschaft mit all denen, die schrittweise aus der Gemeinschaft herausgedrängt wurden: alte Offiziere, ehemalige Beamte, die früheren Deutschnationalen, überzeugte Monarchisten und ein großer Teil der Studenten. Die Möglichkeiten des sozialen Umgangs von Juden und Nichtjuden seien aber selten, die Juden auf sich selbst zurückgeworfen. Sogar in dieser Stadt, diesem relativen Paradies, gebe es wieder eine Art Ghetto, eine rigide soziale Abtrennung. Ein Fortsetzungsartikel beschrieb dagegen die brutale Verfolgung und Austreibung der Juden in Oberhessen, die systematische Zerstörung ihrer Existenz, ihre völlige Hilflosigkeit und vor allem das fehlende Eingreifen von Autoritäten wie Pfarrern und Schulleitern.<sup>9</sup>

Vor allem nach den Nürnberger Gesetzen setzte aus den hessischen Dörfern und Kleinstädten die Abwanderung in die Großstadt Frankfurt ein.<sup>10</sup> Bereits im Jahre 1937 waren die hessischen Landgemeinden, verglichen mit dem Stand von Anfang 1933, um mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder geschrumpft. Frankfurt wurde zum bedeutendsten Aufenthaltsort in der Schnittstelle von Binnen- und Auswanderung, die Stadt war – so ein Bericht von Anfang 1938 – „ein großes Sammelbecken für die zahlreichen Juden aus den kleinen Landgemeinden der Provinz Hessen-Nassau, der Rhein-

9 The Jews of Frankfort. Fresh Confidance. ‚Paradise‘ – With A Reservation. ‚A Sort of Ghetto‘, in: *The Manchester Guardian*, 4. 12. 1934; The Jews of Hesse. An outlawed Race. Malevolence of Peasants. ‚Judah, Get out!‘, in: *The Manchester Guardian*, 5. 12. 1934.

10 Siehe dazu: Monica Kingreen, Zuflucht in Frankfurt. Zuzug hessischer Landjuden und städtische antijüdische Politik, in: dies., „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938–1945, Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 17, Frankfurt a. M. /New York 1999, S. 119–155, hier: S. 120–124.

provinz und des Landes Hessen“.<sup>11</sup> Die Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung Frankfurts nahm in diesen Jahren zwar nur langsam ab, aber dies allein läßt nicht die völlige Umstrukturierung des jüdischen Bevölkerungsteils erkennen.<sup>12</sup> Auf dem Lande veränderten sich durch die Flucht in die Großstadt Altersstruktur und Sozialprofil dramatisch: oft blieben nur Restfamilien zurück, die gesamte Gruppe war gekennzeichnet durch Überalterung und einen starken Frauenanteil. Insgesamt war eine zunehmende Verarmung und Verelendung der jüdischen Bevölkerung vorherrschend. Die jüdischen Organisationen in Frankfurt reagierten auf die Verfolgung mit einer verstärkten Beratungstätigkeit, vor allem bezüglich der Auswanderung. Anlernwerkstätten mit Wohnheimen für Jugendliche in hauswirtschaftlichen, handwerklichen und technischen Bereichen wurden eingerichtet. Frankfurt entwickelte sich mehr und mehr zum Ausbildungs- und Schulzentrum der hessischen Region, was für die Kinder und Jugendlichen bedeutete, daß sie getrennt von ihren Familien und sozialen Bezügen isoliert in Frankfurt in einer jüdischen Gemeinschaft lebten.<sup>13</sup> Für die Jahre von 1933 bis zum Novemberpogrom 1938 sind zahlreiche Beispiele von Unterstützung und Solidarität von seiten nichtjüdischer Frankfurter gegenüber den zunehmend bedrängten Juden bekannt. Auch die Rettungsgeschichte der jüdischen Familie Senger begann 1933, als der zuständige Polizeiwachmeister zu dem aus Rußland stammenden staatenlosen Ehepaar und den drei Kindern kam und ihnen mitteilte, daß er in den Meldeunterlagen bei der Rubrik „Glaubensbekenntnis“ die Angabe „mosaisch“ durchgestrichen und durch „Dissident“ ersetzt habe. Einige Jahre später vernichtete er die korrigierte Meldekarte und stellte eine neu aus. Dies bewirkte, daß die Familie auf keiner Deportationsliste registriert war und den Krieg in Frankfurt überleben konnte.<sup>14</sup>

11 Max Birnbaum, Binnenwanderung als Etappe der Auswanderung, in: *Der Morgen 13* (1937/39), S. 464 f.

12 Vgl. Zuzug und Abwanderung der Juden von Januar 1936 bis September 1939. Zusammenge stellt nach den Monatsberichten des Polizeipräsidenten an den Oberbürgermeister, in: *Dokumente*, S. 418 f.

13 Siehe dazu: Kingreen, *Zuflucht*, S. 124–128.

14 Valentin Senger, *Kaiserhofstraße 12*, Frankfurt a. M. 1988, S. 69 ff.

## „Kristallnacht“ in Frankfurt am Main

Während des Novemberpogroms wurden in Frankfurt am Main im Gegensatz zu Berlin und Hamburg<sup>15</sup> alle jüdischen Männer ab 18 Jahren bis auf wenige Ausnahmen verhaftet. Eine Woche lang wurde Jagd auf sie gemacht. In der Festhalle wurden mehr als 3000 Männer gedemütigt und mißhandelt und dann für einige Wochen ins KZ Buchenwald oder Dachau verschleppt.

Das Britische Generalkonsulat in der Frankfurter Guillotstraße 62 war in diesen Tagen Zufluchtsort für zahlreiche Juden. Dies alles ist bisher nicht näher erforscht, nur einige Hinweise aus Erinnerungsberichten geben darüber Auskunft: „Dankbar gedenken Hunderte des Konsuls Smallbones und des Vizekonsuls Dowden. Was diese Männer viele Monate lang Tag für Tag an Zuspruch, Rat und Hilfe den armen Menschen gegeben haben, die das Wartezimmer füllten, ist ein leuchtendes Beispiel echter Menschenliebe.“<sup>16</sup> Der Generalkonsul und „Captain Foley in Berlin taten alles zur Rettung von Juden, was nur irgendwie zu decken war, auch gegen formelle Anordnungen. Vor dem britischen Konsulat warteten [...] stets Hunderte von Personen. [...] (dort) waren in diesen Tagen außerordentlich viele Menschen versteckt, soviel wie der unterirdische Raum aufnehmen konnte. Sie wurden dort mehrere Tage ernährt.“<sup>17</sup>

Während des Novemberpogroms in Frankfurt begann die Stadtverwaltung erfolgreich mit massiven Übergriffen auf die Autonomie der Jüdischen Gemeinde, vor allem aber auf den Besitz jüdischer Institutionen und Stiftungen. Die gesamten jüdischen Fürsorgeinstitutionen wurden von der Stadtverwaltung beschlagnahmt und von einem städtischen „Judenbeauftragten“ fortgeführt. Die Handlungsspielräume der ehemals autonomen Jüdischen Gemeinde waren begrenzt auf eine „Art Nothilfe“; „die Jüdische Gemeinde war kampflös“, wie eine Zeitzeugin pointierte.<sup>18</sup> Die ehemals wohlhabende

15 Vgl. Telegramm der Jewish Agency in London vom 22. 11. 1938, in: Otto Kulka (Hrsg.), *Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939*, Tübingen 1997, S. 434.

16 Bericht von Rabbiner Georg Salzberger, der im April 1939 auswanderte. Jüdisches Museum Frankfurt am Main (JMF), Manuskript A 266.

17 Bericht von Hans Pomeranz, der im Februar 1939 auswanderte. JMF, Manuskript A 236.

18 Gespräch mit Liesel Farth und Ilse Kahane in Frankfurt am 6. 6. 2001.

Gemeinde war in den folgenden Monaten gezwungen zuzusehen, wie sich die Frankfurter Stadtverwaltung an ihrem umfangreichen Besitz bereicherte.<sup>19</sup> Als nach dem Novemberpogrom immer mehr Verfolgte aus dem Umland in die Mainmetropole strömten, entstanden immer weitere Inseln jüdischen Lebens, in denen ein zwar isoliertes, aber noch relativ ungestörtes Leben möglich war.<sup>20</sup>

Bis Ende 1939 unterstand die Jüdische Gemeinde der Stadtverwaltung. Mit der erzwungenen Gründung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wurden die Institutionen der Jüdischen Gemeinde jedoch der Frankfurter Gestapo unterstellt.<sup>21</sup>

Nach der „Kristallnacht“ intensivierten sich wie in anderen Städten die Aktivitäten der kirchlichen Hilfsorganisationen und der Quäker zur Unterstützung der „nichtarischen Christen“ vor allem in der Auswanderungsberatung. Katholische „Nichtarier“ wurden durch den St. Raphaels-Verein betreut, dessen Büro dem Caritassekretariat in der Alten Mainzergasse 45 angegliedert war. Für die evangelischen „nichtarischen“ Christen war der Paulusbund zuständig, der sein Büro in der Taunusanlage 21 hatte und unter der langjährigen Leitung des bis 1933 tätigen Frankfurter Stadtverordneten Emil Goll stand.<sup>22</sup>

Von wesentlicher Bedeutung scheinen auch in Frankfurt die Aktivitäten der Quäker gewesen zu sein. Leiter der dortigen Gesellschaft der Freunde war Dr. Rudolf Schlosser, eine führende Persönlichkeit des deutschen Quäkertums.<sup>23</sup> Rabbiner Salzberger, der im April 1939 auswanderte, äußert sich dazu in seinen Erinnerungen nur ganz allgemein: „Wirklich mitfühlend und hilfsbereit waren die Quäker, mancher Frankfurter Jude dankt ihnen seine Rettung.“<sup>24</sup>

19 Siehe dazu: Kingreen, *Zuflucht*, S. 131–137; dies., *Raubzüge einer Stadtverwaltung.*

Frankfurt am Main und die Aneignung von „jüdischem Besitz“, in: *Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus* 17 (2001).

20 Siehe dazu: Kingreen, *Zuflucht*, S. 142–147.

21 Ebenda, S. 136 f.

22 Vgl. Adolf Diamant, *Gestapo Frankfurt am Main*, Frankfurt a. M. 1988, S. 137.

23 Vgl. Emilie Braach, *Wenn meine Briefe Dich erreichen könnten. Aufzeichnungen aus den Jahren 1939–1945.* Hrsg. v. Birgit Forchhammer, Frankfurt a. M. 1987, S. 8, 218.

Rudolf Schlosser kam Ende 1944 bei einem Bombenangriff ums Leben.

24 Bericht von Rabbiner Georg Salzberger.

## Die Lebensbedingungen ab Frühjahr 1941

Zu einer extremen Verschlechterung der Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung Frankfurts kam es ab dem Frühjahr 1941. Diese Entwicklung fiel zusammen mit dem Auswanderungsverbot für Männer unter 45 Jahren<sup>25</sup> und der Beschlagnahme des in Deutschland verbliebenen, in den Speditionen eingelagerten Besitzes emigrierter Juden, die in Frankfurt mit besonderer Schärfe durchgeführt wurde. Hier wirkte beispielsweise der Besitzer der Firma Ferromont hilfreich, indem er sich von einem jüdischen Rechtsanwalt beraten ließ, um Eigentumsrechte seiner jüdischen Kunden wahren zu können.<sup>26</sup>

Mitte Mai 1941 wurde im Rahmen der „Freimachung jüdischer Wohnungen“ von der Gauleitung damit begonnen, „rund 400 Wohnungen in etwa 375 Häusern judenfrei zu machen“.<sup>27</sup> Ein Teil der Kinder- und Jugendheime wurde ab Juni geschlossen, ihre Bewohner immer weiter zusammengedrängt.<sup>28</sup> Betrachtet man die Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung Mitte 1941, so war mehr als die Hälfte älter als 50 Jahre, und mehr als 60 % waren weiblich.<sup>29</sup>

Zu dieser Zeit gab es in Frankfurt noch 100 „arische“ Dienstmädchen.<sup>30</sup> Die meisten wurden aus ihren Arbeitsstellen bei jüdischen Personen entfernt, wie die in sogenannter Mischehe lebende Tilly Cahn in ihr Tagebuch schrieb: „Da gibt es Fälle von wirklicher Tragik: Viele alte Mädchen, bis zu 60 und 70 Jahren, sind seit Jahrzehnten bei noch älteren Damen oder Familien.“<sup>31</sup> Das

25 Vgl. Wolf Gruner, *Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 213.

26 Vgl. Monica Kingreen, *Wie sich Museen Kunst aus jüdischem Besitz aneigneten. Städte als skrupellose Profiteure der Vertreibung und Vernichtung*, in: *Frankfurter Rundschau*, 9. 5. 2000 (Dokumentation); Mitteilung von Peter Cahn an die Autorin über seinen Vater, den Rechtsanwalt Max L. Cahn.

27 Der Beauftragte der Geheimen Staatspolizei bei der Jüdischen Wohlfahrtspflege an die Geheime Staatspolizei Frankfurt vom 22. 10. 1941, in: *Dokumente*, S. 468–476, hier: S. 473.

28 Der Beauftragte der Geheimen Staatspolizei bei der Jüdischen Wohlfahrtspflege an die Geheime Staatspolizei Frankfurt vom 12. 7. 1941, in: ebenda, S. 460–468, hier: S. 463.

29 Ebenda, S. 465.

30 Ebenda, S. 462.

31 Nach dem Tagebucheintrag vom 27. 7. 1941 von Tilly Cahn. Peter Cahn stellte freundlicherweise für mich im Oktober 1998 Auszüge aus dem Tagebuch seiner Mutter zusammen. Sie sind inzwischen auch veröffentlicht: Peter Cahn, *Tagebuch-*

Verhalten dieser Hausangestellten und die Hilfe für die ihnen verbundenen jüdischen Menschen ist bisher in keiner Weise für Frankfurt untersucht worden.

Im Juni 1941 hatten die Juden in Frankfurt Listen über ihren gesamten Besitz auszufüllen, „die Gedanken deswegen“, so Tilly Cahn, „sind höchst betrüblich: gibt es Evakuierung?“<sup>32</sup> Mehrere Monate zuvor waren die pfälzischen und badischen Juden verschleppt worden, die Deportation der Juden aus Hessen-Darmstadt war im Oktober 1940 auch bereits geplant, aber nicht realisiert worden.

Mitte 1941 begann eine weitere lokale „Aktion“ des Gauleiters Jakob Sprenger in Form einer forcierten Hungerpolitik gegen Juden: Vor allem das Hauptnahrungsmittel Kartoffeln, oft auch Gemüse und Obst, wurden verboten. Mit zahlreichen Hausdurchsuchungen nach Mangelwaren wurde die jüdische Bevölkerung in den folgenden Monaten drangsaliert. Kartoffeln sollte es für Juden erst neun Monate später wieder geben.<sup>33</sup> Ein weiterer Angriff auf die Lebensbedingungen war das Verbot des Gauleiters, zum bevorstehenden Winter 1941/42, der einer der härtesten werden sollte, Kohlen oder Hausbrand zu erwerben. Zur Linderung dieser sich in den folgenden Monaten weiter verschärfenden Notsituation sind zahlreiche Hilfeleistungen durch Versorgung mit Lebensmitteln oder Kohle für hungernde und frierende Juden überliefert. So half etwa Margarete Rau 1942 in Wiesbaden einer Jüdin, die auf der Straße ohnmächtig zusammengebrochen war, und begleitete sie nach Hause. Als sie feststellte, daß die Frau und ihre Familie unzureichend versorgt waren, brachte sie ihnen in der folgenden Zeit Lebensmittel. Margarete Rau wurde denunziert, und nach einigen Wochen Haft im Wiesbadener Polizeigefängnis kam sie „wegen artvergessenen Verhaltens“ für einige Monate in das KZ Ravensbrück.<sup>34</sup>

An die Reaktionen der Frankfurter Bevölkerung auf die Einführung des Judensterns im September 1941 erinnerte sich ein Verfolgter folgendermaßen: „Ein großer Teil der Bevölkerung, nachdem er sich an den Anblick gewöhnt

aufzeichnungen und Briefe von Max L. Cahn und Tilly Cahn aus den Jahren 1933–1943, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Bd. 65, Frankfurt a. M. 1999, S. 182–221.

32 Tilly Cahn, Tagebucheintrag, 2. 6. 1941.

33 Tilly Cahn, Tagebucheintrag, 21. 7. 1941 und folgende Einträge.

34 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Datenbank Widerstand und Verfolgung in Hessen.

hatte, tat so, als sähe er den Stern gar nicht. Aufmunternde Worte in der Öffentlichkeit und noch mehr im Geheimen wurden uns erwiesen. Einige Schritte vom Opernhaus entfernt sprang ein gutaussehender, mir völlig unbekannter Mann von seinem Rad und näherte sich mir: ‚Darf ich Ihnen die Hand und die feste Versicherung geben, daß viele meiner Freunde geschworen haben, daß das, was man Euch jetzt angetan hat, bitter zu vergelten ist. Haben Sie nur Mut, so ganz verlassen sind Sie nicht.‘ Ich war stark beeindruckt.“<sup>35</sup>

In dieser Phase der Verfolgung, im September 1941, lebten in Frankfurt noch fast 11 000 Jüdinnen und Juden. Dies waren lediglich 6,5 % der Juden des „Altreichs“ – im Gegensatz zu Berlin mit 44 % zu dieser Zeit.<sup>36</sup>

### Gewaltsame Verschleppung aus Frankfurt am Main ab Herbst 1941

Ohne Vorwarnung – wie beispielsweise einige Tage zuvor in Köln – wurden am 19. Oktober 1941 mehr als 1100 jüdische Frankfurter aus dem Westend, dem vornehmsten Wohngebiet der Stadt, nach Lodz verschleppt. Gerüchte im Vorfeld mußte Rabbiner Neuhaus auf Geheiß der Gestapo während des Gottesdienstes am jüdischen Neujahrsfest zurückweisen. Der Grund für diese Geheimhaltung läßt sich nicht mit Sicherheit benennen. Vermutlich gibt es einen Zusammenhang zum einen mit der Aneignung der Wohnungen, möglicherweise in Konkurrenz zu städtischen Stellen, und zum anderen – wesentlich bedeutender – mit den in der Rüstungsindustrie eingesetzten Arbeitern, deren Deportation eine „Beeinträchtigung der betreffenden Wehrmachtfertigung“ bedeutete.<sup>37</sup> Nach dem damaligen Eindruck von Tilly Cahn, die ihre Gedanken in ihr Tagebuch notierte, diente diese erste Deportation „doch wohl zu keinem anderen Zweck als zum sicheren und entsetzlichen Untergang. Und ganz viele Volks-

35 Bericht von Ferdinand Levi, JMF, Manuskript A 246. Der Bericht ist veröffentlicht in: Frankfurter jüdische Erinnerungen, hrsg. v. d. Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Sigmaringen 1997, S. 275–287.

36 Vgl. Dokumente, S. 475.

37 Vgl. zu allen folgenden Angaben und Quellennachweise über die Deportationen aus Frankfurt: Monica Kingreen, Gewaltam verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden in den Jahren 1941–1945, in: dies., „Nach der Kristallnacht“, S. 357–402, hier: S. 358 ff.



genossen leben stillvergnügt weiter ohne die leiseste Ahnung von dem himmel-schreienden Unrecht, das da geschieht“.<sup>38</sup> Als einzige kirchliche Reaktion liegt ein „Hilferuf wegen der katholischen Nichtarier“ des Bischöflichen Kommissars, des Stadtpfarrers Dr. Herr vor, der auf dem Dienstweg an den Apostolischen Nuntius weitergereicht werden sollte. Er setzte sich für die Herausnahme die katholischen „Nichtarier“ oder aber für bessere Bedingungen für sie ein.<sup>39</sup> Ein aus dieser Phase bekannter Rettungsversuch ist der des 30jährigen Frankfurter Hausdieners und Gelegenheitsarbeiters Theodor Palmen, der einem jüdischen Ehepaar zur Flucht in die Niederlande verhalf. Diese Unterstützung wurde bekannt, Palmen verhaftet und erst in das KZ Dachau eingewiesen, später nach Mauthausen überstellt, wo er 15 Monate später zu Tode kam.<sup>40</sup>

Nach diesem ersten Transport vom 19. Oktober fanden im folgenden Monat zwei weitere große Verschleppungen statt, von denen jedoch Zwangsarbeiter in kriegswichtigen Betrieben ausgenommen blieben. Von den Deportierten gelangten keine Nachrichten nach Frankfurt. Erst im Dezember 1941 wurde im Ghetto in Lodz die Postsperre kurzfristig aufgehoben, aus dem Ghetto Minsk gab es einige illegale Verbindungswege. So berichtete die christliche Margarete Stock 1947 dem Sohn ihrer ermordeten jüdischen Nachbarin: „Am 11. November 1941 nahmen wir Abschied [...]. Es war unsagbar schwer, das Scheiden. Der Glaube an ein baldiges Wiedersehen half uns das Schwerste tragen [...]. Es war bisher das Schwerste, was mich treffen konnte, als deine lieben Eltern und viele liebe Bekannte von uns gingen. Das ganze Haus war leer, diese unheimliche Stille: alle Räume versiegelt [...]. Wir hatten großes Glück. Ich war stets sehr leichtsinnig, es war mir auch gleich. Immer mit einem Fuß im Kazet. Mein Mann hatte mir späterhin verboten, laufend die schweren Pakete an die uns vollständig fremden Wachposten zu schicken. Da tat ich es hinter seinem Rücken und hatte immer Glück. [...] Die Wachposten in Minsk waren ebenfalls anständige Menschen, sie hatten Herz und Gefühl für die Ärmsten. Alles bekam die liebe Mutti, was ich hinschickte. Allerdings schickte ich auch jedesmal etwas für die Angehörigen (der Soldaten, M. K.) mit. Deine herzensgute Mutti schrieb mir, sie würde immer staunen, daß ich so nobel

38 Tilly Cahn, Tagebucheintrag, 4. 11. 1941.

39 Schreiben des Bischofs von Limburg, Hilfrich, vom 27. 10. 1941, in: Dokumente, S. 515 f.

40 HHStAW, Datenbank Widerstand und Verfolgung in Hessen.

wäre. [...] Was ich deinen lieben unvergeßlichen Eltern getan habe, tat ich von ganzem Herzen. Wir haben uns sehr gut verstanden und sehr lieb gehabt. Wir waren miteinander verwachsen.“<sup>41</sup>

Innerhalb eines einzigen Monats waren 30 % der jüdischen Bevölkerung verschleppt worden, danach lebten nur noch etwa 7000 Jüdinnen und Juden in Frankfurt.<sup>42</sup>

Etwa zur Zeit des dritten Transports drohte die hiesige Gestapo auf Anweisung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) der Bevölkerung bei Kontakten zu Juden mit Schutzhaft oder KZ.<sup>43</sup> Daß dies oft drastisch umgesetzt wurde, zeigt das Beispiel eines Gastwirts in Oberhessen, der verhaftet wurde, weil er in seinem Lokal an einen Juden Bier ausgeschenkt hatte. Er wurde für einige Monate in das KZ Dachau eingewiesen.<sup>44</sup>

Auch das Ende 1941 rückwirkend erlassene Verbot für Juden, Besitz zu veräußern oder zu verschenken,<sup>45</sup> war häufig die Grundlage für die Einweisungen „arischer Freunde“ in das KZ, wie mehrere Fälle aus Wiesbaden zeigen. So holte beispielsweise Maria Einhorn für das befreundete jüdische Ehepaar Leffmann, mit dem sie viele Jahre in einem Haus gewohnt hatte, ein Bild und einen Spiegel, das diese bei einer Frau untergestellt hatte, kurz vor deren Deportation ab. Sie wurde verhaftet und für einige Monate in das KZ Ravensbrück gebracht.<sup>46</sup>

41 Dieser Brief wurde mir freundlicherweise von Menachem Hess zur Verfügung gestellt.

42 Zahlenangaben aus: Dokumente, S. 469, und aus Kingreen, Gewaltsam verschleppt, S. 389.

43 Schreiben der Gestapo Frankfurt vom 18. 11. 1941, Faksimileabdruck in: Johannes Simmert, Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933 bis 1945, Koblenz 1974, S. 223. Bezug war der Erlaß des RSHA vom 24. 10. 1941.

44 HHStAW, Datenbank Widerstand und Verfolgung in Hessen.

45 Schnellbrief des RSHA vom 27. 11. 1941, in: Kurt Pätzold (Hrsg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Frankfurt a. M. 1984, S. 321 f.; Rundschreiben der Reichsvereinigung vom 1. 12. 1941, in: ebenda, S. 324.

46 Lothar Bembek vom Förderkreis Aktives Museum Deutsch-Jüdischer Geschichte in Wiesbaden stellte mir freundlicherweise seine Rechercheergebnisse zur Verfügung.

Im Winter 1941/42 verschärften sich die Lebensbedingungen: Zu Hunger, Kälte und Kleidungsangel kam für viele Juden noch der erzwungene Einsatz zum Schneeschaufeln.<sup>47</sup>

Nach einer Pause von sechs Monaten begann Anfang Mai 1942 eine zweite große Deportationsphase, in deren Verlauf in drei Transporten knapp 2.500 Frankfurter und mehr als 500 Personen aus Wiesbaden und den Dörfern des Regierungsbezirkes verschleppt wurden, und zwar nach der Vorschrift des RSHA Personen unter 65 Jahren. In Frankfurt war es dabei einerseits zum Konflikt zwischen den Deportationsinteressen von Gestapo und Gauleiter Sprenger und andererseits den Interessen der Rüstungsbetriebe, vertreten durch den Rüstungskommandeur, gekommen, in dem sich aber Gestapo und Gauleitung durchsetzen konnten.

Während von den im März 1942 aus Hessen verschleppten Menschen zahlreiche Briefe eintrafen und auch die Möglichkeit bestand, ihnen etwas zu schicken, gab es von keinem der Deportierten ein Lebenszeichen. Nach Abschluß dieser zweiten Phase im Juni 1942, weniger als acht Monate nach Beginn der Deportationen, blieben in Frankfurt nur noch etwa 2400 Jüdinnen und Juden zurück, meist Kranke und Alte über 65 Jahren.

In einer dritten Deportationsphase, die im September 1942 begann, wurden innerhalb eines Monats in drei großen Transporten etwa 2.500 Frankfurter verschleppt, unter ihnen die letzten Krankenschwestern und andere Angestellte der Gemeinde. Auch Maria Fulda, die mit Hilfe fingierter Transportunfähigkeitsbescheinigungen (wegen Lähmungserscheinungen in den Beinen) bereits viermal von der Deportation zurückgestellt worden war, stand auf der Transportliste, konnte jedoch gerettet werden. Ihre Bekannte, die Frankfurter Rechtsanwältin Dr. Irene Block, die als „Mischling 2. Grades“ galt, holte sie wenige Minuten vor der Deportation aus ihrem Zimmer und brachte sie für eine Woche auf dem Land unter. Sie täuschte einen Selbstmord der Verfolgten im Main vor – häufige Art des Suizids in der Zeit vor den Deportationen – und versteckte sie dann in ihrer kleinen Wohnung in der Unterlindau 41 im Frankfurter Westend, in der sich auch ihr Anwaltsbüro befand. Eineinhalb Jahre blieb Maria Fulda dort, nur wenige Meter von ihrer früheren Wohnung entfernt. Wenn Klienten kamen, zog sie sich in das hinterste Zimmer zurück, „wo

47 Vgl. Tilly Cahn, Tagebucheintrag, 3. 1. 1942 und folgende Einträge.

eine offene Schlafcouch als Versteck für den äußersten Notfall stets bereit stand“. Als das Haus durch Bomben zerstört wurde, zogen die beiden Frauen nach komplizierter Ausweisbeschaffung nach Nordhessen und lebten dort als Bombenflüchtlinge.<sup>48</sup> Irene Block gehört zum Kreis der von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrten Deutschen. Auf weitere Rettungen durch langfristiges Verstecken in Frankfurt gibt es bisher keine Hinweise.

Ein ungewöhnlicher Rettungsfall ist dagegen aus Wiesbaden bekannt, wo der aus Polen stammende Jude Naftali Rottenberg volle sechs Jahre lang verborgen gehalten wurde. Er war im Zuge der Verschleppung der aus Osteuropa stammenden Juden im Oktober 1938 über die Grenze nach Polen deportiert worden, und seine „arische“ Ehefrau, die zum Judentum übergetreten war, hatte ihn freiwillig begleitet. Im Sommer 1939 konnte das Ehepaar befristet nach Wiesbaden zurückkehren. In ihrer Wohnung lebten inzwischen die Schwester von Frau Rottenberg und deren Mann. Wegen des bevorstehenden Krieges wurde Naftali Rottenberg gewarnt, nicht nach Polen zurückzukehren, und er blieb zusammen mit seiner Frau – mit Wissen des Hausbesitzers – einfach bei den nichtjüdischen Verwandten in ihrer ehemals eigenen Wohnung. Auf der Karteikarte der jüdischen Gemeinde wurde nach einer fehlgeschlagenen Auswanderungsabsicht „abgewandert ins Ausland“ notiert. Nach dem Krieg gab Rottenberg an: „Ich habe mich ständig entweder in der Wohnung oder im Keller verborgen halten müssen und habe in der ganzen Zeit nur ab und zu mal bei Dämmerung den Hof des Hauses aufgesucht, bin aber nicht auf die Straße oder sonst ins Freie gegangen. [...] In einer Kellernische stand ein Sessel, in dem ich schlief. Aufgehalten habe ich mich meistens in dem Wirtschaftskeller.“<sup>49</sup> Naftali Rottenberg konnte deshalb überleben, weil sein Name in keiner Kartei mehr geführt wurde und niemand aus dem persönlichen Umfeld ihn denunzierte.

48 Yad Vashem, Department „Righteous Among the Nations“, ger 1196. Die Akte enthält einen Bericht von Maria Fulda vom 19. 6. 1945 (erhalten von Dr. Beate Kosmala, ZfA).

49 Vgl. Förderkreis Aktives Museum Deutsch-Jüdischer Geschichte Wiesbaden (Hrsg.), Osteuropäisches Judentum in Wiesbaden. Redaktion Dorothee Lottmann-Kaeseler, Wiesbaden 1991, S. 174–182, hier S. 178.

Anders gelagert war der Fall des Frankfurter Arztes Dr. Kahl, der zusammen mit seiner Frau und seinen Söhnen mehrere Wochen lang den im Juli 1942 aus dem KZ Majdanek (Generalgouvernement) geflüchteten Robert Eisenstädt, der am 30. Mai 1942 aus Hanau deportiert worden war, auf seinem Dachboden in einem Verschlag versteckte. Dieser konnte auch die kursierenden Gerüchte über die Ermordung der Juden im Osten bestätigen. Dr. Kahl wollte ihm und seiner Verlobten, einer ungarischen Jüdin, die seine Patientin gewesen war, nach Beratung mit dem Pfarrer der Bekennenden Kirche, Otto Fricke, zur Flucht in die Schweiz verhelfen. Bei der Beschaffung der erforderlichen Papiere erhielt er die Hilfe eines Polizisten, mit dem er in die Wohnung einer Arbeitsdienstführerin einstieg und dort Ausweise entwendete. Frau Kahl begleitete die beiden Verfolgten mit ihren „frisierten“ Pässen im Februar 1943 im Zug bis an die Schweizer Grenze. Einige Zeit später erhielten Kahls eine Karte aus der Schweiz, auf der ihnen verschlüsselt mitgeteilt wurde, daß die Flucht geglückt war. Auch die Schwester der Verlobten von Eisenstädt hatte Dr. Kahl einige Wochen in seinem Hause versteckt und ihr falsche Papiere und auch Zyankali besorgt, damit sie der Deportation im Herbst 1943 entkommen konnte.<sup>50</sup> Kahls Rettungsbemühungen konnten nicht zuletzt auch deshalb gelingen, weil ihn der „Vorsitzende des Judenrates von Frankfurt“ vor mehr als zwanzig jüdischen Gestapo-spitzeln, von denen zwei seine Patienten waren, rechtzeitig gewarnt hatte.<sup>51</sup> Der Verfolgte Robert Eisenstädt, ein Sozialdemokrat und Goldschmied aus Hanau, hatte übrigens bereits vor seiner Deportation im Mai 1942 die Absicht gehabt, zusammen mit seiner damaligen Verlobten unterzutauchen, wie er nach seiner geglückten Flucht in die Schweiz berichtete: „Wir, meine Frau und ich, gingen zu den Leuten, bei denen ich mich verstecken sollte. Hier mußte ich eine schwere Enttäuschung erleben. Die Leute hatten von

50 Interview von Manfred Wolfson mit Dr. Fritz Kahl 1964, aus: Nachlaß Wolfson (freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Revital Ludewig-Kedmi, Universität St. Gallen, und Deborah Wolfson Rimle); Bericht des Sohnes Eugen Kahl 1988 (zur Verfügung gestellt von Beate Kosmala, ZfA); Gespräche mit Eugen Kahl im Mai 2001. Bei der Ungarin handelt es sich um Tusi Molnar, die sich in Deutschland Tuschi Mueller und später in den USA Tusette Miller nannte, siehe dazu ihren Brief vom 15. 11. 1996 an Familie Kahl.

51 Interview von Manfred Wolfson mit Dr. Fritz Kahl 1964.

dem Entschluß, mich versteckt zu halten, Abstand genommen und ließen sich nicht mehr beeinflussen.“<sup>52</sup>

Tragisch endete dagegen der Versuch von Marie Louise Henschel aus Marburg, bei einem Erholungsaufenthalt am Bodensee Ende August 1942 für die von der Deportation bedrohte Familie des Marburger Rechtsanwaltes Dr. Hermann Reis eine Fluchtmöglichkeit in die Schweiz zu finden. Sie hatte sich ihrer Pensionswirtin im Schweizer Grenzgebiet anvertraut und wurde denunziert. Nach der Festnahme durch die Gestapo erhängte sie sich im Gefängnis, um weiteren Verhören zu entgehen. Familie Reis wurde nach Theresienstadt deportiert.<sup>53</sup> Gerade zur illegalen Flucht in die Schweiz liegen mehrere Hinweise auf Hilfe vor, die aber leider oft gescheitert war.<sup>54</sup> So gab es beispielsweise in Frankfurt eine Gruppe von Fälschern, die Pässe für die Flucht in die Schweiz herstellten.<sup>55</sup>

### Die Verfolgung der jüdischen „Mischehe“-Partner ab Ende 1942

Bereits im September 1942, lange vor dem ersten großen Bombenangriff, der erst ein Jahr später bevorstand, waren die Deportationen der sogenannten Volljuden aus Frankfurt und auch aus allen hessischen Gebieten mit mehr als 14 000 Personen abgeschlossen.<sup>56</sup> Danach gab die Gestapo für Frankfurt

52 Bericht „Unser Abtransport zur Deportation“, in: Soll ich meines Bruders Hüter sein? Weitere Dokumente zur Juden- und Flüchtlingsnot unserer Tage, hrsg. v. Schweizerischen evangelischen Hilfswerk für die bekennende Kirche in Deutschland mit Flüchtlingsdienst, Zürich 1944, S. 34–40, hier: S. 34. Der Bericht nennt keinen Verfasser, doch handelt es sich nach meinen Recherchen um Robert Eisenstätt aus Hanau, der im Gegensatz zu Dr. Kahl von seiner Frau und nicht von seiner Verlobten spricht. Vgl. zu dieser Deportation Monica Kingreen, *Deportation. Die gewaltsame Verschleppung – der Hanauer Hauptbahnhof als Sammelplatz*, in: Monika Ilona Pfeifer/Monica Kingreen: *Hanauer Juden 1933–1945. Entrechtung, Verfolgung, Deportation*, Hanau 1996, S. 97–139.

53 Vgl. Anton Maria Keim (Hrsg.), *Yad Vashem, Die Judenretter aus Deutschland*, Jerusalem 1984, S. 70.

54 Vgl. HHStAW, Datenbank zu Widerstand und Verfolgung in Hessen.

55 Vgl. HHStAW, Abt. 461 Nr. 9930, Verfahren des Sondergerichtes Frankfurt am Main vom 13. 7. 1944.

56 Nicht berücksichtigt sind hierbei die Mitarbeiter der Reichsvereinigung der Bezirksstelle Hessen-Nassau, die im November 1942 zwangsweise in Frankfurt im Gestapo-

lediglich noch 817 Juden an.<sup>57</sup> Die Verschleppung der Frankfurter Juden war also im Vergleich zu anderen Großstädten in forciertem Tempo vorgenommen worden und zum Abschluß gekommen: Im Rahmen der „Fabrikaktion“ am 27./28. Februar 1943 wurden weniger als 50 Personen aus Frankfurt deportiert, während im Regierungsbezirk Arnsberg zu dieser Zeit mehr als 1000 Menschen verschleppt wurden.<sup>58</sup>

In Frankfurt begann die Gestapo unmittelbar nach Abschluß der Massen-deportation – im Zusammenwirken mit dem Gauleiter Sprenger, der besonders eifrig bestrebt war, sein Gebiet „judenrein“ zu bekommen – mit der intensiven Verfolgung der jüdischen „Mischehe“-Partner. Listen dieses Personenkreises wurden erstellt und ständig ergänzt. Systematisch verfolgte der Gestapobeauftragte Ernst Holland in Zusammenarbeit mit dem Leiter des „Judenreferates“ Heinrich Baab jüdische Menschen und bezichtigte sie der Verstöße gegen die zahlreichen Verbote. Ämter, Firmen und Parteistellen waren zur Denunziation aufgefordert. Eine Vorladung zur Gestapo im Rahmen dieser „Aktion“ war meist gleichbedeutend mit Haft im Frankfurter Polizeigefängnis, wo eine besondere Abteilung für Juden eingerichtet worden war. Das weibliche Wachpersonal übermittelte dort den jüdischen Gefangenen – möglicherweise gegen Geld – Kasserolle und Kleidung. Gegen einige von ihnen soll es 1944 Ermittlungsverfahren vor dem SS- und Polizeigericht gegeben haben.<sup>59</sup> Mit Hilfe einer Oberwachtmeisterin gelang es einer jüdischen Gefangenen, sich vor dem Transport in ein KZ auf die jüdische Krankenstation verlegen zu lassen, um von dort zu entfliehen. Drei Wochen hielt sie sich bei der Oberwachtmeisterin verborgen, dann konnte sie sich bei einer ehemaligen Hausangestellten in Wiesbaden bis zum Kriegsende verstecken. Ihre 18jährige Tochter war mit Hilfe des Bischofs von Limburg aus der Haft entkommen.<sup>60</sup> Nach

lager im Hermesweg interniert wurden. Siehe dazu auch: Charlotte Opfermann, „Im Hermesweg“. Zur Tätigkeit in der Bezirksstelle der Reichsvereinigung in Frankfurt am Main von November 1942 bis Juni 1943 – ein Zeitzeugenbericht, in: Kingreen, „Nach der Kristallnacht“, S. 403–413.

57 Vgl. Schreiben des Polizeipräsidenten vom 8. 10. 1942, in: Dokumente, S. 532.

58 Vgl. Kingreen, Deportationen, S. 389; Hans Frankenthal, Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord, Frankfurt a. M. 1999, S. 43 ff.

59 Vgl. Bericht „Erinnerungen“ des ehemaligen Leiters des „Judenreferates“ der Frankfurter Gestapo, Heinrich Baab, im Gefängnis 1963. JMF, Manuskript, S. 40 f.

mehrwöchigem Aufenthalt im Frankfurter Polizeigefängnis gingen Transporte in das Konzentrationslager Auschwitz ab, von wo meist nach einiger Zeit eine Sterbeurkunde eintraf. Unter diesen Umständen konnten Briefe an Verfolgte von großer psychischer Hilfe sein, wie das Schreiben eines Schulleiters an seinen herausgeworfenen „halbjüdischen“ Schüler nach dem Tod des jüdischen Vaters, in dem er von „kaltblütigem Mord“ sprach und ihn tröstete, „daß Sie nicht ganz alleine stehen“.<sup>61</sup> In klarer Einschätzung notierte Tilly Cahn im Januar 1943 in ihr Tagebuch: „Immer mehr häufen sich die Beispiele, daß der männliche jüdische Teil solcher Ehen auf die Gestapo bestellt wird, was einem Todesurteil gleichkommt. Gefängnis – Konzentrationslager – Tod – dieser Ablauf ist üblich, auch Vaters Kollege Kaiser ist so umgebracht worden, es gibt kein Recht mehr, Willkür und Brutalität herrschen.“<sup>62</sup> Die Frankfurter Gestapo machte von der Möglichkeit, lediglich Polizeihaft zu verhängen, kaum Gebrauch gemacht. So war hier Polizeihaft fast immer die Vorstufe zur Einweisung in ein KZ. Selbst im Referat „Schutzhaft“ des Reichssicherheitshauptamtes war diese eigenmächtige Vorgehensweise der Frankfurter Gestapo aufgefallen.<sup>63</sup> Etwa ein Viertel aller jüdischen Partner von den im Juni 1943 bestehenden 344 „Mischehen“ Frankfurts befanden sich zu dieser Zeit in Haft. In dieser Statistik werden übrigens auch 13 untergetauchte Personen unter der Rubrik „vermißt“ gemeldet, deren Identität und Schicksal bisher nicht bekannt sind.<sup>64</sup>

Anfang Februar 1945 erhielten die jüdischen Partner aus „Mischehen“ und deren Kinder, soweit sie „Geltungsjuden“ waren, die Aufforderung zum Arbeitsinsatz an einem ihnen nicht genannten Ort. Das betraf in Frankfurt 191 Perso-

60 Ebenda. Vgl. Urteilsbegründung im Prozeß gegen Heinrich Baab vor dem Landgericht in Frankfurt 1950, in: Adelheid L. Rüter-Ehlermann/Christiaan F. Rüter (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1950, 22 Bde., Amsterdam 1968–1981, Bd. 6, S. 370–437, hier: S. 424 f.

61 Brief von Prof. Otto Schumann vom 11. 11. 1942, Faksimileabdruck in: Dokumentation zur Ausstellung: „Wirken Prof. Schumanns am Lessing-Gymnasium und in Frankfurt 1918–1950“, Frankfurt a. M. 2000, S. 336 ff.

62 Tilly Cahn, Tagebucheintrag, 28. 1. 1943.

63 Vgl. Rüter-Ehlermann/Rüter (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen, hier: S. 379 f.

64 Bericht des Beauftragten der Geheimen Staatspolizei Frankfurt vom 15. 7. 1943, in: Dokumente, S. 499–502, hier: S. 500.



nen, von denen sich 27 diesem Einsatz entzogen, darunter sechs aus dem Ghettohaus Uhlandstrasse 60.<sup>65</sup> Dies traf z. B. auf die damals 14jährige Marianne Maier zu. Als sie bereits auf dem Weg zum Sammelplatz an der Großmarkthalle war, wurde sie von ihrem nichtjüdischen Onkel „angefleht mitzukommen und sich zu verstecken“, was sie auch tat.<sup>66</sup> Ein weiterer für Ende Februar 1945 geplanter Transport nach Theresienstadt kam wegen eines Maschinenschadens nicht zustande. Mitte März gab es noch einen Transport von sieben Personen. Wie viele Menschen sich dabei der Aufforderung zur Deportation entzogen, ist noch unklar. Rückstellungen von diesen letzten Transporten durch die Gestapo erfolgten auch gegen sexuelle Handlungen oder Zigaretten.<sup>67</sup> Insgesamt sind Hilfeleistungen beim Unterkommen in diesen letzten Wochen des Krieges für Frankfurt und Umgebung nicht erforscht, aber einige der bekannt gewordenen „Versteckgeschichten“ stammen aus diesen letzten Wochen und Tagen vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen am 29. März 1945.<sup>68</sup>

### Konstruktion von Rettungslegenden

Beschäftigt man sich mit Hilfeleistungen für Juden, so stößt man häufig auf Rettungslegenden. Im Kontext der letzten Deportation aus Frankfurt steht auch die Darstellung, die ein Gestapoangehöriger einige Jahre nach Kriegsende mit Erfolg amerikanischen Ermittlern vortrug. Auf Weisung der lokalen Gestapo sei ein Transport möglichst lange zurückgehalten worden, und der jüdische Arzt habe – ebenfalls auf Anweisung der Gestapo – fast die Hälfte der vorgesehenen Personen transportunfähig geschrieben. Die Aussage des Arztes zeichnet dagegen ein anderes Bild.<sup>69</sup> Die Konstruktion einer Rettungsgeschichte zur eigenen Schuldentlastung ist offensichtlich.

65 Nach den Listen der am 14. 2. 1945 zur Deportation vorgesehenen Personen, Yad Vashem Archives, 064/356.

66 Vgl. Angelika Rieber, Am Schützenbrunnen 13, in: Ostend. Blick in ein jüdisches Viertel, Ausstellungskatalog, hrsg. v. Jüdischen Museum Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2000, S. 200 f.

67 Lili Hahn, „... bis alles in Scherben fällt“. Tagebuchblätter 1933–1945, Köln 1979, S. 626 f. Aussage von Meta Blatz, in: HHStAW, Abt. 461-30983/12.

68 Vgl. Braach, Briefe, S. 226 ff.

69 HHStAW, diverse Aussagen in: Abt. 461-37048/3 und folgende.

Auch der ehemalige Leiter des „Judenreferats“, Heinrich Baab, erwähnt in seinen im Gefängnis aufgezeichneten „Erinnerungen“ verschiedene Hilfen und Unterstützungen für Juden. Ob sie erfunden sind oder einen wahren Kern haben, ist nie genau erforscht worden, wäre aber durchaus lohnend.<sup>70</sup>

Liest man Lokaldarstellungen über die NS-Verfolgung von Juden, so tauchen darin immer wieder Hinweise auf Rettungsaktionen auf. Erst bei genauerer Betrachtung und zeitlicher Zuordnung stellen sie sich häufig als Konstrukte heraus, die mehr über die Sehnsüchte und Wunschvorstellungen der Vermittler aussagen als über die Realität. Als ich beispielsweise zu Beginn der achtziger Jahr mit meinen Recherchen in einem hessischen Dorf begann, wurde mir erzählt, daß die heutigen Besitzer eines Hauses die ehemaligen jüdischen Eigentümer, ein altes Ehepaar, lange auf dem Dachboden ihres Hauses versteckt gehalten hätten. Natürlich hofft man als Interviewerin auf solche Geschichten, doch erst nach Jahren konnte ich das Geschehen genauer einordnen. Das jüdische Paar hatte sein Haus verkauft und die Wohnung verlassen, um in zwei Dachkammern des einst eigenen Hauses zu leben. 1940 zogen sie schließlich in ein Altersheim nach Frankfurt und wurden später deportiert.

### Zum Umgang mit „Rettern“ und „Geretteten“

Abschließend noch einige diesbezügliche Spezifika im Frankfurt der Nachkriegszeit. Hier wie anderswo in der Bundesrepublik wurde die NS-Zeit beschwiegen. Zwar wurde die Mainmetropole im Jahr 1963 mit dem Auschwitz-Prozeß zu einem zentralen Ort der Auseinandersetzung mit den Tätern, aber die Menschen, die Juden geholfen hatten, blieben weiterhin unbeachtet. Bestes Beispiel dafür ist Oskar Schindler, der seit 1957 mehrere Jahre in der Stadt gelebt hatte. Nur wenige Menschen haben damals von seinen Rettungstaten Notiz genommen.<sup>71</sup>

Als ehemalige jüdische Zwangsarbeiter, die 1942 aus Frankfurt nach Estland verschleppt und dort bei der Firma Philipp Holzmann zwangsweise eingesetzt worden waren, Ende der fünfziger Jahre auf Entschädigung klagten,

<sup>70</sup> Vgl. Baab, Erinnerungen.

<sup>71</sup> Vgl. Dieter Trautwein, Oskar Schindler ... immer neue Geschichten, Begegnungen mit dem Retter von mehr als 1200 Juden, Frankfurt a. M. 2000.

wurde die Aussage des damaligen Vorarbeiters, der mit Hilfe seiner Frau und Töchter ein Unterstützungsnetz in Frankfurt für die verschleppten Frauen aufgebaut hatte, dazu instrumentalisiert, nachzuweisen, wie gut deren Ernährungslage gewesen sei.<sup>72</sup> Dr. Irene Block wurde für ihre lebensrettende Hilfe zwar 1972 in Köln mit dem Bundesverdienstkreuz und zwei Tage nach ihrem Tode von Yad Vashem als „Gerechte“ ausgezeichnet, und auch in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin wird ihrer Tat gedacht,<sup>73</sup> doch ist in Frankfurt ihr mutiges Handeln bis heute weitgehend unbeachtet geblieben, obwohl 1953 über ihre Tat in einer hiesigen Zeitung ausführlich berichtet worden war.<sup>74</sup>

Als 1978 Valentin Senger die Geschichte der Rettung seiner Familie in Frankfurt veröffentlichte, stieß diese einerseits auf großes Interesse, während ihm andererseits noch viele Jahre lang die Einbürgerung wegen angeblicher politischer Unzuverlässigkeit verwehrt wurde.

Das Bundesverdienstkreuz erhielt 1983 Gertrud Roesler-Ehrhardt, Tochter des als Jude verfolgten Internisten und Universitätsgelehrten Prof. Ferdinand Blum, für „die Unterstützung von jüdischen Frankfurtern während der NS-Zeit“. Während des Krieges soll sie Freunde in ihrem Haus versteckt haben.<sup>75</sup> Näheres ist allerdings nicht bekannt geworden.

Die Frankfurter Stadtverwaltung schuf 1990 zur Auszeichnung für mutiges Handeln während der NS-Zeit die Johanna-Kirchner-Medaille. Dabei ging es nur in wenigen Fällen um Hilfe für verfolgte Jüdinnen und Juden in Frankfurt. So wurde der ehemalige Fußballspieler des Frankfurter Sportvereins Karl Alt ausgezeichnet, weil er einen früheren jüdischen Mannschaftskameraden „ge-

72 Unterlagen zum Gerichtsverfahren im Besitz der Verfasserin.

73 Gespräche mit Therese Poser, der Schwester von Irene Block, im Mai 2001; Ronald Granz, Sie rettete eine Jüdin vor dem Gaskammertod. Dr. Irene Block erhielt für ihre heldenhafte Tat das Bundesverdienstkreuz, in: Kölnische Rundschau, 13. 9. 1972; Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Ausstellung Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Material 22.3 (Hilfen für Verfolgte: Abschnitt über Irene Block). Siehe auch Herbert Straeten, Andere Deutsche unter Hitler. Zeitberichte über Retter vor dem Holocaust, Mainz, 1997, bes. das Kapitel: Die Juristin und die 900 Tage der Angst, S. 111–115.

74 Vgl. Madlen Lorei, Eine Frau trotz der Hölle. Die Geschichte von der Rettung eines Menschen aus den Klauen der Gestapo, in: Neue Presse, 28. 2. 1953.

75 Die mutige Frau aus dem Westend, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 1. 1986; Auskunft des Instituts für Stadtgeschichte an die Autorin vom 11. 6. 1998. Siehe auch den Beitrag von Beate Meyer in diesem Band.

meinsam mit inzwischen verstorbenen Freunden sieben Jahre lang versteckt hat“. Durch ein im Jahr 2000, kurz vor seinem Tode, im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung durchgeführtes Interview stellte sich heraus, daß sich seine solidarische und mutige Hilfeleistung auf die Versorgung mit Lebensmitteln bezogen hatte.<sup>76</sup> Auch so können Legenden entstehen, vor allem, wenn die Sehnsucht nach Rettungsgeschichten fundierte Recherchen ersetzt.

Abschließend will ich auf einige Aspekte zur Beantwortung der schwierigen Frage „Warum wurden in Frankfurt so wenige Menschen gerettet?“ eingehen, und zwar zuerst mit einem Zitat eines der führenden Persönlichkeiten der Bekennende Kirche in Frankfurt, Karl Veidt: „Wir haben geschwiegen, wo wir hätte reden müssen. [...] Uns alle klagt das Riesenverbrechen an, das gegen unsere jüdischen Mitbürger begangen worden ist. [...] Wir haben ihnen unter der Hand geholfen, soweit wir konnten, haben ihnen, wie es auch in meinem Pfarrhause geschehen ist, heimlich Unterkunft gewährt und sie auf der Flucht unterstützt. Aber im großen und ganzen haben wir doch geschwiegen. Ich habe einmal an einem Sonntagnachmittag [im August 1942] gesehen, wie in der Niedenu [25] aus einem jüdischen Altersheim alle Insassen [42, nach den Listen der Deportierten], lauter bettlägerige Leute, herausgeholt und auf einen Lastwagen abtransportiert wurden. Ich habe nicht den Mut gehabt, hinzugehen und wenigstens einigen Leuten die Hand zu reichen und ihnen zu sagen, daß einige da waren, die mit ihnen litten und das verurteilen, was mit ihnen geschah. Wie ein geschlagener Hund bin ich nach Hause gegangen.“<sup>77</sup>

Darin liegt ein Teil der Antwort, ein anderer Teil aber muß heißen: Vermutlich gab es tatsächlich nur relativ wenig Hilfe und Rettungsversuche in Frankfurt, andererseits ist hier lange Zeit nicht darüber geforscht worden, so daß wir noch zu wenig wissen.

Die bisher bekannten Fälle müssen in den zeitlichen Kontext der Verfolgung und Hilfe eingeordnet werden, um unspezifische Aussagen wie „er half, wo er nur konnte“<sup>78</sup> zu konkretisieren. Weiterhin wären bereits veröffent-

<sup>76</sup> Interview von Renate Kingma mit Karl Alt am 26. 8. 2000.

<sup>77</sup> Lebenserinnerungen von Pfarrer Karl Veidt, Pfarrer der Bekennenden Kirche der St. Paulsgemeinde in Frankfurt, zit. nach Susanna Keval, *Widerstand und Selbstbehauptung in Frankfurt am Main 1933–1945*. Frankfurt a. M./New York 1988, S. 118, siehe auch S. 123 ff.

<sup>78</sup> Vgl. beispielsweise Keval, *Widerstand*, S. 112.

lichte Geschichten von Rettungen noch genauer zu recherchieren. So soll der Leiter des Jugendamtes in Frankfurt mehr als 100 „halbjüdische“ Kinder gerettet haben, die in einem Heim untergebracht waren und in den letzten Kriegsmonaten deportiert werden sollten. Mit Hilfe eines katholischen Fürsorgebeamten habe er diese Kinder in Rekordzeit in einzelnen Pflegestellen untergebracht, wo sie versteckt werden konnten.<sup>79</sup>

### Schlußbemerkung

Eine Gesamtbewertung der Frankfurter Hilfs- und Rettungsversuche für Juden ist bereits jetzt immerhin ansatzweise möglich, auch wenn es noch viele Einzelgeschichten zu entdecken geben sollte. Diese dürften weitgehend den aufgezeigten strukturellen Besonderheiten entsprechen. Auf dieser Basis läßt sich auch die Situation in der Mainmetropole vor allem mit der in Berlin vergleichen, da zu anderen deutschen Großstädten bis jetzt noch keine detaillierten Forschungsergebnisse vorliegen. Um die bisher bekannten Frankfurter Rettungsfälle in ihrer zahlenmäßigen Bedeutung einschätzen zu können, ist stets Folgendes zu berücksichtigen: Ende März 1943 befanden sich in Frankfurt weniger als 2,5 % der jüdischen Bevölkerung des Altreichs, während mehr als die Hälfte (58 %) aller jüdischen Deutschen zu diesem Zeitpunkt in Berlin lebte.<sup>80</sup>

Entsprechend der spezifischen Struktur der Verfolgung und vor allem der Deportationen lassen sich wichtige Merkmale für die Hilfe und Rettung von Juden in der Frankfurter Region nennen: Das ist zum einen die Hungerpolitik des Gauleiters seit Mitte 1941 und zum anderen vor allem der im Vergleich zu Berlin sehr frühe Abschluß der Massendeportationen im September 1942. Erst im Monat darauf verschärfte sich die Situation in der Reichshauptstadt extrem, als im Oktober 1942 das „Judenreferat“ durch Wiener Gestapomänner unter Alois Brunner eingerichtet worden war. Mit der „Gemeindeaktion“ vom 20. Oktober 1942<sup>81</sup> kam es in Berlin in größerem Umfang zum Untertauchen

79 Vgl. John Otto Reinemann, *Fortgerissen. Mein Leben diesseits und jenseits des Ozeans. Erinnerungen und Gedanken*, Frankfurt a. M. 1981, S. 123.

80 Zahlen für Berlin nach Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz*, S. 321; für Frankfurt: *Dokumente*, S. 498 f.

81 Vgl. Beate Meyer, *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Jüdische Gemeinde zu Berlin*

und kulminierte Ende Februar und Anfang März 1943 im Zuge der „Fabrikaktion“. Zu dieser Zeit war das Wissen um die tödliche Bedrohung durch die Deportationen „nach dem Osten“ sowohl in der nichtjüdischen als auch in der jüdischen Bevölkerung weiter verbreitet als zum Beginn der Transporte. Für Frankfurt sind zumindest für Mai 1942 Gerüchte über die Ermordung „in einem Giftgastunnel“ nachzuweisen.<sup>82</sup> Das heißt also, daß in Berlin das Untertauchen in größerem Umfang zu einem Zeitpunkt geschah, als in Frankfurt schon seit Wochen bzw. Monaten die Deportationen der „Volljuden“ abgeschlossen war. Dies war mehrere Monate vor den Kämpfen von Stalingrad, dem Wendepunkt des Krieges, und auch vor der weiteren Verbreitung konkreter Kenntnisse über den Massenmord in Osteuropa bzw. dem Beginn der systematischen Vernichtung auch der deutschen Juden seit dem Frühjahr 1942.<sup>83</sup> Kennzeichnend für Frankfurt ist auch die bereits im Herbst 1942 einsetzende Verfolgung der relativ wenigen jüdischen Partner in „Mischehen“:

Diesen spezifischen Bedingungen der Verfolgung korrespondieren entsprechende Hilfeleistungen, wie zum Beispiel die Lebensmittel- und Kohlebeschaffung, menschliche Anteilnahme und Stärkung, später Kontakte zu den Deportierten sowie Fluchthilfe in das angrenzende Ausland, besonders in die Schweiz. In den letzten Kriegswochen sind es vor allem die Untertauchmöglichkeiten für jüdische „Mischehe“-Partner und deren als „Geltungsjuden“ eingestufte Kinder im Frankfurter Umland, um sie vor der Deportation nach Theresienstadt zu bewahren.

Als Erklärung für die in Frankfurt im Vergleich zu Berlin zahlenmäßig weit geringeren Hilfs- und Rettungsaktivitäten reichen Hinweise auf Mentalitätsunterschiede nicht aus, vielmehr dürften die wichtigsten Ursachen in strukturellen Unterschieden liegen, vor allem in der rapiden Durchführung der Deportationen der Frankfurter Juden, die bereits Ende September 1942 zum Abschluß gekommen waren.

1938–1945, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 291–337, hier: S. 309 ff.

82 Augenzeugenbericht aus Frankfurt a. M. Was Edwin Van D’Elden im ‚New World Club‘ erzählte, in: *Aufbau*, 24. 7. 1942.

83 Vgl. Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München/Zürich 1998, S. 582, 584 f.



*Gertrud Luckner*

---

ANGELA BORGSTEDT

## „Bruderring“ und „Lucknerkreis“: Rettung im deutschen Südwesten

Als mit der sogenannten Fabrikaktion Ende Februar 1943 die Deportation der letzten im Reichsgebiet verbliebenen Jüdinnen und Juden begann, unternahmen mehrere Tausend von ihnen den Versuch einer „Emigration in den luftleeren Raum“, wie eine Betroffene ihren Schritt bezeichnete.<sup>1</sup> Dieser Schritt bedeutete

1 Edith Wolff, zit. nach Christine Zahn, „Nicht mitgehen, sondern weggehen!“ Chug Chaluzi – eine jüdische Jugendgruppe im Untergrund, in: Wilfried Löhken/Werner Vathke (Hrsg.), *Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion, Berlin 1939–1945*, Berlin 1993, S. 159–205, hier: S. 159. Wie viele tatsächlich versuchten, sich durch Flucht in die Illegalität zu retten, ist zahlenmäßig nur schwer zu belegen. Vgl. die diesbezüglichen Angaben im Beitrag von Claudia Schoppmann in diesem Band.

für die meisten Verfolgten zumeist ein „Abtauchen“ in eine „heimliche Existenz“ in der Großstadt, vor allem in Berlin, wo Anonymität die vermeintlich größeren Überlebenschancen bot. Die Kehrseite waren Bombenangriffe, die nicht nur Versteckmöglichkeiten zerstörten, sondern in besonderem Maße das Leben derer bedrohten, die keine Bunker aufsuchen durften. Und selbst das beste gefälschte oder unter falschem Namen erworbene *echte* Dokument schützte weder vor der Aufdeckung durch Gestapospitzele oder „Greifer“, noch vor der zufälligen, oft gefährlichen Begegnung mit früheren Nachbarn oder Arbeitskollegen. So überlebte auch nur etwa jeder vierte „Illegale“ die Odyssee von Quartier zu Quartier bis zum Kriegsende. Eine Minderheit hielt bereits in jenen Februartagen 1943 die Risiken des Überlebens in der Großstadt für größer als die Chancen und suchte ihre Rettung in der Flucht fort von Berlin: an die Peripherie der Stadt, aber auch nach Pommern sowie in den deutschen Süden oder Südwesten, von wo aus sich womöglich gar eine Flucht in die Schweiz organisieren ließ. Deren streng bewachte Grenzen waren allerdings nicht nur gegen rassistisch Verfolgte des NS-Regimes, sondern auch gegen entflozene Zwangsarbeiter, elsässische Rekruten für die Waffen-SS respektive der Kriegsgefangenschaft entkommene Amerikaner und Briten abgeschirmt. Und nicht einmal die Ankunft auf Schweizer Boden bot die Gewähr, „den Nazis“ tatsächlich „entronnen“<sup>2</sup> zu sein, schickten doch die Behörden jüdische Flüchtlinge durchaus nach Deutschland zurück.

Dennoch wählten Juden aus Berlin wie Lotte und Herbert A. Strauss,<sup>3</sup> Jizchak Schwersenz<sup>4</sup> oder Hermann und Herta Pineas die Schweiz als Fluchtziel, letztere jedoch erst, nachdem sie ihren ursprünglichen Plan des Entkommens mit gefälschten Urlaubspapieren französischer Arbeiter nach Portugal aufgegeben hatten.<sup>5</sup> Ihre Fluchtroute führte sie alle zunächst in den deutschen Süd-

2 Vgl. Edith Dietz [geb. Königsberger], Den Nazis entronnen. Die Flucht eines jüdischen Mädchens in die Schweiz. Autobiographischer Bericht 1933–1942, Frankfurt a. M. 1990; zum Fluchtziel Schweiz: Andreas Grieflinger (Hrsg.), Grenzgänger am Bodensee, Konstanz 2000.

3 Lotte Strauss, Über den grünen Hügel. Erinnerungen an Deutschland, Berlin 1997; Herbert A. Strauss, Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943, Frankfurt a. M. 1997.

4 Jizchak Schwersenz, Die versteckte Gruppe. Ein jüdischer Lehrer erinnert sich an Deutschland, 3. überarb. Aufl., Berlin 1994.

5 Vgl. den Bericht von Hermann Pineas in: Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Bd. 3, Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945, Stuttgart



westen und damit in eine Region, deren liberale Tradition auf eine geringere Fanatisierung der Bevölkerung hoffen ließ,<sup>6</sup> deren Führung sich aber um so radikaler gerierte. So hatte der badische Gauleiter Robert Wagner, schon im April 1933 bei Maßnahmen gegen die jüdische Anwaltschaft ein Vorreiter, gemeinsam mit dem saarpfälzer „Provinzfürher“ Josef Bürckel im Oktober 1940 das Gros der dort lebenden Juden in das südfranzösische Lager Gurs deportieren lassen und damit Berliner Maßnahmen aus Profilierungsstreben weit vorgegriffen. In Wagners für „judenrein“ erklärtem Baden verblieben einzig die wenigen Transportunfähigen des 22. Oktober, die in der Folgezeit in insgesamt fünf Deportationschüben nach Lublin bzw. Theresienstadt verbracht wurden. Der letzte Transport vom 14. Februar 1945, sieben Wochen vor dem Einmarsch französischer Einheiten in Karlsruhe, traf hier wie anderswo die jüdischen „Mischehe“-Partner.

Wagners württembergisches Pendant Wilhelm Murr gestaltete seine Judenpolitik weniger eigenmächtig, sondern exekutierte vielmehr als „williger Vollstrecker“ die vom Reichssicherheitshauptamt vorgegebenen Direktiven. So waren im Sommer 1940 Städte und Dörfer „geräumt“ worden, um die vor allem im ländlichen Süden sowie in Stuttgart lebenden Juden in wenigen Gemeinden, ja in eigens ausgewiesenen Judenhäusern und -wohnungen zu ghettoisieren.<sup>7</sup> Wie von anderen Großstädten fuhr dann im Spätjahr 1941 der erste Transport vom Stuttgarter Hauptbahnhof in Richtung Osten. An jenem 1. Dezember wur-

1982, S. 429–442, hier: S. 435. Abenteuerlich war auch die Flucht der evangelisch getauften Therese Richter, die im Juli 1943 nach Schweden entkam. Zwei ihrer vier Kinder wurden vom Freiburger Caritasdirektor Gustav von Mann versteckt. Vgl. Hans-Josef Wollasch (Hrsg.), ‚Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg‘. Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942–1944, Konstanz 1999, S. 33.

6 Dies zumindest äußerten Illegale wie die zunächst in Berlin untergetauchte Else Behrend-Rosenfeld, Ich stand nicht allein. Leben einer Jüdin in Deutschland 1933 bis 1944, München 1988 (zuerst: Rahel Behrend, Verfeimt und verfolgt. Erlebnisse einer Jüdin in Nazi-Deutschland 1933–1944, Zürich 1945).

7 Es waren dies primär die Orte Buchau, Buttenhausen, Laupheim, Haigerloch und Oberdorf am Ip. Zur Situation in der letztgenannten Gemeinde vgl. Felix Sutschek, Die jüdische Landgemeinde Oberdorf am Ip. zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Michael Kießner (Hrsg.), Widerstand gegen die Judenverfolgung, Konstanz 1996, S. 127–153; allgemein: Paul Sauer (Bearb.), Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945, 2 Bde., Stuttgart 1966.

den etwa 1000 württembergische Juden nach Riga deportiert, weitere 1000 Menschen, darunter auch Badener, am 22. August 1942 nach Theresienstadt. Nach diesem Datum galt auch Württemberg als „judenfrei“. Entsprechend betrafen die im folgenden zu schildernden Rettungsaktionen allenfalls einzelne einheimische „Mischehe“-Partner, ansonsten jedoch ausschließlich die in den Südwesten geflüchteten Jüdinnen und Juden.

Während in Württemberg Ausgrenzung und Entrechtung noch bis zum Sommer 1942 zur mancherorts täglich sichtbaren Realität gehörten, waren Juden in Baden bereits Ende 1940 in Wahrnehmung und Bewußtsein der Bevölkerung kaum mehr gegenwärtig. Mochte dies eine geringe Chance für jene bedeuten, die das Wagnis einer Flucht in den deutschen Südwesten auf sich nahmen,<sup>8</sup> so hatte die dortige Konstellation andererseits einen im Vergleich zum heimischen Berlin gravierenden Nachteil: den der fehlenden Ortskenntnis wie des mangelnden Kontakts zu möglichen Helfern und Rettern. Denn weder der Wechsel nach Baden oder Württemberg, noch gar das mögliche Fernziel eines Grenzübertritts in die Schweiz ließ sich ohne die Mitwirkung eines mehr oder weniger großen Personenkreises bewerkstelligen. Selbst die beiden jugendlichen Schwestern Ilka und Edith Königsberger, die 1942 ganz auf sich gestellt den Entschluß gefaßt hatten, der Deportation durch eine Flucht von Berlin via Freiburg ins deutsch-schweizerische Grenzgebiet zu entgehen, verdankten den Erfolg ihrer „Selbstrettung“ der wenn auch unwissentlichen Unterstützung von Ortskundigen.

### Hilfeleistungen der Bekennenden Kirche in Württemberg

Wer, wie das im Januar 1943 in Berlin untergetauchte Ehepaar Ines und Max Krakauer<sup>9</sup> oder die zwei Monate später folgenden Hermann und Herta Pineas, nach dem Südwesten kam, tat dies zumeist mit Hilfe der Bekennenden Kirche.

- 8 „[...] hier, wo mich außer meinen Gastgebern niemand von früher kennt“, schrieb die zuletzt in Freiburg versteckt Else Behrend-Rosenfeld, „kann ich auch wieder Spaziergänge und Ausflüge unternehmen, ohne, wie in Berlin, ständig fürchten zu müssen, erkannt und ausgeliefert zu werden“. Behrend, *Verfemt und verfolgt*, S. 290.
- 9 Vgl. die inzwischen in 11. Auflage erschienenen Erinnerungen: Max Krakauer, *Lichter im Dunkel. Flucht und Rettung eines jüdischen Ehepaares im Dritten Reich*, 5. Aufl. Stuttgart 1978.

Unterhielten doch die Berliner Büros des Bischofs Otto Dibelius wie Probst Heinrich Grübers Kontakt zum „Bruderring“<sup>10</sup> von Pfarrern der „Kirchlich-Theologischen Sozietät“ wie der „Bekenntnisgemeinschaft“, zwei Gruppierungen des schwäbischen Protestantismus, die sich erst anlässlich der Rettung von Juden zusammenschlossen. Beide standen bereits vor 1933 in Opposition zur immerhin intakt gebliebenen Landeskirche des Bischofs Theophil Wurm. Verbindend war für den heterogenen Zirkel<sup>11</sup> der Einfluß der Theologie Karl Barths, dessen Baseler Heimat und nunmehriges Exil nicht nur geistiger Fixpunkt, sondern konkretes Fluchtziel wurde. „So viele Juden wie möglich zu retten“ war sein Auftrag gewesen. Barths Einfluß hatte nicht zuletzt den Bremer Rechtsanwalt Kurt Müller zu einem theologischen Zweitstudium bewogen; als Pfarrer der Reformierten Kirche in Stuttgart übernahm er nun die Koordination der Judenhilfe in Württemberg. Es war Müllers Adresse, die Flüchtlingen wie den Eheleuten Krakauer und Pineas als Anlaufstelle genannt wurde; es waren dann aber die zur Bekenntnisgemeinschaft zählenden Theodor Dipper und Otto Mörike, die als Mittler zu Kollegen in den ländlichen Gemeinden des Großraums Stuttgart bis hin zur Schwäbischen Alb und selbst ins Badische fungierten.<sup>12</sup> Solche Verbindungsdienste übernahm unabhängig von den ge-

10 Vgl. insbesondere Joachim Scherrieble, Reichenbach an der Fils unterm Hakenkreuz. Ein schwäbisches Industriedorf in der Zeit des Nationalsozialismus, Tübingen/Stuttgart 1994, S. 300–310; ders., Du sollst dich nicht vorenthalten. Das Leben und der Widerstand von Gertrud und Otto Mörike in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, S. 51–60.

11 Tatsächlich konvertierte einer der „Sozietätspfarrer“ nach Kriegsende zum orthodoxen Christentum, zwei dem Kreis nahestehende Theologiestudentinnen zum Katholizismus. Vgl. Ursula Pelkner, Erstens Pfarrerstochter, zweitens Theologiestudentin, drittens Märtyrerin – Gertrud Ströle alias Schwester Benedicta, in: Beate Schröder (Hrsg.), Im Dunstkreis der rauchenden Brüder. Frauen im württembergischen Kirchenkampf, 2. Aufl. Tübingen 1997, S. 70–89.

12 So war eine Station der schon genannten Herta Pineas und der wie sie aus Berlin stammenden Fürsorgerin Beate Steckhan der nahe bei Karlsruhe gelegene Rittnertshof, den die Eheleute Hannelore und Kurt Hansch bewirtschafteten. Hannelore Hansch, geb. Gebhardt, die als „Halbjüdin“ ihr Theologiestudium in Halle nicht beenden durfte, gehörte nach Kriegsende zu den Gründungsmitgliedern der Theologischen Sozietät in Baden. Aber auch nach Bayern reichten die Verbindungen des „Bruderrings“; für das Ehepaar Pineas war Memmingen eine der letzten Stationen vor Kriegsende.

nannten Pfarrern auch die Schwenninger Vikarin Margarete Hoffer. Aus Gründen der Sicherheit beauftragte die württembergische Judenhilfe mehrere, unabhängig voneinander agierende Mittler. Auch war keiner der Helferinnen und Helfer über die tatsächliche Dimension der Hilfe sowie die Zahl der Mitwirkenden informiert.

Die weit mehr als 60 Aktiven des „Bruderrings“: Pfarrer, Pfarrersfrauen, zumindest mitwissend auch deren Kinder, dazu Gemeindegliederinnen, Vikare und Kirchendiener hatten bereits in der Auseinandersetzung mit der Landeskirche Ende der 1920er Jahre ein unangepasstes, oppositionelles Denken und Handeln praktiziert. Dem Nationalsozialismus mit seiner Kirchenfeindschaft und vor allem seinem Rassedogma standen sie von Anbeginn ablehnend gegenüber. Paul Schempp, Pfarrer in Iptingen und Retter von Hermann Pineas, hatte schon 1933 seiner Landeskirchenleitung vorgeworfen, den neuen Machthabern gegenüber zuviel Konzilianz zu zeigen. Daraufhin wurde ihm zunächst der Religionsunterricht entzogen, 1939 schließlich die Zugehörigkeit zur Landeskirche aufgekündigt, zu der er konsequenterweise auch nach 1945 ein gespanntes Verhältnis unterhielt.<sup>13</sup> Der bereits erwähnte Flachter Pfarrer Mörke, 1970 von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem gemeinsam mit seiner Ehefrau Gertrud als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt, hatte bei der Volksabstimmung 1938 seinem Votum *gegen* den Anschluß Österreichs eine handgeschriebene Erklärung beigefügt. Ende 1938 verbreiteten schließlich Mitglieder der Sozietät Auszüge aus der Schrift des Schweizer Theologen Wilhelm Vischer *Das Heil kommt von den Juden* als Flugblatt. Der zeitliche Bezug zur Pogromnacht war hier ebenso evident wie im bekannt gewordenen Protest *ex cathedra* des allerdings nicht zum Kreis gehörenden Oberlenninger Julius von Jan. Einige Pfarrer des „Bruderrings“ waren für ihr bisheriges Engagement mit KZ-Haft bestraft worden. Diese Erfahrung hatte sie in ihrem Handeln allerdings eher bestärkt. Der Reichenbacher Pfarrer Theodor Dipper korrespondierte nach seiner Haftentlassung erst recht mit inhaftierten Kollegen wie Martin Niemöller oder deren Angehörigen. Dipper wie Otto Mörke unterstützten überdies Familien von KZ-Häftlingen mit Lebensmitteln, zu-

13 Zu Schempp vgl. Paul Sauer, *Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus*, Ulm 1975, S. 441; Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben*, S. 439; Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, *Juden, Christen, Deutsche 1933–1945*. Bd. 2/I, 1935 bis 1938, Stuttgart 1992, S. 337–347.

meist Spenden von Gemeindemitgliedern, die später auch den aufgenommenen Juden zugute kamen.

Einige der genannten Pfarrer aus Schwaben hatten demnach bereits in den 1930er Jahren Erfahrungen mit dem „Maßnahmenstaat“ gemacht,<sup>14</sup> doch nur im Ausnahmefall wurden ihre späteren Rettungsaktionen mit KZ-Haft geahndet. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gelang den Verfolgungsbehörden weder die Aufdeckung der Kontakte Theodor Dippers zu Carl Goerdeler, noch der Verbindungen von Mitgliedern der Sozietät, dem sog. Korntaler Gesprächskreis von Friedrich Delekat (dem „Gastgeber“ von Max Krakauer) zum Widerstandskreis Freiburger Professoren.<sup>15</sup> Der einzige Einbruch in den Helferkreis der württembergischen Pfarrer gelang der Gestapo mit der Verhaftung des Wankheimer Theologen Richard Gözl im Dezember 1944, den der Argwohn der Beamten gegen den jedoch längst weiter geschleusten Hermann Pineas ins KZ Welzheim brachte. Hingegen hatte die Entdeckung der jüdischen Kantorsfrau Therese Neumann und ihrer beiden Kinder zumindest keine unmittelbaren Konsequenzen für ihre Helfer Dipper und Diem.

Die Pfarrer Müller, Dipper und Mörike brachten, um nun nicht nur das *Wer* und *Warum*, sondern vor allem das *Wie* dieser schwäbischen Judenhilfe zu zeigen, den von Joachim Scherrieble auf 13 bezifferten, tatsächlich mindestens 17 Personen zählenden Kreis der Illegalen alterierend in mehr als 60 Pfarrhäusern unter.<sup>16</sup> In diesen Landgemeinden mit ihrer jedem Fremden gegenüber

14 Die Oppositionshaltung der württembergischen Bekenntnispfarrer hatte sich mit Kriegsende nicht automatisch gewandelt. Vielmehr stellten sich die Mitglieder der Sozietät, hier namentlich Hermann Diem, auch weiterhin gegen etliche, vor allem denazifizierungspolitische Beschlüsse der Landeskirche. Anders als Landesbischof Theophil Wurm befürworteten sie nämlich das zunächst strenge Säuberungsprogramm der amerikanischen Militärregierung. Vgl. Hermann Diem (Hrsg.), *Kirche und Entnazifizierung. Denkschrift der kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg*, Stuttgart 1946, ferner Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989, S. 182.

15 Vor allem zu Constantin von Dietze, Adolf Lampe und Gerhard Ritter.

16 Neben den Eheleuten Krakauer und Pineas waren dies Beate Steckhan, Ella Friedemann, Senta Maria Klatt, Martha Manthey, Margarete Mittelbach, Elisabeth Schmidt, Rudi Vogel, Frau Klein, Frau Schulze, Anni Cerni, Therese Neumann sowie deren zwei Söhne. Vgl. Scherrieble, *Du sollst dich nicht vorenthalten*, S. 59.

neugierigen Einwohnerschaft war das in Großstädten unumgängliche Verstecken der Geflüchteten kaum möglich und wurde von den Pfarrersfamilien im allgemeinen auch gar nicht versucht. Vielmehr gab man den „Besuch“ als Bombenflüchtling aus, der in einer ohnehin von Hilfesuchenden frequentierten Pfarrei zunächst nicht auffiel. Eine behördliche Anmeldung unterblieb bei einem Aufenthalt von weniger als einem Monat trotz Meldepflicht nach einer Woche, weshalb zumindest in den Jahren 1943/44 diese Frist den Zeitpunkt für den Quartierwechsel bestimmte. Nur selten beherbergten die Mitglieder des „Bruderrings“ ihre jüdischen „Gäste“ so lange wie die Schwenninger Vikarin Margarete Hoffer, die das Ehepaar Pineas 1943 und nochmals 1944 gleich für mehrere Monate aufnahm. Es wurden ungleich mehr Frauen als Männer aufgenommen, weil mit deren Unterbringung keinerlei Erklärung über Freistellung vom Militär- oder Arbeitsdienst verbunden war. 1944 versuchte das württembergische Hilfsnetz, einzelne seiner Schützlinge zu „legalisieren“, indem es bei der Post oder Behörden Ersatz für angeblich bei Bombenangriffen vernichtete Papiere beantragte. Hermann Pineas lebte so seit Sommer 1944 offiziell ausgerechnet unter dem Namen des NS-Ideologen Hans Günther, des sogenannten „Rassegünther“. Am 1. September 1944 meldete er sich beim Arbeitsamt Memmingen und erhielt eine Stelle, die es ihm sogar erlaubte, Dienstreisen zu unternehmen. „Nun hatten wir mit einem Male alles: Wohnung, polizeiliche Anmeldung, Lebensmittelkarten und Arbeit“, so sein Bericht vom Mai 1945.<sup>17</sup> Hingegen endete im Fall der genannten Therese Neumann der Versuch einer „Legalisierung“ mit ihrer Entdeckung und Deportation. Diese wie die Verhaftung des Wankheimer Theologen Gölz verringerte in den letzten Kriegsmonaten die Bereitschaft selbst bisher hilfstätiger Pfarrer, angesichts der näher rückenden Front und der Aktivität fanatischer Nationalsozialisten noch einmal Kopf und Kragen zu riskieren. Nur wenige zeigten sich nun so mutig wie die Stettener Pfarrersfrau Hildegard Spieth, die im April 1945 Ines und Max Krakauer Quartier bot, als im heftig umkämpften Nordwürttemberg die SS ihre Standgerichte hielt. In dieser Situation wurden Aufenthalt, erst recht Ortswechsel für Retter wie Verfolgte zu einer kaum mehr erträglichen Nervenprobe. Im Fall der aus München stammenden Opernsängerin Anni Cerni überforderte die Belastung ihre Kräfte; bei einem Fliegerangriff auf Schwenningen

17 Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben, S. 440.

nahm sie sich im Februar 1945 das Leben.<sup>18</sup> Margarete Hoffer und Lotte Kurz, die sie zuletzt aufgenommen hatten, mußten nicht nur das Trauma eines so tragisch mißlungenen Rettungsversuchs bewältigen, sondern zudem die Beerdigung eines Menschen bewerkstelligen, den es offiziell gar nicht gab.<sup>19</sup>

## Das Hilfsnetz um Gertrud Luckner in Baden

Während in Württemberg die Bekennende Kirche dieses bisher nur teilweise erforschte und dokumentierte Hilfsnetz unterhielt,<sup>20</sup> war in Baden eine vergleichbare Organisation von *katholischer* Seite aufgebaut worden.<sup>21</sup> Herz und Motor war die Freiburger Caritasmitarbeiterin Gertrud Luckner, die in quasi Dauerreisetätigkeit zugleich die wichtigsten Kurierdienste übernahm. Ihre Kontakte reichten vom „Hilfswerk für katholische Nichtarier“ über das evangelische „Büro Pfarrer Grüber“ zur „Religiösen Gesellschaft der Freunde“ (Quäker) und damit zu jener Religionsgemeinschaft, der sie ursprünglich selbst angehört hatte.<sup>22</sup> Ausgestattet mit einem Empfehlungsschreiben des Freiburger Erzbischofs Conrad

18 Vgl. Martje Mechels, *Zwei Frauen im Pfarrhaus. Margarete Hoffer (1906–1991), Lotte Kurz (\* 1913)*, in: Schröder (Hrsg.), *Im Dunstkreis der rauchenden Brüder*, S. 34–49, hier: S. 46; ferner: Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben*, S. 438.

19 Vor dieses Problem sah sich auch die Heidelberger Ärztin Marie Clauss gestellt, deren „illegaler“ Patient Siegfried Bieberfeld im Oktober 1944 einer Krebserkrankung erlag. Vgl. Frank Moraw, *Die Nationalsozialistische Diktatur (1933–1945)*, in: Andreas Czer u. a., *Geschichte der Juden in Heidelberg*, Heidelberg 1996, S. 440–555, hier: S. 552.

20 Die Beiträge von Joachim Scherrieble sind auf Reichenbach und sein Pfarrhaus konzentriert, die von Beate Schröder herausgegebenen Aufsätze auf den Raum Schwenningen. Kaum bekannt sind bislang die Kontakte in den Enzkreis und nach Pforzheim sowie die erwähnte Verbindung nach Karlsruhe.

21 Obwohl im Einzelfall Kontakte von Helfern zu Kreisen des Widerstandes belegt werden können: etwa die genannten des Korntaler Gesprächskreises zum Freiburger Kreis, der Karlsruher „Gastgeberin“ von Herta Pineas und Beate Steckhan, Hannelore Hansch, zum dortigen Zirkel um den Retter Franz Ripfel und den späteren baden-württembergischen Wirtschaftsminister Hermann Veit, ist der Nachweis einer Verbindung des „Bruderrings“ zum „Lucknerkreis“ bislang nicht gelungen.

22 Zu ihren Helfern aus der Religionsgemeinschaft der Quäker vgl. Angela Borgstedt, Eva und Dr. Carl Hermann. Zwei Mannheimer Quäker und ihre Hilfe für Verfolgte des NS-Regimes, in: *Badische Heimat* 79 (1999), S. 183–189.

Gröber, der ihre ausgedehnten Fahrten auch finanzierte, erhielt sie Zugang etwa zu den Kardinälen Faulhaber (München), Preysing (Berlin) und Innitzer (Wien), letzterer Initiator einer eigenen „Hilfsstelle für nichtarische Christen“. In direkter Verbindung stand sie zudem zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, namentlich Leo Baeck und Hannah Karminski, und auf diesem Weg zu den in Auflösung befindlichen jüdischen Gemeinden. Der Kontakt zu jüdischen Gemeinden, zu mehr und mehr isolierten jüdischen Bekannten, Arbeitskollegen und Nachbarn, anfänglich vor allem jedoch zu katholischen „Nichtariern“ war stets ein wichtiges Element der Lucknerschen Judenhilfe gewesen. Darin ergänzten sich ihr Engagement und das der Kreise um den Heidelberger Stadtpfarrer Hermann Maas wie die Mannheimer Quäker Carl und Eva Hermann, die sich primär aber nicht ausschließlich der evangelischen „Nichtarier“ respektive der jüdischen Dissidenten oder derer annahmen, die von keiner anderen Seite Hilfe erwarten konnten. Die Grenzen dieser Kompetenzenverteilung verwischten sich allerdings angesichts der Anforderungen. Anfänglich unterstützten etwa die Eheleute Hermann jüdische Kollegen, indem sie sie in ihren englischen Literaturzirkel, den allwöchentlichen Shakespeare-Abend einbezogen und so deren immer weitergehende Isolierung durchbrachen. Nach der Deportation vom Oktober 1940 versuchten sie, aber auch Pfarrer Maas sowie Marie Baum und Marianne Weber, den Kontakt über Brief- und Päckchensendungen in das südfranzösische Lager Gurs zu wahren. Gertrud Luckner schickte solche Sendungen zudem nach Lublin.<sup>23</sup> Doch hatten das Hilfsnetz und vor allem Gertrud Luckner sehr bald erkannt, daß die psychologische Unterstützung der Ausgegrenzten, die praktische Hilfe für Emigranten wie schließlich die Kontaktwahrung zu Deportierten nur *ein* Aspekt der Tätigkeit für die Verfolgten sein konnte.

## Fluchthilfe

Schon im Dezember 1938, als nach der Flucht vieler österreichischer Juden in die Schweiz der „kleine Grenzverkehr“ verboten und so die illegale Auswanderung erschwert wurde, nahm Gertrud Luckner Planungen für einen Men-

23 Vgl. hierzu Gertrud Luckner/Else Rosenfeld [d. i. Else Behrend-Rosenfeld] (Hrsg.), *Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940–1943*, München 1968.



schenschmuggel auf. Sie inspizierte die im Grenzgebiet gelegenen und möglicherweise als Quartier zu nutzenden Pfarrhäuser und ließ sich erfolgversprechende Fluchtrouten zeigen. „Den Übertritt von der Bietinger Pfarrgemarkung aus, die auf die Grenze stieß, oder gar vom fahrenden Zug Singen-Bietingen-Thayngen/Schweiz aus riskieren zu lassen, riet der Geistliche Max Bertrud Gertrud Luckner ab [...]“. <sup>24</sup> Zwei damals angefertigte Kartierungen des Grenzverlaufs bei Singen am Hohentwiel sowie Gottmadingen, die im Nachlaß Luckners überliefert sind, verwiesen hingegen auf aussichtsreichere Fluchtwege. Allerdings nutzten diese auch andere Fluchthelfer, wie aus der einem entflohenen britischen Kriegsgefangenen abgenommenen Skizze der Schwarzwald- wie der Bodenseeregion ersichtlich wird. <sup>25</sup> Nach der Festnahme des Briten im Mai 1942 ordnete die Gestapoleitstelle Karlsruhe eine verstärkte Bewachung insbesondere des Grenzabschnitts bei Singen an. Und ausgerechnet zu dieser Zeit, am Morgen des 21. Mai, wies Pfarrer Eugen Weiler aus Wiechs am Randen der tags zuvor bei ihm untergekommenen Berliner Jüdin Katharina Lasker-Meyer den Weg über die grüne Grenze nach dem schweizerischen Thayngen. Lasker-Meyer erreichte zwar ihr Fluchtziel, wurde von den dortigen Grenzposten auch nicht zurückgeschickt, aber eingehend verhört, wobei sie u. a. den Namen ihres Helfers nannte. <sup>26</sup> Dem Mitteilungsdrang eines dieser Grenzbeamten war es geschuldet, daß der deutschen Seite die Fluchthilfeaktion Pfarrer Weilers bekannt wurde. Am 1. Juni nahm ihn die Gestapo fest, um ihn am 5. Oktober ins KZ Dachau zu überführen, wo er bis kurz vor Kriegsende verblieb. Die weiteren Recherchen zeigten Weilers Verbindungen vor allem zum Singener Kollegen August Ruf. Diesen verurteilte das dortige Amtsgericht am 29. Oktober 1943 zu einer sechsmonatigen Gefängnishaft. Der gesundheitliche Zustand des Geistlichen verschlechterte sich in der Haft dermaßen, daß er nur eine Woche nach der vorzeitigen Entlassung am 8. April 1944 starb.

24 Vgl. Wollasch (Hrsg.), Nachrichtenzentrale Gröber, S. 27 f., dort auch die im folgenden erwähnte Skizze; ferner Max Bertrud, Meine Jahre als Präses im „Katholischen Vereinshaus Freiburg“ und im „Katholischen Gesellenhaus Freiburg“ von 1938–1944, in: Freiburger Diözesan-Archiv 112 (1992), S. 339–349.

25 Die Skizze des jungen Briten ist im Bestand des Karlsruher Generallandesarchivs (GLA) überliefert: GLA 330/Zug. 1991/34 Nr. 403.

26 Hierzu wie zum folgenden vgl. Reinhild Kappes, ... und in Singen gab es keine Juden? Eine Dokumentation, Sigmaringen 1991, S. 82–89.

## Gestapoermittlungen

Die Verhaftung Rufs und Weilers stellte in zweifacher Hinsicht einen Einbruch der Verfolger in das Lucknersche Hilfsnetz dar. Zum einen war der über die katholischen Pfarrhäuser im Grenzgebiet führende Fluchtweg nunmehr faktisch versperrt. Jüdische Flüchtlinge mußten fortan so gut es ging innerhalb des Helferkreises Aufnahme finden. So boten etwa die Eheleute Hermann im Januar und März 1943 den Berlinern Fritz und Hilde Rosenthal Quartier und halfen ihnen bei der Suche nach weiteren Versteckmöglichkeiten. Zum zweiten hatte die Festnahme der beiden südbadischen Pfarrer das Augenmerk der Verfolger mehr und mehr auf die „Nachrichtenzentrale Gröber“ gelenkt, wie der Lucknerkreis in Verkennung der eigentlichen Protagonisten bei der Gestapo hieß. Ausgegangen waren die Ermittlungen im September 1942 allerdings von der Stapoleitstelle Düsseldorf, wo eine Mitarbeiterin des Mädchenschutzverbandes der Caritas arglos einem Gestapobeamten etliche Interna anvertraut hatte, darunter auch Indizien für eine verzweigte Judenhilfe. Die weiteren Recherchen führten, wie Gertrud Luckner selbst bald wußte, nach Freiburg. Von Herbst 1942 an wurde sie aufwendig überwacht, wobei es ihr im Einzelfall gelang, die Verfolger abzuschütteln. „Die L. hat ihre Abreise um einige Tage verschoben“, berichtete SS-Hauptsturmführer Paul Burghoff etwa am 17. März 1943 an die Stapoleitstelle in Düsseldorf. „Erst gestern konnte vertraulich erfahren werden, daß sie Anfang nächster Woche nach Frankfurt/Main und Leipzig fährt, wo sie sich bereits angesagt hat.“<sup>27</sup> Minutiös festgehalten ist der Aufenthalt in Würzburg am 24. Februar 1943, ergänzt durch die Verhörprotokolle der anschließend vernommenen Mitglieder der jüdischen Gemeinde Johanna Stahl, Justin Baum und Ivan Schwab.<sup>28</sup> Bereits in jenen Februartagen rechnete Gertrud Luckner mit ihrer Verhaftung, weshalb sie zum einen die eigene Reisetätigkeit erhöhte, zum anderen aber manchen Kurierdienst den Fachreferentinnen und Mitarbeitern der Freiburger Caritas übertrug. Am 24. März 1943 wurde sie schließlich aus dem Schnellzug Berlin–Freiburg heraus festgenommen, zunächst ins Karlsruher Gefängnis, dann zum Verhör nach Berlin überstellt und schließlich ins KZ Ravensbrück verbracht. Auch die Mannheimer Helfer Carl und Eva Hermann wurden wenig später verhaftet,

<sup>27</sup> Wollasch (Hrsg.), Nachrichtenzentrale Gröber, S. 145 f.

<sup>28</sup> Vgl. ebenda, S. 131–139.

gleich ihnen wenigstens drei der vom Lucknerkreis versteckte Juden: die genannten Fritz und Hilde Rosenthal sowie die allerdings nicht im Badischen versteckte Gertrud Jaffé. Während Luckner und die beiden vom Sondergericht Mannheim wegen „Feindbegünstigung“ und „Wehrkraftzersetzung“ zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilten Hermanns<sup>29</sup> ihre Haft überlebten, kostete die drei „Illegalen“ ihre Entdeckung das Leben. Fritz Rosenthal beging unmittelbar bei der Festnahme Selbstmord, seine Ehefrau Hilde wie Gertrud Jaffé starben in einem der Vernichtungslager im Osten.

Die Gestapo hatte mit der Festnahme der beiden Pfarrer Weiler und Ruf die Fluchthilfe der Lucknerschen Organisation zum Erliegen gebracht, doch eine komplette Zerstörung des Hilfsnetzes war ihr nicht gelungen. Die verbliebenen Mitwirkenden, so der Hauptschriftleiter bei der Freiburger Caritas, Karl Borgmann, suchten und fanden für die nun auch zunehmend gefährdeten jüdischen „Mischehen“-Partner Quartiere.<sup>30</sup> Mitunter gar von der eigenen Wohnung aus wurden „Illegale“ wie die Schriftstellerin Lotte Paepcke und ihr Sohn Peter, die beiden Kinder Eva und Dieter Bachenheimer sowie Irmgard Giessler an Klöster wie das der Ordensgemeinschaft Herz Jesu des Paters Heinrich Middendorf in Stegen vermittelt.<sup>31</sup> Hinweise auf eine ähnliche Funktion des Klosters Bühl und Monsignore Schmider, der wohl unabhängig von Luckner agierte und nach dem 20. Juli 1944 auch politisch Verfolgte wie den zum Pechel-Kreis gehörenden Helfer von Juden, Paul-Josef Stuermer, aufnahm, müssen noch verifiziert und präzisiert werden.<sup>32</sup> Insofern können diese Ausführungen über Retterinnen und Retter von Juden im deutschen Südwesten nur als Zwischenbericht betrachtet werden.

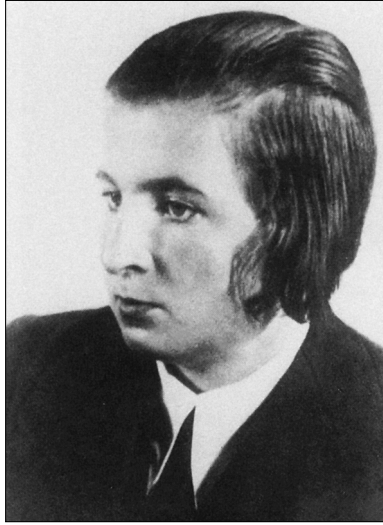
29 Urteil des Sondergerichts Mannheim, 9. Juli 1943, GLA 507/4958.

30 Vgl. Wollasch (Hrsg.), Nachrichtenzentral Gröber, S. 39; Heiko Haumann/Hans Schadek, Geschichte der Stadt Freiburg i. Br., Stuttgart 1992, S. 340.

31 Vgl. Bernd Bothe, Pater Heinrich Middendorf SCJ. Gerechter unter den Völkern. Waisen, Juden, Menschen in Bedrängnis – Lebensschicksale in Stegen von 1942 bis 1945, Stegen 1998.

32 Der in Baden-Baden lebende Stuermer hatte 1944 mehrere Monate lang die aus Berlin geflüchtete Helene Bartelsohn versteckt. Vgl. das in der Forschungsstelle „Widerstand“, Universität Karlsruhe verwahrte Material Q 11.12, ferner Rudolf Pechel, Deutscher Widerstand, Erlenbach/Zürich 1947, S. 84 ff.





*Ilse Totzke*

---

BEATE KOSMALA

## Mißglückte Hilfe und ihre Folgen: Die Ahndung der „Judenbegünstigung“ durch NS-Verfolgungsbehörden

Viele, die in Deutschland den Holocaust in der Illegalität überlebt haben, betonten später, ihre mutigen nichtjüdischen Helfer hätten sich für sie in tödliche Gefahr gebracht. Marga Spiegel, die zusammen mit ihrem Mann und der kleinen Tochter bei katholischen Bauern im Münsterland untergetaucht war, sagte 1998 über ihre Retter: „Aus Verantwortungsbewußtsein, Glaubens- und Gewissensgründen, vielleicht auch im Bewußtsein des schrecklichen Unrechts, dessen Zeugen sie wurden, waren es stille Helden, die im Schatten blieben [...]. Für mich waren sie Widerstandskämpfer. Sie setzten ihr Leben und das ihrer Angehörigen so entschlossen aufs Spiel wie die Verschwörer beim Attentat

auf Hitler.“<sup>1</sup> Die genauere Betrachtung der Rettungsgeschichten, vor allem die der mißlungenen Versuche, zeigt jedoch, daß diejenigen, die die rassistische Ausgrenzungspolitik des NS-Staates ablehnten, andere Handlungsoptionen hatten als nur die Wahl zwischen resignativer Passivität oder todesbereitem Widerstand. Nicht mit jeder Hilfeleistung setzte man in Deutschland gleich das eigene Leben aufs Spiel. Wie gefährlich war es wirklich, den Kontakt zu den ausgegrenzten und entrechteten Jüdinnen und Juden aufrechtzuerhalten und sie in ihrem Überlebenskampf zu unterstützen? Welches Risiko gingen die Menschen ein, die den rassistisch Verfolgten Solidarität und Hilfe erwiesen in einem totalitären Staat, einem Staat, in dem Justiz und Polizei zum Werkzeug der Unterdrückung und Vernichtung politischer Gegner wurden und zum Repressionsinstrument gegen alle, die sich der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ nicht unterordnen wollten? Wie riskant war diese Hilfe angesichts der Gefahr, denunziert zu werden? <sup>2</sup>

Im folgenden werde ich die Rahmenbedingungen der Ahndung der „Judenhilfe“ oder „Judenbegünstigung“, wie solidarische Handlungen für Juden in der NS-Terminologie bezeichnet wurden, skizzieren. An Beispielen aus den bisher etwa 150 dokumentierten Fällen, in denen die von den Verfolgungsbehörden vereitelten Rettungsbemühungen Konsequenzen für die Retter nach sich zogen, möchte ich zeigen, wie unberechenbar die Risiken dieser Art des Widerstands waren, d. h. wie unterschiedlich NS-Justiz und -Polizei mit der Hilfe für Juden verfahren. Die hier dargestellten Fallbeispiele beziehen sich weitgehend auf die Ahndung von Hilfeleistungen, die nicht aus eigennützigen Motiven erbracht wurden und nicht per se einen kriminellen Hintergrund hatten.<sup>3</sup>

- 1 Marga Spiegel, *Retter in der Nacht. Wie eine jüdische Familie im Münsterland überlebte*, 4. Auflage, Münster 1999, S. 168.
- 2 Dieser Beitrag basiert auf Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945“. In diesem Zusammenhang konnte ich auch im Rahmen eines fellowship am International Institute for Holocaust Research in Yad Vashem/Jerusalem mein Quellenstudium vertiefen.
- 3 Von den bisher in der Datenbank des Projekts dokumentierten 2300 nichtjüdischen Deutschen, Frauen und Männern, die unter hohem Risiko Juden geholfen hatten, auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu überleben, gibt es zur Zeit etwa 150 Personen, deren Hilfe entdeckt wurde. Diese Zahl ist nicht repräsentativ. Die Ermittlung der mißlungenen Hilfsversuche ist besonders schwierig, da Gestapoakten nur teilweise erhalten sind. Allerdings wird sich ihre Zahl sowie auch die der geglückten

Ich beschränke mich dabei zunächst auf Fälle, die nicht mit anderen, politischen Widerstandshandlungen in Verbindung standen.

Eine zentrale Rolle für die Verfolgung von Delikten, die später im Zusammenhang mit „Judenbegünstigung“ standen, spielten die bereits am 21. März 1933 durch eine Verordnung der Reichsregierung gebildeten Sondergerichte in allen Oberlandesgerichtsbezirken, die die Ahndung von Oppositionshandlungen gegen die „Regierung der nationalen Erhebung“ nicht mehr den ordentlichen Gerichten überließen.<sup>4</sup> Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde die Sondergerichtsbarkeit ausgeweitet, binnen weniger Wochen fielen in bezug auf Strafrecht und Strafverschärfung die letzten Schranken. Jedes Vergehen konnte vor ein Sondergericht gebracht werden. Sie wurden zu politischen Instanzen, die „Volksschädlinge“ brandmarkten und drakonisch bestrafte. Dies drohte auch den „Juden Helfern“.

Im deutschen Strafgesetzbuch war ein eindeutiges Verbot zur Unterstützung verfolgter Juden allerdings nicht verankert. Wenn es zu diesbezüglichen Gerichtsverfahren kam, ging es meist um Delikte wie „Rassenschande“, Urkundenfälschung, Devisenvergehen, Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung, „illegalen Grenzverkehr“ oder „Rundfunkvergehen“.<sup>5</sup> Die Beherbergung von Juden und einzelne Hilfeleistungen, die nicht eindeutig justitiabel waren und allgemein unter „Judenbegünstigung“ fielen, wurden meist nicht von der Justiz verfolgt, sondern unterlagen sicherheitspolizeilichen Maßnahmen. Die Gestapo und der SD waren während des Krieges stets bemüht, die „Vernichtung des Volksfeindes“ möglichst selbst in der Hand zu behalten.<sup>6</sup> Dies erschwerte die Erforschung und Rekonstruktion entdeckter Hilfs- und Rettungsbemühungen und ihrer Folgen, zumal Akten-

Rettungen noch beträchtlich erhöhen, da noch längst nicht alles bisher gesichtete Material für die Datenbank ausgewertet werden konnte und weitere ungesichtete Dokumente zur Bearbeitung vorgesehen sind.

- 4 Ihnen oblag die Aburteilung von Vergehen gegen die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ und gegen das „Heimtückegesetz“. Vgl. Wolfgang Benz, Vorwort, in: Michael P. Hensle, Die Todesurteile des Sondergerichts Freiburg 1940–1945, Bonn 1995, S. 7 ff., hier: S. 7.
- 5 Vgl. Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik, Paderborn/München, S. 289.
- 6 Hermann Weinkauff, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick, Stuttgart 1968, S. 179.

bestände der Gestapo nur teilweise erhalten sind.<sup>7</sup> Grundlage für die Kriminalisierung der Kontakte zur jüdischen Bevölkerung bot ein Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 24. Oktober 1941, der für „deutschblütige Personen“, die „in der Öffentlichkeit freundschaftliche Beziehungen zu Juden“ unterhielten, Schutzhaft bzw. Einweisung in ein Konzentrationslager für drei Monate vorsah.<sup>8</sup>

Daß auch mit der Kriminalisierung und Ahndung von Hilfeleistungen, die nicht direkt auf die Verhinderung der Deportation abzielten, ernst gemacht wurde, zeigt eine Reihe von Wiesbadener Beispielen aus dem Jahr 1942 wie das der 58jährigen Witwe Anna Röpcke, der bei einem Gestapo-Verhör „Freundschaft mit Juden“ zur Last gelegt wurde. Sie hatte ihre langjährigen jüdischen Bekannten, eine Familie Cantor, mit Lebensmitteln unterstützt. Am 20. Juni 1942 wurde sie sogleich nach dem Verhör im Polizeigefängnis inhaftiert und am 9. September in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück überstellt. Im Schutzhaftbefehl heißt es, sie habe „die Maßnahmen der Reichsregierung zur Ausschaltung der Juden aus der Volksgemeinschaft“ sabotiert. Nach drei Monaten, im Dezember 1942, konnte sie aus Ravensbrück nach Hause zurückkehren.<sup>9</sup> Die Beispiele aus Wiesbaden zeigen relativ schwere Ahndungen für verhältnismäßig geringfügige Hilfe. Dies mußte vermuten lassen, daß die Beherbergung von Juden im eigenen Haushalt eine ungleich höhere Strafe nach sich ziehen würde.

7 In der Datenbank zu „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Hessen“ des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden sind 27 Personen nachgewiesen, die wegen „judenfreundlichen Verhaltens“ bzw. „judenfreundlicher Gesinnung“ verfolgt wurden. Bei zwei dieser 27 Personen findet sich in den Quellen die Angabe, daß sie Fluchthilfe für Juden geleistet haben. Außerdem sind weitere 17 Personen nachgewiesen, denen „artvergeßenes Verhalten“ vorgeworfen wurde. Dabei handelt es sich um freundschaftliche bzw. Liebesbeziehungen, aber auch um Unterstützung von Juden durch Lebensmittel oder Besuche.

8 Runderlaß RSHA, 24. 10. 1941. Vgl. Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Inhalt und Bedeutung, Heidelberg/Karlsruhe 1981, S. 353.

9 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 518, Nr. 6713.



## Verfolgung der Untergetauchten und ihrer Helfer

Bei einem großen Teil der gescheiterten Versuche, in der Illegalität zu überleben, wurden die Untergetauchten und ihre Helferinnen und Helfer Opfer gezielter Denunziationen, deren Intention es war, der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Ordnung zu dienen, wie von Inge Marszolek in diesem Band ausgeführt. Dabei wurde die sofortige Deportation der angezeigten Juden „in den Osten“ in Kauf genommen. Mit der Entdeckung der Hilfe durch die Gestapo nach einer Denunziation waren meist auch die nichtjüdischen Helfer der Verfolgung ausgesetzt.

Die Überlebensversuche der in Berlin untergetauchten Juden, und dies war die absolute Mehrheit der in Deutschland „illegal“ Lebenden, scheiterten allerdings zu einem großen Teil dadurch, daß sie bei Straßenrazzien, Kontrollen in Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden sowie in Verkehrsmitteln festgenommen wurden und die erforderlichen Ausweispapiere entweder nicht vorweisen konnten oder ihre falschen Papiere der Überprüfung nicht standhielten. Nach der „Fabrik-Aktion“ vom 28. Februar 1943, der reichsweiten Verhaftung aller noch in Deutschland verbliebenen jüdischen Zwangsarbeiter, befanden sich mehrere tausend Jüdinnen und Juden in Berlin im Untergrund. In dieser Phase der Verfolgung verließ sich die Berliner Gestapo nicht mehr nur auf die Denunziationsbereitschaft der „Volksgenossen“, sondern rekrutierte einen sogenannten jüdischen Fahndungsdienst, der sowohl für alle „illegal“ Lebenden, die sich in die Öffentlichkeit wagen mußten, als auch für ihre Helfer als besonders gefährlich galt, wie in zahlreichen Berichten und Zeugenaussagen von Überlebenden betont wird. Allein der als „Greifer“ bekannte Fedor Friedländer soll bis zu 300 Untergetauchte aufgespürt haben.<sup>10</sup>

Wenn staatliche oder Parteibehörden durch Anzeigen aus der Bevölkerung, die meist anonym waren, oder durch die jüdischen Fahnder Kenntnis vom Aufenthaltsort untergetauchter Juden erhielten, wurden diese aus ihrem Versteck geholt und – ehe sie in einem der Sammellager abgeliefert wurden – in der Staatspolizeileitstelle Berlin (Burgstraße) verhört mit dem Ziel, ihre jüdischen

10 Dazu Christian Dirks, „Greifer“. Der Fahndungsdienst der Berliner Gestapo, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 233–257.

oder nichtjüdischen Unterstützer zu ermitteln. Die Verhaftung der „arischen“ Beschuldigten erfolgte gewöhnlich aufgrund eines Schutzhaftbefehls gemäß dem Erlaß von 1941. Er brauchte nicht weiter begründet zu werden und enthielt die Formel „verbotswidriger Umgang mit Juden“. Die Vernehmung der „Judenhelfer“ gehörte zu den Aufgaben der Beamten des „Judenreferats“.<sup>11</sup> Diejenigen, die erst im Lauf des Jahres 1944 verhaftet wurden, wurden in Berlin bisweilen weder in ein KZ eingewiesen noch vor ein Sondergericht gestellt, sondern in der Großen Hamburger Straße gefangen gehalten. Dies galt für Agnes Wendland, die Frau des Pfarrers der Gethsemane-Gemeinde in Berlin, die mit ihrer Tochter Ruth im Oktober 1943 zwei jüdische Jugendliche, die Geschwister Ralph und Rita Neumann, beherbergt hatte. Als Ralph Neumann im Februar 1944 bei einer Militärkontrolle der Gestapo in die Hände fiel, zog dies die Verhaftung von Agnes Wendland nach sich. Sie erkrankte während der Haft an Typhus und wurde gegen ihre Tochter Ruth, die sich freiwillig angeboten hatte, ausgetauscht und nach Hause entlassen.<sup>12</sup> Die Theologin Ruth Wendland teilte zeitweilig ihre Zelle mit der Arbeiterin Elly Peipe, die im August 1944 den untergetauchten Jugendlichen Gad Beck und Heinz Abrahamsohn, den Leitern der jüdischen Jugendgruppe Chug Chaluzi, ihre kleine Wohnung in Berlin-Wedding überlassen hatte, wo nach der geglückten Flucht aus einem Sammellager zeitweilig weitere acht bis zehn jüdische Jugendliche untergebracht waren. Anfang März 1945 wurde Elly Peipe nach der Verhaftung an ihrem Arbeitsplatz bis zum 18. April 1945 in der Großen Hamburger Straße interniert. Auch Gad Beck und Heinz Abrahamsohn wurden dort bis zur Befreiung gefangengehalten.<sup>13</sup>

In einigen Fällen wurden beschuldigte Männer nach dem Verhör in Arbeitserziehungslager (AEL) – in den letzten Kriegsmonaten „Erweiterte Polizeigefängnisse“ – eingewiesen (im Falle von Berlin in das AEL Wuhlheide), die für

11 Landgericht Berlin, 3P Ks 1/71, Verfahren gegen Otto Bovensiepen und andere (im folgenden: Bovensiepen), Bd. XIX, S. 159–181, Aussage Ernst Sasse vom 22. Juni 1966.

12 Yad Vashem (YV), Department „Righteous Among the Nations“ (DR), ger 963, Wendland, Ruth und Agnes. Agnes Wendland verstarb bereits im Alter von 55 Jahren an den Folgen der Haft. Der verhaftete Ralph Neumann konnte aus dem Gestapogefängnis entkommen. Er und seine Schwester überlebten den Krieg.

13 Akte „Unbesungene Helden“, 954 (im folgenden: UH).

die Insassen zu „Todeslagern“ werden konnten.<sup>14</sup> Für einige der dort internierten Helfer war Wuhlheide eine Zwischenstation vor der Überstellung ins KZ Sachsenhausen.<sup>15</sup>

Andererseits gibt es aber auch Fälle, in denen der Vorgang an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde. So erging es dem Berliner Mechaniker Hermann Kleinjung, der 1943 zeitweilig eine aus Breslau stammende Jüdin mit Sohn und Tochter in seiner Wohnung versteckt hielt und denunziert wurde. Anfang Dezember 1943 nahmen ihn zwei Gestapobeamte auf seiner Arbeitsstelle fest und brachten ihn zur Vernehmung zunächst in das Sammellager Große Hamburger Straße; später wurde er in das Gefängnis Berlin-Moabit verlegt. Im April 1944 verurteilte ihn das Sondergericht VI zu anderthalb Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust und erklärte ihn für wehrunwürdig. Am 19. April 1945 wurde er aus dem Zuchthaus Luckau, wo er seine Strafe verbüßte, zur Eingliederung in die Waffen-SS und zur Verteidigung Berlins abkommandiert.<sup>16</sup>

Auch aus anderen deutschen Städten sind Ahndungen durch Zuchthaus bekannt. Alfred Luhde, der schon im November 1938 in seiner Wohnung in Mannheim etwa 14 verfolgte Juden aufgenommen und ihnen zum Teil zur Flucht ins Ausland verholfen hatte, gewährte 1940, nach Beginn der frühen Deportation aus Baden, mehreren jüdischen Freunden in seiner Wohnung Unterschlupf. 1941 wurde er von seiner Untermieterin denunziert und schließlich wegen des vorgeschobenen Delikts „Urkundenfälschung“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Ludwigsburg verbüßte. Während der Haft verunglückte er im August 1944 beim Ausgraben von Blindgängern und war seitdem schwerbeschädigt.<sup>17</sup>

Keineswegs immer wurde allerdings konsequent geahndet. Ein Berliner Bauunternehmer, der in den von ihm verwalteten Häusern Juden versteckt hielt und eine Jüdin auch in seiner Wohnung beherbergte, wurde nach einer Anzeige im September 1942 von der Gestapo festgenommen und im Polizeipräsidium

14 Vgl. Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeiterziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000.

15 Vgl. z. B. Centrum Judaicum, Opfer des Faschismus (OdF), 1504, 3234. Diesen Hinweis verdanke ich Beate Meyer.

16 Bovensiepen, Bd. II, S. 127–129, Aussage Hermann Kleinjung vom 13. 3. 1965, hier S. 128.

17 UH 234.

um am Alexanderplatz unter dem Vorwurf der „Judenbegünstigung“ und staatsfeindlicher Gesinnung verhört. Da er zufällig einen großen Geldbetrag bei sich hatte, gelang es ihm, den vernehmenden Beamten zu bestechen, und er wurde freigelassen.<sup>18</sup>

Auch die Fürsprache einflußreicher Personen konnte die vorzeitige Freilassung herbeiführen, wie das Beispiel der Juristin Elsie Kühn-Leitz zeigt, die während des Krieges im Hause ihres Vaters, des Wetzlarer Fabrikanten Ernst Leitz, lebte. Sie vermittelte einer Jüdin aus Wetzlar, die zwar in „Mischehe“ lebte, aber dennoch von der Deportation bedroht war, einen Unterschlupf in München und beteiligte sich an der Planung eines Fluchtwegs in die Schweiz. Als der Fluchtversuch fehlschlug, wurde Elsie Kühn-Leitz, die der Gestapo schon wegen ihrer Hilfe für russische Zwangsarbeiterinnen aufgefallen war, am 10. September 1943 verhaftet, weil sie „eine der größten Todsünden gegen das Dritte Reich“ begangen habe. Nach ihrer Einlieferung in das Polizeigefängnis in Frankfurt am Main rechnete sie mit der Einweisung in ein Konzentrationslager. Aber durch die Intervention von Willy Hoff, einem einflußreichen Freund ihres Vaters, wurde sie trotz ihrer „Todsünde“ nach acht Wochen aus dem Gefängnis entlassen.<sup>19</sup>

### Unterschiedliche Ahndungen bei Frauen und Männern

Während die Beteiligung von Männern an entdeckten Rettungsaktionen meist relativ hart bestraft wurde, finden wir besonders bei den gescheiterten Versuchen von Frauen sehr unterschiedliche Ausmaße von Ahndungen. Paula B. gehört zu denen, die für ihre Hilfe nicht nur drastisch bestraft, sondern auch schwer mißhandelt wurden. Sie hatte Anfang des Jahres 1941 in ihrer Wohnung in Berlin-Schöneberg ihren jüdischen Bekannten Heinz Steinberg aufgenommen, der sich neun Monate bei ihr verborgen hielt. Nach einer Denunziation holte die Gestapo Steinberg und seine Mutter im Oktober 1941 aus Paula B.s Wohnung. Sie selbst wurde ebenfalls festgenommen und zunächst in der

<sup>18</sup> UH 409.

<sup>19</sup> HHStAW, Beiakten 461, Nr. 9242. Außerdem: Klaus O. Nass (Hrsg.), Elsie Kühn-Leitz, Mut zur Menschlichkeit. Vom Wirken einer Frau in ihrer Zeit, Bonn 1994, S. 46–76.

Großen Hamburger Straße, dann in der Burgstraße gefangen gehalten und so schwer mißhandelt, daß sie anschließend mehrere Monate in Krankenhäusern verbringen mußte. Nach einem Fluchtversuch wurde sie 14 Tage später wieder aufgegriffen und anschließend – bis Kriegsende – in Sachsenhausen und Ravensbrück interniert.<sup>20</sup> Auch die Anwaltsgehilfin Eva H., die im September 1943 in Berlin festgenommen wurde, weil ihr Verlobter, der jüdische Rechtsanwalt Alfred Straßner, mit seinem gefälschten Ausweis aufgefallen war, traf die Ahndung mit großer Härte. Sie wurde wie Straßner zunächst in die Große Hamburger Straße, dann in das Sammellager in der Schulstraße eingeliefert. Ihr jüdischer Lebensgefährte wurde nach kurzer Zeit nach Auschwitz deportiert. Bei ihrer Vernehmung wurde Eva H. als „Judensau“ beschimpft und geschlagen und am 17. März 1944 ins KZ Ravensbrück verschleppt.<sup>21</sup> Diese beiden Fälle zeigen drastische Ahndungen, die vor allem Frauen befürchten mußten, die alleinstehend waren und entweder eine tatsächliche Bindung an den jüdischen Mann hatten, den sie unterstützten oder denen dies unterstellt werden konnte.

Ganz anders gelagert ist der Fall von Ilse Totzke aus Würzburg, deren mißlungener Versuch, eine Berliner Jüdin, die 27jährige Kindergärtnerin Ruth Basinski, durch die Flucht in die Schweiz vor der Deportation zu retten, mit der Einlieferung in das KZ Ravensbrück endete. Ende Februar 1943 wurden die beiden Frauen von einem deutschen Polizeiposten im Schweizer Grenzgebiet festgenommen und in das Polizeigefängnis Würzburg überstellt. Ilse Totzkes Angaben beim Verhör sind folgendermaßen protokolliert: „Ich möchte nochmals erwähnen, daß ich aus Deutschland flüchten wollte, weil ich den Nationalsozialismus ablehne. Vor allem kann ich die Nürnberger Gesetze nicht gutheißen. [...] In Deutschland wollte ich unter keinen Umständen weiterleben.“ Diese Aussage wirkt einigermassen erstaunlich, da die meisten Festgenommenen bei Gestapoverhören verständlicherweise versuchten, möglichst plausible und entlastende Erklärungen für ihr Handeln zu geben. Bei näherer Betrachtung der gesamten umfangreichen Gestapoakte von Ilse Totzke, die bereits mit einer achtwöchigen Postüberwachung 1936 begann, zeigt sich, wie konsequent diese eigenwillige junge Frau ihre antinationalsozialistische

20 UH 746.

21 Bovensiepen, Bd. XII, S. 65–68.

Haltung gelebt und vertreten hatte. Ende 1939 wurde sie – übrigens nicht anonym – angezeigt, sie pflege Kontakte mit Juden, unterhalte Verbindungen nach Frankreich und sie füge sich nicht in die „Volksgemeinschaft“ ein. In einem Gestapoverhör von 1941 wurde protokolliert, daß sie mit den antijüdischen Maßnahmen nicht einverstanden sei.<sup>22</sup>

Im Oktober 1941 erhielt Ilse Totzke wegen weiterer Kontakte zu Juden eine scharfe Verwarnung, im Wiederholungsfall drohe ihr Schutzhaft und Einweisung in ein Konzentrationslager. Obwohl im Mai 1942 eine erneute Denunziation gegen sie vorlag und sie Ende 1942 wieder eine Vorladung zur Gestapo erhielt, war sie auf Bitten einer Bekannten aus Würzburg bereit, den Versuch zu wagen, Ruth Basinski über die Schweizer Grenze zu bringen. Nach dem Scheitern dieser Flucht erwirkte die Stapoleitstelle Würzburg im Juni 1943 beim RSHA, ohne daß ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen die Paßverordnung eingeleitet wurde, Schutzhaft und Einweisung nach Ravensbrück.<sup>23</sup> Ilse Totzke überlebte das KZ; erst 1957 verliert sich ihre Spur.<sup>24</sup> Dieser Fall zeigt einerseits, daß Kontakte zu Juden und insbesondere Versuche, sie der Deportation zu entziehen, hart geahndet wurden, andererseits aber auch, daß die Strafen für „Judenhilfe“, auch wenn diese als „Todsünde“ gegen die „Volksgemeinschaft“ und das Dritte Reich gewertet wurden, im Vergleich zu zahlreichen anderen Vergehen, die von den Sondergerichten abgeurteilt wurden, meist nicht unverhältnismäßig drakonisch waren.

Die Auswertung einer Vielzahl gescheiterter Rettungsversuche weist auf die Unberechenbarkeit dessen hin, was die entdeckten Helferinnen und Helfer zu erwarten hatten, wie das Beispiel von Charlotte O. zeigt. Sie hatte im März 1943 ihre jüdische Bekannte Margot Mosberg, deren Ehemann bereits 1942 verschleppt worden war, mit zwei kleinen Kindern in ihrer Wohnung in Berlin-

22 Siehe auch Herbert A. Strauss, *In the Eye of the Storm. Growing Up Jewish in Germany, 1918-1943. A Memoir*, New York 1999. Strauss, der selbst in Berlin „illegal“ gelebt hatte und im Frühjahr 1943 zusammen mit seiner späteren Frau Lotte Schloss über die Schweizer Grenze entkommen war, beschreibt in seinen Memoiren Ilse Totzke, eine Bekannte seiner in Würzburg lebenden Mutter. Ruth Basinski hatte mit Strauss an der Hochschule für Jüdische Studien in Berlin studiert. Vgl. auch Robert Gellately, *Gestapo and German Society. Enforcing Racial Policy 1933-1945*, Oxford 1990, S. 180 ff.

23 YV, DR, ger 6335 (darin: Gestapo-Akte Würzburg zu Ilse Sonja Totzke).

24 Ebenda, Brief des Bayerischen Landesentschädigungsamtes vom 31. 1. 2001.

Wedding aufgenommen, wo sie über ein Jahr bleiben konnten. Im Juni 1944 mußten die Untergetauchten die Wohnung schnellstens verlassen, da sie offenbar verraten worden waren. In diesem Zusammenhang wurde auch Charlotte O. von der Gestapo verhört, die mehrfach in ihrer Wohnung erschien, um nach den Verfolgten zu suchen. Ihr wurde zur Auflage gemacht, die Gestapo sofort zu verständigen, falls Margot Mosberg wieder bei ihr erscheinen würde. Diese war mit den beiden Kindern Simson und Fanny inzwischen in einer Laube am Stadtrand untergekommen, wo Charlotte O. sie weiterhin mit Lebensmitteln versorgte. Im August 1944 spürte die Gestapo Frau Mosberg mit den Kindern auf; alle drei wurden deportiert. Nur die Mutter überlebte; die Kinder sind in Auschwitz „verschollen“. Im Zusammenhang mit der Festnahme der Mosbergs wurde Charlotte O. von der Gestapo erneut verhört, ohne daß dies für sie weitere Konsequenzen hatte.<sup>25</sup>

In einem anderen Fall wurde einer Frau, die sich im April 1943 vor dem Sondergericht VIII beim Landgericht Berlin „wegen vorsätzlicher Verbreitung einer unwahren staatsabträglichen Äußerung“ nach § 1 des „Heimtückegesetzes“ und wegen „freundschaftlichen Verkehrs mit Juden“ verantworten mußte, ihre Gefängnisstrafe von drei Monaten erlassen mit der Begründung, sie habe die fünf Kinder ihres gefallenen Sohnes zu sich genommen und müsse diese versorgen.<sup>26</sup>

Auch gibt es eine Reihe von gescheiterten Rettungsversuchen, bei denen die nichtjüdischen Helferinnen, in deren Wohnung Untergetauchte festgenommen wurden, aus unbekanntem Gründen unbehelligt blieben.<sup>27</sup> Insgesamt kann man feststellen, daß das Strafmaß für Frauen, die familiäre Verpflichtungen

25 UH 577.

26 UH 748.

27 Bovensiepen, Bd. XXII, S. 107–117, Martin Rosen vom 13. 10. 1966. Der damals 36jährige Schauspieler Martin Rosen lebte seit Februar 1943 „illegal“ bei Freunden. Nach seinen eigenen Aussagen wurde er aufgrund eines Verrats durch den „Greifer“ Friedländer im Mai 1944 in der Wohnung einer nichtjüdischen Frau namens Dorothea T. verhaftet und in das Sammellager Schulstraße gebracht. Dort wurde er von Walter Dobberke, dem Leiter des „Judensammellagers“, verhört, der herausfinden wollte, woher Rosen seinen falschen Paß erhalten und wer ihn aufgenommen hatte. Nach zehn Tagen wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er am 27. Januar 1945 befreit wurde. Seiner Quartiergeberin ist – so sagte Rosen 1967 aus – nach seiner Verhaftung nichts geschehen.

hatten, oft milder ausfiel als das für alleinstehende Frauen oder für Männer. In einem andern Fall wird deutlich, daß Hilfe für Juden durch Frauen auch als anormales, krankhaftes Verhalten ausgelegt wurde. Im November 1944 wurde Frieda B., die mit ihrem Mann zwei Jüdinnen unterstützt und zeitweilig in ihrer Wohnung aufgenommen hatte, von der Gestapo dazu vernommen und anschließend ohne Gerichtsbeschuß oder ärztliche Untersuchung in die Wittenauer Heilstätten eingewiesen. Nach einiger Zeit wurde sie, weil ihr Ehemann als Kriegsbeschädigter pflegebedürftig war, wieder entlassen.<sup>28</sup>

Ein besonders erstaunlicher Fall einer Ahndung, die in keinem Verhältnis zum riskant erscheinenden Einsatz stand, ist der von Margarete H., einer damals 56jährigen Witwe, die Anfang Mai 1943 auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weissensee dem ihr unbekanntem 15jährigen David Frenkel, der bereits seit Februar untergetaucht lebte, anbot, ihn in ihrer Wohnung in Weissensee aufzunehmen.<sup>29</sup> In den folgenden Monaten beherbergte sie den Jungen und versorgte ihn mit Lebensmitteln und Kleidung. Im November 1944 wurde David, der offenbar verraten worden war, in der Wohnung von Margarete H. von der Gestapo festgenommen und im Dezember 1944 ins KZ Sachsenhausen eingewiesen. Die Witwe wurde jedoch lediglich am 20. November 1944 wegen „unterlassener Meldung eines zugezogenen Juden“ zu einem Bußgeld von 20 RM Strafe verurteilt.<sup>30</sup> Offensichtlich hingen Art und Ausmaß der Bestrafung u. a. auch vom Verfolgungswillen der jeweils damit befaßten Personen ab. Nach Entrichtung des Bußgelds unterstützte Margarete H. die ebenfalls „illegal“ lebende 22jährige Schwester von David, Estera Frenkel, und nahm auch sie zeitweilig in ihrer Wohnung auf. Beide Geschwister überlebten und emigrierten 1946 in die USA.

Wie komplex die Frage nach der Ahndung von „Judenbegünstigung“ ist, zeigt auch der Fall von Carl und Eva Hermann aus Mannheim. Das Ehepaar wurde im Juli 1943 wegen „Verbreitung zersetzender Nachrichten“ und wegen „Rundfunkvergehens“, das relativ drakonisch bestraft wurde und „in schwe-

28 UH 212.

29 UH 1049.

30 Ebenda, Bl. 4, Abschrift der Strafverfügung vom 20. 11. 1944. Dort heißt es: „Sie sind angezeigt worden, weil Sie, wie am 5. 11. 44 gegen 7 Uhr festgestellt wurde, unterlassen haben, der zuständigen Polizeibehörde den Zuzug eines Juden in Ihre Wohnung [...] innerhalb von drei Tagen anzumelden.“



ren Fällen“ mit der Todesstrafe<sup>31</sup> geahndet werden konnte, zu einer Zuchthausstrafe von acht bzw. drei Jahren verurteilt. Auffallend ist, daß die Eheleute Hermann im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen ein Helfernetz um die Freiburger Caritas-Mitarbeiterin Gertrud Luckner bereits im April 1943 wegen der Beherbergung eines jüdischen Ehepaars aus Berlin verhaftet worden waren.<sup>32</sup> Aber obwohl als Gründe für die Verhaftung die Delikte „Feindbegünstigung“ und „Wehrkraftzersetzung“ angegeben wurden, beruhte die Verurteilung durch das Sondergericht III in Mannheim ausschließlich auf dem Tatbestand des „Rundfunkvergehens“. Auch vor dem Mannheimer Sondergericht wurde die religiös begründete Hilfe für Juden als „Eigenheit weltentrückter Sonderlinge“ relativiert.<sup>33</sup> Durch die Verurteilung wegen Vergehens gegen die Rundfunkverordnung wurde Carl Hermann zum Haupttäter gemacht, der zur allgemeinen Abschreckung mit acht Jahren eine hohe Freiheitsstrafe erhielt, während seine Frau, die in der „Judenhilfe“ in Wirklichkeit der aktivere Teil gewesen war, „entlastet“ wurde, als habe sie sich von ihrem Ehemann leiten lassen.

### Todesstrafen und Strafen mit Todesfolge

In einem neueren Aufsatz, der die Rolle der NS-Sonderjustiz bei der Durchsetzung der Genozidpolitik im Warthegau, im Generalgouvernement und im Protektorat Böhmen und Mähren beleuchtet, wird dargestellt, wie deutsche Richter in diesen Gebieten die „Todeswürdigkeit“ von Hilfeleistungen für Juden zu begründen suchten. So konnten etwa die Sonderrichter in Prag zu Todesurteilen kommen, indem sie Juden als „Reichsfeinde“ und ihre Helfer als „Saboteure“ definierten.<sup>34</sup> Die in diesem Zusammenhang angeführten Beispiele zeigen

31 Hensle, Die Todesurteile, S. 21.

32 YV, DR, ger 970. Vgl. auch Angela Borgstedt, Eva und Dr. Carl Hermann. Zwei Mannheimer Quäker und ihre Hilfe für Verfolgte des NS-Regimes, in: Badische Heimat 79 (1999), S. 183–189.

33 Urteilsbegründung des Sondergerichts Mannheim. GLA 507/4958. Siehe Borgstedt, Zwei Mannheimer Quäker, S. 185.

34 Bernward Dörner, Justiz und Judenmord: Todesurteile gegen Judenhelfer in Polen und der Tschechoslowakei 1942–1944, in: Norbert Frei u. a. (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpoli-

jedoch, daß sich die Todesstrafe, die allerorten zur Abschreckung propagiert wurde, nur gegen Polen,<sup>35</sup> Ukrainer und Tschechen richtete. Als z. B. das Lemberger Sondergericht in einem einzigen Fall die Todesstrafe gegen die deutsche Ehefrau eines Forstbeamten verhängte, die eine Jüdin versteckt hatte, wurde sie letztlich in eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren umgewandelt.<sup>36</sup>

In der frühen Nachkriegsliteratur über die „stillen Helden“ innerhalb Deutschlands wird auf Fälle verwiesen, in denen Männer und Frauen wegen ihrer Unterstützung verfolgter Juden zum Tode verurteilt worden seien.<sup>37</sup> So heißt es 1953 in einer Widerstandsstudie von Günter Weisenborn, eine 27-jährige Berliner Krankenschwester sei im Januar 1945 wegen ihrer Hilfe für untergetauchte Juden in Plötzensee hingerichtet worden. Höchstwahrscheinlich hat ihre tatsächlich geleistete Unterstützung für die verfolgten Juden dabei eine wichtige Rolle gespielt, die Begründung für das Todesurteil durch den Volksgerichtshof lautet jedoch anders: „Die Verurteilte hat sich im August/September 1943 und im Januar 1944 verschiedenen Volksgenossen gegenüber zersetzend geäußert.“<sup>38</sup> Bekannt sind auch die Todesurteile des Volksgerichtshofs zu Berlin gegen Robert Havemann, Georg Groscurth, Herbert Richter und Paul Rentsch vom 16. Dezember 1943, die mit der „Vorbereitung zum Hochverrat“ begründet wurden. Sie hatten Anfang der 40er Jahre die sozialistische Widerstandsgruppe „Europäische Union“ geschaffen, die mit ausländischen Zwangsarbeitern in Kontakt stand. 1943 wurde die Gruppe aufgedeckt, und

tik, München 2000, S. 249–264. Von den Sondergerichten Prag, Lemberg, Leslau, Lublin, Petrikau, Radom, Stanislaw, Tarnopol und Zichenau sind Akten erhalten geblieben.

35 Vgl. *Those Who Helped. Polish Rescuers of Jews During the Holocaust*, Warschau 1993, S. 50 f. Diese von der „Polnischen Gesellschaft für die Gerechten unter den Völkern“ herausgegebene Broschüre enthält eine Liste mit 450 Namen derer, die für Hilfeleistung für Juden während der deutschen Okkupation mit dem Tode bestraft wurden, darunter ganze Familien mit Kindern. Ihre tatsächliche Zahl liegt weit höher.

36 Ebenda, S. 252.

37 Siehe Günter Weisenborn, *Der lautlose Aufstand. Berichte über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1974 (1. Auflage Hamburg 1953). In Heinz David Leuner, *Als Mitleid ein Verbrechen war*, London 1966 wird auf Weisenborn verwiesen.

38 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, *Ausstellung Widerstand gegen den Nationalsozialismus*.

Robert Havemann und viele seiner Mitverschworenen wurden angeklagt und zum Tode verurteilt.<sup>39</sup> (Nur an Havemann und Heinz Schlag wurde das Urteil nicht vollstreckt.)

Neben dem Vorwurf des Hochverrats wurde den Angeklagten auch zur Last gelegt, in größerem Umfang untergetauchte Juden unterstützt zu haben. In der Urteilsbegründung wurde dies zwar als erschwerendes Moment zur Untermauerung der Todesstrafe benutzt, die eigentliche Begründung beruhte jedoch auf dem Vorwurf des Hochverrats.<sup>40</sup> (Auffällig ist die Parallele zum Verfahren gegen das Ehepaar Hermann, in dem die „Judenbegünstigung“ ebenfalls einem anderen Delikt untergeordnet wurde.) Nicht für die Hilfe für Untergetauchte per se wurde die Todesstrafe verhängt, vielmehr finden wir in den Begründungen für Todesurteile, die wegen „zersetzender Äußerungen“ oder der „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhängt wurden, in manchen Fällen Hinweise darauf, daß die Verurteilten auch Hilfe für Juden geleistet hatten.

Dies gilt auch für das folgende Beispiel: Die katholisch getaufte Annie Krause, die als Jüdin verfolgt wurde und zunächst in Berlin, später in Tirol untergetaucht lebte, berichtete 1946 in einem ausführlichen Brief über den verzweigten Kreis ihrer teilweise prominenten und teilweise unbekanntenen Retterinnen und Retter, aus deren Kreis zwei Männer zum Tode verurteilt wurden. Einer von ihnen war der katholische Theologe Dr. Joseph Metzger, Leiter des Friedensbundes Deutscher Katholiken, der am 14. Oktober 1943 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat u. a.“ vom Volksgeschichtshof zum Tode verurteilt wurde;<sup>41</sup> der andere war der katholische Diplomat Richard Kuenzer, der Ende April 1945 von der Gestapo ermordet wurde. Die Todesstrafe bzw. die Ermordung dieser beiden Männer, die übrigens noch weiteren verfolgten Juden ge-

39 Todesurteil vom 16. 12. 1943, Kopie aus: Wiener Library, P. III. g Nr. 63.

40 Das Ausmaß dieser Rettungsmaßnahmen ist noch nicht hinreichend erforscht. Folgende Namen von Juden, die von der „Europäischen Union“ versteckt wurden, werden genannt: Elisabeth von Scheven, Hertha Brasch (geb. Abraham), Heinz Günter Wolff und Agnes Wolff (geb. Grätzer), Ehepaar Michailowitsch, Frau Lindemann, Walter Caro, in: Manfred Wilke/Werner Theuer, Robert Havemann und die Widerstandsgruppe Europäische Union. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 29/1999.

41 Anklageschrift und Todesurteil gegen Dr. Max Josef Metzger sind abgedruckt in: Georg Denzler/Volker Fabricius (Hrsg.), Christen und Nazis Hand in Hand?, Bd. 2 Dokumente, Frankfurt a. M. 1988, S. 234–241.

holfen hatten, wurde ebenfalls nicht in direkten Zusammenhang mit ihren Rettungsbemühungen für Juden gebracht.<sup>42</sup>

Bisher sind im Rahmen unseres Forschungsprojekts jedoch bis zu 20 Fälle mißglückter Unterstützung für Juden dokumentiert, die für die nichtjüdischen Helfer tödlich endeten. Einer von ihnen ist der damals 60jährige Berliner Malermeister August Sapandowski, der insofern einen Sonderfall darstellt, als er wiederholt für die Unterstützung von Juden, aber auch für seine kommunistische Agitation bestraft wurde. Sapandowski wurde nach seiner zweiten Verhaftung ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingewiesen und im Dezember 1944 nach Bergen-Belsen überstellt, wo er kurz vor der Befreiung am 10. März 1945 starb.<sup>43</sup>

### Schlußbemerkung

Abschließend möchte ich auf die zu Beginn gestellte Frage zurückkommen: Setzten die „stillen Helden“ ihr Leben und das ihrer Angehörigen ebenso aufs Spiel wie die Verschwörer beim Attentat gegen Hitler? Diese Frage ist, wie die Beispiele zeigen, mit Nein zu beantworten. Doch ist angesichts der allgegenwärtigen Gefahr, entdeckt zu werden, das subjektive Gefühl der Angst in einer Atmosphäre totaler Rechtsunsicherheit nicht zu unterschätzen. Die Maßlosigkeit, mit der der NS-Staat vor allem während des Krieges Handlungsweisen relativ geringer krimineller Bedeutung verfolgte, erzeugte ein Klima von Bedrohung. Die Angst vor dem KZ, einem unbekanntem Ort des Schreckens, aber auch die Scham, vor einem Sondergericht an den Pranger gestellt zu werden und damit außerhalb der „Volksgemeinschaft“ zu stehen, ließen jede Hilfe äußerst risikoreich erscheinen. Drakonische Urteile des Volksgerichtshofs und der Sondergerichte während des Krieges, praktiziert und propagiert als Abschreckung und Durchhalteappell, sorgten für umfassende Einschüchterung. In den Kriegsjahren 1941 bis 1945 wurde von den bis zu neun Sondergerichten

42 UH 978. Zu den Personen: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hrsg.), Lexikon des Widerstandes, Frankfurt a. M. 1994, S. 370 u. 377.

43 Vgl. die ausführliche Darstellung dieses Falls bei Christoph Hamann in diesem Band.

in Berlin jeder achte Angeklagte zum Tode verurteilt.<sup>44</sup> Nachdem seit Stalin-grad in der deutschen Bevölkerung die Zweifel am „Endsieg“ gewachsen waren, verstärkten sich auch die Anstrengungen der Gestapo, „Defätismus“ durch drakonische Maßnahmen zu unterbinden, und in der Schlußphase des Krieges konnte der gegen die eigene Bevölkerung entfachte Terror jeden tref-fen, der sich selbst oder andere außer Gefahr zu bringen suchte. Die Furcht vor der Gestapo war real und begründet.<sup>45</sup> Das Risiko für solidarisches Handeln war schwer kalkulierbar, die zu erwartende Ahndung unberechenbar.

Auffallend ist, daß im Deutschen Reich die Todesstrafe nicht, wie etwa im okkupierten Polen, zur Abschreckung vor der Unterstützung für Juden propa-giert wurde.<sup>46</sup> Das Kollektivideal der Homogenität, die Fiktion der „Volks-gemeinschaft“, sollte an diesem neuralgischen Punkt nicht in Frage gestellt werden. Der dargestellte Umgang mit dem Tatbestand der „Judenhilfe“ oder „Judenbegünstigung“ durch Justiz und Gestapo legt als Kalkül der NS-Ver-folgungsbehörden nahe, Solidarität mit Juden nicht als Widerstand gegen die antijüdischen Maßnahmen und die nationalsozialistische Genozidpolitik zu behandeln, sondern als anormales und schändliches Verhalten irregleiteter Menschen zu brandmarken, das anderen Delikten untergeordnet, aber den-noch empfindlich bestraft werden sollte. Die Frauen und Männer, die unter-getauchte Juden in ihrem Überlebenskampf unterstützten, waren sich meist be-wußt, daß ihr Handeln als Angriff auf die „Volksgemeinschaft“ galt und im Falle der Entdeckung hart bestraft werden würde. Durch ihr „normales mit-menschliches Verhalten“, wie sie ihr Tun später meist beschrieben, leisteten sie einen grundsätzlichen Widerstand, der den Nerv der nationalsozialistischen Ideologie traf.

44 Hensle, Die Todesurteile, S. 174. Insgesamt wurden von den Berliner Sondergerich-ten 1009 Todesurteile verhängt.

45 Norbert Frei, Zwischen Terror und Integration. Zur Funktion der politischen Poli-zei im Nationalsozialismus, in: Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen, Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln 1998, S. 217–228, hier: S. 227.

46 Beate Kosmala, Ungleiche Opfer in extremer Situation. Die Schwierigkeiten der Solidarität im okkupierten Polen, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Solida-rität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Regionalstudien Bd. 1, Berlin 1996, S. 19–97, hier: S. 40 f.





*August Sapandowski*

---

CHRISTOPH HAMANN

„Er besaß den Eifer eines wahren Gläubigen.“

August Sapandowski (1882–1945),  
ein Retter von Juden in Berlin

„Herr Sapandowski war, selbst gemessen an den Umständen der damaligen Zeit, ein ziemlich ungewöhnlicher und unkonventioneller Mann“, berichtet Herbert A. Strauss in seiner Autobiographie: „Er war protestantisch erzogen worden und lebte, die Rassengesetze der Nazis mißachtend, mit einer jüdischen Frau zusammen [...]. In seinem Wohnzimmer hing ein großes Hitler-Portrait. Als wir zum ersten Mal bei ihm gewesen waren, hatte er uns gezeigt, daß auf dessen Rückseite ein nicht minder geschmackloses Portrait Josef Stalins prangte. Aus seinen starken Sympathien für die Kommunisten machte er uns gegenüber keinen Hehl und hob die Sowjetunion in den Himmel, von der er

sich erhoffte, daß sie dereinst Berlin erobern und das Dritte Reich durch ein kommunistisches Regime ersetzen würde [...]. Alles in allem erwies er sich als ausgesprochen freundlich und hilfsbereit.“<sup>1</sup>

Die Erinnerung an die Portraits der beiden Diktatoren setzt bildhaft das Totalitarismustheorem in Szene, wonach der Nationalsozialismus und das Sowjetsystem letztlich nur zwei Seiten einer Medaille seien. Die zitierte Anekdote suggeriert jedoch eine politische Eindeutigkeit, die sich so nicht aufrecht erhalten läßt. August Sapandowski wollte nicht die NS-Diktatur gegen eine andere austauschen. Seine fundamentale Opposition gegenüber einem auf Ausbeutung gegründeten Kapitalismus ließ ihn 1921 Mitglied der KPD werden. Als er 1942 auf Stalin setzte, spiegelt dies die damaligen politischen Kräfteverhältnisse. Allein die Sowjetunion schien ihm in der Lage, den Nationalsozialismus zu besiegen. In seiner Hoffnung auf eine bessere Welt war ihm der ideologische Dogmatismus der Kommunisten dann jedoch zu restriktiv, und er wendete sich einer Art freireligiösem Sozialismus zu. Wie auch immer politisch motiviert – er gehörte zu jenen wenigen Menschen, die – wie es Manfred Wolfson einmal über die deutschen Retter formulierte – von den Nationalsozialisten „nicht manipulierbar“<sup>2</sup> waren.

Seine oppositionelle Haltung trug jedenfalls dazu bei, Herbert A. Strauss', Leben und das seiner damaligen Gefährtin und späteren Frau, Lotte Schloss, zu retten. Als die beiden am 24. Oktober 1942 Sapandowski zum ersten Mal begegneten, waren sie auf der Flucht vor der Gestapo. Er versteckte die beiden bei sich, und sie waren nicht die einzigen. Von 1942 bis 1944 konnten in seiner

- 1 Herbert A. Strauss, *Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943*, Frankfurt a. M. u. a. 1997, S. 259. Der Beitrag basiert ferner auf einem Interview mit Herbert A. Strauss am 11. 9. 1999 sowie auf Briefen vom 14. 3., 16. 3., 5. 4. und 16. 4. 1999 an den Verfasser; ferner auf Interviews mit Vera Ipczynski, der Tochter August Sapandowskis, am 28. 10. 1991 und 6. 3. 1999. Für die freundliche Unterstützung danke ich vor allem Vera Ipczynski. Außerdem half insbesondere Ute Kurzbein/Antirassistische Initiative Berlin (ARI). Kunigunde Degen (Berlin) beriet in theologischen Fragen. Zudem bin ich Dr. Kurt Schilde (Gesamthochschule Siegen) und Dr. Hermann Simon (Centrum Judaicum, Berlin) zu Dank verpflichtet.
- 2 Manfred Wolfson, *Zum Widerstand gegen Hitler: Umriss eines Gruppenportraits deutscher Retter von Juden*, in: *Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*, Köln u. a. 1974, S. 391.



Berliner Wohnung und in seiner Werkstatt immer wieder Menschen untertauchen, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Er selbst bezahlte dies mit dem Leben.

Über seine Herkunft und die ersten Lebensjahrzehnte liegen nur wenige Informationen vor. Nahezu sämtliche schriftlichen Unterlagen waren bei seiner letzten Verhaftung von der Gestapo beschlagnahmt worden.

August Sapandowski wurde am 17. Juli 1882 im westpreußischen Ließau (Kreis Groß-Werder) in einem katholischen Elternhaus geboren. Nach dem Willen der Eltern sollte er Priester werden. Diesem Wunsch schien er sich zunächst zu fügen und tat seinen Dienst als Ministrant. Später ließ er sich zum Kirchenmaler ausbilden. Er entfremdete sich jedoch immer mehr von der Kirche, trat schließlich aus und kritisierte sie dann zeit seines Lebens scharf. Als einfacher Soldat nahm er am Ersten Weltkrieg teil und erlitt eine Senfgasvergiftung. Seine Erlebnisse machten ihn zum entschiedenen Kriegsgegner. Ab 1919 organisierte er sich politisch und wurde am 1. Januar 1921 Mitglied der Kommunistischen Partei.

Aus Sapandowskis erhalten gebliebenem Mitgliedsbuch ist ersichtlich, daß er zu jener Zeit arbeitslos war. Aufgrund seiner Einstellung zur Kirche und wegen der Arbeitsmarktsituation war an eine Anstellung als Kirchenmaler nicht mehr zu denken, so daß er sich schließlich als Malermeister selbständig machte. Nach einer ersten Ehe, aus der zwei Kinder stammten, heiratete er 1928 die Sekretärin Helene Ostermaier (1887–1941), eine musisch veranlagte Frau, mit der er schon geraume Zeit zusammengelebt hatte. Im gleichen Jahr noch wurde er Vater einer Tochter. Dieser verdanken wir einen Großteil unserer Kenntnisse über August Sapandowski.

Seine Haltung der NS-Herrschaft gegenüber war eindeutig. Regelmäßig versammelten sich Freunde in seiner Wohnung in der Schrammstraße 4 in Berlin-Wilmersdorf. Fünf Menschen haben 1946 eine eidesstattliche Erklärung unterschrieben, in der es heißt: „Auch hat S. sich in politischer Beziehung betätigt, indem er sich mit gleichgesinnten Freunden geheim getroffen hat, um gegen das Nazi-Regime zu agitieren und zu arbeiten. Außerdem hat er Vorlesungen seiner gegen die Nazis gerichteten Schriften abgehalten. Wir haben zusammen laufend den Auslandssender gehört.“<sup>3</sup>

3 Interview mit Vera Ipczynski, 6. 3. 1999; Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 118, Nr. A 7607; eidesstattliche Erklärung von Nachbarn und Freunden Sapandowskis

Nach dem Tod seiner Frau Helene im Februar 1941 fand Sapandowski ein neues persönliches Glück mit Elsbeth Orgler. Die 1886 in Breslau geborene Elsbeth Orgler hatte als Jüdin in der Batteriefabrik Petrix (Varta) in Berlin-Niederschöneweide Zwangsarbeit leisten müssen. In einer Vermögenserklärung gab sie an, von Beruf Reisevermittlerin gewesen zu sein. Diese Angabe findet sich auch im Berliner Adreßbuch von 1938. Vermutlich im Oktober 1942, spätestens aber im Januar 1943 floh sie in die Illegalität und lebte mit August Sapandowski in dessen Wohnung in der Schrammstraße 4, was für beide höchst gefährlich war, da sie jederzeit wegen „Rassenschande“ belangt werden konnten.<sup>4</sup> Außerdem war am 24. Oktober 1941, wenige Tage nach dem Beginn der Deportationen in Berlin, ein geheimer Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes ergangen, demzufolge Personen, die „freundschaftliche Beziehungen zu Juden zeigen, in Schutzhaft zu nehmen sind“;<sup>5</sup> der jüdische Teil war in jedem Fall in ein KZ einzuliefern.

Seit 1942 setzte Sapandowski seine antifaschistische Gesinnung in aktive Hilfe um. Er versteckte nicht nur Elsbeth Orgler, sondern auch andere Verfolgte in seiner Wohnung und in seiner Werkstatt in der Laubacher Straße 39 in Berlin-Wilmersdorf.

vom 7. 6. 1967. Als Bürgen treten unmittelbar nach dem Krieg für August Sapandowski auf: aus der Schrammstraße 4 Elise Lopatka, Wilhelmine Petermann; außerdem: Rosa Kunkel, Gertrude Asbach, Alfred Grieger, Sylvian Rosenzweig, Heribert Bund.

- 4 Als Wohnort von Elsbeth Orgler wird in den Adreßbüchern von 1934 bis 1936 das Schleswiger Ufer 12, in denen von 1938 und 1940 die Flotowstraße 12 angegeben. Tatsächlich scheint jedoch die Wilhelmstraße 140 in Berlin-Kreuzberg ihre Adresse gewesen zu sein. In den Akten des Oberfinanzpräsidenten wird diese Anschrift genannt. Auch das jüdische Adreßbuch von 1931 verzeichnet sie dort. LAB, A Rep. 92, Nr. 28 972. Unter der Rubrik Personenstand gibt sie an, sie sei ledig. Im jüdischen Adreßbuch von 1929/30 wird unter der gleichen Adresse ein Fritz Orgler genannt, der als Beruf Kaufmann angibt; ob sie mit ihm verwandt war, ist jedoch nicht bekannt. 1943 gab sie an, im Sinne des Reichsbürgergesetzes „Geltungsjüdin“ zu sein. Das heißt, daß sie zwei jüdische Großeltern gehabt hatte und selbst Mitglied der jüdischen Gemeinde war. „Geltungsjuden“ waren derselben Verfolgung ausgesetzt wie „Volljuden“.
- 5 Wolfgang Benz (Hrsg.), Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1989, S. 750.

## Hilfe für Lotte Schloss und Herbert Strauss

Strauss war als 18jähriger 1936 nach Berlin gekommen und studierte als Leiter einer Jugendgruppe Judaistik und Geisteswissenschaft an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in der Artilleriestraße 14 (heute: Tucholskystraße 9) in Berlin-Mitte. Lotte Schloss war 1938 ihren Eltern aus Wolfenbüttel nach Berlin gefolgt. Zwei Emigrationsversuche scheiterten, und schließlich arbeitete sie ehrenamtlich in der Auswanderungsstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Am 24. Oktober 1942 sahen sich Strauss und seine Freundin gezwungen, in die Illegalität zu gehen. In der Nacht zuvor hatte die Gestapo Lotte Schloss in ihrer Wohnung in der Berliner Niebuhrstraße 76 verhaften wollen, um sie, wie ihre Eltern, mit dem Transport vom 26. Oktober nach Riga zu deportieren. Sie konnte jedoch fliehen. Ein Zettel ihrer Mutter mit einer Adresse für den Notfall führte die beiden in die Schrammstraße 4:

„Wir klingelten, und als sich die Tür öffnete, war ich überrascht, bekannte Gesichter zu erblicken. Das Paar hatte ich kürzlich in unserem Haus in (Berlin; C. H.) Kladow getroffen, das sie für einen Nachmittag besucht hatten [...]. Ohne viel zu sagen, ließen sie uns in die Wohnung eintreten und stellten sich als ‚August‘ und ‚Elsie‘ vor, wie sie genannt werden wollten. Anfänglich empfand ich diese für Deutschland ungewöhnliche Formlosigkeit als unangemessen; aber wir lernten schnell, daß ihre Verschwiegenheit guten Grund hatte. Im Untergrund drohte immer die Gefahr gefaßt zu werden, und die Möglichkeit, den Namen der Helfer unter der Folter preiszugeben.

Elsie und August waren ein Paar in den Vierzigern und nahmen uns freundlich auf. Sie gingen sehr offen mit ihren Geheimnissen um: Dank Mutters Einführung faßten wir Vertrauen zu ihnen, und umgekehrt vertrauten sie uns. Wir erfuhren bald, daß Elsie, eine blonde jüdische Frau, bei August untergetaucht war. August gehörte damals und, wie er uns erzählte, schon immer, zu den überzeugten Gegnern der Nazis. Er hatte eine kommunistische Vergangenheit [...]. August war die dominierende Person in dieser Situation, er war Elsies Beschützer und auf dem Weg, der unsrige zu werden. Er besaß den Eifer eines wahren Gläubigen und trug seine Überzeugungen mit lauter Stimme vor.“<sup>6</sup>

6 Lotte Strauss, Über den grünen Hügel. Erinnerungen an Deutschland, Berlin 1997, S. 84 f.

Weiter heißt es in den Erinnerungen von Herbert A. Strauss:

„Er brachte uns in einem Keller unter, der nicht weit von seiner Wohnung [...] entfernt lag und in dem er Farbtöpfe und sonstige Utensilien aufbewahrte, die er für seine Arbeit benötigte. Der Keller hatte einen eigenen Eingang, so daß wir nicht befürchten mußten, den Bewohnern und dem Verwalter des Hauses in die Arme zu laufen. In einer Nische hatte Herr Sapandowski zwei Alkoven gebaut, die eine bettähnliche Vorrichtung und eine Matratze enthielten sowie eine Art Nachttisch mit einem Kerzenhalter darauf. Da der Raum sich in der Nähe der Heizungs- und Warmwasseranlage befand, war er einigermaßen warm. Ein Wasserklosett und ein kleines Waschbecken konnten über ein langes Brett erreicht werden, das er über ein paar Löcher im Boden gelegt hatte, es gab zwei kleine Fenster, die unterhalb der Straßenebene auf den Bürgersteig hinausgingen, und eine Tür. Wir waren sehr erleichtert und außerordentlich dankbar für sein Angebot. Dieser Keller stellte für ungefähr sechs Wochen, etwa bis Ende November (1942; C. H.), unser erstes Zuhause im ‚Untergrund‘ dar [...]. Wir mußten bei allem, was wir taten, große Vorsicht walten lassen, damit der Hausmeister, oft ein V-Mann für die Nazis oder Schlimmeres, nicht auf uns aufmerksam wurde und uns denunzierte. Wir wagten uns erst hinein, wenn es ganz dunkel war, und vermieden jedes Geräusch, das uns hätte verraten können. Nachts mußten die beiden kleinen Fenster mit einem dicken Stück Stoff verhängt werden, damit das Licht der Kerze und der nackten Glühbirne über dem Waschbecken von der Straße aus nicht zu sehen war. Auch mußten wir uns im Flüsterton unterhalten und uns möglichst leise bewegen, wenn wir auch nicht gänzlich verhindern konnten, daß das Brett, das zur Toilette führte, an einigen Stellen knackte. Nach ein paar Wochen gewährte unser Wirt noch einem weiteren Paar Unterschlupf, einem älteren pensionierten Juristen und seiner Frau [...]. Sie blieben nur wenige Tage [...]. Nach ihnen ließ er eine Mutter und ihren halbwüchsigen Sohn im Keller wohnen, die weniger geübt darin waren, sich geräuschlos zu verhalten und aufzupassen, daß kein Licht nach draußen drang.“<sup>7</sup>

Herbert Strauss und seine Gefährtin Lotte Schloss konnten, nachdem sie Monate im Untergrund in wechselnden Verstecken verbracht hatten, im April bzw. Juni 1943 in der Nähe des Bodensees in die Schweiz fliehen.

7 Strauss, Abgrund, S. 258 ff.; siehe auch L. Strauss, Hügel, S. 93.

## Mißglückte Hilfe – und die Folgen für August Sapandowski

Die Einschätzung von Lotte Schloss, daß das Versteck in der Laubacher Straße auf Dauer nicht sicher genug sei, erwies sich als zutreffend. Am 21. Dezember 1942, wenige Wochen nachdem sie und Herbert Strauss die Werkstatt verlassen und in den Berliner Ortsteilen Kladow und Waidmannslust jeweils einen neuen Unterschlupf gefunden hatten, wurden die Mutter und deren Sohn, die noch in der Werkstatt Sapandowskis lebten, denunziert. Eine Frau aus dem Haus, in dem sich die Werkstatt befand, hatte sie entdeckt und die Behörden informiert. „Unsere Nachfolger in Sapandowskis Keller“, so Herbert Strauss, „verloren ihr Leben, weil irgend jemand ‚etwas Verdächtiges‘ gesehen und sie verraten hat.“<sup>8</sup> Nun war auch Sapandowski selbst gefährdet – zumal er befürchten mußte, daß das von ihm verfaßte Agitationsmaterial von der Gestapo gefunden worden war. Gemeinsam mit Elsbeth Orgler tauchte er zunächst in Berlin unter und flüchtete dann mit ihr unter falschem Namen nach Tirol. Seine 14jährige Tochter Vera blieb allein in Berlin zurück, ohne Unterstützung durch Verwandte oder Freunde, und lange Zeit ohne Nachricht von ihrem Vater. In der Gewißheit, daß für sie und ihren Vater alles zu Ende sei, unternahm sie einen Selbstmordversuch, konnte aber gerettet werden.

Da nichts auf den Fund seiner antifaschistischen Schriften durch die Gestapo schließen ließ und keine weitere Gefahr zu drohen schien, kehrten die beiden Flüchtigen im April 1943 nach Berlin zurück. Am 21. Mai 1943 jedoch, an Elsbeth Orglers 57. Geburtstag, verhaftete die Gestapo das Paar in der Wilmersdorfer Wohnung. Elsbeth Orgler kam in die Große Hamburger Straße 26 – dem Sammellager der zur Deportation vorgesehenen Jüdinnen und Juden.<sup>9</sup> Am 4. August wurde sie mit dem 40. Osttransport nach Auschwitz verschleppt und gilt seitdem als „verschollen“, da ihr genaues Todesdatum nicht mehr feststellbar ist.<sup>10</sup> August Sapandowski wurde von der Gestapo

8 Strauss, Abgrund, S. 294.

9 Das Schreiben, mit dem ihr mitgeteilt wurde, daß ihr Besitz nach der 11. Verordnung des Reichsbürgergesetzes zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen wurde, unterschrieb sie am 1. 7. 1943 in der Großen Hamburger Straße.

10 In der Schweiz erreichte Lotte Schloss und Herbert Strauss die Nachricht von der Verhaftung. In einem Brief vom 24. 7. 1943 schreibt Herbert A. Strauss: „Else ist aufgegriffen worden [...]. August sitzt im Gefängnis (er hat sie wirklich geliebt!).“ Strauss, Abgrund, S. 329.

unter dem Vorwurf der „Judenbegünstigung“ und der „Rassenschande“ verhaftet und in der Berliner Stapoleitstelle in der Burgstraße 28–30 in Berlin-Mitte, im Polizeipräsidium am Alexanderplatz und im Gefängnis eines Polizeireviere am Kaiserdamm gefangen gehalten, vernommen und mißhandelt. Offensichtlich um eindeutige Beweise zu erlangen, verhörte die Gestapo auch seine Tochter in der Burgstraße – „über die Tätigkeit meines Vaters, über von uns untergebrachte Juden und schließlich, ob ich die Jüdin E. O. nicht mit meinem Vater im Bett gesehen hätte“; so die Tochter in einem kurz nach dem Krieg verfaßten Bericht.<sup>11</sup> Diesen Verhören, Bedrohungen und Mißhandlungen konnte sie fünf Tage mit beharrlichem Schweigen widerstehen, bis sie – wahrscheinlich ihres jugendlichen Alters wegen – entlassen wurde.

Nach drei Monaten kam der Vater zurück. Die Erlebnisse und Erfahrungen in der Haft hielten August Sapandowski jedoch nicht davon ab, auch weiterhin Verfolgten Hilfe und Unterkunft zu bieten. Seine Tochter berichtet, daß er einigen zur Flucht über die Grenze ins Ausland verholphen hat. Von denjenigen, die Sapandowski unterstützte, sind nur wenige namentlich bekannt. Neben Herbert A. Strauss, Lotte Schloss und Elsbeth Orgler gehörte zu diesen auch der 1903 in Dresden geborene Sylvian Rosenzweig, der von 1942 bis zum März 1944 mit Unterbrechungen in der Schrammstraße 4 wohnte. Der Dekorationsmaler galt nach der NS-Gesetzgebung als Mischling I. Grades. Wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur KPD, der er auch tatsächlich seit 1930 angehört hatte, wurde er 1934 vier Monate und 1937 wegen sogenannter Rassenschande sechs Monate inhaftiert. Er konnte überleben.

Die Tochter Sapandowskis erinnert sich, daß außerdem als Illegale Elise Lopatka, Anna Israel und das Ehepaar Neumann mit seinen zwei nahezu erwachsenen Kindern bei ihnen versteckt waren. Während wir von der 1891 in Sternburg/Brandenburg geborenen Elise Lopatka wissen, daß sie sich retten konnte und nach dem Krieg in die USA auswanderte, war das Schicksal der anderen nicht mehr zu klären.<sup>12</sup> Eine besondere Schwierigkeit bedeutete die

11 Siehe LAB, C Rep. 118, Nr. A 7607.

12 Centrum Judaicum Berlin, Rep. 4.1, Nr. 1924. Zu Elise Lopatka siehe die Datenbank vom Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, Berlin 1995. Das Gedenkbuch nennt mehrere Personen mit dem Namen Anna Israel und auch mehrere vierköpfige Familien Neumann. Eine genaue Zuordnung war nicht möglich.

Versorgung mit Lebensmitteln. Die Tochter Sapandowskis berichtet, daß sie in der Zeit, als die Familie Neumann bei ihnen war, zu sechst von zwei Lebensmittelkarten lebten.

## Zweite Verhaftung

Eine andere Person, die bei Sapandowski untergetaucht war, wurde ihm und anderen Versteckten zum Verhängnis: Emmi Brandt verriet ihren Helfer.<sup>13</sup> Wenige Wochen nach der Deportation ihres Mannes Martin Brandt<sup>14</sup> ging Emmi Brandt<sup>15</sup> im Februar 1943 in die Illegalität und fand Unterkunft bei August Sapandowski. Eventuell kannten sich Elsbeth Orgler und Emmi Brandt aus der Grunewaldstraße 50 in Berlin-Schöneberg, denn nach einer Angabe des Entschädigungsamtes von 1963 war dies der letzte Wohnsitz von Elsbeth Orgler, und auch für Emmi (1939) und Martin Brandt (1942) wird diese Adresse angegeben.<sup>16</sup> Bis zum Februar 1943 hatte die gelernte Putz-  
macherin in der Rüstungsindustrie in der Lützowstraße 10 Zwangsarbeit als Näherin geleistet. Vielleicht wollte sie ihr eigenes Leben dadurch retten,

13 Zu den jüdischen Spitzeln siehe Christian Dirks, „Greifer“. Der Fahndungsdienst der Berliner Gestapo, in: *Juden in Berlin 1938–1945*, hrsg. v. Beate Meyer/Hermann Simon, Berlin 2000, S. 233–257, und Peter Wyden, Stella, Göttingen 1993. Die Information, daß Emmi Brandt sie verraten hatte, stammt von der Tochter August Sapandowskis. Siehe LAB, C Rep. 118, Nr. A 7607 (Fragebogen vom 21. 6. 1946); Bericht vom 6. 6. 1947. In einer von der Jüdischen Gemeinde 1946 erstellten Auflistung der „Greifer“ taucht Emmi Brandt nicht auf (s. Dirks, „Greifer“; S. 236), doch an anderer Stelle wird auf die Spitzeltätigkeit von Emmi Brandt hingewiesen. Nach dem Krieg berichtet Julia Schneeberg (geb. 1895): „Ich lebte bis zum 30. Juni 1944 illegal bei Bekannten in der Mommsenstraße 55. Dann wurde ich durch den jüdischen Gestapospitzel Emmi Brandt verraten.“ Julia Schneeberg wurde in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt und blieb dort bis zum 13. 7. 1945. Siehe Akte Julia Schneeberg, Centrum Judaicum Berlin. Auffallend ist die unmittelbare zeitliche Nähe der beiden Verratsfälle. Sapandowski wurde am 28. 6. und Schneeberg am 30. 6. verhaftet.

14 Geboren 2. 8. 1881 in Neustadt/Warthe (Posen); er wurde mit dem 25. Transport vom 14. 12. 1942 nach Riga deportiert und gilt als „verschollen“.

15 Geborene Neugarten, geboren am 9. 7. 1898 in Brackwede/Westfalen.

16 Siehe LAB, Rep. 92, Nr. 4751, 4771, 28 972.

daß sie sich der Gestapo als Spitzel zur Verfügung stellte. Die Denunziation sollte ihr jedoch nicht helfen. Am 24. November 1944 wurde sie mit dem 59. Transport in das Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt. Ihr weiteres Schicksal ist ungeklärt.<sup>17</sup>

Am 28. Juni 1944 erschienen in der Schrammstraße 4 vier Gestapo-Beamte – darunter eine Frau – und nahmen neben dem Ehepaar Neumann und ihren zwei Kindern auch eine weitere Person fest, die zufällig zu Besuch war. August Sapandowski wurde erneut festgenommen. Anders als bei der Verhaftung im Sommer 1943 wurde die Wohnung nun gründlich durchsucht, und nahezu seine gesamten politischen Schriften wurden entdeckt und beschlagnahmt. Wiederum blieb die inzwischen 15jährige Tochter Vera – am Ende ihrer Kräfte – auf sich alleine gestellt zurück. Sapandowski wurde zunächst in das Sammellager in der Großen Hamburger Straße gebracht, wo auch einige nichtjüdische Helfer inhaftiert wurden, und von dort im September 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Ende Dezember 1944 kam er in das KZ Bergen-Belsen.

Durch die Evakuierungen der Konzentrationslager im Osten wuchs dessen Lagerstärke von rund 15 000 Häftlingen Anfang Dezember 1944 auf schließlich 60 000 Mitte April 1945 an, dem Zeitpunkt der Befreiung. Die Überbelegung und die Unterernährung der Gefangenen, die katastrophalen sanitären Verhältnisse und Seuchen machten das Lager in den letzten Monaten vor Kriegsende zu einer „Stätte eines langsamen und qualvollen Massensterbens“.<sup>18</sup> Allein im März 1945 wurden in Bergen-Belsen rund 18 000 Tote registriert. Zu diesen gehörte auch August Sapandowski. Im April 1945 erhielt seine Tochter mit der Post aus Bergen-Belsen die Todesbescheinigung, in der ihr mitgeteilt wurde, daß August Sapandowski am 10. März 1945 an „Kreislaufschwäche“ gestorben sei.

17 LAB, Rep. 92, Nr. 4751, 4771. Die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück besitzt keine Unterlagen über Emmi Brandt. Die Tochter Sapandowskis erklärt in einem Bericht vom Juni 1947, daß Emmi Brandt nach dem Krieg einmal verhaftet worden sei und nunmehr erneut gesucht werden würde. Brief der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück vom 25. 6. 1999, im Besitz des Verfassers.

18 Eberhard Kolb, Bergen-Belsen 1943–1945, 2. Auflage, Göttingen 1986, S. 39.



## „Ein ungewöhnlicher und unkonventioneller Mann“

Herbert A. Strauss' eingangs zitierte Wertung, Sapandowski sei ein „un-gewöhnlicher und unkonventioneller Mann“ gewesen, ist zuzustimmen. Allem sonstigen Widerstand der KPD gegen die Nationalsozialisten zum Trotz – die Hilfe und Solidarität von Kommunisten für verfolgte Juden zählte nach 1933 nicht zu den primären Zielen der Partei. Natürlich fanden jüdische Kommunisten die Unterstützung ihrer politischen Freunde; Juden, die keine Kommunisten waren, standen in aller Regel nicht im Zentrum der KPD-Hilfsaktionen.<sup>19</sup>

Selbständige Handwerksmeister waren als Kleinunternehmer in der KPD eher die Ausnahme, und auch der Weg von einem katholischen Elternhaus in der westpreußischen Provinz zur Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei in der Reichshauptstadt erscheint weit. Darüber hinaus war August Sapandowski – bei einem Malermeister wohl eher unüblich – schriftstellerisch tätig und auf diesem Gebiet sehr produktiv.<sup>20</sup> Reste dieser Schriften konnte die Tochter retten. Bei ihnen handelt es sich aber offensichtlich nicht allein um politisches Agitationsmaterial, sondern um religiös inspirierte, teilweise schwer verständliche Bekenntnistexte mit einer antikirchlichen Haltung. Hier zeigt sich Sapandowski in einem anderen Licht und erscheint nicht mehr als der gläubige Kommunist, der das Heil der Zukunft mit der Sowjetunion verbindet. Überliefert sind zwei Gedichte und drei Schriften, die in der Form Predigten ähnlich sind. In den drei Texten wendet er sich in der fiktiven Rolle des Erzengels Michael an die deutsche Regierung, an den Papst in Rom und an die deutsche Bevölkerung. In der Bibel gilt der Erzengel Michael als göttlicher Sendbote, als der Schutzengel Israels und als der Sieger über die Mächte der Finsternis und des Satans. Dergestalt ist auch der Gestus der Texte. Eine Datierung ist leider nicht möglich. Nur durch die Erwähnung von Pius XI. (1857–1939) kann man einen der drei Texte auf dessen Amtszeit von 1922 bis 1939 eingrenzen.

19 Das Verhältnis der KPD zum Judentum ist immer noch ein Desiderat der Forschung.

20 Nach Aussagen seiner Tochter füllten die Schreibblöcke, die Sapandowski vollschrieb, ganze Kisten, Regale und Schränke.

Auch die beiden – im Anhang abgedruckten – Gedichte argumentieren christlich. In „Wacht auf!“ werden die Spaltung des Christentums, die Hierarchie der Amtskirchen und deren „Oberhirten“ wie auch die Laien und die theologische Dogmatik kritisiert. Die Leitungen der verschiedenen Amtskirchen, die „blinden Blindenleiter“, müßten in Zukunft gemeinsam mit den Gläubigen die „Geisteskraft der Wahrheit“ gebrauchen, sich an Jesus Christus orientieren, so zur Gotterkenntnis gelangen und geeint eine Art Urchristentum praktizieren. Das Gedicht beinhaltet keine theologischen Reflexionen, sondern ist Ausdruck tiefer Volksfrömmigkeit. Es lehnt sich inhaltlich und formal an die Offenbarung des Johannes, d.h. die Apokalypse an. Verwendet werden typische Elemente apokalyptischer Texte: So etwa erstens die Anklage, daß die Christen nicht nach den christlichen Grundwerten leben („Brudermord [...] Hass [...] Neid [...] Scheinheiligkeitsbluff [...] wo Betrug und List und der Geldgott Herrscher auf Erden ist[...]“) oder zweitens der Aufruf zur Umkehr („Die Zeit ist um [...]“). Drittens wird auch die Drohung der Vernichtung des Bösen („Besiegt [...] der Finsternis Höllenbrut [...]“) und viertens die Vision der anbrechenden Gottesherrschaft („[...] jüngstes Gericht [...] Christus, dem Sieger, für alle Zeit [...]“) artikuliert.

Die in „Wacht auf!“ noch als moralisierende Klage über die Entfremdung des Christentums von seinen Wurzeln formulierte eschatologische Erwartung gewinnt im zweiten hier zitierten Gedicht eine explizit politische Dimension. Darin wird Satan gleichgesetzt mit Hitler, der auf Erden „Geiz, Haß, Lüge, Raub und Mord“ verbreitet. Deutschland und andere Völker werden unterdrückt, Frieden und Freiheit verhindert. Doch wird nicht nur Hitler allein in personalisierender Weise kritisiert. Auch die „Führung“ durch die NSDAP, durch die „Bonzen“ und die „Menschenteufel“ führt dazu, daß das Volk auf die „Schlachtbank“ geschickt wird und andere Völker in Knechtschaft leben. Nicht nur Klage und Anklage werden in diesen Versen formuliert. Mit eingeschlossen ist der Appell an den Leser, „dem Christheil Wegbereiter“ zu sein. Diese Aufforderung ist nicht an einer Erlösung im Jenseits orientiert, sondern durchaus weltlich gedacht. Die Erfüllung von „Gottes Wille“ durch „Wort und Tat“ ist gemeint als Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Dieser wird zur Pflicht eines jeden. „Bange machen gilt hier nicht“, so heißt es an einer Stelle, „kämpfe recht heißt deine Pflicht.“

## Schlußbemerkung

August Sapandowski ist weder allein über seine Mitgliedschaft in der KPD noch über das katholische Elternhaus oder etwa die soziale Zuordnung zum selbständigen Handwerk eindeutig zu definieren. Zu inkonsistent sind diese Koordinaten, als daß sie eine klare Charakterisierung erlauben würden. Nach den Berichten seiner Tochter war er ein Mensch voller Lebensmut, Zuversicht und kämpferischer Hoffnung auf eine gerechtere Welt. Diese Hoffnung suchte sich eine organisatorische und ideologische Heimat. Sie artikulierte sich aber eben nicht allein in seinen Worten und Schriften, sondern auch in seinem Tun. Seine Furchtlosigkeit ging so weit, daß er die unmittelbar drohenden Gefahren des Terrors und der Verfolgung durch die Nationalsozialisten für zweitrangig hielt gegenüber der politisch und religiös motivierten moralischen Verpflichtung, Verfolgten zu helfen. Auch seine Verantwortung seiner Tochter gegenüber erschien ihm nachrangig. Diese wiederum half ihrem Vater bei seinem Handeln, soweit es ihr als Heranwachsender möglich war. Unterstützt wurde Sapandowskis persönlicher Charakterzug durch einen überindividuellen Bezugsrahmen. Er hat anscheinend immer über die Realität hinaus gedacht – ob in einem engen politischen oder in einem weiteren religiösen Sinne. Gespeist war seine Haltung von einer diesseitigen Heilserwartung, die ein bloßes Hinnehmen des Jetzt überwand und die ihm zugleich Mut und Kraft gab. Und nicht zuletzt wird auch seine Liebe zu Elsbeth Orgler ein weiteres Motiv für sein Handeln gewesen sein.<sup>21</sup>

Von denjenigen, die von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem wegen ihrer uneigennütigen Hilfe für jüdische Verfolgte den Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ erhielten, waren bis zum 1. Januar 2001 342 Menschen

21 Die Psychotherapeutin Eva Fogelman unterscheidet fünf verschiedene Motive von Retterinnen und Rettern rassistisch Verfolgter. Neben Menschen, die aus beruflichen Gründen halfen (Ärzte, Sozialarbeiter), Kindern, die auf Geheiß ihrer Eltern halfen und Menschen, die Mitglieder eines Netzwerkes waren, dem eine antinazistische Weltanschauung zu eigen war, nennt sie Judeophile (Affinität zu einzelnen jüdischen Menschen, dem jüdischen Volk) und Menschen mit moralischen (d. h. weltanschaulich, religiös, emotional motivierten) Beweggründen. Mindestens zu zwei dieser Gruppen ist Sapandowski zuzuordnen. Siehe Eva Fogelman, „Wir waren keine Helden“ Lebensretter im Angesicht des Holocaust; Motive, Geschichten, Hintergründe, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 171–264.

aus Deutschland. Dieser Ehrentitel wurde im Juli 2001 auch postum August Sapandowski zuerkannt. „Menschen wie er waren die wirklichen Helden jener Zeit“; äußerte Herbert A. Strauss in einem Brief 1999. „Er hat Menschenleben bewahrt und sich so einen Platz erworben in dem unendlichen Fortgang der Schöpfung, die uns alle umschließt.“<sup>22</sup>

(Ohne Titel)

Deutsches Volk du deutscher Mann  
schau dir deine Führung an  
wirf sie in den Höllenschlund  
dann erst wirst du heil gesund

Kämpfe recht als Gottesstreiter  
sei dem Christheil Wegbereiter  
ringe um die Lebenskrone  
Gottessohn im Menschensohne

Hier erfüllst du deine Pflicht  
alles andre hilft dir nicht  
laß dich nicht von Bonzen führen  
die nur Höllenlast verspüren

Die das Volk nur unterdrücken  
und es auf die Schlachtbank schicken  
glaube keiner Kreatur  
die dem Satan Treue schwur

Hoffe niemals auf Erfüllung  
bei der Nazi Siegheil Brüllung  
mögen sie auch noch so schrein  
nur das Gegenteil tritt ein

<sup>22</sup> Herbert A. Strauss, Briefe vom 14. 3. und 16. 3. 1999 an den Verfasser.

Hitler Heil und Führermacht  
hat nur Haß hervorgebracht  
Totschlag war totalisiert  
was der ganze Erdraum spürt

Hitler Geist der Höllenhund  
gibt nur Satans Willen kund  
Christus, Gottes Menschenfeind  
zeigt er sich, wo er erscheint

Hitler selbst, der Bösewicht  
fällt ins eigne Tatgericht  
Geiz Haß Lüge Raub und Mord  
jagen Frieden Freiheit fort

Schaffen Unheil Nöte Plagen  
Völker müssen Knechtschaft tragen  
wo sich Größenwahnsinn spreizt  
und die Hölle wird geheizt

Darum faßt des Schicksals Hand  
deutsches Volk und deutsches Land  
jede Schuld rächt sich auf Erden  
damit alle klüger werden

Denn des Satans Geist und Macht  
wird am End zu Fall gebracht  
mag er heut sein Siegheil schrein  
Christheil wird der Sieger sein

Mögen Menschenteufel spotten  
mögen sie sich selbst vergotten  
bange machen gilt hier nicht  
kämpfe recht heißt deine Pflicht

Bis die Hölle klar erkannt  
aus dem Lebensraum gebannt  
und auf Erden Gottes Wille  
sich durch Wort und Tat erfülle

Wacht auf!

Zweitausend Jahre Christentum!  
Wie lange noch? Die Zeit ist um,  
Und fragt man, was bisher geschehen  
Und wie die Sachen also stehen,  
Dann hörst Du nur in langen Listen  
Von Likken, Anten, Isten, Thisten  
Und schaust Du Dir die Dinge an,  
Ja, lieber Freund, da staunst Du dann,  
Denn nichts von einem Christentum,  
Auch nichts zu Gottes Ehr' und Ruhm,  
Nicht mal ein wenig Menschentum,  
Nur Bosheit, Dummheit ringsherum!  
In Christi Namen mit Beten und Schrei'n  
Schlug man Millionen den Schädel ein,  
Mit tödlichen Waffen, wohl geübt,  
Hat man unmenschlich sich so geliebt,  
Und alles zu Gottes Ehr' und Ruhm,  
So auch von wegen dem Christentum;  
Denn Christen waren auf beiden Seiten  
Im Völkermord und blutigem Streiten  
Und wo die eine Seite gewann  
Stimmt sie ein Tedeum laudamus an.  
Ja, lieber Freund, was sagst Du nun  
Zu solch' eigentümlichen Christentum,  
Zu den Likken, Anten, Isten, Thisten?  
Sind es nicht sonderbare Christen?  
Und müßten sie nicht ob ihrem Gebaren

Mit ihren Begriffen zum Orkus fahren?  
denn, wenn es heißt, in Wahrheit zu lieben,  
Dann regt sich nichts, weder hüben noch drüben.  
Doch zum Brudermord, zu Haß und Neid  
Wie gern und flink sind alle bereit.  
Zum Guten heißt's Hahn in Ruh,  
Für alles Schlechte man zu nur zu,  
Für jede Bosheit nur feste druff,  
Die Hauptsache ist der Scheinheiligkeitsbluff.  
Christus bleibt meist verlassen, allein,  
Wenn es hieß, Streiter der Wahrheit zu sein.  
Die Zeichen der Zeiten sind alle erfüllt,  
Und das Christentum bietet ein trauriges Bild:  
Fanatisch verhetzt, zerspalten, verwirrt,  
Eine Herde, die ohne Hirten irrt,  
Und das Walten der Hirten, trotz ihrer Titel,  
O Freund, schau nur mal unter den Kittel.  
Die andern gibt man immer verloren,  
Schlägt ihnen die Heilige Schrift um die Ohren.  
Zu Fried, und Freud, und Gottes Lust  
Fühlen sich alle zu schwach auf der Brust.  
Zur Nächstenliebe und Barmherzigkeit,  
Wer hätte denn dazu heute noch Zeit?  
Soll nun die Menschheit bei diesem Gebaren  
Nicht insgesamt in den Hades verfahren?  
So müssen vereint wir die Geisteskraft  
der Wahrheit gebrauchen, die Raum sich schafft.  
Auf dieser verkehrten, alten Erde,  
Damit sie befreit und erneuert werde,  
Befreit von allen Sklavenbanden  
Der finsternen Dummheit in allen Landen,  
Damit sie der Gotterkenntnis voll  
Und gerade das Gegenteil werden soll,  
Was jeder mit klaren Augen geseh'n, –  
Es sei, es soll und es wird gescheh'n!

Christus, der Auferstandene, spricht:  
„Brüder und Schwestern, fürchtet euch nicht,  
Folgt mir mutig, ich bin dabei,  
Redet die Wahrheit, wo immer es sei,  
Himmel und Erde werden vergehn'n,  
Worte der Wahrheit bleiben besteh'n.  
Nimmst du sie auf in das Fleisch und Blut,  
Besiegt sie der Finsternis Höllenbrut,  
feget blitzrein auch das Gotteshaus  
von allen Mächten der Dummheit aus  
Und schaffet zu Gottes Ehr' und Ruhm  
Ein wahres einiges Christentum.  
Drum, Brüder und Schwestern, nur zugefaßt,  
Fegt aus der eignen Dummheit Last  
Und kündet mit lautem Posaunenschall  
Die Kraft der Wahrheit all überall,  
Damit die Likken, Anten und Thisten  
Und alle, die tun, als ob sie was wüßten,  
Sowie auch die blinden Blindenleiter,  
Dazu alle Titel- und Buchstabenreiter,  
Die der Wahrheit stets zuwider waren  
Nun schon seit bald zweitausend Jahren,  
Es hell in ihren Ohren vernehmen:  
Die Zeit ist um, um sich der Wahrheit zu schämen,  
Die Zeit ist um, wo Betrug und List  
Und der Geldgott Herrscher auf Erden ist.  
Christus, die Wahrheit, hält jüngstes Gericht,  
Christus das letzte Siegel erbricht,  
Merkt auf sein Zeichen und folget ihm heut, –  
Christus, dem Sieger, für alle Zeit.





*Joachim und Gerda Marcuse (links) und Kurt Lewin  
nach ihrer Flucht in Schweden.*

---

ISABEL ENZENBACH

## Zur Problematik des Begriffes „Retter“

„Gerechte unter den Völkern“,<sup>1</sup> „Unbesungene Helden“,<sup>2</sup> „Stille Helden“<sup>3</sup> oder meist einfach „Retter“ sind gängige Bezeichnungen für Menschen, die versucht haben, Juden vor der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik zu schützen. Diese Begriffe entstanden meist im Kontext der

- 1 Mit diesem Titel ehrt die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem weltweit Nichtjuden, die jüdischen Verfolgten während des Nationalsozialismus uneigennützig Hilfe leisteten.
- 2 Mit dieser Bezeichnung ehrte der Berliner Senat zwischen 1958 und 1966 738 Westberlinerinnen und -berliner für ihre Hilfe; vgl. den Beitrag von Dennis Riffel in diesem Band. Namengebend war eine Veröffentlichung von Kurt R. Grossmann: Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen, Berlin 1957.
- 3 Vgl. Eric Silver, Sie waren stille Helden. Frauen und Männer, die Juden vor den Nazis retteten, München/Wien 1994; Inge Deutschkron, Sie blieben im Schatten. Ein Denkmal für „stille Helden“, Berlin 1996.

Ehrung dieser Personen und sind von der Absicht geprägt, den „Retterinnen“ und „Rettern“ Anerkennung zukommen zu lassen.

Es gibt wohl keine einheitliche Bezeichnung für die an der Rettung von Juden beteiligten Akteure, die der Verschiedenartigkeit der Menschen, der Unterschiedlichkeit ihrer Motive und ihrem Beitrag zum Überleben der Verfolgten gerecht wird.<sup>4</sup> In diesem Artikel möchte ich den Begriff des „Retters“ kritisch hinterfragen und an Beispielen aus der Datenbank „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ Widersprüche zwischen den mit dem Begriff assoziierten Vorstellungen und den Geschichten von Hilfeleistungen aufzeigen. Dabei gehe ich auf die suggerierte alleinige, erfolgreiche und uneigennützigte Aktivität der „Retter“ näher ein, auf die Fokussierung auf den einzelnen sowie auf unwissentlich geleistete Hilfe. Da die jeweiligen Perspektiven, aus denen Rettungsgeschichten erzählt werden, entscheidend dafür sind, welches Bild von den Akteuren entsteht und welche Begriffe zu ihre Bezeichnung gewählt werden, werde ich bei meinen Überlegungen immer wieder auf die Rolle der Quellen eingehen.

### Zur Initiative bei Rettungen

Joachim Marcuse sprach zunächst mit niemandem über seinen Fluchtplan.<sup>5</sup> Nicht mit seinen Freunden aus dem Jüdischen Kulturbund, in deren Kreis viel über die Möglichkeiten, aus Deutschland zu fliehen, diskutiert wurde, nicht mit seinen Eltern, nicht mit seinen Kollegen bei der Zwangsarbeit. Nur seine Ehefrau Gerda wehte er ein. Doch erst nachdem Marcuse erfahren hatte, daß Sigurd Larsen, ein Bekannter aus der Holzbranche, in der Marcuse ursprünglich als Kaufmann arbeitete und seit 1940 Zwangsarbeit leistete, seine Firma nach Dänemark verlegen wollte, nahm sein Fluchtplan Gestalt an.

- 4 Diese Beobachtung belegt die Datenbank „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, in der eine Fülle von Rettungsfällen aus unterschiedlichen Quellen dokumentiert ist.
- 5 Heinrich-Wilhelm Wörmann, *Widerstand in Köpenick und Treptow*, Berlin 1995, S. 229–232; Interview von Beate Kosmala, Februar 2000, und von Isabel Enzenbach, September 2001 mit Joachim Marcuse.

Sigurd Larsen hatte im Ersten Weltkrieg als deutscher Soldat gekämpft und war dabei verwundet worden. Auf Betreiben seines dänischen Vaters war er nach seiner Verletzung im Krieg, vermutlich 1917, dänischer Staatsangehöriger geworden. Larsen war kühler Geschäftsmann und leidenschaftlicher Gegner des Nazi-Regimes. Seine dänische Frau war schon 1939 mit den beiden Kindern nach Kopenhagen gezogen. Er blieb noch in Berlin, um seinen erfolgreichen Furnierhandel aufzulösen und das Geschäft nach Dänemark zu überführen. In dieser Zeit besuchte Larsen regelmäßig jüdische Bekannte, darunter Marcuse.

Erst als Joachim Marcuse seinen Plan gründlich durchdacht hatte, sprach er Sigurd Larsen daraufhin an. Dieser erbat sich Bedenkzeit, denn er wollte zunächst die Sache prüfen und die Risiken für sich und seine Familie abwägen. Larsen war schließlich von der Realisierbarkeit des Vorhabens überzeugt, allerdings schien ihm das inzwischen besetzte Dänemark als Zielland ungeeignet. Zusammen mit Marcuse entwickelte er den Plan, der Joachim und Gerda Marcuse sowie einem gemeinsamen Freund des Paares das Leben retten sollte: Sigurd Larsen exportierte einen Teil seiner Furniere an einen schwedischen Partner und wickelte das Geschäft über die Sperrholz- und Furnierhandlung ab, in der Joachim Marcuse Zwangsarbeit leistete. Dieser war als Vorarbeiter für die Verladung der Ware zuständig und konnte dabei in einem Güterwaggon einen Bretterverschlag konstruieren. Nach vier Monaten Vorbereitung schloß Sigurd Larsen am 24. 12. 1942 die Tür des Waggons hinter den Marcuses und dem wenige Tage zuvor eingeweihten Freund, Kurt Lewin. Am Silvesterabend 1942 trafen Fracht und Flüchtlinge im schwedischen Trelleborg ein. Dort verließen die drei ihren etwa zwei Mal zwei Meter großen Hohlraum und meldeten sich bei der Polizei. Nach einer ausführlichen Überprüfung wurden sie als politische Flüchtlinge anerkannt.

In der Fluchtgeschichte von Joachim Marcuse, seiner Frau Gerda und ihres Freundes Kurt Lewin trifft das Bild eines allein aktiven „Retters“, der sich eines passiven Opfers annimmt, nicht zu.<sup>6</sup> Wie in vielen anderen Fällen<sup>7</sup> lag nicht nur die Initiative zur Flucht, sondern auch Planung und Koordination der verschiedenen für das Überleben notwendigen Aktivitäten bei den Verfolgten.

6 Diese Rollenzuschreibung kritisiert auch Barbara Schieb, „Wir hatten nichts geplant – wir wußten nur, daß wir nicht mitgehen werden“, in: Beate Meyer/Herman Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 259–279.

7 Vgl. den Beitrag von Johannes Tüchel in diesem Band.

Die Geschichte von Susanne K. zeigt noch deutlicher, daß „Retter“ oft erst durch das Drängen verfolgter Juden zu solchen wurden. Nachdem Susanne K. im Frühjahr 1942 die Aufforderung erhalten hatte, sich bei einer Gestapostelle zu melden, verließ sie ihre Wohnung und irrte zunächst ziellos durch Berlin. Unter anderem informierte sie einen Pfarrer über ihre Situation und bat ihn um Hilfe. Nachdem auch dieser – wie zuvor andere von ihr Angesprochene – sich ihrer nicht annehmen wollte, folgte sie einer ihr unbekanntem Frau, Elsa Zinken, von einem Geschäft bis in die Wohnung. Dort angekommen, schilderte sie ihre Lage. Als sie drohte, sich das Leben zu nehmen, entschied sich Elsa Zinken, die ihr völlig fremde verzweifelte Frau zunächst für eine Nacht in ihrer Wohnung aufzunehmen. Zusammen mit ihrem Mann beherbergte sie Susanne K. schließlich fast drei Jahre lang und unterstützte darüber hinaus noch eine weitere untergetauchte Jüdin.<sup>8</sup>

Obwohl nicht nur diese beiden exemplarischen Geschichten das Bild vom aktiven nichtjüdischen „Retter“ und vom passiven jüdischen Opfer in Frage stellen, sprachen z. B. die Mitarbeiter der Berliner Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ häufig von „Schützlingen“ und „Schutzbefohlenen“. Diese Terminologie hatte etwa Kurt Grossmann in seinem Buch „Unbesungene Helden“, dessen Titel von der Ehrungsinitiative übernommen worden war, nicht verwandt. Er nennt die Protagonisten meist beim Namen oder spricht, wenn es sich um Gruppen handelt, von Juden, Verfolgten, Illegalen, Getauchten etc., vermeidet also eine begriffliche Standardisierung. Seiner Arbeit lag eine humanistische Auffassung zugrunde: „Menschenfreunde“ übten Menschlichkeit gegenüber ihren „gefährdeten Menschenbrüdern“.<sup>9</sup> Er verwandte die Bezeichnung „Helden“ im Buchtitel in der Absicht, diesen Begriff von seinem militärischen Gehalt zu befreien und ihn im Sinne seines humanistischen Ideals umzudeuten.<sup>10</sup> Das Handeln der Helferinnen und Helfer war für Grossmann im übrigen der Auslöser gewesen, entsprechende Geschichten zu sammeln und zu publizieren. Als Grund

8 Akte „Unbesungene Helden“ 1145, Bl. 48 (im folgenden: UH). In Fällen, in denen keine Einverständniserklärung zur Veröffentlichung bisher nicht veröffentlichter Namen vorlag, wurden sie anonymisiert.

9 So Kurt Grossmann im Vorwort von „Die unbesungenen Helden“, S. 11.

10 Vgl. dazu Uwe Grünheid, „Wir wollten doch überleben“. Über die „Unbesungenen Helden“ des Widerstandes gegen das NS-Regimes, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Widerstand und Exil 1933–1945, Bonn 1986, S. 146.

gibt er an, daß er „als Jude seit langem die Verpflichtung fühle, die Geschichte der tapferen nicht-jüdischen Männer und Frauen zu erzählen“.<sup>11</sup>

Begriffe wie „Schützlinge“ bzw. „Schutzbefohlene“ akzentuieren das Geschehene dagegen anders: Die Selbstbehauptung der jüdischen Überlebenden wird darin ignoriert. Statt dessen werden sie begrifflich zu passiven Opfern gemacht. An die Stelle der individuellen Entscheidung, zu helfen oder nicht zu helfen, tritt ein Schutzauftrag durch eine anonyme Macht. Es besteht die Gefahr, daß damit der nationalsozialistische Judenmord, als Ursache für die Schutzbedürftigkeit, in den Hintergrund tritt.

Daß in bestimmten Konstellationen die paternalistische Vorstellung einer Retterfigur der Realität entsprach, war vor allem der Situation geschuldet, in der sich die Jüdinnen und Juden nach Kriegsbeginn befanden. Sie waren längst in jeder Beziehung von der nichtjüdischen Bevölkerung isoliert und hatten kaum noch Kontakte zu Nichtjuden, die sie um Unterstützung hätten bitten können. Ihre Namen und persönlichen Daten waren registriert, ab Mai 1940 wurden sie zur Zwangsarbeit herangezogen sowie ihres Vermögens, ihrer Erwerbsmöglichkeiten und ab September 1941 – durch die Kennzeichnungspflicht mit dem „Judenstern“ – auch des Schutzes der Anonymität beraubt. Ohne Unterschlupfmöglichkeit, ohne glaubwürdige falsche Papiere oder Lebensmittelmarken waren als Juden Verfolgte, die untertauchen wollten, in der Regel auf die Unterstützung derer angewiesen, die Zugang zu diesen existenziellen Gütern hatten. Daher wurde die Entscheidung, illegal<sup>12</sup> zu leben, nicht selten von Nichtjuden initiiert.

Ein solches Beispiel ist Wilhelm Daene,<sup>13</sup> der als Sozialdemokrat und Gewerkschafter nach 1933 mehrfach von der Gestapo verhaftet worden war. Er arbeitete nach 1939 in einem „kriegswichtigen Betrieb“, in den Teveswerken in Berlin-Wittenau, wo er für die jüdischen Zwangsarbeiterinnen verantwortlich war. Für sie organisierte er zusätzliche Lebensmittel und medizinische Hilfe. Erkrankte Jüdinnen ließ er in den Teveswerken übernachten, um sie vor der Deportation zu schützen. Nachdem 1942 bereits einige der jüdischen Zwangsarbeiterinnen „abgeholt“ worden waren, erwirkte Daene für die verbliebenen

<sup>11</sup> Grossmann, *Unbesungene Helden*, S. 13.

<sup>12</sup> Zu Recht betont Eli Wiesel, „Kein Mensch ist illegal“, allerdings können ihre Lebensbedingungen illegalisiert werden.

<sup>13</sup> Grossmann, *Unbesungene Helden*, S. 32–42.

für fast ein Jahr den Aufschub der Deportation, indem er sie für die vermeintliche Erfüllung des Produktionssolls reklamierte. Als die Verhaftungen so nicht länger zu verhindern waren, versteckte Daene zusammen mit seiner Ehefrau Margarete drei unmittelbar bedrohte jüdische Frauen in seiner eigenen Wohnung. Außerdem versuchte er Margot Wolf davon abzuhalten, sich „freiwillig“ zur Deportation zu melden.<sup>14</sup> Die Eltern der 21jährigen waren im Herbst 1942 von der Gestapo „abgeholt“ worden. Margot Wolf wollte ihre Eltern nicht alleine lassen und glaubte, irgendwo „im Osten“ weiter Zwangsarbeit zu leisten, sei immer noch besser, als auf unabsehbare Zeit von ihrer Familie getrennt zu werden. Sie wußte zu diesem Zeitpunkt nicht, daß es sich um einen Transport in den Tod handelte.<sup>15</sup> Daene beharrte darauf, daß Margot Wolf versuchen sollte, in Berlin zu bleiben. Doch als er sie schließlich überzeugt hatte, stand sie schon auf der Deportationsliste, und seine Bemühungen, sie wegen kriegswichtiger Arbeit wieder von der Liste streichen zu lassen, scheiterten zunächst. Im Sammellager in der Levetzowstraße beriet sich Margot Wolf mit ihrem Bruder über Fluchtmöglichkeiten. Als sie bereits das Pappschild mit der Transportnummer trug, wurde sie Wilhelm Daene übergeben, dem es im vierten Anlauf gelungen war, einen Gestapobeamten davon zu überzeugen, daß Margot Wolf unersetzlich für die Rüstungsproduktion sei.

Im Fall von Margot Wolf lag die Initiative für ihre Rettung eindeutig bei Wilhelm Daene. Er hatte sie zum Versuch gedrängt, sich der Deportation zu entziehen, und ihr dabei geholfen. Doch auch in solchen Fällen war, um jahrelang in der Illegalität zu überleben, die Eigeninitiative der Verfolgten erforderlich, wie auch das weitere Schicksal von Margot Wolf zeigt.

### Gegenseitige Hilfe von Juden

Viele Berichte, insbesondere solche in Ehrungsakten, geben jeweils vor allem die Aktivitäten der nichtjüdischen Helfer wieder. Dieser Perspektive entspricht die Bezeichnung „Retter“; da sie bestimmte Aspekte der Überlebensgeschichte

<sup>14</sup> Interviews von Beate Kosmala mit Margot Wolf, 13. 4. 2000 u. 4. 1. 2001 im Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA).

<sup>15</sup> So Margot Wolf in ihren Erinnerungen, in: Hans-Rainer Sandvoß, *Widerstand in Mitte und Tiergarten*, Berlin 1994, S. 314.

nicht zum Thema macht. So ist z. B. Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe von Juden in diesen Quellen kaum dokumentiert. Trotzdem finden sich, wie im folgenden Beispiel, auch in Ehrungsakten entsprechende Hinweise.

Fradela Steiner, eine 1905 im russischen Teil Polens geborene Jüdin, war nach Berlin immigriert. Ihr Ehemann wurde im Laufe der 30er Jahre bei einem Auswanderungsversuch nach Palästina interniert. Sie blieb mit ihren vier Kindern, Abraham, Golda, Jacob und Rachel, in Berlin zurück. Die Familie lebte am Prenzlauer Berg und wurde gelegentlich von einer wohlhabenden „arischen“ Witwe, Wladislawa Gorski, auf deren Gartengrundstück in Berlin-Konradshöhe eingeladen, die ihnen Obst und hin und wieder auch andere Lebensmittel gab. In der Anhörung vor der Ehrungsbehörde berichtete Wladislawa Gorski 1962: „Eines Tages brachte Frau Steiner mir die Familie Zajdman mit, und ich wurde gebeten, dieser Familie Unterschlupf zu gewähren. Ich kannte die Familie Zajdman bis dahin nicht. Von diesem Zeitpunkt an beherbergte ich Herrn und Frau Zajdman sowie die Kinder Moritz und Esther in meiner Wohnung in der Meyerheimstraße 16.“<sup>16</sup> Fradela Steiner, die durch ihre Kontaktvermittlung einen wichtigen Anteil an der Rettung der Familie Zajdman hatte, wurde im November 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Warum sie Wladislawa Gorski nicht um Hilfe für sich selbst und ihre Kinder gebeten hat, erfahren wir in den Fragmenten ihrer Geschichte, die in der Ehrungsakte von Frau Gorski und im Gedenkbuch für die ermordeten Berliner Juden und Jüdinnen verstreut sind, nicht.

Im Fall des Ehepaares Marcuse, denen die Flucht nach Schweden geglückt war, wird die gegenseitige Hilfe für bedrohte Juden ebenfalls sehr deutlich. So war in dem Betrieb, in dem Gerda Marcuse (heute: Dina Weil<sup>17</sup>) arbeitete, eine junge Jüdin, Hilma Ludoma, als Vorarbeiterin eingeteilt. Diese ließ gelegentlich, um die Arbeit zu sabotieren, kleine Einzelteile verschwinden. Ein mißtrauischer Aufseher, der eines Tages 1942 beobachtete, wie sie beim Putzen einen Eimer Wasser verschüttete, unterstellte ihr Sabotage und drohte mit der Gestapo.

Gerda Marcuse, die Zeugin dieser Szene war, erkannte die Gefahr, in der sich ihre Kollegin befand. Nach Arbeitsende drängte sie ihren Mann, Hilma Ludoma von zu Hause abzuholen, um sie in ihrer eigenen Wohnung vor der

<sup>16</sup> UH 581, Bl. 9.

<sup>17</sup> Vgl. Dina Weil, *In a Troubled Age*, London 1997, S. 71 ff.

Gestapo zu verstecken. Nach langen Debatten mit Hilmas Vater, der glaubte, seine Tochter sei durch seinen Status als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg geschützt, konnte Marcuse die junge Zwangsarbeiterin mit zu sich nehmen. Als sie am folgenden Tag zur elterlichen Wohnung ging, sah sie, wie ihre Angehörigen von der Gestapo zur Deportation „abgeholt“ wurden. Hilma Ludoma blieb zwei Wochen bei Gerda und Joachim Marcuse, fand dann Unterschlupf bei anderen jüdischen Freunden und überlebte letztlich mit Hilfe eines nichtjüdischen Freundes den nationalsozialistischen Völkermord.

### Vielfältige Beiträge zu einer Rettung

Die Institutionen, die Menschen als „Retter“ ehren und somit wichtige Quellen für die Forschung liefern, fokussieren auf den einzelnen und nicht auf die Netzwerke und Verbindungen, die oft zur Rettung beitrugen. In den Akten der Berliner Ehrungsinitiative schildern die befragten Helferinnen und Helfer in der Regel nur ihre eigenen Unterstützungsaktivitäten und bemühen sich, möglichst viele Zeugen zu benennen, die entweder in den Nutzen ihrer Hilfe kamen oder diese bestätigen können. Da die Ehrungsinitiative darauf abzielte, einzelne Personen zu ehren und ihnen bei Bedürftigkeit finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, standen hier immer die Handlungen von Einzelpersonen im Vordergrund. Dieser Entstehungszusammenhang erklärt die Verwendung von Begriffen, die auf den einzelnen Helfer zielen. Doch wird bei der Auswertung dieser Unterlagen deutlich, daß verfolgte Juden in der Regel auf die Hilfe mehrerer Personen angewiesen waren, wie etwa das folgende Beispiel zeigt.

Die jüdische Zwangsarbeiterin Erna C. entging „zufällig“ den Deportationen im Zuge der sogenannten Fabrikaktion am 28. Februar 1943. Man erfährt nicht, ob der „Zufall“ der besonderen Vorsicht und Aufmerksamkeit von Erna C. geschuldet war oder etwa einem Hinweis einer anderen Zwangsarbeiterin. Als sie aus ihrer Wohnung in Berlin-Kreuzberg von der Gestapo deportiert werden sollte, bot ihr die bis dahin unbekannte Nachbarin Amable Sanchez Hilfe an. Frau Sanchez war guatemaltekische Staatsangehörige und arbeitete als Spanischlehrerin in Berlin. Wir wissen nicht, wie sie aus Guatemala nach Deutschland gekommen war, wie lange sie schon in Berlin lebte, ob sie selbst diskriminierende Erfahrungen gemacht hatte, und wir kennen ihre politischen



Ansichten nicht. Es ist nur bekannt, daß Amable Sanchez am Sonntag nach der Fabrikaktion Erna C. zu ihrer Freundin Maria L. nach Charlottenburg brachte. Ihre Hilfe für Erna C. bezeichnet sie als spontan: „Ich habe Frau C. 1943 kennengelernt, als ich sie bei Frau L. unterbrachte.“<sup>18</sup> Maria L. hatte zu diesem Zeitpunkt bereits drei Jüdinnen – Johanna Fuchs, deren Schwester Käthe Neumann und deren Tochter Liselotte – bei sich versteckt. Erna C. konnte bis Mai 1943 dort bleiben. Amable Sanchez brachte regelmäßig Essen in die Wohnung. Lebensmittel für die anderen drei Frauen brachte ein weiterer Bekannter von Maria L., Eugène Beckers, der sie einmal wöchentlich aufsuchte. Da inzwischen die Gestapo, vermutlich durch eine Denunziation aus der Nachbarschaft, aufmerksam geworden war, verließ Erna C. im Mai 1943 das Quartier. Die drei anderen Jüdinnen wurden im März 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Eugène Beckers kam bei den Nachbarn ins Gerede und zog deshalb vorsichtshalber in einen anderen Bezirk.

Erna C. kehrte danach in ihre alte Wohnung zurück und lebte dort mit einer ihrer beiden Töchter zusammen. Diese war mit einem Araber verheiratet und durch die Ehe geschützt. Die zweite Tochter war schon vor der Fabrikaktion deportiert worden. Amable Sanchez gab Erna C. einen Schlüssel zu ihrer Wohnung, damit sie sich bei Gefahr dort verstecken konnte. Um dem Gerede der Nachbarn vorzubeugen, meldete sie die Verfolgte unter falschem Namen in ihrer Wohnung an. So gelang es Erna C. zu überleben.

Wer waren ihre „Retter“? Zunächst kam ihr ein nicht näher benannter „Zufall“ zu Hilfe, durch den sie ihrer Verhaftung entging. Dann fand sie mit der Unterstützung von Amable Sanchez vorübergehend Schutz bei Maria L., deren Wohnung sie noch rechtzeitig hatte verlassen können, während die drei anderen dort versteckten Jüdinnen nicht überlebten. Wer riet ihr, in ihre alte Wohnung zu ihrer Tochter zurückzukehren? Und welchen Anteil hatte ihr Schwiegersohn an ihrem Überleben? Diese Fragen sind nicht befriedigend zu beantworten. Doch zeigt auch dieser Fall, daß die Verfolgten meist auf mehrere Helferinnen und Helfer angewiesen waren, deren Anteil an der Rettung nicht immer eindeutig zu bestimmen ist.

An dieser Stelle ergeben sich weitere Fragen. Wie sind die nur schwer zu erkennenden Verbindungen zwischen den einzelnen Hilfeleistenden einzuord-

18 UH 264, Bl. 7.

nen? Ob es sich bei Amable Sanchez, Maria L. und Eugène Beckers um ein Netzwerk handelte, das gemeinschaftlich Juden zu helfen versuchte, oder um eine zufällige Ansammlung einzelner Helfer, ist nicht zu beantworten.

### Gescheiterte Hilfe

Der Begriff „Retter“ suggeriert, daß es den Verfolgten, die Beistand erfahren hatten, gelang zu überleben. Mag in Erna C.s Fall die Bezeichnung „Retterin“ für Maria L. angemessen erscheinen, ist der Begriff aus der Perspektive von Johanna Fuchs, ihrer Schwester Käthe Neumann und deren Tochter Liselotte jedoch unpassend. Die beiden Schwestern hatten mit der 15jährigen Liselotte im Herbst 1942 ihre gemeinsame Wohnung verlassen. Einige Zeit konnten sie bei Maria L. unterkommen, doch im März 1944 wurden sie nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Ob Rettungsversuche glückten, lag nicht allein am Ausmaß der Hilfsbereitschaft der Unterstützer und an ihren Ressourcen, sondern war wesentlich auch von äußeren Faktoren abhängig. Hierzugehören mißtrauische Nachbarn, die einen Quartierwechsel notwendig machten, Denunziationen, Razzien auf der Straße oder in Verkehrsmitteln, ebenso wie fehlende medizinische Versorgung. Auch Bombenangriffe gefährdeten die Untergetauchten, da das Aufsuchen eines Luftschutzkellers sehr riskant war. (Allerdings sind auch Fälle bekannt, in denen Juden während einer Bombardierung aus einem Sammellager oder einem Gefängnis fliehen konnten.) All dies führte dazu, daß etwa drei Viertel aller Versuche, im Untergrund zu überleben bzw. untergetauchte Jüdinnen und Juden zu retten, scheiterten.

### Unwissentliche Hilfe

Während also einerseits zahlreiche Rettungsversuche mißglückten, erfährt man andererseits häufig von Menschen, die jemandem halfen, ohne zu wissen, daß es sich dabei um jüdische Verfolgte handelte. Auf die Bedeutung der unwissentlich geleisteten Unterstützung für Juden möchte ich hier eingehen.

Im Juli 1943 wurde Alfred S., ein Berliner Jude, von der Gestapo in seiner Wohnung in Kreuzberg verhaftet. Sein Bruder Gerhard hielt sich zu dieser Zeit

ganz in der Nähe, bei seiner Freundin, der Obst- und Gemüsehändlerin Marga Kroll, auf. Sowohl eine Nachbarin als auch ein Arbeitskollege der Kreuzberger Firma, bei der die Gestapo den dort zur Zwangsarbeit verpflichteten Gerhard S. gesucht hatte, kamen in Marga Krolls Wohnung, um ihn zu warnen. Gerhard S. verbrachte die Nacht bei ihr und die folgenden vier Wochen bei einem gemeinsamen Freund im Norden Berlins. In der Zwischenzeit hatte Marga Kroll ein Zimmer bei sächsischen Bauern in der Nähe ihres Geburtsortes angemietet. Sie fuhren gemeinsam – ohne falsche Papiere für Gerhard S. – nach Sachsen. Marga Kroll stellte ihren Freund der Familie des Bauern B. als ihren Ehemann vor, der gerade einen längeren Arbeitsurlaub habe. Zirka fünf Wochen blieb der falsche „Urlauber“ ohne polizeiliche Anmeldung bei den Bauern: „Ich bezog keine Lebensmittelkarten und habe mich auf der Straße nicht sehen lassen und auch jedes Auftreten im Hause vermieden.“<sup>19</sup> Wohl zu Recht gingen Marga Kroll und Gerhard S. davon aus, daß sich „die Familie B. über einen zu langen Aufenthalt Gedanken machen würde und hier ein Gerede über meine Anwesenheit im Ort entstehen würde“.<sup>20</sup> Die nächste Station war Marga Krolls Schwester Olga in Dresden. Dort stellte sie den Flüchtling als einen Herrn Sauer vor. „Meiner Schwester habe ich nicht gesagt, wer Herr S. in Wirklichkeit war, weil wir so wenig Leute wie möglich einweihen wollten.“<sup>21</sup> Auch hier blieb Gerhard S. etwa fünf Wochen, während Marga Kroll zwischen Berlin und Dresden hin und her pendelte, um den Flüchtling regelmäßig mit Lebensmitteln zu versorgen. Nachdem der gemeinsame Freund, bei dem Gerhard S. die ersten Wochen seiner Illegalität verbracht hatte, nach Sachsen umgezogen war, konnte Gerhard S. die nächsten Wochen bei ihm verbringen. Auf der Zugfahrt dorthin, bei der Marga Kroll ihn begleitete, kam es zu einer Kontrolle der Wehrmachtspolizei. Gerhard S. – noch immer ohne falsche Papiere – sprang vom fahrenden Zug. Als die Wehrmachtspolizei nun den Zug anhalten ließ und die Zuginsassen befragte, wurde es für Marga Kroll gefährlich: „Das ganze Abteil war gegen mich, weil alle sagten: ‚Na, Sie haben sich doch mit dem Herrn unterhalten, Sie müssen ihn doch kennen, Sie haben ihm ja sogar zu essen gegeben.‘“<sup>22</sup> Gerhard S., dem es gelungen war, seinen Verfolgern zu ent-

19 UH 1178, Bl. 12 (eidesstattliche Versicherung von Gerhard S.).

20 Ebenda.

21 Ebenda, Bl. C 5 (eidesstattliche Versicherung von Marga Kroll, damals: Köpke).

22 Ebenda.

kommen, verbrachte die folgenden Wochen wieder bei der Bauernfamilie B., die immer noch nicht über ihn Bescheid wußte. Anschließend brachte ihn Marga Kroll zu ihrer zweiten Schwester, die ebenfalls in Dresden wohnte. 1954 betonte Gerhard S.: „Daß ich die Zeit überhaupt überstehen konnte, habe ich nur meinen Freunden zu verdanken, die mich während der ganzen Zeit aufgenommen und mit dem Notwendigsten versorgt haben.“<sup>23</sup>

Diese Geschichte belegt jedoch nicht nur die Bedeutung der eingeweihten „Retter“ für sein Überleben. An seiner Rettung waren mindestens drei Familien mit beteiligt, die nicht darüber informiert waren, daß sie einen Juden beherbergten; aber sie stellten auch – trotz einiger Auffälligkeiten – keine Fragen. Erst nach Kriegsende wurde die Familie darüber aufgeklärt, daß der 22jährige „Zivilist“, der während der Hochphase des Krieges etwa zwei Monate ohne Lebensmittelkarten „Urlaub“ machte, ohne je das Zimmer zu verlassen, Jude war. Ebenso wenig hatten die Schwestern von Marga Kroll und deren Familien unangenehme Fragen gestellt. Ihr Beitrag für die Rettung von Gerhard S. war jedoch entscheidend.

### Hilfeleistungen zwischen „Uneigennützigkeit“ und Berechnung

Obwohl der Begriff „Retter“ nichts über Motive und Moral derjenigen, die verfolgten Juden halfen, aussagt, weist er doch über die reine Unterstützungshandlung hinaus und suggeriert eine besondere Moralität der so Bezeichneten. Das hat einen Ursprung in der religiösen Prägung des Begriffs und korreliert mit dem Kriterium der „Uneigennützigkeit“<sup>24</sup> wie es vom Berliner Senat als Voraussetzung für eine etwaige Ehrung formuliert worden war. Auch führte die Absicht, „Retter“ als „andere Deutsche unter Hitler“<sup>25</sup> publik zu machen,

23 Ebenda, Bl. C 3.

24 In den entsprechenden Richtlinien – veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin 41 (1960), S. 958 – heißt es: „Es ist eine Ehrenpflicht der Berliner Bevölkerung, die [...] Bürger zu ehren, die [...] uneigennützig [...] Verfolgten in nicht unerheblichem Maße Schutz und Hilfe gewährt haben.“

25 So z. B. der Titel einer Sammlung mit Berichten über Deutsche, die von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt wurden: Herbert Straeten, *Andere Deutsche unter Hitler*, Mainz 1997.

dazu, daß in der Literatur zu diesem Thema jene nichtjüdischen Helferinnen und Helfer im Vordergrund stehen, die aus selbstlosen Motiven handelten. Doch gab es zahlreiche „Retter“, die z. B. handfeste materielle Interessen hatten. Auch waren nicht alle Illegalen völlig mittellos. Und auch Hilfe, die entlohnt wurde, oder eine Gefälligkeit aus kriminellem Milieu konnten wertvoll sein. Zuweilen war es für Verfolgte – wenn sie dazu in der Lage waren – ein kleineres Übel, die geleistete Hilfe materiell zu entlohnen, als sich auf andere Weise dankbar erweisen zu müssen.

So hatte die oben schon erwähnte Familie Zajdman, die nach der Vermittlung der Jüdin Fradela Steiner von Wladislawa Gorski beherbergt wurde, darauf bestanden, Miete zu bezahlen. Dazu erklärte Frau Gorski später: „Ich habe ein Entgelt nicht gefordert und hatte der Frau Zajdman sogar Geld angeboten. Frau Zajdman hatte aber offenbar selbst genug Geld zur Verfügung und wollte nicht umsonst bei mir wohnen. Sie hat mir monatlich etwa 60,- RM für das Zimmer gegeben. Ich hatte dieses Geld nicht nötig, weil ich damals selbst ein Vermögen von etwa 80 000 RM besaß.“<sup>26</sup> Die Tatsache, daß Frau Gorski den angebotenen Beitrag angenommen hatte, führte dazu, daß der Vertreter des Innensensors die Entschädigungsbehörde anwies, die ursprünglich vorgesehene Ehrenrente zu reduzieren.<sup>27</sup>

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß nicht jede Unterstützung, für die jemand entlohnt wurde, deshalb weniger wertzuschätzen ist. Das Risiko war dadurch nicht geringer. Auch hatte in diesem Fall die „Retterin“ ihre Hilfe nicht von einer Bezahlung abhängig gemacht.

Häufig leisteten auch Personen Hilfe zum Überleben, die nicht prädestiniert schienen, im Rahmen der Berliner Ehrungsinitiative Beachtung zu finden. Horst Steinert, in den 30er Jahren Mitglied der Kommunistischen Jugend in Berlin und als „Rädelsführer“ 1935 im Alter von 17 Jahren zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, berichtete von Prostituierten, die während ihrer Arbeit Wehrmachtsangehörigen Ausweise stahlen. Steinert, der graphisches Talent hatte, fälschte die Papiere und leitete diese an untergetauchte Juden weiter. Da die meisten Soldaten bei einer Verlustanzeige nicht angaben, bei welcher Gelegenheit ihnen die Papiere abhanden gekommen waren, konnten laut Steinert

<sup>26</sup> UH 581, Bl. 9.

<sup>27</sup> Ebenda, Bl. 20.

auf diesem Weg relativ sicher falsche Papiere beschafft werden.<sup>28</sup> Solche Geschichten werden ebenso wie Unterstützungsleistungen aus anderen schlecht beleumundeten Milieus wenig – und vor allem nicht in Ehrungsakten – überliefert.<sup>29</sup> Auch führte die Absicht, das Andenken der gesamten Gruppe nicht zu diskreditieren, leicht dazu, Motive oder Handlungen, die an der Selbstlosigkeit oder der moralischen Überlegenheit der Helfer zweifeln lassen, nicht zu thematisieren.

Geht es um Hilfeleistungen, die in den letzten Kriegswochen und -tagen erbracht wurden, muß bei der Einschätzung der Motivation mit bedacht werden, ob nicht unter Umständen schon das Kalkül, die Hilfe später zu instrumentalisieren, eine Rolle gespielt hat. Das war zuweilen bei ehemaligen NSDAP-Mitgliedern der Fall, die Juden Schutz boten, um dies nach dem „Zusammenbruch“ zu ihrer Entlastung anführen zu können. Dies zeigt das folgende Beispiel der Hilfe für Fritz Strauß aus Karlsruhe, der wenige Monate vor Kriegsende die Aufforderung erhalten hatte, sich am 14. Februar 1945 auf dem Hauptbahnhof einzufinden. Von dort sollte er – ebenso wie die übrigen noch in Karlsruhe und Umgebung lebenden und durch eine „Mischehe“ geschützten Juden – mit dem letzten Transport nach Theresienstadt deportiert werden. Strauß beschloß jedoch, der Anweisung nicht Folge zu leisten und sich mit seiner Frau Erika und ihrem gemeinsamen Sohn zu verstecken. Die Familie H. bot ihnen ein Versteck an: „Frau H. und die Schwiegermutter baten uns, doch bei ihnen Wohnung zu nehmen. Die Frauen versprachen sich, in meiner Gegenwart eine bessere Behandlung durch H. zu erfahren. Nach 8 Tagen hat H. bereits aber seine wahre Seite gezeigt, die mich bereuen ließ, in das Haus gegangen zu sein und nicht lieber in ein KZ.“<sup>30</sup> Erika Strauß gab zu Protokoll: „Herr H. hat immer auf zwei Seiten Wasser getragen, bei anderen Leuten ein großer

28 Horst Steinert in der taz vom 27. 7. 2000, S. 21 und in Gesprächen mit Isabel Enzenbach im November 2000.

29 Vgl. die Geschichte von Hedwig Porschütz, deren Ehrung mit dem Verweis auf ihre Tätigkeit als Prostituierte abgelehnt wurde; ihr Fall wird im Beitrag von Claudia Schoppmann in diesem Band dargestellt.

30 Fritz Strauß im Protokoll der Spruchkammerverhandlung vom 9. 8. 1946, in: Generalandesarchiv (Karlsruhe) 465 a/52/15/3505, S. 3. Diesen Hinweis verdanke ich Angela Borgstedt von der Karlsruher Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten.

Nazi, bei uns ein krasser Gegner. Herr H. war im Geschäft meiner Mutter Buchprüfer. In der letzten Zeit kamen wir dann mal zusammen und er hat sich direkt aufgedrängt, uns bei sich aufzunehmen. Er dachte sich rückzuersichern. [...] Wir haben uns selbst gepflegt. An Frau H. haben wir ebenfalls sehr viel abgegeben, weil sie geklagt hat, daß sie fast nichts zu essen haben, ebenso die Großmutter. Zweimal waren Parteigrößen bei Herrn H. Gesehen habe ich sie nicht, aber gehört. Herr H. hat zu uns gesagt, ‚Heut müßt ihr oben bleiben, heut kommen Parteileute‘.“<sup>31</sup>

Die Spruchkammer kam im Entnazifizierungsverfahren von Robert H. zu folgender Einschätzung: „Auf der anderen Seite erfolgte die Aufnahme des Juden Strauß mit Familie offensichtlich weniger aus Hilfsbereitschaft und aus antinationalsozialistischen Beweggründen, sondern, wie es dem Wesen des Betroffenen entspricht, mehr aus der Erwägung heraus, sich dadurch für den Falle eines von ihm wohl vorausgesehenen Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes eine Rückendeckung zu verschaffen. Trotzdem mußte diese Unterstützung von Juden ebenso wie die Beherbergung seines fahnenflüchtigen Neffen zu Gunsten des Betroffenen gewertet werden, weil er damit ein sehr großes Risiko einging und tatsächlich dadurch auch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Abbruch tat.“<sup>32</sup>

### Schlußbemerkung

Anhand der angeführten Beispiele sollte zunächst der Blick für die Vielschichtigkeit von Rettungsbemühungen und die Sensibilität für die verwendeten Begriffe geschärft werden. Das in der Bezeichnung „Retter“ zum Ausdruck kommende Bild von Helfern und Helferinnen, die als einzelne, aus eigenem Antrieb und ohne Gegenleistung initiativ wurden, entspricht nicht der komplexen Wirklichkeit.

Diese Erkenntnis spiegelt sich in vielen Texten der Literatur zur Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland in den Führungszeichen

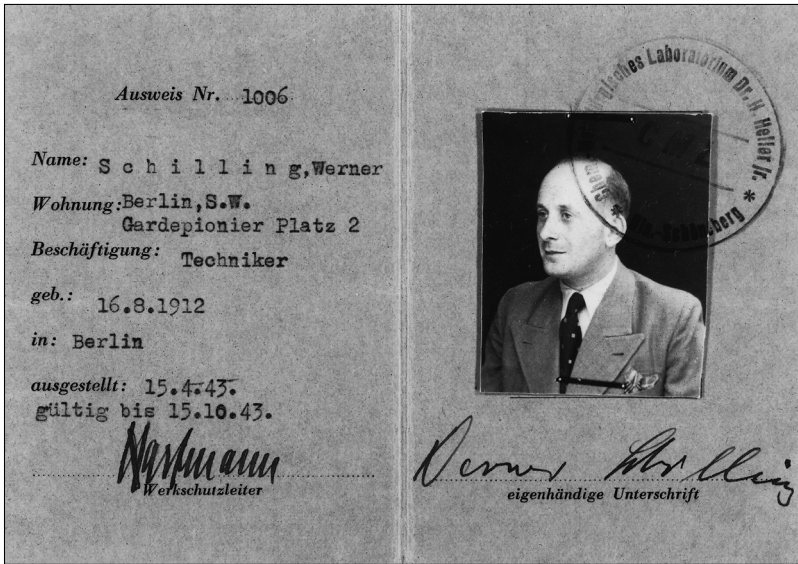
31 Erika Strauß im Protokoll der Spruchkammerverhandlung vom 9. 8. 1946, in: ebenda, S. 10.

32 Urteilsbegründung des Spruchs vom 28. 8. 1946, in: ebenda, S. 4.

wider, in die die Begriffe „Retter“ oder „unbesungene“ bzw. „stille Helden“ gesetzt werden.

Auch wurde deutlich, daß für die Erforschung der Rettung von Juden Quellen, die sich wie Ehrungsakten in erster Linie auf die nichtjüdischen Hilfeleistenden beziehen, der Ergänzung bedürfen. Ein zusammenhängendes Bild ergibt sich erst aus der Zusammenschau beider Perspektiven bzw. der Auswertung unterschiedlicher Quellen.





*Falscher Werksausweis für Werner Scharff, gedruckt von seiner Frau Gertrud in der Druckerei, in der sie zur Zwangsarbeit verpflichtet war, und von ihr als „Werkschutzleiter“ unterschrieben.*

JOHANNES TUCHEL

## Widerstand von Juden im nationalsozialistischen Deutschland

Rahmenbedingungen und weiterführende Fragen

Bei der Annäherung an das Thema des Widerstandes von Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland ist auffällig, daß dieser Bereich erst in den letzten 25 Jahren intensiver in das Blickfeld der Forschung rückte.<sup>1</sup> Zudem gilt für diese Thematik, ebenso wie für die Gesamtgeschichte des Widerstan-

<sup>1</sup> Um den Vortragscharakter dieses Beitrags beizubehalten, finden sich im folgenden nur einige Beleganmerkungen.

des, daß wir auch nach mehr als 55 Jahren nach dem Ende der NS-Diktatur noch viele weiße Flecken in der Forschung haben.

In diesem Sinne soll das Folgende keine vollständige und alle Motive, Möglichkeiten und Handlungsformen des Widerstandes von Juden berücksichtigende Darstellung sein. Es sollen vielmehr einige Fragen exemplarisch angesprochen und dabei der Versuch unternommen werden, dieses Thema in den Gesamtkontext des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus einzubetten. Es wäre vermessen, für 1933 von einer homogenen Gruppe der Juden in Deutschland zu sprechen. Darum erscheint es mir auch in diesem Zusammenhang immer sinnvoller, vom „Widerstand von Juden“ und nicht von einem „jüdischen Widerstand“ zu sprechen.

Ich kann mich dabei auf eine Anzahl von Arbeiten stützen, die vor allem in den vergangenen zwei Jahrzehnten erschienen sind. Zu nennen sind dabei etwa die Überblicksdarstellungen von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege,<sup>2</sup> Arno Lustiger,<sup>3</sup> die Berliner Projekte „Juden im Widerstand“<sup>4</sup> und „Juden in Berlin 1938–1945“,<sup>5</sup> Publikationen von Ferdinand Kroh,<sup>6</sup> Peter Steinbach,<sup>7</sup> Barbara Schieb<sup>8</sup> sowie die anregenden Studien von Arnold Paucker.<sup>9</sup>

Jede Darstellung der grundsätzlichen Fragen zu dieser Thematik kann nicht auf den Hinweis verzichten, daß die erste große Auseinandersetzung um den Widerstand von Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur im Anschluß

- 2 Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde*, Hamburg 1984.
- 3 Arno Lustiger, *Zum Kampf auf Leben und Tod. Das Buch vom Widerstand der Juden 1933–1945*, Köln 1994.
- 4 Wilfried Löhken/Werner Vathke (Hrsg.), *Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion*, Berlin 1993.
- 5 Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000.
- 6 Ferdinand Kroh, *David kämpft. Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler*, Hamburg 1988.
- 7 Peter Steinbach, *Widerstand im Widerstreit*, 2. erweiterte Aufl., Paderborn 2000; ders., *Widerstand von Juden. Anmerkungen zum Widerstandsbegriff*, in: *Menora* 9 (1998), S. 31–69.
- 8 Barbara Schieb, *Die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau*, in: *Dachauer Hefte* 7 (1991), S. 174–191.
- 9 Ich möchte hier nur auf die neueste Arbeit mit einer Vielzahl von weiteren Literaturhinweisen aufmerksam machen: Arnold Paucker, *Deutsche Juden im Widerstand. Tatsachen und Probleme*, Berlin 1999.

an Hannah Arendts Thesen zu *Eichmann in Jerusalem* erfolgte. Arendts Buch konnte verkürzt der Vorwurf entnommen werden, es habe keinen Widerstand von Juden gegen den nationalsozialistischen Völkermord gegeben, diese hätten sich vielmehr „wie die Schafe zur Schlachtbank“ führen lassen.<sup>10</sup> Prominentester Vertreter dieser These war Raul Hilberg, der noch vor wenigen Jahren seinen Befund erneuerte. Doch stellt diese These in der Forschung heute eher eine Mindermeinung dar, und Arno Lustiger hat zu Recht darauf verwiesen, daß schon der Dichter Abba Kowner seinen berühmten Aufruf zum Widerstand im Ghetto Kowno am 31. Dezember 1941 genau mit diesen Worten beginnen läßt: „Lassen wir uns nicht wie die Schafe zur Schlachtbank führen.“<sup>11</sup> Und so ist der heutige Forschungsstand geprägt von der Erkenntnis und der Anerkennung der Vielfalt des Widerstandes von Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur. Doch – und damit ist ein grundlegendes Problem angesprochen – die international entstehenden Arbeiten zu dieser Thematik beziehen sich oftmals nicht aufeinander, sondern die nationalen Diskurse scheinen vielfach beziehungslos nebeneinander zu stehen. Es mag eine Banalität sein, darauf hinzuweisen, daß das Thema des Widerstandes von Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur in Israel durchaus anders diskutiert wird als in den Vereinigten Staaten und auf wiederum eine andere Weise im deutschen Sprachraum. Insofern ist es sehr schwierig, hier von einem einheitlichen Forschungsstand zu sprechen.

Peter Steinbach hat in seinem Aufsatz „Widerstand von Juden – Anmerkungen zum Widerstandsbegriff“ darauf hingewiesen, daß diesem Begriff, wie er sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt hat, ein vielfältiges Bild zugrunde liegt: „Widerstand läßt sich auf seriöse, interpersonal überprüfbare Weise deshalb kaum in der Weise definieren, daß ganz bewußt, d. h. intentional, von vornherein politisch vielleicht als anstößig empfundene Widerstandsbereiche ausgeschlossen werden, sondern jede Überlegung zum Begriff hat davon auszugehen, daß ‚Widerstand‘ nicht mehr als ein Wortfeld darstellt, dem eine Reihe weiterer Begriffe zugeordnet werden müssen oder können: Begriffe wie Dissidenz und Nonkonformität, Protest und Opposition, Illoyalität und abweichendes Verhalten, Verweigerung und Zivilcourage, Konspiration u. a. m.

10 Vgl. als zeitgenössische Übersicht: Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden, hrsg. v. Friedrich Krummacker, München 1964.

11 Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod, S. 15.

Diese Handlungsdimensionen spiegeln eine Verhaltensweise wider, die ihre eigene Dynamik und Entwicklung hat und bereits aus diesem Grunde in besonderer Weise geeignet ist, zum Untersuchungsgegenstand des Historikers zu werden.“<sup>12</sup>

Diesen Überlegungen zur Dynamik, zur differenzierten Entwicklung und zum Prozeßcharakter widerständigen Verhaltens folgend, möchte ich grundsätzlich drei Formen des Widerstandes von Juden in Deutschland unterscheiden:

1. Formen der Selbstbehauptung und der Solidarität,
2. die Mitwirkung von Jüdinnen und Juden in unterschiedlichen Gruppen des Widerstandes sowie
3. der Aufbau eigener Widerstandsgruppen im Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Eine Prämisse muß dabei besonders beachtet werden. Der Widerstand von Juden unterschied sich durch seine besondere Gefährungsdimension grundsätzlich von dem Widerstand anderer Deutscher. Von Beginn an standen Juden unter besonderem ideologisch und rassistisch definierten Verfolgungsdruck der Nationalsozialisten. Dadurch war das persönliche Risiko, unter dem sie im Widerstand gegen den Nationalsozialismus agierten, besonders groß. Dies wurde schon in den ersten Wochen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Straßenterror und in der Brutalität gegenüber jüdischen Häftlingen in den frühen Konzentrationslagern klar erkennbar.

Wer aus kommunistischer Überzeugung Widerstand gegen das NS-Regime leistete, von den Nationalsozialisten aber zugleich als Jude verfolgt wurde, erlebte einen doppelten Druck der Verfolgung. Arnold Paucker weist zu Recht darauf hin, daß „so mancher, der sich zunächst nur als einfacher ‚Antifaschist‘ sah, bei der zunehmenden Verfolgung ein stärkeres jüdisches Bewußtsein, ein wachsendes jüdisches Solidaritätsgefühl entwickelte“.<sup>13</sup> Zu den offenen Fragen gehört für mich jedoch nach wie vor, wie im Einzelfall die Proportionen im Verhältnis zwischen politischer Überzeugung und dem Druck der rassistischen Verfolgung zu gewichten sind.

Ich denke, daß damit ein ganz wichtiger Punkt angesprochen ist: Die Mehrdimensionalität des Widerstandes von Juden, der sich in vielen Fällen eben nicht nur auf *eine* politische Grundeinstellung *oder* die Frage nach der reli-

<sup>12</sup> Steinbach, Widerstand von Juden, S. 41.

<sup>13</sup> Paucker, Deutsche Juden im Widerstand, S. 13.

giösen Einstellung bzw. der nationalsozialistischen rassistischen Kriterienzuschreibung reduzieren läßt.

Wir haben in den meisten Fällen ein Bündel von Motiven, oft nicht widerspruchsfrei, oft auch in der zeitlichen Entwicklung dynamisch. Es ist aus meiner Sicht kein Erkenntnisgewinn, wenn darüber gestritten wird, ob die Gruppen um Herbert und Marianne Baum und ihre Freunde dem „jüdischen“ oder dem „kommunistischen“ Widerstand zuzurechnen sind. Wir haben vielmehr ganz genau zu untersuchen, welche Motive die einzelnen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer hatten. Dabei ergibt sich in vielen, wenn nicht sogar in den meisten Fällen nicht das trennende *oder*, sondern das ergänzende *und*.

Repression und Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland standen, dies hat die Forschung in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr detailliert gezeigt, in einer vielfältig verbundenen Wechselbeziehung. Wenn wir versuchen, dieses kategorial zu fassen, dann ergibt sich als ein mögliches vergleichbares Phänomen der Widerstand von Gefangenen in Konzentrationslagern und Haftanstalten des nationalsozialistischen Regimes.<sup>14</sup> Auch hier ist von einem besonders starken nationalsozialistischen Verfolgungsdruck auszugehen, auch hier bestimmte der Repressionsapparat die Rahmenbedingungen des Widerstandes erheblich stärker als gegenüber den nicht direkt von dieser Verfolgung betroffenen Deutschen.

Ich möchte aber nicht nur auf dieses besondere Merkmal des erheblich stärkeren Verfolgungsdrucks gegenüber dem Widerstand von Juden hinweisen, sondern auch auf die kategorialen Gemeinsamkeiten dieses Widerstands mit anderen Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Ebenso wie bei anderen Deutschen gab es eine Vielzahl von politischen Einstellungen, Meinungen, Verhaltensweisen und Einschätzungen. Ich denke, und dies hat auch die neuere Forschung gezeigt, daß wir den damaligen Zeitgenossen bitteres Unrecht tun, wenn wir von ihnen in der Rückschau verlangen, sie hätten bereits 1933 das heraufkommende Mordregime mit all seinen Verbrechen erkennen müssen.<sup>15</sup> Eine geschlossene Abwehrfront gegen den National-

14 Vgl. Johannes Tüchel, Möglichkeiten und Grenzen der Solidarität in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in: Robert Streibel/Hans Schafranek (Hrsg.), Strategien des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und Gulag, Wien 1996, S. 220–235.

15 Vgl. dazu etwa Peter Fritzsche, Wie aus Deutschen Nazis wurden, Zürich/München 1999.

sozialismus, ein von breiten Teilen der Bevölkerung getragener Widerstand gegen das Unrechtsregime – dies ist ein irrealer Wunsch, der unter den Bedingungen des Jahres 1933 politisch nicht Wirklichkeit werden konnte. Dies gilt nicht nur für die gesamte deutsche Bevölkerung, sondern auch für die deutschen Juden.<sup>16</sup>

In Deutschland differierte nicht nur die Einschätzung des Nationalsozialismus bei denjenigen, die sich selbst als Juden verstanden, sondern auch bei denen, die erst von den Nationalsozialisten zur entrechteten Minderheit hinzugezählt und aus der entstehenden „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt wurden. Ebenso wenig, wie es bei der Mehrzahl der Deutschen im Jahre 1933 eine Bereitschaft zum Widerstand gegen die neue Diktatur gab, gab es diese bei der Mehrheit der deutschen Juden. Man befürchtete Ausgrenzung und Entrechtung, hörte die Parolen der Nationalsozialisten mit Sorge, setzte aber letztlich – ebenso wie etwa weite Teile der Kirchen und der Gewerkschaften – zu Beginn der NS-Herrschaft die Hoffnung auf ein Arrangement mit der neuen Politik. Nur wenige hatten die Phantasie oder waren so klarsichtig, sich die nationalsozialistische Politik mit ihren mörderischen Konsequenzen zu dieser Zeit in ihrer gesamten Ausprägung vorzustellen.

### Formen der Selbstbehauptung und der Solidarität

Wenn ich oben also darauf verwiesen habe, daß die entscheidende Rahmenbedingung für die Widerständigkeit von Juden im „Dritten Reich“ die Macht der Nationalsozialisten und ihrer Organe gewesen ist, so wird dies bei den Formen der Selbstbehauptung und der Solidarität exemplarisch besonders deutlich. Wir dürfen nicht übersehen, daß Widerstandshandlungen von Juden besonders riskant waren, weil es für sie eben keinen institutionalisierten Verfahrensschutz gab. Jede Auflehnung, jede Normenverletzung konnte ein tödliches Risiko bedeuten. Die Formen der institutionalisierten Solidarität, wie sie etwa die Wohlfahrtsorganisationen der „Jüdischen Winterhilfe“ entwickelten,

16 Vgl. dazu Wolfgang Benz, *Realität und Illusion. Die deutschen Juden und der Nationalsozialismus*, in: ders., *Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat*, Frankfurt a. M. 1990, S. 112–144.

waren von großer Bedeutung für die in Deutschland verbleibende jüdische Bevölkerung. Dies gilt auch für den „Jüdischen Kulturbund“. Der Kulturbund entstand als Teil der Ausgrenzung der Juden aus dem deutschen Kulturleben und stand unter der diktatorischen Herrschaft des nationalsozialistischen Kulturbürokraten Hans Hinkel.<sup>17</sup>

Die Existenz des Kulturbundes schürte aber auch die Hoffnung, eine lebenswerte Weiterexistenz der Juden in Deutschland sei möglich, wenn auch weitgehend getrennt von der übrigen Bevölkerung. Das nationalsozialistische Ziel der Separation und die jüdischen Hoffnungen auf einen weiteren Verbleib in Deutschland ergänzten einander. Es gab aber auch unter den Zeitgenossen durchaus Stimmen, die den „Jüdischen Kulturbund“ sehr kritisch sahen. Auf der anderen Seite: Wie viele Menschen schöpften Hoffnung aus den Aufführungen oder den anderen Aktivitäten des Kulturbundes, wie viele Menschen konnten hier eine „kleine Flucht“ aus dem Alltag genießen, die ihnen Kraft für den nächsten Tag in einer immer stärker entrechteten Situation gab.<sup>18</sup> Ähnliches gilt für die „Jüdische Winterhilfe“, entstanden aus der Ausgrenzung, aber dennoch überlebenswichtig und Teil der institutionalisierten Selbsthilfe. Nur zwei Zahlen: Im Winter 1935/36 waren bereits 20 % der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden auf die Unterstützung der „Jüdischen Winterhilfe“ angewiesen; im Jahr darauf stieg diese Zahl weiter an.

Daneben steht aber auch – und damit komme ich zu meinem zweiten Beispiel im Bereich der institutionalisierten Selbsthilfe und Solidarität – die Vorbereitung der Auswanderung insbesondere für die jüdische Jugend, für die man in Deutschland keine Zukunft mehr sah. Was bedeutete es für eine Anstrengung, Umschulungen der etwas älteren deutschen Juden, der 30–35jährigen, in handwerkliche Berufe zu organisieren? Sie sollten so die Voraussetzungen für ihre Auswanderung und vor allen Dingen für die Integration in den Zufluchtsstaaten verbessern. Neben der beruflichen Ausbildung mußte

17 Vgl. als Überblick mit weiteren Literaturhinweisen Sylvia Rogge-Gau, Jüdische Selbstbehauptungsstrategien zwischen nationaler Identität und Diskriminierung, in: Detlef Schmiechen-Ackermann, Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 193–199.

18 Vgl. Henryk M. Broder/Eike Geisel (Hrsg.), Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933–1941. Texte und Bilder, Berlin 1992.

Sprachkenntnisse für Einwanderungsländer erworben werden. Auch hier werden Dimensionen erkennbar: 1936 nahmen in Berlin rund 1000 Menschen an 40 Sprachkursen teil. Zwischen 1934 und 1937 wurden – die Zahlen weichen leicht voneinander ab – zwischen 2500 und 5000 Menschen von den Einrichtungen der Berufsvorbereitung und -umschichtung betreut. Die landwirtschaftlichen „Hachschara“-Kurse wurden vom Hechaluz, der internationalen zionistischen Organisation zur Vorbereitung junger Einwanderer auf die Siedlung in Palästina, durchgeführt.<sup>19</sup> Sie wurden zu einem wichtigen Element der Sicherung der jüdischen Selbstbehauptung. Dem nationalsozialistischen Angriff wurde hier eine klare Gegenstrategie entgegengesetzt. Selbstbehauptung hieß aber auch, sich den Zielen der nationalsozialistischen Rassenpolitik zu widersetzen und die Bedingungen einer eigenständigen jüdischen Existenz zu sichern. Eine Existenz, die die einen in Deutschland zu realisieren hofften, während die anderen eine Zukunft nur noch in Palästina sahen.<sup>20</sup>

### Die Mitwirkung in unterschiedlichen Gruppen des Widerstandes

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Mitwirkung von Jüdinnen und Juden in den unterschiedlichsten Gruppen des Widerstandes. Arnold Paucker geht von einer Zahl von rund 3000 deutschen Juden aus, die in der Zeit zwischen 1933 und 1945 „aktiv in den Widerstand eingespannt waren“.<sup>21</sup> Der Schwerpunkt dieses politischen Engagements lag eindeutig auf der Linken; zahlreiche Juden engagierten sich in den Reihen der Kommunisten und der Sozialdemokraten und waren an den verzweifelten Versuchen der Organisation eines offenen Widerstandes des Jahres 1933/34 beteiligt. Viele gingen aber auch in die Emigration und waren dort an der Neuformulierung von

19 Vgl. etwa die interessante Lokalstudie von Sieghard Bußenius, *Zionistische Erziehung im norddeutschen Moor. Die Ausbildungsstätte des Hechaluz auf dem „Brüderhof“ bei Harksheide*, in: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.), *Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998)*, Neumünster 1998, S. 425–435.

20 Vgl. jetzt als Überblick Michael Schäbitz, *Flucht und Vertreibung der deutschen Juden 1933–1941*, in: Meyer/Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin*, S. 51–76.

21 Paucker, *Deutsche Juden im Widerstand*, S. 9.



Konzepten der politischen Opposition gegen Hitler beteiligt. Darüber hinaus kämpften deutsche Juden überproportional im spanischen Bürgerkrieg; neuere Schätzungen gehen davon aus, daß 15 % aller „Interbrigadisten“ Juden waren. Jüdische Männer und Frauen aus Deutschland kämpften in den Jahren 1939 bis 1945 auch in den Uniformen der alliierten Armeen, um Deutschland aus den Klauen des Nationalsozialismus zu befreien. Diese letzte Konsequenz des bewaffneten Kampfes macht die hohe persönliche Risikobereitschaft deutlich, wie dies zuletzt von Peter Leighton-Langer für Deutsche und Österreicher in den britischen Streitkräften eindrucksvoll nachgezeichnet worden ist.<sup>22</sup>

In der Realität der Bewertung einer historischen Biographie fällt es oftmals schwer, analytisch eindeutig zu differenzieren, ob hier jeweils eine politische Grundüberzeugung, ein „jüdisches Bewußtsein“ oder die Fremddefinition durch die Nationalsozialisten im Vordergrund steht. Nach meiner bisherigen Auswertung bin ich – durchaus etwas abweichend von den Befunden Arnold Pauckers – der Ansicht, daß wir häufig vor Motivationsbündeln stehen, wobei sich einzelne Motive ergänzten und nicht gegenseitig ausschlossen.

Lassen Sie mich dies kurz am biographischen Beispiel des Landgerichtsdirektors und evangelischen Christen jüdischer Herkunft Friedrich Weißler erläutern.<sup>23</sup> Weißler wurde 1933 aus politischen Gründen aus dem Justizdienst entlassen. Die Evangelische Kirche nahm ihn als Kanzleichef ihrer Vorläufigen Kirchenleitung auf. Hier arbeitete er an einer für Hitler bestimmten Denkschrift vom Mai 1936 mit, die heute als einzigartiges Zeugnis protestantischen Aufbegehrens gegen die Diktatur gewertet werden kann. Darin wurde nicht nur die Bewahrung des Evangeliums und die Freiheit der Verkündigung christlichen Glaubens gefordert, sondern auch die Repression seitens des nationalsozialistischen Regimes mit klaren Worten verurteilt. Die Denkschrift lehnte die Zerstörung von „Sittlichkeit und Recht“, vor allem durch Geheime Staatspolizei und die Konzentrationslager ab.

Als die Denkschrift auf ungeklärtem Weg ins Ausland geriet und dort veröffentlicht wurde, erregte sie beträchtliches Aufsehen. Friedrich Weißler

22 Peter Leighton-Langer, X steht für unbekannt. Deutsche und Österreicher in den britischen Streitkräften im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1999.

23 Mit Friedrich Weißler befaßte sich eine Dokumentation der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die 1996 unter der Federführung von Klaus Drobisch erarbeitet worden ist. Die Ergebnisse sollen 2002 publiziert werden.

wurde bezichtigt, den Text ins Ausland weitergegeben zu haben. Ende 1936 wurde er, ebenso wie die Theologen Ernst Tillich und Werner Koch, festgenommen. Nach mehrwöchiger Haft im Polizeigefängnis in der Berliner Dircksenstraße wurde Friedrich Weißler im Februar 1937 in das KZ Sachsenhausen verschleppt und dort von dem berüchtigten Kommandanten Karl Koch sofort in den „Bunker“ gesperrt. Nacht für Nacht wurde er in seiner Zelle mißhandelt und am 19. Februar 1937 von dem SS-Oberscharführer Paul Zeidler schließlich im wahrsten Sinne des Wortes totgetrampelt. Die Untat wurde von Zeidler und einem SS-Lagerarzt als „Selbstmord durch Erhängen“ getarnt.

Interventionen wegen der Inhaftierung Weißlers, die der Theologe Dietrich Bonhoeffer etwa bei Karl Barth in Basel und bei dem britischen Bischof von Chichester, George Bell, anregte, kamen zu spät. Doch ganz konnten die Nationalsozialisten ihr Verbrechen nicht verbergen. Als es im Ausland bekannt wurde, wurde der Mörder Weißlers, SS-Oberscharführer Zeidler, degradiert und aus der SS ausgeschlossen und vom Landgericht Berlin am 29. Juli 1938 wegen „Begünstigung zur Körperverletzung mit Todesfolge“ tatsächlich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Friedrich Weißler war evangelischer Christ. Er wurde von den Nationalsozialisten aus politischen Gründen entlassen und in den Jahren danach vom Regime als „Jude“ diffamiert und seiner Rechte beraubt. Er agierte und kämpfte mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, dem Wort und der Verbreitung des Bekenntnisses. Aus nationalsozialistischer Sicht ein protestantischer, demokratisch geprägter deutscher Jude, also ein besonders gefährlicher Staatsfeind.

### Der Aufbau eigener Widerstandsgruppen

Der dritte Punkt meiner kurzen Überlegungen widmet sich der Frage des Aufbaus eigener Widerstandsgruppen im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Ich möchte hier nicht auf die bewaffneten Gruppen vor allem in Osteuropa eingehen, über die sich in den vergangenen Jahren der Forschungsstand grundlegend gebessert hat,<sup>24</sup> sondern mich auf die Entstehung, Formierung und

24 Vgl. etwa Nechama Tec, *Bewaffneter Widerstand. Jüdische Partisanen im Zweiten Weltkrieg*, Gerlingen 1996.

Aktivitäten jüdischer Widerstandsgruppen in Deutschland, vor allen Dingen in der Kriegszeit, beschränken.

Über die Vorkriegszeit und die Formierung von Gruppen junger Menschen in unterschiedlichsten Organisationen, die später dem einzelnen oder kleineren Gruppen den Weg in den Widerstand ermöglichten, ist in den vergangenen Jahren stärker diskutiert worden.<sup>25</sup> Aber auch hier dürfen wir nicht von der Vorstellung einer homogenen Position ausgehen. Die jüdischen Jugendbünde vertraten durchaus unterschiedliche politische Richtungen. Viele ihrer Mitglieder vereinte aber die klare Ablehnung des Nationalsozialismus. Dies galt nicht nur für die zionistischen Jugendbünde, sondern für alle Jugendgruppen, die unter immer schwierigeren äußeren Bedingungen ihre Arbeit fortsetzten, zugleich aber auch illegale Aktionen unterschiedlichster Art durchführten. Arnold Paucker spricht in diesem Zusammenhang sogar von der „Infiltration einer Reihe von jüdischen Jugend- und Sportorganisationen“.<sup>26</sup>

Unter den Bedingungen einer feindlichen Umwelt konnte jede legale Organisationsmöglichkeit zum Ausgangspunkt einer Widerstandsaktivität werden. Doch den jüdischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern der Vorkriegszeit war bewußt, wie vorsichtig sie sich verhalten mußten, um nicht das eigene Leben zu gefährden. Gewiß wurde auch in diesen Verbänden, wie etwa in der politischen Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“; die Frage diskutiert, ob und wie Widerstand in Deutschland überhaupt zum Sturz des Regimes führen könne und ob es nicht sinnvoller sei, die wertvollen Kader zu schützen, diese ins Ausland zu bringen und – je nach politischer Ausrichtung – mit ihnen dann den Aufbau in Palästina oder in einem nach-nationalsozialistischen Deutschland zu betreiben. Wir wissen leider nur sehr wenig über diese Diskussion in den Jahren der Vorkriegszeit, die in den jüdischen ebenso wie in den nicht-jüdischen Widerstandsgruppen geführt wurde.

Das politische Angebot des NS-Regimes, das allerdings für deutsche Juden nicht galt, war die Utopie einer „Volksgemeinschaft“, verbunden mit dem Angebot der Aggression nach außen, der Eroberung „neuen Lebensraums“ und damit auch verbunden mit klaren materiellen Angeboten für die Angehörigen der „Herrenrasse“. Dieses Angebot wurde in Deutschland immer stärker

25 Vgl. Paucker, Deutsche Juden im Widerstand, S. 13 ff.

26 Ebenda, S. 16.

akzeptiert. Vergessen wir nicht, daß Hitlers Beliebtheit zwar bei Kriegsbeginn wegen der damit verbundenen Erinnerung an den Ersten Weltkrieg etwas zurückging, die Popularität des Diktators aber im Juni 1940 nach dem deutschen Sieg über Frankreich einen neuen Höhepunkt erreichte. Die deutsche Gesellschaft hatte sich zwischen 1933 und 1939 entscheidend gewandelt, und damit änderten sich auch die Rahmenbedingungen für den Widerstand von Juden in Deutschland. Die Deutschen sahen der Entrechtung der jüdischen Bevölkerung tatenlos zu; auch deren spätere Deportation in die Vernichtungslager des Ostens akzeptierten sie tatenlos.

Dies unterscheidet, und damit nehme ich den Gedanken vom Beginn dieser Überlegungen wieder auf, die Rahmenbedingungen, unter denen Widerstand von Juden auch nach 1939 stattfand, grundsätzlich von der Ausgangssituation anderer Widerstandsformen. Fast allen Deutschen – mit Ausnahme der Juden, der Sinti und Roma, später der Kranken und Schwachen – machte das System Integrationsangebote. Gegenüber den jüdischen Deutschen gab es keine derartigen Angebote, sondern nur Entrechtung und Ausgrenzung. Ein Teil der Bevölkerung wurde separiert, entrechtet und ausgegrenzt. Zugleich wurde jede Aktion gegen das Regime, an der Juden beteiligt waren, erheblich schärfer sanktioniert. Jüdische Sozialisten oder Kommunisten verschwanden nach regulären Haftverbüßungen in Konzentrationslagern. Hier waren sie den härtesten Lebensbedingungen unterworfen. Der Tod jüdischer Häftlinge wurde nicht nur akzeptiert, sondern war erwünscht. So stellten sich diejenigen Juden, die sich gegen den Nationalsozialismus wandten, nach 1939 noch einem erheblich höheren Risiko als ihre nichtjüdischen Mitbürger, und dies verschärfte sich nach 1941 noch einmal.<sup>27</sup>

Der Krieg ab 1939 und die beginnenden Deportationen ab 1941 sollten so die Rahmenbedingungen für den jüdischen Widerstand in Deutschland noch einmal verschärfen. Dennoch gab es vor allem in und um Berlin einige Gruppen junger Jüdinnen und Juden, die sich mit Flugblättern, mit der Waffe des Wortes, mit Aufklärung und Schulung dem Nationalsozialismus entgegenstellten. Dieser Widerstand ist untrennbar verbunden mit der bekanntesten Aktion, dem Brandanschlag im Berliner Lustgarten.

27 Vgl. Sylvia Rogge-Gau, Widerstand von Juden im Alltag und in nationalsozialistischen Lagern, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 513–525.

Die Freundeskreise, die sich später um Herbert Baum und andere zusammenfanden, vereinten junge Menschen, die der Kommunistischen Partei in der Vorkriegszeit nahegestanden oder ihr angehört hatten und durch ihre gemeinsamen Erfahrungen als Juden und ihre überwiegend kleinbürgerliche Herkunft geprägt waren. Deshalb wird die Gruppe um Baum zuweilen als rein jüdische Widerstandsgruppe bezeichnet oder auch als Ausdruck einer gegen das nationalsozialistische Regime gerichteten Jugendopposition gedeutet. Hervorzuheben bleibt aber, daß die Freunde des Kreises um Herbert und Marianne Baum sich selbst stets als Angehörige der kommunistischen Widerstandsbe-  
wegung begriffen haben.

Differenzierte Studien, wie sie etwa Michael Kreutzer vorgelegt hat, zeigen, daß die Aktivitäten der Gruppe Baum mehr waren als der Brandanschlag im Lustgarten.<sup>28</sup> Denn seit Herbst 1941 lenkten sie den Blick etwa auf die sich verschlechternden Lebensbedingungen in Deutschland, forderten in einem Flugblatt die Berliner Hausfrauen auf, gegen die Verknappung der Lebensmittel zu protestieren. Hildegard Jadamowitz und Werner Steinbrink, zwei Angehörige der mit Baum kooperierenden Gruppe um Joachim Franke, wandten sich mit einem Flugblatt, das gezielt an Berliner Ärzte verteilt werden sollte, an die Öffentlichkeit und machten auf die Verschlechterung ärztlicher Versorgung aufmerksam. Mit ihrem Flugblatt wollten die Verfasser aber nicht nur an die Verantwortung der Mediziner appellieren, sondern zugleich beweisen, daß sie sich um eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen bemühten. Dies deckt sich mit Vorstellungen und Widerstandsformen, die wir auch aus anderen kommunistischen Gruppen der Kriegszeit kennen.

Doch nicht nur Flugblätter prägten das Bild der Gruppe Baum. Die Protestaktion gegen die Ausstellung „Das Sowjet-Paradies“ in Berlin war ein Fanal gegen das wohl ambitionierteste Projekt der nationalsozialistischen Propaganda. Eine riesige Halle mit mehr als 3000 Quadratmetern Grundfläche wurde im Mai und Juni 1942 im Berliner Lustgarten aufgestellt, allein in Berlin sahen 1,2 Millionen Besucher die angeblichen Lebensverhältnisse in der Sowjetunion. Kein Wunder, daß Herbert Baum und seine Freunde gegen diese Ausstellung protestieren wollten und kleine Behälter mit entzündbarer Flüssig-

28 Michael Kreutzer, Die Suche nach einem Ausweg, der es ermöglicht, in Deutschland als Mensch zu leben. Zur Geschichte der Widerstandsgruppen um Herbert Baum, in: Löhken/Vathke (Hrsg.), Juden im Widerstand, S. 95–158.

sigkeit an verschiedenen Stellen der Ausstellung verteilt. Sie richteten allerdings wenig Schaden an.<sup>29</sup> Dennoch ist dies ein Fanal, das ähnlich zu werten ist wie die Aktionen von Hans und Sophie Scholl am 18. Februar 1943. Der Brandanschlag vom 17. Mai 1942 war das sichtbarste Zeichen des jüdischen Protestes gegen die nationalsozialistische Diktatur in Berlin. An dieser Stelle möchte ich aber auch daran erinnern, daß völlig unabhängig von den Aktionen der Gruppe Baum in der Nacht vom 17. auf den 18. Mai 1942 in mehreren Berliner Stadtbezirken Klebezettel von Mitgliedern der sogenannten „Roten Kapelle“ verteilt wurden, die ebenfalls gegen die Propagandaexposition „Das Sowjet-Paradies“ protestierten.<sup>30</sup>

Die Realität und die Rahmenbedingungen des jüdischen Widerstandes in der Kriegszeit kann man aus meiner Sicht hervorragend erkennen an der Berlin-Luckenwalder „Gemeinschaft für Frieden und Aufbau“, deren Geschichte von Barbara Schieb in vorzüglicher Weise nachgezeichnet worden ist.<sup>31</sup> Nachdem der Justizangestellte Hans Winkler (1906–1987) im November 1933 gewalttätige Gestapoverhöre zu protokollieren hatte, entschloß er sich zum Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat. Durch das mit ihm eng befreundete jüdische Ehepaar Else und Günther Samuel wurden ihm Entrechtungen und Verfolgungen von Juden bekannt. Nach dem Beginn der Deportationen im Oktober 1941 erfuhr Winkler erstmals von Verfolgten, die sich dem Transport in die Vernichtungslager durch Flucht entzogen, und von Nichtjuden, die diese durch Unterkunft, Geld und Papiere unterstützten. Zusammen mit Günther Samuel gründete er am 26. Dezember 1941 zur Unterstützung von illegal lebenden Juden die unter dem Tarnnamen „Sparverein Großer Einsatz“ wirkende Gemeinschaft. Trotzdem konnte er die Familie Samuel nicht vor der Deportation schützen. Das Ehepaar Samuel traf auf dem Transport in das Ghetto Theresienstadt Werner Scharff und Fancia Grün, denen sie von Wink-

29 Vgl. Wolfgang Scheffler, Der Brandanschlag [der Gruppe Herbert Baum] im Berliner Lustgarten im Mai 1942 und seine Folgen. Eine quellenkritische Betrachtung, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 1984, S. 91–118.

30 Vgl. Johannes Tuchel, Maria Terwiel und Helmut Himpel: Christen in der Roten Kapelle, in: Hans Coppi/Jürgen Danyel/Johannes Tuchel (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 213–225.

31 Barbara Schieb-Samizadeh, Die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau, in: Löhken/Vathke (Hrsg.), Juden im Widerstand, S. 37–82.

lers Initiative erzählten. Nach ihrer Flucht aus Theresienstadt begaben sich Scharff und Grün im September 1943 zu Winkler. Auf Scharffs Anregung hin wurde die „Gemeinschaft für Frieden und Aufbau“ gegründet, der rund 20 Personen angehörten.

Scharffs Ziel war es nicht nur, Juden das Überleben zu ermöglichen, sondern auch durch Flugblätter die Bevölkerung zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime zu ermutigen. „Das deutsche Volk rufen wir jetzt zum aktiven Widerstand!!“; stand im dritten und letzten Flugblatt der Widerstandsgruppe vom August 1944. Ihre wohl bemerkenswerteste Aktion waren „Todesurteile“, unter anderem gegen die bekannteste jüdische „Greiferin“ in Berlin, Stella Kübler-Goldschlag.<sup>32</sup> Als Justizangestellter hatte Winkler die Möglichkeit, Urteilsformulare zu stehlen; Winkler und Scharff konnten so die Formen des nationalsozialistischen Staates nutzen, um einer berüchtigten Gestapomitarbeiterin ihr Schicksal in einem nach-nationalsozialistischen Deutschland vor Augen zu führen. Sie wollten damit verhindern, daß Stella Kübler weitere illegal lebende Juden verriet.

### Schlußbemerkung

Ich möchte es bei diesen Beispielen bewenden lassen und komme, wenn ich den Stand der Überlegungen zum Widerstand von Juden im nationalsozialistischen Deutschland zusammenfasse, zu folgenden Überlegungen:

- Es ist heute unstrittig, daß es Widerstand von Juden in Deutschland in unterschiedlichsten Formen gegeben hat. Dazu gehörten Formen der Selbsthilfe und Solidarität, dazu zählte die Beteiligung an unterschiedlichen politischen und weltanschaulich geprägten Widerstandsgruppen, und dazu gehörte vor allem in der Kriegszeit die Formierung eigener Gruppen. Diese wandten sich mit ähnlichen Formen und Handlungen wie andere Widerstandsgruppen gegen die nationalsozialistische Herrschaft.
- Aus meiner Sicht gilt für die Geschichte des Widerstandes von Juden jener Befund noch stärker, der auch auf die Gesamtrezeptionsgeschichte des Widerstandes zutrifft: Es bestehen trotz aller vorhandenen Arbeiten noch

<sup>32</sup> Vgl. Christian Dirks, „Greifer“. Der Fahndungsdienst der Berliner Gestapo, in: Meyer/Simon (Hrsg.), Juden in Berlin, S. 233–258.

große Forschungslücken gerade im Bereich der Formierung von Gruppen, der Widerstandsaktionen einzelner und der Versuche, größere Widerstandszusammenhänge zu schaffen. Dies gilt etwa für den Bereich des Widerstandes der jüdischen Jugendlichen oder von jüdischen Frauen, ähnliches gilt für die Zusammenarbeit zwischen jüdischen und nichtjüdischen Widerstandskämpfern.

- Meines Erachtens ist die inhaltliche Substanz dessen, was der Widerstand von Juden im nationalsozialistischen Deutschland hinterlassen hat, noch nicht ausreichend erforscht. Flugblätter, auf die ich hier nur kurz hingewiesen habe, stehen inhaltlich in keiner Weise hinter anderen programmatischen Dokumenten des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zurück. Sie bedürfen noch einer genaueren Analyse.

Trotz der verbesserten Forschungssituation halte ich es weiterhin für erforderlich, sich auf regionaler und lokaler Ebene vielfältiger als bisher mit dem Widerstand von Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland zu beschäftigen. Gerade die biographische und lokal orientierte Arbeit ermöglicht immer wieder neue Zugänge und damit ein klareres Bild des Widerstandes.

Wenn ich also in diesem Zusammenhang über den Widerstand von Juden im nationalsozialistischen Deutschland gesprochen habe, kann ich noch kein abschließendes Bild vermitteln. Wir haben eine Grundsubstanz, wir haben aber neben dieser Grundsubstanz weiterhin noch eine Reihe offener Fragen. Dies gilt nicht nur für den Widerstand von Juden, sondern auch für eine Vielzahl von Themen in der Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, die auf eine Bearbeitung warten.

Zur Vereinfachung, zur Mythenbildung, zur Legitimation heutiger politischer Ziele eignet sich der Widerstand von Juden in Deutschland ebensowenig wie alle anderen Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Derartige Bemühungen verpuffen nach einigen Jahren und bleiben langfristig gesehen wirkungslos. Dieser Beitrag soll daher ein Plädoyer für genaue Studien zur Gruppenwiderständigkeit und zur Prozeßanalyse sein, die Motive, Ziele und Handlungen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus untersuchen. Vielleicht kommen wir so jenem sehr individuellen Augenblick auf die Spur, in dem die Entscheidung zwischen der Handlungsalternative „Mitmachen – Widerstehen“ fällt und in der mutige Menschen in der nationalsozialistischen Diktatur „Nein“ gesagt haben.





*Martha Mosse (1884–1977), Leiterin der Wohnungsberatungsstelle in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.*

---

BEATE MEYER

## Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden

Martha Mosse von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, die wie einige andere größere Gemeinden nach Gründung der Reichsvereinigung als eine Art Berliner Abteilung derselben bis Anfang 1943 weiterexistierte, berichtete nach dem Krieg: „Es war im Jahre 1941 [...] am 1. oder 2. Oktober, daß zwei Vorstandsmitglieder und ich als Leiterin der Wohnungsberatungsstelle telefonisch zur Gestapo [...] beordert wurden. Dort eröffnete uns Kriminalsekretär Prüfer zu Protokoll, daß wir sofort in ein Konzentrationslager verbracht würden, wenn wir über das, was

er uns mitzuteilen habe, zu Dritten sprechen würden. [...] Herr Prüfer teilte uns dann mit, daß nunmehr die ‚Umsiedlung‘ der Berliner Juden beginne und daß die jüd. Gemeinde mitwirken müsse, denn andernfalls würde sie durch SA und SS durchgeführt werden, und ‚man weiß ja, wie das werden würde‘.<sup>1</sup>

Die Angesprochenen machten es sich nicht leicht: Die Vorstände von Reichsvereinigung und Gemeinde berieten am selben Abend und entschieden sich dann „trotz erheblicher Bedenken“ für eine Strategie der Kooperation, um – wie sie glaubten – „Schlimmeres zu verhüten“. Sie hofften, „auf diese Weise soviel Gutes wie möglich im Interesse der Betroffenen tun zu können“.<sup>2</sup>

Nach dem Novemberpogrom 1938 hatte das Reichssicherheitshauptamt die Federführung in der Judenpolitik des NS-Staates an sich gerissen.<sup>3</sup> Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war im Sommer 1939 einerseits auf staatliches Betreiben, andererseits aber auch von jüdischer Seite als Nachfolgeinstitution für die 1938 aufgelöste Reichsvertretung der Juden gegründet worden.<sup>4</sup> Die neue Organisation unterstand dem Reichssicherheitshauptamt bzw. der Gestapo. Beide Seiten verbanden mit ihr bestimmte Interessen: Das Reichssicherheitshauptamt benötigte einen jüdischen Adressaten zur Umsetzung seiner Politik, während die jüdischen Repräsentanten hofften, weiterhin als Sprachrohr und Koordinationsstelle für die jüdischen Gemeinden agieren zu können, und das bedeutete nach dem Pogrom vor allem, Massenauswanderungen zu ermöglichen. Bis zum Herbst 1941 waren die Interessen des Reichssicherheitshauptamtes und die der Reichsvereinigung zwar keineswegs kongruent, aber doch miteinander kompatibel gewesen – nämlich die möglichst schnelle Aus-

1 Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 235-07, MF 4170-4171, Martha Mosse, Erinnerungen, Anlage: Die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1934-1943, Bericht vom 23./24. 7. 1958, S. 2.

2 Ebenda.

3 Vgl. Michael Wildt, Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995, S. 54 ff.

4 Siehe zu diesen Institutionen Otto D. Kulka, The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/1939-1943. Continuity or Discontinuity in German-Jewish History in the Third Reich, in: Arnold Paucker (Hrsg.), Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland, Tübingen 1986, S. 353-363, sowie Wolf Gruner, Armut und Verfolgung: Die Reichsvereinigung, die jüdische Bevölkerung und die antijüdische Politik im NS-Staat 1939 bis 1945, in: Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, hrsg. v. Stefi Jersch-Wenzel in Verbindung mit Francois Guesnet/Gertrud Pickhan/Andreas Reinke/Desanka Schwara, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 405-433.

wanderung möglichst vieler Juden in irgendein Zufluchtsland. Trotz aller Restriktionen und Repressionen hatten die jüdischen Funktionäre noch immer einige Spielräume, innerhalb derer sie Einfluß zugunsten ihrer Mitglieder nehmen konnten: Beispielsweise konnten sie legale wie illegale Auswanderungen mit den Behörden absprechen, vereinzelt mit Genehmigung ins Ausland reisen und versuchen, neue Rettungsmöglichkeiten zu eruieren, oder sie konnten mit Palästina-Zertifikaten die Freilassung von KZ-Häftlingen erreichen. Auch Bestechung öffnete manchen an sich versperrten Ausweg.<sup>5</sup> Die Aufforderung, an der „Umsiedlung“ mitzuwirken, stellte die jüdischen Repräsentanten nun vor eine gänzlich neue Situation. Sie erkannten diese zwar als Einschnitt, interpretierten sie jedoch vor dem Hintergrund der vergangenen zwei Jahre als Fortsetzung der bisherigen Tätigkeit, die ja nicht völlig aussichtslos gewesen war.

Der Berliner Gestapobeamte hatte in dem zitierten Gespräch dreierlei unmißverständlich angeordnet: Er belegte die jüdischen Funktionäre erstens mit einer Schweigepflicht, die mit einer Todesdrohung gekoppelt war, er verpflichtete sie zweitens zur Täuschung der Mitglieder – die Aktion sollte als „Wohnungsräumaktion“ ausgegeben werden – und er stellte drittens unumwunden klar, daß die „Umsiedlung“ in jedem Fall – unabhängig von einer Entscheidung der jüdischen Repräsentanten – erfolgen würde.

Die Repräsentanten gingen davon aus, daß es sich lediglich um eine „Teil- evakuierung“ handle, bei der sie wenigstens individuelle oder gruppenbezogene Härten abmildern könnten, um dann weiter ihrer eigentlichen Aufgabe, der Sorge für die restliche Gemeinde, nachgehen zu können.<sup>6</sup> Damit gerieten die Vertreter der Reichsvereinigung unwissentlich in eine Schieflage, die ihnen später keinen Halt mehr bot. Die Philosophin Hannah Arendt übte in ihrer Berichterstattung über den Eichmann-Prozeß die wohl schärfste Kritik an der „Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes“ und sah hierin das „zweifelloso dunkelste Kapitel der ganzen dunklen Geschichte“.<sup>7</sup> Ungeachtet ihrer persönlichen Unterschiede waren für Arendt die jüdischen Repräsentanten

5 Vgl. Beate Meyer, Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1938–1945, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), Juden in Berlin 1938–1945, Berlin 2000, S. 291–337.

6 Vgl. Yad Vashem Archives (YVA), 01/51, Moritz Henschel, Die letzten Jahre der Jüdischen Gemeinde Berlin, Vortrag v. 13. 9. 1946, Transkript S. 3.

Verstrickte, „freiwillige Geheimnisträger“ und Garanten für Ruhe und Ordnung im Vernichtungsprozeß. Sie ging davon aus, ohne die Beteiligung der Judenräte hätte zwar „furchtbares Chaos“ und „unerhörtes Elend“ geherrscht, doch hätte die Gesamtzahl der Opfer weit niedriger gelegen.<sup>8</sup> Der Führung der deutschen Juden lastete Hannah Arendt zusätzlich an, immer neue Spaltungen akzeptiert zu haben, die durch die „Privilegierung“ einzelner Gruppen entstanden. Damit hätten sie auch zur Dämpfung eines „gewissen Unbehagens“ in der deutschen Gesellschaft beigetragen.<sup>9</sup> Raul Hilberg wies demgegenüber darauf hin, daß der Verzicht auf Widerstand zwar eine alte jüdische Strategie gewesen sei, Pogromen vorzubeugen, doch habe die jüdische Führung den existentiellen Unterschied zwischen dem bisher Erlebten und der deutschen Vernichtungspolitik erst zu spät erkannt: „Eine zweitausend Jahre alte Lektion konnte nicht ungeschehen gemacht werden; die Juden vermochten sich nicht rasch genug umzustellen.“<sup>10</sup> In seiner Studie *Täter, Opfer, Zuschauer* skizziert er dann eine Reihe höchst unterschiedlicher Personen mit verschiedensten Umgangsstrategien gegenüber den deutschen Machthabern und bescheinigt ihnen, daß sie sich letztlich alle bemühten, mit ihren Möglichkeiten das Schlimmste hinauszuzögern, Gnadenfristen zu erreichen, wenigstens einige Menschen zu retten oder per Eingaben begrenzte Erleichterungen zu erwirken.<sup>11</sup> Die Judenratsdebatte ist inzwischen differenzierter geworden, und andere Aspekte sind in den Blick geraten.<sup>12</sup> Doron Rabinovici, der sich mit dem „Prototyp“ des Judenrates, der Israelitischen Kultusgemeinde von Wien, befaßt, arbeitet heraus, was auch für die

7 Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, Leipzig 1990, S. 220.

8 Ebenda, S. 230 f.

9 Ebenda, S. 239 f.

10 Vgl. Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bde. 1–3, Frankfurt a. M. 1990, S. 1110.

11 Vgl. Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1992, S. 133 f.

12 Vgl. dazu u. a. Jehuda Bauer/Nathan Rotenstreich (Hrsg.), *The Holocaust as Historical Experience. Essays and Discussion*, New York 1981; Israel Gutman/Cynthia J. Haft (Hrsg.), *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe, 1933–1945*, London 1981, sowie Dan Michman, „Judenräte“ und „Judenvereinigungen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft. Aufbau und Anwendung eines verwaltungsmäßigen Konzepts, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 4 (1998), S. 293–304.

deutschen Repräsentanten ab 1941 galt: „Nicht weil die Judenräte die jüdische Gemeinschaft verrieten, sondern weil sie in ihrem Interesse zu handeln versuchten, waren die jüdischen Funktionäre verurteilt, sich in die Handlungsvorgaben der Machthaber hineinzusetzen. Im Sinne der Juden hatten sie wie Nazis zu denken [...]. Sie hüteten streng die Ordnung der Feinde, weil sie hofften, diese würden sich im Gegenzug ebenfalls an das von ihnen selbst erlassene System [...] halten.“<sup>13</sup> Dan Diner, auf den sich Rabinovici stützt, charakterisiert die Rolle der Judenräte darüber hinausgehend damit, daß es ihnen oblag, das „willkürliche und unberechenbare Verhalten der Nationalsozialisten der jüdischen Bevölkerung kalkulierbar zu machen“<sup>14</sup> und den Machthabern ein auf deren (vermeintliche) Rationalität bezogenes „Angebot“ zu unterbreiten. In den Ghettos bedeutete dies Arbeit gegen Lebenszeit. Im „Altreich“ hingegen erlangte die Zwangsarbeit nie diesen Stellenwert. Wie das imaginäre „Angebot“ der Reichsvereinigung an die Machthaber aussah, das sie in ein unausweichliches Dilemma führte, soll im folgenden näher betrachtet werden.

Die Geschichte der Reichsvereinigung ist bisher unter dieser Fragestellung nicht untersucht worden. Einige neuere Studien befassen sich mit anderen Aspekten.<sup>15</sup> Die Organisationsgeschichte, die Esriel Hildesheimer 1994 in

13 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt a. M. 2000, S. 423.

14 Dan Diner, *Historisches Verstehen und Generationalität. Der Judenrat als erkenntnistheoretische Warte*, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hrsg.), *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne*. Detlev Peukert zum Gedenken, Hamburg 1991, S. 307–321, hier: S. 312 f.; vgl. auch Dan Diner, *Jenseits des Vorstellbaren – der „Judenrat“ als Situation*, in: „Unser einziger Weg ist Arbeit“. *Das Getto in Lodz 1940–1944*, hrsg. v. Jüdischen Museum Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1990, S. 32–40.

15 So untersucht beispielsweise Susanne Willems (*Stadtmodernisierung, Wohnungsmarkt und Judenverfolgung in Berlin 1938 bis 1943*, Diss. phil., Bochum 1999) den Zusammenhang zwischen der Wohnungsbaupolitik des Generalbauinspektors Albert Speer und den Deportationen; die Tätigkeit der Frauen innerhalb jüdischer Organisationen, schwerpunktmäßig der Reichsvereinigung, beleuchtet Gudrun Maierhof, *Selbstbehauptung im Chaos. Jüdische und weibliche Selbsthilfe im nationalsozialistischen Deutschland*, Diss. phil., Kassel 2000; Rifka Elkin befaßt sich in ihrer bisher nur auf hebräisch vorliegenden Studie mit der Wohltätigkeitsarbeit u. a. der Reichsvereinigung (*Continuity and Change in Social Work and Welfare Activities of German Jews under the Nazi Regime, 1933–1945*, Diss. phil., Jerusalem 1998).

deutscher Übersetzung vorlegte, behandelt die Verstrickung in die Politik der sogenannten Endlösung nur cursorisch.<sup>16</sup> Er vermutet, daß für die Gestapo die „Judenkarteien“ der Reichsvereinigung und der Jüdischen Gemeinden zur Durchführung der Deportationen „in Wirklichkeit nicht notwendig waren“.<sup>17</sup> Hildesheimer streift das Dilemma nicht einmal, in das die Repräsentanten garieten, wenn sich Mitglieder der Deportation entzogen, in deren Organisation die Funktionäre vor Ort eingebunden waren. Dieser Umstand ist bei ihm – ebenso wie bei anderen – nur teilweise der schlechten Quellenlage geschuldet; er resultiert m. E. vor allem aus der Scheu, innerhalb eines Zwangssystems nach dem Handlungsspielraum der Opfer zu fragen und somit das Mißverständnis hervorzurufen, diese trügen eine Mitschuld an der eigenen Ermordung. Wenn hier im folgenden versucht wird, die Handlungsspielräume auszuloten und die Haltung der Repräsentanten gegenüber untergetauchten Jüdinnen und Juden zu untersuchen, geht es nicht um Verantwortung für den Gesamtprozeß. Die lag bei den Initiatoren der Mordpolitik und denjenigen, die sie aktiv umsetzten oder hinnahmen. Es geht vielmehr um den tatsächlichen Anteil der Reichsvereinigung am Deportationsgeschehen, um Kriterien für die Entscheidungsfindung und Spielräume bei der Umsetzung von Entscheidungen.

Deshalb soll zunächst die Verantwortung der Zentrale der Reichsvereinigung für Erfassung und Konzentration der Juden untersucht und an mehreren Berliner Beispielen das Dilemma der Reichsvereinigung aufgezeigt werden, dann die Situation in einer anderen Großstadt, Hamburg, kurz skizziert und schließlich der Frage nachgegangen werden, wie weit den Verantwortlichen die Politik der „Endlösung“ bekannt war.

### Die Mitwirkung der Reichsvereinigung an der „Umsiedlung“

Nach der beschriebenen Entscheidung für die Mitwirkung an der „Umsiedlung“ mußte Martha Mosse als ersten Schritt 3000 Namen aus den Katastern der Jüdischen Gemeinde ziehen, die Betreffenden vorladen und mit ihnen Fragebögen der Gestapo ausfüllen. 1000 dieser Personen wählte die Gestapo für

16 Esriel Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime*, Tübingen 1994, S. 202 ff.

17 Vgl. ebenda, S. 209.

die erste Deportation aus, den Rest der Bögen hielt sie für weitere Transporte zurück. Nach dieser ersten „Aktion“ wurde die von Martha Mosse geleitete Abteilung umbenannt in „Wohnungsberatung und Abwanderung“, und sie erhielt eine neue Unterabteilung, nämlich die Unterabteilung „Kartei“.<sup>18</sup> Diese füllte bald mehr als einen Raum. Ein Doppel dieser Kartei diente der Gestapo als Grundlage für die weitere Auswahl der zu Deportierenden. Die Kartei wurde jahrelang so gewissenhaft und mit einem solchen Arbeitseifer geführt, daß es sich „letztlich zum Schaden“ der Registrierten auswirkte, so ein „Ehrengericht“ der Jüdischen Gemeinde nach dem Krieg.<sup>19</sup> Um Manipulationen zu verhindern, durfte kein Außenstehender die Räume betreten, und die Kartei wurde dreigeteilt: Berta Mendelsohn unterstand die Aufnahme der Fragebögen wie die Kontrolle, ob alle in den Listen der Gestapo erfaßten Personen diese auch ausgefüllt hatten. In der Registratur, geleitet von Erna Gerson, befanden sich die eigentliche Kartei und die Bögen der Zurückgestellten. Jacob Adler schließlich stellte aus dem vorhandenen Material die Transportlisten zusammen. Er hatte auch dafür zu sorgen, daß „die Abholung der Personen, [...] soweit dies nicht unmittelbar von der Behörde aus betrieben wird, ordnungsgemäß und rechtzeitig erfolgt“.<sup>20</sup>

Die immer wieder aktualisierte Kartei stellte in Berlin – ebenso wie ihre Pendants in den Bezirksstellen – die Voraussetzung für die Deportation der jüdischen Bevölkerung nach den jeweiligen Präferenzen der Gestapo dar. Daran ändern auch Berichte einiger Berliner Juden nichts, Hilfskräfte der Abteilung oder Bertha Mendelsohn selbst hätten in Einzelfällen Karteikarten verschwinden lassen, ein falsches Todesdatum oder den Vermerk „abgewandert“ hinzugefügt und ihnen so einen Aufschub verschafft, um getarnt oder versteckt überleben zu können. Martha Mosse erläuterte im August 1942 (als Zeugin in einem Betrugsverfahren) den Ablauf: „Die in Frage kommenden Juden werden aufgrund von Listen erfaßt, welche in ihrer überwiegenden Mehrheit von der Stapo Berlin zu diesem Zwecke übersandt werden. Darüber hinaus hat die Jüdische Kultusvereinigung an Hand ihres Katasters aber auch einige Listen

18 Vgl. Meyer, Gratwanderung, S. 304.

19 LAB, Rep. 20, Nr. 4860–4861, Entscheidung in der Ehrengerichtssache Martha Raphael v. 7. 5. 1947, S. 2.

20 Ebenda, B Rep. 057-01, Verfahren gegen J. Baumann, R 34/1, Vernehmung Martha Mosse v. 19. 8. 1942, S. 3, Bl. 100 f.

aufgestellt und bearbeitet, welche die Erfassung bestimmter Altersgruppen bezweckten. [...] Zurückstellungen werden von der Jüdischen Gemeinde nicht vorgenommen. Alle dahingehenden Entscheidungen fällt allein die Staatspolizei.“<sup>21</sup> Mosse hatte nicht erwähnt, daß sie als Abteilungsleiterin um Rückstellung nachsuchen konnte, wenn die Gestapo eigene Vorschriften nicht einhielt, d.h. wenn die Transportfähigkeit aus medizinischer Sicht zweifelhaft war, ein Betroffener zu alt war, in „Mischehe“ lebte oder sich im Arbeitseinsatz in einem kriegswichtigen Betrieb befand.<sup>22</sup>

Als gegen Ende 1942 die Kartei offensichtlich nicht mehr stimmte, weil zu viele Jüdinnen und Juden untergetaucht waren, setzte die Gemeinde von sich aus eine „Urerhebung“ an, um die Kartei auf den neuesten Stand zu bringen. Die Quellen sagen nichts darüber aus, ob sie damit der Gestapo die Namen der Untergetauchten liefern oder diese im Gegenteil verschleiern wollte.<sup>23</sup> Die Kartei selbst ist nicht erhalten.

Neben der Erfassung gehörte die Mithilfe bei der räumlichen Konzentration in Sammellagern zur Aufgabe der Jüdischen Gemeinde.<sup>24</sup> Die große Mehrheit der Juden befolgte zunächst die Aufforderung ihrer Repräsentanten, sich mit Gepäck im Sammellager einzufinden. Ein Merkblatt der Gemeinde informierte sie über „geeignete Reisekleidung“, die vorschriftsmäßige Befestigung der Judensterne auf derselben, den Inhalt des erlaubten Gepäcks und die Möglichkeit, persönliche Dokumente bei der Gemeinde zu hinterlegen.<sup>25</sup> Die jüdischen Funktionäre hielten sich an die Schweigepflicht, die ihnen zudem immer wieder in Erinnerung gerufen wurde, insbesondere wenn größere Transporte bevorstanden.<sup>26</sup>

21 Ebenda, S. 1 f., Bl. 98 f.

22 Ebenda, Rep. 235-07, MF 4170-4171, Martha Mosse, Erinnerungen, S. 2 f.

23 Vgl. Hildesheimer, Selbstverwaltung, S. 211.

24 Zu den einzelnen Berliner Sammellagern vgl. Meyer, Gratwanderung, S. 305 ff., S. 314 ff., S. 319 ff.

25 Vgl. Merkblatt für die Teilnehmer an Abwanderungstransporten, zit. nach: Inge Hartwig-Scharnberg/Jan Maruhn, „Das kann doch nicht mehr lange dauern“. Typoskript, Anhang.

26 So z. B. das Vorstandsprotokoll Nr. 8 v. 30. 7. 1942 (Bundesarchiv Berlin, BArchB) R 8150/1, Vorstandsprotokoll 8 v. 30. 7. 1942, Bl. 15): „Kozower berichtet über die eröffneten Termine für drei weitere Abwanderungstransporte aus Berlin, die im August außer den fünf je Woche stattfindenden Transporten nach Theresienstadt [...] durchzuführen sind. [...] Für diese Mitteilung besteht Schweigepflicht.“



In der Berliner Zentrale der Reichsvereinigung liefen die Meldungen der Bezirksstellen über die Daten der Transporte, deren Umfang und Kosten zusammen.<sup>27</sup> So waren die Repräsentanten der Reichsvereinigung über das Geschehen im „Altreich“ stets genauestens und oft vorab informiert und behandelten es in den Vorstandssitzungen als Tagesordnungspunkt, den sie tunlichst in den Protokollen nicht im Detail ausführten. Auch im eigenen Apparat verpflichteten sie die Angestellten und Helfer, Stillschweigen zu bewahren. „Ein Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht wird scharf geahndet werden“, lautete eine Verfügung, die jeder Mitarbeiter unterschreiben mußte.<sup>28</sup> Ein „Merkblatt für die Helfer in der Levetzowstraße“ mahnte: „Es wird nochmals mit aller Eindringlichkeit auf Folgendes hingewiesen: 1. Jeder hat über die Vorkommnisse im Sammellager Levetzowstraße strengste Verschwiegenheit zu beobachten [sic] [...]“.<sup>29</sup>

Die Täuschung gegenüber den Mitgliedern, es ginge um eine Umsiedlung, einen auswärtigen Arbeitseinsatz oder eine Evakuierung, wurde bis zur Auflösung der Reichsvereinigung beibehalten, obwohl die Gemeinde wenigstens partiell Todesmeldungen weiterleitete.

Im Sammellager nahmen Angestellte der Gemeinde – oft in Anwesenheit von Finanzbeamten – die Vermögensverhältnisse der zu Deportierenden auf.<sup>30</sup> Verpflegung, Reinigungs- und Sanitätspersonal, eine Kindergärtnerin und Ordner innerhalb des Lagers stellte und bezahlte die Gemeinde. Dieses Hilfspersonal konnte den Inhaftierten zwar oftmals – unter Gefahr für sich selbst – Erleichterungen verschaffen oder verbotene Hilfsdienste leisten (wie Benachrichtigung von Verwandten, Einschmuggeln von Medikamenten ins Lager etc.),<sup>31</sup>

27 Vgl. beispielsweise ebenda, Protokoll Nr. 19 v. 28. 9. 1942, in dem es auf S. 2 heißt: „Eppstein berichtet über die Abwanderungsmeldungen der Bezirksstellen.“

28 Archiv Centrum Judaicum (CJA), Sammlung Ausstellung (Kopie aus Privatbesitz), Verfügung Nr. 10/43 der RVJD, Bezirksstelle Berlin v. 19. 3. 1943.

29 Faks. des Merkblattes bei Christian Dirks, „Traurige Erlebnisse aus der Nazi-Hölle Deutschland“. Zum Schicksal der Familie Scheurenberg, in: Meyer/Simon (Hrsg.), Juden in Berlin, S. 204–214, hier: S. 207.

30 Vgl. Siegmund Weltlinger, Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung, hrsg. v. der Berliner Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Berlin 1954, S. 27.

31 Vgl. Edith Dietz, Den Nazis entronnen, Frankfurt a. M. 1990, S. 36 f. Edith Dietz hatte ein knappes Jahr als Kindergärtnerin im Sammellager Levetzowstraße arbeiten müssen, wenn Transporte bevorstanden. In ihren Erinnerungen und im Interview

die Möglichkeit, ihnen bei der Flucht behilflich zu sein, hatte es nicht. Denn die Bewachung des Lagers, das „Schleusen“ des Gepäcks, das Stempeln der Kennkarten und die Überführung zum Bahnhof übernahm die Gestapo. Gemeindeangestellte assistierten nur.

Nach einigen Monaten, als Nachrichten von den Deportierten ausblieben, Todesmeldungen eintrafen und Gerüchte über Massenerschießungen die Runde machten, reagierten mehr und mehr Betroffene und tauchten unter. Aus diesem Grund änderte die Gestapo ihre Vorgehensweise. Gestapobeamte (aber auch solche der Schupo und Kripo), die von Helfern in Diensten der Jüdischen Gemeinde begleitet wurden, eskortierten die Juden ins Sammellager. Die Gemeindeangestellten halfen beim Packen und trugen das Gepäck. Ebenso wie sich kein Berliner Polizist diesem Sonderdienst entziehen konnte, wurden bei Bedarf alle Gemeindeangestellten zu Ordnerdiensten verpflichtet.

Die Abteilung „Abwanderung“ übernahm insbesondere Mitarbeiter aus aufgelösten Abteilungen der Reichsvereinigung – wie dem Kulturbund oder der Schulabteilung – als Ordner.<sup>32</sup> Ohne diese Weiterbeschäftigung bei der Gemeinde hätten sie selbst auf der Deportationsliste gestanden, ein Umstand, der sich stark auf ihre „Arbeitsdisziplin“ auswirkte. Durch das Arbeitsverhältnis waren sie – wie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Reichsvereinigung – geschützt, wenn nicht eine der sogenannten Abbauaktionen von Personal stattfand, die jedoch erst einmal andere Abteilungen betrafen. Die Abteilung „Abwanderung“ war die einzige, die expandierte. Den leitenden Mitarbeitern der Reichsvereinigung wurde zudem in Aussicht gestellt, sie hätten ein Anrecht auf das „Vorzugslager“ Theresienstadt – es sei denn, sie wurden als einzelne herausgegriffen oder im Rahmen von sogenannten Straffaktionen deportiert; dann lautete das Ziel „gen Osten“.<sup>33</sup>

(CJA, Sammlung Ausstellung) schildert sie anschaulich die Gewissenskonflikte, in die das Personal geriet, wurde es von unbekanntem Insassen um Hilfe gebeten, oder auch die Gefahr, die aus solchen Aktionen erwuchs.

32 Siehe Meyer, *Gratwanderung*, S. 209.

33 Vgl. die Kurzbiographien der leitenden Mitarbeiter bei Hildesheimer, *Selbstverwaltung*, S. 243 f. oder Meyer, *Gratwanderung*, S. 297–302. 1943 war es nicht mehr unumstritten, daß „bewährte Mitarbeiter“ nach Theresienstadt kommen sollten, lediglich die „Prüfung dieser Frage“ stellte Fritz Woehrns vom Reichssicherheitshauptamt in Aussicht. Vgl. BArchB, R 8150/1, Aktennotiz Nr. 243 v. 9. 3. 1943, Bl. 417, S. 2.

Ab Spätherbst 1942 erfuhr das Ordnerwesen eine grundlegende Revision: Unter dem Leiter der Wiener „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“, Alois Brunner, der mit seinen Chargen einerseits die in eine Korruptionsaffäre verwickelten Berliner Gestapokollegen ablösen und andererseits die Deportationen nach Wiener Vorbild beschleunigen sollte, wurden die Sammellager zu Gefängnissen umgebaut. Ein neuer jüdischer Lagerleiter, der ehemalige Schulkollege Max Reschke, regierte mit eiserner Faust, insbesondere wenn es um Fluchtversuche ging.<sup>34</sup> Die Gemeinde hatte kaum mehr Einfluß auf die interne Organisation, sie durfte lediglich noch einen Sanitätsdienst einrichten und zahlen. Die Helfer mutierten zu „Abholern“.<sup>35</sup> Zwischen 40 und 100 „leistungsfähige“ Männer wurden neben den „Stammordnern“ in den Sammel-lagern eingesetzt.<sup>36</sup> Sie mußten die Gestapoleute bei „Abholungen“ begleiten, allerdings oft auch ohne Beamte ganze Mietshäuser „bearbeiten“.<sup>37</sup> Zwei jüdische „Wachthabende“ teilten die Ordner zum Dienst ein, die befehlsmäßig der Gestapo unterstellt waren. In Mithaftung wurden alle genommen: „Das Flitzen ist mit allen Mitteln zu verhindern, die Funktionäre stehen mit ihrer Person dafür ein.“<sup>38</sup> Fluchtpläne sollten der „Aufsichtsbehörde“ gemeldet werden.<sup>39</sup> Der Einsatz von Gemeindef Helfern, der ursprünglich als Hilfestellung zur „besseren und mildereren“ Ausführung der Gestapoanordnungen gedacht war, hatte sich zum effektiven Werkzeug der Gestapo entwickelt. Die Abholer waren neben dem Lagerpersonal zumeist die letzten „Amtsträger“, mit denen die

34 Staatsanwalt beim Landgericht Berlin, 1 Js 9/65, Beistück 30, Bericht Harry Schnapp II, Bericht über die sogenannte „Brunnerzeit“, S. 3 ff., Bl. 151 ff.

35 Die „Abholer“ wurden nach dem Vorbild der Wiener „Ausheber“ organisiert, die Alois Brunner dort bereits im November 1941 etabliert hatte. Josef Löwenherz als Verantwortlicher der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde hatte zunächst die Mitwirkung der Gemeinde verweigert. Daraufhin organisierte ein jüdischer Gestapospitzel auf Brunners Anweisung eine – ebenfalls auf Befehl – besonders brutal vorgehende Gruppe von ca. 40 Personen. Als Berichte von Diebstahl, Raub, Erpressung, Bestechung und gar Vergewaltigung eintrafen, gab Löwenherz nach und stellte Mitarbeiter der Gemeinde zur Verfügung (vgl. Rabinovici, Instanzen, S. 285). Dieser Vorlauf war den Berliner Verantwortlichen vermutlich bekannt.

36 CJA, 2 B 1/5, Aktennotiz v. 17. 12. 1942. Frauen wurden nicht in den Trupps, sondern nur vereinzelt eingesetzt, wenn es bspw. um die Abholung von Kindern ging.

37 Ebenda, 2 A 1, Vermerk über Rücksprache mit Dobberke/Gestapo am 2. 2. 1943.

38 Ebenda, 2 B 1/5, Aktennotiz v. 14. 11. 1942 (Henschel).

39 Ebenda, Aktennotiz v. 14. 11. 1942, Punkt 15 (Kozower).

Deportierten zu tun hatten und die *sie* als Repräsentanten der Reichsvereinigung im Gedächtnis behielten – sofern sie überlebten.

Die Abholer bekamen täglich Häuser- oder Straßenlisten mit den Namen von Jüdinnen und Juden und mußten nach Arbeitsende „Istzahl“ und „Sollzahl“ melden. Bei „Versagen“ drohte ihnen KZ-Einweisung. Trafen Trupps aus Beamten und Ordnern ihre Opfer nicht an, hatten die jüdischen Ordner später die Wohnungen „in Abständen von 2 bis 3 Tagen in den Abendstunden (zu) kontrollieren. Die Kontrolle hat der Abholendienst selbständig vorzunehmen und zu berichten“.<sup>40</sup> In anderen Fällen sollten sie in der dunklen Wohnung warten, bis die Bewohner heimkehrten. Auch dem Fahndungsdienst, den berichtigten jüdischen „Greifern“, mußten sie gelegentlich assistieren.<sup>41</sup>

Die 14tägigen Meldungen der Abholer zeigen, daß sich Ende 1942 immer mehr Verfolgte der Deportation zu entziehen versuchten. Nur ein Beispiel: Der Rapport vom 16. 12. 1942 – 2. 1. 1943 hält fest, daß 1339 Personen „bearbeitet“ worden waren. Davon hatten die Abholer nur 807 dort angetroffen, wo sie gemeldet waren. Der Bericht weist 362 als „nicht angetroffen“, 70 als „unbekannt verzogen“, 56 mit „Adresse falsch“ und 44 als „verschwunden“ aus.<sup>42</sup> Die unterschiedlichen Rubriken, in denen die 532 fehlenden Personen aufgeführt sind, geben der Tatsache, daß diese sich der Festnahme entzogen hatten, den Anstrich der Vorläufigkeit und minimieren optisch den Anteil der Verschwundenen. Die Abholer versuchten offensichtlich, gegenüber der Gestapo nicht den Anschein zu erwecken, sie hätten „versagt“.

Die Abholer waren auch in die schon erwähnte „Urerhebung“ einbezogen. 1607 Juden hatten ihre Karte nicht abgegeben, die Ordner mußten nun ihren Aufenthaltsort erkunden.<sup>43</sup>

Jüdische Zeitzeugen berichten sowohl von Ordnern, die ihnen trotz eigener Gefährdung die Flucht ermöglicht haben, wie von solchen, die sie als „Abschaum“ bezeichneten, die also ihrer traurigen Pflicht noch ein Quantum Gemeinheit hinzufügten, um den winzigen Moment von Macht angesichts der sonstigen Ohnmacht auskosten zu können. Doch meine exemplarische Über-

40 Ebenda, 2 A 1, Vermerk über Rücksprache mit SS Scharführer Zit(t)a v. 15. 1. 1943.

41 Die „Greifer“ werden hier nicht behandelt, weil die Reichsvereinigung keinen Einfluß auf ihre Etablierung und Aktivitäten hatte.

42 Ebenda, 2 A 1, Meldung „betr. Abholendienst“ v. 4. 1. 1943.

43 Ebenda, Statistik der N-Listen für die Zeit v. 18. 12. 1942 bis 4. 1. 1943.

prüfung der Daten von 65 Ordnern ergab, daß Übersollerfüllung sie letztlich nicht schützte: 60 von ihnen wurden deportiert, vier tauchten unter, einer gelangte mit dem Palästina-Austausch in Sicherheit.<sup>44</sup>

### Die „Gemeinde-Aktion“ 1942

Als die Deportationen nach den ersten großen Transporten keineswegs gestoppt wurden, zerstob die Hoffnung der leitenden Mitarbeiter, es ginge um eine Teilevakuierung. Sie erkannten, daß Berlin „judenfrei“ gemacht werden sollte. Sie selbst waren – wie erwähnt – zunächst geschützt, es sei denn, ihre exponierte Position brachte sie in Konflikt mit der Gestapo. Das bedeutete in der Regel die Ermordung in einem KZ „im Osten“. Ansonsten konnten sie darauf vertrauen, daß der gelbe Schein, an die Tür geheftet oder in der Manteltasche getragen, sie und ihre Angehörigen schützte.<sup>45</sup> Doch immer wieder ordnete die Gestapo „Personalabbau“ an. Eine der größten derartigen Aktionen, an deren Beispiel das Dilemma der Reichsvereinigung besonders deutlich wird, war die sogenannte Gemeinde-Aktion im Oktober 1942. Über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Abteilungen der Jüdischen Gemeinde mußten sich am 20. Oktober in den Räumen der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße versammeln. SS-Sturmbannführer Rolf Günther eröffnete den Wartenden, ihre Abteilungsleiter hätten 500 „für die weitere Arbeit entbehrliche“ Personen auszusuchen. Während einige Verantwortliche das Verfahren ordnungsgemäß abwickelten, verzögerten andere es bewußt, kamen auf geringere Zahlen oder verhandelten, um von der Gestapo benannte Mitarbeiter weiterbeschäftigen zu können. Eine Abteilungsleiterin brach zusammen, woraufhin die Gestapo ihre Liste erstellte. 533 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren schließlich

44 Abgleich der in div. Mitarbeiterlisten aufgeführten Ordner mit der Datenbank (CJA, Stand: November 1999) des Berliner Gedenkbuches der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. v. Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung/FU Berlin, Berlin 1995.

45 Vgl. u. a. Bezirksgericht Jerusalem, Straftakt 40/61, Der Generalstaatsanwalt des Staates Israel gegen Adolf, Sohn des Adolf Karl Eichmann, Protokoll der Sitzung 37 v. 11. 5. 1961, S. Qq1. Siehe auch YVA, 01/52, Hildegard Henschel, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–1943. Gemeindegarbeit und Evakuierung von Berlin, 16. 10. 1941–16. 6. 1943, S. 45.

namhaft gemacht, die zusammen mit ihren 328 Angehörigen deportiert werden sollten. Günther drohte den Versammelten an, für jeden, der sich nicht zwei Tage später im Sammellager einfände, werde ein führendes Mitglied der Reichsvereinigung oder der Gemeinde erschossen.<sup>46</sup> Als dann tatsächlich 20 Personen (16 Frauen, 4 Männer) ausblieben, stellte die Reichsvereinigung intensive Ermittlungen an: Ihr Bericht enthält nicht nur Angaben über emigrierte oder bereits deportierte Familienangehörige, sondern auch Namen und Adressen von Verwandten und Hinweise auf Bekannte der Untergetauchten. Ein Beispiel: „Sabine Sch. befindet sich nach Angaben der Schwester Fanny in der Wohnung der Mutter, Landsbergerstr. 91, sie war im Zeitpunkt der Abholung nicht anwesend.“<sup>47</sup> Acht Personen hatten für den Fall ihrer Deportation vor Kollegen Selbstmordabsichten geäußert.<sup>48</sup> Dennoch wurden die Ermittlungen fortgeführt, anfangs vielleicht, um den Schein zu wahren, dann intensiver, als die Gestapo 18 führende Mitarbeiter verhaftete, und die Verantwortlichen deren angedrohte Erschießung gegen die Deportation der Untergetauchten – alles Mitarbeiterinnen und wenige Mitarbeiter in untergeordneten Positionen – abwägen mußten. Nun wurden Außenstehende befragt und Angehörige unter Druck gesetzt. So äußerte ein Mündel über seinen Vormund: „A. nimmt an, daß M. bei arischen Bekannten untergeschlüpft ist und erklärt, Weiteres nicht angeben zu können. Es besteht der Verdacht, dass A. Näheres über den Verbleib des M. weiß, aber keine Angaben machen will.“<sup>49</sup> Über eine andere Untergetauchte heißt es, sie sei mit einer nichtjüdischen früheren Nachbarin befreundet gewesen, und ihr Hausmeister habe „auf Befragen [...] angegeben, daß die S. Beziehungen zu einem nichtjüdischen ungarischen Staatsangehörigen hatte. Außerdem wohnt eine Schwester der S. in der Schweiz. Es besteht die Möglichkeit, daß die S. den Versuch macht, in die Schweiz [...] oder mit dem ungarischen Staatsangehörigen nach Ungarn zu fliehen.“<sup>50</sup>

46 Vgl. zu dem Vorgang die ausführliche Beschreibung in Meyer, Gratwanderung, S. 309 ff.

47 BArchB, R 8150/1, 1.1.3/50/3, Aufstellung VIII, „Nach angestellten Ermittlungen nicht auffindbar“, Bl. 146.

48 Ebenda, Bl. 144, angekreuzte Mitarbeiter.

49 Ebenda, Schreiben der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin an Reichsvereinigung v. 2. 11. 1942, S. 1, Bl. 149, siehe auch Bl. 145–147.

50 Ebenda.

Die meisten Abgetauchten stellten sich, andere wurden gefaßt. Dennoch erschloß die Gestapo von den verhafteten Geiseln sieben oder acht, darunter Fritz Lamm, der die Fürsorgeabteilung leitete, Alfred Selbiger, der vormals für das Palästina-Amt tätig war, und Bruno Mendelsohn, den Ehemann der erwähnten Leiterin der Kartei. Die Repräsentanten von Reichsvereinigung und Gemeinde hatten sich bemüht, die Arbeitsfähigkeit ihrer Organisationen zu erhalten und deshalb unter Abwägung der Umstände dazu beigetragen, daß die Mitarbeiterinnen in untergeordneten Positionen gefaßt wurden. Doch die Rechnung ging nicht auf: Sie dachten in diesem Fall – um mit Rabinovici zu sprechen – wie die Nazis, doch die hielten sich nicht an die eigenen Vorgaben.

Von den etwa 5000 Berliner Untergetauchten überlebten 1400 – allerdings nicht mit Unterstützung der Reichsvereinigung, sondern aus eigener Kraft oder mit fremder Hilfe.<sup>51</sup>

### Zum Vergleich: die Situation in Hamburg

Wie sah die Situation nun außerhalb Berlins aus? Neben der Berliner Zentrale existierten noch 16 selbständige Jüdische Gemeinden und 12 Bezirksstellen als regionale Niederlassungen der Organisation. Die örtlichen Stapoleitstellen *konnten* diese in die Deportationen einbeziehen, *mußten* es aber nicht. In Hamburg weigerte sich der Leiter der Bezirksstelle Nordwestdeutschland, Max Plaut, als der „Judenreferent“ der Gestapo ihm auftrag, Transportlisten aufzustellen. Plaut: „Das habe ich für mich und meine Mitarbeiter strikt abgelehnt.“<sup>52</sup> Daraufhin übernahm die Gestapo diese Aufgabe und bestellte die Betroffenen per Einschreiben. Die Kartei, aus der ihre Adressen stammten, war

51 Zahlen nach Stefi Jersch-Wenzel, „300 Jahre jüdische Gemeinde zu Berlin“; in: Leistung und Schicksal. 300 Jahre Jüdische Gemeinde zu Berlin, Katalog zur Ausstellung im Berlin-Museum, Berlin 1971, S. 25 und Siegmund Weltlinger, Hast Du es schon vergessen? Vortrag gehalten 1954, Selbstverlag der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Berlin, S. 7. Jersch-Wenzel geht davon aus, daß 70 % der Untergetauchten aufgrund von Denunziationen, zufälliger Entwicklung oder kriegsbedingtem Tod nicht überlebten.

52 Bericht Max Plaut, Die Deportationsmaßnahmen der Geheimen Staatspolizei in Hamburg, in: Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Hamburg, Hamburg 1965, S. XI ff., hier: S. XII.

vermutlich vom Jüdischen Religionsverband angelegt worden. Auch in Hamburg erging der Aufruf, sich einen Tag vor der Abreise in einer Sammelstelle einzufinden. Die Gemeinde organisierte die Unterkunft und Verpflegung dort.<sup>53</sup> Freiwillige Helfer aus der Gemeinde und Personal aus dem Jüdischen Krankenhaus sorgten für Übernachtungsmöglichkeiten und Sanitätsdienst. Die vermögensrechtliche Ausplünderung übernahmen – anders als in Berlin – Gestapoleute. Aus den Aussagen der Zeitzeugen geht nicht hervor, daß die Sammellager bewacht oder gar gefängnisähnlich ausgebaut wurden. Das war auch nicht nötig, denn die Angeschriebenen widersetzten sich dem Deportationsbefehl nur in den erlaubten Bahnen (bei Krankheit etc.) und tauchten schon gar nicht wie in Berlin massenhaft unter. Einer der Gründe hierfür mag darin liegen, daß bereits bis Jahresende 1941 mehr als 3100 von 7500 Jüdinnen und Juden deportiert wurden. Warum allerdings von den rund 4400, die 1942 noch in Hamburg lebten, so wenige den Schritt in die „Illegalität“ wagten, kann dieses Argument nicht schlüssig erklären. Zwischen Dezember 1941 und den nächsten großen Transporten, die ab Juli 1942 erfolgten, mußten auch nach Hamburg Gerüchte gedrungen sein: über Angestellte der Zivilverwaltung, Soldaten oder per Nachrichten der Verschleppten aus den ersten Transporten. Aber offensichtlich mochten die Hamburger Juden ihnen keinen Glauben schenken. Hochgradig assimiliert, vertrauten sie vermutlich darauf, daß sich die Gerüchte als „Greuelpropaganda“ entpuppen würden. Vielleicht fehlte in der Hansestadt zudem eine gewisse Renitenz der Bevölkerung – der nichtjüdischen wie der jüdischen –, vielleicht wirkte der Verfolgungsprozeß vom äußeren Anschein her nicht so brutal und damit aufrüttelnd wie in Berlin: Der Hamburger Repräsentant Max Plaut suchte den „Judenreferenten“ der Gestapo in der Regel in dessen Dienststelle auf; mit ihm, so Plaut, „konnte man reden“.<sup>54</sup> Die Berliner Zentrale der Reichsvereinigung und die von ihr unterhaltenen Dienststellen hingegen erfuh-

53 Vgl. Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg (FZH), Werkstatt der Erinnerung 034, Interview mit Ingrid Wecker, geführt von Beate Meyer am 18. 6. 1992 u. Videointerview mit ders., geführt von Beate Meyer am 16. 12. 1992. Wecker berichtet in den Interviews u.a. vom Einsatz freiwilliger Helfer in dem ehemaligen Logengebäude (Hartungstraße), von anonymen Lebensmittelspenden für die Transporte und Problemen mit der sanitären Versorgung in der Provinzialloge, der zweiten Sammelstelle (Moorweide) etc.

54 Archiv des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ), 14-001.2, Interview Max Plaut, Kassette I, S. 2, Transkript S. 2.



ren immer wieder überraschende Hauskontrollen, denen „Straftransporte“ von Mitarbeitern folgten. Max Plaut stand bis Sommer 1943 ununterbrochen an der Spitze der jüdischen Organisationen. Auch dies mochte einen beruhigenden Eindruck auf die jüdische Bevölkerung in Hamburg gemacht haben.

Wie dem auch sei: Plaut berichtet lediglich von fünf Untergetauchten, bezogen auf den Zeitraum 1941 bis 1943.<sup>55</sup> So war es auch nicht notwendig, ein Ordnersystem aufzubauen. Wohl waren vier Gemeindeangestellte regelmäßig unterwegs, um die Zimmerbelegungen zu überprüfen, diese hatten aber vor dem Sommer 1943 keine Ermittlungs- oder gar Fahndungsaufgaben zu erfüllen.

Doch auch wenn sich die Reaktionen der Betroffenen regional unterschieden, der Gesamtablauf, soweit die Reichsvereinigung daran beteiligt war, wurde bald vereinheitlicht. Schon im Januar 1942 legte die Reichsvereinigung dem Reichssicherheitshauptamt ein Schema vor, das im gesamten „Altreich“ galt. „Das Organisationsschema der Abwanderungstransporte in Berlin wird vorgelegt. Aus den eingegangenen Berichten der JKVn (Jüdischen Kultusvereinigungen, B. M.) und Bezirksstellen ergibt sich, daß nach anfänglichen wesentlichen Verschiedenheiten in der Organisation der Abwanderungstransporte sich nunmehr nur noch vor allem örtlich bedingte Verschiedenheiten zeigen. Hierüber [wird] ein schriftlicher Bericht eingereicht werden.“<sup>56</sup> Leider ist dieser schriftliche Bericht nicht erhalten. Bekannt ist aber, daß auch die Hamburger Organisatoren die Transportkosten an die örtliche Stapoleitstelle zahlen mußten und daß den Verfolgten – wie andernorts – ein festgelegter Prozentsatz des letzten Vermögens dafür abgenommen wurde.<sup>57</sup> Waren laut Plaut vor Juli

55 Bericht Plaut, Deportationsmaßnahmen, S. XIII.

56 CJA, 2 B 1/3, Aktennotiz v. 13. I. 1942.

57 Unklarheiten bei der Abführung von Transportkosten der Bezirksstellen an die örtlichen Stapostellen wurden an die Zentrale mit der Bitte um Lösung herangetragen. Aus den Unterlagen geht hervor, daß die Jüdische Kultusvereinigung Hamburg für den ersten Transport RM 90 000,- hatte zahlen müssen, von denen RM 70 000,- aus „Mitteln der ausgesiedelten Personen [...] voraussichtlich wieder eingezahlt werden“ (CJA, 2 B 1/3, Aktennotiz v. 5. II. 1941) Daraufhin erging seitens des RSHA die Auflage, alle Transportkosten, die örtliche Stapostellen den RV-Bezirksstellen berechneten, müßten „vorher seitens der RV freigegeben werden [...]“. Bei der Mittelaufbringung ist davon auszugehen, daß die Gesamtheit der für einen Aussiedlungstransport vorgesehenen Teilnehmer die Mittel [...] aufbringt und zwar aus den Geldbeständen der einzelnen Transportteilnehmer [...].“; ebenda, Aktennotiz K 21 v. 8. II. 1941.

1943 nur fünf Juden untergetaucht, änderte sich die Situation nach den heftigen Luftangriffen im Sommer 1943 auf Hamburg. Weite Teile der Stadt wurden zerstört, Tausende Bewohner flohen oder wurden evakuiert. Zu diesem Zeitpunkt waren die großen Transporte bereits abgeschlossen, und die Jüdinnen und Juden, die noch in Hamburg wohnten, lebten (wie andernorts auch) überwiegend in „Mischehen“. Viele von ihnen waren Protestanten und lediglich gezwungenermaßen Mitglieder der Reichsvereinigung. Sie nutzten die Gelegenheit, die das äußere Chaos bot, und tauchten unter.<sup>58</sup> Sie flohen auf eigene Faust oder mit einem Evakuierungstransport und meldeten sich an einem anderen Ort unter falschem Namen in der Hoffnung an, daß ein Abgleich der Einwohnerkarteien nicht mehr möglich war.<sup>59</sup>

Die Bezirksstelle Nordwest der Reichsvereinigung stellte im September 1943 fest, daß knapp 200 Juden fehlten, die in ihrer Kartei registriert waren,<sup>60</sup> ein Großteil davon Frauen, die in „Mischehen“ lebten. Diese Frauen waren überwiegend zwischen 50 und 55 Jahre alt, gefolgt von den Altersgruppen 40 bis 45 und 60 bis 65 Jahre. Nur zwei von ihnen hatten minderjährige Kinder mitgenommen. Die Hamburger Bezirksstelle, zu „Judenählungen“ verpflichtet, schickte nun die wenigen Angestellten zu den alten Wohnadressen:<sup>61</sup> Diese vermerkten auf den Karteikarten „Sperrgebiet“, „Haus zerstört“ oder „Adresse unbekannt“. Wie die Ordner in Berlin hinterließen auch die Hamburger Gemeindeangestellten Aufforderungen, neue Karteikarten auszufüllen, und fragten bei Nachbarn oder Familienangehörigen nach. Damit hatte es aber in der Regel sein Bewenden. Sie gaben anschließend der Gestapo die Namen an, und diese versuchte über die Einwohnermeldeämter und andere Stellen, die Fehlenden aufzuspüren. Andere Fahndungsmethoden der Reichsverei-

58 Vgl. Ina Lorenz, *Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der Endlösung*, in: Arno Herzig/Ina Lorenz (Hrsg.), *Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus* Lorenz, S. 207–247, hier: S. 225 f.

59 Vgl. dazu Beate Meyer, „A conto Zukunft“. Hilfe und Rettung für untergetauchte Hamburger Juden, erscheint voraussichtlich 2002 in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte*.

60 FZH 62.62, Bericht über die Jüdische Gemeinde in Hamburg. Vgl. auch Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Vefolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999, S. 54 f.

61 Staatsarchiv Hamburg, 522–1 Jüdische Gemeinden, Abl. 1993, Nr. 41, Kartei M–Z und Abl. 1999, Nr. 41, 62.

nigung sind aus der Kartei nicht ersichtlich. Ein knappes halbes Jahr später, im Februar 1944, lieferte die Gestapo der Bezirksstelle der Reichsvereinigung einen Großteil der Angaben zum Verbleib der zunächst nicht Auffindbaren, damit die Gestapokartei auf den neuesten Stand gebracht werden konnte. Aus den Eintragungen wird die neue Adresse ersichtlich, die Verbringung in ein Lager, ein KZ oder ein Todesdatum. Doch ein Teil der Vermißten blieb verschwunden: Nach der erhaltenen Karteihälfte waren es 44 Personen (plus eine unbestimmte Anzahl aus der nicht erhaltenen Hälfte).

Als im Februar 1945 Deportationsbefehle an noch in Hamburg lebende jüdische „Mischehe“-Partner ergingen, entzogen sich noch einmal rund 30 Personen dieser Aufforderung, was in den letzten Kriegswochen leichter zu bewerkstelligen war.<sup>62</sup> Ein früher Nachkriegsbericht, verfaßt von Max Heinemann von der Rest-Reichsvereinigung, geht von insgesamt 50 Hamburgern aus, die unter falscher Identität überlebt haben.<sup>63</sup> Diese Zahl müßte vermutlich etwas nach oben korrigiert werden, wenn die im Sommer 1943 und die im Februar 1945 Untergetauchten gleichermaßen gezählt werden.

### Das Wissen der Repräsentanten um die Vernichtungspolitik

Die Frage, inwieweit die Repräsentanten und leitenden Mitarbeiter von Zentrale und Bezirksstellen der Reichsvereinigung um die Vernichtungspolitik gewußt haben, ist nicht eindeutig zu beantworten. Das vorhin beschriebene, zugespitzte Beispiel der Berliner „Gemeinde-Aktion“ läßt vermuten, daß die Führungskräfte doch mehr über die wahre Bestimmung der Transporte ahnten oder wußten, als aus den Nachkriegsquellen ersichtlich ist. Andernfalls wäre den Abteilungsleitern die Auswahl der „abzubauenen“ Mitarbeiter nicht so schwer gefallen, und die Nachforschungen zur Rettung der Geiseln wären vermutlich nicht so intensiv gewesen. Dennoch war der letzte Gemeinde- und Reichsvereinigungsvorsitzende Moritz Henschel nach eigener, glaubhafter Aussage weder in Berlin noch später in Theresienstadt über den Judenmord informiert.<sup>64</sup> Max Plaut hingegen hatte Leo Baeck Ende 1939 über geplante Arbeits- und Konzen-

62 Vgl. Lorenz, *Verdrängung*, S. 239.

63 Ebenda, S. 239.

64 Vgl. YVA, 01/51, Henschel, *Die letzten Jahre*, Transkript S. 4.

trationslager für Juden verständigt. Er hatte diese Information vom „Judenreferenten“ der Hamburger Gestapo erhalten.<sup>65</sup> Baeck berichtete nach dem Krieg, im Sommer 1941 durch eine nichtjüdische Frau von der Ermordung polnischer Juden in Gaswagen erfahren zu haben.<sup>66</sup> Beide Informationen datieren aus der Zeit vor der Deportation der reichsdeutschen Juden. Baeck soll der Strategie der Kooperation mit der Gestapo sehr skeptisch gegenübergestanden haben, doch dies galt sicher für die meisten Beteiligten. Den Einsatz jüdischer Helfer befürwortete Baeck mit fast denselben Worten, die auch Henschel benutzte: Angesichts der Aussichtslosigkeit, sich den Befehlen der Gestapo zu widersetzen, würden sie „freundlicher und hilfsbereiter“ sein und die „Schicksalsprüfung erleichtern“.<sup>67</sup> Aus der praktischen Arbeit zog sich Baeck anscheinend weitgehend zurück und wandte sich wissenschaftlicher und seelsorgeischer Tätigkeit zu.<sup>68</sup> Als eine Frau Baeck um Rat fragte, ob sie ihren Mann ins KZ begleiten sollte, riet er ihr nicht ab. Andererseits bestärkte er junge, tatkräftige Männer in ihren Plänen, unterzutauchen.<sup>69</sup> In Theresienstadt soll Baeck von einem Mithäftling die Wahrheit über die Vergasungen in Auschwitz erfahren haben, die er offensichtlich bereits ahnte: „So it was not just a rumor, as I hoped, the illusion of a diseased imagination.“<sup>70</sup> Wieder entschied er sich für das Schweigen, er teilte sein Wissen dem Ältestenrat nicht mit: „Living in the expectation of death by gassing would be the harder. And this death was not certain for all: there was selection for slave labor; perhaps not all transports went to Auschwitz. So I came to the grave decision to tell no one.“<sup>71</sup> Was Baeck selbst als „schwerwiegenden Entschluß“ bezeichnet, heroisiert der Hamburger Max Plaut sogar im nachhinein. Er hatte durch die Ermordung der Geisteskranken in Cholm Klarheit über die Mordpolitik gewonnen: „Wir haben zu jener Zeit gewußt, daß das Konzentrationslager den Tod in schlimmster Gestalt bedeutete, wir hatten nun erkannt, daß die Lösung der Judenfrage [...] der

65 IGdJ, 14-001.1, Max Plaut, Aufzeichnungen über die Zeit nach 1933, S. 1.

66 Leonard Baker, Hirt der Verfolgten. Leo Baeck im Dritten Reich, Stuttgart 1982, S. 360.

67 Ebenda, S. 364.

68 Vgl. ebenda, S. 363.

69 Vgl. Herbert Strauss, Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943, Frankfurt a. M. 1997, S. 158.

70 Eric H. Boehm, We Survived: the Stories of Fourteen of the Hidden and Hunted of Nazi Germany, as Told to Eric H. Boehm, New Haven/Conn. 1949, S. 293.

71 Ebenda.

Kardinalpunkt in Hitlers Parteiprogramm [...] auf die restlose Vernichtung aller Juden in seinem Machtbereich hinsteuerte. Diese letzte Erkenntnis war Allen [sic] eigen. Sie fand ihren Ausdruck nicht in allgemeiner Verzweiflung, sondern in einer wahrhaft heroischen Haltung. Gemeinsames Schicksal schuf eine auf Leben und Tod verschworene Gemeinschaft, in der jeder des andern Freund und Bruder war.“<sup>72</sup> Hier deutet sich an, daß das zurückgehaltene Wissen um das Schicksal der Juden auch einen „verschworenen“ Kreis von Eingeweihten geschaffen hatte, deren informelle Mitglieder ihrer Führungsposition durchaus etwas abzugewinnen vermochten. Nur führte dies nicht zu Verbrüderung, sondern bewirkte, daß in manchen Zwangssituationen der einzelne nicht mehr unbedingt seines Bruders Hüter war, sondern manchmal auch dessen Feind sein konnte. Aber selbst wenn Plaut, Baeck und andere ihr Wissen offengelegt hätten: Die Gemeinden waren Ende 1941 – wie die Statistiken beweisen – überaltert und verarmt. An bewaffneten Widerstand war in Deutschland ebenso wenig wie in Österreich zu denken. Überlebenschancen im Untergrund hätte nur ein Bruchteil der Mitglieder gehabt, die anderen hingegen hätten jeden Lebensmut verloren. Zudem muß immer berücksichtigt werden, daß die Verantwortlichen nicht im Wissen um den Ausgang des Prozesses handelten.

In der letzten Phase des Bestehens der Rest-Reichsvereinigung war die Kooperationsstrategie längst gescheitert. Die meisten derer, die 1941 für sie gestimmt hatten, wurden 1943 selbst deportiert. Die danach eingesetzten Vertrauensmänner, an der Spitze der „Ein-Mann-Judenrat“ Walter Lustig in Berlin, konnten die Vorgaben der Gestapo lediglich gehorsam, manchmal auch vorbeugend ausführen.<sup>73</sup>

### Schlußbemerkung

Mit dem Beschluß zu kooperieren hatten die Repräsentanten der Reichsvereinigung letztlich die Verantwortung übernommen dafür, daß die deutschen Juden erfaßt und die von der Gestapo namentlich Benannten auch tatsächlich

72 IGdJ, 14-001.1, Plaut, Aufzeichnungen, S. 20.

73 Zu Person und Tätigkeit Walter Lustigs siehe Daniel S. Nadav/Manfred Stürzbecher, Walter Lustig, in: Dagmar Hartung-von Doetinchem/Rolf Winau (Hrsg.), Zerstörte Fortschritte, S. 221–226. Siehe auch Meyer, Gratwanderung, S. 325 ff.

deportiert wurden. Das ungeschriebene Angebot der jüdischen Funktionäre, das aus ihrer Sicht die vermeintlichen Interessen der Nationalsozialisten mit den eigenen verband, könnte wie folgt formuliert werden: Die jüdische Organisation sorgte für einen in „humaner“ Form ablaufenden, möglichst reibungslosen und ordnungsgemäßen Ablauf ihres Parts der Deportationen, verlor so einen Teil ihrer Schutzbefohlenen, würde aber die Zurückgebliebenen mit der Zustimmung der „Aufsichtsbehörde“ religiös, fürsorgerisch oder schulisch betreuen können. Im übrigen könnte sie vielleicht aus der Ferne Erleichterungen für die Deportierten bewirken, zumindest aber den Kontakt zu ihnen halten. Zudem bot das Arbeitsverhältnis mit der Reichsvereinigung Schutz für mehrere tausend Mitarbeiter, ein nicht unerheblicher Teil davon solche, die in der Rüstungsindustrie wegen ihres Alters oder aufgrund von Gebrechen nicht gebraucht wurden. Die Deportation, so mögen die Repräsentanten anfangs gedacht haben, beinhaltete auf jeden Fall ein hartes Schicksal, doch könnten sie als verantwortungsbewußt ausgewiesene Organisatoren in besonderen Härtefällen sicherlich Rück- oder Freistellungen erreichen. Implizit beinhaltete die Strategie der Kooperation aber auch, daß jedes (Zwangs)Mitglied, das sich individuell dem Kalkül der Repräsentanten widersetzte und sich dem Deportationsprozeß durch Untertauchen entzog, das ungeschriebene Abkommen aus Sicht der jüdischen Repräsentanten gefährdete.

Doch das imaginierte „Abkommen“ basierte auf einer grundsätzlich falschen Einschätzung der vermeintlich rationalen Interessen der Machthaber, die an der Fortexistenz einer jüdischen Restgemeinde in Deutschland kein Interesse hatten. So schwand der bereits im Herbst 1941 sehr geringe Einfluß der Reichsvereinigung auf Rückstellungen oder Eingrenzung des Personenkreises nach wenigen Monaten gänzlich. Die Todesmeldungen wiesen zwar nicht auf die systematische Ermordung hin, aber doch auf eine extrem hohe Todesrate der Deportierten. Die Hoffnung, es handle sich um eine Teilevakuierung, entpuppte sich als Illusion. Dennoch wahrten die Verantwortlichen weiterhin ihr Schweigen und hielten die Täuschung der „Evakuierung“ aufrecht, obwohl mittlerweile auch etliche von ihnen im KZ ermordet worden waren. Das Hamburger Beispiel zeigt, daß die Weigerung, Transportlisten aufzustellen, kein einziges Menschenleben rettete, allerdings auch nicht zwangsläufig zu mehr Grausamkeit führte. Doch auch hier hielten sich die Verantwortlichen an das

auferlegte Schweigen und Täuschen. Was den jüdischen Repräsentanten im Herbst 1941 als Fortsetzung der bisherigen Arbeit erschien, entpuppte sich bald als „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner), für den es in der jüdischen Geschichte, wie Hilberg betont, kein Vorbild gab und zu dessen Meisterung niemand auf persönliche Erfahrungen zurückgreifen konnte.

Mit der fortgesetzten und bald schon auf immer mehr Zwang beruhenden Kooperation hatten die Repräsentanten zudem ihr moralisches Dilemma an alle untergeordneten Mitarbeiter, die Hilfskräfte in der Kartei, die Ordner in den Abholkolonnen oder die Hausmeister in den Sammellagern weitergereicht. *Sie* mußten die Beschlüsse in die Tat umsetzen, die Gefahr der eigenen Deportation immer vor Augen. Ihnen war nicht einmal das „Vorzugslager“ Theresienstadt versprochen worden.

Die Entscheidung zum Mitmachen, Schweigen und Täuschen unter Todesdrohung führte unausweichlich zu einem Dilemma: Gründlichkeit, Pflichterfüllung und Arbeitseifer der leitenden wie der untergeordneten Mitarbeiter der Reichsvereinigung, die unter ständiger Kontrolle der Gestapo standen, wirkten sich bei der Erfassung und Konzentration der Juden als lebensbedrohende Gefahr für die Mitglieder aus.

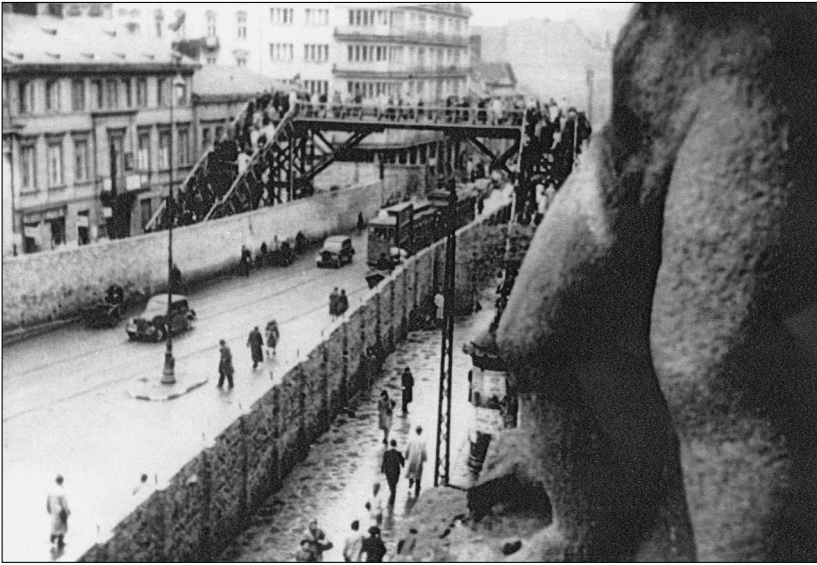
Individuelle Rettungsversuche der Mitglieder wiederum stellten eine Gefahr für die Angestellten dar, denen – sollte ihnen eine Mitschuld an der Flucht eines auf der Abholliste stehenden Juden nachgewiesen oder auch nur unterstellt werden – selbst die Deportation drohte. Im zugespitzten Konfliktfall der „Gemeinde-Aktion“ standen sich nicht mehr Mitarbeiter und Mitglieder gegenüber, sondern der Konflikt hatte das Zentrum der Reichsvereinigung selbst erreicht: Die Repräsentanten mußten dafür sorgen, daß untergeordnete Mitarbeiter aufgespürt wurden, um leitende Funktionäre zu retten, deren Deportation unter Umständen den Fortbestand der Organisation gefährdet hätte.

Noch einmal das „Ehrengericht“ der Jüdischen Gemeinde im Jahr 1947: „Das bedeutete für diejenigen jüdischen Angestellten, die dieser Aufforderung nachkommen mußten, einen schweren Konflikt zwischen ihrem jüdischen Bewußtsein und der Aufgabe, die ihnen als Arbeitsgebiet übertragen war. Es gehörte ein großes Maß an Charakterstärke dazu, diese unangenehme Doppelleistung zu vollbringen.“<sup>74</sup>

74 LAB, Rep. 20, Nr. 4860–4861, Entscheidung in der Ehrengerichtssache Martha Raphael v. 7. 5. 1947, S. 2.

Das unausweichliche Dilemma der Reichsvereinigung angesichts der Deportationen bestand darin, daß es nicht möglich war, sowohl die Vorgaben der Gestapo zu erfüllen als auch die Interessen der Mitglieder zu wahren, die Organisation zu erhalten und der jüdischen Gemeinschaft zu dienen. Vor allem aber entsprachen die Regimeziele nicht der Vorstellung, die sich die jüdischen Funktionäre von nationalsozialistischen Interessen und ihrer eigenen Rolle gemacht hatten. Und die Regimeziele erwiesen sich als unvereinbar mit dem Überlebensinteresse der Betroffenen. Die Erfüllung dieser unvereinbaren Interessen war keine Frage von Charakterstärke, sie war schlicht nicht möglich.





*Die Verbindungsbrücke zwischen dem großen und kleinen Warschauer Ghetto.*

GUNNAR S. PAULSSON

## Hilfe für Juden und jüdische Selbsthilfe in Warschau (1940–1945)\*

Meist wurde bislang angenommen, daß die Geschichte der Juden in Warschau – der größten und in vieler Hinsicht bedeutendsten jüdischen Gemeinde in Europa – während des Krieges identisch gewesen sei mit derjenigen des Warschauer Ghettos und daß sie mit dessen Zerstörung endete. Israel Gutmans klassische Untersuchung *The Jews of Warsaw* trägt bezeichnenderweise die Jahreszahlen 1939–1943, und auch fast alle anderen Studien zu diesem Zeitraum beschäftigen sich mit dem Ghetto oder dem Ghettoaufstand.

Dabei wurde übersehen, daß selbst nach der Zerstörung des Sperrbezirks im Mai 1943 eine sehr große, versteckt lebende jüdische Gemeinschaft in War-

\* Aus dem Englischen von Claudia Schoppmann

schau verblieb. Dies war zwar in der Tat nur ein Rest der enormen Ghettobevölkerung und repräsentierte eher die assimilierten Intellektuellen als die jüdische Gemeinschaft als Ganzes; doch immerhin waren es etwa 25 000 Personen, absolut gesehen also eine große Gruppe. Im vermeintlich „judenreinen“ Warschau lebten mehr Jüdinnen und Juden als beispielsweise in ganz Skandinavien. Und sie bildeten, wie ich im folgenden zeigen werde, eher eine echte Gemeinschaft als eine verstreute Ansammlung von Individuen.

Wenn über diese jüdischen Flüchtlinge überhaupt geschrieben wurde, dann im Hinblick auf polnisch-jüdische Beziehungen<sup>1</sup> oder polnische Hilfe für Juden.<sup>2</sup> Im Mittelpunkt dieser Studien stehen Polen – sei es als Zuschauer oder als Retter –, während die Juden als passive Empfänger von Hilfe erscheinen (oder aber als passive Opfer von Verfolgung).

Daß diese Juden durchaus ihre eigene Geschichte überlieferten, wurde bisher von der Forschung ignoriert. Die einzige ausführliche historische Abhandlung, die vor meiner Dissertation<sup>3</sup> zu diesem Thema erschien, stammt von Michał Borwicz, aber sein Buch, *Arishe Papirn*, ist auf Jiddisch geschrieben und längst vergriffen. Und nur zu einem kleinen Teil geht es darin um Warschau (Borwicz stammte aus Krakau). Aber selbst dieser kurze Abschnitt wurde in der französischen Kurzfassung seines Buches, *Les Vies Interdites* (Die verbotenen Leben), weggelassen.<sup>4</sup> Auch standen Borwicz, der im ersten Nachkriegsjahrzehnt schrieb, nur begrenzt Quellen zur Verfügung. So konnte er natürlich nicht die Vielzahl von Erinnerungen, die in den letzten Jahren erschienen, berücksichtigen, und er hatte auch keinen Zugang zu der wichtigsten Quelle für diese Thematik, dem Berman-Archiv, auf das ich gleich näher eingehen werde.

Welche der Erinnerungen man auch immer liest – es gibt mindestens 60 umfangreiche Veröffentlichungen und Hunderte von kürzeren Berichten, und

1 Emanuel Ringelblum, *Polish-Jewish Relations during the Second World War*, hrsg. v. Joseph Kermish/Shmuel Krakowski, New York 1976.

2 Teresa Prekerowa, *Konspiracyjna Rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942–1945*, Warschau 1982; Władisław Bartoszewski/Zofia Lewin, *Righteous Among the Nations: How Poles Helped the Jews 1939–1945*, London 1969.

3 Gunnar S. Paulsson, *Hiding in Warsaw: The Jews on the „Aryan Side“ in the Polish Capital, 1940–1945*, Diss. phil., Oxford 1998.

4 Michał Borwicz, *Arishe Papirn*, Buenos Aires 1955 (*Les Vies Interdites*, Tournai 1968).

fortlaufend werden weitere publiziert: Deutlich wird, daß es aktiver Anstrengungen bedurfte, um aus dem Ghetto zu fliehen (oder sich zu entscheiden, nicht dorthin zu ziehen). Aktiver Anstrengungen bedurfte es auch, um Hilfe zu ersuchen und Vorkehrungen zu treffen, und fortgesetzte Bemühungen waren vonnöten, um ständig neue Quartiere zu finden, neue Papiere zu organisieren, Erpressern und der Polizei aus dem Weg zu gehen und mit den tausend Schwierigkeiten einer Untergrundexistenz fertig zu werden. Diejenigen Jüdinnen und Juden, die sich zu keiner Zeit im Ghetto aufhielten, mußten sich vier Jahre oder länger verstecken, die anderen mindestens 16 Monate. Die Anstrengung, ja der Heldenmut, die nötig waren, um diese Prüfung zu überstehen, kann man nur dann ermessen, wenn man die hinterlassenen Zeugnisse liest – und wenn man mit Überlebenden spricht, von denen selbst heute noch etliche leben.<sup>5</sup>

So wie *Oneg Shabbat* die wichtigste Quelle für das Warschauer Ghetto darstellt, ist das bereits erwähnte Berman-Archiv von grundlegender Bedeutung für die hier behandelte Thematik. Dieses Archiv enthält die Dokumente des Jüdischen Nationalkommittees (JNC), dessen Vorsitzender Dr. Adolf Berman war und das versteckten Juden beistand. Ein unlängst von mir in der Zeitschrift *Polin* erschienener Artikel<sup>6</sup> zu diesem Thema wurde vom Herausgeber als Untersuchung über die polnische Organisation „Żegota“, den Rat für Judenhilfe angekündigt. Ich befürchte, daß der Herausgeber meine Absicht falsch verstand oder vielleicht auf eine bekannte Kategorie zurückgriff, um die Sache kurz zu charakterisieren, denn die „Żegota“ wurde in zahlreichen polnischen Studien behandelt und ist praktisch gleichbedeutend mit organisierter Hilfe für Juden in Polen. Mein Artikel hat allerdings gar nichts mit der „Żegota“ zu tun. Sofern es darin überhaupt um institutionelle Hilfe geht, behandle ich die jüdische Selbsthilfe, insbesondere das JNC (darüber hinaus engagierten sich auch die jüdische sozialistische Partei „Bund“ und einige kleinere Vereinigungen). Die jüdischen Organisationen kooperierten zwar mit der „Żegota“, lei-

5 Siehe z. B. die Trilogie von Barbara Engelking, *Na łące popiołów, Zagłada i pamięć*, sowie *Czas przestał dla mnie istnieć* (basiert auf Interviews mit Überlebenden, von denen die meisten heute noch in Warschau leben). Eine von mir herausgegebene englische Übersetzung von *Zagłada i pamięć* erschien unter dem Titel *Holocaust and Memory*, London 2001.

6 Gunnar S. Paulsson, *The Demography of Jews in Hiding in Warsaw, 1940–1945*, in: *Polin* 13 (2000), S. 78–103.

steten aber auch eigenständige Hilfe, und zwar in größerem Umfang als jene. (Das JNC betreute etwa 5000 untergetauchte Juden, die „Żegota“ rund 3000. Aber um den Polen gegenüber nicht ungerecht zu sein: Die jüdischen Organisationen waren stark auf polnische Freiwillige an der Basis angewiesen, da nur eine begrenzte Anzahl jüdischer Aktivisten sich auf der „arischen“ Seite frei bewegen konnten.)

Jedenfalls habe ich die überlieferten Dokumente dieser Vereinigungen zum Großteil als Quelle über versteckte Juden benutzt, und auf ihnen basieren meine Schlußfolgerungen bezüglich der Bevölkerungsstruktur und der Zahlen, insbesondere der Überlebenden. Außerdem behandle ich die Struktur und Arbeitsweise der Hilfsorganisationen, vor allem deshalb, weil deren Kenntnis für die Interpretation der Quellen notwendig ist.

Es ist mir an dieser Stelle nicht möglich, ausführlicher darauf einzugehen, und ich verweise deshalb auf meine veröffentlichten Arbeiten und auf das auf meiner Dissertation basierende Buch,<sup>7</sup> das 2002 erscheint. Auf die dort gemachten Schlußfolgerungen werde ich mich im folgenden kursorisch beziehen.

### Organisierte Hilfe und Selbsthilfe

Hervorzuheben ist, daß organisierte Hilfe – ob nun von polnischer oder von jüdischer Seite – nur eine relativ geringe Rolle spielte, denn die Hilfsorganisationen bildeten sich erst relativ spät, d.h. nicht vor September 1942, und waren immer noch sehr klein, als die meisten Juden bereits untergetaucht waren. Die massenhafte Flucht von Verfolgten aus dem Warschauer Ghetto – vor allem zwischen September 1942 und Mai 1943 – fand also im wesentlichen ohne die aktive Beteiligung irgendeiner Organisation statt.

Die Hilfsorganisationen vergrößerten ihren Radius nur schrittweise und erreichten den Höhepunkt ihrer Aktivitäten erst im Sommer 1944, kurz vor Beginn des Warschauer Aufstandes. Aber selbst dann kam ihre Hilfe nur einem kleinen Teil der versteckt lebenden Jüdinnen und Juden zugute. Gutman zufolge wird nur in 5 % aller Zeitzeugenberichte eine solche Hilfe erwähnt, und weniger als ein Viertel derer, die zur fraglichen Zeit untergetaucht waren, standen

7 Gunnar S. Paulsson, *Secret City: The Hidden Jews of Warsaw, 1940–1945*, London 2002.

auf den Empfängerlisten der Hilfsorganisationen.<sup>8</sup> Etwa 4500 Namen finden sich auf diesen Listen, woraus man schließen kann, daß zu diesem späten Zeitpunkt etwa 17 000 Juden versteckt lebten – der Rest einer ursprünglich sehr viel größeren Gruppe. Meiner Schätzung zufolge lebten etwa 27 000 Juden zeitweise im „arischen“ Warschau, und während der Spitzenzeit, im Mai 1943, waren es etwa 25 000.

Eine Gruppe von etwa 2000 rassistisch Verfolgten, die bei der Errichtung des Ghettos im November 1940 außerhalb geblieben waren, bildeten den Kern dieser wachsenden Gemeinschaft. Viele von ihnen waren nur durch die Nürnberger Gesetze<sup>9</sup> zu Juden erklärt worden, und alle waren stark assimiliert. Die meisten hatten Familien, zumindest aber Freunde und Arbeitskollegen auf beiden Seiten der Ghettomauern. Während der Existenz des Sperrbezirks halfen die meisten ihren dort lebenden Familien so viel sie nur konnten, indem sie sie etwa besuchten (illegal oder mit Passierschein) und ihnen Lebensmittel, Medikamente etc. brachten. Eine kleine Gruppe von Polen, vielleicht ein paar Hundert, hielt auf dieselbe Weise den Kontakt zu jüdischen Freunden und Familienmitgliedern im Ghetto aufrecht.

Trotz dieser Kontakte flohen nur sehr wenige Jüdinnen und Juden vor Beginn der Deportationen im Sommer 1942 aus dem Sperrbezirk. Auf die Frage, warum das so war, wäre zu antworten, daß das Ghetto bis zum 22. Juli, als die Deportationen begannen, wirtschaftliche Probleme hatte, für die man vor allem wirtschaftliche Lösungen suchte; erst danach wurde die lebensbedrohliche Situation von vielen erkannt. Oder anders gesagt: diejenigen Juden, die eine Flucht aus dem Ghetto vor Juli 1942 überhaupt in Betracht ziehen konnten, hatten auch die Mittel, um dort zu überleben, während die Juden, die im Ghetto

8 Die Listen des JNC befinden sich im Berman-Archiv, Archion Beit Lohamei Hagetaot, Israel, Nr. 30I–358; die Listen des „Bund“ im Archiwum Akt Nowych, Warschau, 30/III Bd. 5; eine fragmentarische Liste der „Żegota“-Empfänger wurde vor einigen Jahren von Teresa Prekerowa veröffentlicht: *Konspiracyjna Rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942–1945*, S. 416–436 (ursprünglich veröffentlicht in: Prekerowa, „Komórka ‚Felicji‘“, in: *Rocznik Warszawski* 15 (1979).

9 Die Nürnberger Gesetze wurden im Generalgouvernement durch Hans Frank am 24. 7. 1940 erlassen. Die „rassischen“ Kriterien waren weiter gefaßt als in Deutschland: nicht nur galten alle „Mischlinge 1. Grades“ als Juden, sondern auch die nichtjüdischen Ehepartner. Siehe Tomasz Szarota, *Okupowanej Warszawy dzień powszedni Warszawa, Czytelnik* 1988, S. 45.

Hungers starben, hauptsächlich Flüchtlinge waren und Bettler, die sich an niemanden wenden konnten, weder diesseits noch jenseits der Ghettomauer.

Paradoxaerweise verhinderte also ausgerechnet das Schmuggeln – Hilfe und Selbsthilfe über die Mauern hinweg –, das den Sperrbezirk am Leben erhielt, das Entkommen und trug so dazu bei, die Zahl der untertauchenden Juden zu beschränken.

Die erste große Fluchtwelle aus dem Ghetto fand während der ersten „Aktion“ (Deportation) statt und wurde durch persönliche Beziehungen ermöglicht, wie ich sie bereits beschrieben habe. Aber selbst dann war Flucht nicht unbedingt das erste, an was die meisten Ghettobewohner dachten, denn sobald die „Aktionen“ begannen, wurde ein Entkommen sehr schwierig, da der Sperrbezirk nahezu hermetisch abgeriegelt wurde. Auch das Schmuggeln kam dadurch völlig zum Erliegen. Was eine Flucht während und nach einer „Aktion“ überhaupt noch ermöglichte, war die rasch anwachsende Zahl der Arbeitskommandos (*placówki*), die jeden Tag zu Arbeitseinsätzen auf der „arischen“ Seite ausrückten. Bis zu seiner Liquidierung erfüllte das Ghetto eine zunehmend wichtige wirtschaftliche Rolle in Warschau, da die zahlreichen Festnahmen von Polinnen und Polen für den Einsatz in Deutschland zu einem Arbeitskräftemangel führten. Auf diese Weise eröffnete gerade die wirtschaftlich gesehen irrationale Politik der Nationalsozialisten in Polen Fluchtmöglichkeiten für Juden.

Mit Hilfe der Arbeitskommandos konnte zwar ein Entkommen organisiert werden, jedoch verhinderte der Mangel an Anlaufstellen jenseits der Mauer eine Flucht während der „Aktion“ 1942. Die Zahl solcher Unterschlupfplätze nahm schließlich zu, als sich mehr und mehr Juden „etablierten“ und ihre Netzwerke auf der „arischen“ Seite ausbauen konnten. Die Möglichkeiten zur Selbsthilfe waren demnach zu Beginn der Deportationen noch gering, wuchsen aber, als mehr und mehr Juden flüchteten. Gleichzeitig wurde natürlich das Ghetto immer stärker geleert. Zur größten Fluchtwelle kam es so erst nach der „Aktion“ 1942, als die dortige Bevölkerung bereits stark dezimiert war. Nach meiner Schätzung verließen etwa 11 000 Juden das Ghetto während der „Werkstätten“-Zeit,<sup>10</sup> d. h. zwischen dem 12. September 1942 und dem Beginn des

10 Nach dem Ende der „Großaktion“ im September 1942 wurde das verkleinerte Ghetto in ein Arbeitslager mit verschiedenen Werkstätten umfunktioniert, weshalb die Bezeichnung „Werkstätten“-Zeit für diese Phase gebräuchlich wurde.

Ghettoaufstands am 19. April 1943. Etwa 2000 weitere konnten selbst nach dem Aufstand aus dem Sperrbezirk fliehen, aus Arbeitslagern entkommen oder von Deportationszügen abspringen. Insgesamt gelang mehr als einem Fünftel der 60 000 Juden, die sich nach der „Aktion“ von 1942 noch im Ghetto befanden, die Flucht – den meisten nach der zweiten Deportationsphase im Januar 1943. Die Zahl der Flüchtlinge stieg nicht gleichmäßig an – im Zeitraum zwischen den beiden Deportationen ging sie sogar zurück–, aber generell war es so, daß Juden, die bereits auf der „arischen“ Seite untergekommen waren, sich um ihre Verwandten, Freunde und Kollegen kümmerten, während diejenigen, die sich noch im Ghetto befanden, Kontakt mit polnischen Freunden aufzunehmen versuchten. Auf diese Weise entstand ein sich vergrößerndes Netzwerk aus untergetauchten Juden und Polen, die ihnen halfen. Während der folgenden zwei Jahre, in denen die Verfolgten im Untergrund zu überleben versuchten, wurden diese Netzwerke erweitert und auf die Probe gestellt.

### Untergrund-Gemeinschaft

Ich habe die im Untergrund lebenden Jüdinnen und Juden als Gemeinschaft bezeichnet, obwohl man von den meisten Zeugnissen den Eindruck gewinnt, daß Juden versteckt lebten, ohne viel Kontakt untereinander gehabt zu haben. Ich konnte jedoch nachweisen, daß es gerade diese Netzwerke waren, die Juden die Flucht ermöglichten. In meiner Doktorarbeit zeigte ich anhand einer Fallstudie, daß diese Verbindungen sich verflochten und schließlich in ein komplexes Netzwerk mündeten, das in jeden Winkel der polnischen Gesellschaft reichte. Wenn man in der Stadt lebt, kennt man zwar immer nur einen kleinen Teil der anderen Bewohner, aber andererseits ist es unmöglich, völlig als Einsiedler zu leben. Die städtische Bevölkerung lebt auf solch engem Raum miteinander und ist in so vieler Hinsicht abhängig voneinander, daß ein kleiner Freundeskreis nicht alle Bedürfnisse befriedigen und völlig isoliert bleiben kann. Für eine einzelne Gruppe ist es wohl unmöglich, mit andern nicht in Kontakt zu treten, wenn sie einen solch bedeutenden Bevölkerungsanteil darstellt. Darüber hinaus waren versteckte Juden durch die Hilfsorganisationen vernetzt, so daß sie eine Gemeinschaft mit „kommunalen Institutionen“ bildeten. Auch wenn die Hilfsnetze nicht die Mehrheit der Untergetauchten unmittel-

bar erreichten, stellten sie doch eine gemeinsame Verbindung zwischen vielen dar. Zu diesen Netzwerken zähle ich nicht nur die versteckt lebenden Juden, sondern auch die Nichtjuden, die ihnen halfen; man könnte selbst die Kriminellen dazu zählen, die Erpresser oder *szmalcowniks*. Fast in jedem Bericht werden eine oder mehrere Begegnungen mit *szmalcowniks* erwähnt, was allein schon zeigt, daß die Verfolgten nicht so isoliert waren, wie sie selbst dachten.

Die Tatsache, daß dies eine geheime (also nach innen orientierte) Gemeinschaft war, stellte ebenfalls zahlreiche Querverbindungen her.

Daß diese Gruppe von Juden Züge einer Gemeinschaft trug, kann auch daran aufgezeigt werden, daß eine gemeinsame Sprache und Kultur entstanden. Alle im Untergrund Lebenden wußten, was *szmalcownik* oder *melina* (Versteck) bedeutete, jeder wußte, was gemeint war, wenn ein Versteck „verbrannt“ war usw. Der vielleicht beste Beweis dafür war die große Zahl an Freiwilligen für den „Hotel Polski“-Plan (dies war eine von der Gestapo gestellte Falle, die fast 4000 Juden mit dem Versprechen in den Tod lockte, daß sie ausländische Pässe erhalten und mit deutschen Gefangenen im Ausland ausgetauscht würden).<sup>11</sup> Die Tatsache, daß ungefähr ein Sechstel der Jüdinnen und Juden, die im Sommer 1943 versteckt lebten, sich dafür meldeten, bedeutet, daß die meisten Untergetauchten davon gehört haben mußten. Der Verfasser eines Berichts hörte es von einem *szmalcownik*, einem Kriminellen, und doch war auch dieser ein Glied in der Kette.

Nach meinen Schätzungen stellten etwa 70 000 Warschauerinnen und Warschauer Verstecke zur Verfügung oder waren an anderen bedeutsamen Formen der Hilfe für Juden beteiligt. Ringelblums Schätzung belief sich auf 40–60 000, aber er hatte die Zahl der untergetauchten Juden erheblich unterschätzt. Geht man von einer Anzahl von 70 000 aus und addiert die 27 000 versteckten Juden und etwa 3000 *szmalcowniks* und Polizisten als „kriminelle Elemente“, dann waren 100 000 Personen – 10 % der damaligen Warschauer Bevölkerung – Teil dieser Gemeinschaft, d.h. entweder versteckte Juden oder Polen, die in irgendeiner Form Hilfe leisteten. Diese Gemeinschaft hatte also das Ausmaß einer Stadt, und zwar keiner kleinen. (Deshalb trägt mein demnächst erscheinendes Buch den Titel *Secret City*, Die geheime Stadt).

<sup>11</sup> Siehe Nathan Eck, *The Rescue of Jews with the Aid of Passports and Citizenship Papers of Latin American States*, in: *Yad Vashem Studies I* (1957), S. 125–152; Abraham Shulman, *The Case of the Hotel Polski*, New York 1982.



## Deutsche Helfer

Da es im vorliegenden Buch um Rettungsbemühungen in Deutschland geht, möchte ich nun etwas über Hilfe für Juden, die von Deutschen in Warschau geleistet wurde, hinzufügen.

Im November 1943 befanden sich etwa 28 000 Deutsche in Warschau – Beamte, Geschäftsleute und ihre Familien, Volksdeutsche und Reichsdeutsche. Hinzu kamen 50 000 Angehörige der Besatzungstruppen, die in Baracken und isoliert von der restlichen Bevölkerung lebten.<sup>12</sup> Abgesehen von einer kleinen Gruppe, die schon vor dem Krieg in Warschau lebte, bildeten die in der polnischen Hauptstadt anwesenden Deutschen eine feindliche Besatzungsmacht, die den Juden in erster Linie als Verfolger gegenüber standen. Die wenigen ehrenwerten Ausnahmen von der Regel verdienen unsere Aufmerksamkeit, und sei es nur um zu zeigen, was erreicht werden konnte, wenn sich die Gelegenheit dazu bot und der Wille vorhanden war.

Diejenigen, die in illegalen Handel mit dem Ghetto verwickelt waren – Polizisten eingeschlossen –, spielten eine Hauptrolle beim Arrangieren von Fluchtmöglichkeiten. Das Schmuggeln von Menschen (und Waffen) über die Ghettomauern hinweg war nur eine erweiterte Form dieses Handels. Jedes der Eingangstore zum Warschauer Sperrbezirk wurde von drei Polizisten – einem jüdischen, einem polnischen und einem deutschen – bewacht, und für den illegalen Verkehr über die Ghettomauer bedurfte es der Zusammenarbeit von allen dreien. Der polnische Polizist war gewöhnlich stets einem Schmiergeld nicht abgeneigt, aber bei dem deutschen Polizisten mußte man Vorsicht walten lassen. Von einem der jüdischen Polizisten, Szapse Rotholc, stammt folgende Schilderung:

„Wenn man spürte, daß ein neuer Gendarm mit einem jüdischen Polizisten reden würde, wenn er einen neben sich stehen ließ, dann hieß das, daß er einer Bestechung nicht abgeneigt war. Es gab verschiedene Arten von Gendarmen. Sie kamen aus unterschiedlichen Gegenden. Wenn es ein Österreicher war, würde er von selbst seine Hilfe beim Schmuggeln anbieten. Am schlimmsten waren die Gendarmen aus Deutschland. Wir redeten oft mit den Polizisten über Politik. Manchmal kam es vor, daß ein Polizist seinem Mitleid Ausdruck

<sup>12</sup> Szarota, Okupowanej Warszawy.

verlieh. 1942–43 [während der Deportationen] sagte man häufig zu einem dieser Polizisten: ‚Was nutzt deine Anteilnahme? Wenn du das nächste Mal Dienst tust, werde ich tot sein.‘ Ein solcher Polizist würde sich freuen, dich beim nächsten Mal lebend zu sehen. Wenn du ihn fragtest, ‚Wo sind eure sieben Millionen deutsche Kommunisten?‘, würde so ein Polizist vielleicht sagen: ‚Du weißt ja nicht, was unter meiner Uniform vorgeht‘. So ein Gendarm würde kein Geld für seine Hilfe beim Schmuggeln nehmen. Diese Art der Unterhaltung konnte in der späteren Phase [der Existenz des Ghettos] stattfinden.

Meistens öffneten sich solche Gendarmen und freundeten sich mit den jüdischen Polizisten bei Gesprächen über die Familie an. Wenn man sie auf dieses Thema bringen konnte, hatte man es leicht mit ihnen. Einige erzählten dann von Briefen, die sie von ihren Familien erhalten hatten, in denen man sie vom Tod ihrer nächsten Angehörigen unterrichtete. In so einem Moment würde der Polizist jedes Interesse verlieren und sagen: ‚Es ist schon alles Scheiße, mach, was du willst.‘<sup>13</sup>

Dies ist ein recht außergewöhnliches Zeugnis: hier, auf dem Höhepunkt des Holocaust, scheinen sich Opfer und Täter ganz gewöhnlich und menschlich miteinander zu unterhalten. Ein anderes derartiges Zeugnis ist mir nicht bekannt. Diese deutschen Polizisten waren Mitglieder der Ordnungspolizei, oder gehörten, mit andern Worten, zu Christopher Brownings „ganz normalen Männern“ oder Daniel Goldhagens „ganz gewöhnlichen Deutschen“, hier in ihrem freundlicheren Potential gesehen. Ohne die Bereitschaft einiger dieser Männer, Hilfe zu leisten, ob nun für Geld oder nicht, hätte das Ghetto nicht so lange überleben und hätten nicht so viele Menschen entkommen können.

Selbst in der SS gab es einige wenige Anständige. Stefan Chaskielewicz berichtet, daß seine Eltern von einem Mitglied des Einsatzkommandos Reinhardt, der für Geld handelte, aus dem Ghetto herausgeführt wurden; er behandelte sie höflich und wünschte ihnen Glück.<sup>14</sup> War das nun ein anständiger Mann in einer SS-Uniform, oder beruhigte er sein Gewissen, während er ein wenig Geld verdiente? Man müßte mehr über ihn wissen, aber wir kennen nicht einmal seinen Namen. Weniger zweifelhaft verhielt es sich bei einem SS-Mann namens Schmedke, einem Aufseher eines Arbeitskommandos außer-

13 Bericht von Szpase Rotholc, Archiwum Żydowski Instytut Historyczny (AŻIH), Warschau, 301/4659.

14 Stefan Chaskielewicz, *Ukrywałem się w Warszawie*, Krakau 1988, S. 27.

halb des Ghettos, der Juden entkommen ließ und sogar dabei half, einige „seiner“ Juden vom Umschlagplatz zu retten.<sup>15</sup> Selbstverständlich waren dies vereinzelt Ausnahmen, aber sie verdeutlichen, was möglich war.

Die Anzahl der Deutschen in Uniform, die Juden halfen, war zweifelsohne gering, aber sie spielten eine entscheidende Rolle. Zahlen allein erzählen keine Geschichte: Wir müssen bedenken, daß diejenigen, die den Juden den größten Schaden zufügen konnten, auch die meisten Möglichkeiten hatten, ihnen zu helfen.

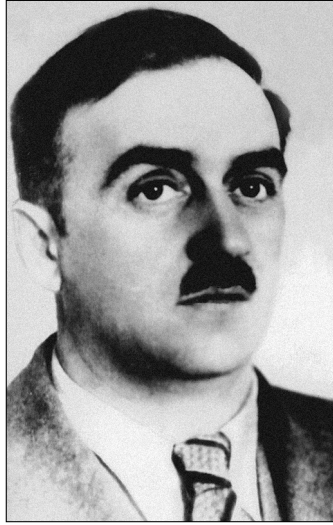
Gelegentlich werden in den Erinnerungsberichten auch deutsche Zivilisten erwähnt, die Juden halfen; einer von ihnen, ein gewisser Erich Horst, ein Parteigenosse, scheint einem homosexuellen Untergrundnetzwerk angehört zu haben, das sehr stark an Hilfe für Juden beteiligt war.<sup>16</sup> Selbst Zivilisten – und das bekannteste Beispiel ist natürlich Oskar Schindler – hatten als Reichsdeutsche Privilegien, die der polnischen Bevölkerung verweigert wurden, und konnten deshalb in überdurchschnittlicher Weise helfen oder Schaden zufügen.

Hilfe und Selbsthilfe waren selbstverständlich nicht das bestimmende Phänomen im besetzten Warschau: Schließlich durchliefen 490 000 Jüdinnen und Juden das Warschauer Ghetto, und 480 000 von ihnen wurden ermordet. Selbst von den Untergetauchten überlebten nicht viele: Etwa 3500 tappten in die „Hotel Polski“-Falle, 5000 starben während des Warschauer Aufstandes 1944, und 6500 wurden verraten oder schlicht geschnappt. Es muß deshalb immer bedacht werden, daß die Leitmotive Flucht und Verstecken, Hilfe und Selbsthilfe nur eine Gegenstimme in einer komplexen und tragischen Fuge bilden. Aber es sind Leitmotive, denen zuzuhören sich lohnt, weil sie höchst faszinierend sind und unverzichtbare moralische Werte vermitteln.

15 Eugenia Szajn-Lewin, *W getcie warszawskim: lipiec 1942 – kwiecień 1943*, Poznań 1989, S. 50 f.

16 Bericht von Stefan Chmielewski, *AŻIH*, 301/5815, S. 12.





*Anton Schmid*

---

PETER STEINKAMP

## Wehrmachtangehörige als Retter von Juden

Der ausgebrannte Wehrmacht-LKW, der im Frühjahr 1943 am Ufer eines weißrussischen Flusses gefunden worden war, hatte nur noch Schrottwert. Die deutschen Behörden bezifferten den Sachschaden auf mehrere tausend Reichsmark. Verantwortlich dafür: der Wehrmachthauptmann Willi Schulz aus Dresden, zuletzt bei einer Dienststelle in Minsk eingesetzt. Jetzt wurde nach ihm gefahndet, er galt als fahnenflüchtig. Was die Verfolger wohl nur ahnten: Schulz war nicht alleine zu den Partisanen übergelaufen. Im Wagen waren auch 25 Flüchtlinge aus dem Ghetto Minsk gewesen, darunter Schulz' jüdische Geliebte Ilse Stein und deren Schwestern, die er so alle vor dem wohl sicheren Tod bewahrt hatte. Leider ging diese Liebesgeschichte nicht glücklich aus: Nachdem Ilse Stein schwanger geworden war, wurden sie und Schulz nach Moskau gebracht; wahrscheinlich auch deshalb, weil die sowjetischen Behörden sich

vom Überläufer Schulz eine Mitarbeit im neu gegründeten Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und dessen Bund Deutscher Offiziere<sup>1</sup> erhofften. Auf seinem Weg durch die Kriegsgefangenenlager infizierte sich Willi Schulz mit einer tödlichen Krankheit. Ilse Stein hat den Vater ihres Kindes nie mehr wiedergesehen; erst durch die Recherchen des Frankfurter Journalisten Johannes Winter in den neunziger Jahren erfuhr sie vom Tode Willi Schulz’.

Dieser Fall und ähnliche Geschehnisse sind in einem von dem Freiburger Militärhistoriker Wolfram Wette herausgegebenen Sammelband beschrieben.<sup>2</sup> Es werden darin bislang weitgehend unbekannte Fälle konkreten Handelns von Wehrmachtangehörigen vorgestellt, die sich – oft auf sich alleine gestellt – dem Vernichtungsprogramm des Nationalsozialismus entgegenstimmten. Häufig konnten diese Wehrmachtangehörigen nur einzelnen Verfolgten helfen, selten – wie im Fall des mittlerweile zu einiger Berühmtheit gelangten Feldwebels Anton Schmid,<sup>3</sup> über den noch zu berichten sein wird – bis zu mehreren hundert. Noch dazu war die Hilfe nicht immer von dauerhaftem Erfolg, zahlreiche zunächst in Sicherheit gebrachte Verfolgte gerieten im weiteren Kriegsverlauf dann doch wieder unter die Räder der NS-Vernichtungsmaschinerie. Auch sind nicht in allen Fällen des Rettens und Helfens von Wehrmachtsoldaten, die im Rahmen des Forschungsprojektes und des daraus zunächst hervorgehenden ersten Sammelbandes untersucht werden, Juden die – vorläufig – Geretteten. So hat etwa Manfred Messerschmidt, Begründer der hiesigen kritischen Militärgeschichtsschreibung, über Oberst Karl v. Bothmer publiziert, der kriegsvölkerrechtlich argumentierend Geislerschießungen an kommunistischen Funktionären auf dem Balkan zu verhindern suchte. Hermine Wüllner berichtet über den Leutnant Reinhold Lofy, der seine an der Front stehenden Untergebenen zu Ungehorsam und Meuterei angesichts der verbrei-

- 1 Zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) und zum Bund Deutscher Offiziere (BDO) vgl. Bodo Scheurig, Verräter oder Patrioten: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, Berlin/Frankfurt a. M. 1993 (zuerst unter dem Titel: Freies Deutschland, 1960); Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt a. M. 1995.
- 2 Wolfram Wette (Hrsg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 2002. Dort finden sich als Beiträge auch die einzelnen hier erwähnten Fälle.
- 3 Beitrag von Arno Lustiger, in: Wette (Hrsg.), Handlungsspielräume.

cherischen deutschen Kriegsführung in der Sowjetunion aufforderte und selbst befohlene Einsätze verweigerte, bei denen seine Soldaten „verheizt“ worden wären. Dafür in eine Strafeinheit versetzt, überlebte er den Krieg nur schwerstverwundet. Über einen homosexuellen Feldwebel, Erich Heym, der gemeinsam mit seinem polnischen Geliebten, einem ehemaligen Kriegsgefangenen, belgische und polnische Kriegsgefangene unterstützte, was er schließlich noch im Februar 1945 mit dem Leben bezahlen mußte, berichtet der Verfasser.

### Das Forschungsprojekt „Helfer und Retter in der Wehrmacht“

Dieser breitere thematische Ansatz hat seine Gründe in der Genese des Forschungsprojektes. Im Anschluß an ein Projekt der historischen Friedensforschung über pazifistische Offiziere in Kaiserreich und Weimarer Republik<sup>4</sup> wurde die Frage gestellt, ob es diese „Weißen Raben“ denn auch bei der Wehrmacht gegeben haben könnte. So begann schließlich, finanziert durch eine kleine unabhängige Stiftung, „die Schwelle“ in Ottersberg bei Bremen, die Suche nach solchen Offizieren. Indes stellte sich – eigentlich keine allzu große Überraschung – rasch heraus, daß es offen pazifistisch agierende Offiziere in der Wehrmacht wohl nicht gab. In den einschlägigen Akten militärischer Provenienz jedenfalls hat sich ihr Handeln nicht niedergeschlagen. Wie so häufig, galt auch hier: Was nicht in den Akten steht, existiert nicht. Allerdings fanden sich Hinweise, oft nur verwischte Spuren, die darauf hindeuten, daß einzelne Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht eindeutig gegen die Maßnahmen der verbrecherischen Kriegsführung und die nationalsozialistischen Mordplanungen handelten. So wandte sich das Forschungsinteresse den „Helfern und Rettern in der Wehrmacht“ zu. Es wurden daher weiterhin Akten der einschlägigen deutschen Archive durchgesehen, und auch Erlebnisberichte von Überlebenden des Holocaust erwiesen sich häufig als Fundorte für Namen von deutschen Soldaten, die für unsere Fragestellung in Betracht kamen. Viele dieser Spuren verloren sich aber wieder im Dunkel der Geschichte und der Kriegswirren, zu einigen jedoch ließen sich weitere biographische Bruchstücke

4 Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933, Bremen 1999.

finden. Doch nur allzu selten hatten Hilfs- und Rettungstaten einzelner ihren Niederschlag in den offiziellen Schriftstücken der Militärs gefunden. Fast nur dann, wenn Taten oder Unterlassungen einzelner militärgerichtlich geahndet wurden, findet sich eine Überlieferung des Geschehens. Diese Überlieferungen sind zudem oft gefärbt durch das Straf- und Verfolgungsbedürfnis der urteilenden Stellen. Auch endeten die überlieferten Episoden häufig mit dem gewaltsamen Tod der Betroffenen. Im März 2000 sichteten zwei Forscher der Projektgruppe, Dirk Heinrichs und Wolfram Wette, das Archiv der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und suchten nach Unterlagen über „Judenretter“ unter den Wehrmachtangehörigen. In Yad Vashem werden Personen, die von der Vernichtung durch den Nationalsozialismus bedrohten Juden selbstlos beistanden, als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. Wenig später sah man sich vor ein unerwartetes, positives öffentliches Interesse gestellt. Im Mai des Jahres 2000 benannte der Bundesminister für Verteidigung, Rudolf Scharping, eine Bundeswehrkaserne im schleswig-holsteinischen Rendsburg nach dem Wehrmachtfeldwebel Anton Schmid aus Wien um. Schmid hatte 1941/42 Hunderte von bedrohten Jüdinnen und Juden aus dem Ghetto des litauischen Wilna gerettet und war deshalb im April 1942 hingerichtet worden. Kurz nach dieser Kasernenumbenennung wurde mit Heinz Drossel ein weiterer, heute im Südschwarzwald lebender ehemaliger Oberleutnant der Wehrmacht durch Yad Vashem geehrt. Heinz Drossel hatte Anfang 1945, als er seine Eltern auf Genesungsurlaub bei Berlin besuchte, deren Nachbarn, die sich den Drossels als untergetauchte Juden offenbarten, in ein sichereres Versteck, seine eigene Berliner Wohnung, gebracht. Außerdem händigte er der vierköpfigen Gruppe zu ihrer Selbstverteidigung Schußwaffen aus und unterwies sie in deren Gebrauch. Mindestens letzteres hätte für Heinz Drossel im Falle einer Entdeckung und Anklageerhebung mit großer Wahrscheinlichkeit ein Todesurteil nach sich gezogen.<sup>5</sup>

Die von mir durchgeführten Vorrecherchen zum Forschungsprojekt „Retter und Helfer in der Wehrmacht“ ergaben rund tausend Namen von Offizieren und Unteroffizieren der Wehrmacht, die möglicherweise als Retter und Helfer in Betracht kommen, da sie entsprechend gehandelt bzw. verbrecherische Handlungen wie Exekutionen verweigert haben. Es ist allerdings zu

5 Beitrag von Wolfram Wette, in: ders. (Hrsg.), Handlungsspielräume.



vermuten, daß sich bei weiterer, meist aufwendiger Recherche unter diesen Namen wohl nur eine geringe Anzahl (wohl im unteren dreistelligen Bereich) als tatsächliche Retter und Helfer herausstellen dürfte. Zu einer Vielzahl der zusammengetragenen Namen werden sich wohl kaum weitere Informationen finden lassen; zahlreiche dieser Schicksale müssen als nicht mehr rekonstruierbar gelten. Auch ist nicht auszuschließen, daß sich darunter der eine oder andere verurteilte Exzeßtäter, Mörder oder Vergewaltiger finden könnte. Auch Delikte wie Unterschlagung, Betrug u. ä. können als Hintergrund einer Anklage nicht immer ausgeschlossen werden.

Insgesamt verfolgt das Projekt „Retter und Helfer in der Wehrmacht“ einen biographischen und narrativen Ansatz. Das hat nicht zuletzt auch praktische Gründe. Angesichts der wohl nur geringen Anzahl von Helfern und Rettern in der Wehrmacht, angesichts der schieren Zahl von rund 19 Millionen Männern und etwa 500 000 Frauen, die in der Wehrmacht Dienst taten (die Frauen vor allem als sogenannte Wehrmachthelferinnen), und schließlich angesichts der oben skizzierten, letztlich nur als enttäuschend unbefriedigend zu bezeichnenden Quellenlage und des selbst in der historischen Forschung unüblich hohen Rechercheaufwandes, den die Untersuchung jedes Einzelfalles in der Regel erfordert, wäre ein systematisches Vorgehen, das empirische Forschungsergebnisse in Form von Tabellen und Statistiken ermöglicht, schlicht nicht zu leisten. Vielmehr soll daher dargestellt werden, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise Wehrmachtangehörige im Einzelfall handelten bzw. verbrecherische Handlungen unterließen. Dies soll um biographische Angaben wie soziale Herkunft, weltanschauliche Prägung oder mögliche Schlüsselerlebnisse ergänzt werden. Im Idealfall können die so gewonnenen biographischen Skizzen auch Angaben über den Umgang des Retters und seiner Umgebung nach Ende des Krieges mit dem außergewöhnlichen Verhalten in dieser Zeit enthalten, falls der Betreffende überhaupt überlebte.

Im folgenden soll versucht werden, einige allgemeinere, zusammenfassende Bemerkungen über Retter und Helfer in Uniform zu machen. Ein „Täterprofil“ allerdings kann hier nicht geboten werden. Der untersuchte Personenkreis beschränkt sich zudem aus methodischen Gründen auf Offiziere und Unteroffiziere, eine Gruppe innerhalb der Wehrmacht, der nicht von vornherein regimefeindliches Verhalten unterstellt werden kann. Kurz gesagt: Wer lediglich als widerwillig Gezogener die Wehrmachtuniform trug, vermied es meist, dies in

einer Offiziersuniform zu tun, und er vermied es in der Regel auch, durch allzu großen Diensteyer als Gefreiter oder Obergefreiter etwa zum Unteroffizier befördert zu werden. Gewiß könnten auch hier zahlreiche Gegenbeispiele angeführt werden.<sup>6</sup>

### „Eingekleidete Zivilisten“

Zunächst einmal fällt auf, daß sich unter den Rettern und Helfern in Uniform fast nur die niedrigsten Offiziersränge finden, vor allem Leutnants, einige Hauptleute, wenige Majore und Obristen. Bei den Generalsrängen finden sich nur ganz vereinzelt Namen. Hinzu kommt, daß viele dieser Offiziere Reserveoffiziere waren, also keine Berufsmilitärs, sondern letztlich nur militärisch vorgebildete Zivilisten. Dies trifft in besonderem Maße auf die sogenannten Sonderführer<sup>7</sup> zu, Spezialisten, deren Fachwissen (etwa als Ingenieure, Dolmetscher o. ä.) zwar dringend gebraucht wurde, denen aber keine planmäßigen Offiziersstellen zugeteilt werden konnten.

Unter den Rettern und Helfern finden sich weiterhin ungleich mehr Angehörige rückwärtiger Dienststellen, Frontoffiziere sind eher die Seltenheit. Dies läßt aber nicht unbedingt Rückschlüsse auf die prinzipiell größere Bereitschaft der „Etappenhengste“ zu Hilfsaktionen zu. Eine ganze Reihe von eher praktischen Faktoren dürften hierfür verantwortlich sein. Einer der Hauptgründe könnte sein, daß es vor allem die Angehörigen rückwärtiger Einrichtungen waren, insbesondere der Versorgungs- und Reparatureinheiten im weitesten Sinne, die überhaupt Kontakt zu Juden hatten, während dies an der Front, je länger der Krieg dauerte, eher die Ausnahme war. In diesen rückwärtigen Einrichtungen, in denen jüdische Männer und Frauen teilweise noch bis 1943, vereinzelt wohl gar bis 1944 für die Wehrmacht arbeiten mußten,

6 Eines der prominentesten Beispiele ist etwa der Oberleutnant der Luftwaffe Harro Schulze-Boysen, einer der Köpfe der Roten Kapelle, der nach schweren Mißhandlungen 1933 durch SA-Männer bewußt eine Karriere in Görings Luftwaffe wählte, um möglichst effektiv Widerstand leisten zu können.

7 Ein Beispiel einer Rettung durch einen Sonderführer, Günter Krüll, in: Werner Müller (Hrsg.), Aus dem Feuer gerissen: Die Geschichte des Pjotr Ruwinowitsch Rabzewitsch aus Pinsk, Köln 2001.

konnten so durch persönliche, sich zudem meist über einen längeren Zeitraum erstreckende Kontakte zwischen Wehrmachtsoldaten und Juden Situationen entstehen, die Wehrmachtangehörige veranlaßten, die ihnen bekannten Juden vor der Deportation oder der sofortigen Ermordung zu retten. Oft fiel hier auch der unter dem Begriff der (Front-) Kameradschaft beschönigend bezeichnete Gruppendruck, ja -zwang weg, der einzelne Wehrmachtangehörige, die unter anderen Bedingungen vielleicht zu Rettern geworden wären, vom Eingreifen abhielt.<sup>8</sup>

Noch weniger genau läßt sich die Motivation der Retter und Helfer in Uniform bestimmen. Einen Erklärungsansatz bietet möglicherweise der von Wolfram Wette geprägte Begriff der Retter und Helfer als „eingekleidete Zivilisten“, die ihr Denken und Handeln vielleicht nicht ganz so stark in die bedingungslose Logik von Befehl und Gehorsam stellten wie die Berufsmilitärs, und die zudem nicht so ausschließlich in dem nicht eben judenfreundlichen Kasino- und Kasernenmilieu des kaiserlichen Heeres, der Reichswehr oder gar in Hitlers Wehrmacht sozialisiert worden waren. Möglicherweise hatte der eine oder andere in seinem Zivilleben beruflichen oder privaten Kontakt mit Juden gepflegt und war daher vielleicht bereit, auch unter Kriegsbedingungen in den Verfolgten eher den Menschen als den Untermenschen zu erblicken.

Darüber hinaus läßt sich allerdings kaum noch eine Aussage über die aus den Quellen fast nie herauslesbare Motivation der Helfer und Retter machen. Während sich unter den helfenden Unteroffizieren hin und wieder ehemalige Gewerkschafter und Sozialdemokraten, vereinzelt auch Kommunisten finden, treten unter den Offizieren noch am ehesten die Katholiken hervor. Ansonsten läßt sich über die weltanschauliche Prägung der Betroffenen bisher kaum etwas sagen. Allerdings scheint besonders in der Endphase des Krieges auch die landsmannschaftliche Zugehörigkeit eine gewisse Rolle gespielt zu haben: es sind dann wohl verstärkt Österreicher und Bayern, Elsässer und Lothringer, aber auch Männer, die sich aufgrund ihrer Herkunft und vielleicht auch angesichts der drohenden Niederlage entschlossen, sich als Polen, Tschechen oder

8 Auch für den Historiker ist es im Zeitzeugeninterview immer wieder erschütternd, wenn ehemalige Wehrmachtsoldaten sichtlich bewegt etwa von Gefangenen- oder Verwundetenerschießungen – nicht selten ohne Befehl durchgeführt – durch ihre „Kameraden“ berichten, deren Unrecht sie zwar unmittelbar erkannten, die zu verhindern sie aber damals keine Möglichkeit sahen.

Slowaken zu bezeichnen, zu Helfern und Rettern geworden. Eine andere Gruppe bilden diejenigen, die ein Schlüsselerlebnis zum Helfen veranlaßt hatte, sowie jene, die selbst durch das NS-Regime verfolgt wurden (so etwa der oben erwähnte homosexuelle Feldwebel, der, nach § 175 RStGB verurteilt, in den dreißiger Jahren im Gefängnis gesessen hatte und aus dem Staatsdienst entlassen worden war). Eine weitere Gruppe bilden sozial weniger angepaßte, fast schon „eigenbrötlerische“ Männer,<sup>9</sup> die man im positiven Sinn als Abenteurernaturen bezeichnen könnte, wie etwa das Beispiel des Retters Oskar Schindler im „zivilen“ Bereich zeigt.

Dennoch läßt sich eines festhalten: Trotz des menschlich beeindruckenden Handelns einzelner Wehrmachtangehöriger soll und kann die Wehrmacht als Institution nicht von ihrer Beteiligung an den Verbrechen des Nationalsozialismus freigesprochen werden. Vielmehr zeigt angesichts von rund 19 Millionen Männern und Frauen, die insgesamt jemals in den Diensten der Wehrmacht standen, die nur verschwindend geringe Zahl von Helfern und Rettern das gesamte moralische Dilemma dieser Institution auf.

9 Hierfür ein Beispiel ist der von Reinhold Lütgemeier-Dawin beschriebene Feldwebel der Luftwaffe Karl Laabs, in: Wette (Hrsg.), Handlungsspielräume.



Joachim Lipschitz, 1956

---

DENNIS RIFFEL

## „Unbesungene Helden“: Der Umgang mit „Rettung“ im Nachkriegsdeutschland

Im Vorwort seines 1957 erschienenen Buches *Die Unbesungenen Helden* schreibt Kurt R. Grossmann: „Dieses Buch meiner unbesungenen Helden aber erzählt von den Selbstlosen, die als die unorganisierten Implementatoren des ewigen Gesetzes der Humanität auftraten, als sie der zertretenen Kreatur – und die Juden waren in jener Periode in gerütteltem Maße die zertretene Kreatur unserer so ‚fortschrittlichen‘ Zeit – mit dem Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit und oft mit dem Risiko ihres Lebens geholfen haben.“<sup>1</sup>

1 Kurt R. Grossmann, *Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen*, Berlin 1957, S. 12.

Mit der Bezeichnung „Unbesungene Helden“ prägte Kurt Grossmann einen Begriff, der bis heute immer wieder für diejenigen Menschen gebraucht wird, die während der NS-Zeit verfolgten Jüdinnen und Juden uneigennützig und unter großer Gefahr geholfen haben.<sup>2</sup> Darüber hinaus hatte sein Buch eine weitere, sehr praktische Auswirkung: Die Jüdische Gemeinde in Westberlin unter der Leitung von Heinz Galinski entschloß sich, den „Heinrich Stahl-Preis“, den sie jährlich zum Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto an Personen verlieh, die sich um die deutsch-jüdische Verständigung verdient gemacht hatten, im Jahre 1958 nicht an eine Einzelperson zu vergeben, sondern den Geldpreis von 2000,- DM als Grundstock für einen Fonds „Unbesungene Helden“ zu benutzen.<sup>3</sup> Der damalige Westberliner Innensenator Joachim Lipschitz, der 1944 als „Halbjuden“ selbst verfolgt worden und untergetaucht war,<sup>4</sup> nahm sich der Ehrungsinitiative der Jüdischen Gemeinde an, die aus Geldmangel zu scheitern drohte. Bereits am 9. November 1958 konnten 19 Personen offiziell als „Unbesungene Helden“ mit einer Urkunde geehrt werden; diejenigen von ihnen, die als sozial bedürftig eingestuft wurden, erhielten Unterstützung.<sup>5</sup> Mit den Grundsätzen über die „Ehrung von Berliner Bürgern, die in der NS-Zeit Verfolgten uneigennützig Hilfe gewährt haben“, wurde die Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ im April 1960 durch ein Landesgesetz geregelt.<sup>6</sup>

Durch Pressemitteilungen in Berliner Zeitungen und in der New Yorker Emigrantenzeitung *Aufbau* wurde die Öffentlichkeit über die Initiative des Innensensors informiert und die Bevölkerung aufgerufen, Menschen zu nennen, die für eine solche Ehrung in Frage kämen. Die Bearbeitung der bald in großer Zahl eintreffenden Anträge übernahm das dem Innensenator unterstellte Landesentschädigungsamt. Dort wurde geprüft, ob die in den Anträgen geschil-

- 2 In der neueren Literatur wird anstatt „Unbesungene Helden“ auch häufig die Bezeichnung „Stille Helden“ gebraucht. Vgl. etwa: Inge Deutschkron, *Sie blieben im Schatten. Ein Denkmal für „stille Helden“*, Berlin 1996, und Eric Silver, *Sie waren stille Helden. Frauen und Männer, die Juden vor den Nazis retteten*, München/Wien 1994.
- 3 Landesarchiv Berlin (LAB), Handakten Lipschitz, Rep. 004, Acc. 2140, Nr. 168.
- 4 LAB, Nachlaß Lipschitz, E Rep. 200-32, Acc. 2843, Nr. 4.
- 5 Kurt R. Grossmann, *Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen*, 2., ergänzte Aufl. Berlin 1961, S. 27.
- 6 Ehrung von Berliner Bürgern, die in der NS-Zeit Verfolgten uneigennützig Hilfe gewährt haben, in: *Amtsblatt für Berlin* 41 (1960), S. 958 f.

derten Fälle den für die Ehrung festgelegten Kriterien entsprachen. Geehrt werden konnten nur Berlinerinnen und Berliner, die NS-Verfolgten uneigennützig und in „nicht unerheblichem Maße“ Hilfe gewährt hatten und zur Zeit der Antragstellung und darüber hinaus in Westberlin wohnten. Eine Reihe von Ausschließungsgründen wie z. B. Straffälligkeit oder Falschangaben während des Prüfungsverfahrens ergänzten die Kriterien. Die Ehrungen erfolgten öffentlich, meistens in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde in deren Gemeindehaus in der Fasanenstraße, und fanden als Gedenkveranstaltungen statt, etwa am Jahrestag des Novemberpogroms von 1938. Geehrt wurde in Form einer Urkunde des Senats, Bedürftige erhielten je nach ihrer wirtschaftlichen Situation und der Art der Hilfeleistung entweder eine monatliche Ehrenrente oder eine einmalige Zahlung.<sup>7</sup> Da die Nachfolger des schon im Dezember 1961 verstorbenen Innensenators Joachim Lipschitz die Initiative weiterführten, wurden bis 1963 1525 Anträge auf Ehrung gesammelt, und für jeden Antrag wurde eine Akte „Unbesungene Helden“ (UH) angelegt. Diese UH-Akten sind für das Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Zentrums für Antisemitismusforschung eine besonders wichtige Quelle, da in ihnen alle Recherchen des Entschädigungsamtes zu den Hilfeleistungen dokumentiert sind.<sup>8</sup> Tatsächlich geehrt wurden jedoch nur 738 Frauen und Männer aus Westberlin. Dies liegt zum einen an den erwähnten Ausschließungsgründen, zum anderen wurden Anträge zurückgezogen, wenn jemand erkannte, daß er oder sie doch nicht zu dem Personenkreis der „Unbesungenen Helden“ gehörte, und einige verstarben auch, bevor es zu einer Ehrung kam, da die Bearbeitung monate-, wenn nicht jahrelang dauerte. Postume Ehrungen wurden prinzipiell nicht vorgenommen.

### „Retter“ in der Nachkriegszeit

Im folgenden möchte ich untersuchen, wie mit dem Phänomen „Rettung von Juden“ ab 1945 bis in die 50er Jahre hinein in der westdeutschen Öffentlichkeit umgegangen wurde. Dabei zeigt sich, daß die öffentliche Ehrung, wie sie vom

7 Ebenda.

8 Die Akten befinden sich derzeit im ZfA.

Berliner Senat vorgenommen wurde, eine absolute Ausnahme darstellte. Die Bemühungen des Innensensors, andere Bundesländer zur Nachahmung anzuregen,<sup>9</sup> sind in den 60er Jahren gescheitert. Erst ab den 70er Jahren wurden nach Berliner Vorbild „Unbesungene Helden“ vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.<sup>10</sup>

Man mag sich an dem unwissenschaftlich klingenden, an die Geschichtsschreibung der Antike erinnernden Heldenbegriff von Kurt Grossmann zu Recht stoßen – das Adjektiv „unbesungen“<sup>11</sup> trifft auf die von Grossmann so Bezeichneten insofern zu, als sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – im kollektiven Gedächtnis der frühen Nachkriegszeit nicht vorkamen. Welche Gründe gab es für dieses Nicht-Wahrnehmen und Nicht-Erinnern? Um dieser Frage nachzugehen, möchte ich zunächst die Lage bei Kriegsende betrachten. Meine Erörterungen beziehen sich hauptsächlich auf die westlichen Besatzungszonen, die sowjetische Zone wird nur am Rande erwähnt, da dies den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Bei meiner anschließenden Betrachtung der 50er Jahre werde ich ausschließlich auf die Situation in der Bundesrepublik eingehen.

Um diejenigen zu bezeichnen, die in der NS-Zeit und besonders nach Beginn der Deportationen verfolgten Juden etwa durch Beherbergung und Verpflegung, durch Beschaffung von Papieren oder durch Fluchthilfe geholfen haben, wird im folgenden Beitrag nicht der Begriff „Unbesungene Helden“;

9 LAB, Handakten Lipschitz, Rep. 4, Acc. 2140, Nr. 170.

10 Liste der mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichneten „Unbesungenen Helden“ vom 24. 5. 1993, Bundespräsidialamt, Ordenskanzlei, Aktenzeichen: OK – 032 04 (Kopie im ZfA).

11 Zum Begriff „Unbesungener Held siehe“: Peter Steinbach, „Unbesungene Helden“ – ihre Bedeutung für die allgemeine Widerstandsgeschichte. Überlegungen im Zusammenhang mit einigen jüngeren Widerstandskontroversen und widerstandsgeschichtlichen Einengungsversuchen, in: ders. (Hrsg.), *Widerstand im Widerstreit: der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*, 2., wesentlich erweiterte Aufl. Paderborn u. a. 2001, S. 215–233, bes. S. 222. Ausführlicher wird der Begriff „Unbesungener Held“ diskutiert in: Uwe Grünheid, „Wir wollten doch überleben!“ Über die „Unbesungenen Helden“ des Widerstands gegen das NS-Regime, in: *Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Widerstand und Exil 1933–1945*, 2. Aufl. Bonn 1986, S. 145–158.



sondern „Retter“<sup>12</sup> gebraucht, auch wenn dies ebenfalls problematisch und die Einteilung nur als Hilfskonstruktion zu verstehen ist. Wenn von „Rettern“ die Rede ist, meine ich „Retterinnen“ und „Retter“, zumal die Mehrheit der den Juden Hilfeleistenden weiblich war, wie Claudia Schoppmann in ihrem Beitrag in diesem Band ausführt.

In den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges hatten sich in der deutschen Bevölkerung aller Durchhalteparolen zum Trotz zunehmend ideologische Desillusionierung und Kriegsmüdigkeit breitgemacht.<sup>13</sup> Die Niederlage kam für die meisten nicht überraschend, und viele waren froh, daß die Schrecken des Krieges, die Bombennächte und der NS-Terror, der zuletzt auch die nichtjüdische Bevölkerung rücksichtslos traf, ein Ende gefunden hatten. Nur wenige wünschten sich den Nationalsozialismus zurück, aber dennoch wurde das Kriegsende im allgemeinen Sprachgebrauch als „Zusammenbruch“ bezeichnet.<sup>14</sup>

Die Wahrnehmung des Kriegsendes als „Zusammenbruch“ unterschied die Bevölkerungsmehrheit grundsätzlich von den überlebenden Juden und den nichtjüdischen „Rettern“ und Regimegegnern, die das Kriegsende als „Befreiung“ erlebten.

Für diejenigen Juden, die als „U-Boote“ illegal, in „Mischehen“ oder in den Konzentrationslagern überlebt hatten, entstand zunächst eine zwiespältige Situation. Meist mischte sich in die Freude über das eigene Überleben die schockierende Erkenntnis, daß sie häufig als einzige ihrer Familien der Vernichtung entgangen waren. Nach und nach wurde das ganze Ausmaß des Völkermordes bekannt, und die verzweifelte Suche nach Familienangehörigen

12 Die Einteilung in die Bezeichnungen „Gerettete“, die Passivität suggeriert, und „Retter“, die Aktivität voraussetzt, ist lediglich als Hilfskonstruktion zu verstehen. Es wäre verfehlt, die Juden nur als wehrlose Opfer zu betrachten. Bei der Rekonstruktion der Hilfeleistungen zeigte sich häufig, daß die Verfolgten selbst die Initiative ergriffen und sehr viel Mut zeigten, um ein Leben in der Illegalität zu wagen und durchzustehen. Außerdem war nicht jeder Helfer ein „Retter“, da viele Rettungsversuche mißglückten und mit der Verhaftung und Deportation der untergetauchten Juden endeten.

13 Clemens Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Hans-Erich Volkmann, Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 370.

14 Siehe dazu: Michael Brenner, Nach dem Holocaust, Juden in Deutschland 1945–1950, München 1995, S. 77.

verlief meist ergebnislos. Irritierend für die Überlebenden war auch, wie sich viele Deutsche nach Kriegsende ihnen gegenüber verhielten. Der Antisemitismus, der zwölf Jahre lang staatstragende Ideologie gewesen war, war plötzlich nicht mehr opportun.<sup>15</sup> In der ersten Zeit nach Kriegende schien es, als wollten die Besatzungsmächte Millionen Deutsche für ihr Verhalten im „Dritten Reich“ zur Verantwortung ziehen.

### Die „Entnazifizierung“

Besonders die Amerikaner machten die „Entnazifizierung“ zum Kernstück ihrer Besatzungspolitik, zunächst mit dem Ziel, alle aktiven Nationalsozialisten aus ihren Positionen zu entlassen. Schon am 7. Juli 1945 wurde für den Öffentlichen Dienst in der amerikanischen Besatzungszone der sogenannte „große Fragebogen“ eingeführt, der von der Militäradministration ohne deutsche Beteiligung ausgewertet wurde. Durch das Militärgesetz Nr. 8 vom 26. September 1945 wurde die Entnazifizierung auf alle Wirtschaftsbereiche ausgedehnt, und alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder, die nicht einfache Arbeiter waren, sollten entlassen werden. In der französischen und britischen Zone hatten der Wiederaufbau und die Effizienz der Verwaltung von Anfang an Vorrang vor der Entnazifizierung, aber auch dort erfolgte zunächst eine tiefgreifende Umstrukturierung des Öffentlichen Dienstes. In der sowjetischen Zone diente die Entnazifizierung dazu, die Schnittstellen der Verwaltung mit kommunistisch geschulten Kadern zu besetzen.<sup>16</sup> In der US-Zone geriet die Entnazifizierung schon Ende 1945 in eine Sackgasse. Die Verwaltungen waren durch die Massenentlassungen kaum mehr funktionsfähig. Hinzu kam, daß sich die Stimmung in der deutschen Bevölkerung gegenüber den Besatzern durch die drastischen Maßnahmen extrem verschlechtert hatte. Viele Deutsche fühlten sich von ihren „neuen Herren“ anmaßend und ungerecht behandelt.<sup>17</sup> Daher mußte die

15 Brenner, Nach dem Holocaust, S. 77.

16 Vollnhals, Entnazifizierung, S. 372 f.

17 Wolfgang Benz, Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik, in: Jürgen Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit: Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 49.

Entnazifizierung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Dies geschah in der US-Zone am 5. März 1946 mit dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, das Mitte 1947 in der französischen Zone mit einigen Änderungen übernommen wurde und Ende 1947 einer Neuregelung in der britischen Zone als Vorbild diente.

Während die vorherigen Regelungen zur Entnazifizierung auf Besatzungsrecht beruht hatten, war das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ von den deutschen Ministerpräsidenten erlassen worden. Neu war dabei auch, daß die Entnazifizierung nun durch ein gerichtliches Verfahren erfolgen sollte. Schöffengerichte, die sogenannten Spruchkammern, wurden geschaffen und mit der individuellen Einzelfallprüfung betraut. Nicht mehr die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation war ausschlaggebend für die Einstufung in fünf verschiedene Belastungsgruppen. Der Verteidiger eines Belasteten konnte versuchen, die vermutete Verstrickung seines Mandanten in den Nationalsozialismus zu widerlegen, indem er dessen antinationalsozialistische Haltung zu belegen suchte.<sup>18</sup>

Für die meisten Deutschen wurde es nun existentiell notwendig zu beweisen, daß sie keinen oder nur einen sehr geringen Anteil an der nationalsozialistischen Herrschaft gehabt hatten. Eine Möglichkeit bestand darin, daß man sich mit derjenigen Opfergruppe solidarisierte, die am nachhaltigsten und offensichtlichsten unter dem NS-Regime leiden mußte: den als Juden Verfolgten. Nun wurde von vielen Deutschen eine Art umgekehrter „Ariernachweis“ geführt. Anstatt wie in den vergangenen zwölf Jahren verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu Juden zu verleugnen, wurde nun die sprichwörtliche „jüdische Urgroßmutter“ wiederentdeckt oder erfunden, um damit zu beweisen, daß man gar kein Nazi gewesen sein konnte.<sup>19</sup> Plötzlich glaubten sich auch viele daran zu erinnern, gute jüdische Freunde gehabt und Verfolgten in der NS-Zeit geholfen zu haben. Die „nichtarische“ Christin Erna Becker, die das Kriegsende versteckt überlebte, beschreibt Ende Mai 1945 diesen Gesinnungswandel folgendermaßen: „Wie sind die Menschen doch klein! Diese

18 Vollnhals, Entnazifizierung, S. 381.

19 Siehe dazu: Frank Stern, Philosemitismus statt Antisemitismus: Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland, in: Wolfgang Benz, (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin 1991, S. 50.

Übermenschen, die niemand neben sich haben gelten lassen, die mich verachtet, verspottet und gehaßt haben, winseln jetzt um meine Freundschaft, das ist für mich schwerer zu ertragen als ihre Bosheit. Sie behaupten, niemals eine Feindschaft gegen Juden gehabt zu haben (und ich habe sie doch oft genug zu spüren bekommen), aus Angst, die Amerikaner könnten sie zur Rechenschaft ziehen. Doch vor mir braucht keiner zu zittern. Diese Menschen sind mir viel zu erbärmlich, als daß ich meine Hände an ihnen beschmutzte.“<sup>20</sup>

Nicht nur für die jüdischen Überlebenden, sondern auch für die wenigen Nichtjuden, die in der Verfolgungszeit Schutz und Hilfe nicht nur kurzfristig, sondern über einen längeren Zeitraum und mit hohem persönlichen Risiko geleistet hatten, war das neue philosemitische Verhalten der ehemaligen „Volks-genossen“ mehr als befremdlich. Jahrelang waren sie von ihren Nachbarn mißtrauisch betrachtet, als „Judenknechte“ beschimpft und nicht selten denunziert worden. Plötzlich schien es so, als hätte es überhaupt nur sehr wenige „echte Nazis“ gegeben, als sei judenfreundliches Verhalten und nicht Antisemitismus normal gewesen. Ein Fall zeigt die Situation, mit der sich viele Helferinnen und Helfer und ehemalige Verfolgte nach 1945 konfrontiert sahen, besonders deutlich. So verlangten die Bewohner eines Mehrfamilienhauses in Berlin von einem Juden, der in einer Wohnung des Hauses während der NS-Zeit illegal beherbergt und gepflegt worden war, Bescheinigungen, die sie als Helfer auswiesen, obwohl der tatsächliche „Retter“ während des Krieges unter den Verdächtigungen und Beschimpfungen seiner mißtrauischen Nachbarn schwer zu leiden hatte.<sup>21</sup> In anderen Fällen sahen sich viele derjenigen, die jahrelang unter schwierigsten Bedingungen Juden zum Beispiel in einer engen Wohnung verborgen hatten, mit einem anderen Problem konfrontiert: Ihnen wurde, sofern sie von ihren Erlebnissen berichteten, häufig einfach nicht geglaubt. Punktuelle und meistens auch legale Hilfeleistungen wie z. B. Rat und Unterstützung bei den Vorbereitungen zur Auswanderung oder das Beibehalten von Geschäftsbeziehungen mit Juden bis 1938 wurden dagegen oft überbewertet.

Deshalb ließen sich nun auch diejenigen, die Juden jahrelang geholfen hatten, von ihren ehemaligen Schützlingen ihre Hilfeleistungen bestätigen,

20 Erna Becker, Tagebucheintrag Ende Mai 1945, in: Angela Martin/Claudia Schoppmann (Hrsg.), „Ich fürchte die Menschen mehr als die Bomben“. Aus den Tagebüchern von drei Berliner Frauen 1938–1946, Berlin 1996, S. 54.

21 Akte „Unbesungene Helden“ 315 (im folgenden: UH).

zumeist in Form eidesstattlicher Erklärungen. Für die ehemaligen Verfolgten war dies im übrigen oft die erste Gelegenheit, ihren Helfern gegenüber Dankbarkeit zu zeigen.

### Konflikte zwischen „Rettern“ und ehemaligen Verfolgten

Nicht immer war jedoch die Beziehung zwischen ehemaligen Verfolgten und „Rettern“ von Dankbarkeit geprägt, denn nicht jeder Helfer hatte selbstlos gehandelt. In einigen Fällen bedeutete das Kriegsende für die in der Illegalität lebenden Juden auch die Befreiung von den Launen ihres Beherbergers oder gar von Ausbeutung. Zum endgültigen Bruch kam es bisweilen, wenn der Überlebende sich nun weigerte, dem Helfer ein günstiges Zeugnis auszustellen oder Hilfeleistungen zu bestätigen, die gar nicht erfolgt waren.

Auch in anderer Form zeigte sich die Komplexität der Beziehungen zwischen „Rettern“ und ihren „Geretteten“. Latent vorhandene Konflikte aus der gemeinsam durchstandenen Zeit der Bedrohung kamen nun offen zum Ausbruch. So kam es etwa zum Zerwürfnis, weil der Beherberger seinem ehemaligen Schützling – vermutlich nicht immer zu Unrecht – vorwarf, durch Unvorsichtigkeit sein Leben und das seiner Familie gefährdet zu haben. Wenn sich aus dem Verhalten der Untergetauchten direkter Schaden für den „Retter“ ergab, war der Konflikt besonders heftig, wie im Falle einer Familie, die durch die Unvorsichtigkeit ihrer Schützlinge kurz vor Kriegsende fliehen und dadurch später finanzielle Einbußen hinnehmen mußte, weil wichtige Papiere bei der Flucht verloren gingen und Rentenansprüche für die Kriegszeit deshalb nicht nachgewiesen werden konnten.<sup>22</sup>

Auch vermeintliche oder tatsächliche Undankbarkeit des Verfolgten gegenüber dem „Retter“ führte in einigen Fällen zum Abbruch des Kontakts. Manche Helfer fühlten sich von ihren ehemaligen Schützlingen vergessen, wenn diese nach 1945 versuchten, sich wieder eine Existenz – häufig bereits im Ausland – aufzubauen und nicht bereit oder in der Lage waren, die erfahrenen Hilfeleistungen nun im Nachhinein mit Geld zu würdigen. In den ab Ende der 50er Jahre angelegten UH-Akten kommt die enttäuschte Erwartungshaltung

<sup>22</sup> UH 565.

viele „Retter“ zum Ausdruck. In Einzelfällen gingen die Konflikte zwischen „Rettern“ und ehemaligen Verfolgten sogar so weit, daß sich Gerichte damit beschäftigen mußten.

Es muß jedoch betont werden, daß die geschilderten Auseinandersetzungen eher die Ausnahme als die Regel waren. Sie werden deshalb hier angesprochen, weil solche Konflikte auch ein Grund dafür gewesen sein könnten, daß die „Retter“ nach 1945 in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung traten. Die Erinnerung an die Hilfeleistungen war für viele von ihnen mit Entbehrungen, Schwierigkeiten und manchmal auch mit Zorn auf die ehemaligen Schützlinge verbunden, so daß man lieber nicht darüber redete.

### Die Befindlichkeit der Mehrheitsgesellschaft

Der Hauptgrund für das Schweigen der „Retter“ war jedoch der Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit der jüngsten Vergangenheit. Durch die bereits erwähnte Änderung des Entnazifizierungsverfahrens ab dem Frühjahr 1946 gelang es in der Folgezeit den meisten der ehemaligen NSDAP-Angehörigen, als sogenannte „Mitläufer“ eingestuft und bald wieder im Öffentlichen Dienst oder in der Wirtschaft, zum Teil auch in leitenden Positionen, tätig zu werden. Es zeigte sich, daß viele Seilschaften ehemaliger Nationalsozialisten den Zusammenbruch überdauert hatten und sie durch sogenannte Persilscheine vor den Spruchkammern, die im Volksmund bald „Mitläuferfabriken“ genannt wurden, gegenseitig entlasteten. Wer in einem Entnazifizierungsverfahren einen anderen belastete, galt nun als Denunziant und wurde ausgegrenzt. Die wenigen NS-Gegnerinnen und Gegner und die überlebenden Juden standen diesem Prozeß der „Renazifizierung“ hilf- und machtlos gegenüber.<sup>23</sup>

Eine konsequente Bestrafung der NS-Aktivisten blieb aus. Die Verurteilung der NS-Führungsriege in Nürnberg war da nur ein kleiner Trost. Denn gerade diejenigen, die den „Rettern“ die Hilfsleistungen im Nationalsozialismus so schwer gemacht hatten, standen nicht vor Gericht, sondern waren noch immer Nachbarn, saßen wieder in Ämtern und waren über Nacht scheinbar gute Demokraten geworden.

23 Vollnhals, Entnazifizierung, S. 369, 386 f.

Sofort nach Gründung der Bundesrepublik setzte zudem ein Prozeß ein, den Norbert Frei mit dem Begriff „Vergangenheitspolitik“ beschreibt. Damit sind die in allen politischen Parteien erkennbaren Bemühungen gemeint, die trotz aller Widerstände und Unzulänglichkeiten erfolgte politische Säuberung durch die Alliierten zu beenden oder sogar rückgängig zu machen. Von heute aus betrachtet ist es überraschend und bestürzend, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Politik und Öffentlichkeit damals für NS-Täter einsetzten.<sup>24</sup>

Auch der Antisemitismus war nach 1945 nicht gänzlich verschwunden, allen philosemitischen Erklärungen von offizieller Seite zum Trotz. Kaum ein Monat verging ohne die Schändung jüdischer Friedhöfe. Vereinzelt kam es auch zu antijüdischen Aktionen. Verbale Angriffe und Hakenkreuzschmierereien waren ebenfalls keine Seltenheit.<sup>25</sup>

Die KZ-Überlebenden waren über die Entwicklung in Deutschland tief enttäuscht und die meisten von ihnen entschlossen sich, dem „Land der Täter“ den Rücken zu kehren. Auch von denjenigen, die mit der Hilfe eines oder mehrerer „Retter“ in Deutschland illegal überlebt hatten, wanderte etwa die Hälfte nach 1945 aus.<sup>26</sup>

Diejenigen nichtjüdischen Deutschen, die Juden gerettet hatten, blieben dagegen bis auf ganz wenige Ausnahmen in Deutschland. Viele wohnten noch dort, wo sie schon während der NS-Zeit gelebt hatten, inmitten einer während der Rettung häufig als feindselig erlebten Nachbarschaft. Da sie spürten, daß ihre Erlebnisse während der Nazizeit nicht gerne gehört und häufig auch nicht geglaubt wurden, schwiegen sie und zogen sich zurück.

### „Retter“ in der Öffentlichkeit

Nur sehr wenige ehemalige „Retter“ durchbrachen die Mauer des Schweigens und machten ihre Erlebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. So erschienen 1946 – als erstes Buch einer „Retterin“ – die Tagebuchaufzeichnungen der Berliner Journalistin Ruth Andreas-Friedrich aus den Jahren 1938 bis

24 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 9–13.

25 Brenner, *Nach dem Holocaust*, S. 79.

26 So zumindest die Tendenz nach dem jetzigen Stand unserer Datenbank.

1945 in englischer Übersetzung in New York. Im Juli 1947 verlegte Peter Suhrkamp das Buch in Berlin unter dem Titel *Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945*. Die Autorin beschreibt darin die Widerstandstätigkeit ihres „Gruppe Onkel Emil“ genannten Netzwerkes, das in Berlin-Steglitz ab dem Novemberpogrom 1938 hauptsächlich die Beherbergung und Verpflegung von Juden und deren Versorgung mit gefälschten Ausweisen organisierte, sich aber auch an der sogenannten Nein-Aktion am 18. April 1945 und anderen Widerstandsaktivitäten wie Sabotage beteiligte.<sup>27</sup> Das Buch wurde erst 1962 wieder aufgelegt, auch dies ein Hinweis auf das mangelnde Interesse an dieser Thematik in den 50er Jahren.<sup>28</sup>

Während Ruth Andreas-Friedrich das erklärte Ziel hatte, „das tiefgesunkene Ansehen des deutschen Volkes in der ganzen Welt um ein winziges wieder zu heben“;<sup>29</sup> wollten manche Überlebenden ihren Helferinnen und Helfern ein Denkmal setzen. Dies wird z. B. im Titel *Ich stand nicht allein*<sup>30</sup> des 1949 in Deutschland und zuvor 1945 in Zürich erschienenen Buches von Else Behrend-Rosenfeld angedeutet. Die Tagebuchaufzeichnungen der promovierten Historikerin und Fürsorgerin in einem Berliner Frauengefängnis beginnen im August 1939, kurz nachdem es ihrem Ehemann Siegfried Rosenfeld, vor 1933 Abgeordneter im preußischen Landtag, gelungen war, aus Deutschland auszureisen und zu den bereits in London befindlichen Kindern zu fahren. Sie be-

27 Eine Zusammenfassung der Untergrundaktivitäten enthält der „Tätigkeitsbericht der Gruppe Onkel Emil aus den letzten Monaten der Kampfjahre“, der Ende Mai 1945 als Bericht für eine russische Stelle in Berlin geschrieben wurde. Abgedruckt in: Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann*, S. 291. Eine gekürzte Fassung des Tätigkeitsberichtes findet sich außerdem in: Günter Weisenborn, *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945*, 4., verbesserte Aufl. Frankfurt a. M. 1974, S. 120 f. Siehe auch: Peter Steinbach/Johannes Tuchel, *Lexikon des Widerstandes 1933–1945*, 2., erweiterte Aufl. München 1998, S. 150 f. Vgl. auch die Veröffentlichung der Tochter von Ruth-Andreas Friedrich: Karin Friedrich, *Zeitfunken. Biographie einer Familie*, München 2000.

28 Jörg Drews, Nachwort, in: Ruth Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann, Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945*, Frankfurt a. M. 1986, S. 291.

29 Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann*, S. 8.

30 Else R. Behrend-Rosenfeld, *Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944*, 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1979. In der Schweiz wurde das Buch bereits 1945 unter folgendem Titel verlegt: Rahel Behrend, *Verfemt und Verfolgt. Erlebnisse einer Jüdin in Nazi-Deutschland 1933–1944*, Zürich 1945.



schreibt ihr wachsendes Engagement in der Jüdischen Gemeinde in München, die Zwangsarbeit, die drohende Deportation, der sie sich mit Hilfe nichtjüdischer Deutscher entziehen konnte, ihre Untergrundexistenz und schließlich die abenteuerliche Flucht in die Schweiz 1944.

Insgesamt wurden die Überlebensberichte von verfolgten Juden öffentlich jedoch kaum wahrgenommen und zudem in Auflagen gedruckt, die 5000 Exemplare nicht überstiegen. In aller Regel wurden sie, wenn überhaupt, erst in den 60er Jahren wieder neu aufgelegt. Auch Presseberichte über das Überleben im Untergrund kamen in den 50er Jahren in deutschen Zeitungen nur selten vor.

### Gertrud Luckner und Propst Heinrich Grüber

Dennoch gab es einige wenige „Retterinnen“ und „Retter“, deren Taten in der unmittelbaren Nachkriegszeit einem größeren Kreis bekannt wurden und die als bedeutende Persönlichkeiten galten. Beispiele dafür sind Propst Heinrich Grüber in Berlin und Gertrud Luckner in Freiburg.

Heinrich Grüber, der sich als Pfarrer in Berlin-Kaulsdorf früh der Beken- nenden Kirche angeschlossen hatte, übernahm 1938 die Leitung der „Kirch- lichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier“. Dieses „Büro Grüber“ organi- sierte hauptsächlich die Auswanderung für evangelische „Nichtarier“.<sup>31</sup> In den Tagen nach dem Novemberpogrom 1938 versteckte Grüber selbst Juden in Gartenlauben in Kaulsdorf.<sup>32</sup> Im Dezember 1940 wurde die Hilfsstelle von der Gestapo aufgelöst, Heinrich Grüber wurde für zweieinhalb Jahre in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau inhaftiert.<sup>33</sup> Schon kurz nach Kriegsende erreichte der Pfarrer und Bürgermeister von Kaulsdorf eine hohe Position in der neuen Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und wur- de stellvertretender Leiter des Beirats für Kirchenfragen beim Berliner Magi- strat. Aufgrund seiner Hilfstätigkeit für Verfolgte in der NS-Zeit verlieh ihm die neu gegründete Theologische Fakultät der Berliner Universität den Ehren-

31 Steinbach/Tuchel, Lexikon des Widerstandes, S. 77.

32 Dieter Winkler, Heinrich Grüber, Protestantischer Christ. Berlin-Kaulsdorf 1934– 1945, Berlin 1993, S. III.

33 Steinbach/Tuchel, Lexikon des Widerstandes, S. 77.

dokortitel.<sup>34</sup> Eine ähnliche Position wie Pfarrer Grüber während der NS-Zeit hatte Gertrud Luckner auf katholischer Seite in Freiburg. Sie nutzte ihre offizielle Stelle in der Zentrale des Caritas-Verbandes zum Aufbau eines weitverzweigten Hilfsnetzes für verfolgte Juden. Wie Pfarrer Grüber wurde sie inhaftiert und war von 1943 bis Kriegsende im KZ Ravensbrück.<sup>35</sup> Nach 1945 war sie beim Caritas-Verband in der Fürsorge für die ehemaligen NS-Verfolgten tätig. Auf Initiative von Gertrud Luckner entstand in Freiburg bereits 1947 ein christlich-jüdischer Arbeitskreis, der ab August 1948 ein eigenes Mitteilungsblatt, den „Freiburger Rundbrief“ herausgab, in dem vorwiegend deutsch-jüdische Themen behandelt wurden. Ab Juni 1950 gliederte sich der Arbeitskreis in die von den Amerikanern als Maßnahme der *reeducation* ins Leben gerufenen „Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ ein, behielt jedoch seine Eigenständigkeit dank Frau Luckner bei, die sich als Geschäftsführerin der Gesellschaft in der Öffentlichkeit vehement für die Bekämpfung des Antisemitismus und für eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit einsetzte.<sup>36</sup> Dies war selbst in den „Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ in den 50er Jahren keine Selbstverständlichkeit, denn in den meisten Regionalgruppen stand nicht die Demokratisierung im Vordergrund, sondern der Wunsch, Deutschland vom Makel der NS-Vergangenheit zu befreien und das nationale Ansehen wiederherzustellen.<sup>37</sup> So fanden in der von der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommenen Initiative der Gesellschaften, den „Wochen der Brüderlichkeit“, nur sehr wenige Veranstaltungen statt, die sich mit der NS-Vergangenheit beschäftigten; in der „Woche der Brüderlichkeit“ des Jahres 1952, die zum ersten Mal bundesweit in mehreren deutschen Städten durchgeführt wurde, gab es z. B. nur in Augsburg eine solche Veranstaltung.<sup>38</sup>

Insgesamt kann für die Nachkriegszeit bis Ende der 50er Jahre festgestellt werden, daß nur sehr wenige ehemalige „Retterinnen“ und „Retter“ gesell-

34 Hartmut Ludwig, „Die Opfer unter dem Rad verbinden“. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des „Büro Pfarrer Grüber“, unveröffentlichte Dissertation, Berlin 1988, S. 152.

35 Steinbach/Tuchel, Lexikon des Widerstandes, S. 132.

36 Josef Foschepoth, Im Schatten der Vergangenheit. Die Anfänge der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Göttingen 1993, S. 167 f.

37 Ebenda, S. 14.

38 Ebenda, S. 90, 146.

schaftlich relevante Positionen einnahmen und in eine Institution eingebunden waren, die ihren Einsatz für verfolgte Juden honorierte. Die meisten Helfer allerdings, die auf sich gestellt oder in einer kleinen Gruppe von Gleichgesinnten sich für Verfolgte eingesetzt hatten, blieben unbekannt. Sie mußten registrieren, daß ihre Umgebung keinen Wert auf ihre Erinnerungen legte; außerdem hatten nicht wenige von ihnen mit handfesten sozialen und finanziellen Problemen zu kämpfen. Viele mußten in den 50er Jahren von einer kleinen Rente leben. Bei einigen hatten die Aufregungen und die dauernde Angst vor dem Entdecktwerden während der Hilfeleistung gesundheitliche Spuren hinterlassen.

### „Retter“ und Entschädigung

Eine zusätzliche Enttäuschung war die zunächst von den Besatzungsmächten begonnene, ab 1953 bundesgesetzlich geregelte Entschädigung. Nun meldeten sich viele der ehemaligen Verfolgten bei ihren Helfern mit der Bitte, in eidesstattlichen Erklärungen Aussagen zur damaligen Hilfstätigkeit zu machen, um so den Zeitraum der Illegalität, der für den Erhalt von Ausgleichszahlungen im Entschädigungsverfahren wichtig war, belegen zu können. Selbst entschädigungsberechtigt waren aus der Gruppe der „Retterinnen“ und „Retter“ jedoch nur sehr wenige Personen. Die meisten derjenigen, die aus einer individuellen Entscheidung heraus Juden während der Verfolgungszeit geholfen hatten, waren von den Nationalsozialisten zuvor weder rassistisch, religiös oder politisch verfolgt worden. Daher fielen sie nicht unter eine der im Bundesentschädigungsgesetz definierten Opfergruppen.<sup>39</sup> Wer nicht als Verfolgter im Sinne des Gesetzes galt, konnte nur dann entschädigt werden, wenn er einen nachweisbaren Schaden aus einer direkten Konfrontation mit den ausführenden Organen des Nationalsozialismus davongetragen hatte, z. B. wenn jemand aufgrund seiner Hilfe für Juden in ein KZ eingewiesen oder von Gestapoleuten zusammengeschlagen worden war, weil er sich ihnen in den Weg gestellt und damit die Flucht eines Juden ermöglicht hatte.

39 Siehe grundsätzlich zur Wiedergutmachung: Walter Schwarz, Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die BRD. Ein Überblick, in: Ludolf Herbst/Konstantin Goshler, Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 33–54, hier bes. S. 42.

In all den Fällen, in denen die Hilfstätigkeit für Juden den NS-Behörden nicht bekannt wurde und erfolgreich verlief, gab es für die Helferin oder den Helfer keine Entschädigungsmöglichkeit. Dies wäre anders gewesen, wenn das Retten von Juden an sich als Widerstandshandlung definiert worden wäre, denn auch individueller, nicht aus einer Gruppe heraus geführter Widerstand war entschädigungsberechtigt.<sup>40</sup>

### Der Widerstandsbegriff in den 50er Jahren

In den 50er Jahren war der Widerstandsbegriff eingeeignet auf den militärischen Widerstand im Umfeld des Umsturzversuches am 20. Juli 1944. Dies hatte mehrere Gründe. Unmittelbar nach 1945 waren es zunächst überlebende Akteure der Militäropposition, die sich in dem Selbstbewußtsein äußerten, zum „anderen Deutschland“ gehört zu haben. Neben diesen gab es auch vereinzelt andere Stimmen, wie die bereits erwähnte Ruth Andreas-Friedrich oder den zum Widerstandskreis um Harro Schulze-Boysen gehörenden Günter Weisenborn, die sich selbst zu den Widerstandskämpfern zählten. In dem Bemühen zu zeigen, daß „wenige Völker solch schreckliche Opfer für die Freiheit gebracht haben wie das deutsche“, versuchte Günter Weisenborn in seinem 1952 veröffentlichten Buch *Der lautlose Aufstand* eine erste Gesamtdarstellung des deutschen Widerstandes, in der er außer an die Militäropposition auch an die „Gruppe Onkel Emil“, an das „Büro Grüber“, aber auch an den kommunistischen Widerstand erinnerte.<sup>41</sup> Insgesamt überwogen jedoch in den 50er und 60er Jahren Darstellungen, die sich mit dem Widerstand des 20. Juli beschäftigten. Es erschienen in dieser Zeit nicht mehr nur Lebenserinnerungen von am Umsturzversuch Beteiligten; nun nahmen sich auch Historiker des Themas Widerstand an, meist in Form von Biographien einzelner Persönlichkeiten der Militäropposition.<sup>42</sup> Deren ehemalige Akteure und ihre

40 Ebenda.

41 Ebenda, S. 49, 120, 139–169, 170–242.

42 So z. B.: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954. Siehe zur frühen Widerstandsforschung auch: Hermann Graml (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt a. M. 1994, S. 7–13.

Angehörigen, die sich schon kurz nach Kriegsende im „Hilfswerk 20. Juli 1944“ organisiert hatten, wurden in der Öffentlichkeit häufig verunglimpft, besonders vehement aus dem neonazistischen Lager der Sozialistischen Reichspartei (SRP). Dagegen wehrten sich die Beschimpften gerichtlich erfolgreich, wie der Prozeß gegen Major Remer zeigte, der an der Niederschlagung des Putschversuchs vom 20. Juli beteiligt war und der auf einer SRP-Kundgebung die Verschwörer des 20. Juli als „Landesverräter“ bezeichnet hatte. Politisch bekamen die Widerstandskämpfer des 20. Juli und ihre Angehörigen Rückendeckung von Bundespräsident Theodor Heuss und zunehmend auch von der Regierung Adenauer, die erkannte, daß sich die Widerstandsdebatte für politische Ziele wie Westintegration und Wiederbewaffnung instrumentalisieren ließ. Zudem geriet der Widerstandsbegriff in der Bundesrepublik in den Sog des Ost-West-Konflikts und der ideologischen Auseinandersetzung mit der DDR. Da die DDR-Führung den kommunistischen Widerstand verklärte und sich selbst in der Tradition des „Antifaschismus“ sah, wurde als Gegengewicht in der BRD die Erinnerung an den 20. Juli 1944 gesetzt, während der Arbeiterwiderstand bald als nicht mehr erinnerungswürdig galt. In den Zukunftsplänen der militärischen Opposition gegen Hitler glaubte man nun den Keim des demokratischen Rechtsstaats entdecken zu können. Erst die Forschung der 60er Jahre deckte die obrigkeitsstaatlichen und politisch-hegemonialen Vorstellungen des bürgerlich-militärischen Widerstands auf.

So setzte sich in den 50er Jahren ein Widerstandsbegriff durch, der nur diejenigen Handlungen als Widerstand akzeptierte, die direkt auf einen Sturz des bestehenden diktatorischen Systems gerichtet waren.<sup>43</sup> Die Helferinnen und Helfer fielen damit aus dem kollektiven Erinnern und Gedenken an den Widerstand heraus.<sup>44</sup>

43 Siehe dazu: Peter Steinbach, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, in: ders./Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 599; Peter Steinbach, Widerstandsdeutungen in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung. Erfahrungen aus der Arbeit an der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Berlin“, in: Andreas Nachama/Julius Schoeps (Hrsg.), Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945. In memoriam Heinz Galinski, Berlin 1992, S. 404 f.

44 Steinbach, Unbesungene Helden, S. 222.

## Schlußbemerkung

Der wichtigste Grund dafür, daß die „Retterinnen“ und „Retter“ bis zur Berliner Ehrungsinitiative bis auf wenige Ausnahmen tatsächlich „unbesungen“ blieben, liegt wohl in der Grundstimmung der deutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit. Der überwiegende Teil der Deutschen wollte nicht an die eigene, häufig unrühmliche Rolle in der NS-Zeit erinnert werden. Bei einer Konzentration des öffentlichen Gedenkens auf den Widerstand aus dem Zentrum der Macht konnte die Frage „Hätte auch ich etwas gegen Hitler tun können?“ getrost mit Nein beantwortet werden. Hätte man sich jedoch intensiver mit denjenigen beschäftigt, die, obwohl politisch ohne Macht und Einfluß, es gewagt hatten, den Nationalsozialismus an einem seiner zentralen Punkte, der Verfolgung und Vernichtung der Juden, zu sabotieren, so hätte dies den Blick viel stärker auf das eigene Verhalten und Versagen während des „Dritten Reiches“ gelenkt und den „Selbstbetrug der Zeitgenossen des NS“ entlarvt.<sup>45</sup>

<sup>45</sup> Ebenda, S. 228.



*Manfred Wolfson als US-Soldat*

---

EMIL WALTER-BUSCH

## Entstehungszusammenhang und Ergebnisse von Manfred Wolfsons Retterstudie (1945–1975)

Der letzte erhaltene Brief, den Max Horkheimer zwei Jahre vor seinem Tod an Manfred Wolfson, den rund dreißig Jahre jüngeren Politologen, den er seit 1948 kannte, geschrieben hat, trägt das Datum vom 11. Juni 1971. Horkheimer dankt Wolfson in diesem Brief für die überarbeitete Version eines Artikels über deutsche Retter verfolgter Juden, zu dessen erster Version er Wolfson zwei Monate zuvor „eine kleine Berichtigung“ mitgeteilt hatte.<sup>1</sup> Horkheimer nahm

<sup>1</sup> Vgl. Horkheimer an Wolfson, 14. 4. 1971, in: Max Horkheimer, Briefwechsel 1913–1973. Gesammelte Schriften, hrsg. v. Gunzelin Schmid Noerr, Bde. 15–18, Frankfurt a. M. 1995/96 (MHG 15–18, hier: 18, Nr. 1166). Einer der insgesamt sieben

Wolfsons Anfrage, ob er ihn während seiner nächsten Europareise in Zürich oder in Montagnola, dem Tessiner Alterssitz Horkheimers, wiedersehen könne, sehr freundlich auf: Der Gedanke an ein solches Wiedersehen sei ihm „ein Trost“. Zwar leide er „gegenwärtig unter so großer Überlastung in vieler Hinsicht“, daß vorläufig eine „ernsthafte Durchsicht des Manuskripts“ nicht möglich sei. Aber alles, was er „beim raschen Durchblättern gesehen“ habe, bestärke ihn in seiner „Überzeugung von der großen Bedeutung Ihres Unternehmens“. Gerne wolle er die korrigierte Fassung des Aufsatzes „mit ein paar entschieden positiven Bemerkungen“ an die Zeitschrift *Diogenè* in Paris, die ihm Wolfson genannt hatte, weiterleiten.<sup>2</sup>

Auf Manfred Wolfson wirkte diese wohlwollende Reaktion Horkheimers wahrscheinlich nicht nur wie „ein Trost“ – sie war für ihn eine wahre Freude. Er befand sich seit dem arbeitsrechtlich nie abschließend entschiedenen Streit mit seinem damaligen Arbeitgeber, der California State University, Sacramento, die ihn seit 1967 als *Assistant* bzw. (von 1969 bis 1971) als *Associate Professor in Government* beschäftigte, in der schwierigen Lage, seine Retterforschung ohne eine gesicherte Stellung als Hochschullehrer nicht richtig vollenden und andererseits ohne wissenschaftliche Publikationen keine unbefristete Dozentur bekommen zu können. Wolfson publizierte in der Folge nur noch eine erweiterte Fassung des Aufsatzes, den er 1971 Horkheimer zu-

erhaltenen Briefe, die Max Horkheimer, Theodor W. Adorno (im Jahre 1952 als Stellvertreter Horkheimers, der damals als Rektor der Universität Frankfurt wirkte) und Manfred Wolfson einander zwischen 1948 und 1971 geschrieben haben, ist in der vierbändigen Ausgabe von Briefen Horkheimers veröffentlicht. Die übrigen Briefe werden vom Horkheimer-Pollock-Archiv der Universitätsbibliothek Frankfurt am Main (MHA) verwahrt. Mit der freundlichen Erlaubnis und Unterstützung von Herrn Jochen Stollberg konnte ich Anfang 1999 im MHA während einiger Tage u. a. zum Thema des Wolfson-Projektes, über dessen Ergebnisse hier berichtet wird, recherchieren. Der Nachlaß berufsbezogener Memoranden, Artikel und Briefe Manfred Wolfsons (MWN), den seine Tochter, Deborah Wolfson-Rimle, Revital Ludewig-Kedmi und mir großzügigerweise zur Verfügung stellte, enthält, was Wolfsons Verkehr mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung betrifft, nur noch Originale oder Kopien von Wolfsons Briefwechsel mit Peter Schönbach, jedoch keine solchen seines Gedankenaustauschs mit Horkheimer und Adorno, der nachfolgend dokumentiert wird.

2 MHA, Horkheimer an Wolfson, 11. 6. 1971.



gesandt hatte.<sup>3</sup> Auch sie schöpfte, wie vor allem der Beitrag von Revital Ludewig-Kedmi zeigen wird, die Ergebnisse von Wolfsons Pionierstudie über deutsche Retter verfolgter Juden nur teilweise aus.

Wie kam diese Studie Wolfsons zustande, welches waren ihre Prämissen und wichtigsten Ergebnisse? Diese Fragen sollen im folgenden, hinreichend weitgefaßt verstanden, in sechs Schritten beantwortet werden. Der einleitende *erste* Abschnitt skizziert zunächst Manfred Wolfsons Leben und Werk. Der *zweite* Abschnitt stellt den Ausgangspunkt von Wolfsons Retterforschung, seine Untersuchungen zum Untergang bürgerlicher Freiheitsrechte im Nationalsozialismus, dar. Wolfson pflegte bereits in dieser ersten Phase seiner politikwissenschaftlichen Studien sporadische, ihm aber sehr wertvolle Beziehungen zu Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Die Abschnitte *drei bis fünf* beschreiben, wie Wolfson seine Retterstudie im Rahmen einer Initiative von Rabbi Schulweis konzipierte, und wie er sie von 1965 an in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung durchführte. Der fünfte Abschnitt resümiert außerdem die unter schwierigen Bedingungen erzielten Resultate des Projektes, soweit sie von Wolfson publiziert worden sind. Der abschließende *sechste* Abschnitt nennt Forschungsdesiderate der Sozialwissenschaftsgeschichte, die sich im Anschluß an die vorliegende Untersuchung als aufschlußreich erweisen könnten.

### 1. Gleiche Bedeutung, verschiedener Sinn:

Manfred Wolfsohn, 1923–1943, und Manfred Wolfson, 1943–1987

Manfred Wolfsohn wurde als ältester Sohn von Willy Wolfsohn und Alice Wolfsohn, geb. Goldmann, am 31. Mai 1923 in Berlin-Charlottenburg geboren.<sup>4</sup> Er wuchs zusammen mit seinem 1925 geborenen Bruder Klaus Ludwig in

3 Manfred Wolfson, Zum Widerstand gegen Hitler: Umriss eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden, in: Joachim Hütter u. a. (Hrsg.), Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln u. a. 1975, S. 391–407.

4 Die nachfolgenden Angaben verdanke ich einerseits verschiedenen Lebensläufen von Manfred Wolfson, andererseits einer biographischen Zeittafel, die Deborah Wolfson-Rimle verfaßt hat.

einer für jüdische Mittelstandsfamilien Deutschlands typischen, liberal-aufgeklärten Atmosphäre auf. Sein Vater war Apotheker und Miteigentümer der angesehenen Fortuna-Apotheke. 1929 – als Manfred in die staatliche Grundschule eintrat – starb die Mutter, sieben Jahre danach, am 24. Mai 1936, kurz vor dem von den Nationalsozialisten erpreßten Zwangsverkauf der Fortuna-Apotheke, der Vater. Manfred und Klaus lebten in der Folge bei den Großeltern mütterlicherseits in Berlin. 1939 ermöglichten Verwandte und jüdische Hilfswerke dem fünfzehnjährigen Manfred und seinem zwei Jahre jüngeren Bruder die Emigration in die Vereinigten Staaten.<sup>5</sup> Der in Deutschland zurückbleibende Großvater starb 1940, die Großmutter wurde von den Nazis 1942 im Konzentrationslager Lodz ermordet.

In Baltimore (Maryland, USA) wurden Manfred und sein Bruder Klaus (1925–1962) von amerikanischen Pflegeeltern betreut. Am 31. Juli 1943 erhält Manfred Wolfsohn die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er nennt sich fortan in englischer Schreibweise „Wolfson“. Von 1943 bis 1946 leistet er in der amerikanischen Armee Aktivdienst. Er wird für seine Teilnahme an drei Kampagnen auf dem europäischen Kriegsschauplatz mit dem *Infantry Combat Badge* ausgezeichnet. 1945 ist er im militärischen Nachrichtendienst der amerikanischen Besatzungsarmee, 1946 in der *Information Control Division* der US-Militärverwaltung Bayerns als *Intelligence Officer* tätig. Er überprüft hier Lizenzierungsanträge für Periodika und beobachtet Entwicklungen der öffentlichen Meinung in der deutschen Gesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit.

1946 wird Manfred Wolfson im Zusammenhang mit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zum *Chief Research Analyst* ernannt. Er erstellt 1946/47 auf der Grundlage von Dokumenten des *Berlin Document Centers* und anderer Archive prozeßdienliche Berichte, die erklären, wie das national-

5 Im selben Jahr 1939 gelang der Familie des am 2. Juni 1926 in Wien exakt drei Jahre und zwei Tage nach Manfred Wolfson geborenen Raul Hilberg die Flucht nach Kuba und den USA. Die Lebensläufe von Manfred Wolfson und Raul Hilberg weisen auch sonst Parallelen auf, von denen hier die folgenden erwähnt seien: Beide verloren im Holocaust Verwandte, die ihnen sehr nahestanden. Beide leisteten nach dem Erwerb der amerikanischen Staatsbürgerschaft in der Armee der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kriegsschauplatz Aktivdienst, studierten nach ihrer Rückkehr in die USA Politologie, und unterstellten ihr Lebenswerk, die Erforschung des nationalsozialistischen Totalitarismus, dem kategorischen Imperativ „nie wieder!“

sozialistische Herrschaftssystem funktionierte. Während die amerikanische Besatzungsmacht im Zeichen des Kalten Krieges ihre anfänglich strenge Entnazifizierungspolitik durch eine pragmatischere Wiederaufbau- und Reorientierungspolitik ersetzt,<sup>6</sup> inspiziert und überwacht Wolfson 1947/48 die gemäß dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ von 1946 amtierenden Spruchkammern. Er führt außerdem für die *Democratization and Civil Liberty Branch* der amerikanischen Ziviladministration Stabs- und Expertenarbeiten durch und arbeitet an den vom Militärgouverneur Lucius Clay zunächst wenig, dann nachhaltig geförderten Austauschprogrammen für deutsche Gemeinde- und Staatsbeamte mit.

Während seines Studiums der Politischen Wissenschaften, das er von 1948 bis 1953 an der Universität Chicago absolviert, sind Wolfson diese militärischen und zivilen Berufserfahrungen im Deutschland der Nachkriegszeit natürlich sehr von Nutzen. Er verwertet sie sowohl in seiner Bachelor-Arbeit von 1950 über „The Status of Civil Liberties in Germany 1919–1949“ als auch in seiner Master-Arbeit von 1953 über „Ideological Conceptions of the Nazi Elite“.

Nach Beendigung seiner Studien an der Universität Chicago arbeitet Wolfson von 1953 bis 1962 als Mitarbeiter für verschiedene kalifornische Forschungsinstitute – u. a. im Dienste des Hoover Institutes, Stanford, und des *Institute for Industrial Relations* der UC Berkeley. 1962 wird er vom Department für Politische Wissenschaften des Portland State College (Oregon) zum Assistenzprofessor ernannt, und erwirbt 1965 an der UC Berkeley mit seiner Dissertation „The SS Leadership“ den PhD für Politikwissenschaft.

Zwecks Realisierung seines 1962 initiierten Forschungsprojekts hält sich Wolfson zunächst 1964, dann von 1965 bis 1967 während annähernd zweier Jahre in Deutschland auf. Er arbeitet in der Stellung eines Gast-Assistenzprofessors mit dem Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt a. M. zusammen. Auf einer seiner projektbedingt zahlreichen Reisen lernt er Renate Kögler kennen, mit der er sich 1966 in Zürich verheiratet. Dem Paar werden

6 Vgl. dazu z. B. Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt a. M. 1972; James K. Pollock, *Besatzung und Staatsaufbau nach 1945. Occupation Diary and Private Correspondence 1945–1948*, München 1994; James F. Tent, *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany*, Chicago 1982.

in der Folge zwei Kinder geboren, die Tochter Deborah (1967) und der Sohn David (1971).

Nach Beendigung des größten Teils der Feldforschungsarbeit für sein Retterprojekt kehren Wolfson und seine Familie im Sommer des Jahres 1967 in die USA zurück. Wolfson übernimmt noch im selben Jahr an der *California State University* in Sacramento eine Assistenzprofessur, ab 1969 ein Extraordinariat für Politikwissenschaft. 1971 trennt er sich aus den eingangs angedeuteten Gründen im Streit von seinem Arbeitgeber. Er übt in der Folge verschiedene Erwerbsarbeiten – meist Übersetzer- und Sprachlehrerjobs – aus. Während eines zweiten, von verschiedenen Institutionen finanzierten Forschungsaufenthaltes in Deutschland arbeitet Wolfson von 1975 bis 1977 noch einmal an seinem Retterforschungsprojekt, diesmal vor allem an dessen Auswertung für pädagogische Zwecke. Versuche, an einer deutschen Universität oder Fachhochschule eine Professur zu bekommen, bleiben erfolglos. Ab 1977 muß Wolfson, in die USA heimgekehrt, den Lebensunterhalt seiner Familie erneut mit Erwerbsarbeiten bestreiten, die ihn akademischer Forschung und Lehre entfremden. 1986 stirbt seine Ehefrau, ein halbes Jahr danach, einen Monat vor seinem 64. Geburtstag, am 26. April 1987 an den Folgen eines Verkehrsunfalles, Manfred Wolfson.

## 2. Wolfsons Anfänge als Politologe und die erste Phase seiner Zusammenarbeit mit Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, 1945–1960

Im ausführlichsten Lebenslauf, den Manfred Wolfson verfaßt hat, schildert er die Entstehung seiner „Übersicht der Gliederung verbrecherischer Naziorganisationen“ (1947), die u. a. Hannah Arendt in ihrem Totalitarismusbuch<sup>7</sup> zitiert hat, wie folgt:

„In 1946, as Intelligence Officer, Information Control Division, investigating license applicants in various mass media and conducting public opinion surveys, I first confronted the impact of Nazi rule and some of the problems in rebuilding democratic life at the local level [...]. In 1947, Walter Dorn, Gene-

7 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft* (1951), erweiterte Ausgabe München/Zürich 1980, S. 662.

ral Lucius Clay's Advisor on Denazification, asked me to join the Public Safety Branch, Civil Administration Division, Office of U. S. Military Government, Germany [OMGUS], to participate in solving some of the troublesome points of the policy program and to help the German parliamentary body in the American zone (*Länderrat*). My survey of the SS bureaucracies, published by OMGUS, became an official guide for the program implementation. I also assisted the division in charting [of] the cultural exchange program for German leaders in civil service, municipal government, etc. and to design consciousness development for civil liberties."<sup>8</sup>

Diese „Übersicht“ steht – zusammen mit einem Kommentar dazu, den Wolfson für den „Länderrat“ der amerikanischen Zone verfaßte – an der Spitze aller seiner Literaturlisten. Sie gibt wahrscheinlich<sup>9</sup> so wie seine übrigen, im Nachlaß erhaltenen Recherchen über herausragende Akteure des nationalsozialistischen Systems,<sup>10</sup> streng sachbezogenen Fakten wieder. Sie dürfte darum über die weltanschauliche Position des angehenden Politologen weniger aussagen als seine 1950 an der Universität Chicago zum Thema „Status bürgerlicher Freiheiten in Deutschland 1919–1949“ geschriebene Bachelor-Arbeit. Man kann schon in dieser zweiten großen Studie Wolfsons die meisten Leit motive seiner späteren Werke finden.

Im Zentrum von Wolfsons erster Examensarbeit steht *erstens* die Frage, inwieweit und warum die Freiheiten deutscher Bürger sich unter der Last ungünstiger Rahmenbedingungen und der Tradition des deutschen „Obrigkeitsstaa-

8 MWN, Wolfsons „Resumé“ bzw. „Addenda to resumé“ vom 16. 3. und 4. 6. 1982, S. 1.

9 Es ist uns leider noch nicht gelungen, diese wichtige Lücke im Nachlaß von Manfred Wolfson zu schließen. Wolfsons erste Publikation, auf die er zeitlebens mit gutem Grund stolz war, dürfte sich jedoch in amerikanischen oder deutschen Archiven, vielleicht sogar Bibliotheken erhalten haben.

10 Im MWN fehlen mit Ausnahme eines Arbeitszeugnisses von James Haney, Direktor der SS-Abteilung des *Office of Chief of Counsel for War Crimes* (18. 9. 1947) Dokumente aus der Zeit vor 1960. Als Beilage zu einer Anfrage des Direktors des *Office of Special Investigations der Criminal Division im US Department of Justice* vom 13. 8. 1985 enthält der Nachlaß allerdings eine Kopie von Manfred Wolfsons 7 Seiten umfassenden Bericht vom 7. 11. 1946 über Dr. Joseph Mengele. Wolfson empfiehlt in diesem faktentreu knapp verfaßten Bericht u. a. aufgrund von Informationen des antifaschistischen Professors Robert Havemann, Mengele auf die Liste gesuchter Kriegsverbrecher zu setzen (S. 7).

tes‘ (authoritarian state)<sup>11</sup> so ungünstig entwickelten,<sup>12</sup> daß Hitler sie nach der Machtübernahme fast widerstandslos liquidieren konnte.<sup>13</sup> Wolfson diskutiert in dieser Arbeit *zweitens* relativ ausführlich<sup>14</sup> die politisch brisante Frage, wie die Zukunftschancen bürgerlicher Freiheitsrechte in der entstehenden Bundesrepublik Deutschland der „Nach-Nazizeit“<sup>15</sup> zu beurteilen seien.

Wolfson standen an der Universität Chicago keine Lehrer zur Verfügung, die in seinem schwierigen Untersuchungsgebiet selber geforscht hatten. Er war mit der Aufgabe, seine Erfahrungen als aus Deutschland vertriebener Jude und Entnazifizierungsfachmann in der amerikanischen Besatzungsarmee politikwissenschaftlich aufzuarbeiten, an seiner Universität weitgehend auf sich allein gestellt. Zweimal nur zeichnet er in seiner ersten Examensarbeit Publikationen als „ausgezeichnet“ aus. Dabei handelt es sich in beiden Fällen nicht um Arbeiten seiner Lehrer an der Universität Chicago, sondern um eher entlegene, in den USA damals kaum bekannte Veröffentlichungen, die das von den Nationalsozialisten nach New York vertriebene Frankfurter Institut für Sozialforschung über deutschen Autoritarismus und Antisemitismus publiziert hatte.<sup>16</sup>

Es gibt eine einfache Erklärung für diese auffallende Anomalie in der Zitierpraxis eines angehenden Politologen: Wolfsons Bekanntschaft mit Max Horkheimer, dem langjährigen Direktor des Instituts für Sozialforschung, reicht bis ins Jahr 1948, d. h. bis in die letzte Phase von Wolfsons Tätigkeit als Angestellter der amerikanischen Militärregierung und – für kurze Zeit – als Mitarbeiter des *American Jewish Committee* (AJC) in Paris zurück.

Horkheimer berichtete Marie Jahoda am Ende seiner ersten, mehrmonatigen Erkundungsreise ins kriegsversehrte Europa am 5. Juli 1948 aus Paris: „Was das Komitee [AJC] bisher unternommen hat, ist gut, soweit es sich rein um die Person Shusters handelt. Er ist ein anständiger und gescheiter Mensch. Auch Wolfson scheint nicht unfähig zu sein.“<sup>17</sup>

11 Manfred Wolfson, *The Status of Civil Liberties in Germany 1919–1949*. Unveröff. BA-Arbeit am College der University of Chicago, 1950, 152 Seiten, hier: S. 5.

12 Ebenda, S. 21 ff.

13 Ebenda, S. 78 ff.

14 Ebenda, S. 98–152.

15 Ebenda, S. 98.

16 Ebenda, S. 16, 91; vgl. Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule*, München 1986.

17 MHA, Horkheimer an Jahoda, 5. 7. 1948; MHG 17, S. 1009.

Wolfson vereinbarte mit Horkheimer in Paris offenbar provisorisch eine Unterredung, die dieser jedoch nicht einhalten konnte. Am 24. Juli 1948 schrieb Horkheimer Wolfson auf Briefpapier des Passagierschiffs „Queen Mary“, das ihn zurück in die USA brachte: „I am sorry time didn't permit me to look you up on Thursday [22. 7.] afternoon. It is probable, however, that I'll have to return to Europe late in fall. I am sure we will then have an opportunity to discuss the things in which we are both interested.“<sup>18</sup>

Hinsichtlich der „Dinge, für die wir uns beide interessieren“, konnte Wolfson Horkheimer indessen nicht schon im Herbst desselben Jahres, sondern erst wieder vier Jahre danach, als er 1952 in Deutschland Archivstudien durchführte, ansprechen. Seine Bachelor-Arbeit hat er im übrigen, wie es scheint, ganz selbständig erarbeitet. Sie besteht einerseits aus Inhaltsanalysen eines Samples von je 27 Ausgaben der wichtigsten Parteizeitungen der Britischen Zone, die vom 1. 10. 1948 bis zum 30. 6. 1949 erschienen waren.<sup>19</sup> Wolfson wertete andererseits Erfahrungen mit der Entnazifizierung<sup>20</sup> sowie verfassungsrechtliche Entwicklungen auf Länder- und Bundesebene aus.<sup>21</sup> Auf die reichhaltige deutsche Literatur von Jaspers, Meinecke, Ritter, Röpke u. a. aus den Jahren 1945 bis 1949 ging er in dieser Studie nicht ein.<sup>22</sup>

Nie wieder hat Wolfson in einer akademischen Arbeit sein politisches Engagement derart offen bekannt. 1949/50 gehörte er offensichtlich zu jenen vom Kalten Krieg marginalisierten *anti-antikommunistischen Intellektuellen* Amerikas, die mit Sorge beobachteten, wie rasch die antifaschistische Weltkriegsallianz der Alliierten zerfiel, und wie stark die Vereinigten Staaten ihren Kampf gegen den roten Totalitarismus intensivierten – zuweilen sogar im Bündnis mit ehemaligen Anhängern des – wie sehr wirklich? – besiegten braunen Totalitarismus. Wolfson beurteilte Adenauers Bundesregierung – im Jahre 1950 vielleicht etwas voreilig – als eine „konservativ-reaktionäre Regierung“, die den „Ultra-Nationalismus“ auf ihre Fahnen geschrieben habe.<sup>23</sup> Der ame-

18 MHA, Horkheimer an Wolfson, 24. 7. 1948.

19 Wolfson, *The Status of Civil Liberties*, S. 104 f.

20 Ebenda, S. 127 ff.

21 Ebenda, S. 117 ff., 139 ff.

22 Vgl. dazu Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993, S. 46 f.

23 Wolfson, *The Status of Civil Liberties*, S. 145.

rikanischen Entnazifizierungs- und Demokratisierungspolitik für Deutschland warf er vor, daß sie weitgehend gescheitert sei, ja daß die USA sogar eine Doppelmoral einerseits der Nachsicht gegenüber NS-Tätern, andererseits der unnachsichtigen Verfolgung linkssozialistischer oder kommunistischer Antifaschisten praktizierten. Ihre Politik der „Renazifizierung“ habe die „vergleichsweise wenigen Demokraten im Westen“ enttäuscht und entmutigt.<sup>24</sup> Die amerikanische Umerziehungspolitik sei so nicht mehr glaubwürdig:

„Allied policy should have promoted individuals' personal initiative [...]. What is needed is the courage to face the truth and adhere to basic principles. Sloganeering for another end – [...] the cold war – will produce deceit and undermine existing civil liberties [...]. In cultural terms one may take on the image of Fascism even while fighting totalitarianism.“<sup>25</sup> „The short run demands of expediency call for remilitarization, renazification, and all their ugly by-products. The cold war thus produces a dilemma for civil liberties [...]. Fascism in its early stages, as David Riesman pointed out, is undramatic. Like a flood, it starts in general erosions of traditional beliefs [...], in little rivulets of falsehoods and slogans and lies not caught by moral channels. We must watch that such rivulets do not slowly and unobtrusively, at first, undermine our own traditional civil liberties. Time is short, we must dam the flood and build additional safeguards.“<sup>26</sup>

Wolfson war andererseits auch als junger Student kein Freund sowjetrusischer Politik oder sozialistischer Gesellschaftsmodelle. Er durchschaute die von der Verfassung der DDR formal garantierten Bürgerrechte als Scheinfreiheiten,<sup>27</sup> die Außen- und Innenpolitik Stalins als totalitär.<sup>28</sup> Wäre ihm Herbert Marcuses politisches Nachkriegscredo vom Februar 1947 bekannt gewesen, das Fragen der Weiterentwicklung des Frankfurter Instituts behandelte,<sup>29</sup> so hätte er es wohl entschieden abgelehnt.

24 Ebenda, S. 128.

25 Ebenda, S. 147.

26 Ebenda, S. 152.

27 Ebenda, S. 142 ff.

28 Ebenda, S. 151.

29 Marcuse gehörte zusammen mit Otto Kirchheimer und Franz Neumann, dem führenden Kopf in diesem Team, zur für Deutschland zuständigen Kerngruppe linksintellektueller Analytiker des *Office of Strategic Services* (s. Anm. 71 und die dort angegebene Literatur). Er verfaßte im Februar 1947 für Horkheimer eine instituts-



Wolfsons nachfolgende Forschungen – seine Master-Arbeit „Ideological Conceptions of the Nazi Elite“ (1953) und deren Ausarbeitung zur Dissertation „The SS Leadership“ (1965) – begnügten sich mit Analysen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Beide Arbeiten setzten einerseits Methoden der Geistesgeschichte, andererseits nach dem Vorbild von D. Lerner’s *The Nazi Elite* (1951) auch solche der sozialwissenschaftlichen Elitelforschung ein. 1952 finanzierte die Ford-Stiftung Wolfson einen Studienaufenthalt in Deutschland. Während er Berliner Archive nach projektdienlichen Dokumenten durchsuchte, schrieb Wolfson am 21. Februar 1952 an Max Horkheimer nach Frankfurt am Main, daß er gegenwärtig an „einer systematisch beschreibenden Darstellung institutionalisierter Aspekte hochrangiger Mitglieder der SS und deren ‚personnel types‘“ arbeite. Dabei interessiere ihn außerdem, wie das im nationalsozialistischen Deutschland generell sehr wichtige Treueprinzip funktionierte: „It may well be that you can suggest a relevant hypothesis which could be examined from this material.“<sup>30</sup>

Horkheimer war allerdings von seinen Aufgaben als Universitätsrektor, als den ihn der Senat im Zeichen symbolischer Wiedergutmachungspolitik schon kurz nach seiner Rückberufung als Ordinarius im Jahre 1951 gewählt hatte,

politische Lagebeurteilung, in der er u. a. ausführte: „Nach der militärischen Niederlage des Hitler-Faschismus (der eine verfrühte und isolierte Form der kapitalistischen Reorganisation war) teilt sich die Welt in ein neo-faschistisches und sowjetisches Lager auf [...]. Die Staaten, in denen die alte herrschende Klasse den Krieg ökonomisch und politisch überlebt hat, werden in absehbarer Zeit faschisiert werden, die anderen in das Sowjet-Lager eingehen.“ (zit. nach Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule*, S. 432). Marcuse zufolge mußte für die Theoretiker des Instituts für Sozialforschung darum auch in der Nachkriegszeit „die Denunziation des Neo-Faschismus und der Sozialdemokratie die der kommunistischen Politik überwiegen“ (ebenda, S. 435). Horkheimer und Adorno aber hatten inzwischen aus ihrer erstmaligen Erfahrung einer „genuinen“, nämlich der amerikanischen Demokratie, andere Konsequenzen gezogen als Marcuse. Sie teilten dessen unbeirrt linksradikale Überzeugungen (denen die 68er Bewegung eine unerwartete Spätblüte bescherte), wie Wiggershaus zutreffend urteilt, „auf keinen Fall mehr“ (ebenda, S. 435). Nicht zuletzt darum akzeptierten sie 1949/50 nach langem Zögern das Angebot der Johann Wolfgang Goethe-Universität, der Stadt Frankfurt am Main und der amerikanischen Militärregierung, das Institut für Sozialforschung wiederaufzubauen und in neuer Gestalt neu zu eröffnen.

30 MHA, Wolfson an Horkheimer, 21. 2. 1952.

derart in Anspruch genommen, daß Wolfson anstelle von Horkheimer Theodor W. Adorno antwortete: „We are greatly interested in both your projects on the SS, particularly the first one, which seems to me to fulfill a very urgent need [...]. The aspect of loyalty is certainly important, but there are others (such as the appeal to rigid hierarchical thinking, or to the elite complex) which should also be brought into play [...] there is a significant aspect to this [the idea of loyalty] in the SS and all similar organizations – *there is no way back*. This is at the hub of the idea of ‚verschworene Gemeinschaft‘.“<sup>31</sup>

Viel weiter scheint im Falle von Wolfsons SS-Forschungsprojekt die Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Institut in der Folge nicht gediehen zu sein. Adornos und Horkheimers Werke haben nicht nur in der Master-Arbeit, sondern auch in der Dissertation Wolfsons eher noch weniger Spuren hinterlassen als in seiner Bachelor-Arbeit.

### 3. Rabbi Schulweis' Institute of the Righteous Acts und die Anfänge von Wolfsons Retterforschung, 1960–1964

Auf den letzten Seiten seiner Dissertation, die leider nie – wie mit einem großen Verlag vereinbart – in leserfreundlicher Form als Buch erschienen ist, zog Wolfson aus seiner Untersuchung in praktischer Absicht das folgende Fazit: „The triumphant nihilism of the SS leadership directly underlines the need for encouraging, in general, a variety of sub-cultures of freedom, and suggests, in the educational realm, exercises in political and moral deliberation. This is desirable not only to strengthen civic responsibility, but has now become necessary under international law. Such teaching categorically calls for both intellectual and moral virtues: ability in confronting myths and subterfuges, competence in detecting logical fallacies, knowledge in reconciling conflicting evidence, and finally, for intellectual honesty, courage, and fairness. It calls, in short, for political, contrasted with ideological thinking. Its cultivation is the responsibility of free men, its existence is a test of freedom.“<sup>32</sup>

31 MHA, Adorno an Wolfson, 7. 3. 1952.

32 Manfred Wolfson, *The SS Leadership*. Unveröff. PhD-Dissertation am Department of Political Science der University of California, Berkeley, 1965, 488 Seiten, hier: S. 449.

Wolfson versuchte in seinem nächsten, dem Retterforschungsprojekt, dessen Entstehung und Ergebnisse es nun darzustellen gilt, eben solche Tugenden politischer Wahrhaftigkeit und des Bürgermutes, deren Nährboden er in Anlehnung an Harold Lasswell „Subkulturen der Freiheit“ nannte, *sozialempirisch zu erfassen*. Wie aber kam Wolfson zu seinem Retterforschungsprojekt, und wie hat er es im einzelnen konzipiert und durchgeführt?

Den entscheidenden Anstoß dazu gab ihm wahrscheinlich Harold Schulweis. Dieser in Oakland, Kalifornien, wirkende Rabbiner rief 1962 die amerikanische Öffentlichkeit mit breiter Resonanz zur Gründung eines *Institute of the Righteous Acts* auf, das die „stillen Helden“, die uneigennützig Jüdinnen und Juden vor der Vernichtung gerettet hatten, identifizieren, ihre Handlungsweisen sozialwissenschaftlich erforschen und als vorbildliche Beispiele auszeichnen sollte. Rabbi Schulweis faßte die Gründung eines solchen Institutes (das mit veränderter Zielsetzung 1986/87 in New York neu begründet wurde) ins Auge, als er während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem Zeuge von Berichten über Rettungsaktionen nichtjüdischer Retter verfolgter Juden wurde: „Rabbi Schulweis saw in this ‚a glimmer of redemption‘ from the ‚horrendous image of man‘ which the trial seemed to reveal. A magazine article of his, urging that these people be identified and honored, attracted widespread attention, and on Christmas Day, 1962, NBC commentator Chet Huntley presented a network television documentary in which some rescuers were interviewed and their stories told.“<sup>33</sup>

Hannah Arendt reagierte auf die wie auch immer winzigen Hoffnungsschimmer in der Finsternis des Eichmann-Prozesses ähnlich wie Rabbi Schulweis. Ihre eigene These vom Kollaps der Moral im Totalitarismus relativierend, beschrieb sie den Bericht des Zeugen Kovner über den deutschen Feldwebel Anton Schmid,<sup>34</sup> den ein Kriegsgericht der Wehrmacht in Wilna 1942 wegen seiner Rettungsaktionen zum Tode verurteilte und hinrichten ließ, in eindrucksvollen Worten wie folgt: „Während [...] [der Zeuge] Kovner [erzählte] [...], lag Stille über dem Gerichtssaal; es war, als habe die Menge spontan beschlossen, die üblichen zwei Minuten des Schweigens zu Ehren des Mannes

33 Perry London, *The Rescuers: Motivational Hypotheses about Christians Who Saved Jews from the Nazis*, in: Jacqueline Macauley/Leonard Berkowitz (Hrsg.), *Altruism and Helping Behavior*, New York/London 1970, S. 241–250, hier: S. 242.

34 Vgl. zu Schmid den Beitrag von Peter Steinkamp in diesem Band.

Anton Schmid einzuhalten. Und in diesen zwei Minuten, die wie ein plötzlicher Lichtstrahl inmitten dichter, undurchdringlicher Finsternis waren, zeichnete ein einziger Gedanke sich ab, klar, unwiderlegbar, unbezweifelbar: wie vollkommen anders alles heute wäre, in diesem Gerichtssaal, in Israel, in Deutschland, in ganz Europa, [...] wenn es mehr solcher Geschichten zu erzählen gäbe.“ „Es wäre heute von größtem [...] Nutzen für Deutschland, nicht nur für sein Prestige [...], sondern für eine Wiedererlangung des inneren Gleichgewichts, wenn es mehr derartige Geschichten zu erzählen gäbe. Denn die Lehre solcher Geschichten ist einfach, ein jeder kann sie verstehen. Sie lautet, politisch gesprochen, daß unter den Bedingungen des Terrors die meisten Leute sich fügen, *einige aber nicht*.“<sup>35</sup>

Manfred Wolfson versuchte bereits im Frühjahr 1962, für die vom *Institute of the Righteous Acts* von Anfang an *auch* vorgesehene Sozialforschung über Lebensumstände und Motive von Retterinnen und Rettern Stiftungsgelder zu sammeln.<sup>36</sup> Aus einem acht Seiten umfassenden Memorandum zur Zielsetzung und Organisation der Stiftung, das er am 29. November 1962 abschloß, geht hervor, daß er sich im zu errichtenden Institut in der Stellung eines Forschungsleiters sah: „The Research Chairman, Professor Wolfson, should be responsible for developing the general research design for the scientific research into the altruistic personality and assist in designation of research scholarships and fellowships. His responsibilities would also include *general* direction over the compilation of a biographical dictionary of rescuers in the Nazi era, and the acquisition of relevant rescue literature for the archives and library.“<sup>37</sup>

35 Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München/Zürich 1986, S. 276, 278. Wolfson zitiert diesen Satz Hannah Arendts – „under conditions of terror most people will comply, *but some people will not*“ (Manfred Wolfson, *The Subculture of Freedom: Some People Will Not*, MS, 16 Seiten, 1970, hier: S. 2) – in mehreren seiner Berichte über Ergebnisse des Retterforschungsprojekts (s. auch den Titel von Manfred Wolfson, *The Anti-Hitler Resistance Revisited: Toward a Group Portrait of the German Rescuers of Jews*, MS, 12 Seiten, 1971, sowie ders., *Zum Widerstand gegen Hitler*, S. 393). Für Wolfson kennzeichneten Arendts Satz sowie die Ausdrücke „Subkultur der Freiheit“ von H. Lasswell und „demokratischer Dekalog“ von S. Neumann sein Projekt am besten.

36 MWN, Wolfson an D. Riesmann, 10. 5. 1962.

37 MWN, Memo vom 29. 11. 1962, S. 2.

In seiner Funktion als Forschungsleiter des Instituts hoffte Wolfson, in Dänemark, Holland und Deutschland vergleichende Retterstudien durchführen zu können, zusammen mit einem weiteren Forscher später, etwa ab 1964, auch solche in anderen Ländern Europas, zum Beispiel in Belgien, Frankreich oder Italien.<sup>38</sup> Welches Gewicht Wolfson dabei der sozialpsychologischen Erforschung der „altruistischen Persönlichkeit“, die man Rettern von Juden zuschreiben mag, zudachte, ist ungewiß. Wolfson gebrauchte diesen Begriff, wenn ich recht sehe, nur in diesem einen Dokument. Mehr als die sozialpsychologische Analyse sogenannter altruistischer Persönlichkeiten interessierte ihn als Politologen offenbar die in „Subkulturen der Freiheit“ wurzelnde *individuelle Wertbasis* und *politische Motivation* von Rettern.

Aus Gründen, über die der erhaltene Nachlaß wenig preisgibt, realisierte Wolfson sein diesbezügliches Projekt etwa ab 1964 auf eigene Verantwortung, ohne mit Rabbi Schulweis noch direkt zu kommunizieren.<sup>39</sup> Rabbi Schulweis' *Institute of the Righteous Acts*, mit dessen Anliegen sich Wolfson 1962 so sehr identifiziert hatte, entfaltete seine sozialwissenschaftlichen Ambitionen somit ab 1963/64 gleichsam auf zwei voneinander isolierten, sich gegenseitig ignorierenden Entwicklungslinien: *einerseits* auf derjenigen der *sozialpsychologischen* Erforschung von Rettermotiven durch drei amerikanische Psychologen und einen israelischen Sozialarbeiter,<sup>40</sup> *andererseits* auf der von Wolfsons

38 Ebenda, S. 4.

39 Vgl. MWN, Wolfson an Grimmig, 21. 3. 1966.

40 Die einzige Publikation über dieses wegen Geldmangels „nie richtig in Fahrt gekommene, [...] nur sporadisch funktionierende Projekt“ stammt von Perry London (*The Rescuers*, S. 242). Die vier am Forschungsprojekt beteiligten Sozialforscher (J. Bryan, R. Kurtzman, P. London und D. Rosenhan) wollten ursprünglich „repräsentative Stichproben von Rettern, Unbeteiligten und bekannten Kollaborateuren“ in von den Nationalsozialisten eroberten Ländern interviewen. Wegleitend war dabei die Hypothese, daß Retter und Kollaborateure ähnliche Persönlichkeitsmerkmale aufwiesen, da sie sich jeweils dem Mainstream des Unbeteiligtseins widersetzen (ebenda, S. 250). Es konnten indessen nur 27 Retter und 42 gerettete Juden interviewt werden, die aus Europa nach den USA oder Israel emigriert waren (ebenda, S. 243). Die Tonbandprotokolle der Interviews mit Rettern wiesen darauf hin, daß bei ihnen die folgenden drei „strukturellen Persönlichkeitszüge“ positiv mit altruistischem Verhalten korrelierten: 1. Abenteuerlust, 2. eine „starke Identifikation mit moralisch vorbildlichem Elternverhalten“, 3. das „Gefühl, eine sozial marginale Position einzunehmen“ (ebenda, S. 245).

*politologischen* Studien, die in sein „Gruppenporträt deutscher Retter von Juden“ mündeten.<sup>41</sup>

Die Arbeitshypothesen, von denen sich Wolfson leiten ließ, kommen gut in seinen Überlegungen zum Ausdruck, von denen er 1963 eine Schallplattenaufnahme erstellte. Er führt hier aus, daß er mit seinem Projekt, ohne „soziale, philosophische, religiöse oder psychologische Phänomene“ ganz auszublenden, primär die „politische Motivation“ uneigennütziger Retter von Juden bestimmen und Antworten auf die folgenden Fragen gewinnen wolle: „[...] how the rescuers were moved to the crucial moment of decision. What elements were parts of the ‚value dialogue‘? Microscopic examinations of the subculture of freedom would include such questions as: What have been the crucial factors and events within a longer educational process, which have produced a value system for the individual, which was strong enough to give him the stable anchor for his beliefs; a secure base from which he moved into a pattern of independence.“<sup>42</sup>

Eine mehrwöchige Erkundungsreise nach Deutschland und Dänemark im Jahre 1964 bestätigte Wolfson, daß sein Projekt „in internationalem Rahmen“, d. h. zunächst in Deutschland und Dänemark, vielleicht anschließend auch in Holland realisierbar sei. Nachdem die Disputation zu Wolfsons Doktorarbeit an der UC Berkeley mit Erfolg bestanden und er von seinem Doktorvater (Professor Paul Seabury) mit einem wohlwollenden Empfehlungsschreiben versehen worden war,<sup>43</sup> reiste Wolfson im Frühjahr 1965 nach Deutschland. Er hoffte, dort die geplanten Recherchen zur Ermittlung von Rettern und anschließende Interviews mit ihnen zügig durchführen zu können.

41 Wolfson, *The Subculture of Freedom*; ders., *The Anti-Hitler Resistance Revisited*; ders., *Zum Widerstand gegen Hitler*.

42 MWN, Transkript der Schallplattenaufnahme von 1963. Wolfson beschrieb den methodischen Ansatz seiner Studie auch mit den folgenden Worten: „Mich interessieren primär nicht die Schicksale der Retter oder das Drama der Rettung, sondern die verschiedenen Standorte der Retter, wie sie sich in den politisch-moralischen Wertgehalten noch erkunden lassen.“ (MWN, Wolfson an Gringauz, 19. 6. 1966) Und: „my interests as a political scientist [are also focused on questions] [...] about the Weimar Cultural Factors that were important for preparing the rescuers for their later roles“ (MWN, Wolfson an „Chuck“, 14. 6. 1971).

43 MWN, Schreiben vom 7. 4. 1965.

#### 4. Wolfsons Retterforschung und Max Horkheimer, 1965–1971

Wolfson organisierte sein Projekt in Deutschland anfänglich vom Standort Frankfurt am Main aus. Das Institut für Sozialforschung konnte ihm aus Platzmangel allerdings kein Büro zur Verfügung stellen. Von einem der Leiter des Instituts (Peter Schönbach) direkt und von Theodor W. Adorno mittels erfolgreicher Empfehlungsschreiben indirekt unterstützt, scheint das Forschungsprojekt zunächst gut vorangekommen zu sein. Dies geht jedenfalls aus zwei informativen Briefen hervor, die Wolfson im Mai/Juni 1965 schrieb. Der erste war an Professor C. C. Schweitzer (TU Berlin) gerichtet:

„Mit Hilfe einer Diplomsoziologin aus dem Frankfurter Institut spürte ich [letztes Jahr] einige Retter im Frankfurter Gebiet auf und führte einige Interviews durch, eins davon habe ich völlig auf Tonband aufgenommen, übertragen und ins Englische übersetzt. Dieses Testinterview von Dr. Zahl habe ich einigen der amerikanischen Berater gezeigt und besprochen. Besonders Harold Lasswell, Nevill Sanford, Hans J. Morgenthau und Gabriel Almond haben die Verfahrensweise und Resultate begrüßt [...] ich möchte in den kommenden Monaten etwa 50 solcher Testinterviews durchführen. Dabei [...] glaube ich, daß statt der ursprünglich hundert Retter es vorteilhafter wäre, nur die Hälfte, aber länger und intensiver zu befragen. Auch mag es gut sein, nicht den größten Teil der Retter in Berlin zu befragen – obgleich sie dort am häufigsten sind und auch durch die Vorarbeiten<sup>44</sup> leichter zu ermitteln sind [...]. Dann wäre die Frage, wo ich für die Untersuchung vorübergehend Platz finden könnte, der

44 „Vorarbeiten“ im doppelten Sinne *erstens* von Wolfsons Besprechungen mit dem Berliner Innensenator Dr. Brockhaus und Rolf Loewenberg (Jüdische Gemeinde Berlin) im Jahr 1964, den Zugang zu Akten betreffend, die der Geheimhaltung unterlagen; sowie *zweitens* im Sinne der von Innensenator Joachim Lipschitz initiierten, von dessen Freund Kurt Grossmann unterstützten Aktion zur Ehrung von Berliner Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegenüber Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes als „unbesungene Helden“ bewährt hatten (s. Kurt R. Grossmann, Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen, Berlin 1957). Die 1500 Ehrungsanträge, von denen 736 während der Laufzeit dieser Initiative (1958–1963) positiv beschieden wurden, werden im Rahmen des Forschungsprojekts „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung quantitativ und qualitativ ausgewertet (vgl. dazu auch die Einleitung und den Beitrag von Dennis Riffel in diesem Band).

doch in Berlin auch mangelt. In Frankfurt habe ich die Befragungen im Amerikahaus durchgeführt, somit die amerikanische Linie der Untersuchung unterstrichen, was dem Projekt förderlich war und auch leicht durchführbar war. In Berlins gedrängtem Gebiet wird es leichter sein, Hilfe fürs Projekt zu gewinnen, besonders da ich vorhabe, daß nach Abschluß der Studie die Tonbänder an geeignetem Ort für Studierende und Lehrkräfte auf dem Gebiet der Staatsbürgerbildung zur Verfügung stehen.“<sup>45</sup>

Anderthalb Monate später nahm Wolfson eine günstige Gelegenheit wahr, seine Kontakte zum inzwischen emeritierten Max Horkheimer zu erneuern:

„Dear Professor Horkheimer,

Yesterday when I had the chance to run into you in the hall of the Institute, I did not want to disturb your conversation. I was very happy to see you (the last time was over ten years ago [1954?] in the Grand Canyon). – From the 1963 report of the Atlantik-Brücke you have probably learned about my comparative research program on the rescuers of Jews from Nazi persecution, in order that light might be thrown on the operative value system and the sub-cultures of freedom. In this way it is hoped that we may sharpen our vision for the imperatives of the ‚democratic decalogue‘. In 1962 I had a letter from George N. Shuster (University of Notre Dame)<sup>46</sup> in which he told me that he has often discussed this problem with you [...]. I have currently taken leave of absence from Portland in order to continue the research with the help of the Alexander von Humboldt-Foundation. I am even hopeful that Professor Adorno can act as an academic patron [...] in case you have further interest, I may add that Dr. Peter Schönbach is more fully briefed on the research project. For your information I am enclosing a copy of one of the pretests.“<sup>47</sup>

Wolfsons Annahme, daß Horkheimer an seinem Retterforschungsprojekt besonders interessiert sein könnte, war berechtigt. Horkheimer hatte sich schon während des Zweiten Weltkrieges Gedanken über Menschen gemacht, die sich

45 MWN, Wolfson an Schweitzer, 15. 5. 1965.

46 George N. Shuster (1894–1977, Präsident des Hunter College, New York von 1940 bis 1960) ist nicht mit *Zachariah* Shuster (jenem „anständigen und gescheiten Menschen“, von dem Horkheimer im oben zitierten Brief an Marie Jahoda vom 5. 7. 1948 spricht) zu verwechseln, mit dem Horkheimer einen sehr regen Briefwechsel unterhielt (vgl. die 232 erhaltenen Briefe von und an Horkheimer bzw. Z. Shuster im MHA).

47 MHA, Wolfson an Horkheimer, 30. 6. 1965.



für verfolgte Juden einsetzten. Er erzählte öfters von jenen 110 Erfahrungsberichten überwiegend jüdischer Flüchtlinge, über die er aufgrund eines gemeinsam mit Thomas Mann unterzeichneten Aufrufs in der jüdischen Zeitung *Aufbau* vom 8. Oktober 1943 verfügte. Die Einsendungen schienen ihm zu zeigen, „daß ehrliche Konservative und echt Religiöse, vor allem Katholiken, oftmals am ehesten menschenfreundlich und couragiert waren“.<sup>48</sup> Seltener vertrat er demgegenüber eine andere, an sich besonders naheliegende Auffassung, die als Umkehrschluß direkt aus den Untersuchungen Adornos u. a. über die „autoritäre Persönlichkeit“ ableitbar war. In seinem Vortrag „Das Vorurteil“, den er am 8. November 1955 vor der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main hielt, meinte er,<sup>49</sup> man habe herausgefunden, „daß viele derjenigen, die Widerstand gegen das NS-Regime geübt hätten, aus Familien kämen, in denen die Väter nicht gestraft hatten und die Mütter besonders liebesfähig gewesen seien“.<sup>50</sup>

Wie fragwürdig auch immer das Argumentieren mit Schlüsselfaktoren dieser Art ist (vgl. Abschnitt 6) – Horkheimers „Überzeugung von der großen Bedeutung“ des Retterforschungsprojektes, von der er in seinem eingangs zitierten, letzten Brief an Manfred Wolfson sprach, war nicht einfach nur eine Höflichkeitsfloskel. Wolfsons „menschenfreundliches“ Projekt sprach unmittelbar die Sehnsucht des alternden Horkheimer nach Erlösung der Menschen vom Bösen, von Unglück und Leid an. Von ihr hatte er sich spontan schon in seiner Jugend leiten lassen – hegelianisch, marxistisch und freudianisch vermittelt auch noch in seinen geistig produktiven Lebensjahren. Gegen Kritik jüdischer Emigranten an seinem Entschluß, nach Kriegsende wieder in Deutschland zu wirken, machte er geltend: „Den Millionen jüdischer Opfer des Hitlerregimes hält nicht der die Treue, der die Menschen verdächtigt, welche sich um die substantielle Änderung Deutschlands bemühen, sondern der, welcher sie zu stärken versucht.“<sup>51</sup>

48 Horkheimer an Slawson, 14. 2. 1948; MHG 17, S. 927.

49 Vielleicht mit Bezug auf David M. Levy, *The German Anti-Nazi*, in: *American Journal of Orthopsychiatry* 16 (1946), S. 507–515, und ders., *Anti-Nazis' Criteria of Differentiation*, in: *Psychiatry* 11 (1948), S. 125–167.

50 Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1998, hier: Bd. 1 (Chronik), S. 114.

51 Horkheimer an den Herausgeber des *Aufbau*, 12. 8. 1953; MHG 18, S. 243.

Später entpolitisierte und personalisierte er dieses Motiv, indem er den Sinn seiner Aktivitäten in und für Deutschland darin erblickte, „durch die Art unseres Lebens wie durch Lehtätigkeit und einige Schriften anständige Gesinnung in einige Menschen zu pflanzen“.<sup>52</sup> Denn durch all die „entsetzlichen Jahrhunderte der Geschichte hindurch überlebte das Gute in den Einzelnen, die es praktizierten und zu denen auch jene Großen gehören, die der [...] Gemeinheit Widerstand leisteten. Es sind sehr viel mehr gewesen, als wir ahnen.“<sup>53</sup> Auf die Frage des Redakteurs einer Gewerkschaftszeitung, „Warum sind Sie aus der Emigration in die Bundesrepublik zurückgekehrt?“, antwortete er am 13. November 1962: „Ich kam hierher in Erinnerung an die gar nicht wenigen und meist vergessenen Menschen in Deutschland, die dem Mordregime widerstanden, vor allem an diejenigen meiner nichtjüdischen Studenten, die ihr Leben wagten. Es war mein Glaube, daß auch in künftigen Generationen einige sich finden werden wie sie. Die Hoffnung, keineswegs die Gewißheit, dazu etwas beitragen zu können, hat mich bestimmt.“<sup>54</sup>

Horkheimer hat damit zugleich auch das Erkenntnisinteresse von Wolfsons Studie ausgesprochen: Es ging auch Manfred Wolfson wesentlich um die Stärkung eben jener Anlage zum Bessern im Menschen, die unter schlechten Umständen verkümmert, unter menschlichen Bedingungen aber breiter und schöner als in der bisherigen Unglücksgeschichte sich sollte entfalten können.

## 5. Schwierige Durchführung und erste Ergebnisse von Wolfsons Retterforschungsprojekt, 1965–1975

Wolfson glaubte noch im August 1965, daß seine Forschung in international vergleichender Absicht auch in Dänemark und in Holland durchgeführt werden könne.<sup>55</sup> Umfragen bei den jüdischen Gemeinden Deutschlands waren jedoch entmutigend unergiebig; einige Institutionen, insbesondere Anwaltsverbände oder einzelne Gemeinden, beurteilten das Projekt u. a. mit dem

52 Horkheimer an K. Walch-Lux, 16. 5. 1960; MHG 18, S. 476.

53 Horkheimer an H. Hoerning, 20. 12. 1962; MHG 18, S. 541.

54 Ebenda, S. 540; ähnlich auch S. 572, 617.

55 MWN, Beilage Wolfsons zu einem Rundschreiben von Hans Lamm vom 16. 8. 1965.

Argument, es sei „keineswegs gesagt, daß Juden, denen geholfen worden ist, heute noch an diese Zeit erinnert werden wollen“, skeptisch.<sup>56</sup> Im November 1965 berichtete Wolfson Dr. W. Stahl (Hamburg) über seine Schwierigkeiten: „Allgemein leide ich unter der Nichtunterstützung von amtlicher Seite, da unter Hinweis auf das Amtsgeheimnis die Ermittlungen schnell gestoppt werden können. In Berlin hatte ich, wie Sie sich erinnern, dsbzgl. eine Konferenz mit Senator Dr. Brockhaus, die dahin kam, diese Schwierigkeiten zu überbrücken, weil der Senat die Namen der Retter von Rolf Loewenberg (Jüd. Gemeinde Berlin) erhalten hatte, der bei der Konferenz zugegen war. In allen anderen Bundesländern sind die Hindernisse weit größer und ich glaube, daß eine Unterstützung mindestens seitens des Bundespräsidenten und des Bundesjustizministeriums notwendig ist.“<sup>57</sup>

Um wenigstens in einem Land hinreichend viele auskunftsbereite Retterinnen und Retter aufspüren zu können, konzentrierte Wolfson seine knappen Ressourcen nun auf Deutschland. Er gab seinen – wenig erfolgversprechenden – Plan auf, von oberster Stelle dazu ermächtigte Beamte die Akten der Entschädigungsämter großer Städte nach Namen von Rettern durchsuchen zu lassen. Schließlich entschloß er sich nach Überwindung einiger Bedenken doch noch dazu, ausgewählte Printmedien (*Aufbau*, *Israelitisches Wochenblatt der Schweiz*, *Die Zeit*, *FAZ*) und Radios (Westdeutscher Rundfunk, holländischer Rundfunk, israelischer Rundfunk) für seine Zwecke einzuschalten. Er befürchtete ursprünglich, daß sich bei ihm – ähnlich wie im Falle von Joachim Lipschitz' Ehrungsinitiative – nur eine einseitige Auswahl sozial hilfsbedürftiger, wirklicher oder vermeintlicher Retter von Juden melden würde. In einem Brief an Peter Schönbach zu Händen Adornos, der die beantragte Verlängerung des Stipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung befürworten soll-

56 MWN, Fleisch an Wolfson, 10. 11. 1965; vgl. zu „vergangenheitspolitischen“ Fragen dieser Art die ausgezeichneten Studien von Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1999, und Peter Novick, *The Holocaust in American Life*, Boston/New York 1999; s. ferner auch Peter Steinbach, „Unbesungene Helden“ – ihre Bedeutung für die allgemeine Widerstandsgeschichte, in: ders. (Hrsg.), *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*, Paderborn 1994, S. 215–233.

57 MWN, Wolfson an Stahl, 5. 11. 1965.

te, nannte Wolfson Gründe für die eingetretene Projektverzögerung. Dabei konnte er immerhin schon auf 40 „erwiesene Retter“ verweisen, die ihm mittlerweile für Interviews zur Verfügung standen:

„Durchschnittlich hat sich nur jeder dritte gemeldete Retter, den ich um sein prinzipielles Einverständnis bat, zur Mitarbeit bereit erklärt. Manchmal hat deren Krankheit [...] eine Verzögerung verursacht, in anderen Fällen mußte deren Bescheidenheit soweit berücksichtigt werden, daß ein persönlicher Vorbesuch erforderlich war [...]. Auch mußten einige Personen [...] ausscheiden, da sich zum Beispiel herausstellte, daß ihre Hilfe gegen Bezahlung durchgeführt wurde. In das Inventar wurden in erster Linie diejenigen Retter genommen, die von den Geretteten selbst (im Gespräch oder brieflich aus Canada, Holland, USA, England, Schweiz usw.) genannt wurden, oder wo sonstige Beweise vorgewiesen werden konnten.- Demnach ergibt sich zum 1. Juni 1966 folgendes Bild: Vierzig erwiesene Retter (10 Nordrhein-Westfalen; 9 Hessen; 6 Baden-Württemberg; 4 Bayern; 4 Berlin; 3 Hamburg; 2 Bremen; 2 Rheinland-Pfalz; 0 Niedersachsen; 0 Saar).“<sup>58</sup>

Den anhaltend zähen Bemühungen Wolfsons ist es zu verdanken, daß sein Projekt trotz vieler Schwierigkeiten und Widerstände am Ende nicht ähnlich weit hinter den ursprünglichen Zielsetzungen zurückblieb wie das Parallelprojekt, das zeitgleich mit dem seinen aus Rabbi Schulweis' Initiative hervorgegangen war. Gemäß seinem Antrag zu einer nochmaligen Verlängerung des Dozentenstipendiums bis zum 30. Juni 1967 verfügte er Anfang 1967 bereits über 76 Retterinnen und Retter, die er schriftlich befragt, interviewt oder deren Teilnahmebestätigung er erhalten hatte.<sup>59</sup> Einige dieser Personen sandten ihm ihre Antworten auf seinen Fragebogen zu, auch nachdem er zusammen mit seiner Familie im Spätsommer 1967 in die USA heimgekehrt war. 1970/71 endlich war er so weit, über Ergebnisse seiner aufwendigen Recherchen berichten zu können.<sup>60</sup> Diese ersten beiden Darstellungen sollten lediglich eine eher *sozialstatistische* Grundlage für ein Gruppenporträt der 70 deutschen Retter verfolgter Juden bilden, die seine Auswahlkriterien erfüllten. Ein weiterer Bericht sollte später „das Wertsystem (*value system*) der Retter im einzelnen“ darstellen.<sup>61</sup>

58 MWN, Wolfson an Schönbach, 31. 5. 1966.

59 MWN, Wolfsons Antragsentwurf ca. vom Februar 1967.

60 Wolfson, *The Subculture of Freedom*, ders., *The Anti-Hitler Resistance Revisited*.

61 Wolfson, *The Anti-Hitler Resistance Revisited*, S. 1.

Die Daten über die 70 Personen stammten einerseits aus 30 schriftlich beantworteten Fragebogen, andererseits aus 40 auf Tonbändern aufgezeichneten Interviews, in deren Verlauf Wolfson dieselben Fragen wie in seiner schriftlichen Umfrage stellte. Über Methodenprobleme der beiden Befragungsmedien schreibt Wolfson in seinem ersten Ergebnisbericht (und nur in ihm): „The advantage of the 40 depth interviews which we recorded lies in the spontaneity of the answers; the advantage of the 30 questionnaires lies in the fact that for certain replies more time to recall earlier events was useful, even if this method deprived us of valuable insights and clues [...]“<sup>62</sup>

*Hauptergebnisse* von Wolfsons sozialstatistischer Auswertung seiner Daten sind gemäß dem umfassendsten Rechenschaftsbericht, den er zu diesem Thema verfaßt hat:<sup>63</sup>

- 60 % der 70 Retter waren *Männer*, 40 % *Frauen*.
- 84 % der Befragten waren *vor 1910 geboren* worden, d. h. sie „waren am Ende der Weimarer Republik mindestens 24 Jahre alt“<sup>64</sup>
- Nur 20 % der Personen waren zum Zeitpunkt der Rettung (d. h. frühestens ab Ende 1938, oft nach Kriegsbeginn, meistens nach Ende 1941) *alleinstehend*, 73 % waren *verheiratet*, und gut 50 % von ihnen hatten Kinder.
- 66 % der Befragten hatten schon vor dem Zeitpunkt der Rettung wenigstens sporadisch *Kontakt* mit den Verfolgten, 33 % hatten *keinen Kontakt* zu ihnen.
- 25 % der Retter bekleideten als Rechtsanwälte, Ärzte, Hochschullehrer oder höhere Beamte *beruflich hochstehende* Positionen, 14% übten „*geistige Berufe*“ (wie die eines Künstlers, Schriftstellers, Musikers) aus. 8 % waren *Fabrikbesitzer* oder *Geschäftsführer*. Von den 14 % *Hausfrauen* gehörte die Hälfte der *Oberschicht* an – Daten, die aus der Sicht Wolfsons die Aussage von Grossmann *widerlegen*, daß die meisten Retter kleine, bescheidene Leute waren, und daß die besseren Schichten der Deutschen nicht den Mut hatten, „Stellung und Existenz zu riskieren“<sup>65</sup>
- 33 % der Personen waren zum Zeitpunkt der Rettung *protestantische Christen*, insbesondere Angehörige der *Bekennenden Kirche*, nahezu 22 % *Katho-*

62 Wolfson, *The Subculture of Freedom*, S. 6.

63 Wolfson, *Zum Widerstand gegen Hitler*, S. 396 ff.

64 Ebenda, S. 396.

65 Ebenda, S. 399.

liken. Freikirchenmitglieder eingerechnet, bekannten sich also rund 58 % der Retter als *Christen*. Von den restlichen 42 % waren je etwa die Hälfte einerseits *areligiöse Freidenker*, andererseits *religiös wenig gebundene* Kirchenmitglieder.

- Je gut 20 % der Befragten standen vor und während des „Dritten Reichs“ *politisch entweder links oder rechts* (drei waren sogar Parteimitglieder der NSDAP gewesen), 28 % sympathisierten mit Parteien der *bürgerlichen Mitte* (mit der Demokratischen Partei, dem Zentrum, der Bayrischen oder Deutschen Volkspartei). Als zum Zeitpunkt der Rettung *unpolitisch* bezeichneten sich 29 %.
- Obwohl Wolfson, um eine einseitige Fokussierung seiner Forschung auf Berlin zu vermeiden, nur elf Interviews mit dort ansässigen Rettern durchführte, fanden 41 % der ihm berichteten Rettungsaktionen in *Berlin* und Umgebung statt – eine für ihn, den gebürtigen Berliner, offenbar allzu verführerische Gelegenheit, die Urbanität, Toleranz, den Kosmopolitismus, „besonderen Esprit“ und Witz der Berliner (deren „Herz mit Schnauze“) als Resistenzfaktoren anzuführen, die sie gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung weniger anfällig machten.<sup>66</sup> Wolfson schloß diese Interpretation an „Beobachtungen“ an, die Hannah Arendt 1950 in ihrer Reportage über deutsche Nachkriegszustände publiziert hatte.<sup>67</sup>
- 57% der Retter waren zugleich *an anderen Widerstandsaktionen beteiligt* (an illegalen Zusammenkünften, dem Drucken und Verteilen von Flugblättern u. ä.).<sup>68</sup> Wolfson hebt in diesem Zusammenhang als ein Hauptergebnis seiner Untersuchung besonders hervor, daß „die kleine Schar der Retter“ dem Widerstand gegen Hitler nicht nur nahestand, sondern geradezu als „ein wichtiger Teil“ desselben betrachtet und anerkannt werden sollte.<sup>69</sup> Die Art und Weise, wie die Befragten vier ihnen im Interview genannte Per-

66 Ebenda, S. 397 f., 406 f.

67 Hannah Arendt, *Besuch in Deutschland (1950)*, in: dies., *Zur Zeit. Politische Essays*, Berlin 1986, S. 43–70. Vgl. dazu Wolfson, *The Subculture of Freedom*, S. 9: „After the war, it was observed by Hannah Arendt, that in the midst of tremendous physical destruction the Berliners had remained intact and it was believable, when the Berliners claimed that Hitler never entirely succeeded in conquering them.“

68 Ebenda, S. 401.

69 Ebenda, S. 405.

sönlichkeiten des deutschen Widerstandes beurteilten (Carl v. Ossietzky, C. A. Graf von Galen, Sophie Scholl und C. S. Graf von Stauffenberg), bestätigte Wolfson in seiner Annahme.<sup>70</sup> Diese Urteile sind im übrigen die einzigen differenzierteren Indikatoren, die Wolfson zum politischen Bewußtsein und „Wertesystem“ der von ihm befragten Personen publiziert hat. Seine Untersuchung blieb aus den eingangs erwähnten Gründen un abgeschlossen. In welchem Sinne man sich heute ihre, wenn nicht Vollendung, so doch Fortführung – das Weiterschreiben an ihr – vorstellen mag, soll abschließend erwogen werden.

## 6. Schlußbemerkung:

### Desiderate einer Sozialgeschichte der sozialwissenschaftlichen Erforschung gesellschaftlicher Ursachen und politischer Folgen autoritärer Persönlichkeitsstrukturen

*Sozialwissenschaftliches Expertenwissen* (im engeren Sinne des Fachwissens von Politologen, Soziologen, (Sozial-)Psychologen und Kulturanthropologen) spielte während und nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl in der US-Nachkriegsplanung wie auch im Rahmen der amerikanischen Entnazifizierungs-, Umerziehungs- und Demokratisierungspolitik eine recht bedeutsame Rolle.<sup>71</sup>

<sup>70</sup> Ebenda, S. 402-405.

<sup>71</sup> S. u. a. Clemens Albrecht u. a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a. M./New York 1999; Ulrich Borsdorf/Lutz Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976; Harold Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik, Köln 1983; ders., Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 3: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946, Köln 1984; Pollock, Besatzung und Staatsaufbau nach 1945; Alfons Söllner (Hrsg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst, Bd. 1: 1943-1945, Frankfurt a. M. 1982; ders. (Hrsg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst, Bd. 2: 1946-1949, Frankfurt a. M. 1986; Tent, Mission on the Rhine.

Einerseits machten Behörden der USA (vor allem ihre Nachrichten-, politischen Planungs-, Personal- und psychologischen Kriegsführungsdienste) von geeigneten Instrumenten der *sozialwissenschaftlichen Aufklärung selber Gebrauch*: Die Stimmung in der eigenen Militär- und Zivilbevölkerung, aber auch im besetzten Nachkriegsdeutschland wurde qualitativ – etwa durch Beobachtung von Graffiti<sup>72</sup> – und quantitativ mittels Meinungsforschung regelmäßig „vermessen“; Sozialwissenschaftler leiteten aus umfassend recherchierten Lagebeurteilungen Handlungsempfehlungen ab usw. Andererseits hielt die amerikanische Besatzungsmacht den *Export sozialwissenschaftlicher Forschungstraditionen der USA* für ein langfristig wichtiges Mittel der Demokratisierung Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Professuren und Forschungszentren wie das Frankfurter Institut für Sozialforschung wurden bevorzugt gefördert, die Fächer Sozial- und Staatsbürgerkunde zu wichtigen Bausteinen eines demokratisch reformierten Schulsystems erklärt, sozialwissenschaftliche Forschung über Folgen der Entnazifizierung und tieferliegende Strömungen der öffentlichen Meinung Deutschlands ermöglicht.<sup>73</sup>

Die *Serie sozialwissenschaftlicher Forschungsbefunde* (Theorien, Daten und Interpretationen) zu gesellschaftlichen Ursachen und politischen Folgen autoritärer Persönlichkeitsstrukturen<sup>74</sup> und deren Gegenteile<sup>75</sup> ist in diesem Zusammenhang zu sehen: Es sind durchweg Texte, die mit Mitteln sozialwissenschaftlicher Empirie und Theorie einen Beitrag zur „substantiellen Änderung“ nachfaschistischer Verhältnisse leisten wollten. *Wie* sie dies im einzelnen taten, kann im Rahmen dieses ersten Einblicks in den Entstehungszusammenhang eines einzigen Beispiels, desjenigen von Manfred Wolfson, nicht ausgeführt werden. Auch oberflächlich besehen, spricht immerhin kaum etwas für,

72 Tent, *Mission on the Rhine*, S. 87.

73 Ebenda, S. 116 f., 126 f.; Albrecht u. a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik*; Walter Dirks, *Folgen der Entnazifizierung. Ihre Auswirkungen in kleinen und mittleren Gemeinden der drei westlichen Zonen*, in: *Sociologica. Aufsätze*, Max Horkheimer zum sechzigsten Geburtstag gewidmet. Frankfurt a. M. 1955, S. 445–470, Friedrich Pollock (Hrsg.), *Gruppenexperiment*, Frankfurt a. M. 1955.

74 Theodor W. Adorno u. a. (Hrsg.), *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

75 Levy, *The German Anti-Nazi*; ders., *Anti-Nazis' Criteria*; London, *the Rescuers*; Wolfson, *the Subculture of Freedom*; ders., *The Anti-Hitler Resistance Revisited*; ders., *Zum Widerstand gegen Hitler*; Samuel Oliner/Pearl Oliner, *The Altruistic Personality. Rescuers of Jews in Nazi-Europe*, New York 1988; Eva Fogelman, *The*



sehr vieles aber gegen die Annahme, daß die Forschungsergebnisse von Levy über angeblich nichtautoritär sozialisierte Anti-Nazis, von London, Fogelman, Oliner und Oliner über die altruistische Persönlichkeit, von Wolfson über die politische Sozialisation von Bürgern mit Zivilcourage und von Staub über die Sozialpsychologie von Tätern, Helfern, Opfern und Zuschauern „zur Eindeutigkeit konvergieren“ – um mit Robert Musil zu sprechen. Alle diese Forschungsergebnisse werden ganz im Gegenteil um so vieldeutiger und problematischer, je genauer man ihnen theorie- und methodenkritisch auf den Zahn fühlt.

In diesem Sinne Forschungsbefunde der Sozialwissenschaften als wie auch immer akademisch verschlüsselte Antworten auf die Fragen ihres geschichtlichen Entstehungszusammenhangs zu verstehen, gehört zu den faszinierendsten Aufgaben einer „hinreichend weitgefaßt“ verstandenen Gegenwartsgeschichte.

Rescuers: A Socio-psychological Study of Altruistic Behavior during the Nazi-Era. Unveröff. PhD-Arbeit am Graduate Center der City University of New York, 1987; dies., „Wir waren keine Helden“: Lebensretter im Angesicht des Holocaust – Motive, Geschichten, Hintergründe, Frankfurt a. M./New York 1995; Ervin Staub, *The Roots of Evil. The Origins of Genocide and Other Group Violence*, Cambridge 1989; ders., *Individual and Societal (Group) Values in a Motivational Perspective and their Role in Benevolence and Harmdoing*, in: Nancy Eisenberg/Janusz Reykowski/Ervin Staub (Hrsg.), *Social and Moral Values. Individual and Societal Perspectives*, Hillsdale N. J., London 1989, S. 45–61; ders., *Die Psychologie von Zuschauern, Tätern und Heroischen Helfern*, in: Bernd Strauss (Hrsg.), *Zuschauer*, Göttingen 1998, S. 295–324





*Manfred Wolfson*

---

REVITAL LUDEWIG-KEDMI

## Moraldilemmata von Rettern von Juden

Sozialpsychologische Interpretation  
und pädagogische Umsetzung

Was motivierte und befähigte Frauen und Männer im nationalsozialistischen Deutschland, unter Gefährdung der eigenen Person und ihrer Familie verfolgten Juden zu helfen? Dieser Frage ging Manfred Wolfson (1923–1987) in den 60er Jahren anhand von Interviews mit über 70 Deutschen nach. Wolfson wurde als ältester Sohn einer jüdischen Familie in Berlin geboren. Als es ihm 1939 noch rechtzeitig gelang, aus Deutschland zu fliehen, ahnte er wohl nicht, daß er eines Tages als amerikanischer Politologe dorthin zurückkommen würde. In der ersten Zeit nach seiner Rückkehr interessierte sich Wolfson für NS-Täter und nahm im Auftrag der amerikanischen Regierung an den Nürnberger Pro-

zessen teil.<sup>1</sup> Es waren die Gespräche mit „Hitlers vormaligen Ministern und Hoheitsträgern“ im Rahmen der Nürnberger Prozesse, die Wolfson dazu führten, nach Retterinnen und Rettern in Deutschland zu suchen. Einige der Täter hatten sich gefragt, „wann sie hätten ‚nein‘ sagen sollen“, wie sie sich also der Autorität des NS-Regimes hätten widersetzen können.<sup>2</sup>

Die „Retter“ bezeichnet Wolfson als Menschen, die im Gegensatz zu Mitläufern und Tätern „nicht manipulierbar sind“. NS-Täter auf der einen Seite und Retter von Juden auf der anderen repräsentieren zwei extreme Pole der Nutzung von Handlungsspielräumen in der NS-Diktatur: SS-Leute meldeten sich freiwillig, um Menschen im Sinne des Nationalsozialismus zu verfolgen. Die anderen entschieden sich, Verfolgten zu helfen, und kämpften damit gegen die Ziele der Nationalsozialisten. Zwischen diesen beiden Gruppen stehen die Mitläufer, die sich selbst meist als handlungsunfähig beschreiben, wobei ihr Schweigen den Tätern den Weg freimachte bzw. von letzteren als stillschweigende Zustimmung verstanden wurde.<sup>3</sup>

Manfred Wolfson wollte die Vergangenheit erforschen, um für die Zukunft zu lernen. Heute, mehr als 30 Jahre später, ist seine Retterstudie selbst ein Stück Geschichte geworden. Wolfson gelang es nicht, seine Forschung zu beenden, und so stellt die Analyse seiner Studie, die zwischen 1999 und 2001 an der Universität St. Gallen durchgeführt wurde, eine Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Forschung und pädagogischen Intention dar.<sup>4</sup> Unsere Arbeit ist daher zum Teil auch die Analyse seines Forschungsansatzes und entspricht einer Rekonstruktion zweiten Grades.

In der vorliegenden Untersuchung steht das Verhalten der Retter aus psychologischer und pädagogischer Sicht und weniger die Rekonstruktion des historischen Kontextes im Vordergrund, was damit zusammenhängt, daß ich Psychologin und keine Historikerin bin. Im folgenden werden zunächst Wolfsons

1 1965 beendete Wolfson seine Dissertation über „The SS Leadership“. Zu Leben und Werk vgl. den Beitrag von Emil Walter-Busch in diesem Band.

2 Manfred Wolfson, Zum Widerstand gegen Hitler: Umriss eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden, in: Joachim Hütter u. a. (Hrsg.), Tradition und Neubeginn, Köln 1975, S. 391–408, hier: S. 391.

3 Peter Novick, The Holocaust in American Life, Boston/New York 1999.

4 Forschungsprojekt „Manfred Wolfson. Die politische Ethik von deutschen Rettern verfolgter Juden, 1938–1945“ an der Universität St. Gallen, Schweiz. Projektmitarbeiter: Prof. Emil Walter-Busch, Dr. Revital Ludewig-Kedmi, Deborah Wolfson Rimle.

Hypothesen und Ergebnisse vorgestellt, wie sie sich anhand der Dokumente aus seinem Nachlaß rekonstruieren ließen (Interviewaufnahmen, -transkripte, Fragebögen, Briefe und Forschungspläne). In einem weiteren Teil werden die Moraldilemmata von deutschen Helfern beschrieben. Schließlich beschäftigt sich der Beitrag mit der Frage, wie sich heutige Jugendliche mit dem Thema „Deutsche Retter und ihre Moraldilemmata“ auseinandersetzen können.

## Wolfsons Hypothesen und Ergebnisse

### *Die Auswahl der Retterinnen und Retter*

Wolfsons Studie ist die erste wissenschaftliche Untersuchung über deutsche Retter von Juden. Als Politologe wollte er seine Hypothesen anhand von empirischen Daten überprüfen. In seinem Nachlaß fanden wir Interviewaufnahmen und Erhebungsbögen von insgesamt 74 Rettern, die er zwischen 1963 und 1968 befragt hatte.<sup>5</sup> Dabei handelt es sich um 44 Männer und 30 Frauen, darunter zwei Paare. Ihr durchschnittliches Alter betrug zur Zeit der Rettung 43 Jahre, wobei die jüngste Person 24 und die älteste 65 Jahre alt war. Wolfson wollte eine möglichst repräsentative Studie durchführen. Es war ihm jedoch klar, daß dies nur bedingt möglich war, da eine „unbekannte Zahl von Rettern durch die NS-Justiz hingerichtet wurde und andere inzwischen gestorben sind“.<sup>6</sup> Des weiteren vermutete er, daß eine ebenfalls unbekannte Zahl sich nicht für die Teilnahme an der Untersuchung bereit finden würde. Die Namen und Adressen der Befragten erhielt Wolfson aus vier Quellen: (a) Durch Korrespondenz mit überlebenden Jüdinnen und Juden aus zahlreichen Ländern, u. a. aus den USA, aus Israel, Kanada, Frankreich, Schweden und der Schweiz. (b) Über Anzeigen in der deutschen Presse<sup>7</sup> sowie im Rundfunk. Als Reaktion er-

5 Einen großen Teil der Retter hat Wolfson persönlich interviewt. Gegen Ende seiner Studie verschickte er auch Fragebögen, da er ab 1968 wieder in Amerika lebte. Der Interviewleitfaden und die Fragebögen waren nach Inhalt und Reihenfolge identisch.

6 Wolfson, *Widerstand*, S. 395.

7 Der Anzeigentext in der Wochenschrift *Die Zeit* vom 25. 2. 1966 lautete: „Meine Untersuchung will über die verschiedenen religiösen und humanistischen Standorte der Retter zum politisch-moralischen Wertgehalt gelangen, die Antriebe zur oft komplexen Selbstentscheidung erhellen und somit den Blick für die Gebote des ‚demokratischen Dekalogs‘ schärfen. [...] Deshalb würde ich es sehr begrüßen, wenn

hielt er über 500 Briefe von Geretteten, Rettern sowie von Personen, die Retter kannten. (c) Von Institutionen, insbesondere vom Berliner Innensenator Theodor Huss, der sich – im Rahmen der von seinem Vorgänger Joachim Lipschitz begründeten Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ – für die Ehrung von Berliner Bürgern einsetzte, die in der NS-Zeit Verfolgten uneigennützig Hilfe gewährt hatten.<sup>8</sup> (d) Von Kurt Grossmann, dem in New York lebenden Autor des 1957 erschienenen Buches *Die unbesungenen Helden*, mit dem Wolfson befreundet war.<sup>9</sup>

Bei der Auswahl der über 70 Retter waren Wolfson vor allem zwei Kriterien wichtig: (a) Die Rettungsgeschichte mußte glaubhaft nachgewiesen sein. In den meisten Fällen scheint Wolfson den Vorgang bereits vor dem Interview gekannt zu haben, und zwar anhand von Akten oder Ehrungen. (b) Weiterhin war ihm wichtig, daß die Rettungsorte geographisch möglichst breit gestreut waren. Da er eine „differenzierte Darstellung der deutschen Retter“ erreichen wollte, nahm er aus Berlin nur elf Personen in seine Studie auf, obwohl die Zahl der Rettungen dort, wie er wußte, weit höher war als die in anderen Städten.<sup>10</sup>

### *Ein heterogenes Retterbild*

In den Interviews und Fragebögen stellte Wolfson den Retterinnen und Rettern etwa 60 Fragen, deren genauere Analyse Rückschlüsse auf seine Hypothesen und Überzeugungen zulassen. Sein standardisierter Fragebogen enthält folgende sieben Frageblöcke:

baldige Meldungen von erwiesenen Rettern an mich gesandt werden. Die Anonymität bleibt bei den Befragungen gewahrt, doch ihr Vermächtnis wird später in der Gesamtdokumentation an der Deutschen Bibliothek, Frankfurt, für staatszerzieherische Zwecke zur Verfügung stehen.“

- 8 Zur Ehrungsinitiative von Joachim Lipschitz vgl. den Beitrag von Dennis Riffel in diesem Band.
- 9 Kurt R. Grossmann, *Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen*, Berlin 1957.
- 10 Wolfson, *Widerstand*, S. 397 f. In diesem Zusammenhang hat sich Wolfson auch mit der Frage beschäftigt, wie sich die große Zahl der Rettung von Juden in Berlin im Vergleich zu anderen Städten erklären läßt. Er glaubte, daß der „besondere Charakter der Berliner“ hierfür eine Rolle spielte.

1. Biographische Daten
2. Meinung über bekannte Persönlichkeiten des deutschen Widerstands und zu Widerstandsformen
3. Umgang mit Juden und Antisemitismus
4. Die Retter als „politische Personen“ (Interesse an Politik, politisches Handeln, politische Bildung/Meinung)
5. Moralische Maßstäbe sowie Vorbilder (z. B. in Literatur, Politik, Familie)
6. Erziehungsstile (autoritäre oder nichtautoritäre Ideale)
7. Die Umstände der Rettungsaktionen<sup>11</sup>

Schon die biographischen Daten wie damaliger Wohnort, Familienstand und Beruf sowie die politische Überzeugung der Retter zeigen, daß sie eine heterogene Gruppe bilden: Sie kommen aus verschiedenen Schichten, sind unterschiedlich gebildet und begütert. Ein Teil von ihnen kannte Juden vor der Rettung, andere nicht. Einige haben sich intensiv mit dem Phänomen des Antisemitismus auseinandergesetzt. Bei anderen waren dagegen auch philosemitische oder antisemitische Stereotypen anzutreffen, wie dies in den Interviews mehrmals deutlich wird („Juden sind besonders intelligent“, „begabt“ oder „geschickt im Umgang mit Geld“). 60 % der von Wolfson befragten Personen gaben an, daß sie politisch aktiv und auch an anderen Widerstandsaktionen beteiligt gewesen waren. Trotz des erstaunlich hohen Anteils an Rettern, die eine deutliche politische Orientierung hatten, war Wolfson überrascht, daß etwa 30 % sich als apolitisch bezeichneten, keine Tageszeitung lasen und angaben, sie hätten sich weder während noch nach der NS-Zeit für Politik interessiert.<sup>12</sup> Er hatte anfänglich angenommen, daß die Retter politische Menschen seien. Auf diesen Befund seiner Analyse (wie auch auf die oben unter Punkt 2 bis 4 genannten Themen) geht Wolfson in seiner einzigen einschlägigen Veröffentlichung von 1975 ausführlich ein.

11 Dies ist nicht die Reihenfolge, in der Wolfson die Retter befragt hat, sondern die Reihenfolge, in der ich diese Themen im Beitrag schildern werde.

12 Im historischen Diskurs der 60er und 70er Jahre wurden die Themen „Rettung von Juden“ und „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ als zwei getrennte Themen in Deutschland betrachtet. Wolfson war einer der ersten, der schon damals die These vertrat, daß zwischen beidem nicht nur „eine periphere Verbindung“ bestand. Vgl. Wolfson, *Widerstand*, S. 401.

## Sozialpsychologie und Retterforschung: Lernen am Modell?

Was Wolfson insbesondere untersuchen wollte, waren die Werte und moralischen Maßstäbe der Hilfeleistenden. Er wollte in Erfahrung bringen, was es diesen Frauen und Männern im nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht hat, „unmanipulierbar“ zu bleiben, d. h. im totalitären System entgegen den vorgegebenen Zwängen zu handeln.

Dabei versuchte er als Sozialwissenschaftler, in seiner Forschung zwei zentrale Hypothesen zu überprüfen, die im Zentrum der Frageblöcke 5 und 6 stehen. Er nahm erstens an, daß die Retter positive Vorbilder hatten, an denen sie sich orientierten, und zweitens, daß sie eine nichtautoritäre Erziehung genossen hatten, aus der sie die Kraft für ihr moralisches Handeln schöpften. Diese zwei Annahmen waren ihm so wichtig, daß er dazu Fragen in verschiedenen Varianten stellte, u. a. die folgenden:

- „An welchen Ideen und Maßstäben konnten Sie sich während der Hitlerzeit orientieren?“
- „Gab es für Sie damals besondere Helden?“
- „Bewunderten Sie in der Literatur oder Geschichte eine bestimmte Figur?“
- „Gab es unter Ihren Verwandten oder Freunden Personen, die für Sie Vorbild waren?“
- „Wieviel Einfluß hatten Familienentscheidungen für Sie im Alter von etwa 16 Jahren?“
- „Inwieweit konnten Sie damals Familienentscheidungen beeinflussen?“
- „Wenn Ihnen eine Familienentscheidung mißfiel, widersprachen Sie?“
- „Wieviel Einfluß sollten 16jährige überhaupt auf Familienentscheidungen ausüben?“

Die Hypothesen von Wolfson, die hinter diesen Fragen stehen, basieren auf zwei sozialpsychologischen Annahmen. (1) Die Idee des „Lernens am Modell“, d. h. man nimmt sich an mutigen Personen oder Handlungen ein Beispiel. (2) Man ist fähig, gegen die herrschende Mehrheit zu handeln, weil die nichtautoritäre Erziehung der Eltern als positives Modell adaptiert wurde. Wolfson selbst kam nicht mehr dazu, die Interviews auf diese Fragen hin auszuwerten. Im Rahmen des St. Galler Projekts wurden alle Interviews ausgewertet und versucht, die zwei genannten Hypothesen an den Antworten der Retter zu überprüfen. Die Ergebnisse haben mich überrascht, denn Wolfsons Annahmen



über die positiven Vorbilder und die nichtautoritäre Erziehung erschienen mir anfangs sehr plausibel.

Nur ein kleiner Teil der Retter bestätigt, sich bewußt an positiven Vorbildern aus Familie, Geschichte oder Literatur orientiert zu haben.<sup>13</sup> Eine große Anzahl der Befragten – etwa 60 % – verneint die Frage. „Unter meinesgleichen gab es keine Helden. Nette Freunde ja, aber keine positiven Vorbilder“, sagte einer, und ein anderer erwiderte, daß er sich seine Meinung meist allein gebildet habe. Die anderen 40 % nennen positive Gestalten wie die eigenen Eltern, aber auch bekannte Persönlichkeiten wie Rathenau, Goethe oder Mozart.

### Einfluß der Erziehung

Die zwei oben erwähnten Personen wuchsen wie 75 % der befragten Retterinnen und Retter in autoritären Verhältnissen auf und haben ihren Eltern nie widersprochen.<sup>14</sup> Typische Bemerkungen in diesem Zusammenhang sind z. B. „Wir mußten ganz schön artig sein“ oder „Wir sind sehr autoritär erzogen“. Der autoritäre Erziehungsstil läßt sich wohl durch die biographischen Daten erklären. Wie erwähnt, betrug das durchschnittliche Alter der Retter 1942 etwa 43 Jahre. Viele von ihnen waren also um 1900 geboren und gehörten damit zur letzten Generation, die im Kaiserreich aufwuchs, als sowohl in der staatlichen als auch häusliche Erziehung der autoritäre Stil überwog. Die Mehrzahl der Eltern hielten die autoritäre Erziehung für die einzig richtige. Wolfson, der seine Befragung Mitte der 60er Jahre durchführte, war ebenfalls ein Kind seiner Zeit. Als Sozialwissenschaftler, der mit Horkheimer befreundet war,<sup>15</sup> nahm er an,

13 Eine andere Annahme ist, daß die Retter ihre Vorbilder nicht direkt benennen konnten, obwohl sie unbewußt welche hatten. Daß die Retter nach ihren Aussagen ohne Vorbilder handelten, kann auch mit Wolfsons sehr direkter Fragetechnik zusammenhängen. In der Psychologie wissen wir, daß eine Person sehr häufig reichere Erfahrungen hat, als sie verbal vermitteln kann. Dies gelingt oft besser anhand von Geschichten z. B. aus der Kindheit, Schulzeit etc.

14 Ein Teil der restlichen 25 % hat einen oder beide Elternteile während der Kindheit verloren und wurde von den eigenen Geschwistern oder Großeltern erzogen, die nachsichtig mit ihnen umgingen.

15 Zur Beziehung zwischen Wolfson und Horkheimer siehe den Beitrag von Emil Walter-Busch in diesem Band.

daß eine antiautoritäre Erziehung einer demokratischen Gesinnung förderlich und der Schlüssel zum Verständnis der Retter sei.

Ganz anders fiel die Beurteilung der autoritären Erziehung bei vielen Rettern aus. Etwa zwei Drittel von ihnen äußerten die Meinung, daß man als 16jähriger familiäre Entscheidungen nicht beeinflussen, sondern das tun sollte, was die Eltern für richtig hielten. Viele verurteilten die „Unruhen der Studenten“ scharf, die zum Untersuchungszeitpunkt (besonders 1967 und 1968) vor allem in Berlin spürbar waren. Beispielsweise sagte eine Retterin: „Was wir jetzt brauchen, ist eine starke Hand. Denn was wir jetzt haben, ist nicht mehr feierlich.“ Ein anderer meinte fast verärgert, „daß die Meinung der Jugend heute überbewertet wird. Sie sollen mehr die Bedeutung des Elternhauses verstehen. Man gibt der Jugend heute zuviel Meinungsfreiheit, und dies ist übertrieben nach meiner Meinung“. Einem einzigen Retter, der für die damaligen Studenten lobende Worte fand, steht eine Vielzahl anderer entgegen, die „mehr Ordnung“ forderten.

Ähnliche Hypothesen, jedoch andere Ergebnisse, lassen sich bei Perry London sowie bei Pearl und Samuel Oliner finden. London zufolge, der mit Rabbiner Harold Schulweis zusammengearbeitet hat, spielten familiäre Vorbilder für die Retter eine zentrale Rolle.<sup>16</sup> Sie hätten sich stark mit einem Elternteil identifiziert und sich schon als Kinder als Außenseiter gefühlt. Auch Oliner betont „the importance of the parental home“ bei den von ihm untersuchten Rettern.<sup>17</sup> Ihm zufolge hatten sie „close family relationships in which parents model caring behaviour and communicate caring values“.<sup>18</sup> Nach Oliner waren physische Strafen eine Seltenheit in der Kernfamilie der Retter, was für die Befragten in Wolfsons Studie längst nicht in diesem Umfang zutrifft.

16 Im Rahmen der nach dem Eichmann-Prozeß begonnenen Studie von Rabbi Harold Schulweis (Oakland, Kalifornien) über Retter von Juden aus Europa wurden Interviews mit 27 Personen aus verschiedenen Ländern durchgeführt, die damals vorwiegend in Israel und den USA lebten, d. h. nicht mehr in ihren Heimatländern. Das Forscherteam befragte die Retter zum Phänomen des Altruismus. Die Studie wurde nie abgeschlossen und wird von ihren Verfassern als nicht repräsentativ bezeichnet. Vgl. Perry London, *The Rescuers: Motivational Hypotheses about Christians Who Saved Jews from the Nazis*, in: Jacqueline Macauley/Leonard Berkowitz (Hrsg.), *Altruism and Helping Behavior*, New York/London 1970, S. 241–250.

17 Samuel P. Oliner/Pearl M. Oliner, *The Altruistic Personality. Rescuers of Jews in Nazi Europe*, New York 1988, S. 258.

18 Ebenda, S. 249.

Welche Bedeutung hat die Beobachtung, daß Retter häufig keine Vorbilder hatten, für unser Anliegen, sie als mögliche Vorbilder für heutige Jugendliche vorzuschlagen? Die Antwort auf diese provozierende Frage führt uns zu den Werten der Retter und zu ihren Moraldilemmata.

### Moraldilemmata

Anhand der Interviews war es möglich, moralische Maßstäbe, an denen sich die von Wolfson Befragten orientierten, zu rekonstruieren. Dabei konnten wir feststellen, daß keine einheitliche Wertestruktur auszumachen ist; die einzelnen bezogen sich vielmehr auf unterschiedliche und vielgestaltige humanistische, religiöse und politische Werte, die nicht die alleinige Erklärung für das Verhalten der Retter sein können. Für dieses Argument spricht ferner, daß es während der NS-Zeit auch Deutsche mit ähnlichen religiösen, politischen oder humanistischen Werten gab, die Juden aber nicht halfen. D. h. allein positive, moralische Werte zu haben, bedeutet nicht, daß man tatsächlich auch helfen wird.

Um das Verhalten der Retter besser verstehen zu können, ist es wichtig, nach ihren Werten und Wertekonflikten zu fragen, denen sie bei der Entscheidungsfindung ausgesetzt waren. Meist wurden sie mit einer Situation konfrontiert, in der sie mindestens zwei moralischen Werten gerecht werden wollten, die sich jedoch gleichzeitig ausschlossen, d. h. sie standen vor einem „Moraldilemma“. Bei der Definition dieses Begriffs beziehe ich mich auf Sartre.<sup>19</sup> Ihm zufolge steht eine Person vor einem Moraldilemma, wenn sie zwischen zwei ihr wichtigen Werten wählen muß, weil beide nicht gleichzeitig erfüllt werden können, bzw. die Erfüllung des ersten moralischen Prinzips die Erfüllung des zweiten ausschließt. Den ersten Wert zu verfolgen, bedeutet, den zweiten zu verletzen. So bestand z. B. der Wunsch des Retters während der NS-Zeit, eine verfolgte Person zu schützen, und gleichzeitig das Pflichtgefühl und Bestreben, die eigene Familie nicht zu gefährden.

Aus den Beispielen in Wolfsons Interviews wird immer wieder ersichtlich, daß die Retter tatsächlich vor einem klassischen Moraldilemma standen. Dies

<sup>19</sup> Jean-Paul Sartre, *Ist der Existentialismus ein Humanismus?*, Frankfurt a. M./Berlin 1989.

läßt sich mit dem Gebot „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, das sowohl für Juden als auch Christen von fundamentaler Bedeutung ist, vergegenwärtigen. Dieses Gebot sagt nicht aus, daß man andere mehr lieben solle als sich selbst. Es wird also nicht verlangt, sich selbst bzw. die eigene Familie aufzugeben, um andere zu schützen. Was trieb die „Retter“ dazu, dennoch ein hohes persönliches Risiko einzugehen? Vor diese Frage und den Konflikt der Abwägung sah sich jeder gestellt, der gewillt war, den staatlichen Maßnahmen zum Trotz einem verfolgten Juden zu helfen, auch wenn diese Hilfe eine Gefährdung für sich und andere bedeutete.

Wie tiefgreifend der Konflikt zwischen dem Wunsch zu helfen und dem Bestreben, die Sicherheit der eigenen Person und der Angehörigen aufrechtzuerhalten, sein konnte, läßt sich besonders bei mißlungenen Rettungen vor Augen führen, beispielsweise im Fall von Werner Krumme, den Wolfson 1967 interviewt hat.<sup>20</sup> Krumme, der während des Krieges mit seiner jüdischen Frau in Breslau lebte, wollte zwei jungen Jüdinnen, Anita und Renate Lasker, bei ihrer Flucht nach Frankreich unterstützen, da ihnen die Deportation bevorstand. Sie alle wurden 1943, kurz vor der Abreise der Mädchen, verhaftet und nach Auschwitz verschleppt. Krumme wurde im Stammlager Auschwitz als „arischer“ Funktionshäftling eingesetzt und konnte überleben, seine Frau wurde in Auschwitz-Birkenau ermordet.<sup>21</sup>

Generell lassen sich zwei Typen von Moraldilemmata unterscheiden: (a) Moraldilemmata als moralische Konflikte zwischen dem Wohlergehen einer Person (oder Personengruppe) A und dem Wohlergehen einer Person B. Dabei entsteht ein Konflikt zwischen der Hilfe für Person A und derjenigen für Person B. Wenn die Hilfe für Person A einen Schaden für Person B bedeutet, entsteht ein schweres Moraldilemma. In einer solchen Situation befanden sich z. B. Judenratsmitglieder in den Ghettos.<sup>22</sup> Um ihre Familie (und sich) vor der

20 Der aus Essen stammende Kaufmann Werner Krumme, geb. 1909, wurde von Wolfson 1967 interviewt. Er gehört zu den von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichneten Deutschen. Yad Vashem, Department „Righteous Among the Nations“, ger 0033. Die Ehrung fand bereits 1964 statt.

21 Zur besonderen Problematik von Funktionshäftlingen vgl. Revital Ludewig-Kedmi, Opfer und Täter zugleich? Moraldilemma der jüdischen Funktionshäftlinge, Gießen 2001.

22 Ebenda.

Deportation in ein KZ zu schützen, mußten sie für die Nazis die Deportationslisten erstellen und damit ihrer Gemeinde schaden. (b) Moraldilemmata bei Konflikten zwischen dem Eigenwohl und dem Wohl der anderen. Retter von Juden standen in verschiedenen Situationen meist vor Moraldilemmata beider Art. Dies demonstrieren die folgenden Fallbeispiele.

Herr Merget aus München, der während des Krieges als Lokomotivführer bei der Reichsbahn auch eine längere Zeit in Südpolen eingesetzt war, schilderte Wolfson, wie schwer ihm die Entscheidung fiel, Juden zu helfen, da er wußte, daß er damit nicht nur sich selbst, sondern auch seine Familie gefährdete. Erst nach einiger Bedenkzeit konnte er sich dazu entschließen. In Polen hatte er drei jüdische Brüder namens Ciwincki kennengelernt, die als Bedienstete in den Häusern von Deutschen arbeiteten, aber gleichzeitig in einem Judenlager interniert waren. Zwischen dem Lokomotivführer und den Brüdern entstand gegenseitige Sympathie; auch Frau Merget lernte die jungen Männer kennen, als sie das Lager aufsuchte. Im Sommer 1942 fanden Massenerschießungen von jüdischen Frauen und Kindern statt. Merget berichtete: „Und wie die Erschießungen vorbei waren, kommt der älteste Bruder zu mir und fragt: ‚Herr Merget, das nächste Mal kommen wir dran.‘ Und da habe ich gesagt: ‚Da brauche ich Bedenkzeit, denn über den Kopf kann ich es nicht brechen, weil ich und meine Familie auch dran leiden müssen.‘ Ich habe darüber nachgedacht. Dann habe ich ihnen gesagt: ‚An dem und dem Tag, nachts um elf macht euch bereit [...]‘.“ Er versteckte sie schließlich in einem Zug, der nach Ungarn fuhr. Seine Angst, dabei entdeckt zu werden, war groß. „Ich habe den dreien auch gesagt: ‚Adresse von mir dürft ihr in der Tasche nicht haben.‘ Denn wenn sie gefunden werden, bin ich an der Wand, seinerzeit.“ Merget beschreibt hier sehr deutlich sein Moraldilemma: Sollte er andere retten oder eher an die eigene Sicherheit und die seiner Familie denken? Zwar standen alle Retter vor diesem Konflikt, doch nicht alle thematisierten ihn so bewußt.<sup>23</sup>

23 Viele Retter entschlossen sich sehr spontan dazu, Verfolgten zu helfen. Auch sie standen vor einem Moraldilemma, aber der Entscheidungsprozeß verlief bei ihnen schneller. In der konkreten Situation wurde ihnen der Wert, anderen zu helfen, so wichtig bzw. die Not des anderen so ersichtlich, daß sie sich schnell zum Handeln entschlossen. Sie befanden sich auch nach dieser Entscheidung ständig vor einem Moraldilemma, denn sie gefährdeten sich oder ihre Angehörigen für lange Zeit, teilweise zwei bis drei Jahre lang, um der jüdischen Person zu helfen.

Auch Gitta Bauer<sup>24</sup> berichtet über ihr Moraldilemma bei der Entscheidung, ihre jüdische Freundin Ilse Baumgart zu verstecken. Als jüngste Person in Wolfsons Studie wurde sie 1919 in Berlin geboren. Ihre Freundin, die „Halbjüdin“ war, hatte unter einem Decknamen in Berlin Arbeitsdienst geleistet und sich so ernährt. Im Sommer 1944 wurde sie entdeckt und verhaftet, aber am gleichen Tag gelang ihr die Flucht aus der Gestapohaft. Durch andere erfuhr Gitta Bauer, deren Eltern sich damals wegen der Bombardierungen Berlins meist außerhalb der Stadt aufhielten, von dieser Situation. Sie berichtete über ihren Zwiespalt, ob sie ihren Eltern erzählen sollte, daß sie Ilse Baumgart in der gemeinsamen Wohnung versteckte. Sie beschloß, dies nicht zu tun, weil sie wußte, daß sie sich große Sorgen um die Familie gemacht hätten. Mit Hilfe ihrer Geschwister hielt sie ihre Freundin neun Monate lang verborgen. Als die Eltern zweimal nach Berlin zurückkehrten, wurde die Verfolgte bei Bekannten von Gitta Bauer versteckt. Die Eltern erfuhren von all dem erst nach der Befreiung.

24 Gitta Bauer wird von Wolfson als „Retterin Nr. 44“ genannt, da er alle Namen anonymisiert hatte (siehe Anm. 2). Dahinter standen für ihn zwei Überlegungen: (a) Es war ihm wichtig, zu betonen, daß „die Studie nicht darauf ziele, Kränze zu winden“, sondern eine streng wissenschaftliche Untersuchung sei (Wolfson, Widerstand, S. 395). Der Westberliner Senat begann ab 1958, Berlinerinnen und Berliner, die verfolgten Juden uneigennützig geholfen hatten, zu ehren und im Falle der Bedürftigkeit auch finanziell zu unterstützen. Vermutlich hat Wolfson aus diesem Grund mehrmals in Vorgesprächen und Briefen betont, daß seine Befragung in keiner Weise mit offiziellen Ehrungen oder materieller Unterstützung verbunden wäre, was durch die Anonymisierung der Namen unterstrichen wurde. (b) Weiterhin hatte er befürchtet, daß eine Veröffentlichung der Namen den Rettern schaden könnte, da es in einzelnen Fällen nach Bekanntwerden zu einer sozialen Ächtung kam. Etwa die Hälfte der anonymisierten Namen ließen sich anhand der Dokumente aus dem Wolfson-Nachlaß (Interviews und Briefe) rekonstruieren. Ein weiterer Teil – so auch die Namen von Gitta Bauer und Werner Krumme – konnten mit Hilfe von Beate Kosmala (Zentrum für Antisemitismusforschung) den jeweiligen Rettungsgeschichten zugeordnet werden. Wie sich herausstellte, waren viele der von Wolfson interviewten Personen bereits in Deutschland (durch den Berliner Senat oder das Bundesverdienstkreuz) und/oder durch Yad Vashem geehrt worden, so daß die Spezifika ihrer Geschichten bekannt waren und die Zuordnung erlaubten. Zu ihnen gehörten z. B. Pfarrer Hermann Maas aus Heidelberg oder Susanne Witte aus Berlin. Nur eine der von Wolfson Interviewten bestand selbst darauf, anonym zu bleiben, den meisten war es gleichgültig. Einige hatten sich aber auch bei Wolfson über die Anonymisierung beschwert mit dem Hinweis, sie hätten sich während der Nazizeit für ihre Tat nicht geschämt und täten dies auch heute nicht.

## Motivation und Ich-Stärke

An dieser Stelle möchte ich einen sozialpsychologischen Aspekt thematisieren, der nicht zuletzt mit der Entscheidung der Retter in der Situation des Moraldilemmas zusammenhängt. In der Sozialpsychologie wird kontrovers diskutiert, ob menschliche Handlungen eher intern oder extern motiviert sind. Hilft man dem Nachbarn, um hilfsbereit auf andere zu wirken, oder weil man sich persönlich als hilfsbereit erleben möchte? Nach Festinger wollen sich Menschen persönlich als konsistent (bzw. moralisch konsistent) erleben und handeln eher aus interner Motivation.<sup>25</sup> Nach der Gegenposition spielt externe Motivation die entscheidende Rolle, und Menschen verhalten sich hilfsbereit, weil sie Angst vor sozialer Zurückweisung und Kritik haben<sup>26</sup>. Es liegt auf die Hand, daß diese zwei Motivationen sich z. T. auch überschneiden können. Bei den Retterinnen und Rettern von Juden spielte die externe Motivation wohl kaum eine Rolle, denn sie mußten ihre Hilfe für die Verfolgten vor den meisten Menschen ihrer Umgebung geheimhalten. Auch nach Ende der NS-Zeit sprach ein Teil der Retter nicht gern über die von ihnen geleistete Hilfe – aus unterschiedlichen Gründen. An dieser Stelle läßt sich eine Gemeinsamkeit für alle Helfer feststellen: Alle entschieden sich aus interner Motivation heraus, Juden zu helfen.

Beim Hören der Interviews fällt auf, daß die meisten Personen in ihren Antworten auffallend selbstsicher, selbstbewußt und direkt wirken. Sie stehen hinter ihrer Meinung und sind von sich und von ihren Werten und Handlungen überzeugt. Oft haben sie eine klare, bestimmte Stimme. Dieses Erscheinungsbild deutet auf eine psychische Fähigkeit der Person, die mit einem psychologischen Begriff zusammenzufassen ist: Ich-Stärke.<sup>27</sup> Eine hohe Ich-Stärke

25 Leon Festinger, *A Theory of Cognitive Dissonance*, Stanford 1957.

26 D. Bramel, *Dissonance, Expectation and the Self*, in: R. P. Abelson u. a. (Hrsg.), *Theories of Cognitive Consistency. A Sourcebook*, Chicago 1968. Außerdem: J. T. Tedeschi u. a. (Hrsg.), *Cognitive Dissonance: Private Ratiocination or Public Spectacle!*, in: *American Psychologist* (26), S. 685–695.

27 Zur Ich-Stärke als psychische Gesundheit im weiteren Sinne des Wortes gehört auch, daß Konflikte nicht pathologisch verarbeitet werden. Bei einer ausreichenden Ich-Stärke kann die Person Gruppendruck widerstehen. (Diese Definition basiert auf der psychoanalytischen Ich-Psychologie. Vgl. Sven O. Hoffmann/Gerd Hochapfel, *Einführung in die Neurosenlehre und Psychosomatische Medizin*, Stuttgart/New York 1991.)

scheint für Retterinnen und Retter typisch zu sein. Ihre interne Motivation für ihr Handeln gründet vermutlich nicht zuletzt in dieser Ich-Stärke. Sie brauchten keine (imaginäre) Bestätigung von anderen, sondern gingen in der Entscheidungssituation von ihren persönlichen Werten aus. Sie wollten sich persönlich als moralisch stark erleben, weshalb sie sich so und nicht anders entschieden. Gerade diese Ich-Stärke ermöglichte den Rettern vermutlich, im totalitären System von anderen nicht völlig manipuliert zu werden.<sup>28</sup>

### Pädagogisches Konzept

Nun komme ich zu der Frage, warum das Thema der Retterinnen und Retter und ihrer Moraldilemmata für heutige Jugendliche im Zusammenhang mit der Behandlung des Holocaust im Unterricht von Bedeutung sein könnte.

Meist werden in Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien Täter und Opfer thematisiert. Dabei glauben vermutlich die meisten Schüler, daß sie persönlich während der NS-Zeit keine Täter gewesen wären, wenn sie damals gelebt hätten. (Die psychologische Funktion dieser Überzeugung ist verständlich). Gleichzeitig identifizieren sich die meisten Jugendlichen, inzwischen schon die dritte und vierte Generation nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht in der Form mit den Opfern, wie dies zuweilen auf Angehörige der sogenannten 68er-Generation zutraf, die nun bereits der älteren Lehrergeneration angehören. Es bietet sich an, die Jugendlichen mit der z. T. provozierenden Frage zu konfrontieren, ob sie sich vorstellen könnten, Retter gewesen zu sein. Wären sie das hohe Risiko für ihre eigene Person eingegangen, um das Leben verfolgter Menschen zu retten?

28 An dieser Stelle ließe sich fragen, woher die Ich-Stärke kommt. Die Daten, wie sie im Projekt vorliegen, ermöglichen keine Beantwortung dieser Fragen. Die meisten Interviews sind 1967, also 22 Jahre nach Ende der NS-Zeit, durchgeführt worden. Wir haben aber keine direkten Daten von den Befragten aus der Zeit der Rettung oder davor. In der Interviewsituation mit Wolfson fühlten sie sich vermutlich gewürdigt und geehrt. Dies kann ebenfalls Einfluß auf ihre überzeugende Stimme und Darstellung gehabt haben. Doch es leuchtet ein, daß die Retter ohne eine gewisse innere Stärke die Hilfe für verfolgte Juden in der NS-Diktatur nicht hätten leisten können.



Aber zuvor muß man sich andere Haltungen und Dispositionen, die der „Zuschauer“ bzw. „Mitläufer“, deutlich machen. Die „Mitläufer“ in der NS-Diktatur haben sich „enthalten“. Zum Teil nährte sich ihr Mitläufertum aus der Sorge um das eigene Wohl, teilweise war es aber auch das Ergebnis bequemer Gleichgültigkeit oder mehr oder minder ausgeprägter Identifikation mit der NS-Ideologie. Menschen, die sich entschlossen, aus Rücksicht auf die Sicherheit der eigenen Person und der ihrer Angehörigen, keine verbotenen Kontakte zu Juden zu unterhalten und zu helfen, scheinen sich bei der Betrachtung der damaligen Situation „recht vernünftig“ verhalten zu haben. Hier zeigt sich ein moralisches Problem: Man könnte sagen, daß diese Menschen weder gut noch schlecht handelten. Aber durch ihr Schweigen und Nicht-Handeln kam es zu einer (latenten) Bestätigung und Unterstützung der Täter. Ihr Verhalten läßt sich daher als „crime of indifference“ bezeichnen.<sup>29</sup>

### Denkenanstöße

Ein wichtiges Ziel des St. Galler Projekts besteht darin, ein pädagogisches Konzept zum Thema „Retter von Juden in Deutschland“ zu entwickeln, das in deutscher Sprache als Buch sowie als CD-ROM erstellt wird.<sup>30</sup> Im Mittelpunkt stehen die Biographien von zehn Retterinnen und Rettern, die von Wolfson interviewt wurden. Ihre Stimmen werden in einzelnen, ausgewählten Interviewsequenzen auch zu hören sein, um einen lebendigen Zugang zu ermöglichen. Ein weiteres wesentliches Element des Konzepts ist die Bereitstellung von Informationen über die spezifischen historischen Bedingungen, unter denen Retter in Deutschland, dem Land der Täter, handelten. Die Rettungsaktionen von Deutschen, die in den besetzten Ländern Europas geleistet wurden, geben einen Einblick in den nationalsozialistischen Besatzungsterror und die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik.

29 Novick, Holocaust, S. 246.

30 Dies geschieht in Kooperation mit dem Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945“ (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin). Langfristig wird in Kooperation mit der International School für Holocaust Education der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem eine hebräische und englische Version geplant.

Die Schülerinnen und Schüler werden im Verlauf der Unterrichtsreihe mit Fragen konfrontiert, die die Moraldilemmata betreffen:

1. „Wäre ich damals ein Retter gewesen?“ Sie sollen versuchen, die damalige Perspektive des jeweiligen Retters einzunehmen und sich vor die Entscheidung stellen, anderen Menschen zu helfen und dabei ihr eigenes Wohl oder das ihrer Familie zu gefährden.
2. Welche Handlungsspielräume hätten sie als Retter gehabt bzw. welche Handlungsspielräume hatten „gewöhnliche Deutsche“ zu dieser Zeit?

Die Frage nach den Moraldilemmata der Retter (und indirekt der Mitläufer) verweist auf die Komplexität des Holocaust und auf die Schwierigkeit, sich in einem solchem Zwangskontext menschlich zu entscheiden. Unser Anliegen ist, Jugendliche im Sinne von Adorno zum Denken anzuregen und ihnen die Komplexität der damaligen Realität zu vermitteln. Sie sollen dabei nicht von hoher Warte belehrt werden. Vielmehr sollen sie untereinander diskutieren, was für und gegen ein Helfen spricht. Dabei sollen die Retter nicht nur idealisiert werden. Sie haben sich und ihre Familie gefährdet: Wäre jeder bereit dies zu tun? Wäre dies immer das Richtige?

In seiner vielzitierten Schrift *Erziehung nach Auschwitz* formuliert Adorno die berühmte Aufforderung, „daß Auschwitz nicht noch einmal sei“.<sup>31</sup> Es geht um die Frage, wie eine Wiederholung von „Auschwitz“ – Synonym für den Völkermord und den beispiellosen Zivilisationsbruch – vermieden werden kann und welche Rolle Erziehung hierbei spielt. Erziehung müsse – so Adorno – zu „kritischer Selbstreflexion“ führen. „Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie [...]; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.“ Zu vermeiden sei eine „blinde Identifikation mit dem Kollektiv“.<sup>32</sup>

## Inhalte des pädagogischen Konzepts

Die Lebensgeschichten der Retterinnen und Retter, die in der Unterrichtseinheit vorgestellt werden, sollen ihre unterschiedlichen Motivationen und

31 Theodor W. Adorno, *Erziehung nach Auschwitz*, in: ders., „Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse“, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1997, S. 48.

32 Ebenda, S. 50 ff.

Lebensumstände darstellen. Folgende Fragestellungen und Themenkomplexe sind vorgesehen:<sup>33</sup>

- Waren die Retter eher bereit, vorher bekannte oder mit ihnen befreundete Menschen zu unterstützen, oder halfen sie auch gänzlich unbekanntem Verfolgten? War ihre Hilfe geplant oder eher spontan?
- Aus welchen sozialen Schichten kamen sie? Waren es nur politisch bewußte, gebildete Menschen?
- Deutsche Retter außerhalb Deutschlands: Soldaten („Retter in Uniform“), Angestellte der Zivilverwaltung, Bedienstete der Reichsbahn usw.
- War es wichtig, daß die Verfolgten eigene Initiative entwickelten und nach Hilfe fragten?
- Rolle religiöser Motive bei der Rettung
- Geographische und geschlechtsspezifische Aspekte
- Retter und ihre Kinder
- Die Perspektive der Geretteten
- Mißlungene Rettung und ihre Folgen

Der Inhalt wird so gestaltet, daß die Materialien für den Unterricht von Schülerinnen und Schülern zwischen 14 und 18 Jahren geeignet sind, und zwar in den Fächern Geschichte, Sozialkunde, Ethik und Religion.

Wenn wir von „Rettung“ während des Holocaust sprechen, muß auch – wie oben bereits ausgeführt – die Dimension des Völkermords erkennbar werden. Dies wirft die Frage auf, ob und inwieweit die Schule Kinder und Jugendliche mit dem gesamten Ausmaß der Gewalt und des Grauens konfrontieren soll. Adorno schreibt dazu: „Kinder, die gar nichts von der Grausamkeit und Härte des Lebens ahnen, sind, einmal aus dem Geschützten entlassen, erst recht der Barbarei ausgesetzt.“<sup>34</sup> Gerade die Geschichten der Retter ermöglichen es, selbst im Kontext des Holocaust positive Rollenmodelle und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, auch wenn die „Retter“ nicht einfach nur als idealisierte neue Helden angeboten werden. Diese Überlegungen sind ein wichtiger Anstoß für das hier vorgestellte pädagogische Konzept. Auch war es der Wunsch von Manfred Wolfson, daß seine sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse pädagogisch umgesetzt werden.

33 Die Unterrichtseinheit ist Ende 2002 im Pestalozzianum Verlag (Zürich), an der Universität St. Gallen (FAA, Guisanst 92, CH-9010 St. Gallen) sowie am Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin (Ernst-Reuter-Platz 7, D-10587 Berlin) zu erhalten.

34 Adorno, Erziehung nach Auschwitz, S. 66.





*Der Überlebende Jizhak Schwersenz im Gespräch mit Schülern der  
Jahrgangstufe 13 am 28. Januar 2002 in Bremen*

CHRISTOPH HAMANN

## „Uropa war ein Guter.“

Retten und Überleben im Nationalsozialismus als  
Thema des Geschichtsunterrichts

An den Beginn meiner Ausführungen möchte ich zwei Äußerungen von Schülern stellen, die erkennen lassen, welcher Art die Geschichtskennntnisse sind, die diese von zu Hause mit in die Schule bringen. Befragt wurden die Schülerinnen und Schüler über die Erinnerungen ihrer Familie an die Zeit des Nationalsozialismus.

Stefan ist 13 Jahre alt und besucht die 7. Klasse einer Realschule:

„Mein Uropa hat meine Uroma versteckt, denn meine Uroma war polnische Jüdin. Mein Uropa war unfreiwillig Nazi. Die SS-Soldaten haben die

Wohnung von meinem Uropa durchsucht und meine Uroma fast gefunden. Deswegen versteckte mein Uropa meine Uroma in einer Gartenlaube. Uropa war sehr lange (ca. ein Jahr) im Krieg, um Deutschland vor den Russen zu verteidigen. Mein Uropa hatte Raucherbein bekommen und wurde nach Berlin zurückgeflogen. Sein Bein wurde amputiert. Mein Uropa starb mit 91 Jahren.“

Björn, ebenfalls 13 Jahre alt, in derselben Klasse wie Stefan:

„Mein Uropa hat im Zwangsarbeiterlager gearbeitet. Da er die Arbeiter gut behandelt hat, retteten sie ihn vor dem Tod. Er kam ins Gefängnis. Meine Uroma hat öfter Juden versteckt.“

Mein Opa wurde mal von Kampfflugzeugen angegriffen, doch er überlebte unverletzt. Mein Uronkel ist irgendwo in Rußland verschollen. Mein Opa ist beinahe in die Hitlerjugend eingezogen worden.“

Die Formulierungen enthalten auch jenseits der Diktion manch unfreiwillige Komik: So war der Opa für die Hitlerjugend anscheinend zu alt. Oder die Beinamputation, die nicht etwa einer Kriegsverletzung, sondern dem Rauchen geschuldet war, und schließlich auch die Kampfflugzeuge, die es speziell auf Opa abgesehen hatten. Auch wenn man das Alter der Schüler und die damit verbundene Wahrscheinlichkeit von fehlerhafter Erinnerung an das von den Eltern Erzählte in Rechnung stellt – die Schüler geben letztlich das wieder, was sie von ihren Eltern hören. Und das Gehörte formt ihr Geschichtsbild vom Nationalsozialismus, noch bevor dieser überhaupt Gegenstand des Unterrichts ist.

Deutlich ist die antithetische Struktur der Antworten. Auf der einen Seite gab es Familienangehörige, die zwar „Nazis“ – dies jedoch unfreiwillig – waren, die nicht in der Hitlerjugend waren, Deutschland verteidigten, Zwangsarbeitern halfen und außerdem noch Juden versteckten. Auf der anderen Seite befanden sich alle Aggressoren jenseits des privaten Raumes: Die SS, die die Wohnung „von meinem Uropa“ durchsuchte; „Russen“, die Deutschland, und Kampfflugzeuge, die den Opa angriffen. Die Binnenperspektive der Jugendlichen ortet den Feind außerhalb. Täter waren die anderen, Uropa und Uroma gehörten zu den Guten und waren trotzdem Opfer. Sie kamen ins Gefängnis, verloren ein Bein oder sind einfach verschollen. Das Bewußtsein von den Familienangehörigen als Opfer steht auch in anderen Berichten stark im Vordergrund. So beschreibt eine Schülerin detailliert, wie die Geschwister ihrer Oma im Krieg zu Tode kamen, und endet mit folgender Formulierung: „Mein

Großvater kann nicht mehr richtig laufen, weil er noch eine Kriegsverletzung hat. Die Qualen aus dem Gefangenelager hat er immer noch nicht vergessen, wie alle meine anderen Familienmitglieder auch.“

Diese Schilderungen zeigen das Bedürfnis der Jugendlichen nach klaren Orientierungen und eindeutigen moralischen Bewertungen. Vielleicht hat sie gerade auch dieses Bedürfnis dazu geführt, die elterlichen Berichte so aufzufassen, daß sie in ein Schwarz-Weiß-Schema passen. Schließlich wird die Familie als solche in der Regel als ein Raum konstruiert, der frei von Aggressionen sein soll.

Die Schüleräußerungen zeigen die Diskrepanz zwischen der familiären Erinnerungspraxis einerseits und den Vorstellungen über den wissenschaftlich und didaktisch geforderten Wissensstand andererseits.<sup>1</sup> In den Familien fließen offensichtlich Tradierungsströme, die stark von den Curricula abweichende Informationen und Deutungsmuster mit sich führen. Die Curricula wiederum kennen das Thema „Retten und Überleben“ nicht. Es wird in den Lehrplänen der 16 Bundesländer nirgendwo explizit erwähnt. Beim Komplex Widerstand wird in aller Regel nur auf den organisierten Widerstand und seine Motive, Formen, Möglichkeiten und Ziele hingewiesen. Nur wenige Formulierungen können so gelesen werden, daß ein Bezug zum Thema „Retten und Überleben“ gegeben ist.<sup>2</sup> Auf der anderen Seite werden der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und der Holocaust immer als eigenständige, getrennt zu behandelnde Themen ausgewiesen. Dies macht deutlich, daß die Lehrplankommissionen die Rettung von Juden nicht als zentrales Element des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und den Holocaust im Blick hatten.

Nach meiner Kenntnis verhält es sich bei den Lehrbüchern ähnlich. Eingegangen wird zumeist auf den 20. Juli, die Arbeiterbewegung, die Jugend (Geschwister Scholl, Edelweißpiraten) oder die Kirchen. Allenfalls prominente Beispiele der Hilfe für verfolgte Juden, wie z. B. für Anne Frank, wer-

- 1 Zu empirischen Befunden über das Geschichtsbewußtsein von Schülern siehe: Bodo von Borries, Geschichtsbewußtsein – Empirie, in: Klaus Bergmann u. a. (Hrsg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. überarb. Aufl., Seelze-Velber 1997, S. 45–51.
- 2 So z. B. Bayern: „Nachvollzug der Existenz im Untergrund“; Hessen: „Unorganisierte Formen des Widerstands in der Bevölkerung“; Rheinland-Pfalz: „Einzelne mit Zivilcourage“.

den dargestellt, oder Retter wie Oskar Schindler und Gräfin Maltzan finden vereinzelt Erwähnung.<sup>3</sup>

### Tradierung von Geschichtsbewußtsein

Tatsächlich spiegeln aber die zitierten Schüleräußerungen genau das wider, was eine Untersuchung über die familiäre Erinnerungspraxis einerseits und die Entwicklung von Geschichtsbewußtsein nicht nur bei jungen Menschen andererseits ergeben hat. Unter dem Titel „Tradierung von Geschichtsbewußtsein“ wurde an der Universität Hannover eine Mehrgenerationenstudie durchgeführt, die der Frage nachging, was sogenannte gewöhnliche Deutsche aus der NS-Zeit erinnern, wie sie darüber sprechen und was sie an die Generation der Kinder und Enkel weitergeben. Ausgewertet wurde Material von 172 Gruppen- und Einzelinterviews von 40 Drei-Generationen-Familien. Zu den Ergebnissen gehört, daß die Befragten die Familie häufig als Opfer sehen und zugleich ein „deutliches Bedürfnis haben, ihre Eltern bzw. Großeltern zu anti-nationalsozialistisch eingestellten Menschen zu stilisieren, die nicht selten auch Widerstand geleistet haben“ sollen.<sup>4</sup>

In 26 von 40 Familiengeschichten fanden sich Vorfahren, die Juden beschützt oder Widerstand geleistet haben sollen, und in zwei Drittel der Geschichten wird berichtet, daß die Deutschen Opfer und Helden des Alltags waren.<sup>5</sup> Festgestellt wird eine Tendenz zur „kumulativen Heroisierung“ von Generation zu Generation.

Betont wird jedoch, daß die Enkelgeneration durch den Unterricht über den Nationalsozialismus sehr wohl gut unterrichtet sei. Doch die Aufklärung durch Schule und Medien bleibe ohnmächtig gegenüber den emotionalen Ge-

3 Vgl. z. B.: Michael Behal/Wolfgang Pasche, Juden in Deutschland. 34 Arbeitsblätter für den fächerübergreifenden Unterricht Sekundarstufe I, Stuttgart/Dresden 1995, S. 53 ff., 59.

4 Olaf Jensen, Zur gemeinsamen Verfertigung von Text in der Forschungssituation, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Vol. 1, No. 2, Juni 2000, S. 1–16, hier: S. 10 f. Verfügbar über: <http://qualitative-research.net/fqs/fqs-d/2-00inhalt-d.htm>

5 Harald Welzer, Nazis, das waren immer die anderen. Wie Familien NS-Geschichte tradieren – ein Forschungsprojekt, in: Neue Zürcher Zeitung, 23. 4. 2001.



wißheiten der „Familiengedächtnisse“ (Maurice Halbwachs). Die Paradoxie der „gelungenen Aufklärung“ sei, daß gerade das Wissen um die Schrecken des Nationalsozialismus das Bedürfnis provoziere, die eigenen Vorfahren so zu sehen, „daß diese entweder mit all dem nichts zu tun hatten oder, besser noch, stets und ständig alles dafür getan haben, daß nicht noch mehr Leid geschieht“.<sup>6</sup>

Einmal mehr also: Die Schule hat kein Monopol auf Geschichtsvermittlung. Dies zeigen auch ähnliche Studien aus den USA, die außer auf die Familie als einer Instanz, die Geschichtsbewußtsein formt, auch auf die Bedeutung der Medien verweisen.<sup>7</sup> Da aber allein die Schule die gesellschaftliche Position hat, die bei jungen Menschen kritische Geschichtsbetrachtung und –aneigung *systematisch* anregen kann,<sup>8</sup> muß sie sich dieser frei flottierenden Geschichtsbilder annehmen. Einer Selbstabdankung käme es gleich, wenn die Schule vor emotional begründeten Gewißheiten kapitulierte, weil diese sich einer rationalen Aufklärung widersetzen. Sicherlich sind einem die Familienerinnerung thematisierenden Geschichtsunterricht enge Grenzen gesetzt. Wenn das innerfamiliäre Gedächtnis und der Vorgang des Erinnerns als solcher konstitutiver Teil der Familienidentität sind, werden bei Schülern Loyalitätsbedürfnisse und emotionale Bindungen tangiert.<sup>9</sup>

Eine Didaktik für den Umgang mit Rettungsgeschichten kann ich hier nicht leisten. Dennoch erscheint es notwendig, die Familienüberlieferung, zum Beispiel die Erinnerung an vermeintlich versteckte Juden, zum integralen Bestandteil, gegebenenfalls zum Ausgangspunkt des Unterrichts zu machen.

6 Harald Welzer, *Stille Post. Tückische Erinnerung: Die Nazizeit im Familiengespräch*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. 11. 2001.

7 Sam Wineberg, *Sinn machen: Wie die Erinnerung zwischen den Generationen gebildet wird*, in: Harald Welzer (Hrsg.), *Das soziale Gedächtnis*, Hamburg 2001, S. 185.

8 Peter Seixas, *Geschichte und Schule. Zum Verhältnis von Absicht und Zufall beim Vermitteln und Lernen von Geschichte*, in: Welzer, *Das soziale Gedächtnis*, S. 205–218, hier: S. 218.

9 „Ohne eine kontinuierliche Praxis der Erinnerung an die Vergangenheit könnten Familien keine verlässliche Form ihrer eigenen Gegenwart sichern. Diese Prozeduren der kommunikativen Erinnerung vollziehen sich als Selbstthematisierung der Familie als Familie.“ Angela Keppler, *Soziale Formen individuellen Erinnerns. Die kommunikative Tradierung von (Familien-)Geschichte*, in: Welzer, *Das soziale Gedächtnis*, S. 137–159, hier: S. 138; Harald Welzer, *Das gemeinsame Verfertigen von Vergangenheit im Gespräch*, in: Welzer, *Das soziale Gedächtnis*, S. 160–178.

Dabei ist es wichtig, die Familienüberlieferung zunächst *nicht* in Frage zu stellen. Am Anfang sollten konkrete historische Fallbeispiele aufgegriffen werden, an denen Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten des Rettens exemplarisch durchgespielt werden. Diese Fälle könnten die Schülerinnen und Schüler anregen, selbständig im familiären Rahmen den privaten Geschichten vom Retten kritisch nachzugehen. Die Analyse der innerfamiliären Erinnerungen an Geschichte zeigt, daß „konkurrierende Sichtweisen auf Geschichte für manche Jugendliche eine deutliche Aufforderung zur Selbstzuordnung darstellen“, sagt Michael Kohlstruck. Gerade „Deutungskonkurrenzen und -konflikte“ können als Richtungsangebote dazu dienen, Bildungsprozesse zu reflektieren und weiter zu entwickeln.<sup>10</sup> Auch die Lernpsychologie verweist auf den motivationsfördernden Charakter von kognitiven Dissonanzen.<sup>11</sup>

Der Leiter des erwähnten Forschungsprojektes, Harald Welzer, bietet eine Perspektive, die gerade für das Thema „Retten und Überleben“ interessant ist: „Wenn dagegen im Geschichtsunterricht und in den allgegenwärtigen Features im Fernsehen scheinbar eindeutige Bilder vermittelt werden, in denen immer schon klar ist, wer die Guten und wer die Bösen sind, wird zugleich eine Monumentalität des Grauens vermittelt, die gar keine Möglichkeit für individuelles Handeln mehr zu beinhalten scheint. Vor diesem Hintergrund wird es bei der Entwicklung von geschichtspädagogischen Konzepten in Zukunft [...] gehen müssen um ein Mehr an Facetten des historischen Alltags, um Handlungsmöglichkeiten, darum, daß Opfer nicht immer und ausschließlich Opfer, sondern auch handelnde Personen sind.“<sup>12</sup>

Was kann man also daraus folgern? Die fiktiven Familiengeschichten vom „Retten“ machen die Beschäftigung mit den tatsächlichen Geschichten vom Retten notwendig. Bei der Darstellung der historischen Ereignisse wiederum läßt sich ausloten, wie und in welchem Ausmaß individuelles Handeln zur Zeit des Nationalsozialismus möglich war.

10 Michael Kohlstruck, Der Bildungswert von Geschichtsmedien und Deutungskonflikten, in: Elisabeth Domansky/Harald Welzer (Hrsg.), Eine offene Geschichte, Tübingen 1999, S. 93–117, hier: S. 116 f.

11 Hans Süßmuth, Geschichtsdidaktik, Göttingen 1980, S. 142 f.

12 Harald Welzer, „Bei uns waren sie immer dagegen“, in: Frankfurter Rundschau, 6. 1. 2001, S. 7.

## Die besondere Eignung des Themas „Rettung“ für den Unterricht

Die vorangegangenen Bemerkungen sollten zeigen, warum es notwendig erscheint, das Thema „Retten und Überleben“ zum Gegenstand des Geschichtsunterrichts zu machen. In einem zweiten Abschnitt sollen nun sechs Argumente dafür angeführt werden, daß das Thema eine Reihe von Eigenschaften aufweist, die es für den Unterricht über den Nationalsozialismus bei Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I geradezu prädestiniert.

### 1. *Die Geschichten vom Retten sind erzählbar.*

Dan Diner hat festgestellt, daß der Holocaust eine „Statistik hat, aber kein Narrativ“.<sup>13</sup> Die Vernichtung als solche entzieht sich – weil jenseits aller bisherigen menschlichen Erfahrung – kulturellen Erinnerungs- und Erzählmustern und bleibt unerzählbar.<sup>14</sup> Im Gegensatz jedoch zu den oft „kommunikationslosen Augenzeugenberichten“ (Hannah Arendt) aus den Lagern sind die Geschichten vom Retten, vom Überleben oder vom Scheitern erzählbar.<sup>15</sup> Sie haben eine epische Erzählstruktur, ein dem Bewußtsein der Schüler angemessenes Narrativ. Sie greifen auf kulturelle Erzählmuster zurück, sind deswegen kommunizierbar und im Verstehenshorizont von Jugendlichen verankert. Deshalb eignen sie sich in besonderer Weise für den Unterricht vor allem in der Sekundarstufe I. Konstitutiv für eine Erzählung sind folgende Elemente: eine in sich geschlossene Handlung, Individuen als Handelnde, ein konkreter Ort und die Sinnhaftigkeit des Erzählten. Neben diesen Eigenschaften findet sich eine Reihe von Bausteinen konventionellen Erzählens: Im Zentrum der Handlung stehen eine oder wenige Hauptpersonen, unterstützt oder verfolgt von Menschen, die eher im Hintergrund bleiben. Von besonderer Bedeutung ist auch das Moment der Entscheidung, d.h. die Frage nach den Handlungsalternativen: die Entscheidung, angesichts der drohenden Deportation in die Illegalität

13 Dan Diner, *Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis*, Berlin 1995, S. 126.

14 Harald Welzer, *Verweilen beim Grauen. Essays zum wissenschaftlichen Umgang mit dem Holocaust*, Tübingen 1997, v. a. S. 123–126.

15 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München/Zürich 1991, S. 680.

zu gehen, oder auch die Entscheidung, dem Bedrohten unter Gefährdung der eigenen Person zu helfen.

In ihrer Geschlossenheit und Konkretisierung kommt eine Erzählung mit biographischem Bezug dem wenig ausgebildeten Abstraktionsvermögen von jüngeren Schülern mehr entgegen als zum Beispiel die allgemeine Behandlung des politisch motivierten und organisierten Widerstands. Dieser ist eingebunden in weltanschauliche Deutungsmuster und orientiert auf politische Zukunftsvorstellungen, die Erzählung einer Rettungsgeschichte mit biographischem Bezug ist dagegen ereignishaft-situativ, personen- und handlungsorientiert. Gleichzeitig hält das Fallbeispiel den Weg offen für anspruchsvollere kognitive Operationen bei älteren Schülern, zum Beispiel die Diskussion individueller und kollektiver Verantwortung oder die Erörterung der Frage, welche Motive Menschen dazu bringen zu helfen.

## *2. Die Geschichten vom Retten haben einen konkreten Ort.*

Auch wenn für uns der Begriff Authentizität mittlerweile problematisch geworden ist: Für das historische Lernen ist Authentizität eine wichtige Kategorie. Die Wirkung des Authentischen vermittelt sich vor allem durch die Personen und den Ort der Geschichte. Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der Geschichtsvermittlung scheinen gerade durch diese verbürgt. Mit dem Sterben der Zeitzeugen verbleiben die Orte des Geschehens, deren Wirkung beim historischen Lernen nicht unterschätzt werden darf.

Wenn Auschwitz – wie Primo Levi sagte – „außerhalb der Welt und Zeit“ lag, dann bekommt der Holocaust durch die Geschichten der Rettungsversuche einen für Schüler konkreten, gegebenenfalls bekannten und im wahrsten Sinne des Wortes anschaulichen Ort. Dieser ist nicht exterritorial, mitten in unseren Städten. Die Entwicklung einer Topographie des Versteckens und Rettens wäre ein wichtiger Beitrag für eine didaktische Aufbereitung des Themas.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Der Berliner Bezirk Tiergarten hat unter der Leitung von Kurt Schilde und Bernd Hildebrandt 1993 unter dem Titel „Dem Naziterror in Tiergarten entkommen“ eine solche topographisch orientierte Arbeit vorgelegt. Die ehemalige Blindenwerkstatt von Otto Weidt in Berlin-Mitte ist heute ein von Schulklassen gut besuchtes kleines Museum mit hohem Authentizitätscharakter.

### *3. Die Geschichten vom Retten zeigen handelnde Individuen.*

In der Vorstellung von Schülern agierten zwischen 1933 und 1945 in der Regel Kollektive, nämlich „die Deutschen“, „die Nazis“ und „die Juden“. Unter der Hand werden Juden und Nazis auf diese Weise ausgebürgert, sie scheinen keine Deutschen gewesen zu sein. Diese Kollektive wiederum unterliegen im kommunikativen Gebrauch bei den Jugendlichen in gleicher Weise einer Personalisierung wie einer Entpersonalisierung. Personalisiert sind sie, weil sie als Kollektivsubjekte auftreten, die anscheinend geschlossen agieren. Unpersönlich sind sie, weil es in ihnen scheinbar keine selbstverantwortlich handelnden Subjekte mehr gibt.

In den Erzählungen vom Retten und Überleben treten dagegen an die Stelle des Kollektivs handelnde Individuen, die als solche in ihrem Handeln erkennbar sind. Die Geschichten vermitteln Schülern einen Teil der Geschichte des Holocaust vor der „Zerstörung der Individualität“<sup>17</sup> der Verfolgten. Die Untergetauchten haben ebenso einen Namen und ein Gesicht wie die Helfer und deren Unterstützer, wie Verräter und Nutznießer. Der Holocaust ist hier nicht das täterlose Schicksal eines Kollektivs am Ende eines bürokratisch-arbeitsteiligen Vorgangs. Durch ihr Handeln bleiben die Verfolgten wie die Retter Subjekte, die sich nicht zu bloßen Objekten des historischen Prozesses machen lassen wollen.

Die Perspektive auf handelnde Individuen kann darüber hinaus den Blick weiten auf die Entwicklung individuellen Verhaltens und/oder deren Veränderung. Folgende Fragen können beantwortet werden: Ab wann haben Retter geholfen/ist der Verfolgte untergetaucht? Welche Handlungsalternativen hatte er? Welche Motive hatten die Retterinnen und Retter, vor welchen Moral-dilemmata standen sie?

### *4. Die Geschichten vom Retten veranschaulichen die Praxis der NS-Verfolgung.*

Will man die familiären Mythologisierungen nicht durch solche ersetzen, wie sie von Hollywood angeboten werden, ist es wichtig, die Funktionsweise der Verfolgung einerseits wie die Spielräume und Grenzen der Hilfsmöglichkeiten

<sup>17</sup> Arendt, Elemente und Ursprünge, S. 696.

andererseits so deutlich wie möglich herauszuarbeiten. Erst so kann individuelles Handeln an Fallbeispielen realitätsnah und nicht allein moralisch oder emotional diskutiert werden. Ins Blickfeld sollten dabei auch all die vielfältigen Grautöne persönlichen Verhaltens geraten. Nicht immer leiteten uneigennützig Motive die Retter. Anhand der Geschichten von der Illegalität läßt sich dann das Leben im Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand beispielhaft für die deutsche Gesellschaft behandeln. Die individuelle Verantwortung und ihre Grenzen können im Hinblick auf die Täter wie auch die Zuschauer erörtert werden. Die Bereitschaft vieler zur Denunziation kann z. B. verdeutlichen, daß das Bild vom unpersönlichen Täter und den vielen machtlosen Zuschauern und Opfern statisch ist und die Anpassung und Zuarbeit von vielen außer Acht läßt. Zugleich wird die Alltagsgeschichte des Krieges und der Verfolgung anschaulich. Welche Bedeutung hatten beispielsweise Lebensmittelkarten oder Ausweise, welche Auswirkung hatte die Bombardierung der Städte auf Untergetauchte und deren Helfer?

##### *5. Die Geschichten vom Retten ermöglichen Empathie.*

Eine der entscheidenden psychologischen Voraussetzungen dafür, daß Auschwitz geschehen konnte, war – so Adorno 1966 in seinem berühmten Vortrag „Erziehung nach Auschwitz“ – die „Unfähigkeit zur Identifikation“.<sup>18</sup> Die Kategorien Identifikation oder Empathie spielen in geschichtsdidaktischen Reflexionen immer eine wichtige Rolle. Im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zeigen sie eine problematische Seite. Eine Identifikation mit den Tätern kann nicht erwünscht sein, und Empathie mit den anonymen Opfern der Vernichtungslager würde angesichts des Schreckens etwas von Schülern verlangen, was sie überfordert. Dennoch schafft die Individualisierung in den Geschichten vom Retten und Überleben die Voraussetzung für Empathie. Denn gezeigt werden Menschen mit Stärken und Schwächen, mit konkreten Handlungsmöglichkeiten und Zwängen. Menschen also, die nicht einfach Täter oder Opfer, schlicht Gute oder Böse sind, sondern solche, mit denen Jugendliche noch vor der Monumentalität des Grauens „innerlich ins Gespräch

<sup>18</sup> Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, in: ders., „Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse“, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1997, S. 60.

kommen können“ – eben weil sie realitätsnah mit all ihren Ambivalenzen gezeichnet werden.<sup>19</sup>

### *6. Die Geschichten vom Retten tragen zur Wertorientierung bei.*

Man erinnert sich nicht ohne Grund. Sowohl die Erkenntnisinteressen des Historikers als auch die Vermittlungsinteressen des Didaktikers haben eine wertende Dimension. In der historischen Bildung ist das Werturteil nicht nur unvermeidbar, sondern integraler Bestandteil des Lernprozesses. Dies betrifft die Stoffauswahl bei den Curricula wie auch die Lernziele. Schüler müssen zur „wertenden historischen Urteilsbildung“ befähigt werden. Ein werturteilsfreier Unterricht über den Nationalsozialismus ist z. B. undenkbar. Die geschichtsdidaktische Literatur unterscheidet bei der wertenden historischen Urteilsbildung nach Karl-Ernst Jeismann zwischen Analyse, Sachurteil und Werturteil oder nach Jörn Rüsen zwischen a) Erfahrung und Wahrnehmung, b) Deutung und Interpretation, c) Praxisorientierung und Identitätsbildung. „Die wertbestimmenden Identifikationen, die in der Aneignung der historischen Erfahrung durch die Lernenden vollzogen werden [...], können durch eine entsprechende Quellenauswahl oder Darstellungsart so angelegt werden, daß sie in einem Spektrum divergierender Möglichkeiten erfolgen.“<sup>20</sup> Angesichts dieser geschichtsdidaktisch reflektierten Zielorientierung kann folgende Frage gestellt werden: Welchen Beitrag können die Geschichten vom Retten zur „staatsbürgerlichen Erziehung“ (Manfred Wolfson) leisten?

Eine Annäherung daran kann auch die Antwort auf die Frage geben, was nicht Absicht einer Didaktik des Rettens sein kann. Sie darf nicht als politisches Mittel für Exkulpationsstrategien hinsichtlich einer Schuldfrage dienen.

19 Brigitte Dehne/Peter Schulz-Hageleit, Der Nationalsozialismus im Schulunterricht. Dimensionen emotionalen Involviertseins bei Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, in: Bernd Mütter/Uwe Uffelman (Hrsg.), Emotionen und historisches Lernen. Forschung – Vermittlung – Rezeption, Frankfurt a. M. 1992, S. 337–351. Das Konzept der „Filterfiguren“ von Dehne und Schulze-Hageleit bezieht sich explizit auf Rettungsgeschichten wie die von Inge Deutschkron, Otto Weidt, Ruth Andreas-Friedrich und Wilhelm Krüzfeld.

20 Alle Zitate nach: Jörn Rüsen, Werturteile im Geschichtsunterricht, in: Handbuch der Geschichtsdidaktik, S. 304–308, hier: S. 305, 307. Hierzu vertiefend: ders., Lebendige Geschichte. Formen und Funktionen des historischen Wissens, Göttingen 1989.

Die historisch-politische Bildung darf die Geschichten vom Retten ebensowenig dazu benutzen, um in idealisierender Weise lebens- und geschichtsfremde Hagiographien zu entwerfen, die als enthistorisierte Vorbilder für die Jugend dienen sollen.

Die Beispiele uneigennütigen Rettens sollen so konkret wie möglich in ihren Handlungsbedingungen und in ihren Handlungen dargestellt werden. Nur so ist die Voraussetzung dafür gegeben, daß sie als zeitgenössische Optionen ernst genommen werden können und glaubhaft sind. Auf dieser Grundlage können die Geschichten vom Retten ein Baustein für die Erziehung zur Demokratie sein. Sie sind die kleinen Inseln der Solidarität und Zivilcourage inmitten eines Meeres der Inhumanität. Eine „Dokumentation aus lebendigen Beispielen von Mitverantwortung und Zivilcourage bietet“, so Manfred Wolfson in einem Brief vom Herbst 1964, „auch reiche erzieherische Möglichkeiten“.<sup>21</sup> Und im Sinne einer „wertbestimmenden Identifikation“ kann die Geschichte der Rettung verfolgter Juden im pädagogischen Prozeß Beispiel sein für eine an den Menschenrechten orientierte Solidarität und Zivilcourage im politischen Alltag der Gegenwart.<sup>22</sup>

## Zusammenfassung

- 1) Die Tradierung von Geschichtsbewußtsein im kommunikativen Gedächtnis der Familien operiert vielfach mit emotionalen Gewißheiten, die einer reflexiv orientierten Bearbeitung bedürfen. Dies ist eine originäre Aufgabe des Geschichtsunterrichts.
- 2) Narrativität, Individualisierung und die Anschaulichkeit des Gegenstandes entsprechen dem Abstraktionsvermögen 12- bis 16jähriger Schüler. Zugleich bieten sie die Möglichkeit formal anspruchsvoller Operationen des Lernens am historischen Beispiel.

21 Ich danke Revital Ludewig-Kedmi (Zürich) für die freundliche Übermittlung des Briefauszuges.

22 Hierzu vertiefend: Klaus Bergmann, Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit, in: Handbuch der Geschichtsdidaktik, S. 266 ff. Zum moralischen Bewußtsein als Element des Geschichtsbewußtseins siehe: Hans-Jürgen Pandel, Moralische Entwicklung, S. 308–314.



- 3) Verfolgungspraxis und Rettungsversuche können individuelle Handlungsspielräume und Zwangslagen von Retterinnen und Rettern und ihren Schützlingen konkretisieren. Dies ermöglicht an der historischen Realität orientierte Antworten auf die Frage nach der individuellen und/oder kollektiven Verantwortung.
- 4) Rettungsgeschichten können ein Beitrag für die Erziehung zur Demokratie sein.



# Personenregister

- Abegg, Elisabeth 147  
Abrahamsohn, Heinz 210  
Adler, Jacob 279  
Adorno, Theodor W. 336 f., 340,  
345 f., 351 ff., 355, 378 f., 390  
Alt, Karl 187  
Altenburger, Otto 157 f.  
Andreas-Friedrich, Ruth 81, 83,  
327 f., 332, 391  
Arendt, Hannah 259, 275 f., 340,  
347 f., 358, 387  
Asbach, Gertrude 226  
Augstein, Rudolf 34
- Baab, Heinrich 183 f., 186  
Bab, Israel 158  
Bachenheimer, Dieter 203  
Bachenheimer, Eva 203  
Baeck, Leo 66, 125, 168, 200, 291 ff.  
Ballhorn, Lucie 119  
Bares, Nikolaus 133  
Barth, Karl 120, 142, 195, 266  
Basinski, Ruth 213 f.  
Bauer, Gitta 374  
Baum, Herbert 269  
Baum, Justin 202  
Baum, Marianne 261, 269  
Baum, Marie 138, 200  
Baumgart, Ilse 374  
Beck, Gad 210
- Beck, Ludwig 77  
Becker, Erna 323 f.  
Beckers, Eugène 249 f.  
Behrend-Rosenfeld, Elsbeth 158,  
193 f., 200, 328  
Beitz, Berthold 9 f.  
Bell, George 266  
Berman, Adolf 299  
Berning, Wilhelm 133  
Bernstein, Marianne 119  
Bertram, Adolf 77, 134 f.  
Bertram, Rudolf 136  
Bertrud, Max 201  
Bieberfeld, Siegfried 199  
Bienfait (Mme.) 89, 91 f., 105, 107  
Globel, Paul 70  
Block, Irene 167, 179 f., 187  
Blum, Ferdinand 187  
Bohn, Frank 12  
Bondy, Ruth 111  
Bonhoeffer, Dietrich 139, 149, 266  
Boor, Lisa de 69  
Borgmann, Karl 203  
Bothmer, Karl von 310  
Brandt (Frau) 160  
Brandt, Emmi 231 f.  
Brandt, Martin 231  
Brasch, Hertha 219  
Braune, Paul 145, 149  
Brendel, Robert 144

- Broad, Pery 74, 82  
 Brocke, Annemarie 161 f.  
 Brocke, Wilhelm 161 f.  
 Brunner, Alois 283  
 Bürckel, Josef 193  
 Bund, Heribert 226  
 Burckhardt, Bolette 137  
 Burckhardt, Theodor 137  
 Burghoff, Paul 202
- Cahn, Tilly 174 f., 177, 179, 184  
 Cantor (Familie) 208  
 Caro, Walter 219  
 Cassierer, Alfred 158  
 Cerni, Anni 197 f.  
 Chagall, Marc 12  
 Ciwincki (Brüder) 373  
 Clauss, Marie 138, 199  
 Cohen, Annemarie 148  
 Cohen, Rudolf 148  
 Cohn, Käte 84  
 Cohn, Ruth 156
- Daene, Wilhelm 245 f.  
 D'Elden, Edwin van 67, 75, 190  
 Delekat, Friedrich 197  
 Deutschkron, Inge 10, 14, 119, 124,  
 391  
 Dibelius, Otto 195  
 Diels, Rudolf 141  
 Diem, Hermann 140, 197  
 Dietz, Edith 155, 194, 281  
 Dipper, Theodor 195 ff.  
 Dobberke, Walter 215, 283  
 Dohnanyi, Hans von 77, 139, 149
- Dold, Erwin 148  
 Dowden (britischer Vizekonsul) 172  
 Drossel, Heinz 312  
 Dürkefälden, Karl 75 f., 84
- Eden, Anthony 85  
 Ehrlich, Ernst Ludwig 164  
 Eichmann, Adolf 259, 275, 347, 370  
 Einhorn, Maria 178  
 Einzig, Bernhard 163 f.  
 Einzig, Eugenia 163 f.  
 Eisenstätt, Robert 181 f.  
 Eppstein, Paul 281
- Fackenheim, Manfred 86  
 Faulhaber, Michael von 200  
 Feliks, Thea 102  
 Feuchtwanger, Lion 12  
 Fogelman, Eva 127, 361  
 Foley (Captain) 172  
 Foß (Familie) 115  
 Foß, Hans 115  
 Frank, Anne 383  
 Frank, Hans 301  
 Franke, Joachim 269  
 Frenkel, David 216  
 Frenkel, Estera 216  
 Fricke, Otto 181  
 Friedemann, Ella 197  
 Friedenthal, Charlotte 139  
 Friedländer, Fedor 209, 215  
 Froese (Pastor) 145  
 Fry, Varian 12  
 Fuchs, Johanna 249 f.  
 Fulda, Maria 179 f.

- Galen, C. A. Graf von 359  
 Galinski, Heinz 318  
 Gerson, Erna 279  
 Giessler, Irmgard 203  
 Goebbels, Joseph 71 f., 114  
 Gölz, Richard 197 f.  
 Goldschmidt, Elisabeth 163  
 Goll, Emil 173  
 Gollwitzer, Helmut 120  
 Goerdeler, Carl 92, 197  
 Göring, Hermann 77, 90, 314  
 Goethe, Johann Wolfgang 369  
 Gorski, Wladislawa 247, 253  
 Grieger, Alfred 226  
 Gritzbach, Erich 77  
 Gröber, Conrad 199 f., 202  
 Größer, Max Joseph 133  
 Groscurth, Georg 218  
 Grossmann, Kurt R. 29, 244, 317 f.,  
     320, 351, 357, 366  
 Grüber, Heinrich 131, 136 f., 139,  
     147, 149, 195, 199, 329 f., 332  
 Grün, Fancia 270 f.  
 Grüninger, Paul 11  
 Günther, Hans 198  
 Günther, Rolf 285 f.  
  
 Hahn, Lili 67, 80, 83  
 Halle, Gerhard 147  
 Halle, Olga 147  
 Hammerschlag, Heinz 163  
 Hammerschlag, Paula 163  
 Hansch, Hannelore 195, 199  
 Hansch, Kurt 195  
 Hassel, Ulrich von 76  
  
 Havemann, Robert 218 f.  
 Haydn, Ludwig 68, 75 f., 80, 84  
 Heckendorf, Franz 157 f., 165  
 Heckendorf, Günter 157 f.  
 Heinemann, Max 291  
 Held, Inge 119  
 Henschel, Moritz 291 f.  
 Hensel, Marie Louise 182  
 Hermann, Carl 138, 147, 202,  
     216 f.  
 Hermann, Eva 200, 202, 216 f.  
 Herr (Stadtpfarrer) 177  
 Heym, Erich 311  
 Hilberg, Raul 111, 259, 276, 295,  
     338  
 Hildebrandt, Franz 139  
 Hinkel, Hans 263  
 Hitler, Adolf 20, 79, 90, 102, 104,  
     120, 125, 206, 220, 223, 234, 237,  
     252, 265, 333 f., 342, 345, 358  
 Hitzer (Pastor) 145  
 Höfler, Josef 25, 158 ff., 162, 164  
 Hoff, Willy 212  
 Hoffer, Margarete 196, 198 f.  
 Holland, Ernst 183  
 Horkheimer, Max 335 ff., 340, 342–  
     347, 351–354, 369  
 Horn, Ernst 136  
 Horst, Erich 307  
 Huber, Hans 138  
 Huss, Theodor 366  
  
 Innitzer, Theodor 200  
 Ipczynski, Vera 224 f.  
 Israel, Anna 230

- Jacobs, Helene 120 ff., 137  
 Jacobson, Jacob 66  
 Jacoby, Hildegard 121 f.  
 Jadamowitz, Hildegard 269  
 Jaffé, Gertrud 203  
 Jan, Julius von 141, 196  
 Jannasch, Wilhelm 137  
 Jaspers, Karl 34, 36, 343
- Kahl, Fritz 181  
 Kahl, Margarethe 181 f.  
 Kardorff, Ursula von 67, 86  
 Karmeinsky-Wexseler, Rosa 145  
 Karminski, Hannah 200  
 Kassel, Martha 143  
 Kaufmann, Franz 121 f., 137  
 Keßler, Karl-Anton 138  
 Klatt, Senta Maria 197  
 Klein (Frau) 197  
 Kleinjung, Hermann 211  
 Klemperer, Victor 144  
 Koch, Karl 266  
 Koch, Therese 161  
 Koch, Werner 266  
 Königsberger, Edith (s. Dietz, Edith)  
 Königsberger, Ilka 155, 194  
 Kovner, Abba 347  
 Kozower, Philipp 280, 283  
 Krakauer, Ines 195, 198  
 Krakauer, Max 195, 197 f.  
 Krause, Annie 219  
 Kristeller, Frieda 155  
 Kristeller, Josef 155  
 Kristeller, Rudi 155  
 Kristeller, Werner 155
- Kroll, Marga 251 f.  
 Krone, Heinrich 133  
 Krüll, Günter 314  
 Krützfeld, Wilhelm 391  
 Krumme, Werner 372, 374  
 Kübler-Goldschlag, Stella 271  
 Kühnis, Hermann 163  
 Kühn-Leitz, Elsie 212  
 Kuenzer, Richard 219  
 Kunkel, Rosa 226  
 Kurz, Lotte 199
- Laabs, Karl 316  
 Lachmund, Margarete 137, 148  
 Lamm, Fritz 287, 354  
 Larsen, Sigurd 242 f.  
 Lasker, Anita 372  
 Lasker, Renate 372  
 Lasker-Meyer, Katharina 201  
 Lebens, Nikolaus Josef 157 f.  
 Leffmann (Ehepaar) 178  
 Leibholz, Gerhard 139  
 Leitz, Ernst 212  
 Leo, Annette, 119  
 Levi, Primo 388  
 Lewin, Kurt 241  
 Lewissohn, Cäcilie 114  
 Lichtenberg, Bernhard 131, 133  
 Lindemann (Frau) 219  
 Lipschitz, Joachim 29, 317 ff., 351,  
 355, 366  
 List, Heinrich 109, 117  
 List, Marie 116 ff.  
 Löwenherz, Josef 283  
 Lofy, Reinhold 310

- Lopatka, Elise 226, 230  
Lopez Robertz, Fermin 81  
Luckner, Gertrud 26, 120, 135, 145,  
147, 148 f., 191, 199–203, 217,  
329 f.  
Ludoma, Hilma 247 f.  
Ludwig, Klaus 337  
Luhde, Alfred 211  
Lustig, Walter 293  
Luther, Martin 79  
Lutz, Carl 11
- Maas, Hermann 137 ff., 149, 200,  
374  
Magnis, Gabriele Gräfin 135  
Maier, Marianne 185  
Maltzan, Maria Gräfin von 384  
Mamelok, Herta 159  
Mann, Gustav von 193  
Mann, Thomas 85, 353  
Manthey, Martha 197  
Marcuse, Gerda (s. Weil, Dina)  
Marcuse, Joachim 242 ff., 247 f.,  
345  
Martin, Wilhelm 157  
Meier, Luise 25, 123, 158 ff., 162 ff.  
Meinecke, Friedrich 141, 343  
Mendelsohn, Berta 279  
Mendelsohn, Bruno 287  
Mengele, Joseph 341  
Merget (Frau) 373  
Merget (Herr) 373  
Metzger, Joseph 219  
Meusel, Marga 142  
Meyer, Josef 148
- Michailowitsch (Ehepaar) 219  
Middendorf, Heinrich 203  
Mittelbach, Margarete 197  
Mörike, Gertrud 146  
Mörike, Otto 195 ff.  
Molnar, Tusi 181  
Moltke, Helmuth von 65  
Mosberg, Fanny 215  
Mosberg, Margot 214 f.  
Mosberg, Simson 215  
Mosse, Martha 273, 278 ff.  
Mozart, Wolfgang Amadeus 369  
Müller, Heinrich 79  
Müller, Kurt 195, 197  
Murr, Wilhelm 193
- Neubrand, Lydia 148  
Neuhaus (Rabbiner) 176  
Neumann (Ehepaar) 230 ff.  
Neumann, Käthe 249 f.  
Neumann, Liselotte 249 f.  
Neumann, Ralph 210  
Neumann, Rita 210  
Neumann, Therese 197 f.  
Neumark, Lily 15  
Niemöller, Martin 196
- Orgler, Elsbeth 226, 229–231, 235  
Orgler, Fritz 226  
Osser (Frau) 161 f.  
Ossietzky, Carl von 359  
Ostermaier, Helene 225
- Paepcke, Lotte 203  
Paepcke, Peter 203

- Palmen, Theodor 177  
 Peipe, Elly 210  
 Pereles, Liselotte 143  
 Perlasca, Giorgio 10 f.  
 Petermann, Wilhelmine 226  
 Picard, Martin 156  
 Pineas, Hermann 192, 195–198  
 Pineas, Hertha 192, 194 f., 198 f.  
 Pius XI., Papst 233  
 Plaut, Max 287 ff., 291 ff.  
 Pollok, Margarete 160 f.  
 Pollok, Othmar 160  
 Popitz, Johann 77  
 Porschütz, Hedwig 118 f., 124, 254  
 Preysing, Konrad Graf von 133, 200  
 Prüfer (Kriminalsekretär) 273 f.  
  
 Rabenau, Eitel-Friedrich von 138  
 Ragaz, Leonhard 141  
 Rathenau, Walter 369  
 Rau, Johannes 14  
 Rau, Margarete 175  
 Reis (Familie) 163, 182  
 Reis, Hermann 182  
 Remer (Major) 333  
 Rentsch, Paul 218  
 Reschke, Max 283  
 Richter, Herbert 218  
 Richter, Therese 193  
 Ripfel, Franz 199  
 Röpcke, Anna 208  
 Roesler-Ehrhardt, Gertrud 187  
 Roosevelt, Franklin D. 85  
 Rosen, Martin 215  
 Rosenfeld, Siegfried 328  
  
 Rosenthal, Berthold 69  
 Rosenthal, Fritz 202 f.  
 Rosenthal, Hans 10, 65 f.  
 Rosenthal, Hilde 202 f.  
 Rosenzweig, Sylvian 226, 230  
 Rotholz, Szapse 305 f.  
 Rottenberg, Naftali 180  
 Ruf, August 201, 203  
  
 Salzberger, Georg 172 f.  
 Samter, Hermann 68  
 Samuel, Else 270  
 Samuel, Günther 270  
 Sanchez, Amable 248 ff.  
 Sapandowski, August 26, 220, 223–  
     226, 228–233, 235 f.  
 Schaeder, Hildegard 121 f.  
 Scharff, Gertrud 257  
 Scharff, Werner 257, 270 f.  
 Schell, Helene von 115  
 Schempp, Paul 196  
 Scheven, Elisabeth von 219  
 Schindler, Oskar 9 f., 186, 307, 316,  
     384  
 Schlag, Heinz 219  
 Schloss, Lotte (s. Strauss, Lotte)  
 Schlosser, Rudolf 173  
 Schmalenbach, Eva 161  
 Schmedke (SS-Mann) 306  
 Schmid, Anton 309 f., 312, 347 f.  
 Schmider (Monsignore) 203  
 Schmidt, Elisabeth 197  
 Schmitz, Elisabeth 141 ff., 149  
 Schneeberg, Julia 231  
 Schönaich, Paul Freiherr von 74



- Schönhaus, Cioma 121
- Scholl, Hans 74, 85, 270, 383
- Scholl, Sophie 74, 85, 270, 359, 383
- Schüler, Hilda 157
- Schüler, Kurt 157
- Schulweis, Harold 128, 337, 346 f.,  
349, 356, 370
- Schulz, Willi 309 f.
- Schulze (Frau) 197
- Schulze-Boysen, Harro 314, 332
- Schwab, Ivan 202
- Schwärzel, Helene 92
- Schwerin, Ernst 162
- Schwersensky, Gerhard 147
- Schwersenz, Jizchak 151, 158, 192,  
381
- Seelig, Anneliese 119
- Seelig, Grete 119
- Selbiger, Alfred 287
- Senger, Valentin 187
- Siegmund-Schultze, Friedrich 140 f.,  
149
- Smallbone (britischer Konsul) 172
- Sommer, Margarete 77, 127, 133 ff.
- Soriano, Salazar 81
- Spiegel, Marga 205
- Spieth, Hildegard 198
- Spirig, Jakob 163
- Sprenger, Jakob 175, 179, 183
- Staewen, Gertrud 121, 137
- Stahl, Johanna 202
- Stalin, Josef 224
- Staritz, Katharina 137 f.
- Stauffenberg, C. S. Graf von 359
- Steckelbacher (Rabbi) 104
- Steckhan, Beate 195, 197, 199
- Stein, Ilse 309 f.
- Steinberg, Heinz 212
- Steinbrink, Werner 269
- Steiner, Abraham 247
- Steiner, Fradela 247, 253
- Steiner, Golda 247
- Steiner, Jacob 247
- Steiner, Rachel 247
- Steinert, Horst 253 f.
- Steinmetz, Melanie 121 f.
- Stillmann, Ilse 125
- Stock, Margarete 177
- Straßner, Alfred 213
- Strauss, Herbert A. 158, 164, 192,  
214, 223 f., 227–230, 236
- Strauss, Lotte 158 f., 192, 224, 227–  
230
- Strauß, Erika 254 f.
- Strauß, Ferdinand 116 f., 255
- Strauß, Fritz 254
- Stuermer, Paul-Josef 203
- Sylten, Werner 137
- Symanowski (Pastor) 145
- Thomas, Georg 77
- Tillich, Ernst 266
- Trott, Adam von 82
- Totzke, Ilse 205, 213 f.
- Umfried, Hermann 141, 149
- Umfried, Otto 141
- Veidt, Karl 188
- Veit, Hermann 199

Vischer, Wilhelm 196  
 Vogel, Rudi 197  
 Vrba, Rudolf 86  
  
 Wagner, Robert 26, 193  
 Wallenberg, Jacob 73  
 Wallenberg, Raoul 10  
 Weber, Marianne 138, 200  
 Weber, Paul A. 100  
 Wecker, Ingrid 288  
 Weidt, Otto 119 f., 124, 388, 391  
 Weil, Bruno 66  
 Weil, Dina 241, 243, 247  
 Weiler, Eugen 201 ff.  
 Weißler, Friedrich 265 f.  
 Wendland, Agnes 210  
 Wendland, Ruth 137, 210  
 Werfel, Franz 12  
 Wetzler, Alfred 86  
 Wiesel, Eli 245  
 Winkler, Hans 270 f.  
 Winterton, Paul 85  
 Witte, Susanne 109 f., 118, 125, 374  
  
 Wiyhers, Henrikus 161 f.  
 Woehrn, Fritz 282  
 Wohlfuss, Joshua 78  
 Wohlmuth, Irmgard 160  
 Wohlmuth, Kurt 160  
 Wolf, Margot 246  
 Wolf, Nathan 156 f.  
 Wolff, Agnes 219  
 Wolff, Heinz Günter 219  
 Wolfsohn, Alice 337  
 Wolfsohn, Klaus Ludwig 337  
 Wolfsohn, Manfred (s. Wolfson)  
 Wolfsohn, Willy 337  
 Wolfson, Manfred 335–361  
 Wollheim, Heiner 156 f.  
 Wurm, Theophil 195, 197  
  
 Zajdman, Esther 247, 253  
 Zajdman, Moritz 247, 253  
 Zajdman (Herr) 247, 253  
 Zajdman (Frau) 247, 253  
 Zeidler, Paul 266  
 Zinken, Elsa 244

# Bildnachweis

*Art. Benz:*

Privatbesitz Berthold Beitz.

*Art. Kosmala/Schoppmann:*

Zentrum für  
Antisemitismusforschung.

*Art. Reuband:*

NARA (Still Picture Branch,  
National Archives and Records  
Administration), College Park,  
Maryland/USA.

*Art. Bankier:*

Zentrale Stelle der  
Landesjustizverwaltungen,  
Ludwigsburg,  
Duplikat-Negativ Nr. 975.

*Art. Marszolek:*

Landesarchiv Berlin.

*Art. Schoppmann:*

Bildnachweis: Privatbesitz.

*Art. Büttner:*

Diözesanarchiv Berlin.

*Art. Schilde:*

Jan Thorbecke Verlag, Ostfildern.

*Art. Kingreen:*

Privatbesitz Therese Poser;  
Reproduktion: Gedenkstätte  
Deutscher Widerstand, Berlin.

*Art. Borgstedt:*

Archiv des Deutschen  
Caritasverbands, Freiburg;  
Reproduktion: Gedenkstätte  
Deutscher Widerstand, Berlin.

*Art. Kosmala:*

Gestapo-Akte Ilse Totzke,  
Hauptstaatsarchiv Würzburg.

*Art. Hamann:*

Privatbesitz Christoph Hamann.

*Art. Enzenbach:*

Privatbesitz Joachim Marcuse.

*Art. Tuchel:*

Gedenkstätte Deutscher  
Widerstand, Berlin.

*Art. Meyer:*  
Stiftung „Neue Synagoge  
Berlin – Centrum Judaicum“.

*Art. Paulsson:*  
Jüdisches Historisches Institut,  
Warschau.

*Art. Steinkamp:*  
Ullstein (Kurt Pollak).

*Art. Riffel:*  
Landesarchiv Berlin.

*Art. Walter-Busch:*  
Deborah Rimle Wolfson.

*Art. Ludewig-Kedmi:*  
Deborah Rimle Wolfson.

*Art. Hamann:*  
Beate Kosmala.

# Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. **Wolfgang Benz**, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, (Mit)Herausgeber u. a. der Dachauer Hefte und der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

Dr. **Angela Borgstedt**, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin, 1992 bis 1998 wiss. Mitarbeiterin der Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus der Universität Karlsruhe, seither Vertretung einer Assistentenstelle. Promotion 1999 über Entnazifizierung in Karlsruhe. Forschungsschwerpunkte: Zeit- und Justizgeschichte.

Prof. Dr. **David Bankier**, Leiter der Abteilung Holocaust Studies am Institute of Contemporary Jewry of the Hebrew University Jerusalem und des International Institute for Holocaust Research in Yad Vashem. Veröffentlichungen über das lateinamerikanische Judentum, über Antisemitismus und den Holocaust.

Prof. Dr. **Ursula Büttner**, Historikerin, wiss. Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Professorin am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Hamburg. Veröffentlichungen zur politischen Sozialgeschichte Deutschlands und Hamburgs im 20. Jahrhundert.

**Isabel Enzenbach**, M. A., Theologin, bis März 2002 Mitarbeiterin am Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Zentrums für Antisemitismusforschung. Dort z. Zt. Dissertationsprojekt über „Juden und Judentum in der Wahrnehmung von Grundschulern“.

**Christoph Hamann**, Studienrat, Moderator am Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM). Letzte Veröffentlichungen: Demokratie in Berlin. Orte, Ereignisse, Wendepunkte 1918–2000, Berlin 2001; Bilderwelten und Weltbilder. Fotos, die Geschichte(n) mach(t)en, Berlin 2002.

**Monica Kingreen**, Diplom-Pädagogin, Lehrerin und freie Autorin. Veröffentlichungen u. a.: Jüdisches Landleben, 1994; Juden in Hanau 1933–1945, 1998 (Co-Autorin); „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main, 1999 (Hrsg. und Autorin).

**Dr. Beate Kosmala**, Historikerin, wiss. Mitarbeiterin am Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Zentrums für Antisemitismusforschung. Veröffentlichungen über polnisch-jüdische Geschichte. Oktober 2000 bis Februar 2001 Fellow am International Institute for Holocaust Research in Yad Vashem.

**Dr. Revital Ludewig-Kedmi**, Diplompsychologin und Familientherapeutin, wiss. Mitarbeiterin an der Universität St. Gallen und Mitarbeiterin bei TAMACH (psychosoziale Beratungsstelle für Holocaust-Überlebende und ihre Angehörigen in der Schweiz). Veröffentlichungen u. a.: Opfer und Täter zugleich? Moraldilemmata jüdischer Funktionshäftlinge (Gießen 2001).

**Prof. Dr. Inge Marszolek**, Historikerin und Kulturwissenschaftlerin an der Universität Bremen. Leitung eines von der Volkswagen Stiftung geförderten Projekts „Denunziation in Deutschland 1933–1955“. Publikationen zur Zeitgeschichte mit den Schwerpunkten Massenkultur, Verhalten und Erfahrung im Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit, Arbeitergeschichte und Gedächtnis.

**Dr. Beate Meyer**, Historikerin, Projektleiterin der Ausstellung „Juden in Berlin 1938–1945“ am Centrum Judaicum, Berlin; Fellow am International Institute for Holocaust Research in Yad Vashem. Derzeit wiss. Mitarbeiterin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg. Veröffentlichungen u. a. zur regionalen NS-Geschichte, oral history und zur Verfolgung jüdischer „Mischlinge“.

**Dr. Gunnar S. Paulsson**, Historiker, Dozent am Oxford Center for Hebrew and Jewish Studies, Berater des Holocaust Exhibition Project beim Imperial War Museum, London. Seine Promotion erscheint 2002 unter dem Titel: *Secret City: The Hidden Jews of Warsaw, 1940–1945*, London.

**Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband**, Professor für Soziologie an der Universität Düsseldorf. Forschungsschwerpunkte: Sozialer und kultureller Wandel, soziale Probleme, Methoden der Sozialforschung, politische Kultur, Nationalsozialismus. Publikationen u. a.: „Schwarzhören“ im Dritten Reich, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 2001; Denunziation im Dritten Reich, in: I. Marszolek/O. Stieglitz (Hrsg.), *Denunziation im 20. Jahrhundert*, Köln 2001.

**Dennis Riffel**, M. A., Historiker, Mitarbeiter am Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Zentrums für Antisemitismusforschung. Dort z. Zt. Dissertationsprojekt: Die Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ des Berliner Senats in den Jahren 1958 bis 1966.

**Dr. Kurt Schilde**, Sozialwissenschaftler, 1997–1999 wiss. Mitarbeiter am Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Zentrums für Antisemitismusforschung, seitdem an der Universität Siegen. Veröffentlichte zuletzt: *Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel von Finanzamtsakten*, Berlin 2002.

**Dr. Claudia Schoppmann**, Historikerin, wiss. Mitarbeiterin am Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ des Zentrums für Antisemitismusforschung. Veröffentlichungen zur NS-Zeit und zur Geschlechterforschung.

**Peter Steinkamp**, M. A., freier Journalist und Verlagsredakteur in Freiburg. 1999–2002 wiss. Angestellter des Instituts für Geschichte der Medizin der Universität Heidelberg im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg. Veröffentlichungen u. a. zum Zweiten Weltkrieg und zur Wehrmacht.

**Dr. Johannes Tuchel**, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Privatdozent für Politikwissenschaft am Fachbereich Politik- und Sozialwis-

senschaften der Freien Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Verfolgung und Widerstand zwischen 1933 und 1945.

Prof. Dr. **Emil Walter-Busch**, Sozialwissenschaftler (Promotion 1969 bei Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas). Lehrt und forscht seit 1974/77 an den Universitäten St. Gallen und Zürich als Privatdozent, ständiger Dozent und Titularprofessor für Sozialpsychologie und angewandte Sozialforschung.